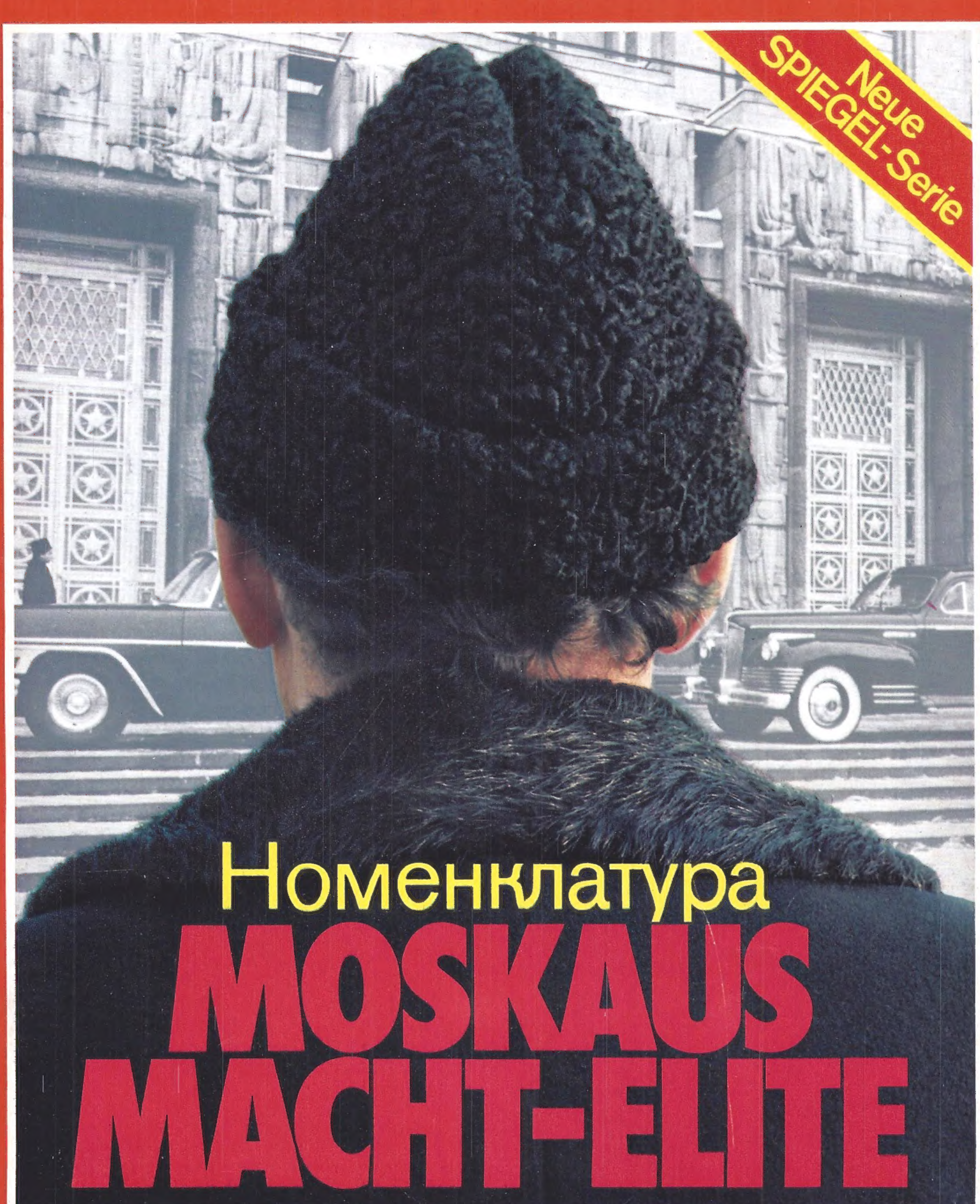
DER SPIEGEL

C 7007 CX
Nr. 7
34. Jahrgang · DM 3,–
11. Februar 1980



Algerien	DA	9,–
Argentinien	US-$	2,60
Australien	$A	2,30
Belgien	bfr	56,–
Bolivien	$b	215,–
Brasilien	US-$	4,50
Dänemark	dkr	13,–
Ecuador	s/.	190,–
Elfenbeinküste	F.C.F.A.	840,–
Finnland	Fmk	10,–
Frankreich	FF	9,–
Griechenland	Dr.	110,–
Großbritannien	£	1,15
Guatemala	Q	5,50
Hongkong	HK$	26,–
Indonesien	Rp.	3500,–
Iran	Rl.	330,–
Irland (inkl. VAT)	Ir£	1,27
Island	ikr	900,–
Italien	Lit	1900,–
Japan	¥	1300,–
Jugoslawien	Din	54,–
Kanada	kan$	3,75
Kenia	K.Sh.	50,–
Kolumbien	kol$	276,–
Korea (Rep.)	₩	3500,–
Kuweit	KD	1,300
Libanon	L£	12,–
Luxemburg	lfr	54,–
Malta	£M	1,30
Marokko	DH	19,–
Mexiko	mex$	85,–
Namibia/Post	R	2,10
Niederlande	hfl	4,25
Nigeria	₦	2,20
Norwegen	nkr	11,–
Österreich (inkl. MwSt.)	S	25,–
Paraguay	₲	250,–
Peru	S/.	2500,–
Portugal	Esc.	140,–
Saudi-Arabien	S.Rl.	15,–
Schweden (inkl. moms)	skr	11,–
Schweiz	sfr	3,60
Senegal	F.C.F.A.	915,–
Singapur	S$	12,20
Spanien	Pta	175,–
Spanien/Kanaren	Pta	185,–
Sri Lanka	S.L.Re	82,–
Südafrika/Post	R	2,10
Syrien	syr£	15,–
Tansania	T.Sh.	50,–
Tunesien	tD	1,150
USA	US-$	3,–
Venezuela	Bs	16,–

Printed in Western Germany

Erst mal eine Echte dreh'n...



...und dann gelassen weiterseh'n

Gauloises Cigarettentabak.
Unverwechselbar
und echt.

Der echte Dreh
NEU
aus Frankreich

GAULOISES
CAPORAL
TABAC A CIGARETTES

50g
DM 2,90

GF 910

Geschmacksfrisch durch die Vakuumpackung.

HAUSMITTEILUNG

Datum: 11. Februar 1980 Betr.: Nomenklatura

Die kyrillischen Buchstaben auf dem Titelblatt bedeuten auf deutsch „Nomenklatura", so heisst die Liste jener Posten in der Sowjet-Hierarchie, deren Besetzung sich die Parteispitze vorbehält. „Nomenklatura" nennen sich insgesamt die Posteninhaber selbst, die Machtelite der UdSSR – rund eine Viertelmillion Menschen, etwa jeder 1000. Sowjetbürger.

Zu dieser Oberschicht gehörte auch Michail Sergejewitsch Woslenski, als der SPIEGEL ihn vor zehn Jahren in Moskau traf. Der 1920 in Berdjansk am Asowschen Meer geborene Russe war damals Akademischer Sekretär der Abrüstungs-Kommission beim Präsidium der sowjetischen Akademie der Wissenschaften und Professor an der Lumumba-Universität. Seine intellektuelle Konsequenz machte Eindruck, auch seine Vertrautheit mit deutschen Fragen: Woslenski hatte 1946 als Dolmetscher am Nürnberger Kriegsverbrecherprozess teilgenommen, beim Alliierten Kontrollrat in Berlin gearbeitet, nach der Promotion in Moskau als Historiker sich einen zweiten Doktor-Titel an der Walter-Ulbricht-Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften in Potsdam erworben und 1967 das erste sowjetische Buch über die Bonner Ostpolitik geschrieben.

Woslenski (M.), Sowjet-Offiziere

1972 kam es zum ersten SPIEGEL-Gespräch mit dem „Nomenklaturisten" Woslenski („Es gibt keine Front am Ussuri"), 1975 zum zweiten – da hielt er schon Vorlesungen in der Bundesrepublik, mit Genehmigung seines ZK. Zwei Jahre später entschloss er sich ohne grosses Aufsehen, im Westen zu bleiben. Der Unverheiratete brauchte keine Sippenhaft zu fürchten. Er wurde österreichischer Staatsbürger, Moskau entzog ihm den Sowjet-Pass, seither schreibt er seinen Namen „Voslensky" und arbeitet am Max-Planck-Institut in Starnberg.

Über die Klasse, aus der er kommt, weiss er alles – wer hineinkommt, wie man aufsteigt, welche Winkelzüge anzuwenden sind, wie die Klasse lebt. Jetzt berichtet er darüber in seinem sechsten Buch, seiner ersten SPIEGEL-Serie: „Nomenklatura – die herrschende Klasse der Sowjet-Union" (Seite 132). Der Bericht ist unbefangener als Trotzkis Kritik an der „Sowjetbourgeoisie", systematischer als die Darstellung der „neuen Klasse" des Tito-Gefährten Milovan Djilas, und genauer: Er stammt von einem Insider, der die Fakten präsentiert.

Voslensky kennt sich aus in den Amtsstuben und auf den Fluren des ZK. Ins Allerheiligste des Imperiums drang der Kosmopolit nicht vor. Wann immer der Student Woslenski in den vierziger Jahren seine Kommilitonin Swetlana nach Hause begleitete, musste er sich an der Kreml-Mauer verabschieden: Die Wachen liessen nicht ihn, sie liessen nur Swetlana durch, die Tochter Stalins.

IN DIESEM HEFT

Bonn rückt von Carter ab

Seite 19

Mit ungewohnter Deutlichkeit reklamiert Bonn, unterstützt von Paris, eine größere Selbständigkeit gegenüber den USA: Deren Politik der Stärke, darin sind sich Kanzler Schmidt und Präsident Giscard einig, erhöht nur die Spannung. Die Indizien mehren sich, daß die Konfrontation sich weiter verschärft — so will die DDR noch schnell Vereinbarungen mit Bonn abschließen, ehe es zu spät ist.

Neue Kampagne gegen Brandt

Seite 32



Brandt

Willy Brandt sei der „Erfinder der Vertreibung" und obendrein noch Antisemit gewesen — die Unionsrechten rüsten zu einer neuen Kampagne gegen den SPD-Vorsitzenden, diesmal unter Berufung auf „Geheimnisse amerikanischer Archive". Mit von der Partie: der ehemalige IOS-Manager Erich Mende und der ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal. Der SPIEGEL recherchierte nach.

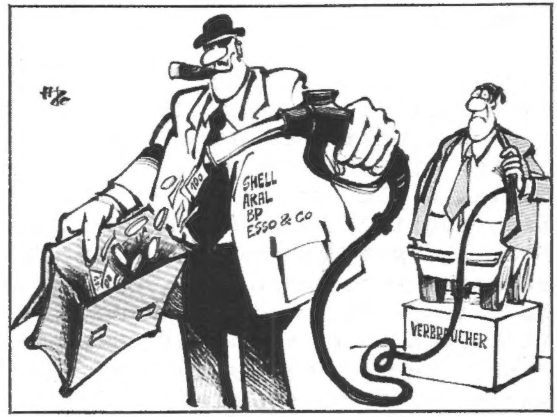
Privatrundfunk im Kommen

Seiten 35, 102

Der NDR ist am Ende: Die CDU-Regenten Albrecht und Stoltenberg vereinbarten die Gründung eines neuen Senders. Privater Rundfunk ist im Kommen (Seite 102). Doch auch Christdemokraten sind uneins in Sachen Kommerz-TV — Intendant Bausch (CDU) widerspricht im SPIEGEL-Gespräch dem CDU-Mediensprecher Schwarz-Schilling (Seite 35).

Wo Öl und Dollars fließen

Seite 73



Freie Tankstelle

tz München

Jedesmal, wenn die Opec zulangt, verdienen auch die Konzerne: Die multinationalen Unternehmen der Ölbranche sind an allen Preiserhöhungen, die von den Öl-Potentaten verfügt werden, indirekt beteiligt. Denn wenn Opec-Öl steigt, wird auch Öl aus den eigenen Quellen der Konzerne teurer. Rund 25 Milliarden Dollar konnten die Ölmultis 1979 als Gewinn einfahren, die sechs größten US-Gesellschaften allein fast 13 Milliarden. Und der im Jahr des Ajatollah ausgebrochene Rausch geht weiter. Manche Politiker sehen offenbar nicht ungern, wenn die Preise weiter steigen. Hohe Preise nämlich, so sprach sich herum, garantieren die Versorgung.

Polen fürchtet Kalten Krieg

Seiten 25, 160

Die polnischen Bemühungen, durch neue Parteitagsbeschlüsse aus der wirtschaftlichen Dauerkrise herauszukommen, sind gefährdet: Das Getreide-Embargo der USA trifft auch Polen. Jetzt soll Bonn aus der Not helfen — mit einem neuen Kredit von zwei Milliarden Mark.

Ausländer werben in China

Seite 66



Japanische Werbung in Peking

Die chinesischen Kommunisten entdecken die „guten Seiten der kapitalistischen Art des Geldverdienens“: Sie ermuntern ausländische Unternehmen, in der Volksrepublik zu werben. So wurden Marlboro und Coca-Cola, Mercedes und Sony den Chinesen inzwischen vertraut — auch wenn die Produkte nicht zu haben sind.

Pakistan: „Wir müssen kämpfen“

Seiten 110, 113



Staatschef Sia ul-Hak

Das Nachbarland Afghanistans ist seit dem Einmarsch der Sowjets für Amerika wieder interessant geworden. Carters Sicherheitsberater Brzezinski versprach Waffen und Geld. Zwar wollen die Pakistani nicht vom blockfreien Staat zum Vasallen der USA werden, aber „wenn die Russen auf Abenteuer aus sind“, so Pakistans Verteidigungsminister Talpur zum SPIEGEL, „werden wir kämpfen müssen“.

Künstler contra Strauß

Seite 212

„Strauß verhindern steht ganz oben auf dem Zettel“, sagt Udo Lindenberg: In einer bundesweiten Initiative „Freiheit statt Strauß“, begründet vom Polit-Graphiker Klaus Staeck, wollen Kunstschaffende den Kanzlerkandidaten bremsen, mit Aktionen, auf Kongressen, mit Büchern.

Neues Gesetz für Transsexuelle

Seiten 202, 206

Der erste Fall von Geschlechtsumwandlung wurde 1952 bekannt: Der ehemalige US-Soldat Jörgensen hatte sich, mittels Hormonspritzen und Operation, zur „schicken Blondine“ ummodeln lassen. Inzwischen gibt es in der Bundesrepublik einige Tausend Betroffene, die ihr Schicksal offenbart haben: Männer und Frauen, die sich im Körper des falschen Geschlechts gefangen fühlen. Ein Gesetz, das die Geschlechtsumwandlung rechtlich absichern soll, wird gegenwärtig in Bonn beraten.



Show-Star Christine Jörgensen

AUSLAND

SPORT

KULTUR



Wir überlegen uns ganz genau, ob Sie ihn brauchen.

Manche Unternehmer meinen vielleicht, nur mit ganz großen und hochwertigen Geräten sei schneller Schreibdienst möglich. Und viele Unternehmer sind dabei schlecht beraten. Denn was dem einen recht ist, kann dem anderen sehr teuer sein. Wieviel Sie mit der genau richtigen Ausstattung für Ihr Korrespondenzwesen sparen können, das überlegen sich die von Philips geschulten Schreibdienst-Berater ganz genau.
Zuerst erhalten Sie eine kostenlose Grobanalyse Ihres Korrespondenzwesens. Dann erfolgt ein Organisationsvorschlag mit Vorkalkulation und Aktionsplan. Und dann entscheiden Sie sich für die für Ihren Zweck erforderliche Gerätekombination. Sie haben die Wahl zwischen Kauf und Miete. Jetzt fehlt nur noch die planmäßige und sorgfältige Einarbeitung Ihrer Mitarbeiter. Und schon wird organisierter Schreibdienst zum Vorteil für alle.
Fordern Sie unsere Informationen an: Philips GmbH, Geschäftsbereich Bürotechnik, Postfach 10 14 20, 2000 Hamburg 1.

Philips im Büro

kostenlos!

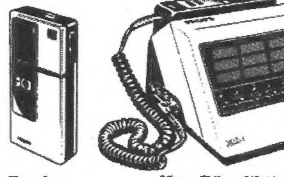
Welche Vorteile Ihnen und Ihren Mitarbeitern die Verbesserung der Arbeitsabläufe und die schnellere Kommunikation einbringen, präsentieren Ihnen unsere Schreibdienst-Berater. Die finden Sie bei Philips-Vertragshändlern mit diesem Zeichen:

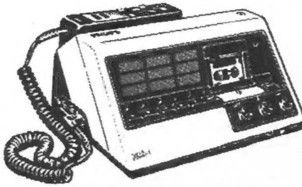


Philips. Der Weg zum schnellen Schreibdienst.

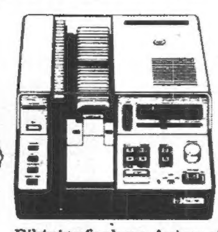


PHILIPS


Taschendiktiergerät 195



Neu: Bürodiktiergerät 303 mit „Merk- und Findsystem"


Diktataufnahme-Automat für das Telefondiktat


Bildschirm-Textautomat

BRIEFE

Hofnarren der Weltpolitik

(Nr. 5–6/1980, Olympia-Boykott?)

Die Sowjet-Union führt einen Krieg. Ergo: Die Sowjet-Union darf die Olympischen Spiele 1980 nicht ausrichten. Da gibt's doch keine Diskussion!

Königsbrunn (Bayern) ROLF-DIETER DIEHL
Stellvertretender Vorsitzender der Jungen Union Königsbrunn

Die Erwägung eines Olympia-Boykotts ist völlig absurd und unrealistisch. Ein Boykott würde den derzeitigen Ost-West-Konflikt erheblich verschärfen. Die Alternative heißt Spannungsabbau!

Estenfeld (Bayern) PETER KRAUSS
Stellvertretender Vorsitzender der Jusos Würzburg-Land

Breschnew mit Olympia-Maskottchen Mischa*
„Interesse ungebrochen"

Entweder sollten die Konsequenzen gezogen werden und die Durchsetzung politischer Ziele (die in diesem Fall nur die Machtlosigkeit der Boykotteure aufzeigt, wenn sie auf den Sport ausweichen müssen) auf die Politik beschränkt bleiben, oder man sollte fairerweise die Spiele ganz fallenlassen.

Pinneberg (Schlesw.-Holst.) A. LANGENBACH
Deutsche Jungdemokraten — Ortsverband Pinneberg

Sollen die Funktionäre doch alleine fahren!

Berlin G. FISCHER

* Anläßlich seines Ungarn-Besuches im Juni 1979 verschenkte Breschnew in einem Kindergarten Mischa-Teddys.

Sollten die russischen Invasoren wirklich abziehen — nur um „Satellitenberater" zurückzulassen. Dann sind für viele Optimisten die Olympischen Spiele kein Politikum mehr: let's go!

Böblingen (Bad.-Württ.) G. ROTHACKER

Der Überfall der Sowjet-Union auf Afghanistan gleicht, so meine ich, dem Überfall eines Triebverbrechers auf eine alte, wehrlose Frau. Sollte nun dieser Triebverbrecher zufällig Spitzensportler sein, so hätte doch wohl die Strafverfolgung die absolute Priorität vor sportlichen Erwägungen.

Dachau (Bayern)
HERBERT O. GATTERMANN

Der Rummel, der jetzt veranstaltet wird, läßt nur einen Schluß zu: Man möchte die Olympischen Spiele nutzen, um die Volksmeinung anzuheizen. Wer sich jetzt anheizen läßt, muß damit rechnen, morgen für „höherstehende Interessen" (das letzte Öl ist nicht zu teilen — schon gar nicht mit denen) verheizt zu werden.

Paderborn (Nrdrh.-Westf.)
GÜNTHER KETSCHER

Wenn es stimmt, daß 52 Prozent der Deutschen Carters Olympiaboykott für richtig halten und damit logischerweise auch andere Vergeltungs- und Aufrüstungsmaßnahmen der Amerikaner, so werden sich Millionen von Russen um ihre Regierung scharen.

Hamburg DR. H. ROSCHER

Moralischer statt militärischer Druck — ein weiser Entschluß Carters, dachte ich erst. Doch dann wurde sichtbar: Die „Falken" sahen ihre Stunde gekommen. Soll also „die Jugend" Amerikas doch gen Osten geschickt werden — nur eben in Uniform? Wer kann den Wahnsinn aufhalten? Und wie?

Berlin RICHARD HERMES

Unsere Erfahrungen zeigen, daß das Interesse des privaten Kunden am Maskottchen „Mischa" ungebrochen ist.

Lautertal (Bayern) ALFRED FISCHER
Spielwaren, Werbe-Artikel

Der Allergrößte ist NOK-Präsident Willi Daume, denn er hält es naßforsch für wahrscheinlich, daß trotz einer eventuellen Empfehlung der Bundesregierung, die Olympiade zu boykottieren,

eine Bundesmannschaft dennoch nach Moskau fährt. Ich finde, wir bieten unserer Schutzmacht USA ein beschämendes Bild!

Neu-Isenburg (Hessen) WOLFGANG GOEBEL

Wer hätte gedacht, daß unser NOK einen so cleveren Präsidenten hat? Aus seinen Antworten spricht eine tiefe Einsicht des Bertrand Russell: „Auch wenn alle meiner Meinung sind, können alle unrecht haben."

Hof (Bayern) ARNO BEHRISCH

Die Berater Carters müssen wohl vom Klabautermann geküßt worden sein. Ausgerechnet das Großmaul Muhamad Ali, ein Show-Profi, wird als Boykott-Einpeitscher nach Afrika transportiert. Was haben wir arme Europäer zu erwarten? Das Krümelmonster oder gar die Peanuts?

Kiel ALFRED THORWALDSEN



tz, München

„Bin neugierig, wen er als nächsten Sonderbotschafter losschickt!"

Ihre Meinungsumfrage zeigt, daß die Deutschen wieder zu „starken" Lösungen tendieren.

Villach (Österreich) FRITZ SCHIMKE

Die Deutschen sollten die USA unterstützen und an den Spielen in Moskau nicht teilnehmen.

Toronto (Kanada) BERTHOLD HOLTZBERG

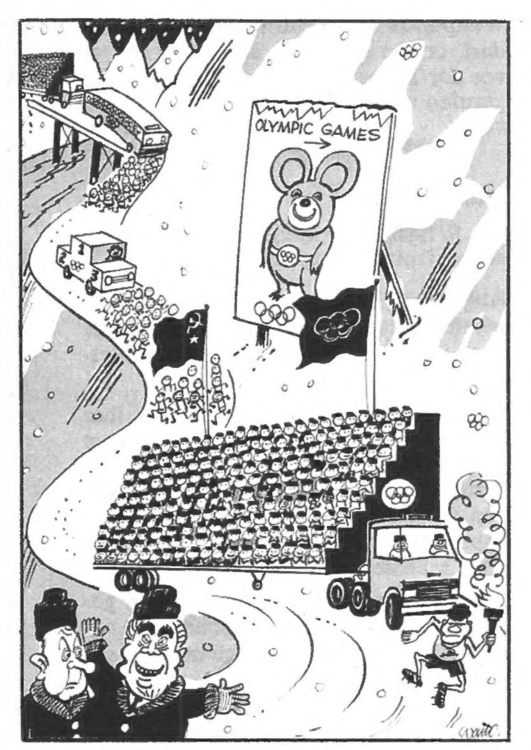
Es gibt auch die gerade für uns Deutsche lebenswichtige politische Frage, ob nicht die Solidarität mit den USA auf lange Sicht für unser Fortbestehen als freie Nation weit wichtiger ist, als es Olympische Spiele sein können.

Neubiberg (Bayern) GÜNTHER WEYSE

Man sollte bei der Übertragung nichts von der Eröffnung der Spiele bringen: also ganz bewußt jegliche Show und Propaganda boykottieren, aber nicht die Sportler in aller Welt.

Brackel (Nieders.) B. PETERSEN

Die Idee der Olympischen Spiele ist doch schon lange tot. In der Schlußphase des 20. Jahrhunderts sind die Spiele zu einem Kampf der Systeme, die dazu hochbezahlte Artisten, Staats-



„Weil sie die Olympiade in Moskau nicht haben wollen, schlug ich vor: ‚Wir bringen alles nach Kabul'“

amateure und Konzernparasiten ins Gefecht schicken, degeneriert. Dem Geist der Griechen und dem Amateurgedanken wird Hohn gezollt.

Niddatal (Hessen) WILHELM HOFMANN

Jeder unserer jungen Sportler erhält für den Start in einem andern Olympiastadion eine Medaille, auf deren Rückseite das Moskauer Olympia-Emblem mit einem „njet“ versehen ist. Punktum.

Esslingen (Bad.-Württ.) PROF. RUDOLF SPIETH

Der Westen sollte dafür sorgen, daß man Olympia künftig in einem demokratischen Argentinien, Südafrika oder Chile austrägt.

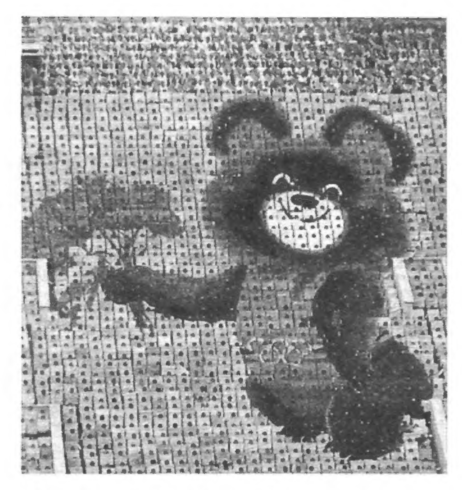
Stuttgart PETER DEUTSCHMANN

Wenn schon Boykott der Olympiade in Moskau, dann aber bitte auch Boykott der Winter-Olympiade in Lake Placid, USA.
Dort haben eineinhalb Autostunden vom Austragungsort entfernt US-Militärfahrzeuge die Reservation der Mohawk (die eine der sechs Nationen der Irokesen sind) seit Mitte letzten Jahres umzingelt, kontrollieren die Zufahrtswege und nehmen Verhaftungen vor.

Und alles nur, weil ein Häuptling verhindern wollte, daß auf seinem Land ohne seine Genehmigung Bäume gefällt und ein Zaun errichtet werden.
Aber Präsident Carter hat schon recht, wenn er Prioritäten setzt. Im Falle Afghanistan geht es um wirtschaftliche und militärische Macht, im Falle Mohawk lediglich um Menschenrechte.

Und die werden bei Bedarf gehandelt wie hot dogs und fromme Sprüche.

Frankfurt SIBYLLE METZIG



„Mischa" im Moskauer Olympia-Stadion*
„Erweiterte Spartakiade wirkungsvoller?"

Bleiben westliche Sportler fern, verliert das Planspektakel zwar an sportlichem Wert, doch der gewünschte Propagandaeffekt ergibt sich gleichwohl. In den Ergebnislisten wird man dann nämlich ausschließlich „sozialistische" Sportler finden. Wer weiß, ob jene „erweiterte Spartakiade" 1980 nicht noch wirkungsvoller ist als Olympische Spiele.

Mainaschaff (Bayern) REINHARD EHRET

Olympia im Gleichschritt mit der Politik ist nicht der Geist, der uns Fair play verheißt.

Heilbronn (Bad.-Württ.) HERMANN ABLE

Daume vergleicht in dem Interview die Olympischen Spiele mit einer „seltenen Tierart" und meint, „wenn sie einmal ausgestorben ist, kann sie keiner wieder beleben".

Einem so degenerierten und allseits mißbrauchten, seltenen Exemplar gönne ich fürwahr sein längst verdientes Aussterben. Je eher, desto besser.

München HEINZ KRÖGER

Jeden Tag bekommt der Sportler zu spüren, wie sehr er doch Hofnarr der Weltpolitik ist. Wenn man ihn braucht, darf er turnen, und ansonsten soll er vor der Tür so lange üben, bis er wieder gerufen wird.

Köln SABINE REUTER
Mitglied des Olympiakaders der Ruderer

* Während der Spartakiade-Eröffnung im Juli 1979 wurde das Maskottchen aus hochgehaltenen Fähnchen dargestellt.

Nur im Kopf

(Nr. 5/1980, Kommentar von Rudolf Augstein „Trotz Kissinger: Holocaust?")

Augsteins These von der Kissingerschen Ignoranz der Innenpolitik wird noch durch eine andere Parallele Metternich/Kissinger gestützt:

Die Arroganz Metternichs, die von ihm vertretenen Dynastien wie Marionetten zu behandeln, führte dazu, den Völkern ihre Dynastien entbehrlich scheinen zu lassen. Er hat so die März-Revolutionen mehr gefördert denn die alten Mächte restauriert.

Kissinger tut das gleiche mit den gewählten und verantwortlichen Regierungen nicht nur Washingtons, sondern auch Westeuropas.

Seine egozentrische Arroganz macht jene Mächte frei, die unterhalb einer auf Geheimdiplomatie — die zuweilen ja ihr Gutes hat — basierenden Oberflächenstrategie permanent lauern.

Ein Wort McLuhans abgewandelt: „Eine Kissinger-Diplomatie kann nur in einer Kissinger-Welt existieren." Und die Existenz dieser Kissinger-Welt bestand wohl nur im Kopf des höchst weltfremden Mannes.

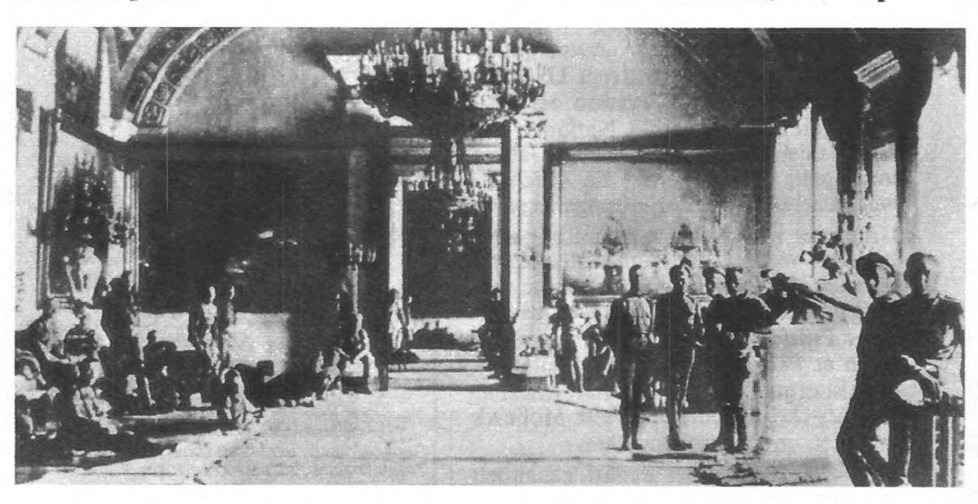
Berlin URSEL F. LEUE

Augenzeuge der Revolution

(Nr. 53/1979, Serie: Auszüge aus der Stalin-Biographie von Michael Morozow „Der Georgier")

Ihr Photo vom „Revolutionsstab im Festsaal des Smolny" hat mit der Oktoberrevolution nichts zu tun.

Ich war im Sommer 1917 Junker in der Ersten Studenten-Offiziersschule in Peterhof und wurde im Juli mit der ganzen Kompanie zum Schutz der Kerenski-Regierung nach Petrograd abkommandiert. Grund: Unruhen, weil Trup-



Offiziersschüler im Petrograder „Winterpalais" 1917: „Palast war leer"

Solange der Bart wächst.

Männer, die sich mit der Gillette Super Silver rasieren, wissen aus Erfahrung, wie eine gründliche Rasur aussieht. Wie sie sich anfühlt. Und was sie davon haben.

Sie wissen, die Gillette Super Silver ist gründlich. Denn ihre Schneiden sind aus platinveredeltem, feinsten Mikro-Chromstahl geschliffen.

Es ist dann nicht mehr eine Frage der Mode, daß sie dabei bleiben. Sondern der nüchternen Erkenntnis, daß das Wichtigste an einer Rasur die Gründlichkeit ist. Solange der Bart wächst.



Von Gillette, den Leuten, die das Rasieren mit der Klinge erfunden haben.

Gründlichkeit geht uns über alles. Gillette Super Silver.

pen des regierungsfeindlichen Generals Kornilow auf die Hauptstadt zumarschierten.

Wir wurden im Petrograder „Winterpalais“ untergebracht, nach zwei Wochen aber wieder per Bahn nach Peterhof zurücktransportiert, ohne irgendwie eingesetzt worden zu sein.

Die vom SPIEGEL veröffentlichte Aufnahme zeigt Junker der Offiziersschule Peterhof, die im „Winterpalais“ auf ihren Rücktransport warten — nicht im Smolny, nicht während der Revolution.

Das „Winterpalais“ brauchte übrigens von den Revolutionären gar nicht erobert zu werden, da es leer war. Als Augenzeuge weiß ich, daß vieles, was über die Ereignisse von damals kolportiert wird, nicht stimmt.

Nach meiner Beförderung zum Fähnrich diente ich in Petrograd im Littauischen Regiment, der Avantgarde der Oktoberrevolution.

Helsinki HEINRICH A. JOHANSON

Überprüfung eingeleitet

(Nr. 3/1980, Panorama)

DER SPIEGEL berichtete über vertrauliche Dokumente und Unterlagen von Schnellbooten der Klasse 143 der Marine, die in Hamburg im Sperrmüll gefunden und dem SPIEGEL zugeleitet wurden. Die Ermittlungen ergaben bisher:

Die gefundenen vertraulichen Unterlagen stammen ausnahmslos nicht von Dienststellen der Bundeswehr, sondern aus dem Besitz ziviler Firmen, die sich vor mehr als zehn Jahren um die Auftragsvergabe der Schnellboote bewarben.

Eine erste Sichtung der Unterlagen hat ergeben, daß sie älter als zehn Jahre sind. Sie enthalten einen Katalog militärischer Anforderungen für ein Schnellboot-Waffensystem. Das seit 1976 bei der Marine eingeführte Schnellboot 143 ist mit der Summe dieser Anforderungen nicht identisch.

Eine genaue Überprüfung der Dokumente wird gegenwärtig bei den Dienststellen, die mit dem System befaßt sind, vorgenommen. Parallel dazu wurde eine Sicherheitsüberprüfung eingeleitet, die auch Ermittlungen bei den beteiligten Firmen einschließt.

Bonn DR. KURT FISCHER
Sprecher des Bundesministeriums der Verteidigung

Noch Fachleute

(Nr. 47/1979, Musik; Nr. 51/1979, Briefe)

Ich habe dem SPIEGEL gegenüber bezüglich meiner Konzertverpflichtungen 1979/80 zwei Engagements „als Solist in der Berliner Philharmonie“ erwähnt. Die Formulierung „Konzertengagements bei den Berliner Philharmonikern“, auf die sich der Brief des Intendanten des Berliner Philharmonischen Orchesters, Dr. Peter Girth, bezieht,

habe ich nicht zu vertreten; im übrigen habe ich wiederholt mit dem Berliner Philharmonischen Orchester konzertiert, und zwar zu Zeiten, als noch Fachleute auf künstlerisch-musikalischem Gebiet Intendanten dieses Orchesters waren.

Sommerhausen (Bayern) BERNHARD BÖTTNER

Allgemeine Polizeipraxis

(Nr. 53/1979, Polen)

Zwecks Charakterisierung einer der Polizeiaktionen gegen die polnische Opposition wurde in diesem Artikel die Bezeichnung „Nacht-und-Nebel-Aktion" verwendet. Sie suggeriert eine Übereinstimmung zwischen Verfolgung, denen wir polnische Oppositionelle ausgesetzt sind, und dem Hitler-Terror, also die Liquidierung aktiver Gegner der Nazi-Okkupation.

Es ist wahr, daß die Polizei in Polen in ihrem Vorgehen gegen die Opposition geltende Gesetze verletzt. Es gab zahlreiche Fälle schwerer Mißhandlungen, und überhaupt gehört das Schlagen zur allgemeinen Polizeipraxis in Polen. So ist voriges Jahr mein Sohn auf der Polizeikommandantur in Katowice geschlagen worden.

Allgemein bekannt wurde der Tod eines jungen Oppositionellen, des Krakauer Studenten Stanislaw Pyjas, dessen Umstände nicht geklärt werden konnten, trotzdem aber eindeutig waren.

Dennoch besteht ein Unterschied zwischen einer planmäßigen Ausrottung ganzer Bevölkerungsgruppen und diesem Polizeimord.


Lipski

Die Opposition in Polen legt Wert darauf, daß präzise berichtet wird. Deshalb möchte ich feststellen, daß die Verfolgungen, denen wir ausgesetzt sind, mit jener „Nacht-und-Nebel-Aktion" zu vergleichen, unrichtig und irreführend ist.

Ich teile Ihnen das in vollem Bewußtsein meiner Verantwortung mit — als Mitglied des „KOR"-Komitees seit dem Tag der Gründung und als einer der politischen Häftlinge, die im Mai 1977 festgenommen wurden, nach den Demonstrationen, mit denen der „KOR" und die Studenten in Krakau auf die Ermordung ihres Kommilitonen geantwortet haben.

Warschau JAN JÓZEW LIPSKI

Den Ausdruck „Nacht-und-Nebel-Aktion" für die in Ihrem Artikel beschriebene Polizeiaktion zu gebrauchen zeugt von einer Geschmacklosigkeit, die in einem deutschen Nachrichtenmagazin besonders peinlich wirkt.

Warschau LUDWIG ZIMMERER/CZESLAW BOBROWSKI/JADWIGA STANISZKIS/ JOANNA SZCZESNA/ANDRZEJ KRASINSKI/JAN STREZELECKI

Kaum ein Wort

(Nr. 1-2/1980, Iran)

Den SPIEGEL gibt es in Teheran an fast jedem Kiosk, im Gegensatz zu Ihrer Behauptung.

Es ist vollkommen unglaubwürdig, daß Jugendliche eine „Konferenz“ mit Chomeini boykottiert hätten.

Nicht 50 Prozent der Geschäfte, sondern höchstens fünf Prozent sind geschlossen. Auf ein Kommando Chomeinis schließen die Basaris ihre Läden zu allen möglichen Anlässen.

Hammer und Sichel schmücken nicht „sogar“, sondern selbstverständlich seit der Revolution die Häuserwände.

Bettler gab es auch zu Schahzeiten nicht weniger.

Versorgungsengpässe gibt es nicht bei Zucker und Reis, sondern bei Eiern und Fett. Im übrigen ist die Versorgung mit landesüblichen Produkten, auch mit Obst und Gemüse, besser als zu Schahzeiten. Fleisch kaufe ich zu 13 Toman das Kilo (1 Toman = 24 Pfennig).

Es ist richtig, daß viele über die Ergebnisse der Revolution enttäuscht, auch Opposition zu den gegenwärtigen Verhältnissen, sind. Aber nichtsdestoweniger ist kaum ein Wort gegen Chomeini selbst zu hören. Der weitaus größte Teil der Bevölkerung steht hinter ihm.

Teheran GERLINDE MASSOUDI

Sexliche Markterfolge

(Nr. 6/1980, Bücher: Rolf Becker über „Der süße Duft der Rebellion“ von Curd Jürgens)

Der „normannische Kleiderschrank“ Curd Jürgens hat sich also zum „pornographischen Schreibestank“ verwandelt!

Wie es doch verbal-schwellend zwischen den Zeilen „droemert“, sexliche Markterfolge förmlich herbeizwingend. Welch „süßer Duft“ strömt hier aus der halbgeöffneten Kloake und streichelt schamhaarig-mild schmachtende Männerhirne. Für „das Ding in Frauenhand“ mein Vorschlag eines Neuwortes Pistallus (aus Pistole + Phallus).

Wie wäre es, wenn ausgeflippte Literaten es den angewelkten Altmimen gleichtun würden und späten Ruhm auf den Brettern, die die Welt bedeuten, anstreben würden?

Hereinspaziert, meine Herrschaften . . .

Düsseldorf ERNST O. NICOLAUS

Einer Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe ist eine Postkarte des SPIEGEL-Verlages, Hamburg, beigeklebt.

Die Redaktion des SPIEGEL behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

2000 Hamburg 11
Postfach 110 420
Brandstwiete 19 / Ost-West-Straße
Telephon 300 71, Telex 2 162 477
Telegramm Spiegelverlag

HERAUSGEBER

Rudolf Augstein

CHEFREDAKTION

Johannes K. Engel, Erich Böhme

REDAKTION

Susanne Bach, Ariane Barth, Rolf Becker, Wolfram Bickerich, Wilhelm Bittorf, Peter Bölke, Jochen Bölsche, Dr. Hermann Bott, Stephan Burgdorff, Werner Dähnhardt, Hans Dieter Degler, Werner Detsch, Rolf Diekhof, Dr. Wolf Donner, Manfred Ertel, Jutta Fischbeck, Klaus Franke, Henry Glass, Rudolf Glismann, Walter Gloede, Dr. Helmut Gumnior, Wolfgang Gust, Christian Habbe, Dr. Michael Haller, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg, Manfred W. Hentschel, Ernst Hess, Heinz Höhne, Joachim Hoelzgen, Dr. Jürgen Hohmeyer, Dr. Katerina Horbatsch, Urs Jenny, Dr. Wolfgang Kaden, Dr. Hellmuth Karasek, Klaus-Peter Kerbusk, Dr. Walter Knips, Klaus Kröger, Karl Heinz Krüger ,Wulf Küster, Albrecht Kunkel, Rüdiger Lentz, Heinz P. Lohfeldt, Andreas Lorenz, Dr. Wolfgang Malanowski, Hans Hermann Mans, Gerhard Mauz, Dr. Renate Merklein, Fritjof Meyer, Dr. Werner Meyer-Larsen, Manfred Müller, Rolf S. Müller, Hans-Georg Nachtweh, Hans-Joachim Nesslinger, Dr. Renate Nimtz-Köster, Gunar Ortlepp, Jürgen Petermann, Jörgen Pötschke, Joachim Preuß, Klaus Reinhardt, Dr. Rudolf Ringguth, Dr. Gerd Rockel, Peter Roth, Dr. Fritz Rumler, Marie-Luise Scherer, Arnd F. Schirmer, Hans Joachim Schöps, Christian Schultz-Gerstein, Ulrich Schwarz, Mareike Spiess-Hohnholz, Wolfgang Spindler, Wolf Dieter Steinbauer, Hans-Wolfgang Sternsdorff, Peter Stolle, Walter Tauber, Dieter G. Uentzelmann, Klaus Umbach, Monica Vogelgsang, Hartmut Volz, Eberhard Wachsmuth, Rainer Weber, Ilia Weiss, Erich Wiedemann, Dr. Dieter Wild

ILLUSTRATION

Hans Peter Baumann, Martina Blume, Thomas Bonnie, Regine Braun, Manuela Cramer, Annette Crüger, Volker Fensky, Günther Gatermann, Rüdiger Heinrich, Manfred Igogeit, Karola Kraesze, Digne Meller Marcovicz, Ingeborg Molle, Heike Pankel, Walter Pomikalko, Chris Riewerts, Manfred Schniedenharn, Heidrun Wandschneider, Karin Weinberg, Jürgen Wulf, Monika Zucht

SCHLUSSREDAKTION

Rudolf Austenfeld, Horst Beckmann, Jens Eggers, Horst Engel, Bernd Heyen, Rolf Jochum, Herbert Kanthack, Josef Klessinger, Heinz Kohl, Inga Lembcke, Wolfgang Polzin, Günter Rau, Gero Richter-Rethwisch, Dieter Schaake, Wilhelm Schöttker, Claus Schüler

REDAKTIONSVERTRETUNGEN
DEUTSCHLAND

Berlin (West): Wolfgang Bayer, Axel Jeschke, Jörg R. Mettke, 1 Berlin 30, Kurfürstenstr. 72–74, Tel. 26 20 61, Telex 01 84 704 • Berlin (DDR): z.Z. 1 Berlin 30, Kurfürstenstr. 72–74, Tel. 269 52 75, Telex 181 270 • Bonn: Winfried Didzoleit, Dr. Richard Kiessler, Dirk Koch, Dr. Romain Leick, Jürgen Leinemann, Dr. Paul Lersch, Heiko Martens, Olaf Petersen, Marion Schreiber, Diethelm Schröder, Klaus Wirtgen, 53 Bonn, Dahlmannstr. 20, Tel. 21 40 31/21 40 81, Telex 08 86 630 • Düsseldorf: Gerd Kröncke, Hans Leyendekker, Richard Rickelmann, Gert Savelsberg, Rudolf Wallraf,4 Düsseldorf 1, Immermannstr. 15, Tel. 35 33 21, Telex 08 582 737 • Frankfurt a. M.: Hans Werner Kilz, Dr. Gisela Oehlert, Jürgen Scherzer, Horst Stübling, 6 Frankfurt a. M., Oberlindau 80, Tel. 71 71 81, Telex 04 13 009 • Hannover: Wolfgang Becker, Klaus Pokatzky, 3 Hannover, Kurt-Schumacher-Straße 26–28, Tel. 32 69 39, Telex 09 22 320 • Karlsruhe: Rolf Lamprecht, 75 Karlsruhe 1, Amalienstr. 25, Tel. 225 14/15, Telex 07 825 471 / Kiel: Dietrich Lachmund, 23 Kiel, Niemannsweg 18, Tel. 56 30 66/67, Telex 02 99 859 • Mainz: Peter Adam, 65 Mainz, Rheinstr. 101, Tel. 2 61 61, Telex 04 187 507 • München: Heinz Höfl, Dr. Joachim Reimann, Michael Schmidt-Klingenberg, 8 München 80, Stuntzstraße 16, Tel. 47 40 38, Telex 05 22 501 • Stuttgart: Norbert F. Pötzl, Peter Stähle, 7 Stuttgart, Kriegsbergstr. 11, Tel. 22 15 31/32, Telex 07 22 673

AUSLAND

Athen: Kostas Tsatsaronis, Valaoritou 12, Athen T. T. 134, Tel. 36 36-577, Telex 215 418 • Basel: Jürg Bürgi,Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. 25 14 14, Telex 64 487 • Brüssel: Hans Gerhard Stephani, Bd. Charlemagne 45, Résidence Roncevaux, 1040 Brüssel, Tel. 230 61 08/62 17, Telex 25 294 • Hongkong: 2 Kennedy Terrace, Hongkong, Tel. 23 20 41 • Kairo: Volkhard Windfuhr, 8 Sharia Bahgat Ali, Appt. 4, Zamalek-Kairo, Tel. 80 47 42 • London: Börries Gallasch, 6 Museum House, 25 Museum Street, London W. C. 1, Tel. 580-57 59/57 50, Telex 25 278 • Madrid: Volkhart Müller, Marques de Cubas 12, Madrid 14, Tel. 231 62 43, Telex 45 383 • Moskau: Siegfried Kogelfranz, Krutizkij Wal 3, Kw. 36, Moskau, Tel. 276 19 50, Telex 7988 • Nairobi: Susanne Thieke, P. O. Box 14 932, Nairobi, Tel. 56 69 27, Telex 22 984 • Neu-Delhi: Sri Prakash Sinha, 35 B Nizzamuddin East, Neu-Delhi, Tel. 61 97 33, Telex 314 454 • New York: Dr. Werner Funk, Rainer Paul, 516 Fifth Avenue, New York, N. Y. 100 36, Tel. 221-75 83/84, Telex 237 723 • Paris: Helmut Sorge, 17 Avenue Matignon, Paris 8e, Tel. 256-12-11, Telex 650 086 • Peking: Dr. Tiziano Terzani, Tschianmen Hotel, Room 705, Peking, Tel. 33 87 31 • Pretoria: Paul M. Schumacher, P.O. Box 26 027 Arcadia, Pretoria, Tel. 64 25 52, Telex 3-01 19 • Rom: Dr. Bernhard Müller-Hülsebusch, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. 679 75 22, Telex 680 255 • Stockholm: Hermann Orth, Scheelegatan 4, Stockholm, Tel. 50 82 41 • Tel Aviv: Henri Zoller, Harechesch Straße 12, Tel Aviv (Afeka), Tel. 42 73 65 • Tokio: Norbert Nürnberger, Nakane 1-17-14, Meguroku, Tokyo 152, Tel. 718 84 58, Telex J 29 471 • Washington: Hans Hielscher, Valeska von Roques, 1015 National Press Building 14th and F. Street, N.W. Washington, D. C. 20 045, Tel. 347-51 61/52 22, Telex 440 214 • Wien: Dr. Inge Cyrus, Telekygasse 13, 1190 Wien, Tel. 36 15 92/36 35 37, Telex 75 888

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR

dieser Ausgabe für Panorama, Ost-West-Krise, Osthandel, Strauß, Wahlkampf, Nord-Süd-Bericht: Ulrich Schwarz; für Rüstung (S. 24), Haushalt, Affären, Leitende Angestellte, Silbermünzen, Werbung, Handel, Trends, England: Peter Bölke; für Rasterfahndung, SPIEGEL-Gespräch, Prozesse, Spionage, Justiz, Rundfunk: Manfred W. Hentschel; für Konzerne: Dr. Werner Meyer-Larsen; für Hitler, Titelgeschichte (S. 132): Heinz Höhne; für Titelgeschichte (S. 120): Fritjof Meyer; für Schmidt/Giscard, Mittelamerika, Pakistan, Talpur-Interview, USA, SPIEGEL-Essay, Diplomatie, Rüstung (S. 150), Finnland, Kopelew-Interview, Polen, Rhodesien, Mugabe-Interview, Geheimdienste, Jüdisches Theater, Schweiz: Heinz P. Lohfeldt; für Sport: Walter Gloede; für Satire: Dr. Hellmuth Karasek; für Szene, Autoren, Fernsehen, Intendanten, Bücher, Bestseller, Schriftsteller, Theater, Fernseh-Vorausschau: Dr. Wolf Donner; für Archäologie, Transsexuelle, Prisma: Jürgen Petermann; für Künstler: Dr. Fritz Rumler; für Automobile: Rudolf Glismann; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe: Werner Detsch; für Personalien, Register, Hohlspiegel, Rückspiegel: Susanne Bach; für Titelbild: Eberhard Wachsmuth; für SPIEGEL-Verlag/Hausmitteilung: Dr. Helmut Gumnior (sämtlich Brandstwiete 19/Ost-West-Str., 2000 Hamburg 11)

DOKUMENTATION

Werner Bartels, Sigrid Behrend, Jürgen Bergeder, Frank Böhm, Lisa Busch, Armin Dirks, Heinz Egleder, Wolfgang Eisermann, Dr. Herbert Enger, Wolfgang Fischer, Marianne Friedrichs, Ille von Gerstenbergk-Helldorff, German Hausknecht, Hartmut Heidler, Hans-Joachim Heinze, Wolfgang Henkel, Lise-Lotte Herold, Gesa Höppner, Jürgen Holm, Christa von Holtzapfel, Günter Johannes, Ilse Lange-Henckel, Leonore Lohse, Elke Martin, Roderich Maurer, Günther von Maydell, Rainer Mehl, Ullrich Meier, Michael Morozow, Wolfhart Müller, Christel Nath, Anneliese Neumann, Claus Nodop, Paul Ostrop, Nora Peters, Ulrich Rambow, Anke Rashatasuvan, Karl-Otto du Roveray, Hedwig Sander, Carl-Heinz Schlüter, Ekkehard Schmidt, Marianne Schüssler, Werner Siegert, Reinhard Sooß, Robert Spiering, Monika Tänzer, Dr. Iris Timpke-Hamel, Ursula Vollmann, Horst Wachholz, Dieter Wessendorff, Georg Wöhner

Leitung: Heinz-Jürgen Plathner, Karl-Heinz Schaper

NACHRICHTENDIENSTE

dpa, Newsweek, New York Times, AP

SPIEGEL-VERLAG
RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Büro des Herausgebers: Walter Busse; verantwortlich für Anzeigen: Horst Görner; gültige Anzeigenpreisliste Nr. 34 vom 1. Januar 1980. Abonnementspreise (Normalpost, inklusive MwSt.): Inland sechs Monate DM 78,—, zwölf Monate DM 156,—, Ausland sechs Monate DM 98,80, zwölf Monate DM 197,60; Luftpostpreise auf Anfrage. Verlagsgeschäftsstellen: 4 Düsseldorf, Immermannstraße 15, Tel. (0211) 35 33 21, Telex 8 382 737; 6 Frankfurt a. M., Oberlindau 80, Tel. (0611) 72 03 91, Telex 411 977; 8 München 80, Maria-Theresia-Straße 11, Tel. (089) 47 20 35, Telex 524 601; 7 Stuttgart, Kriegsbergstr. 11, Tel. (0711) 22 15 31/32, Telex 722 673. Druck: Druckhaus Ahrensburg, Ahrensburg bei Hamburg, und Darmstadt. DER SPIEGEL (15 45 20 USPS) is published weekly. The subscription price for the U.S.A. is $ 156.00 per annum. Second-class postage is paid at Englewood, NJ and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Ave., Englewood Cliffs, NJ 076 32.

VERLAGSLEITUNG

Michael Nesselhauf, Helmut Wallbaum, Alfred E. Wissmann

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Rudolf Augstein, Hans Detlev Becker

Kassen-Schlager

Die Freidemokraten haben einen prominenten Geldeintreiber gefunden: den einstigen Bundespräsidenten und früheren FDP-Chef Walter Scheel. Der Pensionär, der seit seinem Ausscheiden aus dem Staatsamt Schwierigkeiten hat, eine neue Beschäftigung zu finden, tritt häufig als Redner bei privaten und öffentlichen Veranstaltungen auf. Bei solchen Gelegenheiten pflegt Scheel Gastgeber und Gäste ungeniert auf die leeren Kassen seiner Partei hinzuweisen. FDP-Generalsekretär Günter Verheugen, der bis vor kurzem von den Aktivitäten des einstigen Parteivorsitzenden nichts wußte, findet, es sei „nicht das Schlechteste, was er für uns tun kann". Verheugen: „Die Finanzen müssen stimmen, aber ich will nicht so genau wissen, wie das gemacht wird."

DGB gegen Schmude

Die Bundesregierung wird auch in diesem Jahr von den Unternehmen keine Umlage für die Lehrlingsausbildung verlangen. Bildungsminister Jürgen Schmude hält die bisherige Entwicklung auf dem Lehrstellenmarkt für „günstig" und die weiteren Aussichten für so „gut", daß er die nach dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz vorgesehene Berufsbildungsabgabe nicht eintreiben will. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hingegen hatte dafür plädiert, die Unternehmen zur Kasse zu bitten, da das Lehrstellenangebot noch immer nicht ausreichend sei. Um ihre Forderung zu unterstreichen, blieben die DGB-Vertreter der entscheidenden Hauptausschußsitzung des Bundesinstituts für Berufsbildung in der vorletzten Woche demonstrativ fern.

Abfuhr für Strauß

Franz Josef Strauß stolperte in eine Falle, die er für andere aufgestellt hatte. Als der Bayernführer versuchte, die drei westlichen Alliierten auf West-Berlin als Standort der geplanten Deutschen Nationalstiftung festzulegen und damit die Bundesregierung zu desavouieren, holte er sich eine Abfuhr. Washington, London und Paris teilten dem Kanzlerkandidaten der Union mit, ihre Auffassung unterscheide sich nicht von der Bonner Meinung: West-Berlin komme als Sitz der Nationalstiftung nicht in Frage, um die vierte Siegermacht — die Sowjet-Union — nicht unnötig herauszufordern. Auf diese Sprachregelung hatten sich Bundeskanzler Helmut Schmidt und sein Außenminister Hans-Dietrich Genscher schon im Oktober vergangenen Jahres mit den CDU-Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg und Bernhard Vogel geeinigt. Wo die Nationalstiftung statt dessen hinkommen solle, blieb offen. Doch Strauß mochte nicht lockerlassen. In der Öffentlichkeit deutete er immer wieder an, die Westmächte hielten, im Gegensatz zur sozialliberalen Koalition, durchaus am Standort West-Berlin fest. So sicher schien sich der bayrische Ministerpräsident seiner Sache, daß er in Washington, London und Paris offiziell nachfragen ließ. „Die Abfuhr", spottete ein sozialdemokratischer Berlin-Politiker über den Reinfall des übereifrigen Kandidaten, „erfolgte in höflicher Form."

Falscher Draht

Die Carter-Administration sucht nach Erklärungen, weshalb die Russen nicht auf amerikanische Warnungen vor dem Einmarsch in Afghanistan reagierten. Ein möglicher Grund für Moskaus Schweigen wurde vergangene Woche bekannt: Carter hatte seine Mahnungen nicht etwa über den „heißen Draht" an Breschnew gerichtet, sondern sie durch den Sowjet-Spezialisten des State Department, Marshall D. Shulman, Botschafter Anatolij Dobrynin vortragen lassen. Dobrynins Ansehen im Kreml sei aber so stark gesunken, meinen westliche Diplomaten, daß



Oppositionsführer Kohl: Hoffnung auf ein dreifaches Comeback

Sehnsucht nach einem Oldtimer

Die CDU/CSU-Opposition hat auch nach dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan ihr Ansehen bei den Wählern nicht verbessern können. Seit Wochen schwankt sie in den Meinungsumfragen für die Bundestagswahl um 47 Prozent.

„Die Hoffnung auf den großen Durchbruch mit Franz Josef Strauß", so schätzte ein führender Mitarbeiter des Bonner Konrad-Adenauer-Hauses in der vergangenen Woche den Trend ein, „hat sich bisher nicht erfüllt. Die Union muß im Oktober eher mit einem Barzel- als mit einem Kohl-Ergebnis rechnen." Die CDU/CSU hatte 1972 mit Kanzlerkandidat Barzel 44,9, mit Kohl 1976 aber 48,6 Prozent der Wählerstimmen erzielt.

Daß die Christdemokraten aus der Krisenstimmung kein politisches Kapital schlagen können, geht auch aus anderen Untersuchungen hervor, die von der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Parteizentrale ausgewertet wurden. Zwar ist die Angst vor einem Krieg in

seine Mitteilungen von der sowjetischen Führung möglicherweise nicht ernst genommen wurden. Für diese These spricht auch, daß Dobrynin Washington vier Wochen vor der Sowjet-Invasion verließ — aber nicht, um im Kreml Bericht zu erstatten. Zunächst einmal ließ der altgediente Diplomat in der Heimat eine Darmkrankheit behandeln. Doch auch wenn das Politbüro auf Dobrynin gehört hätte, bleibt fraglich, ob die sowjetische Führung die amerikanische Reaktion besser eingeschätzt hätte. Denn die USA warnten lediglich vor „militärischen Aktionen" und glaubten bis zuletzt nicht an eine dauerhafte Besetzung Afghanistans.

der Bevölkerung gewachsen, sie hat aber — anders als in den USA — nicht zu einer Aufrüstungs-Hysterie geführt.

Vier von fünf befragten Bundesbürgern (81 Prozent) sind für weitere Verhandlungen mit dem Osten. Und auf diesem Gebiet trauen die Wähler den Sozialliberalen unter Helmut Schmidt mehr zu als den Unionschristen unter Franz Josef Strauß.

Die Führungszirkel der CDU reagieren auf diese Entwicklung wie gehabt — mit Personalspielen für die Zeit nach FJS. Helmut Kohl macht sich plötzlich wieder Hoffnung auf ein dreifaches Comeback: als Fraktionschef 1980, als Parteivorsitzender 1981 und neuerdings auch als Kanzlerkandidat 1984.

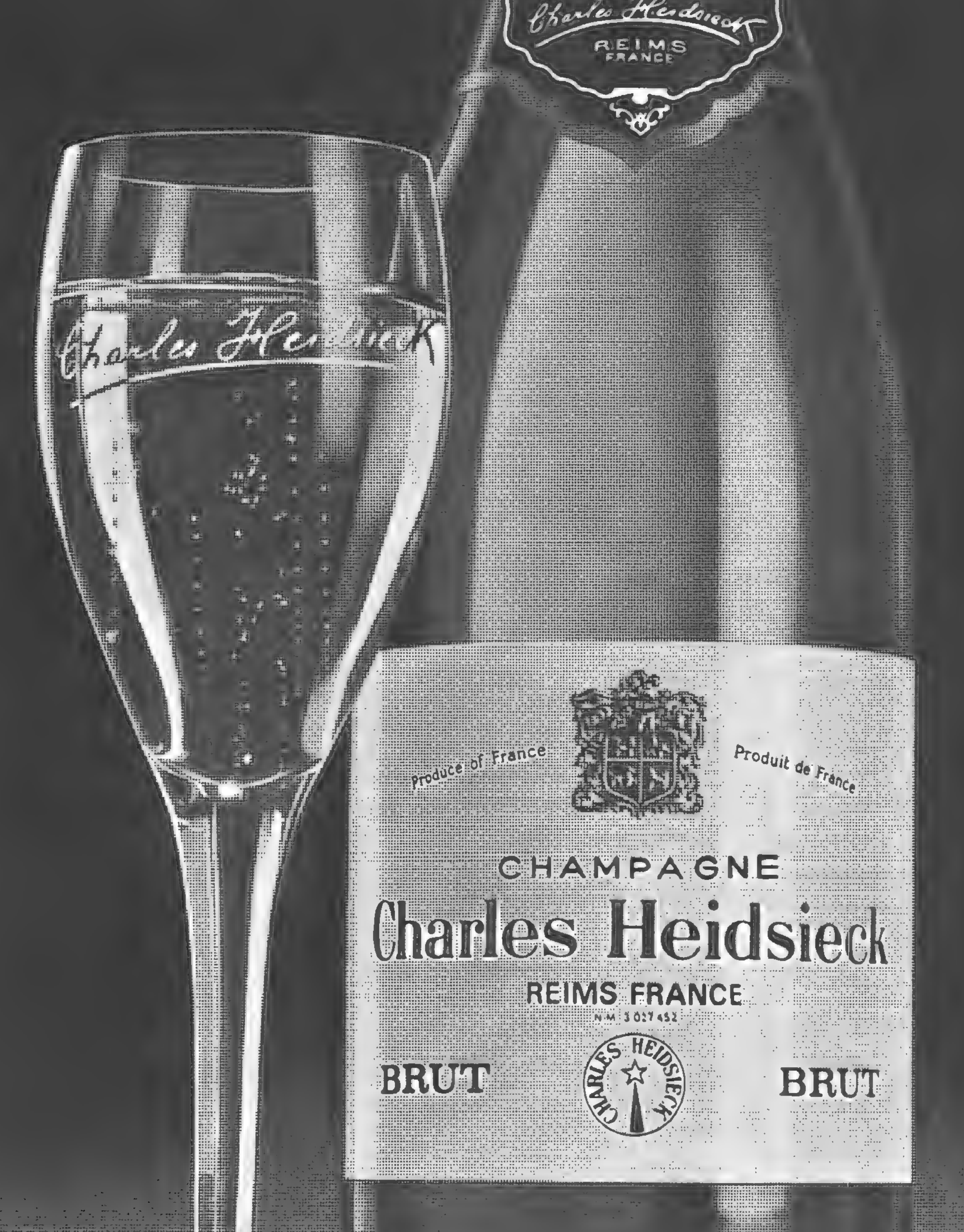
Niedersachsens Regierungschef Ernst Albrecht überlegt deshalb, ob er schon 1981 gegen Kohl für den Parteivorsitz kandidieren und sich damit eine gute Startposition für die Kür des Kanzlerkandidaten 1983 schaffen soll. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg hat ebenfalls die Hoffnung noch nicht aufgegeben, 1984 auf Platz eins der CDU/CSU gesetzt zu werden.

Gedränge gibt es auch um den Posten des Fraktionschefs, an dem Kohl auch nach einer Wahlniederlage in diesem Jahr „unter allen Umständen" festhalten will. Die Chancen seiner Konkurrenten Alfred Dregger und Kurt Biedenkopf stehen derzeit nicht gut in der Fraktion, und Walter Wallmann, oft als heimlicher Favorit genannt, will 1981 noch einmal um das Amt des Frankfurter Oberbürgermeisters kämpfen.

Die heimliche Sehnsucht der Unionsparlamentarier gilt freilich einem Oldtimer — Rainer Barzel. Unter ihm habe „wenigstens die Opposition geklappt".

Seine Freunde nennen ihn Charles

Von den vielen großen Charles', die Frankreich hervorgebracht hat, ist CHARLES HEIDSIECK der weitaus spritzigste. Seine leichte, bekömmliche Note macht ihn zu einem gern gesehenen Gast bei allen, die gutes Essen und Trinken lieben.
Und da er sich sehr schnell Freunde macht, wird er überall in der Welt ganz einfach Charles genannt. Freunde nennt man beim Vornamen, oder?



ECKES IMPORT



DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

DEUTSCHLAND

Bonn sucht den dritten Weg

Trotz aller Treuebekenntnisse zu Amerika geht Bonn mehr denn je auf Distanz zu den USA. Auf dem deutsch-französischen Gipfel waren Schmidt und Giscard „einig wie noch nie", sich eine gewisse Blockfreiheit im atlantischen Bündnis zu sichern. Doch Carters Olympia-Ultimatum könnte die Hoffnung rasch zunichte machen.

In einem Saal des Pariser Elysee-Palastes ging der Vorhang auf, und unsicher tapsend trat der deutsche Verteidigungsminister Hans Apel vor die Scheinwerfer des Fernsehens, gefolgt von seinem Kollegen Yvon Bourges — Schlußveranstaltung der deutsch-französischen Gipfelgespräche am Dienstag vergangener Woche.

Die beiden Akteure setzten sich an einen Tisch, tauschten geschäftig rotgebundene Mappen aus, unterzeichneten Dokumente, lächelten freundlich, drückten sich die Hände und traten ab.

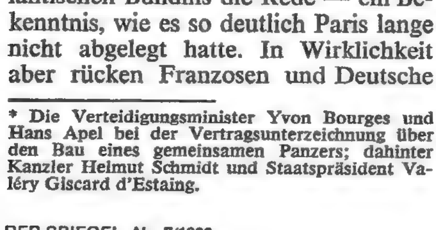
Die Aufführung, die von den Regierungschefs so feierlich in Szene gesetzt worden war, besagte nichts weiter als: Deutsche und Franzosen wollen gemeinsam zum Ende der achtziger Jahre einen Panzer bauen.

Die Darbietung war denn auch eher als Demonstration europäischen Wehrwillens gedacht, als Geste gegenüber dem US-Präsidenten Jimmy Carter, der sich seit dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan von seinen Verbündeten nur unzureichend unterstützt, wenn nicht gar alleingelassen fühlt.

Derlei unverbindliche Freundlichkeit schien Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt angebracht, weil sie den Amerikanern mit dem eigentlichen Dokument des Tages, der gemeinsamen Erklärung, einiges zumuteten.

Zwar ist darin von „Treue" zum Atlantischen Bündnis die Rede — ein Bekenntnis, wie es so deutlich Paris lange nicht abgelegt hatte. In Wirklichkeit aber rücken Franzosen und Deutsche

Deutsch-französischer Gipfel*: „Die Situation ist sehr kritisch"


* Die Verteidigungsminister Yvon Bourges und Hans Apel bei der Vertragsunterzeichnung über den Bau eines gemeinsamen Panzers; dahinter Kanzler Helmut Schmidt und Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing.

so weit von den USA ab, wie Washington es bislang von Bonn noch nie gewohnt war — wahrlich „kein Routineereignis", wie der Kanzler feststellte.

Als Helmut Schmidt letzten Mittwoch seinem Kabinett vom Gipfel berichtete, pries er zunächst, daß sich Deutsche und Franzosen „noch nie so einig" gewesen seien. Der Kanzler vergaß auch nicht, den eigenen Beitrag zu diesem Erfolg herauszustreichen: Der werde beim Vergleich mit dem Kommuniqué nach dem Giscard-Besuch in Indien Ende Januar deutlich.

In Delhi hatten Giscard und Indira Gandhi den Einmarsch der Sowjets in Afghanistan nicht erwähnt, vielmehr die USA — ohne sie beim Namen zu nennen — vor einem Rückfall in den „Kalten Krieg" gewarnt.

das ein deutsches Reaktorgeschäft mit Brasilien gefährdete. Auch Jimmy Carters Kampagne gegen Menschenrechtsverletzungen im Ostblock fand Entspannungspolitiker Schmidt nicht eben hilfreich.

Nunmehr, da Schmidt eine zunehmende Verhärtung der Supermächte befürchtet, beansprucht er in einem offiziellen Dokument — gemeinsam mit Giscard — eine eigenständige, von den USA unabhängige Position. Für alle europäischen Staaten reklamieren der Deutsche und der Franzose eine „besondere Verantwortlichkeit"; eine kleine Unabhängigkeitserklärung der Europäer.

Giscard hatte schon vor dem Gipfel seine Position deutlich gemacht: Da „der Westen kein Block wie der Osten



Beanstandetes Brzezinski-Photo: Verheerender Eindruck

ist", müsse „jeder festlegen, worin seine Solidarität (mit den USA) besteht". Damit sei Frankreich aber „keineswegs neutral", wohl aber sei die französische Position eine Alternative zwischen Moskau und Washington, besonders für die Dritte Welt.

Des Kanzlers Floskel „Noch nie so einig" indes meint nicht nur das neue Treuebekenntnis zu den USA, sondern auch Einigkeit in der Distanz zu Carters hartem Kurs.

Giscard und Schmidt verbündeten sich in Paris gegen die Supermacht USA. Ganz ungeniert offenbarte der westdeutsche Regierungschef im kleinen Kreis bei Tisch, er und sein französischer Partner wollten Washington „eine Botschaft der Mäßigung" und „des sehr klaren Vertretens der eigenen Interessen" zukommen lassen.

So öffentlich hat sich Schmidt noch nie dem großen Verbündeten gegenüber in Szene gesetzt. Zwar hatte der Kanzler seit Carters Amtsantritt schon öfter die deutschen Interessen gegen massiven Druck aus den USA verteidigt — etwa gegen die Inflationspolitik des Weißen Hauses oder gegen das amerikanische Anti-Atomprogramm,

Schmidt hat sich mit seinem Wunsch nach „Spielräumen" der französischen Position angenähert, ein heikles Balance-Kunststückchen, sich eine Art Blockfreiheit im Bündnis zu sichern. Der deutsche Innenminister Gerhart Baum hat den Eindruck, „ein Hauch von drittem Weg" sei schon erkennbar.

Kaum verhüllt bekennen die Pariser Gratwanderer in ihrer Erklärung auch, was sie so eng wie nie zueinandergebracht hat: die Sorge, Afghanistan könne, „selbst wenn das nicht beabsichtigt ist, schwerwiegendste Folgen haben". Im Klartext: Sie fürchten, Carter treibe die Eskalation zu weit.

Nach seiner Rückkehr warnte der Kanzler im Kabinett denn auch: Die Weltmächte dürften „nicht aus Versehen" in einen großen Konflikt hineinrutschen. Schmidt: „Die Situation ist sehr kritisch."

Besorgt zeigte sich auch Hans-Dietrich Genscher, der aber vor allem wegen der amerikanischen Reaktion auf die deutsch-französische Entente. Eigentlich, so befand der AA-Chef, könne Carter doch zufrieden sein über die Paris-Erklärung: „Dreimal ist darin die Afghanistan-Invasion verurteilt worden." Doch weder Genscher noch Verteidigungsminister Apel sind sicher, ob das reicht. Apel: „Wir müssen aufpassen, daß die USA jetzt nicht zu falschen Reaktionen kommen."

Die ersten aufgeregten Kommentare von drüben versuchten die Bonner herunterzuspielen. Regierungssprecher Klaus Bölling: „Das ist nicht aus der obersten Etage." Aber auch dort herrscht nicht gerade eitel Freude. Denn allzu deutlich wurde in Paris, daß die Europäer die Lage ganz anders beurteilen als die Amerikaner.

Die deutsche und die französische Regierung sehen in dem Sowjet-Einmarsch in Afghanistan — anders als die USA — keineswegs Vorbereitungen für einen Griff nach den Ölquellen am Golf. Ihnen scheint eher die Entschuldigung plausibel, die KP-Chef Leonid Breschnew jüngst in Moskau dem französischen Parlaments-Präsidenten Jacques Chaban-Delmas vortrug: Die Russen hätten wegen der instabilen innenpolitischen Lage in Afghanistan eingreifen müssen.

Folgerichtig heißt es in der Pariser Erklärung, erst bei „einem neuen Schlag gleicher Art" würden die erforderlichen „Maßnahmen" getroffen. Dann freilich, so ein Bonner Kabinettsmitglied, ist „ein Haufen mehr" zu erwarten als starke Worte: „Das ist auch militärisch gemeint."

Die lautstark proklamierte Carter-Doktrin hingegen halten Schmidt und Giscard für eine leere Drohung, weil das amerikanische Militärpotential gar nicht ausreiche, um sie wahrzumachen. Das Spiel mit dem Einsatz taktischer Atomwaffen steigere nur die Gefahr der Eskalation.

Im Kabinett wies Entwicklungshilfe-Minister Rainer Offergeld nachdrücklich auf die Risiken hin, die sich aus der Aufrüstung Pakistans für den indischen Subkontinent ergeben können. Bei seinem Januar-Besuch in Neu-Delhi, so Offergeld, habe Indiens Ministerpräsidentin den pakistanischen Militärdiktator Sia-ul Hak mit dem Schah verglichen. Indira Gandhi zu ihrem deutschen Gast: „Die USA haben zum zweiten Mal auf den falschen Mann gesetzt."

Indien, so zitierte Offergeld die Regierungschefin weiter, fühle sich zuneh-

mend eingekreist: Auf der einen Seite mache sich, dank US-Militärhilfe, Sia stark, der den Dauerstreit um Kaschmir schon mit dem Palästina-Problem verglichen habe; auf der anderen Seite lauere China, das Rebellen in den Nordprovinzen unterstütze.

So werde Indira Gandhi an die Seite Moskaus getrieben, warnte Offergeld: „Es besteht die große Gefahr, daß die Inder auf einen außenpolitischen Kurs gezwungen werden, der uns überhaupt nicht passen kann."

Einig war sich die Kabinettsrunde im Urteil über ein Zeitungsphoto, das Carters Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski bei seinem Pakistan-Besuch mit einem Maschinengewehr zeigt: Der Eindruck sei verheerend.

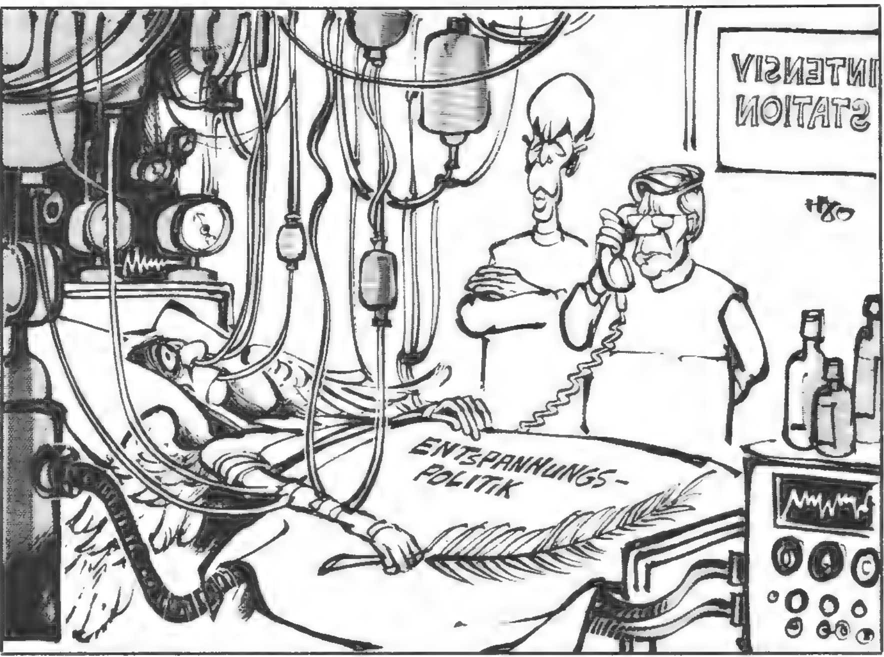
Ihr mangelndes Gespür für die Empfindlichkeiten der Entwicklungsländer hat die Carter-Administration nach Bonner Ansicht auch bewiesen, als sie vergangene Woche den früheren Box-Champion Muhammad Ali mit dem Auftrag nach Afrika entsandte, für einen Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau zu werben.

AA-Chef Genscher beklagte im Kabinett den Verfall diplomatischer Sitten. Beinahe schadenfroh registrierte er das Fiasko des Carter-Emissärs beim Präsidenten von Tansania: „Nyerere hat ihn nicht empfangen." Und Entwicklungsminister Offergeld befand, so werde „die Stimmung in der Dritten Welt versaut".

Ohnehin verfolgen Franzosen und Deutsche mit zunehmendem Unbehagen, wie beharrlich der US-Präsident



Bonner Moskau-Botschafter Wieck
Kein Termin bei Breschnew



tz, München

„Ich hoffe, daß wir sie durchbringen, Kollege Carter"

auf einen Olympia-Boykott zusteuert. Carters Drohung, die Spiele zu boykottieren, wenn sich die Sowjets nicht bis zum 20. Februar aus Afghanistan zurückziehen, halten Paris und Bonn für den schlimmsten Fehler der amerikanischen Außenpolitik. Das Ultimatum eröffne einen Nebenkriegsschauplatz und nehme zugleich Moskau die Chance, das Gesicht zu wahren.

Ein Kanzler-Berater: „Die Russen sollen vorgeführt und abgestraft werden — das ist Retorsion statt Politik."

Im Kabinett wiederholte Helmut Schmidt am vergangenen Mittwoch die Devise: „Olympia darf nicht zur zentralen Frage werden." Und Außenminister Genscher bemühte sich hektisch um neue Konferenzen, auf denen er mit seinen Kollegen nach einem Ausweg aus dem von Carter verursachten Dilemma suchen wollte — bis die Franzosen am vergangenen Freitag den Eifer bremsten.

Der deutsche Plan: Wenn Moskau in nächster Zeit deutlich seinen Willen zur Wiederaufnahme der Entspannungspolitik bekunde und zudem seine Absicht zum schrittweisen Rückzug der Besatzungstruppen aus Afghanistan erkläre, dann lasse sich über die Teilnahme des Westens an den Spielen reden.

Ob sich die Russen zu solchen Zeichen guten Willens verstehen werden, scheint äußerst fraglich. Denn wie frostig die Beziehungen derzeit sind, bekam vor Ort der Bonner Moskau-Botschafter Hans-Georg Wieck zu spüren.

Über eine Woche lang mußte er warten, bis er endlich Anfang letzter Woche im Kreml einen an Leonid Breschnew gerichteten Brief des Bundeskanzlers übergeben durfte. Und statt wie gewünscht vom Parteichef selbst empfangen zu werden, wurde er nur bis zu Außenminister Andrej Gromyko vorgelassen. Tags darauf marschierte Wieck noch einmal zu Gromyko, doch Ende letzter Woche konnte er immer noch keine Reaktion nach Bonn melden. Regierungssprecher Bölling am vorigen Freitag: „Ein Signal, ein überzeugendes Signal gibt es nicht."

Ebenso zweifelhaft wie ein Entgegenkommen der Sowjets ist ein Einlenken der Amerikaner beim Olympia-Boykott. Bleibt Carter hart, werden sich — wohl oder übel — nicht nur die Deutschen, sondern auch die bislang zögernden Franzosen anschließen. Genscher: „Olympia ist ein Indikator für die westliche Solidarität."

So könnte der 20. Februar einen neuen Tiefpunkt in den Ost-West-Beziehungen markieren. Die DDR jedenfalls scheint fest mit weiterer Verhärtung zu rechnen: Sie will noch schnell, bevor der Eiserne Vorhang fällt, Vereinbarungen abschließen.

In aller Stille forcierte Ost-Berlin in den vergangenen Wochen die Verhandlungen über ein noch ausstehendes deutsch-deutsches Abkommen im Werte von 500 Millionen Mark. Diese Summe will Bonn zahlen für den Ausbau des Grenzübergangs Herleshausen, die Erweiterung der Schiffahrtswege und den Gewässerschutz an Havel, Spree und Werra; bald fällig wäre dann auch eine erste Rate von 100 Millionen Mark für die mit zwei Milliarden veranschlagte Elektrifizierung der Bahnstrecken nach Berlin.

SED-Chef Erich Honecker vorletzte Woche zu seinem Gast, dem französischen Außenhandelsminister Jean-François Deniau: „Wir sind daran interessiert, das durchzubringen, bevor nach dem 20. Februar die Großwetterlage durchschlägt."

Giscard küßt nicht jeden

SPIEGEL-Korrespondent Helmut Sorge über das Freundespaar Schmidt/Giscard d'Estaing

Die Deutschen", dieses Bonmot ist überliefert vom französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing, „haben doch eine andere Lebensphilosophie als wir."

Das war nach einem Besuch des Herrn, dessen Familie ein Dutzend Schlösser und Landsitze ihr eigen nennt, in Kanzler Schmidts Hamburger Reihenhaus.

Die Bescheidenheit des Kanzlerheims beeindruckte den obersten Franzosen, der mit Helmut Schmidt auch dann noch Kontakt halten will, „wenn wir eines Tages beide nicht mehr im Amt sind".



Freunde, Ehefrauen in Paris: „Eine andere Lebensphilosophie"

Freundschaft ist eine Seele in zwei Körpern, formulierte Aristoteles, nur: Einer Seele sind sie sicher nicht, auch wenn sie mal eine Partie Schach spielen und im nachhinein nicht verraten wollen, wer wen am Brett mattgesetzt hat.

Nie etwa wurde der Kanzler mit der blauen Lotsen-Mütze in die Privatresidenz des Präsidenten im vornehmen 16. Stadt-Bezirk eingeladen — da dinieren Grafen und Großgrundbesitzer, aber keine Genossen.

Kaum wahrscheinlich auch, daß Schmidt und Giscard je gemeinsam in Polen Sauen jagen — eine von Giscards hochgestellten Leidenschaften — oder in der Zentralafrikanischen Republik nach Großwild spähen. Denn das Reich, das bis vor kurzem Kaiser Bokassa tyrannisierte, wird der Franzose fortan wohl meiden wollen, seit die Bürger ihn fragen, wo die ihm angeblich geschenkten Diamanten sind.

Freilich, man sagt „Helmut" und „Valéry" zueinander, was in Paris schon einen anderen Stellenwert hat als in Washington, und nicht jeden küßt Giscard auf die Wange, wie er es dem Schmidt antut. Und wenn der Deutsche zu einem Arbeitsbesuch anreist, läßt Giscard die „Garde républicaine" Spalier stehen, eine Ehre, die dem Protokoll nach eigentlich nur einem Staatsoberhaupt zusteht.

Als sich Schmidt auf der französischen Karibik-Insel Guadeloupe mit dem Briten Callaghan, dem Amerikaner Carter und Giscard traf, stand in seinem Quartier ein Photo im Silberrahmen, auf dem Giscard und Schmidt in trauter Zweisamkeit zu sehen waren. Eine Stange „Reyno"-Zigaretten, Marke des Kanzlers, lag ebenfalls bereit — Aufmerksamkeiten des Gastgebers Giscard d'Estaing.

Zur Entspannung spielt Schmidt zuweilen im Kanzleramt Schach gegen einen Referenten namens Peters auf einem Schachspiel aus Porzellan, das Giscard persönlich in der Manufaktur zu Sèvres als Geschenk für den Sozialdemokraten fertigen ließ.

Der Deutsche und der Franzose gerieren sich wie Kriegskameraden, die wissen, daß der eine auf den anderen angewiesen ist. Den Präsidenten im Weißen Haus zu Washington scheinen sie als jenen Captain Queeg aus dem Roman „Die Caine war ihr Schicksal" zu sehen. In dem von Hollywood verfilmten Werk verliert der Kapitän — das zumindest nehmen seine Offiziere an — im Taifun die Nerven und die Fähigkeit zu führen, sie meutern und übernehmen das Kommando.

In der aktuellen Turbulenz der Weltgeschichte, davon ist der französische Staatschef überzeugt, sei es ein wahres Glück für ganz Europa, zwei so tüchtige Männer wie ihn und Helmut Schmidt an der Spitze Frankreichs und der Bundesrepublik zu haben. Denn „Paris und Bonn", weiß der Deutsche, „sind der Knoten der europäischen Gemeinschaft".

Beide Politiker gelten als einsame Macher; auf den Rat des deutschen Kanzlers, mit dem er als Finanzminister erstmals zusammenarbeitete, hört der Franzose. Ihn kann er vertraulich fragen, ob denn wohl Bonns Sozialdemokraten einer Kandidatur seiner Vertrauten Simone Veil zur Europa-Parlamentspräsidentin zustimmen würden, mit ihm kann er diffizile Wirtschafts- und Finanzprobleme besprechen.

Helmut Schmidt vergalt die Wertschätzung, indem er etwa das Buch des Präsidenten „Démocratie française" in deutscher Fassung „an einem Abend" studierte und danach dem Präsidenten sein Urteil übermittelte. Und damit Giscard aufgeklärt bleibe über Schmidtsches Denken, ließ der Kanzler am Montag voriger Woche im Bonner Übersetzungsreferat sein SPIEGEL-Gespräch über „Afghanistan und die Folgen" übersetzen und nach Frankreich telexen.

„Nirgends in der westlichen Welt halten zwei Regierungsverantwortliche derart engen Kontakt", resümiert Gérard Saint-Paul, Auslandschef des Ersten französischen Fernsehens und Autor des Werkes „La ligne bleue du Rhin" (etwa: die Blaue Grenze des Rheins).

Den Kontakt halten sie auf englisch, da Helmut Schmidt, wie er von sich selbst behauptet, außer „Moulin Rouge" und „Champs-Elysées" keine französische Vokabel kennt („Eine böse Lücke") und Valéry Giscard d'Estaing zwar auf dem Gymnasium das Deutsch-Examen mit einer guten Note bestanden hat, inzwischen aber „aus der Übung gekommen" ist.

Zuweilen telephonieren sie mehrfach am Tag. „Kein seriöser Politiker unseres Landes nimmt Anstoß an dieser Beziehung", weiß ein Giscard-Berater,

„die Franzosen wissen, wer Schmidt ist und was er symbolisiert." Die Wissenden: „Er wird von allen ausländischen Staatsmännern am meisten respektiert", glaubt Historiker Henri Amouroux. „Er ist der starke Mann der westlichen Welt", notierte der linke „Matin de Paris". Für das Wirtschaftsblatt „Les Echos" ist er ein „wirklicher Realpolitiker", der es perfekt verstanden habe, die Wirtschaftskrise zu managen.

Dem Giscard-Vertrauten sei gelungen, registrierte Germanistik-Professor Joseph Rovan, Verfasser der „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie", „wovon die Franzosen träumen und worum sie die Deutschen beneiden und bewundern": Er habe im Staat Stabilität, geringe Inflation, eine Verringerung der Arbeitslosen sowie vernünftige Beziehungen zwischen den Sozialpartnern erreicht.

„Warum funktioniert das bei denen?" wunderte sich der linke „Nouvel Observateur" über das „deutsche Modell", als dessen Garant Schmidt angesehen wird.

Die Kommunisten, die in ihrem Parteiorgan bereitwillig ganzseitige Anzeigen von „Agfa" und „VW" einrücken und zugleich unermüdlich vor dem germano-amerikanischen Imperialismus warnen, untersuchten das „Modèle allemand" in einer Titelgeschichte ihres Magazins „France nouvelle".

Gewerkschaftsführer, Minister und Präsident des Unternehmerverbandes vergleichen nahezu jede Statistik, jede Produktionsziffer der französischen Industrie, auch Sozialversicherungszahlungen und Arbeitslosenunterstützungen mit den entsprechenden Daten der Bundesrepublik.

„Das deutsche Modell", bestätigt der Pariser Germanistik-Professor Henri Menudier, ist „für alle zur Referenz" geworden. Es tröstet die Franzosen nicht, daß sie wirtschaftlich stärker dastehen als die Italiener, ihre Arbeiter weniger streiken als die Briten — sie messen sich allein an der Bundesrepublik. Nicht deren „Panzerdivisionen sind auf uns gerichtet", wie der „Figaro" beruhigte, wohl aber die „wirtschaftlichen Sturmtruppen".

Deren Kommandeur Schmidt hatten Frankreichs Publizisten früher als „Le Feldwebel" oder „La grande geule" abgetan. Heute geben sie ihm Attribute wie „methodisch", „alert", „kühl", „selbstbewußt", „analytisch".

Obgleich die linke Opposition Frankreichs gegen die rigorose Wirtschaftspolitik Raymond Barres kämpft, bestätigt der deutsche Genosse den Konservativen in der Regierung großmütig im französischen Rundfunk, sie verfolgten die richtige Politik, die „wir auch vor fünf Jahren betrieben haben". Und: „Resultate lassen sich nicht von einem auf den anderen Tag erreichen, das wissen wir aus Erfahrung." Großartig — großmächtig.

Freunde des französischen Sozialistenführers Mitterrand wie Pierre Joxe, verübeln dem Bonner freilich, daß er „seine Beziehungen zu konservativen Parteien für wichtiger einschätzt als zu uns". Einer der Sozialistenführer, Pierre Mauroy, ketzerte einmal , der Sozialist Schmidt möge seine Uhr stellen: „Die geht einige Jahre nach."

Willy Brandt sah keinen Widerspruch darin, selbst vor den Parlamentswahlen 1978 Sozialistenchef François Mitterrand zu besuchen, während Helmut Schmidt sich zur gleichen Zeit mit dem Mitterrand-Kontrahenten Giscard den Photographen stellte. Diese Arbeitsteilung — so Brandt — erinnere ihn an ein Länderspiel zwischen Deutschland und Norwegen, das er damals in Berlin mit seiner norwegischen Frau besucht hatte. „Rut, sagte ich, heute werden wir auf jeden Fall gewinnen."

Der Unmut der Sozialisten und vor allem der Kommunisten, die in der SPD eine Partei der Klassenkollaborateure, in Helmut Schmidt einen treuen Vasallen Washingtons sehen, kann das Ansehen Schmidts nicht schmälern, weil die Mehrheit der Franzosen konservativ denkt. „Wenn Schmidt Franzose wäre", bekannte Historiker Henri Amouroux, „würde ich mit großer Wahrscheinlichkeit sozialistisch wählen." Der „Matin de Paris" vermutete sogar einmal: „Der Kanzler ist Gaullist geworden."

Beim Abendessen am vorigen Montag im Elysee berief sich Schmidt auf die innige Achse: Die Außenpolitik beider Staaten sei so eng miteinander koordiniert, „wie dies wohl nur sehr selten in der Geschichte autonomer Völker, autonomer Staaten jemals anderswo der Fall gewesen ist".

Dieses „Zusammengehen Deutschlands und Frankreichs im Herzen Europas" sei ihm erst aufgegangen, als er „etwa von meinem 50. Lebensjahr an in enge Berührung mit Frankreich" geriet.

Er hat natürlich Victor Hugo gelesen, „Hunderte, Tausende von Seiten". Autoren wie Camus, Sartre, Zola und Maupassant haben Schmidt „sehr stark beeinflußt". Als er noch kein Regierungsamt und mal „einen halben Tag in Paris frei hatte", besuchte er die Impressionisten-Ausstellung im „Jeu de Paume" und hat sich „daran erbaut".



TV-Gast Schmidt, Zuschauer Giscard: „Der starke Mann der westlichen Welt"

Valéry Giscard d'Estaing begleitete den derart bildungsbeflissenen Deutschen ins Kunstzentrum „Centre Beaubourg", durch die Ausstellung „Paris — Berlin"; am vorigen Montag nutzte Schmidt den terminfreien Vormittag und sah sich ebendort Dali-Werke an.

Inzwischen ist eben zu der „ursprünglichen Anglophilie und der in der Mitte des Lebens hinzugetretenen Amerikanophilie" nun auch noch die Frankophilie des Deutschen hinzugekommen.

Und die trägt auch schon erste Früchte: „Ich werde dafür kämpfen", versprach der Kanzler in einer Rundfunkdebatte in Monte Carlo den dort versammelten Chefredakteuren der Regionalzeitungen, „daß man in Deutschland mehr Französisch lernt." ◆

Phantasie beflügelt

Das deutsch-französische Panzer-Projekt bringt dem florierenden Flick-Unternehmen Krauss-Maffei einen neuen Auftragsschub.

Seit Monaten hatte Hans-Heinz Griesmeier, Chef des Münchner Rüstungsunternehmens Krauss-Maffei, vergeblich auf gute Nachrichten aus Bonn gewartet. Dann erfuhr er sie, am Dienstag vergangener Woche, aus der Tagesschau.

Ohne ihre Rüstungslieferanten vorher zu unterrichten, kündigten Kanzler Helmut Schmidt und sein Gastgeber Giscard d'Estaing in Paris den Bau eines deutsch-französischen Kampfpanzers an. Innerhalb weniger Stunden hatten die Verteidigungsminister Hans Apel und Yvon Bourges die Bedingungen für das Milliarden-Projekt endgültig festgelegt und die Verträge unterschrieben.



Krauss-Maffei-Produkt „Leopard 2": Der Aktienkurs sprang in die Höhe

Ende der achtziger Jahre soll das Kampfgerät serienreif sein. Krauss-Maffeis Militär-Manager haben sich indes längst auf das lukrative Großgeschäft eingestellt.

Gemeinsam mit der Kieler Krupp-Rüstungsfirma MaK Maschinenbau gründeten sie mit Sitz in Hamburg eine Entwicklungs-Gesellschaft, die in Zusammenarbeit mit dem französischen Staatskonzern Giat den Zukunftspanzer, eine Weiterentwicklung des „Leopard 2", nach den Wünschen der Militärs konzipieren sollen.

Fast überall, wo Bonns Verbündete ihre Streitkräfte nachrüsten, ist der von der Familie Flick beherrschte deutsche Waffenproduzent Krauss-Maffei dabei.

So lieferten die Bayern ihren Kampfpanzer „Leopard 1" (Stückpreis: 1,7 Millionen Mark) nicht nur an die Bundeswehr, sondern auch nach Belgien, Italien, Dänemark, Norwegen, Kanada und Australien. Insgesamt setzten die Bayern 4500 „Leo 1" ab, ehe sie im vergangenen Jahr die Produktion einstellten.

Auch der Nachfolger, „Leopard 2", läuft gut. Von dem Panzer, seit dem letzten Herbst in Serie produziert, werden in den nächsten sechs Jahren 1800 Stück an die Bundeswehr und 445 an die Holländer ausgeliefert.

Mit ihren Panzern haben sich Flicks Rüstungsmanager stattliche Umsatzzuwächse erkämpft. Rechneten die Münchner 1976 erst Aufträge über 594 Millionen Mark ab, so kam im letzten Jahr mit 2,2 Milliarden Mark fast das Vierfache zusammen.

Die Münchner zeigten sich flexibel, wenn es darum ging, ihre Werke auch für die Zukunft auszulasten. So entwickelten Krauss-Maffeis Wehrtechniker eine Billig-Variante ihres Flak-Panzers „Gepard", der mit kostspieliger Elektronik ausgerüstet ist. Weniger potente Interessenten wie Dänemark, Italien, Portugal und Norwegen haben das preiswerteste Modell bereits bestellt.

Und die derzeitigen politischen Spannungen versprechen neue Gewinne. So scheint nach dem Ausbruch der Afghanistan-Krise auch ein Geschäft voranzukommen, mit dem Krauss-Maffei kaum noch gerechnet hatte — eine größere Lieferung für die Türkei.

Seit Jahren möchte Ankara mit Bonner Finanzhilfe 150 „Leopard"-Panzer kaufen. Wenn die Deutschen als Beitrag zu verstärkten westlichen Verteidigungsanstrengungen dem schwächlichen Alliierten an Europas Südostflanke zunächst 500 Millionen Mark bewilligen, könnte es mit dem Deal doch noch etwas werden.

Mit „50:50" kalkuliert Wehrtechnik-Manager Claus-Detlef Lehmann überdies die Chancen, Engländer und Franzosen im Wettlauf um einen Griechen-Auftrag über 150—200 Kampfpanzer abzuhängen.

Genauer wissen Flicks Militärausrüster dagegen bereits heute, was sie vom großen Geschäft mit den Franzosen zu erwarten haben. Anstelle der in den neunziger Jahren veralteten „Leo 1" wird allein schon die Bundeswehr, wie Krauss-Maffeis Wehrtechnik-Vorstand Wolfgang Raether rechnet, 2500 Stück des neuen Gemeinschaftspanzers kaufen. Mindestens 1500 brauchen die Franzosen für ihre zu diesem Zeitpunkt antiquierten „AMX-30".

Solche Nachrichten beflügeln die Phantasie der Spekulanten. Mit feiner Witterung für goldgeränderte Börsentitel machen seit Wochen Anlageprofis gezielt Jagd auf den vielversprechenden Flick-Wert.

Wer dabei an ein paar der nur rund 8000 frei kursierenden Aktien herankam (95 Prozent des Krauss-Maffei-Kapitals hält Friedrich Karl Flick über seine Konzerntochter Buderus), konnte aus seinem Geld mehr machen als jeder Goldspekulant. Am ersten Börsentag 1980 war eine Krauss-Maffei-Aktie 845 Mark wert. Bis Ende Januar sprang der Kurs auf 1800 Mark.

Daß ihre Firma als Spielpapier für Krisen-Spekulanten gehandelt wird, kommt den Münchner Flick-Beauftragten indes höchst ungelegen. Denn seit Jahren bemüht sich Deutschlands führende Panzerschmiede, den Rüstungsanteil herunterzudrücken.

So baute Vorstands-Boß Griesmeier vor allem die Produktion von Kunststoff-Maschinen in den letzten Jahren kräftig aus und ließ in diesem Geschäft sogar die Mannesmann-Tochter Demag hinter sich. Doch mit dem raschen Wachstum der Militär-Umsätze konnte selbst diese Renommier-Sparte nicht Schritt halten — geschweige denn die übrigen zivilen Bereiche.

So muß Krauss-Maffei im traditionellen Lokomotiven-Bau noch mindestens fünf Jahre im Schongang fahren, ehe die Bundesbahn in größeren Stückzahlen die neue energiesparende Drehstrom-Lok E 120 bestellt. Noch weiter in der Zukunft liegt das zusammen mit Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) entwickelte Schnellverkehrs-System „Transrapid".

Vergeblich bemühten sich die Düsseldorfer Flick-Manager auch, durch eine Beteiligung an MBB ihrer Münchner Tochter Zugang zum Know-how des führenden deutschen Luft- und Raumfahrt-Konzerns zu erschließen. Weder die privaten MBB-Gesellschafter noch die staatlichen Teilhaber Bayern und Hamburg verspürten

Lust, Flick in den renommierten Technologie-Zirkel aufzunehmen.

So stammt Krauss-Maffeis Umsatzanstieg von 19 Prozent im vergangenen Jahr, wie Vorstandsmitglied Raether bekennt, „in erster Linie und beinahe ausschließlich aus dem wehrtechnischen Bereich". Der Anteil des Geschäfts mit zivilem Gerät sackte dadurch auf nur noch rund 25 Prozent ab.

OSTHANDEL

Immer willkommen

Trotz der Afghanistan-Krise wünscht Polen Kredite aus dem Westen. Bonn soll für zwei Milliarden Mark bürgen.

Erst schien es so, als lege sich der Frost, der aus dem Osten kommt, auch auf die deutsch-polnischen Beziehungen. Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff sagte im Januar einen fest gebuchten Besuch in Warschau kurz vorher ab. Doch die Polen wollen es anders.

In aller Stille bedeuteten die Regierenden in Warschau ihrem Bonner Kollegen, daß sie nach wie vor an enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit interessiert seien — ohne Rücksicht auf die Afghanistan-Krise.

Heimlich schickte Parteichef Edward Gierek vorletzte Woche seinen stellvertretenden Außenhandelsminister Stanislaw Dlugosz zu Lambsdorff nach Bonn. Vertraulich ließ der Besucher den Deutschen wissen, die Polen seien über die gräfliche Absage nicht vergrätzt und würden ihrerseits nichts vergelten: Im April werde, wie geplant, der stellvertretende Ministerpräsident Tadeusz Wrzaszczyk in Düsseldorf die Ausstellung „Polen '80" eröffnen und auch mit Lambsdorff zusammentreffen.

Die Polen sind in einer prekären Situation, die Spannung zwischen Ost und West kommt ihnen denkbar ungelegen. Wie alle Verbündeten Moskaus sind sie gefordert, Kontakte und Kooperation mit dem Westen zu drosseln. Aber mehr als alle anderen Ostblock-Staaten sind sie auf diese Zusammenarbeit angewiesen: Sie haben 18 Milliarden Dollar Schulden im Westen (siehe Seite 160). Ein totaler Bruch mit den Kapitalisten würde das Land in den Staatsbankrott treiben.

Nur mit massiver Hilfe kann Gierek nach der Analyse Bonner Regierungsexperten die nächsten Jahre überstehen. Denn seinem Konzept, das traditionelle Agrarland zum Industriestaat mit leistungsfähiger Exportwirtschaft umzubauen, mangelt es an finanziellem Fundament.

Während des Tauwetters zwischen Ost und West kauften die Polen kapitalistische Maschinen und Fabriken auf Pump. Die Importe aus der Bundesrepublik stiegen zu Beginn der siebziger Jahre um über 80 Prozent.

Doch die Hoffnung trog, mit den eigenen Produkten anschließend im Westen genug verdienen zu können, um die Schulden zurückzuzahlen.

Die polnischen Industrieprodukte waren nur schwer abzusetzen — zumal in der Konjunkturflaute Ende der 70er Jahre. „Zugkräftige Aufwärtsperspektiven" können die Bonner Osthandelsexperten auch für die nächsten Jahre nicht erkennen.

Die Deutschen haben Giereks Versuch, den Sprung ins moderne Industrieland zu schaffen, nach Kräften unterstützt — mit Krediten der Banken und Bürgschaften des Staates.

So gestand Bundeskanzler Helmut Schmidt dem KP-Chef 1976 einen Bürgschaftsrahmen von 2,65 Milliarden Mark zu, der im vorigen Jahr ausgefüllt war. Die Dresdner Bank brachte zudem als Führer eines Konsortiums ein Darlehen über 750 Millionen für die Erschließung eines Vanadium-Vorkommens im Nordosten Polens auf. Noch im November vorigen Jahres lieh eine Bankengruppe, an der Spitze die Deutsche Bank, den Polen 400 Millionen Mark, die Warschau mit Kupferlieferungen abgelten will.

Doch je schlechter die wirtschaftliche Lage des Landes wurde, desto stärker wuchs in Warschau der Wunsch, Kredite auch für kleine Geschäfte zu erhalten, etwa für den Import von Stahl, von Ersatzteilen oder für die Einfuhr von Kunststoffen.

Die deutschen Banken, die bisher trotz der Finanzmisere über die polnische Zahlungsmoral nicht zu klagen brauchten, kreditierten auch diese Geschäfte — sogar ohne Absicherung durch die staatlich garantierten Hermes-Bürgschaften. Ein Bankier: „Die Polen sind inzwischen privat bei uns bis oben hin verschuldet."

Die Geldleute in Frankfurt und Düsseldorf beginnen deshalb etwas vorsichtiger als bisher zu taktieren. Sie drängen darauf, daß die Polen sich weitere Bürgschafts-Zusagen in Bonn besorgen.

Mitte Januar, kurz vor seiner geplanten Abreise nach Warschau, erhielt Lambsdorff denn auch eine polnische Wunschliste auf den Tisch. Die Bundesregierung möge künftig auch Importkontrakte für den täglichen Bedarf absichern, und die Deutschen sollten mit Rücksicht auf den 1981 anlaufenden nächsten Fünf-Jahres-Plan akzeptieren, daß Rückzahlungen erst nach fünf Jahren erfolgen müssen.



Wirtschaftsminister Lambsdorff: Vom polnischen Wunschzettel überrascht

Auch über die Höhe der abzusichernden Kredite hatten die Polen konkrete Vorstellungen: Warschau möchte, daß Bonn für zwei Milliarden Mark bürgt, die nicht an Projekte gebunden sind.

Da strich Lambsdorff seine Reisepläne; und die Absage schien nach der Invasion Afghanistans plausibel. In Wahrheit war er von Inhalt und Länge des polnischen Wunschzettels überrascht.

Seither denken die Bonner über eine Antwort nach. Wirtschaftsminister Lambsdorff und Kanzler Helmut Schmidt, der Gierek persönlich schätzt, sind geneigt, den bedrängten Polen entgegenzukommen — freilich nicht ganz so, wie Gierek es sich vorstellt.

Einen frei verfügbaren, durch Hermes abgesicherten Kreditrahmen soll es nicht geben. Auch künftig, so die Bonner Verhandlungslinie, gilt, daß Hermes-Bürgschaften immer nur für kon-

krete Projekte und Geschäfte zugesagt werden.

Auf der Düsseldorfer Messe Mitte April erwartet Giereks nächster Abgesandter, Wrzaszczyk, den Bescheid aus Bonn. Fällt die Kreditantwort zufriedenstellend aus, ist Lambsdorff, so haben die Polen wissen lassen, jederzeit in Warschau willkommen — auch wenn es den großen Bruder in Moskau stört.

HAUSHALT

Besonders kritisch

Finanzminister Hans Matthöfer muß höhere Schulden einplanen, um sich ohne Kürzungen der Ausgaben über das Wahljahr zu retten.

Am Aschermittwoch ist es soweit. Nach monatelangem Fingerhakeln wollen die Bonner Minister dann endlich ein Programm verabschieden, das den Bundesbürgern 1980 und in den beiden folgenden Jahren 17 Milliarden Mark Steuerersparnisse bringen soll.

Doch die Kabinettssitzung dürfte zu einer traurigen Kater-Veranstaltung geraten: Das Geld für die Steuergeschenke, dessen sich die sozialliberalen Finanzplaner lange Zeit so sicher gewähnt hatten, verflüchtigt sich.

„In der derzeitigen internationalen Situation", warnt der SPD-Abgeordnete und Entwicklungsexperte Uwe Holtz, „können wir uns das 17-Milliarden-Steuerpaket kaum noch leisten."

So offen will Finanzminister Hans Matthöfer das noch nicht eingestehen. Auch zusätzliche Verpflichtungen, etwa Finanzhilfen für die Türkei oder Pakistan, brächten ihn nicht davon ab, warf er sich in die Brust, den Bürgern Milliarden an Steuerlasten zu nehmen. „Und wenn ich das sage", so Matthöfer, „wird das auch so sein."

In einem Brand-Brief an die „lieben Genossinnen und Genossen" seiner Fraktion räumte der Minister freilich ein, es sei „ausgesprochen schwierig", das Steuerpaket für 1981 zu finanzieren. Das kommende Jahr werde, so Matthöfer, „besonders kritisch".

Vielleicht auch schon das laufende. Türkei-Hilfe, Spritzuschlag für die Bundeswehr, Kokskohle-Subvention, Abschlußleistung für NS-Opfer und die Lohnrunde im öffentlichen Dienst summieren sich zu einem Posten von weit über zwei Milliarden Mark, den Matthöfer noch nicht in seinem Haushalt verbucht hat.

Im Kabinett wurde Entwicklungsminister Rainer Offergeld vorige Woche gefragt, ob er nicht durch Umschichtung in seinem Haushalt einen Teil der Lasten übernehmen könnte. Er sei „kooperationsbereit", meinte der Angesprochene freundlich, aber „die Möglichkeiten sind begrenzt".

Tatsächlich hat Offergeld lediglich eine Barreserve von 145 Millionen Mark in seinem Etat versteckt, die er selber braucht. Überdies sind sich die Entwicklungshilfe-Politiker einig, daß die zusätzlichen Lasten nicht auf Kosten der Armenhilfe gehen dürfen.

Auch die Hoffnung, daß die Steuerquellen wie im Vorjahr wider Erwarten üppig sprudeln und damit zusätzliche Belastungen mildern können, erfüllt sich nicht. Es sei sogar möglich, schrieb Matthöfer in der vergangenen Woche an die SPD-Abgeordneten, daß die Steuerschätzungen nach unten korrigiert werden müßten.

Zusätzliche Ausgaben und niedrigere Einnahmen als geplant sollen jedoch das sozialliberale Weltbild im Wahljahr 80 nicht stören. Schon jetzt scheint absehbar, daß die Sozialliberalen weder den Mut aufbringen werden, ihr Steuerpräsent zu stutzen, noch die Kraft besitzen, zugesagte Wohltaten zurückzunehmen.

Und da auch Hans Matthöfer die Gesetze der Arithmetik nicht ändern kann, wird er dann wohl die Schulden noch ein wenig höher treiben.

Viel ist da allerdings nicht mehr drin. Fast 53 Milliarden Mark muß der Bund im nächsten Jahr bereits für den Schuldendienst aufbringen. Schon 1980 übertrifft die Gesamtschuld den Etat (siehe Graphik).

„Wenn wir da wieder anfangen zu drehen", warnt der FDP-Haushaltsexperte Klaus Gärtner wohl vergeblich, „dann wird das schlimm, dann wird die Staatsverschuldung zum gefährlichen Wahlkampfthema."

Die Opposition ist bereits eingestiegen. In der vorigen Woche forderte der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Hansjörg Häfele, Aufklärung darüber, „welche Hinterlassenschaft an Schulden die kommende Bundesregierung zu bewältigen haben wird". Genüßlich erinnert der schwäbelnde Unionsmann an die „Rententäuschung" des Wahljahres 1976.

Da hilft den Koalitionären auch der Hinweis auf die merkwürdigen Bocksprünge des Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß wenig. Der Bayer hatte lautstark schon für 1980 rund acht Milliarden Mark Steuerentlastung gefordert, gleichzeitig gegen die Staatsverschuldung gewettert und größere Anstrengungen für die Landesverteidigung verlangt.

Wer immer im Herbst vom Wahlvolk den Zuschlag erhält, die Last der inflationär gestiegenen Staatsschuld dürfte ihm die Freude am Regieren nehmen. Von 1974 auf 1975 war die Netto-Kreditaufnahme des Bundes von 10,7 auf 36,4 Milliarden Mark emporgeschnellt. Das Geld war damals für Konjunkturprogramme ausgegeben worden. Doch auch als die Wirtschaft wieder flott lief, blieben die Schulden hoch.

Im nächsten Jahr muß der Finanzminister allein 16,6 Milliarden Mark für Zinsen und 36 Milliarden Mark für

Tilgung auswerfen — fast ein Viertel seiner gesamten Ausgaben.

Um den Aufwand für den Schuldendienst zu bezahlen, pumpen die Bonner sich wieder neues Geld. Zusammen mit der geplanten Neuverschuldung, so rechnete Matthöfer den Abgeordneten in der vorigen Woche vor, steigt der Kreditbedarf des Bundes 1981 gegenüber dem Vorjahr um rund zehn Milliarden Mark.

Noch mehr Staatspump ist jedenfalls kaum erträglich. Was der Staat an Geld leiht, steht für private Investoren nicht mehr bereit. Ist die private Nachfrage nach Geld in Zeiten der Hochkonjunktur groß, dann treibt Schuldner Staat mit seiner Pump-Politik die Zinsen. Er jagt damit die Preise nach oben und hemmt das Wirtschaftswachstum.

Zu einer stetigen Investitionskonjunktur, schrieben die Sachverständigen in ihr Jahresgutachten 1979/80, gehöre „allemal die Rückführung der öffentlichen Defizite“. Bricht aber die Konjunktur, dann wären bald wieder teure Ankurbelungsprogramme fällig; der Verschuldungszirkus würde aus der Manege aufs Trapez verlegt.

Genossen und Freidemokraten raten daher dem Finanzminister, nicht auf seinem Steuerpaket zu bestehen. Das Schlimmste, was den Sozialliberalen — stellen sie wieder die Regierung — passieren könnte, malt sich FDP-Haushaltsfachmann Gärtner so aus: „Wenn wir uns nach den Wahlen hinsetzen und in einem Haushaltsstrukturgesetz alles wieder einsammeln müßten.“

An die vernünftigste Lösung freilich mag auch jetzt noch niemand denken: Subventionen zu streichen und Privilegien auszustrüppen. Allein gerechte Besteuerung der Landwirte brächte zwei Milliarden Mark in die Kasse.

Gärtner: „Das geht nicht. Die Leute haben doch alle ihre Mafia.“

STRAUSS

Exotische Lösung

Während der Schleyer-Entführung plädierte CSU-Chef Franz Josef Strauß für Standrecht gegen einsitzende Terroristen.

Franz Josef Strauß ließ die Chance aus, einen Prozeß zu führen. Obwohl öffentlich als Sicherheitsrisiko für den freiheitlichen Rechtsstaat angeprangert, klagte der CSU-Vorsitzende entgegen aller Gewohnheit bisher nicht — weder auf Widerruf noch auf Schmerzensgeld.

Dabei hatte ihn der Hamburger Journalist Peter Koch in seinem Buch „Das Duell“ unter schweren Beschuß genommen**. Koch lüftete den Schleier der amtlichen Nachrichtensperre aus jenen Krisentagen, als Hanns Martin Schleyer entführt und der Lufthansa-Jet „Landshut“ mit siebenundachtzig Geiseln an Bord gekidnappt worden war, um inhaftierte Terroristen freizupressen.



Strauß auf der Fahrt zur Krisensitzung*: Nicht die ganze Wahrheit

So kommen auch erste Einzelheiten über das Verhalten des CSU-Mannes im damaligen Krisenstab im Kanzleramt zutage. Buchzitat:

> Zu einer Sitzung des Großen Krisenstabs im Oktober 1977 hat Bundeskanzler Helmut Schmidt auch die führenden Oppositionspolitiker geladen. Schmidt regt Manöverspiele an, er ermuntert die Runde, „an das Exotische“ zu denken. Franz Josef Strauß schaltet aufs exotische Chile, er bringt den Gedanken vor von Repressalien gegen die einsitzenden RAF-Gefangenen. Verkleidet in der Form der Wiedergabe von Volkes Meinung wirft Strauß den Vorschlag in die Diskussion, Standgerichte zu schaffen und für jede erschossene Geisel einen RAF-Häftling zu erschießen.

Verständlich, daß der Kanzlerkandidat der Unionsparteien heute eine öffentliche Kontroverse darüber scheut, ob er sich damals, vorbei an Recht und Gesetz, für Erschießungen — Zug um Zug — nach Art der Partisanenbekämpfung stark gemacht hat. Strauß ließ nur seinen Persönlichen Referenten Wolfgang Maurus auf die Story aus dem Krisenstab antworten.

„Ob wir gegen Äußerungen, die Herr Koch Herrn Strauß in den Mund legt, juristisch vorgehen oder nicht“, so Maurus Anfang Januar in einem Rundfunk-Interview, „darüber haben wir noch nicht entschieden ... Aber dabei wägen wir eben ab die Wertigkeit, die politische Wertigkeit vor allen Dingen. Denn es ist ... nicht eine Gerichtsverhandlung am 5. Oktober, sondern Wahltag. Und da wird politisch entschieden und nicht juristisch.“ Im übrigen sei, so Maurus, die Darstellung im Buch „falsch“.

Richtig ist: Autor Koch deckt nicht die ganze Wahrheit auf. Die Protokolle des Kanzleramtes sprechen noch eindeutiger gegen Strauß.

Damals hatte Volker Busse, in der Regierungszentrale Referent für öffentliche Sicherheit, peinlich genau den Verlauf der einzelnen Krisenstabssitzungen notiert und dann in Aktenvermerken zusammengefaßt. Ex-Innenminister Hermann Höcherl (CSU), der bei seiner Untersuchung über die Fahndungspannen der Schleyer-Affäre die sonst wohlverwahrten Busse-Papiere zu Gesicht bekam, berichtete später im Freundeskreis über seine Lektüre: „Es ist unglaublich, zu welch extremen Positionen sich führende Vertreter des öffentlichen Lebens haben hinreißen lassen.“

CSU-Krisenstäbler Strauß hat sich, den Unterlagen zufolge, bei seinem Standrechts-Vorschlag keineswegs, wie Koch schreibt, hinter Volkes Meinung versteckt. Er gab vielmehr zu verstehen, daß er selber standrechtliche Erschießungen für erwägenswert hielt.

Die öffentliche Diskussion, ob mit Kriegsrecht gegen Terroristen vorzugehen sei, hatte der Strauß-Anhänger Golo Mann begonnen. In einem Beitrag für die „Welt“ schrieb der Historiker am 7. September 1977: „Wir befinden uns im Krieg, wir stehen zum Töten entschlossenen Feinden gegenüber.“ Deshalb sei der „Rahmen überkommenen Rechts“ nicht mehr zu halten.

Im Kriegsfall konnten früher nach geltendem deutschen Standrecht Gefangene an der Front erschossen werden, wenn sie sich schwerer Verletzung völkerrechtlicher Grundsätze schuldig gemacht hatten. Seit Gründung der Bundesrepublik aber ist, kraft Grundgesetz, nicht nur die Todesstrafe abge-

* Am 13. September 1977.

** Peter Koch: „Das Duell“. STERN-Buch; 290 Seiten; 18 Mark.

schafft (Artikel 102), sondern es sind auch Standgerichte als Ausnahmegerichte verboten (Artikel 101).

Die Radikalität, mit der jener Krisen-Strauß — wenn auch in einer Ausnahmesituation — die Grenzen des Rechtsstaates einzureißen bereit war, hat Bundeskanzler Helmut Schmidt, wie er später Mitarbeitern gestand, „zutiefst erschreckt". An diesem Tag vergingen dem Sozialdemokraten die Sympathien, die er im Umgang mit dem Südstaatler und politischen Widerpart lange gepflegt hatte.

„Der Kanzler war entsetzt", schildert einer seiner Berater das Aha-Erlebnis des Chefs, „wie dünn der Firnis bei dem anderen ist."

Im Krisenstab war es nicht Strauß allein, der nach blutiger Vergeltung rief. Auch der CDU-nahe Generalbundesanwalt Kurt Rebmann brachte die Todesstrafe für Terroristen ins Gespräch. Der Chefankläger der Republik gab zu bedenken, ob dabei abgekürzte Verfahren zugelassen werden sollten. Zu deutsch: Schluß mit schleppenden Prozessen, Rübe runter.

Kanzler Schmidt aber hatte etwas ganz anderes gemeint, als er die Krisenstäbler zu exotischen Vorschlägen animierte: Er wollte von ihnen hören, wie den Terroristen mit List und Tücke beizukommen wäre.

Hans-Jürgen Wischnewski, damals noch Staatsminister im Kanzleramt, hatte den Chef richtig verstanden. Der Beitrag von „Ben Wisch", bevor er selbst zum Helden von Mogadischu avancierte: Im Ernstfall müßten die RAF-Häftlinge ausgeflogen werden, jedoch in ein Land, wo sie mit Sicherheit innerhalb der nächsten 48 Stunden wieder einzufangen wären.

Als Exotengegend hatte Wischnewski auch schon einen Staat ausgewählt — die westafrikanische Republik Togo. Um die RAF-Gefangenen glauben zu machen, sie würden in einem ihnen genehmen Araber-Staat landen, sollte ein togolesischer Flughafen mit Gebäude-Attrappen, falschen Fahnen, Spruchbändern und verkleidetem Bodenpersonal auf „links-arabisch" (ein Teilnehmer der Krisensitzung) umgerüstet werden.

Togos Präsident Gnassingbe Eyadema würde mitspielen, versicherte Wischnewski, dank der engen Freundschaftsbande, die er vor Jahren zu dem Afrikaner geknüpft habe.

Am Ende waren exotische Lösungen nicht mehr gefragt. Die Gefahr für den Rechtsstaat ging vorüber, das Gespann Strauß/Rebmann kam nicht zum Zug. Auch Togos Eyadema brauchte keinen Freundesdienst zu leisten, Wischnewski leitete in Somalia die Befreiungsaktion für die „Landshut"-Passagiere.

Der Held von Mogadischu heute: „Wenn ich mal ganz, ganz böse sein will, dann erzähl' ich, was der Strauß im Krisenstab so alles von sich gegeben hat."

RASTERFAHNDUNG

Bange Fragen

Hat Bonns Datenschutzbeauftragter Bull der Polizei vorschnell einen „Persilschein" für ihre Rasterfahndungen ausgestellt? Kritiker unterstellen dem Computer-Professor „Blauäugigkeit".

Die einen hatten gerade Datenalarm geschlagen, da signalisierten die anderen schon Entwarnung.

Daß Westdeutschlands Terroristenfahnder mit Hilfe von Kundenanschriften rund hunderttausend unbescholtene Strombezieher überprüften (SPIEGEL 6/1980), daß die Kripo zudem auch Daten von Post und Banken, Finanz- und Fernmeldeämtern, Maklern und Hotels in ihre „Rasterfahndung" einbezogen habe — derlei Nachrichten mobilisierten vorletzte Woche bundesweites Unbehagen.

Im Lande schien erstmals zu gedeihen, was besorgte EDV-Kenner jahrelang vermißt hatten: Datenschutz-Bewußtsein.



Bonner Datenschützer Bull
„Es gibt so'ne und solche"

„Muß Rasterfahndung sein?" fragte die „Bild-Zeitung". „Wo ist die Grenze?" wollten die „Lübecker Nachrichten" wissen. „Wohin soll das führen?" schlagzeilte auf seiner Frontseite das „Hamburger Abendblatt" — um im Kommentarteil eine düstere Antwort zu wagen: Die Fahndungsraster des Bundeskriminalamtes (BKA) drohten Westdeutschland in einen „Friedhof" zu verwandeln, „auf dem die bürgerlichen Freiheiten Grab neben Grab bestattet sind".

Doch solche Sorge sollte nicht lange währen. Kaum waren die bangen Fragen gestellt, gab es rundum Beruhigendes zur Antwort — auch von liberalen Datenschutz-Politikern wie den Innenministern Gerhart Rudolf Baum (Bonn) oder Burkhard Hirsch (Düsseldorf) und von prominenten Datenschützern wie dem Bundesbeauftragten Professor Hans Peter Bull.

Alles sei, bekamen die Bundesbürger letzte Woche zu lesen, mit rechten Dingen zugegangen. Typische Überschriften: „Baum verteidigt die Rasterfahndung", „Hirsch bejaht Rasterfahndung", „Bull nimmt das BKA in Schutz" — viel Lärm, mithin, um nichts?

Einleuchten mochte noch, daß den freidemokratischen Polizeiministern daran gelegen war, die kritische Erörterung des Rasterthemas raschestmöglich zu beenden.

Die Darstellung von Details — mit diesem Argument hatte Bonns Innenministerium vergebens eine Rasterveröffentlichung der Illustrierten „Quick" zu verhindern versucht — beeinträchtige derzeit „erfolgversprechende Fahndungsansätze".

Überdies hatten die FDP-Innenminister wieder einmal zu berücksichtigen, daß ihnen Popularitätseinbußen bei potentiellen Wählern drohen, wann immer die Ziele Datenschutz und Verbrechensbekämpfung, beide in ihrem Kompetenzbereich, miteinander in Konflikt und ins Gerede geraten.

Für Verwirrung sorgte indes der Bundesdatenschutzbeauftragte Bull. Letztes Jahr erst hatte der Rechtsprofessor sich mit BKA-Chef Horst Herold überworfen und die Rechtmäßigkeit von Rasterfahndungen angezweifelt. Nun aber schien Bull plötzlich den Kurs des Kriminalamts einzuschlagen.

Prompt wurden aufs neue Zweifel an der gesetzlich garantierten Unabhängigkeit des Bonner Datenschutz-Amts laut — um die es in der Tat nicht ideal bestellt ist.

Denn anders als der Wehrbeauftragte, anders auch als etwa der hessische Computerwächter Professor Spiros Simitis ist Bull nicht Beauftragter des Parlaments, sondern der Regierung; sein Amt ressortiert beim Polizeiminister, der die Dienstaufsicht führt. Diese politische Fehlkonstruktion, hatte schon letztes Jahr der SPD-Rechtsexperte Rudolf Wassermann angemerkt, könne den „Eindruck einer Abhängigkeit" aufkommen lassen.

Zudem ist die Kapazität der kompetenzarmen, unterbesetzten Behörde arg begrenzt. Bei seiner Prüfarbeit, vor allem in den Sicherheitsbehörden, ist Bull weitgehend auf die Kooperationsbereitschaft der zu kontrollierenden Beamten angewiesen. Wenn der Innenminister „die Sicherheit ... gefährdet" sieht, kann er dem Datenschützer sogar die Einsicht in Karteien und Dateien verwehren.

Auch ohne daß Baum bislang von diesem Recht Gebrauch gemacht hat, war Bull „umfassende Nachprü-

fung ... in vielen Fällen nicht möglich": Die Zahl der Bundes-Datenbanken, über die das Amt zu wachen hat, liegt bei 800. Und „allein um das Programm eines nur mittelgroßen Computers ganz zu kapieren, braucht ein Fachmann", wie der Regensburger Informationsrechtler Professor Wilhelm Steinmüller weiß, „mehrere Monate". Es gebe daher, argwöhnt Steinmüller, „enorme Möglichkeiten", Bull und seine Helfer „aufs Kreuz zu legen".

Trotz alledem kündigte Bull vorletzte Woche flugs eine „gründliche Prüfung" der gesamten Rasterproblematik an. Bereits wenige Tage darauf vermochte er, zur Verblüffung der Fachwelt, ein erstes Ergebnis zu präsentieren.

Nach einem unangemeldeten Besuch im Wiesbadener BKA verbreitete der Professor per Pressemitteilung, er habe dort „keine Anhaltspunkte" dafür gefunden, daß Herolds Amt auf unzulässige Weise Rasterdaten verarbeitet oder gespeichert habe. Herold-Chef Baum begrüßte die Verlautbarung seines Datenschützers sogleich öffentlich als „ausgewogen".

Anderswo indes erregte Bulls „Persilschein für die Polizei" (so die linke Berliner „Tageszeitung") Argwohn. Der Hamburger FDP-Landesvorsitzende und Informationswissenschaftler Professor Klaus Brunnstein beispielsweise hat „erhebliche Zweifel", ob Bull wirklich garantieren kann, daß es nirgendwo im BKA — etwa „auf zu Sicherungszwecken hergestellten Duplikaten" — unzulässig aufbewahrte Rasterdaten gebe. Computer-Experte Brunnstein vermutet bei Bull in diesem Punkt „Blauäugigkeit".

Der Bonner Datenschützer räumt selber ein, daß „ein Negativbeweis in solchen Fällen wahnsinnig schwer zu führen ist": „Ich kann nicht in jede Schublade, in jede Handkartei, in jedes Notizbuch schauen." Von BKA-Spitzenbeamten sei ihm jedoch „glaubhaft versichert" worden, „daß alles ausermittelt wird, daß da keine Reste bleiben".

Bull: „Ein Schuß Vertrauen in die rechtsstaatliche Grundausrichtung der Beamten ist schon nötig."

Mißverstanden sieht sich der Daten-Professor allerdings von all jenen, die seine Stellungnahme als Freibrief für jedwede Rasteraktion werten: „Es gibt schließlich so'ne und solche Raster." Seine Presseerklärung, die Kripo habe Rechtens gehandelt, beziehe sich keineswegs auf *alle* jüngst publik gewordenen Fahndungsprogramme, sondern lediglich auf den Strom-Raster, jedenfalls auf die Überprüfung von Kundendaten der „Hamburgischen Electricitäts-Werke" (HEW).

Im HEW-Fall habe, sagt Bull, immerhin ein Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes gemäß den Vorschriften der Strafprozeßordnung (StPO) die Beschlagnahme der Magnetbänder veranlaßt. In anderen Fällen sei es den Fahndern gelungen, Energieversorgungsunternehmen mit dem Hinweis auf das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) zur freiwilligen Herausgabe der Daten zu veranlassen. Das Vorgehen der Polizei sei folglich rechtmäßig.

Viele Fachleute freilich hätten von Bull gern mehr gehört als „rein juristische Argumentation" (Steinmüller). „Wenn das jetzige Datenschutzgesetz jede Rasterfahndung deckt", wendet Hamburgs Brunnstein ein, „dann doch nur, weil es in diesem Punkt absolut unzureichend, weil sehr allgemein gehalten, ist. Das hätte Bull hinzufügen sollen."

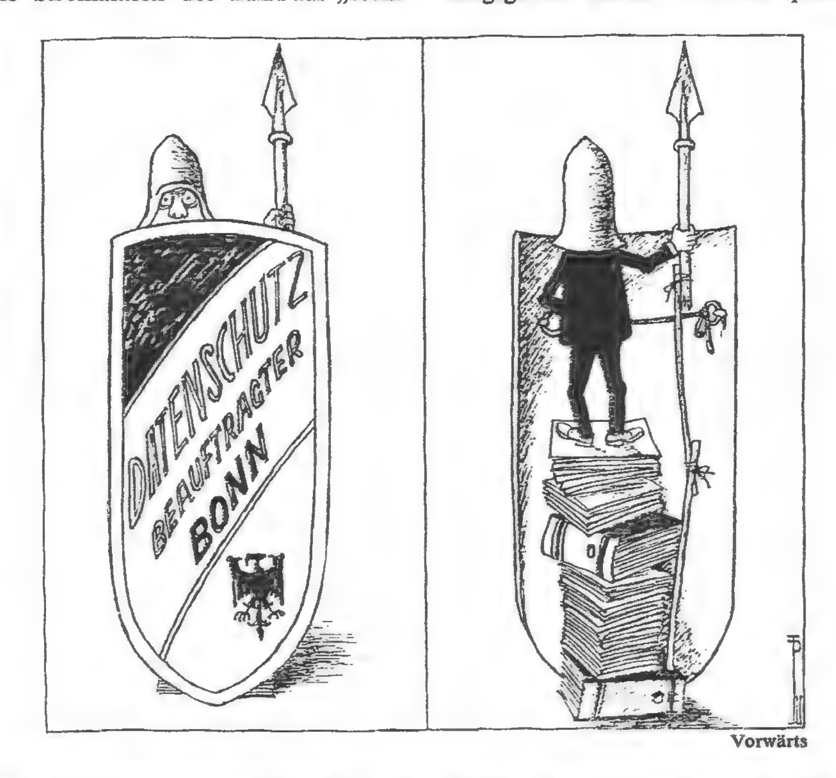
Auch Hessens Simitis — der wie Bull die Stromaktion des BKA für „rechtlich einwandfrei abgedeckt" hält — ist mit dem Recht, das derlei deckt, keineswegs einverstanden: „Das ist kein BKA-Problem, sondern ein BDSG- und StPO-Problem." Das 1977 verabschiedete Datenschutzgesetz und das hundert Jahre alte Strafprozeßrecht seien „weit gefaßt und nicht hinreichend klar".

Simitis will daher Anfang dieser Woche in München, bei einer Tagung der Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern, für „bereichsspezifische Vorschriften" zur Rasterfahndung plädieren: „Im Interesse des Bürgers ist es unerläßlich, eine bundeseinheitliche Regelung anzustreben."

Wenn einzelne Rasterdaten zwecks genauerer „Abklärung" von der Polizei „ausnahmsweise über einen längeren Zeitraum gespeichert werden müssen", sollen auch nach Plänen des Bundesinnenministeriums nicht tatverdächtige Bürger künftig grundsätzlich „nachträglich unterrichtet" werden. Baum: „Der Betroffene kann dann den Fall durch einen Richter überprüfen lassen."

Vor allem wollen Datenschützer und Datenpolitiker darauf dringen, daß, so der Düsseldorfer Datenschutzbeauftragte Heinrich Weyer, „immer der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt ist": „Nie dürfen sämtliche Kundendaten eines Energieunternehmens weitergegeben werden. Es muß da Auswahlkriterien geben, die sich an bestimmten Verdachtsmomenten orientieren."

Mehr noch: Gewisse Bestände müßten für Fahnder grundsätzlich tabu sein. Tatsächlich hat das Bundesverfassungsgericht bereits 1977 eine spezielle Form der Datenfahndung, die in Aachen praktiziert worden war, für grundgesetzwidrig erklärt.



Vorwärts

Aachener Fahnder hatten erfahren, daß in der Teestube einer Caritas-Drogenberatungsstelle Rauschgift konsumiert wurde. Näheres hofften die Beamten aus 250 Klientenakten und Bergen von Karteikarten zu erfahren, auf denen die kirchlichen Helfer vertrauliche Bekenntnisse und Geständnisse von Drogenabhängigen festgehalten hatten.

Ohne Schwierigkeiten erwirkte die Polizei — wie jüngst auch im Fall der HEW-Daten — einen richterlichen Beschlagnahmebeschluß. Wenig später leitete die Staatsanwaltschaft aufgrund der Akteninhalte gegen 35 Klienten Ermittlungsverfahren „wegen strafbaren Rauschgifterwerbs" ein. Eine Beschwerde der Caritas wurde vom Landgericht verworfen; die Generalbundes-

Mit dem unglaublich niedrigen cW-Wert von 0,22 beweist diese Aerodynamik-Studie „Probe I" von Ford, wie ökonomisch das Auto der Zukunft sein kann.



Wenn die Autos in Zukunft noch vernünftiger Energie sparen sollen, dann werden sie etwa so aussehen müssen wie diese Aerodynamik-Studie „Probe I" von Ford. Damit ist es erstmals gelungen, den Luftwiderstand-Beiwert (cW-Wert) für ein fünfsitziges Auto auf sensationelle 0,22 herunterzudrücken: durch eine ungewöhnlich kleine Stirnfläche, eine fließende Luftführung bis zur Abrißkante am Heck und ein ganzes Bündel weiterer Entwicklungen aus dem Windkanal. Zum Vergleich: 0,36 gelten bei den Autos der jüngsten Generation als Bestwerte. Innen haben die Ford-Designer vor allem Wert auf ökonomische Raumausnutzung gelegt.

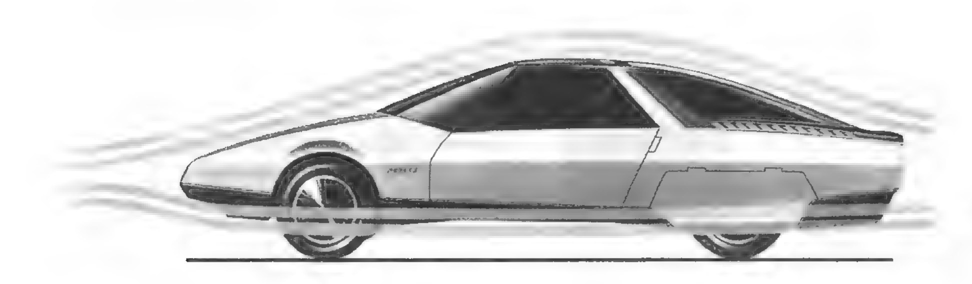


Und auch in den neuartigen Anwendungsmöglichkeiten der Elektronik für die Check- und Fahrsituations-Anzeigen ist Ford mit dem „Probe I" seiner Zeit weit voraus.

Aber Vorausdenken war schon immer der sicherste Weg, die Herausforderung der Zukunft zu meistern.

VERNUNFT ALS ST

JWT 9-533



TUDIENFACH.



anwaltschaft bescheinigte, die Fahndungsmaßnahmen hielten sich „im Rahmen“ des Zulässigen.

Das Bundesverfassungsgericht jedoch entschied, in diesem Fall seien die Grundrechte der Betroffenen und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verletzt worden. Der „durch den Eingriff verursachte Schaden“ — darunter die Störung des Vertrauensverhältnisses zwischen Drogenberatern und Klienten — stehe „außer Verhältnis zu dem mit der Beschlagnahme angestrebten und erreichbaren Erfolg“.

Solche Abwägung, so ist zu befürchten, wird künftig nur mehr selten stattfinden. Denn an die Stelle spektakulärer Karteikasten-Razzien tritt immer häufiger die lautlose maschinelle Auswertung unscheinbarer Magnetbänder, von der kaum jemand etwas erfährt.

Datenschutzbeauftragte, die hin und wieder eingeweiht werden, sehen sich regelmäßig zur Verschwiegenheit verpflichtet, wenn sie es mit den Sicherheitsbehörden nicht verderben wollen. Düsseldorfs Weyer: „Polizei und Verfassungsschutz kann ich nur dann wirksam kontrollieren, wenn ich nach außen hin nichts sage. Nur dann lassen die mich voll in die Karten gucken.“

Derlei geheimes Zusammenspiel von Kontrolleuren und Kontrollierten freilich stärkt nicht eben das Bürger-Vertrauen in die Computerfahnder und -wächter. Ein „großes Problem“ ist das auch für Bull, von dem Eingeweihte wissen, daß er sich längst noch nicht seinen Schneid hat abkaufen lassen.

„Es ist gar nicht einfach“, klagt der Regierungsbeauftragte, „laut zu sagen, es ist alles in Ordnung, wenn jeder von einem erwartet, daß man empört ist.“

WAHLKAMPF

Heißer Tip

Willy Brandt als Antisemit und „Erfinder der Vertreibung“ — mit Dokumenten, die nach US-Angaben zum Teil gefälscht sind, schießen sich rechte Unionspolitiker und ihre Hilfstruppen auf den SPD-Chef ein.

Ottfried Hennig, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Gütersloh und Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, witterte ein schönes Wahlkampfthema.

In einem Brief an Willy Brandt verlangte der Christdemokrat vom Ex-Kanzler der sozialliberalen Ostpolitik ultimativ Auskunft, ob der Sozialdemokrat 1944 im schwedischen Exil vorgeschlagen habe, „Polen nach dem Kriege mit einem Teil Ostpreußens einschließlich Königsberg abzufinden“.

„Sollten Sie“, so Hennig am 10. Januar weiter, „dazu im Laufe dieses Monats nicht in der Lage sein, dürfte es den Tatbestand korrekt wiedergeben, wenn man Sie als einen Erfinder der Vertreibung bezeichnet.“



CSU-Politiker Stoiber
Verweis auf „Welt am Sonntag“

Als der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, kürzlich Franz Josef Strauß aufforderte, den im Kölner Lischka-Prozeß wegen Beihilfe zum Mord angeklagten CSU-Mann Ernst Heinrichsohn als Bürgermeister von Bürgstadt in Bayern abzulösen und aus der Partei zu werfen, wurde er gleichfalls mit angeblichen Zitaten des frühen Brandt beliefert. CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber verwies Galinski auf einen Bericht in „Welt am Sonntag“.

Die Zeitung hatte am 2. Dezember letzten Jahres, dem Vorabend des Berliner SPD-Parteitages, an prominenter Stelle einen Artikel mit der Überschrift veröffentlicht: „Was Willy Brandt 1944 geschrieben haben soll“. Das Springer-Blatt bezog sich auf ein gerade in Paris erschienenes Buch eines gebürtigen Türken namens Nerin E. Gun, der lange Jahre als Außenpolitiker für das italienische neofaschistische Blatt „Il Borghese“ gearbeitet hat.

Unter dem Titel „Die Geheimnisse amerikanischer Archive“ veröffentlicht Gun darin antisemitische Äußerungen, die aus Brandts Exilzeit stammen sollen. Angeblicher O-Ton Brandt:

> Wir bedauern die sehr drastischen Maßnahmen zutiefst, die die deutsche Nazi-Regierung gegen Juden und andere Minoritäten ergriffen hat. Dennoch schlage ich vor, daß die Alliierten die Rückführung deutscher Juden aus dem Exil nicht begünstigen sollten. Das liegt im Interesse eines zukünftigen demokratischen Deutschlands. Das deutsche Volk steht den Juden weiter feindlich gegenüber ... Es wird sehr schwierig sein, sich mit den Exil-Juden zu solidarisieren. Das deutsche Volk sollte nicht für die Nazis und ihre Vergangenheit verantwortlich gemacht werden ... Die Juden selbst tragen einige Verantwortung dafür, wenn es in Deutschland ihnen gegenüber Vorurteile und Feindseligkeit gibt.

ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal mochte da nicht nachstehen. Im rechtsradikalen „Deutschland-Magazin“ seines Freundes Kurt Ziesel verrührte der schwarze Magazin-Macher die diversen Vorwürfe gegen den SPD-Vorsitzenden zu einem „Plädoyer für die Preisgabe Ostdeutschlands und gegen die Rückkehr der Juden“.

Rechtzeitig zum Wahljahr hat die bewährte Koalition aus Unionspolitikern und journalistischen Helfern einen vermeintlichen Wahlkampfhit wiederaufgelegt, der sich schon einmal als totaler Flop erwiesen hat: Ähnlich wie 1975/76 soll über den Vorsitzenden Willy Brandt (Löwenthal 1980: „Dreckschleuderer und Vorturner der linksradikalen Riege“) die SPD getroffen werden.

Das Reizwort „Vertreibung“, diesmal angereichert mit einem Schuß Antisemitismus, scheint den unbelehrbaren Wahlkämpfern vom rechten Rand der Union noch immer geeignet, den Ostpolitiker Brandt und seine Genossen als vaterlandslose Gesellen abzustempeln und zudem den SPD-Vorsitzenden, der in Warschau vor dem Getto-Mahnmal auf die Knie fiel, 1980 endgültig als Heuchler zu entlarven.

Die neue Kampagne wurde offenbar mit großer Sorgfalt vorbereitet. Auf der Seite „Geldanlage“ empfahl Springers „Welt am Sonntag“ („WamS“) am 2. September vergangenen Jahres den Spekulanten als „Objekte der Woche“ ein Brandt-Buch: „Forbrytere og andere



Emigrant Brandt 1944*
Stapelweise Protestbriefe

* In Schweden mit Tochter Ninja und seiner ersten Frau Carlota.

Tyskere“ (Verbrecher und andere Deutsche). Dieses „berühmteste Werk“ des SPD-Chefs („WamS“: „Brandts Verbrecher-Buch“), 1946 in Norwegen und Schweden erschienen, koste, so der heiße Tip, bereits bis zu 400 Mark.

Prompt stieg ein prominenter Anlagenfachmann ein, der gescheiterte IOS-Manager und 1970 zur CDU gewechselte National-Liberale Erich Mende. In einem „WamS“-Leserbrief verwies er eine Woche später auf die Passage eines US-Dokuments Nr. 4027 vom 2. September 1944, in dem „Brandt Vorschläge zur Abtretung der deutschen Ostgebiete“ gemacht habe.

Leider seien die Dokumente in den USA nicht mehr zugänglich, klagte Mende und fragte bedeutungsschwer, ob daran die gleichen Stellen beteiligt seien, „die vermutlich heute Brandts Bücher aufkaufen, damit sie den Deutschen nicht unter die Augen kommen“?

Wiederum vierzehn Tage später jubilierte die erzkatholische „Neue Bildpost“ aus dem Sauerland, Vorzugslektüre in kirchlichen Anstalten und konservativen Pfarrhäusern, über Mendes „aufsehenerregende Entdeckung“.

Brandt, so das fromme Boulevard-Blättchen, habe mit „seiner sogenannten ‚Ostpolitik‘“ als Bundeskanzler das besorgt, was er bereits 1944 im Exil angekündigt habe — und Schmidt als „gelehriger Nachfolger“ setze „die Brandtsche Politik der Abtretung deutscher Rechtspositionen, der Vorleistungen und des Wohlverhaltens gegenüber dem Osten“ fort. Am 2. Dezember war dann wieder die „WamS“ mit Guns Erzählungen dran.

Die Aktion hatte Erfolg. Im Bonner Bundeshaus-Büro des SPD-Vorsitzenden gingen stapelweise Protestbriefe mit Textproben aus „WamS“, „Bildpost“ und Vertriebenenblättern ein. Bei Heinz Galinski häuften sich Beschwerden zorniger Juden.

Da half es Brandt nicht viel, daß er sich rechtfertigte. Die Kampagne geht weiter.

Die Quelle, aus der sich die rechten Propagandisten gegen den SPD-Chef versorgen, sind Depeschen, die Herschel Johnson, der damalige Gesandte an der US-Botschaft in Stockholm, in den Jahren 1943 bis 1945 an das State Department in Washington geschickt hatte.

In diesen Papieren, verwahrt im National-Archiv in Washington, beschäftigt sich Johnson ausführlich mit Informationen, die ihm Exilanten in Stockholm zuspielten. Solche Informationen kamen auch von Willy Brandt, der damals das „Schwedisch-Norwegische Pressebüro“ in Stockholm leitete, einen Pressedienst, der Nachrichten über das von Deutschen besetzte Norwegen und über Deutschland sammelte.

In Stockholm lernte Brandt zahlreiche amerikanische Journalisten und Diplomaten kennen, die gelegentlich seine Analysen, Bücher und Memoranden an ihren Botschafter weitergaben. Einen direkten Kontakt zwischen Johnson und ihm habe es allerdings nie gegeben, erinnert sich Brandt.

Unter Nummer „4027 Confidential“ meldete der US-Gesandte in einem Report seiner vorgesetzten Dienststelle in Washington am 2. September 1944 angebliche Brandt-Überlegungen zu den künftigen deutschen Staatsgrenzen: Brandt hege, so Johnsons Eindruck, „keine nationalistischen Gefühle oder gefühlsmäßige Bindung an irgendeine spezielle Grenze“.

Gleichwohl habe der Exildeutsche befürchtet, daß zwischen Polen und



CDU-Politiker Mende
Prompt eingestiegen

Deutschland eine Grenze gezogen werden könne, „die mit ethnischen, ökonomischen und historischen Erwägungen so unvereinbar wäre, daß keine deutsche Regierung sie akzeptieren könnte — es sei denn unter Protest“.

Statt dessen habe Brandt, so die Johnson-Depesche, eigene Vorschläge für eine Gebietsaufteilung im Osten gemacht: Der sogenannte Korridor — ein im Versailler Vertrag an Polen abgetretenes Gebiet um Danzig mit der Provinz Westpreußen — müsse an Deutschland fallen.

Mit dieser Ansicht stand Brandt nicht allein: So hatte beispielsweise der damalige englische Premier Lloyd George schon im Laufe der Versailler Vertragsverhandlungen vergeblich gewarnt, die 2,1 Millionen Deutschen, die im Korridor leben, polnischem Regiment zu unterstellen. Denn: „Dieser Vorschlag würde uns früher oder später zu einem neuen Krieg im Osten Europas führen.“

Nach Brandts Vorstellung, so der Johnson-Report, müsse den Polen lediglich der Zugang zum Danziger Ostseehafen garantiert werden. Als Ausgleich sei der westliche Teil von Ostpreußen einschließlich Königsberg dem polnischen Staatsgebiet zuzuschlagen. Konsequenz: „Ein kompletter Austausch der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten“ (Johnson-Depesche).

Dieses vermeintliche Konzept des Journalisten Brandt im schwedischen Exil, das für das Nachkriegsdeutschland ein Vorteil gewesen wäre, wollen rechte Unionschristen nun hochdrehen und den SPD-Chef als „Erfinder der Vertreibung“ dem Wahlvolk vorführen. Ostpreußensprecher Hennig: „Sie werden verstehen, sehr geehrter Herr Brandt, daß es für alle Vertriebenen, aber nicht nur für sie, eine schlechthin entscheidende Frage ist, ob ein deutscher Politiker in der geschilderten Weise ein Erfinder der Vertreibung war oder nicht.“

Am 17. Januar dieses Jahres klärte Brandt den Christdemokraten Hennig auf, daß sich das Zitat auf einen „angeblichen, von mir nicht veranlaßten und mir nicht bekannten Gesandtschaftsbericht, der sich auf eine mir nicht nachprüfbare Quelle stützt“, bezieht. Mit gleicher Post stellte er Hennig einen Auszug aus seinem 1944 erschienenen Buch „Efter Segern“ (Nach dem Sieg) zu. Darin warnt Brandt davor, die nazistische Expansionspolitik umzukehren und den Deutschen die Ostgebiete abzunehmen. Auszug aus dem Brandt-Buch in einer Übersetzung:

> Die Polen hatten mehr als die anderen Völker unter der deutschen Okkupation gelitten. Sie haben ein Recht auf Wiederaufbau und Sicherheit. Es ist aber eine Frage, ob man Sicherheit durch eine Umkehrung der deutschen Expansionspolitik schafft. Es ist fraglich, ob es Polen bessergehen wird nach großen Gebietserweiterungen, die die Stätten der großen Gegensätze in der Zeit zwischen den Weltkriegen widerspiegeln.
>
> Es wird eine ziemlich schwierige Aufgabe, die drei Millionen deutschen Einwohner Ostpreußens und Danzigs in Polen einzugliedern. Noch problematischer wird es sein, das „Maximalprogramm“, ein Gebiet mit neun Millionen Einwohnern, zu realisieren.

Und anders als Mende behauptet, ist der Johnson-Report keineswegs unzugänglich: Dokument Nr. 4027 ist im Washingtoner National-Archiv abgelegt unter Archiv-Nummer 86201/9—244, zugänglich für jeden, der sich eine kostenlose „Researcher Identification“ ausstellen läßt.

Auch alle anderen Papiere, die Munition für die Anti-Brandt-Kampagne liefern, finden sich im Archiv — freilich weicht die Originalfassung hin und wieder von der Version ab, die rechte Deutsche verwenden.

Nerin E. Guns Telegramm Nr. 3399, das die CSU-nahe „Welt am Sonntag“

den SPD-Parteitagsdelegierten gewidmet hatte, ist archiviert unter der Nr. 862.01/639. Doch die von Gun, „WamS" und Löwenthal zitierte antisemitische Passage fehlt. Kein Wunder: Sie existiert nur auf zwei Papieren, die unter anderen von „Deutschland-Magazin"-Herausgeber Ziesel verbreitet wurden — und nicht authentisch sind.

So bediente Altnazi Ziesel vor einiger Zeit Werner Nachmann, den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland mit einem Telegramm, das — mit geringen Abweichungen — identisch mit Guns Buchpassage ist. Das Telegramm war auf einem Bogen des US-Senats getippt.

Dabei übersahen die „Autoren" zwei Details: Sie verwendeten eine Postleitzahl von Washington, die es 1944 noch gar nicht gab, und sie benutzten einen falschen Briefkopf. „Die US-Regierung benutzt keine Briefbogen des Senats", so der Leiter der diplomatischen Abteilung des Washingtoner National-Archivs, Milton O. Gustafson, als ihm der SPIEGEL das Papier vorlegte.

Das zweite Dokument, das Ziesel nachreichte, eine Seite „8 A", erkannte Gustafson gleichfalls als „eine Fälschung". Auch dieses Papier enthält die antisemitischen Äußerungen und ist gesiegelt mit einem von Gustafson gezeichneten Testat. Dazu der US-Archivar: „Das Papier 8 A ist kein Original-Dokument des National-Archivs. Ich habe dieses Dokument niemals gesiegelt und testiert. Das ist eine fabrication."

Recherchen des SPIEGEL im National-Archiv förderten noch weitere Manipulationen zutage.

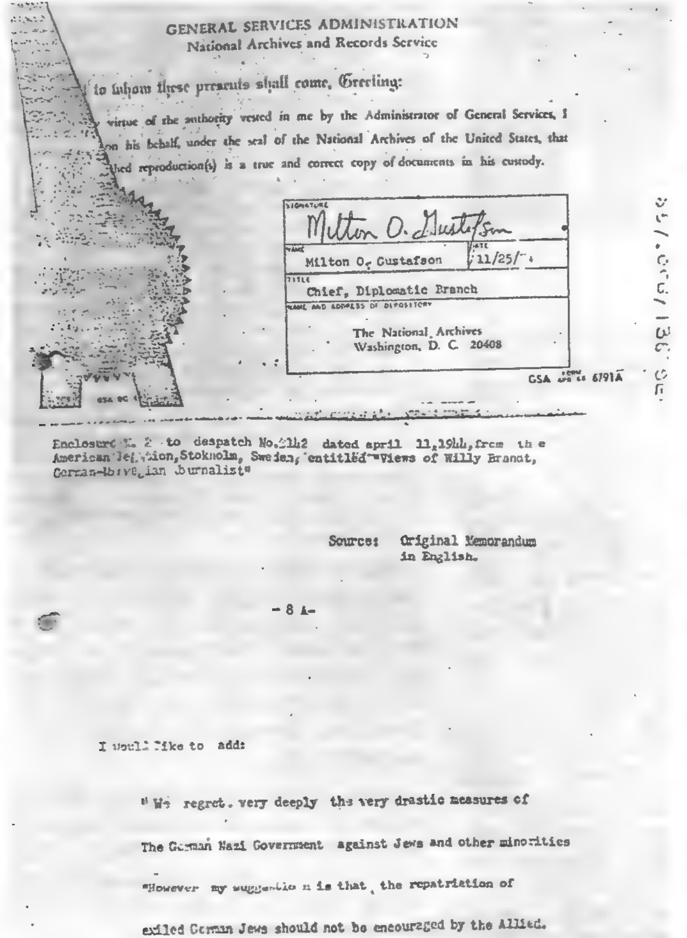
Im Glauben an die Seriosität des „Deutschland-Magazins" hatten Christdemokraten aus dem niedersächsischen Wietze in einer „Bürger-Information" drei Sätze aus der Ziesel-Postille zitiert, die sich gleichfalls auf das Telegramm Nr. 3399 des Herschel Johnson beziehen sollten: „Willi Brandt ist ein sowjetischer Agent. Seine Flucht aus der Gefangenschaft wurde von der kommunistischen Untergrundorganisation begünstigt. Er steht im Kontakt mit der ‚Roten Kapelle'", der sowjetischen Spionage-Organisation in Berlin. Laut Ziesel stammt dieser Text von einer „Karteikarte des FBI", die dem Telegramm 3399 angeheftet und dem Archiv unter der Rubrik „Sowjetspionage" entnommen worden sei.

Doch es gibt im National-Archiv, das nach Personennamen gegliedert ist, keine Rubrik „Sowjetspionage", und dem Telegramm ist auch keine Karteikarte angeheftet. Gustafson: „Das ist bei uns nicht üblich."

Möglich, daß ein Brandt „subversiven Tätigkeiten" nachging — einer jener vier Brandts, die auf Karteikarten mit dem Aufdruck „Possible subversive activities" registriert sind. Bei dem ersten „Brandt" handelt es sich um einen Marineattaché in Guatemala, bei dem zweiten um einen Mann aus Weimar (Texas), der im 2. Weltkrieg als „pro German" geführt wurde. Der dritte war Besatzungsmitglied des Schiffes „Bollwerk", und der vierte schließlich war ein Mister Brandt aus Michigan, der seiner Mutter nach Deutschland geschrieben hatte und sich als „anti-roosevelt" verdächtig gemacht hatte.

Der echte Willy Brandt freilich hat es mittlerweile aufgegeben, gegen die immer wiederkehrenden Verleumdungen anzugehen: „Ich habe keinen Nachholbedarf, Patriotismus zu beweisen, und keine Lust, wie Friedrich Ebert durchs Prozessieren zu sterben."

Der frühere sozialdemokratische Reichspräsident hatte sich vergeblich vor Gerichten gegen ehrabschneidende Diffamierungen als Landesverräter gewehrt. Er war — verschlissen durch die Kampagne — 1925 gestorben, bevor er sich sein Recht hatte holen können.



GENERAL SERVICES ADMINISTRATION
National Archives and Records Service

to whom these presents shall come, Greeting:

virtue of the authority vested in me by the Administrator of General Services, I on his behalf, under the seal of the National Archives of the United States, that hed reproduction(s) is a true and correct copy of documents in his custody.

SIGNATURE: Milton O. Gustafson
NAME: Milton O. Gustafson — DATE: 11/25/
TITLE: Chief, Diplomatic Branch
NAME AND ADDRESS OF DEPOSITORY: The National Archives, Washington, D. C. 20408

GSA FORM 6791A

Enclosure No. 2 to despatch No.3142 dated april 11,1944,from the American Legation,Stokholm, Sweden, entitled "Views of Willy Brandt, German-Norwegian Journalist"

Source: Original Memorandum in English.

- 8 A-

I would like to add:

" We regret. very deeply the very drastic measures of The German Nazi Government against Jews and other minorities "However my suggestion is that, the repatriation of exiled German Jews should not be encouraged by the Allied.

United States Senate
WASHINGTON, D.C. 20510

Copy of document:

DEPARTMENT OF STATE — INCOMING TELEGRAM

Stokholm
Dated April 11, 1944
Rec'd 10:23 p.m.

Secretary of State,
Washington.

3142 A. April 11, 5.30 P.M.
Addenda to views of German Norwegian journalist, confidential report.
SECRET
Translated by Brandt.
Quote:

We regret deeply the drastic measures of the German Government against the jews and other minorities, however it is suggested that in views of the situation and to serve the paramount interests of a future democratic Germany; the return of the exiled jews should not be encouraged or permitted by the Allied Governments.
Germans are still very much hostiles to the Jews, they held responsible for war and bombing of cities, and we democrats should not openly side with them. The German people should not be made responsible for a situation, now a "fait accompli". The jews have created by the past attitude this climate of hostility and prejudice."

End of Quote

Angebliche Brandt-Dokumente: „Das ist eine fabrication"



Christdemokraten Bausch (M.), Schwarz-Schilling (r.)*: „Der Riß geht quer durch die Parteien"

„Bonn blockiert 30 Fernseh-Programme"

CDU-Mediensprecher Christian Schwarz-Schilling und Südfunk-Chef Hans Bausch über Privatfernsehen

SPIEGEL: Privatfernsehen ja oder nein — darum geht der Streit zwischen den Parteien, zwischen Intendanten, Politikern, Verlegern. In den Bundesländern, die für Hörfunk und Fernsehen zuständig sind, stellen CDU und CSU sechs der elf Ministerpräsidenten. Herr Dr. Schwarz-Schilling, was kann Ihre Partei eigentlich noch daran hindern, in der halben Bundesrepublik private Programme aufzumachen?

SCHWARZ-SCHILLING: Rechtlich gibt es überhaupt kein Hindernis, weil der Rundfunk eine Angelegenheit allein der Länder und nicht des Bundes ist. Politisch können Hürden aufgebaut werden — etwa dadurch, daß der Bundeskanzler, wie geschehen, der Bundespost den Ausbau von Fernsehkabelnetzen in den Städten verbietet.

SPIEGEL: Fernsehkabel würden den Sendetechnikern mehr Kanäle bieten, als bisher drahtlos zur Verfügung stehen; die Zuschauer könnten bis zu dreißig Programme empfangen.

SCHWARZ-SCHILLING: Ja, und dies ist durch Mißbrauch der Bonner Fernmeldevollmacht zunächst einmal verhindert worden.

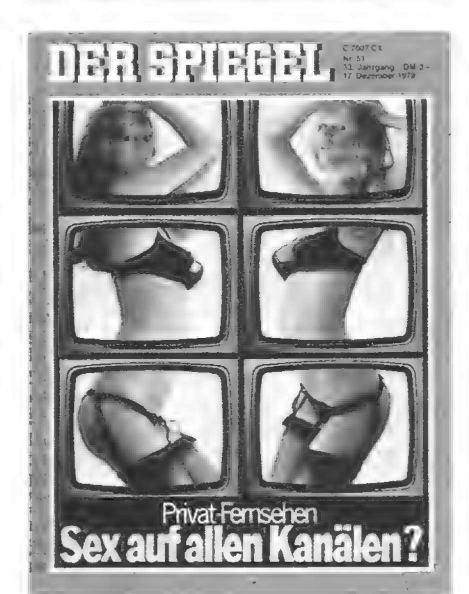
BAUSCH: Wir wollen erst einmal sehen, wie das Bundesverfassungsgericht entscheidet, das sich in diesem oder im nächsten Jahr in einem Verfahren mit dieser Sache befassen muß. Dann sieht es für ein Privatfernsehen vielleicht auch rechtlich ganz anders aus.

SPIEGEL: Der Riß geht auch quer durch die Parteien. Sie, meine Herren, sind beide Christdemokraten und trotzdem verschiedener Meinung über den Rundfunk der Zukunft.

SCHWARZ-SCHILLING: Meine Partei hat sich in ihrem Grundsatzprogramm einstimmig für eine Pluralität der neuen Medien entschieden, zu der auch privatrechtliche Formen der Trägerschaft gehören. Als medienpolitischer Sprecher der CDU und Vorsitzender des Koordinierungsausschusses beider Unionsparteien habe ich auch an gemeinsamen Beschlüssen von CDU und CSU in diesem Sinne mitgewirkt.

BAUSCH: Ich habe zwar kein Mandat mehr — ich habe es als Landtagsabgeordneter der CDU nach meiner Wahl zum Intendanten 1958 zurückgegeben —, aber ich spreche als Betroffener, der weiß, wovon er redet. Und wenn ich, neben meiner beruflichen Erfahrung und meiner wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Thema, die vielen Gespräche der letzten Jahre rekapituliere, stelle ich fest, daß es bei der CDU keinerlei Klarheit über ein Modell für privates Fernsehen gibt.

SCHWARZ-SCHILLING: Die Beschlüsse für das CDU-Grundsatzprogramm wurden einstimmig gefaßt. Unsere Auffassungen ergeben sich aus dem Menschenbild des Grundgesetzes: aus dem Recht des einzelnen Menschen — und nicht irgendwelcher Gruppen unserer Gesellschaft —, seine Meinung



SPIEGEL-Titel 51/1979
„Pläne so voller Pathos"

* In der Frankfurter SPIEGEL-Redaktion mit SPIEGEL-Redakteur Werner Dähnhardt.

Was hat becel Diät-Margarine eigentlich mit Ihrem Cholesterinspiegel zu tun?

In allen hochindustrialisierten Ländern Europas haben Herz- und Kreislaufkrankheiten ständig zugenommen. Die wichtigsten Risikofaktoren sind



starkes Rauchen, hoher Blutdruck, Diabetes, Übergewicht und besonders ein erhöhter Cholesterinspiegel,* wie er bereits bei etwa 30% unserer erwachsenen Bevölkerung nachzuweisen ist. Und auch erbliche Faktoren, auf die wir jedoch keinen Einfluß haben.

Wie können wir vernünftiger leben?

Es gibt eine ganze Reihe von Maßnahmen. Wir sollten z. B.

Zusammensetzung von becel

	Speiseöl	Margarine	Pflanzen-creme
Fettgehalt	100%	80%	78%
Fettsäuren-Zusammensetzung:			
mehrfach ungesättigt (Linolsäure)	mind. 70%	50–55%	55–60%
einfach ungesättigt	15–20%	15–25%	25–30%
gesättigt	10–12%	20–25%	10–15%
Vitamin E	70 mg/ 100 ml	50 mg/ 100 g	45 mg/ 100 ml

100 g becel Diät-Margarine enthalten außerdem:
1500 i.E.Vitamin A, 350 i.E.Provitamin A
100 i.E.Vitamin D

weniger rauchen und uns mehr bewegen. Den erhöhten Cholesterinspiegel können wir günstig beeinflussen, indem wir weniger Fett essen und dabei auf ein ausgewogenes Verhältnis von gesättigten und mehrfach ungesättigten Fettsäuren in unserer Nahrung achten. Bei Übergewicht sollten wir außerdem kalorienärmer essen.

Welche Rolle kann die Ernährung spielen?

Unsere Wohlstandsnahrung enthält im allgemeinen zuviel Fett, vor allem zuviel gesättigtes Fett, aber zuwenig Linolsäure. Deshalb trägt unsere heutige Ernährungsweise dazu bei, den Cholesterinspiegel hochzutreiben. Und das kann zu arteriosklerotischen Herz- und Kreislaufschäden führen.

Nahrungsfette sollen reich sein an mehrfach ungesättigten Fettsäuren, von denen die Linolsäure die wertvollste ist.

Die drei von becel - ein Beitrag zur Senkung des Cholesterinspiegels.

becel Diät-Nahrungsfette enthalten besonders hohe Anteile der wertvollen Linolsäure. Deshalb tragen sie im Rahmen einer vernünftigen Lebensweise dazu bei, einen erhöhten Cholesterinspiegel zu senken.

Das um so mehr, je konsequenter Sie statt gesättigter Fette becel verwenden: becel Diät-Margarine als wohlschmekkenden Brotaufstrich, der den Geschmack von Brotbelag voll zur Geltung bringt. Das geschmacksneutrale becel Diät-Speiseöl für Salate und Rohkost. Und becel Diät-Pflanzencreme zum gesunden Braten, Backen und Kochen.

Sicher läßt sich zu diesem komplexen Thema noch mehr sagen. becel beantwortet Ihre Fragen gern.

becel Diät-Beratung, Dammtorwall 15, 2000 Hamburg 36.

Bewußter essen, weil's vernünftig ist: becel gehört dazu.



*Ein Cholesterinspiegel gilt dann als erhöht, wenn er über 220 mg/dl liegt und das LDL-Cholesterin 150 mg/dl überschreitet.

BC 12/79 a

zu verbreiten. Ganz ähnlich wie bei den Druckmedien.

BAUSCH: Aha, das Jedermannsgrundrecht, das reine Individualrecht.

SPIEGEL: Mißfällt Ihnen das?

BAUSCH: Dies ist eine einseitige Auslegung des Grundgesetzes, die sich bei den sogenannten neuen Medien gar nicht realisieren läßt. Was sind dreißig Kabelkanäle im Vergleich zu den Möglichkeiten der gedruckten Medien, vom Flugblatt über die Stadtteilzeitung bis zum SPIEGEL? Und wenn wir morgen begännen, die Kabel für dreißig Fernsehprogramme zu verlegen, wären in drei Jahren erst Teilinseln der Bundesrepublik verkabelt.

SCHWARZ-SCHILLING: Wir wären damit längst weiter, wenn dies alles nicht in Bonn blockiert würde. Es ist doch ein Skandal, daß wir im technischen Zeitalter nicht die süddeutschen Dritten Fernsehprogramme in Norddeutschland sehen können und umgekehrt und daß nicht alle UKW-Hörfunkprogramme in jedem Haushalt zu hören sind, nur weil die Vielfalt der Programme bewußt blockiert wird, damit nicht auch andere, private Rundfunkveranstalter zugelassen werden müssen. Technisches Monopol und politische Macht — das ist eine sehr, sehr üble Kombination.

BAUSCH: Die können die CDU-Länder doch ohne weiteres beenden, wenn sie wollen.

SCHWARZ-SCHILLING: Die Fernmeldetechnik einschließlich der des Rundfunks ist nun gerade eine Bundesangelegenheit.

BAUSCH: Die Länder können aber die Initiative im Bundesrat ergreifen.

SCHWARZ-SCHILLING: Das werden wir mit Sicherheit nach den Bundestagswahlen auch tun.

BAUSCH: Bleibt nur die Frage, ob der Bürger auch das teure Geld für die Kabelanschlüsse bezahlen will. Wenn Sie das vorher testen ...

SCHWARZ-SCHILLING: ... warum wollen Sie das testen lassen? Der Test für die Verkabelung findet statt, indem es angeboten wird.

SPIEGEL: Eine von der Bundesregierung berufene Kommission hat vorgeschlagen, den schwer einschätzbaren Bedarf an weiteren Programmen vorher zu testen. Nun fordern Sie, daß die Verkabelung schon vor den Tests, den Pilotprojekten, anlaufen soll?

SCHWARZ-SCHILLING: Sehr richtig. Die Bundespost hat das, vor dem Verbot durch den Bundeskanzler, in elf westdeutschen Großstädten ja auch vorgehabt. Sie muß in den achtziger Jahren ohnehin die sonst hoffnungslos überlasteten Telephonnetze erneuern. Und wenn um 1982 die Nachfrage nach Telephonen nahezu gesättigt ist, werden ohne die Arbeit an den neuen Netzen etwa 30 000 bis 40 000 Fernmeldetechniker arbeitslos. Bei dieser Gelegenheit wollte sie zwar nicht gleich 30 Fernsehkanäle anlegen, aber zwölf — zur Verteilung aller jetzigen Regionalprogramme, dazu noch ein bis zwei Nachbarprogramme, in Nordwestdeutschland Holland und Belgien, in Hamburg die DDR, im Süden Österreich und die Schweiz. Wollen die Leute dann später weitere, neue Programme sehen, läßt sich das Netz ohne weiteres auf dreißig ausbauen — und dafür sind die Pilotprojekte vorgesehen.

BAUSCH: Ich weiß nur, daß in Gegenden, in denen jetzt schon sechs, sieben Fernsehprogramme gesehen werden können wie am Bodensee oder im Allgäu, die Leute keine Minute länger fernsehen als da, wo es nur drei Programme gibt.

SCHWARZ-SCHILLING: Das widerlegt genau die ständige Unterstellung, daß die Zuschauer, wenn es viele Programme gibt, von morgens bis abends vor dem Fernsehschirm sitzen.

BAUSCH: Ich unterstelle Ihnen gar nichts.

SCHWARZ-SCHILLING: Aber andere Leute, die gegen mehr Programme sind. Das ist genau, was wir wollen: dem Bürger ein größeres Angebot bereitstellen, und es ist Sache des einzelnen, welchen Gebrauch er davon macht.

BAUSCH: Ist Ihnen klar, daß zwanzig Prozent der Bürger gar nicht mündig sind?



Britisches Privatfernsehen*: „Technisches Monopol und politische Macht ...



... eine sehr, sehr üble Kombination"?: **Privatfernseh-Studio in Luxemburg**

* Aufnahmen für eine Dokumentarsendung über Haiti.

SCHWARZ-SCHILLING: Das ist Ihre Aussage, Herr Bausch.

BAUSCH: Ich meine die Kinder, Herr Schwarz-Schilling.

SCHWARZ-SCHILLING: Ach so. Der Schutz der Kinder vor zuviel Fernsehen ist eine ernste Aufgabe für die Eltern, die Programmverantwortlichen und die Medienpädagogik. Würden wir generell den Bürgern die Mündigkeit zur eigenen Auswahl absprechen, dann müßten wir eigentlich sofort die Demokratie abschaffen. Weil sich Wahlkämpfe zwischen den Parteien nur auf niedrigstem Niveau abspielen und der Bürger gar nicht mündig ist zu unterscheiden, wen er wählt — das ist so etwa die Qualität dieses Arguments.

BAUSCH: Umgekehrt, wenn Sie Ihr Bild von Brot und Spielen fürs Fernsehvolk zu Ende denken, müßten Sie morgen die repräsentative Demokratie abschaffen und die plebiszitäre einführen.

SPIEGEL: Das Leitmotiv für Ihre Fernsehpläne, Herr Schwarz-Schilling, ist Wettbewerb, ist Programmkonkurrenz. Aber Marktkampf ums Nachdenken über den Lauf der Dinge, Umsatzstrategie mit Kommentar und Kritik — das geht doch nicht wie kommerzielles Marketing, wie „Persil" gegen „Omo"?

SCHWARZ-SCHILLING: Richtig. Aber zunächst eine Voraussetzung dazu: Die CDU ist für die Beibehaltung der öffentlich-rechtlichen Anstalten, die mit Gebühren finanziert werden. Zweitens ist eine gewisse Nähe zum Publikum für ein Massenmedium nicht nur negativ zu sehen. Ich halte nichts von der Formel „Hohe Einschaltzahlen gleich Schund".

BAUSCH: Das Marktmodell funktioniert nur, wenn Sie wie in Amerika ein Programm machen mit dem ausschließlichen Ziel, die größtmögliche Zuschauermehrheit zu erreichen.

SCHWARZ-SCHILLING: Es gibt ausgezeichnete Sendungen in Großbritannien, in den Vereinigten Staaten und auch bei uns, die hohe Einschaltquoten haben. Denken Sie an bestimmte Fernsehspiele, Filme, denken Sie an eine Sendereihe wie „Holocaust".

BAUSCH: Die müßten Sie mal gesehen haben, ständig unterbrochen durch Werbung. Ich hab' mir das in Amerika angesehen. Mahlzeit!

SCHWARZ-SCHILLING: Es kommt ja noch hinzu, daß wir die Mischung von Unterhaltung, Information, Bildung und Meinung, was Sie wollen, im Privatfernsehen festlegen wollen, so daß jeder Lizenznehmer daran gebunden ist, alle Sparten auch qualifizierter Sendungen mit einzubringen — wie beim englischen System, mit dem wir sehr sympathisieren.

BAUSCH: Ich kann nur sagen, wenn wir privates Fernsehen in der Bundesrepublik erhalten, laufen wir Gefahr, daß wir nicht ein Programm wie in Großbritannien bekommen, denn dieses System können wir aus vielerlei Gründen gar nicht übernehmen. Sondern wir bekämen amerikanische oder italienische Zustände, bei denen mehrere oder viele Veranstalter ihre Programme durch Werbung finanzieren und deshalb auf einen Programmstandard für die große Massenbeteiligung heruntergehen.

SPIEGEL: Auch die Qualität des englischen Privatfernsehens war ursprünglich höchst unbefriedigend ...

SCHWARZ-SCHILLING: ... und ist sehr nach oben gegangen, weil sie gemerkt haben, daß qualitätsschwache und niveaulose Programme durchaus nicht die einzige Möglichkeit sind, um hohe Einschaltquoten zu bekommen.

SPIEGEL: Im Gegenteil. Mit seinen früheren Massenprogrammen hatte das Privatfernsehen schnell zwei Drittel des Publikums ...

BAUSCH: ... BBC hatte nur noch 30 Prozent ...

SPIEGEL: ... und erst harte Kontrollen, verschärfte Qualitätsauflagen, die Umgruppierung und Entziehung von Lizenzen haben die Verbesserung des Programms erzwungen.

SCHWARZ-SCHILLING: Das soll es nach unserer Vorstellung auch in der Bundesrepublik geben.

BAUSCH: Wenn Sie im Fernsehen schon freiheitliche Zustände wie bei der Presse haben wollen, warum dann diese öffentlich-rechtliche Kontrolle wie in England? Dann doch, bitte schön, freies Spiel der Kräfte und nicht gleich wieder staatliche Bevormundung durch die Hintertür.

SCHWARZ-SCHILLING: Also wissen Sie, Herr Bausch, das erinnert mich nun wirklich an diese Alles-oder-nichts-Position ...

BAUSCH: ... überhaupt nicht ...

SCHWARZ-SCHILLING: ... die wir in Deutschland so gern einnehmen. Es gibt vom Bundesverfassungsgericht klare Aussagen darüber, daß Rundfunk und Fernsehen als eminent wichtiger Faktor der Meinungsbildung nicht ohne Regelungen zu machen sind ...

BAUSCH: ... daß sie eben nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen bleiben dürfen.

SCHWARZ-SCHILLING: So ist es. Und deshalb ist Ihr Argument, also wenn schon Markt, dann überhaupt keine Regeln, total falsch.

BAUSCH: Aber wo bleibt denn dann Ihr Individualrecht?

SCHWARZ-SCHILLING: Sie würden also sagen, wenn schon freies Gewerbe, dann bitte aber auch keine Kartellgesetzgebung, auch keine Gewerbeordnung? Das ist doch eine vollkommen lächerliche Position, entschuldigen Sie bitte, Herr Bausch.



Fernsehen in den USA: „Ich habe mir das in Amerika angesehen. Mahlzeit!"

BAUSCH: Nein, das sage ich nicht. Aber Sie wollen doch beim Fernsehen die gleichen freiheitlichen Zustände wie bei der Presse.

SPIEGEL: Manchen CDU-Politikern scheint es jedenfalls einerlei, ob das Niveau des Fernsehens sinkt, ob sich anspruchsvolle, auch politische Sendungen neben Massenprogrammen behaupten können. Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht sagt dazu lapidar: „Der mündige Bürger soll selbst entscheiden." Und der CDU-Oppositionsführer in Düsseldorf, Herr Köppler, möchte die Nation vom Fernsehen nicht „politisch belehrt" sehen.

SCHWARZ-SCHILLING: Wir möchten in der Tat dem Bürger nicht vorschreiben, daß er jeweils den Sender se-

hen muß, der gerade politische Informationen gibt.

SPIEGEL: Vorgeschrieben ist ihm das auch heute nicht. Oder steckt die Devise dahinter: lieber dumm und unser Wähler als gut informiert und nicht unserer Meinung?

SCHWARZ-SCHILLING: Nein, die Devise ist: Der Bürger soll in seiner Freizeit in der Lage sein, aus einer Vielfalt von Programmen das zu wählen, was er sich anschauen will.

SPIEGEL: Oder wollen die Unionsparteien nur eine Entwicklung zu Pornoprogrammen, wie in Italien, den USA, in Japan oder Kanada, unterbinden, damit sie später nicht als christliche Pornoparteien dastehen?

SCHWARZ-SCHILLING: Also, dazu könnte es doch nur kommen, wenn die Medien uns in dieser Weise diffamieren würden. Die christlichen Parteien CDU und CSU haben sich seinerzeit stärkstens dagegen verwahrt, daß Pornographie Eingang in die Presse fand. Ich muß schon sagen, es wäre eine glatte Verkehrung der Fronten, uns als Bahnbrecher für Porno in den elektronischen Medien hinzustellen.

SPIEGEL: Es gibt einen Unterschied zwischen Absicht und Wirkung.

SCHWARZ-SCHILLING: Noch einmal ganz klar gesagt: Wir werden den Lizenznehmern bindende Auflagen für die Programme erteilen, das ist unsere politische Absicht.

SPIEGEL: Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben einen Kulturauftrag zu erfüllen, dem Süddeutschen Rundfunk ist beispielsweise laut Satzung die „Förderung der menschlichen Ideale“ und ein „hohes Niveau“ der Berichterstattung aufgegeben. Bleibt der Rundfunk, auch der private, ein Kulturinstitut wie das Theater, die Oper, die Musikhalle, oder gehört die Zukunft der Heino-Parade und „Krach um Jolanthe“?

SCHWARZ-SCHILLING: Ich meine, der Rundfunk soll weiter zur Kultursphäre gehören. Gerade deshalb kann es hier nicht allein nach dem Markt gehen. Das schließt aber nicht aus, daß dem Zuschauer, um im Bild zu bleiben, die Möglichkeit zur Selbstbedienung geboten wird statt der bisherigen Mangelwirtschaft.

SPIEGEL: Das Ideal ist natürlich auch beim bestehenden Rundfunk nicht die Realität. So hat Ihr Sender, Herr Bausch, zwar satzungsgemäß die „Kritik an Unzuträglichkeiten bei Persönlichkeiten der Staatsregierung zu sichern“. Aber als in einem ARD-Beitrag aus Bonn über die Beteiligung Ihres damaligen Ministerpräsidenten Filbinger an Todesurteilen im Dritten Reich berichtet wurde, gab es zunächst einmal Einspruch von Ihrer Seite.

BAUSCH: Das war ein formaler Einspruch gegen die journalistische unkorrekte Darstellung, die Baden-Württemberger seien offenbar nicht in der Lage, mit diesem Problem fertig zu werden, deshalb müsse die CDU, und zwar die Bundespartei, sich einschalten. Ich habe dagegen eingewandt, daß nicht eine Partei, sondern der Landtag über Wahl oder Abwahl des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg zu entscheiden habe.

SPIEGEL: Einsprüche gehören beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk inzwischen zum Journalistenalltag. In Bayern wechselte der Chefredakteur, weil sich der Landtagspräsident vor einem Interview eine unbequeme Frage verbat, kurzerhand den Interviewer aus, der sich der Forderung nicht beugen wollte.

BAUSCH: Sie müssen da, glaube ich, zwischen den Rundfunkanstalten sehr unterscheiden.

SPIEGEL: Im ARD-Programm fallen heikle Themen unter den Tisch, weil sich die Kommentatoren nicht mehr herantrauen. Selbstunterdrükkung aus Angst vor Folgen?

BAUSCH: Es werden keine Kommentare unterdrückt. Nennen Sie mir einen Fall.

SPIEGEL: Am 15. August 1979 kam ein Kommentar zum Streit über die Abtreibung, den die Runde der Chefredakteure für aktuell geboten hielt, nicht zustande, weil ihn keiner übernehmen wollte. Am 16. Oktober 1979 geschah das gleiche mit dem Thema Gesamtschulen.

BAUSCH: Ja, da kann ich doch nichts dafür, wenn sich keiner der Chefredakteure oder keiner der Kommentatoren bereit findet, weil er sich dazu nicht berufen fühlt. Aber diese Themen wurden doch — gerade der Paragraph 218 — bis zum Überdruß in den Programmen behandelt ...

SCHWARZ-SCHILLING: ... bis zur Darstellung einer Abtreibung. Ich kenne kein Land der Welt, wo Journalisten mit so wenig persönlichem Risiko so viel journalistische Entfaltungsmöglichkeiten haben wie bei uns, weil sie praktisch unkündbar sind. Wenn sie das gewisse Quantum Mut und Risiko aber nicht aufbringen, dann sollte man nicht die armen Journalisten bedauern, die nicht mehr in der Lage sind, einen Kommentar zu sprechen.

SPIEGEL: In Köln gibt es in der abendlichen Hörfunksendung für junge Leute, der „Radiothek“, keine Live-Interviews mehr, damit die CDU endlich Ruhe gibt.

BAUSCH: Ich kann Ihre Beispiele gar nicht zurückweisen. Nur sind sie natürlich Minimalpunkte in einem Programm, das oft rund um die Uhr geht.

SCHWARZ-SCHILLING: Außerdem hat vieles in der Praxis der letzten zehn Jahre mit dem Auftrag des Rundfunks nicht übereingestimmt. Umfassende Berichterstattung, keine einseitige Bindung an Parteien, an Weltanschauungen, ein umfassender Informa-





Italienisches Kommerz-Fernsehprogramm: „Dann doch, bitte schön, freies Spiel der Kräfte“

Was Sie heute alles von eine

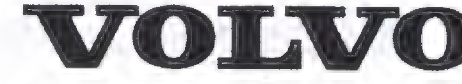


m Diesel erwarten können.

Der Volvo 244 GL D6 ist der erste 6-Zylinder Diesel-Pkw der Welt. Mit einem Durchschnittsverbrauch von 8,7 l auf 100 km ist er sparsamer als mancher 4-Zylinder. Sein 6-Zylinderaggregat verleiht ihm kultivierte Laufruhe und Geschwindigkeitswerte, die den Vergleich mit so manchem Benziner nicht zu scheuen brauchen.
Seine überlegene Technik beinhaltet serienmäßig „Extras", wie die Servolenkung und den drehzahlsenkenden, motorschonenden Overdrive. Die Komplettausstattung sucht ihresgleichen: das thermostatgesteuerte Heizungs- und Belüftungssystem, der von innen einstellbare Außenspiegel, die beheizte Heckscheibe, der höhenverstellbare Fahrersitz. Die Wartungsfreundlichkeit und die Langlebigkeit des 6-Zylinder-Dieselmotors und die Volvo-typische, solide Verarbeitung verleihen dem Volvo GL D6 einen dauerhaften Wert.
Volvo-Qualität zahlt sich aus.

Bilanz der Volvo-Wirtschaftlichkeit	
Der Verbrauch: Der Kraftstoffverbrauch beträgt nach DIN 70030 in Litern auf 100 Kilometer: Volvo 244 GLD 6, Schaltgetriebe, Overdrive Stadtverkehr 9,3 Liter bei 90 km/h 6,8 Liter bei 120 km/h 9,8 Liter Durchschnittsverbrauch 8,7 Liter	**Die Technik:** 6-Zylinder-Reihen-Dieselmotor, Drehzahlsenkender Overdrive, 2 x 3 Bremssystem mit 4 Scheibenbremsen, Servolenkung, Mc-Pherson-Federbeine vorne.
Die serienmäßige Ausstattung: z.B. teilaluminierte Auspuffanlage, H 4 Halogen-Scheinwerfer, heizbare Heckscheibe, Kreuzrückenstützen vorne, höhenverstellbarer Fahrersitz, von innen einstellbarer Außenspiegel.	**Das Angebot:** 244 GLD 6 Overdrive: 2,4 l, 60 kW (82 PS) DM 23.950,–*, 245 GLD 6 Overdrive: 2,4 l, 60 kW (82 PS) DM 27.400,–*. *Unverbindliche Preisempfehlung der Volvo Deutschland GmbH ab Importeurlager.

Mehr Information von Volvo Deutschland GmbH, 6057 Dietzenbach, Postfach 2006, Abt.: 101 – 4.5. Bei Volvo-Leasing bitte Kennwort „Leasing" angeben.



Das konsequente Automobil



NDR-Film über Abtreibung: „Eine fundamentale Krise des Journalismus"?

tionsauftrag, breites Meinungsspektrum, in dem sich die gesellschaftlichen Gruppen widerspiegeln — in diesen Dingen hat es, zumindest in Teilbereichen des Rundfunks, eine fundamentale Krise des Journalismus gegeben.

BAUSCH: Und Deformationserscheinungen.

SCHWARZ-SCHILLING: Und Deformationserscheinungen, ganz richtig. Die Frage nach der Ausgewogenheit stellt sich völlig legitim, wenn über den Rundfunksender an Millionen Hörer subjektive Meinungen verbreitet werden. Dann muß die Anstalt dafür sorgen, daß das ganze Meinungsspektrum gewahrt bleibt.

BAUSCH: Es hat einseitige Programme gegeben, aber dieses Stadium ist längst überwunden. Etwa in den Jahren 1968 bis 1972 hat die Apo-Zeit auf das Programm des Rundfunks in dieser oder jener Redaktion abgefärbt.

SPIEGEL: Das wäre ein Beleg für die Unfähigkeit dieses oder jenes Intendanten, sein Programm auszutarieren.

BAUSCH: So ist es.

SCHWARZ-SCHILLING: Oder für seine Unwilligkeit, für Ausgewogenheit zu sorgen.

BAUSCH: Ich mag das Wort Ausgewogenheit nicht. Es kommt darauf an, ob ich eine Redaktion mit verschiedenen, pluralistisch denkenden Redakteuren, Kommentatoren, Programmgestaltern besetze oder einseitig mit einer Gruppe Gleichgesinnter.

SPIEGEL: Halten Sie die Parteien für die richtigen, die berufenen Kontrolleure des Rundfunks?

SCHWARZ-SCHILLING: Die Parteien werden hier immer in einen Topf geworfen, nur muß ich Ihnen sagen: Vor einiger Zeit hat man der CDU noch vorgeworfen, in der Medienpolitik zwanzig Jahre lang geschlafen zu haben. Solange wir in Bonn regierten, haben wir die Kritik an uns, den Regierenden, als richtig empfunden. Seit wir aber in der Opposition sind und immer weiter einseitig kritisiert wurden, sehen wir die rundfunkrechtliche Verpflichtung zur Pluralität nicht mehr als erfüllt an.

SPIEGEL: Parteien wollen Wahlen gewinnen, und Frau Noelle-Neumann, die Chefin von Allensbach, hat den Parteien erzählt, daß sie mit dem Fernsehen die Wahlen gewinnen können.

BAUSCH: Parteien haben die legitime Funktion, an der Meinungsbildung mitzuwirken, aber nicht ausschließlich. Wenn Frau Noelle-Neumann sagt, das Fernsehen habe einen Anteil an der Wählerentscheidung ...

SPIEGEL: ... als „einziger kausaler Faktor" unter den Medien, wie sie sagt ...

BAUSCH: ... so ist das in der Medienkommission von ARD und ZDF unmittelbar nach der letzten Wahl wissenschaftlich widerlegt worden.

SPIEGEL: Aber wohl nicht der Glaube daran von CDU-Politikern, wie Herrn Schwarz-Schilling oder Herrn Biedenkopf?

BAUSCH: Herr Schwarz-Schilling differenziert da hoffentlich.

SCHWARZ-SCHILLING: Wieso meinen Sie, das wäre wissenschaftlich widerlegt?

BAUSCH: Ja, ist es aber.

SCHWARZ-SCHILLING: Die Gründe und Fakten von Frau Noelle-Neumann sind keineswegs widerlegt. Das

Die dänische Botschaft

Geben Sie sich keine Mühe, das Etikett vom Aalborg Jubilaeums Akvavit zu entziffern. Denn was Ihnen da spanisch vorkommt, ist dänisch. Und darum wollen wir Ihnen eine kleine verbale Hilfestellung geben.

Die dänische Botschaft beginnt schon bei der Schreibweise. Denn anders als andere Aquavits schreibt sich Jubilaeums Akvavit nicht mit „qu". Sondern mit „kv". Eben original dänisch. Und was hat es mit dem „Jubilaeum" auf sich? Das ist ein Blick in die Geschichte. 1946 wurde Aalborg Akvavit 100 Jahre alt.

Zur Feier dieses Tages hob man den Jubilaeums Akvavit aus der Taufe – den goldenen mit der sanften Geschmacksnote. Daß „Jubi", wie seine Freunde ihn nennen, aus Aalborg kommt, dem idyllischen Städtchen im dänischen Jütland, muß eigentlich nicht besonders betont werden. Schließlich ist das für einen original dänischen Akvavit fast Ehrensache. Zum Schluß noch ein Hinweis darauf, was es mit der Krone auf dem Jubilaeums Akvavit-Etikett auf sich hat. Sie sagt uns, daß De Danske Spritfabrikker die Ehre hat, „Lieferant des königlich dänischen Hofes" zu sein. Skål!

Aalborg Jubilæums Akvavit. Kühl, sanft, würzig.

Fernsehen ist ausschlaggebend, weil nur eine ganz geringe Marge, 300 000 Stimmen bei rund 38 Millionen Wählern, über die Mehrheit in unserem Land entscheidet. Wenn da eine Tendenzberichterstattung stattfindet, wie 1976 kurz vor der Bundestagswahl die ständigen Wiederholungen in den Nachrichten über einen angeblichen Lockheed-Skandal im Zusammenhang mit Franz Josef Strauß, ist das eine massive Beeinflussung der Wähler.

SPIEGEL: Dies also sind die Impulse, wenn etwa die CSU-Parteizentrale der „Tagesschau" vorschreiben will, wie aus Rom berichtet werden muß, wenn ihr Vorsitzender dort beim Papst weilt?

SCHWARZ-SCHILLING: Jetzt will ich Ihnen einmal klaren Wein einschenken. Die Union macht vielleicht den Fehler, daß sie mit ihren Beanstandungen immer offiziell an die Gremien herantritt, offiziell auf dem Weg über die Presse Kritik übt und damit jedesmal ein öffentliches Spektakel auslöst. Die SPD macht das sehr viel geschickter. Da gibt es unzählige Telephonanrufe — gar nicht zu den Gremien, auch nicht zu den Intendanten, sondern direkt von der Baracke in die Redaktionen. Da wird ganz klar gesagt: Wir bringen heute nachmitag 'ne dolle Sache über dpa raus, da hätten wir gerne 'n Kommentar in der und der Weise.

BAUSCH: Von welcher Anstalt reden Sie eigentlich? Ich kann Ihnen nur sagen, beim Süddeutschen Rundfunk gibt es keine Anrufe aus Parteizentralen, und wenn es welche gäbe, würde ich benachrichtigt.

SCHWARZ-SCHILLING: Ich beglückwünsche Sie zu Ihrem Wissen. Ich kann auch noch einen Schritt weiter gehen: Es gibt wöchentliche Konferenzen in der Baracke mit Bonner Journalisten von öffentlich-rechtlichen Anstalten, um das Wochenprogramm zu besprechen. Wenn man uns immer Eingriffe und Pressionen vorwirft — dies ist ein Vorwurf von Nichtkennern.

SPIEGEL: Wäre also die Rundfunkfreiheit bei anderen, etwa den Verlegern, besser aufgehoben?

SCHWARZ-SCHILLING: Das wäre wohl nur realisierbar, wenn es bei einer sehr großen Zahl von Programmen Kanäle verschiedener Couleur gäbe.

SPIEGEL: Sie können aber auch beim Satellitenfernsehen ein nationales Programm an private Veranstalter gemeinschaftlich vergeben.

BAUSCH: Die Bundesrepublik bekommt nach internationaler Vereinbarung fünf Kanäle fürs Satellitenfernsehen und keinen mehr.

SPIEGEL: Ja, und warum soll von den fünf Kanälen, neben ARD, ZDF und Hörfunk, nicht einer für Privatfernsehen genutzt werden? Die technische Entwicklung wird es ohnehin mit sich bringen, daß ein Satellit von Radio Luxemburg mit einem deutschen Programm Milliarden an Werbegeldern aus Deutschland absaugen würde, wenn nicht ein privates deutsches Satellitenprogramm dagegenhält.

BAUSCH: Ich bin sicher, daß durch eine europäische Konvention der Austausch nationaler Programme geregelt und die Einbruchsmöglichkeit für Radio Luxemburg damit verhindert wird.

SCHWARZ-SCHILLING: Sie können nicht gezielt Radio Luxemburg unterbinden wollen. Wenn Sie aufgrund inhaltlicher Kategorien von Veranstaltern eingreifen, befinden Sie sich in einem Boot mit den Sowjets, die auch Informationen unterdrücken, weil sie sagen: Das ist uns viel zu gefährlich.

BAUSCH: Aber das wollen Sie doch. Sie wollen mit Ihrer Kontrollbehörde des kommerziellen Fernsehens inhaltliche Restriktionen setzen.

SCHWARZ-SCHILLING: Für die Bundesrepublik Deutschland, ja. Aber wir haben nicht über die Souveränität anderer Länder zu verfügen, absolut nicht.

BAUSCH: Wir haben das Recht, durch eine Konvention innerhalb Europas zu regeln, wann wo wieviel Werbung ausgestrahlt wird — so, wie wir national das Recht dazu haben. Dem Europäischen Gerichtshof liegt schon jetzt eine Klage Belgiens gegen Radio Luxemburg vor.

SPIEGEL: Und Radio Luxemburg will mit einem Fernsehprogramm auf Deutschland zielen, nur um damit nach Werbemilliarden zu angeln.

SCHWARZ-SCHILLING: Moment, Sie müssen doch zugeben, daß Werbung eine Unterkategorie der Programmgestaltung ist.

BAUSCH: Oh, nein.

SCHWARZ-SCHILLING: Nach dem Grundgesetz gehört auch die Werbung zum Grundrecht der Information.

SPIEGEL: Noch einmal gefragt: Soll einer der fünf deutschen Satellitenkanäle für ein Privatprogramm genutzt werden?

BAUSCH: Nein.

SCHWARZ-SCHILLING: Ja.

SPIEGEL: Wenn ja, wer soll die Sendelizenz erhalten?

SCHWARZ-SCHILLING: Eine Aufsichtsbehörde wird die Sendezeit an Bewerber so vergeben, daß die Ausgewogenheit des Meinungsspektrums erhalten bleibt und das Programm nicht eine Schlagseite nach irgendeiner Seite bekommt.

SPIEGEL: Also würden nicht nur der Springer Verlag oder der Verein Union-Presse zu Wort kommen, wie sich das manche vorstellen, sondern womöglich auch die Redakteure von „Stern", „Süddeutsche Zeitung" oder „Frankfurter Rundschau"?

SCHWARZ-SCHILLING: Wissen Sie, wer die Freiheit liebt, muß Risiken eingehen. Würden wir darauf verzichten, dann würden wir eines Tages die Freiheit verlieren.

BAUSCH: Ich kann bei Ihren Plänen so voller Pathos nicht sein. Ich kann nur hoffen, daß, wie Franz Josef Strauß gesagt hat, bis zum Beginn des Kabel- und Satellitenfernsehens noch viel Wasser die Isar hinabfließt.

SPIEGEL: Meine Herren, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Fernsehpolitiker Strauß, Gesprächspartner*: Wie aus Rom berichten?

* Mit Papst Johannes Paul II. am 13. Dezember 1979 im Vatikan.

Geld im Koffer

Nur weil die Finanzbehörden allzu nachlässig waren, so fanden die ermittelnden Staatsanwälte heraus, konnte Pleitier Goldbach jahrelang Steuern in Millionenhöhe hinterziehen.

Steuerschulden, so scheint es, müssen nur hoch genug sein, dann ist die Last leichter zu tragen: Die Finanzbehörden sind gern zur Stundung bereit.

Rund 60 Millionen Mark schuldete der Herner Mineralölhändler Erhard Goldbach Mitte Juli vergangenen Jahres dem Fiskus. Doch obwohl der Münsteraner Finanzdirektor Klemens Roberz seine Vorgesetzten im Bonner Finanzministerium über ernste finanzielle Schwierigkeiten Goldbachs unterrichtete, halfen die Bonner dem Ölhändler aus der Klemme.

Finanzminister Hans Matthöfers Staatssekretär Günter Obert bewilligte — wie die Staatsanwaltschaft in Bochum ermittelte — Goldbach einen neuen Zahlungsaufschub. Knapp drei Wochen später meldete das Unternehmen Konkurs an, Alleininhaber Goldbach ist seitdem verschwunden. Die Steuerschulden haben sich inzwischen auf gut 300 Millionen Mark addiert.

So wird die Affäre Goldbach sechs Monate nach dem Zusammenbruch der Firmengruppe zum größten Steuerskandal der Bundesrepublik. Und je mehr die Staatsanwälte über Goldbachs Geschäfte herausfinden, um so peinlicher wird es für die Finanzbehörden und Matthöfers Beamte in Bonn.

Jahrelang hatte Goldbach Millionen beiseite geschafft, ohne den Argwohn der Steuerfahnder zu erregen. In knapp fünf Jahren ließ er an seinen 260 Tankstellen („Goldin") rund 75 Millionen Liter unversteuerten Sprit verkaufen — am Zoll vorbeigeschmuggelt und durch fingierte Belege vor dem Finanzamt versteckt.

Abend für Abend schleppten Goldbachs engste Vertraute die Tageseinnahmen der Tankstellen in Koffern ab. Der Chef selbst sorgte dann dafür, daß die Schwarzgelder — bis Mitte 1979 rund 200 Millionen Mark — auf seinen Konten im Ausland verschwanden.

Bemerkenswert finden die Bochumer Rechercheure nicht nur die Dreistigkeit, mit der Goldbach vorging. Erstaunt hat sie vor allem auch, daß der Ölhändler so lange ungehindert den Fiskus betrügen konnte — obwohl Hinweise auf dunkle Geschäfte vorlagen.

Seit längerem schon hatten ehemalige Angestellte Zoll- und Finanzbeamte auf Goldbachs Sprit-Schmuggel und Steuerhinterziehungen aufmerksam gemacht. Doch stets zogen die Fahnder nach Kontrollen mit leeren Händen wieder ab. Kein Wunder: Ihre Besuche hatten sie vorher artig angekündigt.

größte freie Tankstellenkette der Bundesrepublik in „wirtschaftliche Schwierigkeiten" gebracht.

Daß Goldbach trotz aller Hinweise und trotz manchen Verdachts seine Tankstellen-Kette weiter betreiben konnte, ist indes nicht nur der Trägheit von Zöllnern und Finanzbeamten zuzuschreiben. Entscheidende Hilfe bekam der Herner nach Ansicht der Staatsanwälte von dem Bremer Steuerfachmann Karl Krammig.

Die Ankläger kamen inzwischen zu dem Schluß, daß der Ex-Senator und ehemalige Zoll-Rat die wichtigste Figur im Goldbach-Spiel war. Krammig, der mehrere Wochen in Untersuchungshaft saß und inzwischen gegen Kaution freikam, soll als Mittäter beim Steuerbetrug schon in wenigen Monaten vor Gericht gestellt werden.

Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete war, wie die Staatsanwaltschaft schon bald herausfand, seit Jahren über alle Feinheiten der Goldbach-Geschäfte informiert. Er wußte angeblich, daß sein Klient die Firmen-Gruppe nur noch durch massive Steuerhinterziehung am Leben halten konnte. Dennoch feilschte er wortreich für den Herner Sprithändler in Bonn um Stundungen und Bürgschaften. „Krammig galt als ein seriöser Mann", bekennt Wolfgang Strey von der Oberfinanzdirektion in Münster. „Ihm öffneten sich viele Türen."



Steuerflüchtling Goldbach: Den Konkursverwalter überrumpelt

Mit einer Betriebsprüfung, bei der in wochenlanger Detailarbeit die faulen Geschäfte des Konzern-Inhabers leicht hätten ans Licht gebracht werden können, ließen sich die Steuerbeamten jedoch Zeit. Sie glaubten, hier wie bei jedem anderen Dutzendfall den üblichen Zeitraum von fünf Jahren zwischen zwei Prüfungen einhalten zu müssen.

Dabei hatten die Steuerbehörden selbst schon Anfang der 70er Jahre entdeckt, daß Goldbach Probleme hatte. „Langjährige unternehmerische Fehlplanungen", schrieb am 12. Februar 1974 das Hauptzollamt Bochum an das Finanzgericht in Münster, hätten die

Krammigs Beziehungen zu Bonner Spitzenbeamten zahlten sich für seinen Chef um die Jahreswende 1977/78 zum erstenmal aus. Wortreich schwatzte damals der Bremer Finanzexperte den Beamten im Bundeswirtschaftsministerium für Goldbach eine Staatsbürgschaft zur Sicherung eines 18-Mil-



Goldbach-Mitarbeiter Krammig
„Viele Türen öffneten sich"


Queen of Table Waters
Apollinaris
The Queen of Table Waters.
Apollinaris. Aus dieser Quelle trinkt die Welt.
Apollinaris Brunnen AG · 5483 Bad Neuenahr-Ahrweiler 1



Staatssekretär Obert
Auf Sicherheiten verzichtet

lionen-Kredits der Bank für Gemeinwirtschaft ab.

Mit den 18 Millionen wollte der Tankstellen-Konzern angeblich 30 000 Tonnen Treibstoff finanzieren, die Bonn als Pflichtreserve für Krisenzeiten verlangte. Den größten Teil dieser Reserve hat Goldbach kurz darauf unterderhand verkauft.

Auch im Sommer 1979 war Krammig dabei, als Goldbach erneut in Bonn Hilfe suchte. Und wieder konnte Krammig alle Schwierigkeiten aus dem Weg räumen.

Matthöfers Staatssekretär Obert bewilligte dem Ölhändler einen Aufschub für die fälligen 60 Millionen Mark Steuern. Erst als Goldbach die neuen Zahlungsfristen nicht einhalten konnte, sollte er mit Privatvermögen haften.

Doch rasch knickte Obert ein: Goldbach erklärte, er stehe in aussichtsreichen Verkaufsverhandlungen für seine Tankstellenkette — und der Bonner verzichtete auf seine Bedingung.

„Wenn Krammig dabei war", erinnert sich ein Finanzbeamter, „hätte man dem Goldbach fast alle Angaben geglaubt."

Auch die Oberfinanzdirektion in Münster, die mehrfach auf Sicherheitsleistungen für Goldbachs Steuerschulden bestanden hatte, konnte gegen die Überzeugungskraft des Bremers nie bestehen. Regelmäßig entschieden die Finanzgerichte in Streitfällen zugunsten des säumigen Steuerzahlers aus Herne.

Selbst Krammig indes konnte letztlich mit allen Tricks nur den Zeitpunkt hinausschieben, an dem das Schwindelunternehmen aufflog. Am 28. Mai 1979 rückten Betriebsprüfer in Herne ein, um Belege und Bilanzen zu sichten.

Goldbach mochte nicht dabeisein. Er eilte kurz zuvor von Bank zu Bank und plünderte seine Konten. Dann floh er ins Ausland.

Von dort läßt der Steuerflüchtling noch gelegentlich von sich hören — ohne Angabe der Adresse. Kurz vor Weihnachten verkaufte er, über einen Strohmann, für eine Million Mark die Bremer „Handelsgesellschaft Mineralöl GmbH". Selbst dem Konkursverwalter war dieser Goldbach-Besitz bis dahin verborgen geblieben.

Und der Konkursverwalter muß mit einem weiteren Coup rechnen: Steuerhinterzieher Goldbach möchte auch noch am Konkurs seiner eigenen Firmen verdienen.

Denn vor kurzem meldete eine Schweizer Firma, die Montafan AG, Forderungen an die Konkursmasse in Millionenhöhe an. Mit-Inhaber der Firma Montafan aber ist Erhard Goldbach.

LEITENDE ANGESTELLTE

Private Vereine

Die FDP will leitenden Angestellten mehr Einfluß in den Unternehmen verschaffen; Sozialdemokraten und Gewerkschafter sind verärgert.

Er sei guter Hoffnung, spottet FDP-Generalsekretär Günter Verheugen, daß die Bonner Koalitionspartner auch in strittigen Fragen einen Konsens fänden: „Warum sollten die Sozialdemokraten nicht dazulernen?"

Verheugen hat schon seit einiger Zeit ein Thema im Auge, an dem die Sozialdemokraten ihre Lernfähigkeit beweisen können. Rechtzeitig vor der Bundestagswahl im Herbst wollen die Liberalen ihrem Koalitionspartner eine neue Auseinandersetzung in Sachen Mitbestimmung aufzwingen.

Nach den Vorstellungen der FDP sollen die leitenden Angestellten — vielfach liberale Wähler — künftig in den Betrieben mehr zu sagen haben. Per Gesetz soll ihr „Sprecherausschuß" in den Unternehmen zu einer Art Neben-Betriebsrat aufgewertet werden.

Diese Forderung ihres sozialpolitischen Sprechers Hansheinrich Schmidt möchten die Liberalen in ihrer Wahlplattform verankern. Anfang Mai soll der Bundeshauptausschuß entsprechend beschließen.

„Das sollten die sich genau überlegen", warnte Helmut Rohde, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD. „Frechheit!" schimpfte IG-Metall-Chef Eugen Loderer; das sei ein Schlag gegen die Funktion des Betriebsrates.

Den Ärger der Genossen nehmen die Liberalen scheinbar kühl zur Kenntnis: Bei den nächsten Koalitionsverhandlungen werde der Streitfall ein „zentrales Thema", prophezeit Verheugen: „Ob unsere Oberen es so ernst nehmen, daß deswegen möglicherweise keine Koalition zustande kommt, wird man sehen."

So kesse Töne gehören zwar zu jedem Koalitionspoker. Aber auch Sozialdemokraten wie Nordrhein-Westfalens Arbeits- und Sozialminister Friedhelm Farthmann fürchten, daß grundlegende Differenzen über die Rolle der Leitenden sehr rasch zum „Sprengsatz für die Koalition" werden könnten.

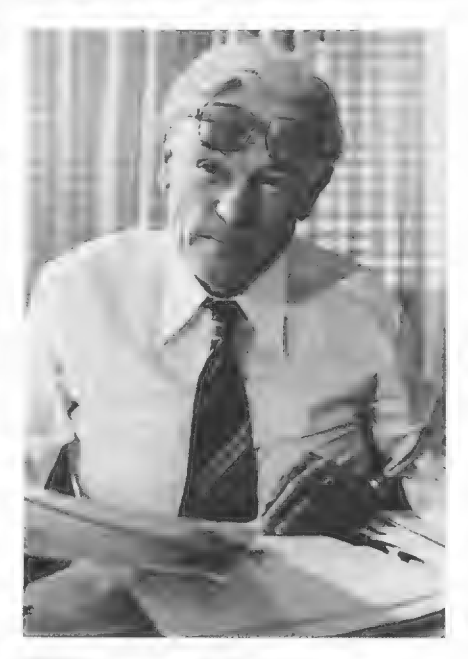
Für die Liberalen ist Mitbestimmung in erster Linie ein individuelles Recht, ein Stück Freiheit des einzelnen, kein vorrangig die Gewerkschaften stärkendes Organisationsprivileg. „Die wollen nicht begreifen", klagt Sozialdemokrat Farthmann, „daß individuelle Freiheit in der Wirtschaft auf die Freiheit hinausläuft, unter Brücken zu schlafen."

Nach geltendem Recht ist der Betriebsrat für den kleinen Kreis der Leitenden nicht zuständig. Sie gehören von der Funktion her zum Management, zur Unternehmerseite — sind also Gegenspieler der Arbeitnehmervertreter. Folgerichtig können sie weder für den Betriebsrat kandidieren noch an den Wahlen teilnehmen.

Das will die FDP auch nicht ändern. Sie möchte jedoch erstens den Kreis der Leitenden mit Hilfe einer neuen Definition erweitern; und zweitens den Leitenden mit einem Gesetz die Möglichkeit schaffen, eigene Vertreter zu wählen.

Rund 250 solcher Sprecherausschüsse gibt es in den Großunternehmen der Bundesrepublik bereits. Aber bislang fehlte die gesetzliche Grundlage.

„Das sind private Vereine", meint verächtlich der Justitiar der IG Metall, Michael Kittner, „die unverbindliche



FDP-Sozialexperte Schmidt
Sprengsatz für die Koalition

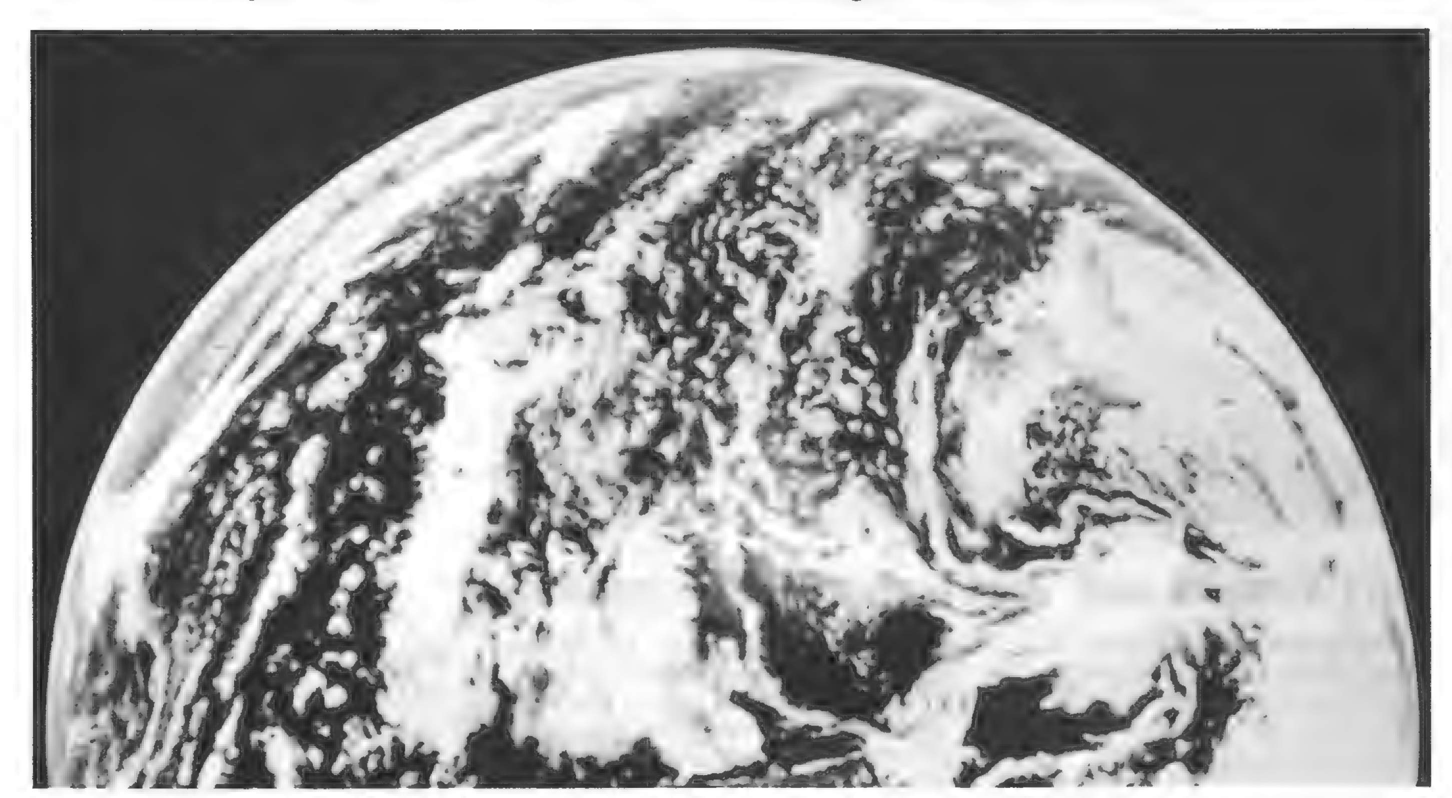
SIEMENS

Elektronik, die uns täglich hilft

Beispiel 13:

Die Wetterprognose wird exakter

Sichere längerfristige Wettervorhersagen gewinnen immer größere Bedeutung. Für eine möglichst genaue Prognose müssen ca. 100 000 Daten erfaßt und in kürzester Zeit verarbeitet und ausgewertet werden. Diese Aufgabe ist ohne moderne elektronische Datenverarbeitung nicht zu lösen.



In allen großen Wetterämtern setzen deshalb heute Computer die von Wettersatelliten und Meßstationen auf der Erde übermittelten meteorologischen Daten in Wetterkarten, Klimadiagramme, Temperaturlisten um und schaffen damit die Grundlage für die Wetterprognosen der Meteorologen.
Die Anwendung von Mikrocomputersystemen auch in der Meteorologie könnte künftig die Wettervorhersage noch genauer machen. Ein System von 128 Siemens-Mikrocomputern kann heute schon eine Wetterkarte für die Nordhalbkugel der Erde erstellen. Die kleinen »elektronischen Wetterfrösche« beobachten das Wettergeschehen jeweils in einem Teil des Vorhersagegebietes, liefern durch Vergleich und Koordination der Meßwerte bessere Daten für die Prognose.
So kann die Elektronik dazu beitragen, die Wettervorhersage immer sicherer zu machen.

Darüber hinaus hilft die Elektronik, unsere Umwelt besser zu schützen, den Verkehr sicherer zu machen, teure Energie mehr als bisher zu sparen – den technischen Fortschritt für uns alle zu nutzen.

Weitere Informationen erhalten Sie aus unserer Druckschrift »Zum Thema Elektronik«. Schreiben Sie bitte an: [Sie]mens AG, ZVW 104, Sp/13, Postfach 103, 8000 München 1.

Siemens AG

Abreden über gleichlautende Abschlüsse von Einzelverträgen treffen können."

Wenn es nach der FDP geht, sollen die Vereine zu „Betriebsorganen" befördert werden. Sie sollen das Recht erhalten, verbindliche Betriebsvereinbarungen abzuschließen und Einspruch gegen Voten des Betriebsrats einzulegen, die auch sie betreffen.

Für Gewerkschaftsfunktionäre ist der Fall klar: Die Liberalen unterminieren die einheitliche Vertretung der Arbeitnehmerschaft.

Die Sorge der Gewerkschafter und Sozialdemokraten ist nicht unbegründet: Die Liberalen zeigten sich bei ihrem Einsatz für die Leitenden in der Vergangenheit schon recht erfolgreich.

Zwar gelang es der SPD bei der Novellierung der Betriebsverfassung im Jahre 1972 noch einmal, die FDP-Wünsche nach stärkeren Rechten für Manager und andere höhere Angestellte abzublocken. Das Mitbestimmungsgesetz von 1976 brachte den Freidemokraten jedoch den Durchbruch.

SPD und Gewerkschaften mußten hinnehmen, daß die Leitenden einen Mann ihrer Wahl in den Aufsichtsrat schicken können, der auf der Arbeitnehmerbank Platz nimmt, obwohl er aus Gewerkschaftssicht zur Kapitalseite zählt. Die Gewichte wurden damit zuungunsten der Arbeitnehmer verschoben.

In der nächsten Legislaturperiode — so argwöhnen die Gewerkschaften — könnte es den Freidemokraten glücken, diesen Erfolg weiter auszubauen. Denn das Gedankengut der Liberalen ist auch im Repertoire der Bonner Opposition zu finden.

Nur das kleine Häuflein der Sozialausschüsse um Norbert Blüm kämpft in der CDU/CSU-Fraktion gegen die Aufwertung der leitenden Angestellten. Die anderen Christdemokraten, immerhin 165 Abgeordnete, haben Mitte Dezember einen Gesetzentwurf eingebracht, der haargenau den Vorstellungen der Freidemokraten entspricht.

Und die Unionschristen sind gewillt, ihre Chance zu nutzen: Philipp Jenninger, Parlamentarischer Geschäftsführer der Union, will dafür sorgen, daß die FDP noch vor der Sommerpause in die Zwickmühle zwischen Prinzipienfestigkeit und Koalitionstreue gerät.

Die Liberalen werden sich dann, bei der ersten Lesung des CDU/CSU-Entwurfs, entscheiden müssen, ob sie im Parlament gegen Oppositionsvorschläge wettern wollen, die inhaltlich Bestandteil ihres Wahlprogramms sind. Die Lage ist peinlich, aber offenbar nicht ernst.

„Wie die Fraktion aus dieser Bredouille kommt", meint Parteimanager Verheugen gelassen, „muß sie selbst sehen."

SILBERMÜNZEN

Wäre ungerecht

Einige Stücke der silbernen Otto-Hahn-Gedenkmünze, die wegen des gestiegenen Silberwertes nicht ausgegeben werden soll, sind auf dem schwarzen Markt aufgetaucht.

Als Finanzbeamter in bayrischen Diensten war er allseits beliebt wegen seiner Großzügigkeit. Potente und prominente Steuerzahler konnten immer auf Lothar Müller zählen.

Wenn kleinliche Steuerfahnder so geschätzten Freistaat-Bürgern wie dem Hendl-König Friedrich Jahn oder dem Fußball-Kaiser Franz Beckenbauer ans Geld wollten, war Müller kulant. Auf eine Million mehr oder weniger kam es da nie an (SPIEGEL 4/1980).





Silbermünze Otto Hahn
„Das waren keine Fälschungen"

Doch seit der Steuer-Mann im letzten Jahr zum Präsidenten der bayrischen Landeszentralbank aufgestiegen ist, sieht er penibel auf jeden Pfennig — zumindest aber auf jeden Fünfer.

In einer Blitzaktion ließ der Präsident Anfang letzter Woche seine Kontrolleure ausschwärmen. Im schwerbewachten Keller der Zentrale an der Münchner Ludwigstraße und in den Tresoren der über das Land verteilten Zweigstellen mußten sie die Bestände der Fünf-Mark-Silbermünzen mit dem Bildnis des Atomforschers Otto Hahn nachzählen.

Am Dienstag konnte Müller aufatmen. Vollständig, verplombt und in den Original-Verpackungen der Karlsruher Münze lagerten die ihm anvertrauten Fünfer noch dort, wo sie hingehören.

Den bayrischen Währungshüter hatten Meldungen aufgeschreckt, denen zufolge etliche Exemplare der Silbermünzen in Bayern und anderswo aufgetaucht waren. Der Bundesfinanzminister hatte die ursprünglich für letzten Oktober geplante Ausgabe des Hahn-Fünfers abgesagt und will die Gedenkmünze vermutlich überhaupt nicht mehr unters Volk bringen.

Denn die Münze hätte schon vor dem anvisierten Liefertermin mehr als den Nennwert kosten müssen. Die darin enthaltenen sieben Gramm Silber sind zu heutigen Preisen mehr als 15 Mark wert.

„Der Staat kann nicht Millionen verschenken", erkannte Finanzminister Hans Matthöfer. „Das wäre dem Steuerzahler gegenüber ungerecht."

Doch wahre Gerechtigkeit ist schwer zu erlangen. Etliche Silberlinge nämlich sind offenbar trotz aller Sicherheitsmaßnahmen in unbefugte Hände gelangt und werden auf dem schwarzen Markt gehandelt.

Schon am 18. November letzten Jahres zum Beispiel machte sich auf einer „Münzbörse" in Würzburg ein Besucher, der seinen Namen nicht nennen wollte, an den Händler Peter Moser aus Mittelbiberach heran. Der Unbekannte, „Typ leitender Angestellter" (Moser), zog lässig einen Hahn-Fünfer aus der Tasche und verlangte 14 000 Mark dafür.

Über den erstaunlichen Preis (Moser: „Das war Idiotie") ließ der Verkäufer nicht mit sich reden. Aus dem Geschäft wurde nichts.

Wenig später, am 25. November, bei einer Verkaufsveranstaltung in Ludwigsburg, war der Kurs schon realistischer. Ein 30jähriger bot Moser einen der begehrten Silberlinge für 3000 Mark an. Soviel, schätzen viele Münzkundige, wären solche schwarzen Fünfer wert, wenn die Otto-Hahn-Münze nie in Umlauf käme.

Die Zahl der Hahn-Fünfer, die den staatlichen Währungshütern entschlüpft sind, scheint nicht unbeträchtlich. Mitte Dezember wurde einem Münchner Münzhändler per Telephon eine ganze Rolle (40 Stück) für 10 000 Mark angeboten.

Das Bonner Finanzministerium, als Oberaufseher für die Münzausgabe zuständig, mag allerdings nicht an ein Loch im Münzverteilungssystem glauben. Allen „Gerüchten", behaupten die Staatsmünzer, seien sie „ohne konkretes Ergebnis" nachgegangen. Eher noch

DIE ROTE. FREUDE AM PERSÖNLICHEN STIL.



sehen die Bonner finstere Falschmünzer am Werk. Doch Münzexperte Moser, der die ihm angebotenen Silberlinge eingehend untersucht hat, ist sicher: „Das waren keine Fälschungen."

Daß die Bonner die Otto-Hahn-Affäre herunterspielen, ist begreiflich. Gäbe es in Karlsruhe oder bei den staatlichen Banken tatsächlich eine undichte Stelle, hätte das ärgerliche Folgen: Die vorgesehene Einschmelzung des Silberschatzes, die noch vom Kabinett gebilligt werden muß, wäre kaum zu rechtfertigen. Eine kleine Gruppe von Münzspekulanten könnte sonst mit den Rest-Stücken Riesengewinne machen.

Werden die Münzen aber doch ausgeliefert, um den Spekulanten das Geschäft zu verderben, kommt auch der Finanzminister nicht gut dabei weg: Er müßte auf das Silber der 8,35 Millionen Fünfer verzichten — einen Schatz von rund 127 Millionen Mark.

PROZESSE

Etage tiefer

Im Berliner Kriminalgericht beginnt ein neues Terrorismus-Großverfahren. Es geht, unter anderem, um Gefangenenbefreiung in Berlin und um die Palmers-Entführung in Wien.



Gabriele Rollnik



Till Meyer





Gudrun Stürmer



Angelika Goder

Terrorismusverdächtige Angeklagte: „Wer Gewalt sät, wird Gewalt ernten"

Die eine war blond und hatte — wie Zeugen bekunden — einen „markanten Gesichtsausdruck mit eingefallenen Wangen". Von der anderen blieb nur Erinnerung an „dunkle Haare" haften.

Am 27. Mai 1978, gegen 8.45 Uhr, passierten die Blonde und die Dunkle mit falschen Anwaltsausweisen die Kontrollschleusen der Berliner Haftanstalt Moabit. Unter weitgeschnittenen Mänteln trugen die beiden Waffen, mindestens eine Pistole „P 38" mit Schalldämpfer, dazu eine polnische Maschinenpistole „PM 63".

Minuten später bugsierten die Frauen den Untersuchungshäftling Till Meyer aus der Anstalt ins Freie. Drinnen lag ein Justizbediensteter niedergestreckt durch einen Schuß ins Bein.

26 Tage nach der Freipressung fiel Meyer den Berlinern wieder zu. Fahnder des Bundeskriminalamtes hatten ihn auf einen Tip hin in einem Café im bulgarischen Burgas festnehmen und seine Begleitung, drei Frauen, gleich mit sistieren lassen.

Einen Tag später schoben die Bulgaren die Deutschen ab. Nach einmonatiger Abwesenheit nahm der mutmaßliche Terrorist Meyer wieder auf der Anklagebank im Berliner Drenkmann/Lorenz-Prozeß Platz, im Schwurgerichtssaal 700 des Kriminalgerichts. Den drei Frauen, zwei der Hilfe beim Ausbruch verdächtig, wird nun der Prozeß eine Etage tiefer gemacht, im Saal 500.

Von Donnerstag nächster Woche an haben sich dort Gabriele Rollnik, 29, Angelika Goder, 30, und Gudrun Stürmer, 29, zu verantworten, alle „ohne festen Wohnsitz, deutsche Staatsangehörige". Mitangeklagt vor dem eigens für diesen Prozeß gebildeten 6. Strafsenat des Berliner Kammergerichts unter dem Vorsitz von Dieter Palhoff ist Klaus Viehmann, 26, mutmaßlicher Komplize der Bulgarien-Reisenden.

Alle vier sind, wie die anderen in der Etage darüber, der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung angeklagt (Freiheitsstrafe bis zu zehn Jahren), und im einzelnen juristisch aufzuarbeiten ist ein beträchtliches Stück deutscher Terrorgeschichte — Aktivitäten der „Bewegung 2. Juni".

Die Ermordung des Kammergerichtspräsidenten Günter von Drenkmann am 10. November 1974 steht ebenso wieder an wie die Entführung des CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz am 27. Februar 1975, ferner der deutsche Beitrag an der Entführung des Wiener Textilmillionärs Walter Palmers am 9. November 1977, die nach Lösegeldzahlung von 4,5 Millionen Mark unblutig endete; schließlich der Ausbruch von vier Terroristinnen aus der Berliner Frauenhaftanstalt in der Lehrter Straße am 7. Juli 1976 und die Meyer-Befreiung.

Laut Staatsanwaltschaft sind die Angeklagten „gemeinsam" oder „in wechselnder Tatbeteiligung mit anderen" zum Teil noch flüchtigen Gruppenmitgliedern in unterschiedlicher Intensität im Untergrund aktiv geworden. Alle, bis auf Gudrun Stürmer, sollen auch — zusammen mit noch gesuchten Gruppenmitgliedern und inzwischen verurteilten österreichischen Helfern — die Entführung des Wiener Millionärs Palmers mitgeplant und inszeniert haben.

Das Trio Rollnik, Goder und Viehmann, verstärkt durch untergetauchte Alt-Genossinnen wie Inge Viett, Julia-


12
CHIVAS REGAL
FOUNDED
1801
BLENDED SCOTCH
WHISKY
PRODUCE OF SCOTLAND
100% SCOTCH WHISKIES
BLENDED AND BOTTLED BY
CHIVAS BROTHERS LTD.
DISTILLERS ABERDEEN, SCOTLAND

ne Plambeck und Ina Siepmann, soll den Ausbruch des Genossen Meyer bewerkstelligt haben — Angelika Goder in der Rolle einer der beiden falschen Anwältinnen, Gabriele Rollnik als Chauffeuse des Fluchtautos mit dem Kennzeichen B-AN 8482.

Eine, die Schwesternhelferin Gudrun Stürmer, Ehefrau eines wegen „Unterstützung" der Gruppe rechtskräftig verurteilten Psychologen, ist den Ermittlungen zufolge erst nach diesen Taten im Jahre 1977 festes Mitglied der Gruppe geworden. Ihr wird nun angelastet, daß sie den nach Bulgarien Entwichenen „falsche beziehungsweise verfälschte Ausweispapiere" sowie Bares — 19 Tausender aus dem Palmers-Lösegeld — überbracht habe. Sinn des Kurierdienstes war laut Anklage, Meyer und seine zwei Helferinnen „der Strafverfolgung zu entziehen".

Am tiefsten in dieser Gewaltszene verstrickt — davon gehen die Ankläger aus — war dabei die Polizistentochter Rollnik. Am 13. September 1975 wurde sie erstmals, gemeinsam mit dem Ex-Kommunarden Fritz Teufel, inhaftiert, in der Nacht zum 7. Juli 1976 seilte sie sich aus der Haft ab, zusammen mit der einstigen Kontaktkopiererin und Schwarze-Hilfe-Aktivistin Viett, der Ex-Studentin Plambeck und der ehemaligen Rechtsreferendarin Monika Berberich.

Bevor sich das Quartett im wartenden Fluchtwagen absetzte, war das Wachpersonal von den Ausbrecherinnen überwältigt worden. Die Armierung: ein „Toilettenrohr, drei zusammengebundene Bettspiralfedern sowie eine Schußwaffe beziehungsweise Schußwaffennachbildung".

Zum Zeitpunkt des Drenkmann-Mordes (Gruppenparole: „Wer Gewalt sät, wird Gewalt ernten!!!") soll Gabriele Rollnik „aus Tarnungsgründen" einen Trödelladen in Kreuzberg unterhalten haben. Er befand sich in der Ladenwohnung Schenkendorfstraße 7 — unmittelbar über dem nach Fahndererkenntnis schon damals eingerichteten „Volksgefängnis", in dem später der Berliner CDU-Chef Lorenz gefangengehalten wurde.

Die Entführung des Politikers soll von der Soziologiestudentin gemeinsam mit neun Gruppenmitgliedern „geplant, vorbereitet und durchgeführt" worden sein. Die Beweislage in diesem Fall nennt ein Strafverfolger „nahezu optimal".

Ursprünglich sollte Gabriele Rollnik auf der Anklagebank im Drenkmann/Lorenz-Prozeß (Saal 700) sitzen, doch war sie noch flüchtig, als die Hauptverhandlung im April 1978 begann. Dieses Manko soll nun der 6. Strafsenat (Saal 500) prozessual beheben. Ein Unikum: Zwei Strafsenate werden somit über Strecken denselben Prozeßstoff bewältigen müssen in synchroner Rechtsfindung — mit denselben Zeugen, Sachverständigen, Asservaten.

Ein Unterschied freilich besteht dennoch. In dem seit 22 Monaten laufenden Prozeß vertreten Bundesanwälte die Anklage, in dem jetzt beginnenden Verfahren werden es Berliner Oberstaatsanwälte sein. Generalbundesanwalt Rebmann hat das Nachfolgeverfahren angesichts früherer alliierter Bedenken wegen des Gerichtsortes Berlin an den Berliner Dietrich Schultz delegiert, den Generalstaatsanwalt beim Kammergericht.

Weniger wegen der Bedeutung der Angeklagten, mehr der immerhin knapp zwei Dutzend Paragraphen umfassenden Einzeldelikte wegen richtet sich Berlins Justizverwaltung auf das bislang „größte und umfangreichste" Terror-Verfahren ein. Die Dauer wird auf zwei bis drei Jahre geschätzt.

Gut 50 Polizisten halten sich im weitläufigen Kriminalgerichtsgebäude ständig in Bereitschaft, den „Vergleich mit Stammheim" möchte Justizsenator Gerhard Moritz Meyer aber „ungern gelten lassen". Der bereits von seinen Vorgängern betriebene Umbau des Sicherheitsbereiches (drei Säle) für rund vier Millionen Mark wirkt vergleichsweise dezent: keine zugemauerten Fenster mit Schießscharte mehr, dafür Panzerglas, Kontrollschleusen, alles schußfest abgeschottet.

Um gelegentliche Zuhörertumulte wie im Lorenz/Drenkmann-Verfahren von vornherein zu unterbinden, sollte ursprünglich im Saal 500 auch noch eine Trennscheibe installiert werden. Das wurde „fallengelassen", so ein Staatsanwalt, wenn auch „aus Kostengründen".

Trennscheiben beispielsweise sind ohnehin eines der Themen, bei denen das „staatliche Interesse an einem prozeßordnungsgemäßen Verfahren" und „dessen stetiger Durchführung", so der Vorsitzende Richter im Lorenz/Drenkmann-Verfahren, Friedrich Geus, zwangsläufig mit dem Rechtsverständnis der Verteidigung kollidieren muß. In Berlin addierten sich derlei Differenzen inzwischen auf insgesamt über 200 Befangenheitsanträge gegen einen oder alle Richter.

Die Anwaltsanträge wurden zumeist zügig als „unbegründet" oder/und „unzulässig" abgewiesen. Die Zahl bedeutet einsamen Rekord — der Stammheimer Richterkollege Prinzing hatte es, ehe er im Verfahren gegen Meinhof und Co. scheiterte, nur auf 84 Ablehnungen gebracht.

Zudem: Die Angeklagten in Terror-Verfahren — im Lorenz-Prozeß Till Meyer, Ronald Fritzsch, Gerald Klöpper, Ralf Reinders, Fritz Teufel und Andreas Vogel — sehen die Verhandlung ohnehin mehr als Scheinveranstaltung. Der Vorsitzende ist für Fritzsch ein „Hampelmann des Staatsschutzes", alle Richter sind aus Till Meyers Sicht „faschistische Folterschweine" — sicherlich kein Klima für nüchternes Judizieren.

Auch Gabriele Rollnik hat sich bereits im Zeugenstand als sattelfeste Genossin erwiesen: „Auf Fragen der Staatsschutz-Justiz gebe ich keine Antwort." Ihr Anwalt Ulrich Thieme sieht ohnehin zwischen altem und neuem Verfahren kaum Unterschiede. Es werde „sicher gewisse Parallelen geben".

Schon zum Auftakt könnte sich der Prozeß an der Frage der Unterbringung der Beschuldigten verhakeln. Mitte Januar wurden die mutmaßlichen Berliner Terroristen in den neuen elektronisch gesicherten HS(Hochsicherheits)-Trakt, ein 6,5-Millionen-Projekt



Entführter CDU-Politiker Lorenz*: Beweislage optimal?

* Von der Polizei gefertigte Photomontage aus zwei von den Entführern übermittelten Sofortbildern. Die Polizei erhoffte sich von der Veröffentlichung, aus der Bevölkerung Hinweise auf den Ort des „Volksgefängnisses" zu bekommen.

Diesen Sony Trinitron KV-1300 E besitzt Herr R.M.Tänzler aus Berlin seit April 1973.



Betriebsstunden: 10.674

Reparaturstunden: 0

Nach der Anzeige „Betriebsstunden: 6021 Reparaturstunden: 0" haben uns etliche Sony Trinitron Besitzer unangemessene Bescheidenheit vorgeworfen. So z. B. Herr Reinhard M. Tänzler, Film- und Musikproduzent aus Berlin: „Ich darf darauf aufmerksam machen, daß die genannte Anzahl reparaturfreier Betriebsstunden die Zuverlässigkeit Ihrer Geräte stark untertreibt.
Gemäß beiliegender Rechnungskopie habe ich meinen Trinitron Farbfernseher am 19.4.73 erworben. Da ich das Gerät nicht nur privat, sondern außerdem professionell als Monitor bei Kameraaufzeichnungen, sowie zum Abspielen üblicher Videoaufzeichnungen benutze, war mein Gerät täglich rund 4,5 Stunden in Betrieb. Macht also seit dem 19.4.73 10.674 Stunden Betrieb und 0 Stunden Reparatur."

Ihr Fachhändler erwartet Sie zu den üblichen Betriebsstunden. Mit den neuesten Modellen, versteht sich.

SONY
TRINITRON

Sony GmbH, Hugo-Eckener-Str. 20, 5000 Köln 30
Sony Ges. m. b. H., Hauffgasse 24, A-1110 Wien

ERNST & PARTNER



Freigelassener Palmers, Ehefrau: Mit 4,5 Millionen ...

des Justizsenators, umgesetzt. Nicht nur die Vertrauensanwälte (jeder zweite der insgesamt 16 Verteidiger) sehen inzwischen dort eine „Orgie der Sicherheit“ praktiziert, das Grundgesetz und die Menschenrechtskonvention verletzt.

Der Vorsitzende Richter Palhoff sorgte immerhin schon für Korrektur im Detail. Er ordnete an, die „Weitwinkelspione“ in den Besprechungsräumen seien zumindest auf der Verteidigerseite „undurchsichtbar“ zu machen.

Anwalt Thieme sieht trotz dieses Eingriffes noch immer die ordentliche Prozeßvorbereitung gefährdet. In dieser „Art Luftschutzbunker“, die Trennscheibe in der Mitte, meint er, „kann man doch nicht die Mandantin fragen: Sind Sie es nun gewesen oder nicht“.

Selbst wenn er eine Antwort erhielte — Aussagen zur Sache sind in dieser Szene kaum üblich. Und auch den Berliner Ermittlungsbehörden gegenüber haben sich zumindest die drei weiblichen Angeklagten bislang noch nicht mal „zur Person eingelassen“. Lediglich Klaus Viehmann gab zu, gestohlene Personalpapiere benutzt zu haben.

In diesem verschlossenen Milieu tun sich die Ankläger naturgemäß zuweilen schwer, konkrete Tatbeiträge einzelner Beteiligter zu benennen. Ob sich beispielsweise die Hauptangeklagte Rollnik zum Zeitpunkt des Drenkmann-Mordes am Tatort oder in dessen Nähe befand, wird nicht angegeben — ist vielleicht auch gar nicht nötig. Wo Tatbelege fehlen, versuchten die Strafverfolger einmal mehr die schwierige Beweislage mit dem Auffangparagraphen gegen terroristische Vereinigungen in Pauschalgriff zu bekommen.

Da genügt die Erkenntnis, daß unmittelbar vor der Tat „drei zumindest mit einer Faustfeuerwaffe ausgestattete Gruppenmitglieder gewaltsam“ in die Wohnung drangen, während „zwei weitere Angehörige der Gruppe das Treppenhaus sicherten“. Die Witwe des Ermordeten glaubt immerhin jenen „Blumenboten“ erkannt zu haben, der sich mit einem Fleurop-Gebinde als erster Zugang verschaffte — Ralf Reinders.

An Frau Gunilla Palmers

Seit heute abend befindet sich Ihr Mann in unserer Gewalt. Er ist unversehrt.Wenn Sie sich präzise an unsere Anweisungen halten, ist das Leben und die Freilassung Ihres Mannes garantiert.Im anderen Fall tragen Sie die Verantwortung für seinen Tod.

Wir Fordern:

1. Ein Lösegeld von 5o Millionen Schilling,in folgenden Währungen bereitzustellen:
   a) 15 Mio Schilling in Schweizer Währung zu 5oo sfr Noten
      5 Mio Schilling in Schweizer Währung zu 1ooosfr Noten
   b) 12 Mio Schilling in Deutscher Währung zu 5oo DM Noten
      8 Mio Schilling in Deutscher Währung zu 1oooDM Noten
   c) 9 Mio Schilling in US Währung zu 1oo Dollar Noten
   d) 1 Mio Schilling in Österreichischer Währung zu 1ooo S Noten

   2o Prozent des gesamten Lösegeldes muß aus gebrauchten, nicht durchnummerierten Scheinen bestehen.
   Ihre finanziellen Verhältnisse sind uns bekannt.
2. Das Geld muß verpackt sein in einem Koffer der Marke Samsonite, Modell Pullman, 61 cm, Farbe schwarz.
3. Sie müssen das Geld bis zum Samstag, den 12.11.77 vormittags zur Verfügung haben. Sie selbst werden auch der Überbringer sein.
4. Sie werden zu dem Zeitpunkt ein untrügliches Lebenszeichen Ihres Mannes erhalten und über den genauen Verlauf der Geldübergabe unterrichtet werden.
5. Jeder Versuch, die Polizei und die Presse einzuschalten, ebenso etwaige Täuschungsmanöver oder verdeckte Observation bei der Überbringung des Geldes gefährden das Leben ihres Mannes. Wir werden diese Maßnahmen durchschauen und uns vor ihnen zu schützen wissen.
6. Nach erfolgter Geldübergabe und genauester Kontrolle des Geldes wird Ihr Mann freigelassen.
7. Wir werden Sie unter dem Namen "Schilling" kontaktieren.

... in den Untergrund: **Erpresserbrief**

Mehr auf dem Wege der Kombination konnten die Staatsanwälte Frau Rollnik dennoch in Tatnähe rücken: Sie habe den Tatplan mit allen übrigen Mitgliedern „gefaßt und unterstützt“. Auch in der Schenkendorfstraße, im Laden überm ursprünglich auch für Drenkmann vorgesehenen „Volksgefängnis“, sei sie zum fraglichen Zeitpunkt gewesen. Eintragungen, die „mit sehr großer Wahrscheinlichkeit“ von ihr stammten, würden dies beweisen.

Wer etwa den Christdemokraten Lorenz gefangennahm, wer den Genossen Meyer rausholte, ob eine der beiden Frauen Angelika Goder war, wie ein Justizbediensteter „mit großer Wahrscheinlichkeit“ vermutet — der Nachweis vor Gericht dürfte sich im einzelnen nur mühsam, Beweisstück für Beweisstück, erzielen lassen.

Freilich, auch dies ist unstrittig: Die von der Anklagebehörde zusammengetragenen Indizien sind zumeist technisch hochwertig abgesichert — Fahnderbeute aus fast einem Dutzend konspirativ angelegter und inzwischen enttarnter Unterkünfte, die Ergebnisse der Spurensicherung in gut zwanzig zu Straftaten benutzten Fahrzeugen, Handschriftliches, Mietquittungen, Bekundungen von Nachbarn, Verkäufern, selbst Zahnarztunterlagen.

Da wurden Fingerspuren Verdächtiger an der Dose „Vim“ im Badezimmer gesichert. Da findet sich in einer konspirativ genutzten Garage das „Paßstück“ zu einem Klebestreifen der Marke „Tesapack 5050“; die Lorenz-Entführer hatten damit dem Politiker kurz vor seiner Freilassung die Augen verklebt. Beide Stücke sind asserviert, das eine „mit 17 Kopfhaaren“ von Lorenz.

Besonders ergiebig erwiesen sich nach Fahndermeinung die Ermittlungen in Sachen Palmers-Entführung und Meyer-Befreiung. Die Wiener Mittäter hatten, weniger im Prozeß als in den monatelangen Polizeiverhören und richterlichen Ermittlungen, minutiös den Part der Deutschen im Palmers-Drehbuch offenbart — angeblich lauter Hauptrollen für das Trio Viett/Rollnik/Plambeck.

Die Fahndervorstellung vom lückenlos konspirativen Verhalten solcher Intelligenztäter bekam dabei freilich einen Bruch. Die Deutschen rekrutierten die österreichischen Mittäter auf dem Campus der Wiener Universität, einfach so. Ein SPIEGEL-Exemplar mit dem Konterfei der Damen diente, Kontrolle ist besser, nach Polizeierkenntnis den Geheuerten zur Identifizierung ihrer zeitweiligen Arbeitgeber.

Eine Begegnung der besonderen Art recherchierten zudem noch die Berliner Staatsanwälte. Sie fanden heraus, daß eine unbeteiligte Wienerin, die Sekretärin Renate Filzmaier, sechs Tage vor der Palmers-Entführung unversehens in die von der Gruppe konspirativ genutzte Wohnung Webgasse 42 geraten war, mitten in eine Einsatzbesprechung der Gruppenmitglieder.

Ein junger Mann, mutmaßlich Viehmann, bedrohte sie darauf mit seiner

In einem modernen Einkaufszentrum kauften Sie eine Kamera, um ein uraltes Schauspiel zu fotografieren.

Seit undenklichen Zeiten gibt es diesen Kreislauf der Natur: Sieben Monate lang durchstreifen die riesigen Lederschildkröten das weite Meer, um dann – zwischen Mai und September – an die Sandstrände von Trengganu zurückzukehren. Dies ist einer der drei Plätze in der Welt, an denen sie ihre Eier legen.

Die weiblichen Lederschildkröten, die bis zu 3 m lang und 680 kg schwer werden können, kommen nachts ans Ufer. Wenn sie ihre Eier gelegt haben, schleppen sie sich mühsam zurück und verschwinden im Meer, bis sie im folgenden Jahr wiederkehren.

Und zugleich gibt es in nahegelegenen Städten und Städtchen moderne Einkaufszentren, in denen man buchstäblich alles kaufen kann. Von der neuesten Mode bis zur kompletten Fotoausrüstung.

Gegensätze wie diese – das ist Malaysia. Kommen Sie, erleben Sie ein Schauspiel, in dem das Gestern und das Morgen sich mischen – hier in Malaysia.

Trengganu liegt an der Ostküste, einem der vielen Feriengebiete Malaysias.

0-110



Name: ____________________

Straße: ____________________

Postleitzahl/Ort: ____________________

Land: ____________________

Wenn Sie mehr über Malaysia wissen wollen, füllen Sie bitte den Coupon aus, und senden Sie ihn an:

Tourist Development Corporation of Malaysia
Am Salzhaus 6
6000 Frankfurt am Main, Tel. (0611) 28 37 82/83

Pistole und erklärte: „Sie sind in eine Besprechung der Bewegung 2. Juni hineingeraten." Man sei dabei, erinnert sich die Zeugin an weitere Erläuterungen, „eine wichtige staatspolitische Aktion" vorzubereiten, „korrupte Geldleute" müßten eliminiert werden.

Die Besucherin bekam zu hören, sie sei nunmehr zu einem „Gefahrenpol der Bewegung" geworden. Dennoch habe sie letztlich gehen dürfen, nach Abgabe einer Schweigeerklärung „gegenüber Behörden" und „gegenüber Familienangehörigen".

In der Wohnung war zu diesem Zeitpunkt nach Berliner Muster bereits das spätere „Volksgefängnis" für Palmers präpariert worden. Die Wienerin, die um das Leben ihrer Tochter fürchtete, offenbarte sich auch nicht den Behörden, als sie die Nachricht von der Palmers-Entführung vernommen hatte. Sie habe, gab sie später an, mit einer Aktion gegen Politiker gerechnet.

Nach dem Inkasso setzte sich das deutsche Entführungspersonal nach Fahndererkenntnissen wieder in die Heimat ab, einen Großteil der 4,5 Millionen Mark Beute in der Tasche. Konkrete Hinweise auf Gruppenaktivitäten gab es danach erst wieder in Berlin, kurz vor der Meyer-Freipressung.

Am 24. April 1978 sprach eine junge Frau in den Geschäftsräumen der Schöneberger Firma R. Abel & Sohn, einem Spezialbetrieb für Industrieuhren und allerlei elektronisches Kontrollgerät, vor. Ihr Wunsch: eine Sicherheitskamera, Marke Polaroid.

Die Kundin war an der richtigen Adresse. Der Apparat, Kaufpreis 8000 Mark, dient zur Reproduktion von Sicherheitsausweisen im Format einer Scheckkarte. Für Herstellung und Vertrieb der Kamera besitzt Polaroid ein Monopol, Abel ist einziger Zwischenhändler in Berlin.



Spurensicherung im Mordfall Drenkmann
Indizien abgestützt

Mit solchen Plastikausweisen statten sicherheitsempfindliche Betriebe ihre Mitarbeiter aus. Auch Berlins Rechtsanwälte erhalten diese, selbst von der Justiz als fälschungssicher akzeptierten Sicherheitsausweise. Auf Ersuchen der Anwaltskammer werden sie „unter strengen Sicherheitsvorkehrungen" (Staatsanwaltschaft) bei der Berliner Bank gefertigt, die einen solchen Apparat besitzt.

Die Abel-Kundin („Mein Name ist Schmitt") gab an, das Gerät werde für ein „Informationszentrum unabhängiger Publizisten" im Grunewald benötigt. Für die 250 Mitglieder solle ein neues Ausweissystem eingeführt werden.

Das erste Mal hieß es, der Apparat sei nicht vorrätig. Beim nächsten Besuch, zwei Tage später, blätterte die Frau das Geld gleich auf die Theke. Doch das Gerät, vertröstete sie nunmehr der Chef des Hauses, sei immer noch auf der Post.

Bei der dritten Kontaktnahme, per Telephon, bot sich der Inhaber dann immerhin an, mit einem Leihgerät auszuhelfen. Er könne es gegebenenfalls von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte „abziehen".

Die Kundin akzeptierte auch dieses Angebot, ließ sich freilich nicht mehr blicken, womöglich zu ihrem Glück: Das Publizisten-Zentrum, so hatten inzwischen Nachprüfungen des Firmenchefs ergeben, war gar nicht existent. Ihre Telephonnummer ebenso falsch wie die angegebene Grunewald-Adresse.

Als die Unbekannte, offenbar ebenfalls mißtrauisch geworden, ein letztes Mal anrief und das Geschäft absagte, lief bereits ein Tonband für den Staatsschutz mit. Die Frau war, wie Kundige nach Anhören des Bandes erkannt haben wollen, Inge Viett.

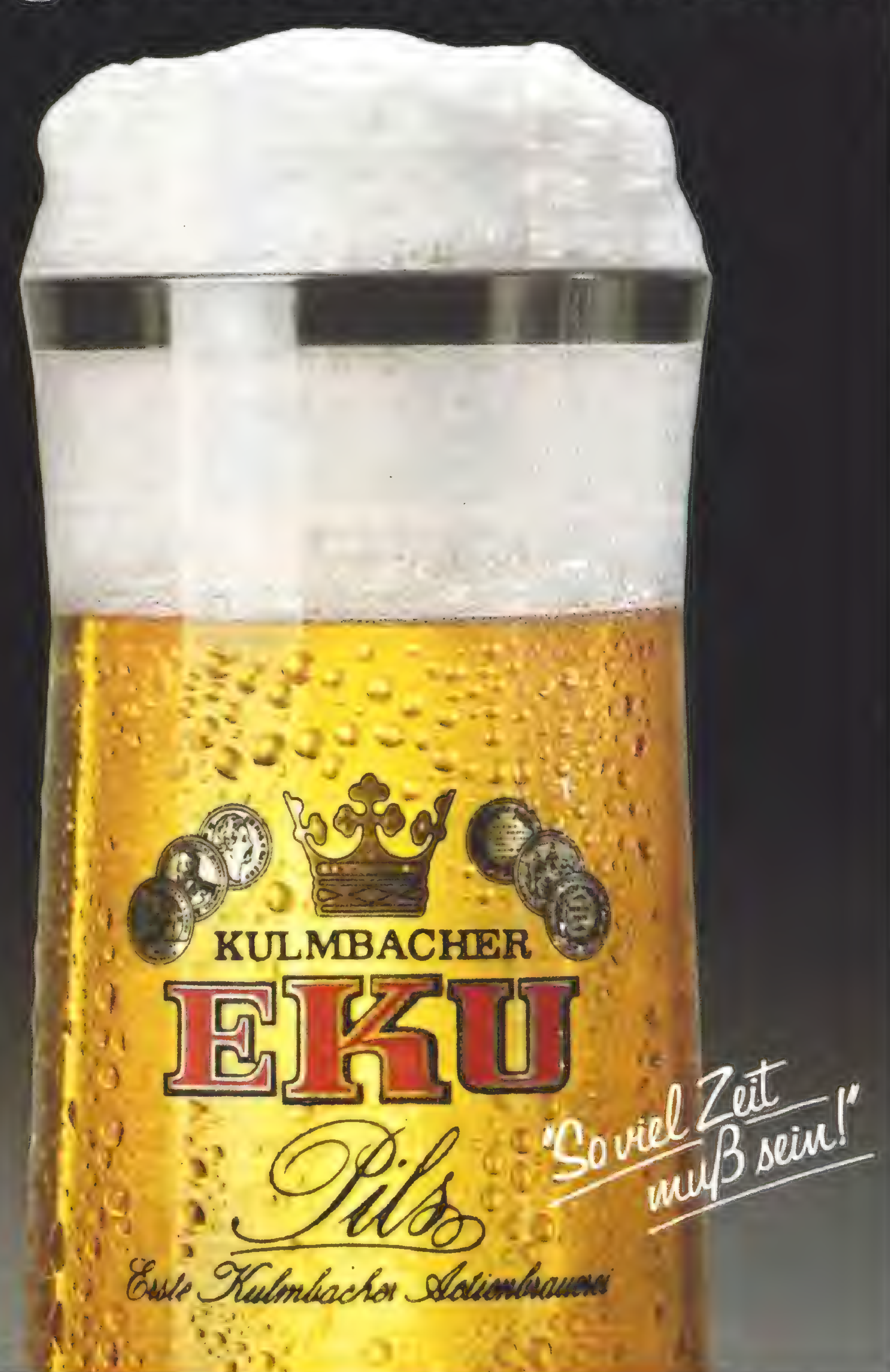
25 Tage nach dem Telephonat mit dem Polaroid-Händler präsentierten die beiden vermeintlichen Rechtsanwältinnen an der Pforte der Untersuchungshaftanstalt Moabit zwei Anwaltsausweise auf die Namen „Fischer" und „Siegmund". Der Anstaltsbedienstete prüfte die Identitätskarten sorgfältig, er hatte nichts zu beanstanden.

Laut Staatsanwaltschaft muß „es sich um Totalfälschungen gehandelt haben", Herkunft bis heute unbekannt. ◆



Drenkmann-Trauerfeier: Prozeßstoff für zwei Strafsenate

Das große Pils aus Kulmbach:



Schöne Zugänge

Ein vierwöchiger Prozeß soll klären, ob der bayrische SPD-Abgeordnete Friedrich Cremer gewichtiger DDR-Agent war — oder womöglich nur ein naiver Entspannungs-Enthusiast.

Die Genossen haben ihn nicht im Stich gelassen. Seit der bayrische Landarzt und SPD-Landtagsabgeordnete Friedrich Cremer, 59, unter dem Verdacht steht, „geheimdienstliche Agententätigkeit für die DDR" betrieben zu haben, erreichen ihn nach eigenem Bekunden immer wieder „Beweise der Sympathie, des Vertrauens und der Solidarität".

Auch die Partei-Oberen Willy Brandt, Hans Koschnick und Herbert Wehner schickten ihm, vom Berliner Parteitag im Dezember, herzliche Kartengrüße. Cremer: „Ich hätte nie gedacht, daß ich in Zeiten der Not so viele gute treue Freunde haben würde."

Ob sie ihm alle bleiben, hängt vermutlich von den Ergebnissen des Prozesses ab, den das Bayerische Oberste Landesgericht in München vom Dienstag dieser Woche an gegen Cremer führt und auf vier Wochen angesetzt hat. Hauptanklagepunkt der Bundesanwaltschaft: Cremer soll dem Ost-Berliner Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in den Jahren 1975 bis 1978 „Informationen aus dem Bereich der SPD geliefert" haben.

Wissenswerte Interna waren dem Abgeordneten, dessen Verhaftung vor einem Jahr die Parteifreunde „wie ein Schock" (MdL Bertold Kamm) getroffen hatte, sicherlich geläufig oder zugänglich. Cremer, seit 20 Jahren auch Bürgermeister im unterfränkischen Markt Triefenstein, bekleidete in der SPD etliche Ämter, nicht nur auf Kreis- und Landesebene:

Er war Mitglied des Landesvorstands Bayern und des Bundesparteirats sowie Spitzenfunktionär in mehreren Fachgremien wie der Gesundheitspolitischen Kommission beim Parteivorstand und der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Ärzte und Apotheker.



Angeklagter SPD-Abgeordneter Cremer
„Viele gute treue Freunde"



SPIEGEL-Titel 10/1979
Diskreter Treff in Stockholm

Aber der Vorwurf, er habe „aus dem Nähkästchen der Parteifreunde geplaudert", noch dazu „unter Beachtung konspirativer Regeln" und mit von ihm „als Angehörige des MfS erkannten Gesprächspartnern", ist für den Beschuldigten „absurd und entbehrt jeder Grundlage".

Und das, so scheint es, macht den Spionagefall Cremer („Wer mich kennt, weiß, wie persönlichkeitsfremd diese Behauptung ist") so bizarr: daß eine riskante deutsch-deutsche Gratwanderung anscheinend auch als harmloser Spaziergang empfunden werden kann — und umgekehrt.

Der Parlamentarier, für seinen Münchner Anwalt Hermann Messmer „ein Mann voller naivem Zutrauen" und „damals offenbar enthusiastisch für Ost-West-Entspannung", ist überzeugt, daß er „nur persönliche Gespräche mit DDR-Bürgern" geführt habe. Anwalt Messmer: „Hinterher ist man immer klüger, das ist ein Problem der retrospektiven Betrachtungsweise."

Fest steht, daß Cremer seit 1975 in Markt Triefenstein wie in seiner Münchner Wohnung fast regelmäßig Besuch von einem Dr. Hans Richter erhielt, der sich ihm als Fachautor des Ost-Berliner Aufbau-Verlags vorgestellt und vorgegeben hatte, er wolle das Gesundheitswesen der Bundesrepublik in einem Buch beschreiben — es war ein MfS-Agent mit dem speziellen Auftrag, die SPD auszuforschen.

Die beiden vertieften die persönlichen Kontakte, tauschten Briefmarken und Bücher. Doch Cremer will auch dann nicht vom Argwohn berührt worden sein, als längst von Dr. Richters Buch-Plänen keine Rede mehr war, sondern querbeet die politische Lage diskutiert wurde.

Fest steht auch, daß der Ostdeutsche Richter den Westdeutschen Cremer im Sommer 1978 anläßlich einer gemeinsamen Reise nach Stockholm einem Dr. Kurt Werner aus der DDR zuführte — es war der legendäre Chef der DDR-Auslandsspionage, Generalleutnant im MfS Markus Wolf.

Mit ihm unterhielt sich der Bürgermeister aus Bayern über China, Biermann und Bahro — bis er „ziemlich verärgert" war. Mißtrauen kam dem Abgeordneten aber immer noch nicht, obschon er mit Werner/Wolf von einem diskreten Treff zu einem zweiten durch Stockholm kutschiert wurde.

Aber so geheim ging es auch wieder nicht zu: Die Herren wurden von der schwedischen Sicherheitspolizei observiert und photographiert, die Photos gingen den Kollegen vom westdeutschen Verfassungsschutz zu.

Diese Bilddokumente ließen offenbar keinen Zweifel zu: Der DDR-Spionagechef pflege sich, so die Kölner Einschätzung, nicht mit unbedeutenden Perspektivagenten oder gar mit Agentenkandidaten zu treffen.

Allerdings: Wer Wolf trifft, muß nicht unbedingt draufkommen, wen er vor sich hat. Photos von ihm sind rar im Westen, und auf Anhieb zu identifizieren wäre er, wenn überhaupt, nur für Experten der Geheimdienste. Für Cremer jedenfalls, so Anwalt Messmer, habe sich „das Identitätsproblem nicht gestellt", für ihn sei der Spionagechef nur ein „DDR-Bürger" gewesen.

Gleichwohl bleiben Verfassungsschützer im Fall des fränkischen DDR-Kontakters bei ihrer Einschätzung, Cremer sei nicht nur Einflußagent oder Ausforschungsobjekt, sondern „aktiver Zuträger" des MfS gewesen.

In Ost-Berlin, so ein mit der Ermittlung befaßter BfV-Beamter, müsse ein Mann wie Cremer interessieren, „der so schöne Zugänge auch in Bonn hatte" über Vorgänge und Personen in der SPD, „zum Beispiel über Bruno Friedrich" habe man den Arzt „regelrecht abgezapft". Und: „Für die drüben ist so ein Mann ein zuverlässiger Zeuge für deutsche Innenpolitik, und das ist enorm wichtig." So war es denn aus der Sicht der Verfassungsschützer auch für MfS-General Wolf durchaus „nützlich, den Cremer mal zu sehen, ähnlich wie damals bei Porst".

Ähnlich wie im Fall des Nürnberger Photogroßhändlers Hannsheinz Porst, der 1969 wegen „landesverräterischer Beziehungen" zu zwei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt wurde, obschon er nach eigener Auffassung nur

POROTON

Häuser aus POROTON-Ziegeln für energiebewußte Bauherren!



Viele Argumente sprechen für den POROTON-Ziegel. Im Mittelpunkt einer POROTON-Gesprächsrunde, in der Bauherren-Ehepaare mit Baufachleuten diskutierten und von der Ausschnitte im ZDF-Werbefernsehen ausgestrahlt wurden, stand das Thema

Heizkosten-Ersparnis

Diskussions-Ergebnis: Bauherren rechnen genau – auch im Hinblick auf die Folgekosten. Dabei möchten sie vor allem Heizkosten sparen. Deshalb sollte man sich stets für Baustoffe entscheiden, die den Temperaturverlusten größtmöglichen Widerstand entgegensetzen und eine hohe Wärmedämmfähigkeit gewährleisten. Diese Fähigkeit besitzen POROTON-Ziegel durch ihre Masse (Ton) und ihre Porenstruktur. Sie wirken sich ohne Zweifel energiesparend aus.

Über die vielseitigen Problemlösungen, die Ihnen POROTON-Ziegel bieten, informiert Sie ausführlich die kostenlose Broschüre „Häuser mit Verstand". Diese interessante Schrift sollten Sie auf jeden Fall anfordern und lesen, bevor Sie sich für einen Wandbaustoff entscheiden.

An die POROTON Informations-Zentrale
Holzstraße 136 · 4630 Bochum 6

Bitte senden Sie mir kostenlos die Broschüre „Häuser mit Verstand".

Genaue Anschrift: ______________________

____

____

Alter: ______ Ich baue voraussichtlich im Jahr: ______

2

Foltis Sp. 2.80. P. 1

Durch Polystyrol-Perlen erzeugte Poren
Gebrannter Ton

POROTON garantiert gesundes Raumklima



der Ziegel für zukunftssicheres Bauen und energiebewußtes Wohnen

POROTON – nur echt, wenn's drauf steht

„gesamtdeutsche Gespräche“ geführt hatte, wird freilich auch im Verfahren gegen Friedrich Cremer zu prüfen sein, ob die für den Tatbestand der Agententätigkeit unabdingbaren „konspirativen Methoden“ beim Umgang mit „erkannten“ Geheimdienstlern vorliegen.

Von Cremers Anwälten Messmer und dem als Mitverteidiger hinzugezogenen Ex-Bundesinnenminister Hermann Höcherl (CSU), der die Anklage in wesentlichen Punkten als „reine Poesie“ bezeichnet, werden die vom Bundesanwalt angeführten Indizien jedenfalls „ganz entschieden bestritten“.

So habe ihr Mandant beispielsweise seine DDR-Kontakte weder gegenüber engeren Freunden noch gegenüber der Bonner SPD-Führung verschwiegen. Messmer: „Da kann es in der Verhandlung noch eine Überraschung geben.“

Notfalls wollen Cremers Verteidiger das Verfahren auch als „Musterprozeß“ zu der Frage führen, wie weit sich Abgeordnete bei Kontakten mit Ostblock-Bürgern absichern müßten, daß sie es nicht mit Agenten zu tun haben und wie und worüber man mit denen reden dürfte.

Anwalt Höcherl ist da schon ein Vergleich eingefallen. SPD-Mann Cremer, meint der ehemalige Bundesinnenminister, habe doch „im Grunde nichts anderes getan als früher sein prominenter Parteifreund Egon Bahr“.

WERBUNG

Sichtfeld erweitert

Nur zögernd nutzen deutsche Firmen das Angebot der Chinesen, in der Volksrepublik für ihre Produkte zu werben.

In der kapitalistischen Gesellschaft“, lehrt das Kleine Wörterbuch des Nachrichtenwesens aus Schanghai 1976, „trägt die Werbung einen ausgeprägt betrügerischen Charakter.“

Seit letztem Jahr scheint diese Erkenntnis der Experten von der Futan-Universität in der chinesischen Volksrepublik nicht mehr zu gelten. Der Marlboro-Mann hat die Mao-Worte von den Plakatflächen in Schanghai verdrängt. Am Sommerpalast in Peking prangt die stolze Botschaft: „We sell Kodak and Coca-Cola.“

Die Nachfolger des großen Vorsitzenden haben nicht nur die Wirtschaft für den Handel mit dem Westen und sogar für Auslandskapital geöffnet. Sie wollen nun auch „der Werbung wieder einen guten Ruf geben“ — so die Überschrift eines Artikels in der Schanghaier Zeitung „Wen Hui Bao“.

Unter Mao hatte sich Werbung auf das Allernotwendigste beschränkt, etwa auf die schmucklose Ankündigung von Kino- oder Theateraufführungen. Ausländischen Firmen waren die chinesi-



Marlboro-Werbung in China: „Die guten Seiten …

schen Medien ohnehin verschlossen. Nur auf Messen, mit per Post versandten Prospekten oder im Ausland hergestellten Fachzeitschriften kamen westliche Werber an eine sehr begrenzte Gruppe von Führungskräften heran.

Nun aber entdecken die Parteikader begeistert „die guten Seiten“ der an sich „skrupellosen kapitalistischen Art des Geldverdienens“. Besonders die Werbung der ausländischen Unternehmen, so „Wen Hui Bao“, könne das „Sichtfeld der Massen“ erweitern — und natürlich auch Devisen einbringen.

„Wollen Sie mehr Geschäfte machen?“ fragte daher letztes Frühjahr mit schlichter Offenheit die staatliche Werbeagentur „Shanghai Advertising Corporation“ die Leser der im Westen verbreiteten „Peking-Rundschau“.

Und ob die wollten. Allen voran die Japaner — sie buchten gleich für Jahre im voraus die besten Plakatwände von Schanghai. Mitsubishi, Toshiba, Minolta, Sony, Seiko oder National lockten im Fernsehen, in Zeitungen und an den Straßen. Auch die Amerikaner waren bald repräsentativ vertreten, mit Marlboro, Coca-Cola und American Express Card.

Der US-Werbeagentur McCann-Erickson scheinen die Aussichten der China-Werbung so hoffnungsvoll, daß sie — zusammen mit der Hongkonger Handelsfirma Jardine Matheson & Co. — sogar eine eigene Filiale in Peking aufmachen will. Der Ableger der Agentur BBDO International in Hongkong hofft die gesamte Werbung in Kanton an sich zu ziehen.

Westdeutsche Unternehmen allerdings reagierten auf die freundliche Einladung zu besseren Geschäften bisher kaum. Als erste deutsche Firma inserierte Daimler-Benz Anfang November vergangenen Jahres in zwei weitverbreiteten chinesischen Tageszeitungen — „Peking Jih Bao“ in Peking (700 000 Auflage) und „Gongren Jih Bao“ in Schanghai (1,3 Millionen Auflage).

In fünf ganzseitigen Anzeigen warben die Stuttgarter für ihre Nutzfahrzeuge. Das sei, erläutert Josef Gorgels,



… der kapitalistischen Art des Geldverdienens“: **Seiko-Reklame in China**

zuständiger Marktbereichsleiter, „zunächst einmal nur ein Versuch“ gewesen.

Auf dem Umweg über ihre Vertretung in Hongkong, Jardines Durables Division, nutzten auch die Fürther Grundig-Werke die neuen Werbemöglichkeiten bei den Rotchinesen. „Lassen Sie sich Grundig-Geräte durch Ihre Verwandten in Hongkong kaufen“, appellierte das Handelshaus in Tageszeitungsinseraten an den gutentwickelten chinesischen Familiensinn.

Für die meisten Firmen und Agenturen aber, so ein deutscher Werbefachmann, „ist China noch nicht spruchreif“. Im Gegensatz zu ihren amerikanischen und japanischen Kollegen fehlt es den meisten Werbechefs an Ausdauer, um eine zunächst fruchtlos erscheinende Kampagne durchzuhalten.



Mercedes-Werbung in China
„Wollen Sie mehr Geschäfte machen?“

Denn fast alle westlichen Produkte, für die da großspurig geworben wird, sind für den Normalverbraucher in China noch unerreichbar oder unbezahlbar. Den Werbern aus den USA und aus Japan kommt es darum auch vielmehr darauf an, Firmennamen und Produkt-Image im Bewußtsein der Chinesen zu verankern.

So ist den Chinesen die Marke Marlboro inzwischen wohlbekannt, doch die Zigaretten gibt es nur gegen Devisen in einigen Ausländer-Hotels: Der US-Konzern Philip Morris spekuliert mit seiner breitangelegten Werbung auf ein „Joint venture“ mit der staatlichen chinesischen Tabak-Industrie.

Kein Werbefachmann, sondern ein studierter Sinologe dient sich denn auch den deutschen Unternehmen als Begleiter auf dem langen Marsch zu Chinas Märkten an: Richard von Schirach, Sohn des ehemaligen „Reichsjugendführers“, verbindet seine China-Leidenschaft gewinnbringend mit dem Geschäft. Er etablierte sich in München als deutscher Agent der „Shanghai Advertising Corporation“.

Der China-Kenner baut auf seine guten Verbindungen zu den staatlichen Werbelenkern. Zu Weihnachten schenkte er seinen Partnern, um die Beziehungen zu pflegen, erst einmal einen Fernschreiber.

Nach der langjährigen Werbeabstinenz hatten sich die Chinesen „von etwas knarrender Rechtschaffenheit“ (Schirach) und umständlich im Umgang mit den smarten Agenturbossen aus den Industrienationen gezeigt: Ihre Geschäfte mit ausländischen Partnern wickelten sie bisher mit langwierigen Briefwechseln im Mandarinstil ab.

Von der spektakulären Konsumwerbung der Amerikaner und Japaner, die seines Erachtens „völlig in der Luft hängt“, hält Schirach nicht viel. Deutsche Exporteure könnten Interessenten gezielter über die rund hundert chinesischen Fachzeitschriften erreichen.

Immer mehr nämlich werden Entscheidungen über Aufträge ins Ausland nicht in der Verwaltungsbürokratie, sondern von den Fachleuten in den Betrieben gefällt. Für 2000 Mark pro Seite können westliche Firmen zum Beispiel alle in der Elektronik wichtigen Experten des ganzen Landes erreichen.

Spottbillig ist bei dem deutschen Sinologen — er kassiert von seinem chinesischen Partner nur die übliche Agentur-Provision von 15 Prozent — auch die Rundfunkwerbung. Für 63 Mark kann jedermann im Schanghaier Radio zehn Sekunden lang für sich werben — Vermittler in Hongkong verlangen dafür von unerfahrenen Kunden 539 US-Dollar.

Und die guten Geschäfte in China versprechen noch besser zu werden. Ende vergangenen Jahres fiel auch der letzte Schutzwall orthodoxer Maoisten gegen die westliche Werbewelle.

Bis dahin nämlich hatte sich das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Chinas, die Pekinger „Volkszeitung“ (Auflage 8,5 Millionen), standhaft gegen die geheimen Verführer gewehrt. Doch nun bietet auch die Volkszeitung, über die „Dow Jones International Marketing Services“, weltweit Anzeigenraum an: 12 mal 35 Zentimeter für 60 000 Hongkong-Dollar — etwa 21 000 Mark.

HANDEL

Auf bewährter Linie

Der Tabak-Multi BAT will auch im zukunftsträchtigen Weingeschäft groß werden.

Die Idee ist so gut, daß sie zur Nachahmung herausforderte.

In billig angemieteten Hinterhof-Schuppen bieten der Deutsche Olaf Müller, 45, und sein französischer Kompagnon Jacques Héon, 42, seit fünf Jahren direkt eingeführte französische Weine feil. Der Clou: Die Kundschaft kann die französischen Kreszenzen vor dem Kauf zwanglos probieren.

Der Erfolg von „Jacques' Wein-Depot“ — Müller und Héon brachten es bereits auf 21 Weinschuppen und zehn Millionen Mark Jahresumsatz — ließ einen Konzern nicht ruhen, der sich ebenfalls im Weinmarkt breitmachen will. Mit seiner Tochtergesellschaft Interversa etablierte der britische Tabakmulti BAT voriges Jahr in Hamburg das erste Weingeschäft des Typs „Winzer Martin“. Nach dem Hamburger Probelauf wollen die BAT-Manager ihren Martin in der ganzen Republik ansässig machen.

Lästige Konkurrenz müssen die Martin-Männer vorerst nicht mehr fürchten: Seit Ende Januar gehören die pfiffigen Jacques'-Läden der BAT-eigenen Interversa.

Nachdem die Neulinge Müller und Héon ihre Idee, französische Weine in Deutschland mit viel Kundeninformation und niedrigen Preisen zu verkaufen, zu einem florierenden Geschäft entwickelt hatten, war ihnen, bekennt der ehemalige Werbefachmann Müller, „der Krämerhorizont etwas zu eng geworden“. Statt über Einkaufslisten und Geschäftsbüchern zu brüten, wollten



Weinhändler Müller
„Horizont zu eng geworden“


LINTAS : FRANKFURT

Und wenn sie nicht an Tollwut gestorben sind...

Es war einmal eine Zeit, da breitete sich die Tollwut in Europa aus. Menschen, die damals von tollwütigen Tieren gebissen wurden, mußten qualvoll sterben.

Bis heute gibt es keine Möglichkeit, Tollwutkranke zu retten. Doch den Ausbruch der Krankheit kann man verhindern. Denn Louis Pasteur fand 1883 einen Impfstoff gegen Tollwut. Allerdings gab es bei dieser Impfung zum Teil so schwere Komplikationen, daß Lähmungserscheinungen bei den Betroffenen zurückblieben.

Vor einem Jahr gelang es endlich, einen Impfstoff aus inaktivierten Viren herzustellen, die auf menschlichen Zellkulturen gezüchtet werden. Dieser neue Impfstoff hat praktisch keine Nebenwirkungen mehr. Besonders gefährdete Menschen wie Tierärzte oder Jäger können jetzt vorbeugend geimpft werden.

Hinter diesem Erfolg stehen jahrelange Forschung, internationale Zusammenarbeit und ein hoher finanzieller Aufwand. 1,5 Milliarden Mark waren es 1978, die von deutschen Pharma-Unternehmen für Forschung und Entwicklung ausgegeben wurden. Ein großer Teil dieser Arbeit dient dazu, unerwünschte Wirkungen von Arzneistoffen auszuschalten.

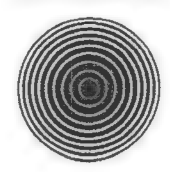
Wie dieses Beispiel zeigt. Obwohl es pro Jahr noch immer fast 9000 Fälle von Tollwutgefährdung gibt, muß heute kein Mensch mehr an Tollwut sterben. Und das ist zum Glück kein Märchen.

COUPON SP8

Bitte schicken Sie mir Informationen über die Forschung, Entwicklung und Herstellung von Arzneimitteln.

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e. V.

Karlstraße 21,
6000 Frankfurt/Main



**Pharma-Forschung ist teuer.
Aber ein Menschenleben ist unbezahlbar.**

sie sich „lieber wieder der abwechslungsreicheren Beratertätigkeit zuwenden".

Während die beiden Freiberufler mit dem geheimgehaltenen Kaufpreis eine, so Müller, „ganz ordentliche Pension in die Scheune fuhren", sicherten sich die britischen Zigaretten-Unternehmer und ihre Interversa mit Jacques eine Basis für den geplanten großen Sprung ins bundesdeutsche Weingeschäft.

Seit das Zigarettengeschäft weltweit schwieriger geworden ist, versuchten die BAT-Strategen ihr Glück in anderen Geschäftszweigen. Inzwischen erzielt BAT schon mehr als ein Drittel seines Umsatzes in anderen Bereichen — etwa mit Papierfabriken, Supermärkten oder den Kosmetikfirmen Yardley und Juvena.

Die Interversa wurde als Holding-Gesellschaft für die BAT-Aktivitäten in Deutschland gegründet. Neben der zweitgrößten deutschen Zigarettenfabrik BAT (HB, Krone) kontrolliert die Dachgesellschaft die Beteiligungen an Unternehmen wie etwa dem Teppichbodenhersteller Pegulan oder dem Warenhauskonzern Horten.

Ins Weingeschäft wagten sich die Zigarettenkaufleute erstmals vor rund zehn Jahren, als sie den Restauranttyp „Weinkrüger" kreierten. Die inzwischen 23 „Weinkrüger"-Restaurants, die vorzugsweise in reizvollen historischen Gebäuden untergebracht sind, brachten der Interversa vergangenes Jahr etwa 25 Millionen Mark Umsatz.

Für einen flotten Aufschwung im Weinhandel sollen jetzt nicht nur die Läden der Jacques'-Kette sorgen, sondern auch deren Vorbesitzer. Die BAT-Manager haben sich das Know-how von Müller und Héon vertraglich gesichert.

Mindestens für die kommenden zweieinhalb Jahre ist das Erfolgs-Gespann noch für Einkauf, Werbung und Kundeninformation ihres Ex-Unternehmens verantwortlich. Schließlich, so Interversa-Sprecher Andreas F. Wilken, „haben wir ein Interesse daran, daß sich die Depots konsequent auf der bewährten Linie weiterentwickeln".

Noch ist das Weingeschäft unbedeutend in der Milliarden-Bilanz der Interversa. Doch schon in diesem Jahr soll die Depot-Kette ihren Umsatz durch Neueröffnungen von zehn auf 14 Millionen Mark erhöhen. Der ganze Weinbereich soll der BAT 45 bis 50 Millionen Mark Umsatz einbringen.

Für 1985 peilt Interversa-Chef Horst Stützer bereits 250 Millionen Mark Weinumsatz an. Und dann, schwärmt Stützer, „zählen wir zu den Großen am deutschen Weinmarkt".

Depot-Gründer Müller sieht die Wachstums-Chancen etwas skeptischer, er glaubt, gerade rechtzeitig Kasse gemacht zu haben. „Unser Erfolg", so Müller, „läßt sich nicht beliebig multiplizieren."



Das Jahr der großen Bonanza

SPIEGEL-Redakteur Werner Meyer-Larsen über die Geschäfte der multinationalen Ölgesellschaften

Tankanlagen im Ölhafen Rotterdam: In 20 Jahren zehnmal so hohe Preise?

In Manhattans Avenue of the Americas Nr. 1251, dort, wo im obersten Stock das Stehpult des John D. Rockefeller verwahrt wird wie ein Reliquienschrein, ist das Management der Exxon Corporation mit sich und der Welt im reinen.

Denn um 55 Prozent auf 4,3 Milliarden Dollar haben die Erben des alten Ölfürsten vergangenes Jahr den Gewinn des Unternehmens nach oben gestoßen: genug, um eine Jahresproduktion der Bayerischen Motoren Werke oder den kompletten Flottenpark der Deutschen Lufthansa bar aus dem Gewinn bezahlen zu können.

Um sogar 78 Prozent auf 2,01 Milliarden Dollar schob die Mobil Corporation, der zweitgrößte US-Ölmulti, 1979 seinen Jahresgewinn hoch: Jeder 24. Dollar, den Mobil-Leute in aller Welt für Benzin, Diesel, Heiz- und Schmieröl kassierten, rollte in die Gewinnschleuse. Das Aktienkapital des Unternehmens verzinste sich dabei zu 20,8 Prozent. Im gleichfalls schon üppigen Jahr 1978 waren es noch 13 Prozent gewesen.

Nicht weit entfernt von der Exxon-Zitadelle im New Yorker Texaco-Hochhaus feierte das Management der drittgrößten US-Ölgesellschaft einen noch größeren Sieg: Mit einem Zuwachs von 106 Prozent schaffte sie einen Gesamtgewinn von 1,76 Milliarden Dollar. Und lässig wie Texaco bewältigte auch die von der Industriellenfamilie Mellon gegründete Gulf Oil die Milliardengrenze: Mit 1,32 Milliarden Dollar Reingewinn war Gulf Oil 1979 um 68 Prozent besser als 1978.

Auch der Rest der Branche genoß goldene Zeiten. Die Standard Oil Company of California (Socal) und die Standard Oil of Indiana, wie Exxon und Mobil unmittelbare Rechtsnachfolger der 1911 entflochtenen Rockefeller-Gruppe, erwirtschafteten 1979 jeweils mehr als anderthalb Milliarden Dollar.

Die sechs größten US-Ölgesellschaften fuhren im Jahre des Ajatollah 12,7 Milliarden Dollar Gewinn ein, 65 Prozent mehr als im Jahr davor: Das Leid des Konsumenten, der 1979 allein in Deutschland 22 zusätzliche Milliarden Mark für Ölprodukte ausgeben mußte, ist das Heil des Produzenten.

Moralische Skrupel belästigen das Management der Multi-Unternehmen dabei nicht. Im Gegenteil: Der Weltgeist hat es so angestellt, daß die Ölbranche ihre kapitalistischen Vergnügungen als Therapie der Menschheit empfinden kann — jener Menschheit jedenfalls, die in den industriellen Gesellschaften wohnt und auf gehobenen Komfort Wert legt.

Die Ölgesellschaften verfahren nach der Patentregel, daß die Welt-Energiereserven wachsen, wenn der Energiepreis steigt. Und weil alle Welt voller Entsetzen auf das absehbare Ende der Ölreserven starrt, liegen die Multis mit einer so griffigen Formel und mit ihren steten Appellen, doch bitte Energie zu sparen, genau im Trend: Kein westlicher Staatsmann kann sich solcher Propaganda-Offensive widersetzen.

Die Preistreiber-Formel der multinationalen Gesellschaften nämlich streckt die Energiereserven der Welt tatsächlich, und zwar gleich auf zweierlei Art: Einerseits zwingt sie den Autofahrer und den Benutzer von Ölheizungsanlagen, sparsamer mit Benzin und Heizöl umzugehen. Andererseits geben die hohen Preise den Multis zunehmend Luft, auch höchste Kosten zur Erschließung neuer Ölfelder und alternativer Energien aufzuwenden.

Sowie dank veränderter Preis-Kosten-Relationen bislang unbeachtete Öl- und Gas-Reservate, Kohle- und Schieferverflüssigungsmethoden rentabel werden, gehen sie in die Statistik zusätzlich als abbaufähige Energiereserven ein.

Nach dieser Formel wurden seit 1973, dem ersten Ölschock, die riesigen, aber nur mit komplizierter Technik erreichbaren Ölfelder unter dem Boden der Nordsee rentabel. Das Ergebnis: Schon 1979 stammten 14 Prozent des nach Deutschland eingeführten Erdöls aus der Nordsee, und schon 1981 wird Großbritannien wahrscheinlich seinen gesamten Bedarf aus eigenen Nordseequellen decken.

Gleichfalls 1973 wurden auch die mächtigen Ölreserven an der Pru-

Der neue Audi 200. Ein typischer Audi und ein Audi, wie es ihn noch nie gegeben hat.

Der Audi 200 ist das neue Spitzenmodell der Marke Audi. Es gibt ihn mit 2 verschiedenen Motoren: Dem bewährten 2,2-Liter-Fünfzylinder-Einspritzmotor und dem neuen 2,2-Liter-Fünfzylinder-Turbomotor. Mit 125 kW (170 PS) ist er stärker als je ein Audi vor ihm war. Mit zusätzlichen Scheibenbremsen hinten, breiten Niederquerschnittreifen und einer besonders abgestimmten Federung verfügt der Audi 200 über ein Fahrwerk, das die Leistung seiner Motoren sicher auf die Straße bringt.



Audi 200 5E: (100 kW/136 PS) DM 27.875,–. Abb.: Audi 200 5T (125 kW/170 PS) DM 30.550,–.
Unverbindliche Preisempfehlung ab Werk ohne Überführungskosten. Verbrauch nach DIN 70030 auf 100 km. Audi 200 5E: 14,3 l bei Stadtzyklus, 6,5 l bei konstant 90 km/h, 8,5 l bei konstant 120 km/h. Mischwert 9,8 l. Audi 200 5T: 15,9 l bei Stadtzyklus, 7,8 l bei konstant 90 km/h, 10,3 l bei konstant 120 km/h. Mischwert 11,3 l. Der Mischwert ergibt sich anteilig aus jeweils einem Drittel der angegebenen DIN-Werte.

Dazu eine serienmäßige Ausstattung, die auch in dieser Automobilklasse außergewöhnlich ist: Fünfgang-Getriebe, Servolenkung, Zentral-Verriegelung, elektrische Fensterheber, bronzegetönte Verglasung, Metallic-Lackierung, Leichtmetallräder u.v.a.
Mit diesen Vorzügen und dem vielleicht wichtigsten Audi-Kriterium überhaupt – dem Frontantrieb – wird der neue Audi 200 sicher auch in einer Fahrzeugklasse Freunde finden, die bisher auf diese typischen Audi-Merkmale verzichten mußten.

Gelassen fahren mit perfekter Technik.

Audi

6 Jahre Karosserie Garantie gegen Durchrostung.





Exxon-Chef Garvin
„Nur mittelmäßig verdient"

doe-Bay im Norden Alaskas wirtschaftlich. Trotz einer Acht-Milliarden-Dollar-Pipeline, die das von der britischen BP majorisierte Alaska-Konsortium zu bezahlen hatte, holen die Multis mit hohem Gewinn inzwischen so viel Öl aus dem ewigen Eis, daß die US-Regierung die Ausfuhr des Alaska-Öls in fremde Länder verbot.

Seit dem Ölschock von 1979 sind auch die sechs Jahre zuvor noch als exotisch abgetanen Ölsände in der kanadischen Provinz Alberta wirtschaftlich geworden. Diese Vorräte enthalten dreimal soviel Öl wie der gesamte Nahe Osten und erhöhten die erreichbaren Welt-Erdölreserven schlagartig um das Zweifache.

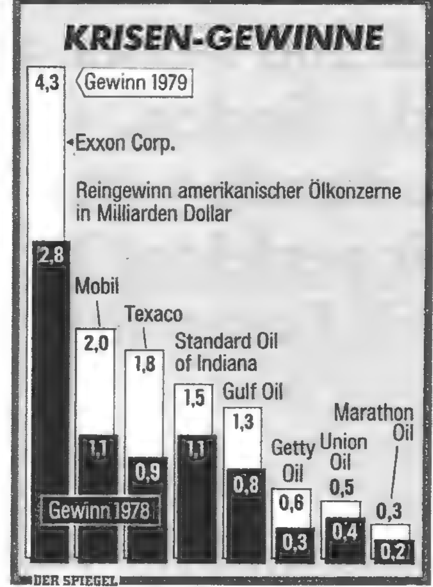
Schon der nächste Preisschub, Ende Januar ausgelöst durch Saudi-Arabien, kann eine weitere und technisch noch kompliziertere Art der Ölgewinnung an die Profitzone heranbringen: das Öl aus dem Schiefergestein, die — zumindest in den USA — größte und dauerhafteste aller Ölquellen. Und wenn Ölschiefer rentabel wird, erhöhen sich die abbaubaren Ölreserven noch einmal um zweistellige Prozentsätze.

Den Hinweis auf diese Sonnenseite ihres Geschäfts pflegen die multinationalen Unternehmen regelmäßig mit Investitionszahlen zu untermauern, die noch klotziger aussehen als die Gewinne selbst.

Unausgesprochen steht hinter solchen Verlautbarungen, daß die Gewinne eigentlich immer noch zu gering seien. Ausgesprochen jedoch wird dies von keinem Ölmanager, weil jedermann weiß, daß Investitionen gewöhnlich nur zum geringen Teil aus der Barschaft, sondern zum größeren Teil mit Krediten finanziert werden.

Unbeirrt von diesen Grundregeln des Finanzierungsgeschäfts aber stellt etwa Exxon-Chef Clifton C. Garvin dem 4,3-Milliarden-Profit seines Unternehmens das Exxon-Investitionsvolumen von 7,5 Milliarden Dollar entgegen, von denen 6,6 Milliarden ins Energiegeschäft fließen sollen. Nur verschwommen kommt dabei ans Licht, daß Gewinn und Investition nicht unbedingt im idealen Verhältnis zueinander stehen. Das gleiche Investment wäre der Exxon auch mit weit geringerem Profit möglich gewesen.

Für den Fall, daß solche Zusammenhänge zumindest der amerikanischen Öffentlichkeit klar würden, haben die Ölmultis in großen Werbeaktionen Sinn und Umfang ihrer Monstergewinne zu erklären versucht.



„Über die Jahre", so giftete die Mobil Oil in Fernsehspots konzerneigener TV-Stationen, „hat Mobil durchschnittlich nicht mehr und nicht weniger verdient als andere industrielle Branchen, einschließlich der großen Fernsehgesellschaften CBS, NBC und ABC."

Als „bestenfalls mittelmäßig" stufte Exxons Garvin die Überschüsse seines Unternehmens ein, wenn sie auf den Umsatz bezogen würden. Daß in den Umsätzen vor allem der ausländischen Exxon-Töchter Unmengen durchlaufender Steuergelder stecken, die beim Konsumenten an der Tankstelle mitbezahlt und vom Konzern an den Fiskus abgeführt werden müssen, erwähnte der gewitzte Exxon-Boß nicht: Die echten Umsätze der Branche wären dann geringer, die Umsatzrendite folglich höher.

Jerry McAfee, Chef der Gulf Oil, sparte sich denn auch solche Begründungen und hält die Gewinnzahlen von 1979 schlicht für „kein außerordentliches Ergebnis".

Tiefstapelei dieser Güte ist absurd. Nur noch traditionelle Superverdiener wie die US-Telephongesellschaft AT & T kassierten 1979 höhere Gewinne als etwa die Exxon. In keiner anderen Industriebranche der Welt schaffen gleich zehn Unternehmen einen Dollar-Jahresgewinn in Milliardenhöhe. Und selbst im Vergleich zu den Opec-Ländern, die mit dem Verkauf ihres unwiederbringlichen Bodenschatzes 190 Milliarden Dollar kassierten, stehen die Ölgesellschaften nicht schlecht da. Aus Verarbeitung, Transport und Weiterverkauf holten sie zusammen 25 Milliarden Dollar Reingewinn.

Sie holten ihn nicht nur aus eigener Kraft, sondern im Schlepp der Opec-Preispolitik. Mit jeder Preiserhöhung nämlich, die das Opec-Kartell oder seine einzelnen Mitglieder verfügen, erhöhen sich automatisch die Gewinne der internationalen Gesellschaften. Denn die Opec bestimmt mit ihrem Diktat den Weltmarktpreis für Öl. Sämtliche Multis aber besitzen Ölquellen auch außerhalb der Opec, für deren Ausbeute sie weniger aufwenden müssen als bei den Kartell-Ländern.

So ziehen die US-Multis reichen Profit aus amerikanischen Ölfeldern, für deren Stoff es je nach dem Datum der Entdeckung des Feldes sieben verschiedene Barrelpreise — sämtlich weit unter Opec-Niveau — gibt.

Der US-Markt ist so attraktiv, daß selbst der niederländisch-britische Royal Dutch/Shell-Konzern jahrelang den Hauptteil der Gewinne aus seiner vergleichsweisen kleinen US-Filiale Shell Oil holte. Den größten Schlag landeten Exxon, Shell, Texaco und Mobil Oil allerdings mit den kleinsten Mengen: Deutsches Öl aus Niedersachsen, Bayern und Schleswig-Holstein ist so gering besteuert, daß die Ausbeute von nur 4,8 Millionen Tonnen im Jahr — soviel wie vier Tagesproduktionen Saudi-Arabiens — über eine Milliarde Mark Gewinn bringt.

Profitabel ließen sich auch die Quellen in der Nordsee und in Alaska an. Aus beiden sprudelt besonders hochwertiges, nämlich schwefelarmes Öl, das auf dem Weltmarkt Spitzenpreise erzielt wie sonst nur das ähnlich geartete Öl aus Libyen und Nigeria: Anfang Februar rund 30, später wohl 34 Dollar je Barrel.

Mit jedem neuen Preisbeschluß der Opec fährt dem schlichten Verbraucher aber auch die Angst vor einer gesteuerten Ölknappheit in den Nacken. Zusätzliches Chaos stiftete der Rotterdamer Spot-Markt, auf dem auch manches Opec-Land und mancher Multi einen Teil seiner Förderung für schweres Geld unterbrachte. Rotterdam sorgte für solche Hysterie, daß trotz erhöhter Ölförderung und prall gefüllter Lager Opec- und Verbraucherpreise immer weiter klettern konnten.

Zum ersten Mal seit zehn Jahren kamen auf diese Art auch die europäi-

Kodak informiert alle Kleinbildfotografen.

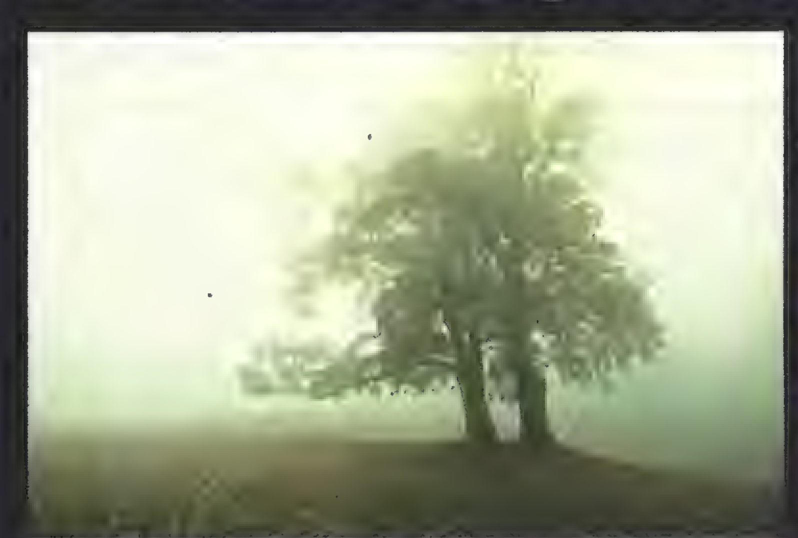








Die hochempfindlichen Filme von Kodak kennen keine Tageszeiten.



Unser »Kunstlicht-Spezialist« ist der KODAK EKTACHROME 160 Film (23 DIN). Er besticht durch seine natürliche Wiedergabe aller Kunstlichtmotive.

Alle KODAK EKTACHROME Filme gibt es mit 20 und 36 Aufnahmen. (Entwicklung im Preis nicht enthalten.)



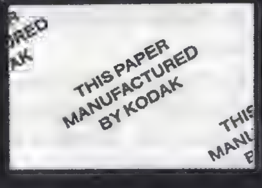
An trüben Tagen, am frühen Morgen, am späten Abend, bei »schnellen« Motiven – da braucht man hochempfindliche Filme. KODAK hat sie in einzigartiger Auswahl.

Da ist zunächst der KODAK EKTACHROME 200 Film. Trotz hoher Empfindlichkeit (24 DIN) scharf und exzellent in der Farbwiedergabe.

Noch empfindlicher ist der KODAK EKTACHROME 400 Film mit 27 DIN. Er bringt Ihnen stimmungsvolle, scharfe Dias bei minimalem Licht, sei es nun ein Lagerfeuer, Kerzenschein oder normale Straßenbeleuchtung. Motive, die sich schnell bewegen, hält er sicher fest.



Übrigens: Denken Sie auch bitte daran, daß Sie jederzeit von Ihren schönsten Dias Direktabzüge auf KODAK EKTACHROME Papier machen lassen können. Achten Sie auch auf die Bildruckseite, dort muß KODAK draufstehen.



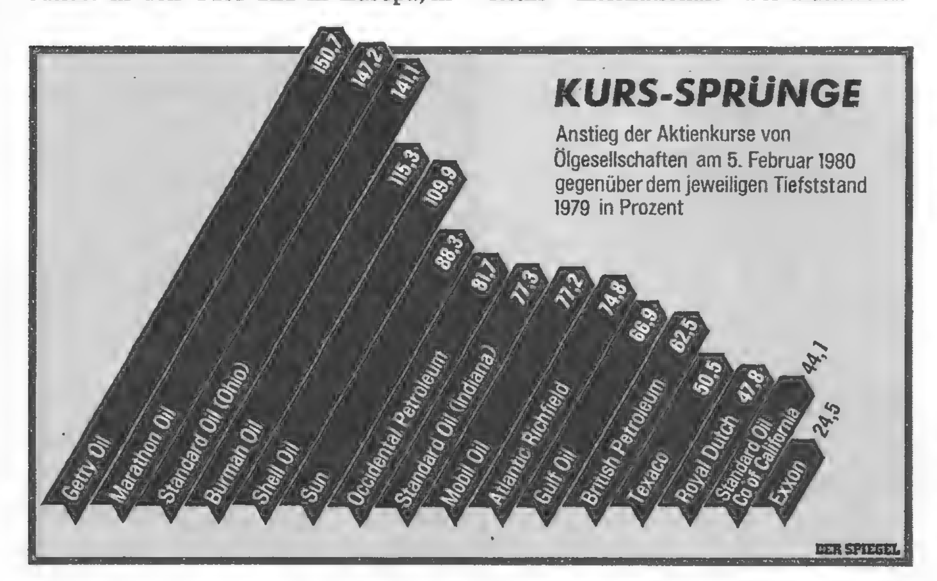
Wer auf Papierbilder Wert legt, für den gibt's den KODACOLOR 400 Farbnegativfilm (27 DIN). Scharf und farbbrillant. Diesen Film gibt's mit 12, 24 und 36 Aufnahmen.

Kodak Filme. Für engagierte Fotografen.



schen Tochterunternehmen der Multis zu exotischen Gewinnen. Und prompt erklärten die von US-Präsident Jimmy Carter mit einer Sondersteuer bedrohten US-Multis, der größte Gewinnzuwachs sei ihnen 1979 aus den überseeischen Tochtergesellschaften zugeflossen. Deren Profite hätten sich je nach Gesellschaft um 120 bis 170 Prozent erhöht. Die überseeischen Gouverneure der Multis, wie Esso-Chef Wolfgang Oehme, müssen das nun ertragen.

Sie sind Funktionäre eines Systems, das seinen Dauerprofit aus weltweiter Strategie bezieht und auch bei düsteren Konjunkturlagen nie in die roten Zahlen geraten wird. Irgendwo in der Welt und irgendwo in ihrer verzweigten Organisation ist bei den Ölmultis immer Bonanza.



1979 aber sprudelte es überall und an jeder Stelle des internationalen Verbunds: in den USA und in Europa, in Japan und in der Dritten Welt, an der Quelle, in der Raffinerie, an der Tankstelle, beim Heizölhändler und bei der Chemie.

Im Gegensatz zu ihrer Strategie einer langfristigen Gewinnmaximierung holten sich die Ölmultis dieses Mal auch noch das ganz schnelle Geld: Lohn der Angst, Versicherungsprämie für eine heile Energiewelt oder Weltmachtpolitik einer Wirtschaftsbranche?

Noch nie waren Markt- und Machtposition der multinationalen Gesellschaften so stark wie zu Beginn der achtziger Jahre. Nur scheinbar fühlen sich die Ölmultis von den Opec-Herren terrorisiert und von den Regierungen der Verbraucherländer kritisiert. In Wahrheit sind zwischen Ölländern, Verbraucherstaaten und multinationalen Konzernen Beziehungen entstanden, die mit wirtschaftlichen Kategorien allein nicht mehr faßbar sind.

Die Besonderheit dieser Beziehungen sichert den Multis weiterhin Spitzengewinne und den Verbrauchern weiterhin Spitzenpreise. Die Vermutung von Manfred Lennings, Vorstandschef des Oberhausener Maschinenbau-Konzerns GHH, daß der Ölpreis in 20 Jahren zehnmal so hoch sein werde wie 1979, ist so abwegig nicht.

Unbemerkt von den Regierungen der Industrieländer sind die multinationalen Unternehmen der Ölbranche schon vor dem ersten großen Preisschock in eine Rolle hineingewachsen, aus der sie nun, wo sich wirtschaftliche mit politischen Krisen mischen, ohne Gefahr für die Energieversorgung kaum noch zu vertreiben sind.

Erst als Regierungen und Verbraucher erkannten, wie abhängig die westliche Zivilisation vom Heranschaffen praktischer Energieträger geworden war, entdeckten sie, daß an der empfindlichsten Stelle ihres Wohlstandssystems internationale Privatunternehmen die Schlüsselposition besetzt hatten. Zu spät bemerkten die Politiker des Westens, daß öffentlich nicht mehr kontrollierbare Konzerne eine weltpolitische Aufgabe übernommen hatten, deren Bedeutung von kaum einer anderen noch zu übertreffen ist.

Der Spielraum der Staaten gegenüber den Multis ist deshalb denkbar gering. Weil es energiepolitisch sinnlos wäre, die Ölpreise per Verordnung niedrig zu halten, können die Staatenlenker allenfalls noch den Gewinn der Multis mit einer Sondersteuer belegen. Aber welcher Staat, der seine nationalen Interessen von den bei ihm registrierten Multis vertreten wissen will, möchte das tun? Das heilsame System vom Druck und Gegendruck ist in den Beziehungen der Staaten zu den multinationalen Unternehmen fast außer Kraft geraten.

So ziehen sich die westlichen Regierungen auf jene Linie zurück, die von den Zentralen der Konzerne gezogen wurde: Die Gewinne der Ölbranche müssen hoch sein, weil nur Unsummen an Geld die Energieversorgung der Zukunft sichern könnten. Und da sollten die Multis — nicht ohne Absprache mit den Regierungen — das Notwendige eben tun.

Die Multis indessen kennen nicht nur ihre öffentlichen Aufgaben, sondern auch ihre Aktionäre. Deshalb mischen sie weiterhin aufs angenehmste Gemeinsinn mit Machtpolitik. Und jene Gesellschaft, die diesen Weg als erste beschritten hat, ist nicht rein zufällig auch die erfolgreichste: Clifton C. Garvins Exxon.

Das Unternehmen, dessen Umsatz von 84 Milliarden Dollar etwa so groß ist wie das Bruttosozialprodukt der Schweiz, verwendet seine Monstergewinne keineswegs nur zum Segen der Menschheit, sondern auch zum Ausbau der eigenen Omnipotenz.

Keineswegs nämlich haben etwa Exxon-Leute die gewaltigsten neuen Energievorkommen des Westens entdeckt. Sie haben sich dort nur rechtzeitig hineingekauft. Die europäische Nordsee wurde zuerst von der mittelgroßen US-Gesellschaft Phillips Petroleum erschlossen. Das amerikanische Alaska-Öl fließt vor allem dank intensiver Bemühungen der britischen BP. Die kanadischen Ölsände wurden von der rohölarmen und mittelgroßen US-Ölfirma Sun Co. aufgetan. Die ganz großen US-Multis waren nur selten als erste dabei.

Dafür aber verwendeten sie einen großen Teil ihrer Gewinne zum Ankauf anderer Energiereservate. Die Exxon wurde eine der größten Kohlegesellschaften der Welt, schaffte sich Urangruben und Ölschiefervorkommen an, kaufte für 1,2 Milliarden Dollar die Elektromotoren-Firma Reliance, beglückt die Kundschaft mit dem Verkauf von Brennelementen für Kernkraftwerke und besitzt Kupfergruben in Chile. Die nationalen Tochterunternehmen der Multis sind in das Prinzip der Machtentfaltung durch langfristige Gewinnsicherung voll eingespannt. Sie dürfen zwar nur begrenzt eigene Entscheidungen fällen, aber sie sollen dem Staat gegenüber, in dem sie arbeiten, ein allzeit loyales Gesicht zeigen.

Je loyaler nämlich sich die Provinzgouverneure der Multis geben, desto ungefährdeter bleiben die Gewinne, desto leichter auch verzichten die jeweiligen Staaten auf schlagkräftige nationale Energieunternehmen. Die nämlich wären zumeist weniger leistungsfähig als die Multis und deshalb teurer. „Die Transmissionsverluste über die Staatskasse“, so Deutschlands Esso-Chef Wolfgang Oehme, „sind größer als bei uns.“

Die Multis also werden's schon machen. Und je zäher das Öl fließt, desto lockerer die Gewinne. ◆

Heye, Needham



"Wissen Sie, die elektrische Kofferraum-Entriegelung ist nur eines der vielen Extras, die nichts extra kosten."

Was die serienmäßige Ausstattung betrifft – da fährt der Mazda 626 eine bemerkenswerte Extra-Tour: wärmedämmende Rundum-Verglasung, Verbundglas-Frontscheibe, heizbare Heckscheibe, Kopfstützen, Bremskraft-Verstärker … um nur ein paar Beispiele zu nennen. Daß die Rücksitzlehnen teilweise bzw. ganz umklappbar sind, wodurch eine bis zu den Vordersitzen durchgehende Ladefläche entsteht, und daß Ihnen eine Bodenteppich-Vollverkleidung zu Füßen liegt – ist gar nicht so selbstverständlich.

Der Mazda 626 bietet aber nicht nur Ihrem Portemonaie eine ganze Menge mehr. Sondern auch Ihrem verwöhnten Auge. Ein rundum schönes Auto, über das Sie bei einem unserer über 800 Mazda-Partner mehr erfahren können. Oder schreiben Sie an: Mazda Motors (Deutschland) GmbH, Weidenstraße 2, 5090 Leverkusen 1.

mazda

Die Perfekten aus Japan

LEV-L 626

Mazda 626. Der Exklusive in der Mittelklasse.

Abgebildetes Modell: Mazda 626 Limousine, 1,6 Ltr. 55 kW (75 PS), DM 12.820,- (unverbindliche Preisempfehlung des Importeurs ab Auslieferungslager

Bedauert nicht

Der Schriftsteller Peter-Paul Zahl – für die Justiz des Mordversuchs überführt, für Freunde ein Justizopfer – betreibt die Wiederaufnahme seines Prozesses.

Am 14. Dezember 1972 wurde der Schriftsteller Peter-Paul Zahl, als er versuchte, mit Falschpapieren ein Auto auszuleihen, von zwei Kripobeamten gestellt. Den einen verletzte er bei der anschließenden Verfolgungsjagd mit einem Schuß aus seiner Neun-Millimeter-Pistole lebensgefährlich.

Darauf wurde Zahl von zwei Instanzen verurteilt, zuerst zu vier Jahren Freiheitsentzug (wegen Widerstandes und gefährlicher Körperverletzung), später zu fünfzehn Jahren wegen Mordversuchs.

Der Fall hat der deutschen Justiz Kontroversen eingebracht wie kaum ein anderer. Zahl, ein namhafter Linker seit Apo-Tagen, ist für die einen ein „anarchistischer Killer" („Bayernkurier"), dem hohe Strafe und harter Vollzug gebührten; für zahlreiche Freunde und Fürsprecher, auch unter Liberalen, ist Zahl, der Ende Januar in Bremen den Literaturpreis der Rudolf-Alexander-Schröder-Stiftung erhielt (siehe Seite 197), das Opfer eines „Gesinnungsurteils", einer, der von Staats wegen im Knast gebrochen werden soll.

Als gelernter Drucker betrieb Zahl in Berlin ein Unternehmen, in dem linke und anarchistische Schriften („Agit 883") erschienen. Von Razzien und anderen Staatsaktionen, wohl auch von privaten Problemen entmutigt, tauchte Zahl Mitte 1972 ab.

Seine Position im Untergrund blieb unklar. Von Staatsschützern wurde er mit einer „Roten Ruhr Armee" in Verbindung gebracht und hoch eingestuft, Feindfigur ist er mittlerweile aber auch für die „kopflos gewordenen, wildgewordenen RAF-Reste", deren Knastkampagnen er für „selbstmitleidiges Halbwahrheitengewinsel" hält.

Für Mordversuch an Polizisten gibt es — Beispiel Christine Kuby — unterdessen zwar auch schon lebenslänglich. Doch Zahl bekämpft seine 15-Jahres-Strafe als Fehlurteil, durch zahlreiche Vollzugshärten zusätzlich erbittert. Aus seiner Zelle spricht der Häftling vom „Archipel BRD", nennt „Folter Gesetz" und glaubt, wer von Rechtsstaat spreche, habe „Kadaver auf der Zunge".

Selbst für den liberal gesonnenen früheren nordrhein-westfälischen Justizminister Diether Posser (SPD) war Zahl mithin ein „gefährlicher Gewaltverbrecher", der den Kampf gegen die Ordnung noch aus der Haft „mit Lüge und Intrige, mit Hetze" fortführe. Die staatlichen Sanktionen waren auch danach, sie reichten vom kleinlichen Radio-Entzug (Mißbrauchgefahr) bis zur Isolation (mal wegen Schleyer, mal zum Schutz vor aufgebrachten Mitgefangenen).



Verurteilter Schriftsteller Zahl
„Laufend und im Laufen abfeuernd"

Da durfte dann wohl auch der Entzug des Führerscheins durch das Straßenverkehrsamt Soest nicht fehlen — wegen „geistig-charakterlicher Mängel", gezeichnet Prinz zu Waldeck, Leitender Kreisrechtsdirektor.

Das entsprach dem obrigkeitlichen Urteilssound des endgültig entscheidenden Düsseldorfer Schwurgerichts, das passagenweise wirklich so formuliert hat, als werde beim Täter Zahl die Gesinnung gleich mitbestraft. Die Richter rechneten Zahl eine unliebsame linke Vita vor, unterstrichen, daß er etwa ein schwieriger Lehrling gewesen sei, seinen Vorgesetzten gegenüber sehr kritisch, schließlich auch noch Kriegsdienstverweigerer, und daß er sich „wie er selbst sagt — dem imperialistischen Staat von Bonn nicht verpflichtet fühlte".

Sein Haß auf die Gesellschaftsordnung sei „tiefgreifend", und er werde womöglich („Bedauert seine Tat nicht") in ähnlicher Lage wieder schießen.

Zum Schutz der Allgemeinheit und zur „speziellen Abschreckung des Angeklagten" sei daher die höchste zeitbefristete Freiheitsstrafe, 15 Jahre, eigentlich noch nicht einmal ausreichend. „So einer", spottete der linke Schriftstellerkollege Peter O. Chotjewitz, „hat an allem schuld."

Trotzdem will Zahl noch einmal dagegen angehen. Die Rechtsanwälte


wpt Frankfurt
smooth!
Johnnie Walker
HIGHEST
AWARDS
Der Tag geht – Johnnie Walker kommt.
Born 1820 – still going strong.

Heinrich Hannover und Lutz Eisel haben einen Antrag auf Wiederaufnahme gestellt. In einer neuen Hauptverhandlung soll Zahl vom Vorwurf des Mordversuchs loskommen. Er habe, so der Wiederaufnahmeantrag, ohne Tötungsabsicht geschossen.

Die aber hat ihm das Schwurgericht unterstellt, nachdem es sich, sagen die Anwälte, auf fehlerhaft interpretierte Beweise und falsche Feststellungen stützte. Widersprüche seien unaufgeklärt geblieben, wesentliche Fakten, die den Angeklagten entlasten, ignoriert worden. Mit „neuen Tatsachen oder Beweismitteln“, wie im Wiederaufnahmerecht vorgeschrieben, will die Verteidigung dies alles belegen.

Unbestritten geschah am 14. Dezember 1972 in der Düsseldorfer Innenstadt Folgendes: Zahl floh aus dem Geschäft des Autoverleihers die Kaiserstraße entlang, an einer Sparkasse vorbei und nach etwa hundert Metern über die erste Querstraße. Bis dahin hatte er zweimal gefeuert. Ein Schuß schlug im Sparkassenfenster ein, der andere traf den Kriminalobermeister Klaus Pollmann in die Brust.

Nach weiteren hundert Metern Fluchtweg bog Zahl in den Passageeingang eines Herrenausstatter-Geschäfts und schoß von da aus noch zweimal in Richtung seines zweiten Verfolgers, Kriminalmeister Joachim Lisken. Ein Schuß ging in die Schaufensterscheibe der Passage, der andere in eine Fassade auf der anderen Straßenseite.

Die Verfolger feuerten insgesamt elfmal hinterher — eine Kugel zerschlug dem Fliehenden den linken Oberarmknochen. Am Ende versuchte Zahl, sich unter einem Auto zu verstekken. Beim Abtransport ins Polizeifahrzeug soll er sich gewehrt haben und wurde durch Schläge verletzt.

Das Gericht errechnete vier Mordversuche. Zahl habe, um der Festnahme zu entgehen, viermal mit zumindest bedingter Tötungsabsicht geschossen; die wird im deutschen Strafrecht dem direkten Vorsatz gleichgestellt und ist schon dann gegeben, wenn ein Täter die Folgen seines Handelns „billigend in Kauf nimmt“.

„Aus objektiven Befunden“ entnimmt das Gericht, daß schon der erste Schuß, der in Höhe der Sparkasse abgefeuert worden war, auf den Mann ging und traf. Zeugen, auch der Verletzte selbst, hätten das bestätigt. Erst die zweite Kugel, aus weiterer Entfernung abgegeben, schlug danach in der Sparkassenfront ein. Wäre es anders gewesen, sagt das Gericht, „so hätte der Angeklagte seine Waffe nicht in Richtung auf den ihn verfolgenden Zeugen Pollmann, sondern schräg nach links zur Seite auf das Haus gehalten. Dies trifft jedoch nach den Aussagen sämtlicher Zeugen nicht zu“.

Genau das aber hat Täter Zahl von Anfang an behauptet. Für seine Lage vor Gericht ist die Frage der Schuß- und Trefferfolge von großer Bedeutung.

Nach seiner Angabe war der erste ein „deutlicher Warnschuß“ Richtung Hauswand, um die Verfolger zu stoppen. Der Flüchtling zielte im Laufen seitlich nach hinten, wo er im Umwenden keinen Verfolger sah: „Es konnte niemand getroffen werden.“

Inzwischen wurde er selbst getroffen und drückte, knapp hundert Meter nach dem ersten Schuß, ein zweites Mal ab — wiederum gezielt ins Leere, wie er versichert: „Dorthin, wohin ich nun laufend und im Laufen abfeuernd den Schuß richtete, konnte sich nach meinem Wissen kein Mensch befinden.“

Was Zahl in diesem Moment kaum wissen konnte: Der Kriminalpolizist,



Zahl-Anwalt Hannover
Kugel auf geneigter Schußbahn

der zunächst direkt hinter ihm gelaufen war, hatte aufgeholt und überdies die Spur gewechselt. Er sagte vor Gericht aus: „Weil ich vermutete, Zahl überholen zu können, lief ich an der rechten Seite des Bürgersteiges“ — direkt in die Schußrichtung.

Stimmt an Zahls Version wenigstens die Reihenfolge, so klängen auch die Tatumstände, wie sie der Schütze erklärt, plausibel — daß er nämlich beim ersten Mal gezielt und kalkulierbar vorbeigeschossen und beim zweiten Mal dann lediglich geirrt, folglich ohne Tötungsabsicht geschossen hat.

Daß Zahls Version stimmt, soll ein zur Wiederaufnahme angefertigtes ballistisches Gutachten beweisen; danach kann erst der zweite Schuß getroffen haben. Der Schuß in die Sparkassenwand nämlich schlug im Winkel zwischen 20 und 30 Grad, also aus unmittelbarer Nähe ein. Er kann mithin nicht, wie das Gericht annahm, als zweiter Schuß von weither abgegeben worden sein.

Diese Neufassung des Tatablaufs in einem wichtigen Punkt muß den Düsseldorfer Richtern um so peinlicher sein, als das ballistische Gutachten vom selben Sachverständigen stammt, der auch schon im Zahl-Prozeß gehört wurde. Professor Karl Sellier, ein prominenter Sachkenner, hat den Einschußwinkel aus auch dem Gericht schon bekannten Unterlagen rekonstruiert. Das veranlaßten aber erst die Wiederaufnahmeanwälte, vor Gericht hat den Gutachter niemand nach diesem zentralen Punkt befragt.

Genaue Recherchen der Richter unter den gesicherten Spuren hätten den Angeklagten auch in anderen Bereichen entlastet. So will Zahl, als er später aus der Passage des Herrenausstatters zwei weitere Schüsse abgab, wiederum nur zur Abschreckung, nicht auf Mann geschossen haben. Nach eigenem Bekunden zielte er vor dem Beamten „in den Boden“, übersah dabei jedoch, „daß eine so große Waffe beim Abfeuern (einhändig) etwas springt“, und schoß dadurch etwas höher.

Die Richter urteilten anders: Zahl schoß durch die verglaste Passagenecke hindurch, als er den Beamten auf der Straßenseite vor dem Schaufenster auftauchen sah. Die Kugel durchschlug zwar schon die zweite Scheibe nicht mehr, hätte jedoch das Opfer „in Bauchhöhe“ getroffen, wie das Gericht hochrechnete.

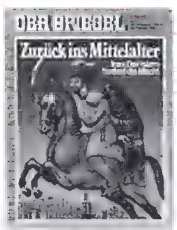
In Wahrheit aber schlug das Geschoß auf leicht von oben nach unten geneigter Schußbahn an die zweite Scheibe nur in knapp 1,30 Meter Höhe. Der nach Zeugenangaben zwar in Schußrichtung, jedoch in etwa drei Meter Abstand vom Schaufenster placierte Polizeibeamte wäre allenfalls in Beinhöhe (rund 70 Zentimeter) zu treffen gewesen. Dies ergibt sich, so die Zahl-Anwälte trocken, „aus dem Lehrsatz des Pythagoras“.

Tötungsvorsatz war nach dem äußeren Ablauf also auch hier zweifelhaft, wenn auch kaum für die Düsseldorfer Richter. Die sahen es so: Wenn er wirklich nur warnen wollte, „hätte es für den Angeklagten ausgereicht, eine Schreckschußpistole mit sich zu führen“.

Ob Zahls Wiederaufnahmeverfahren jetzt bei der nordrhein-westfälischen Justiz in behutsamere Hände gerät, steht dahin; erste Erfahrungen stimmten die Anwälte bedenklich.

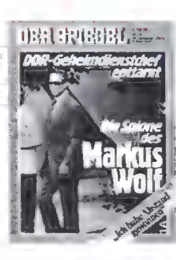
Den mehr der Vollständigkeit halber auch noch gestellten Antrag auf sofortige Haftentlassung wies das zuständige Landgericht zwar fast schon erwartungsgemäß zurück. Unerwartet nur, daß der Gerichtsbeschluß weitgehend mit der zuvor eingeholten ablehnenden Stellungnahme der Staatsanwaltschaft übereinstimmte — wortwörtlich, Tippfehler eingeschlossen. ◆

Jeden Montag. Mit der ersten Post.







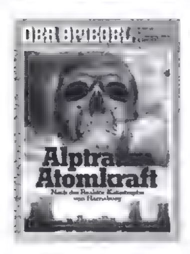












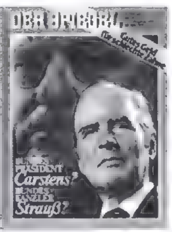




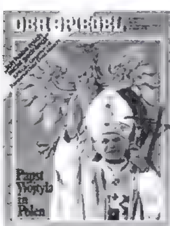
















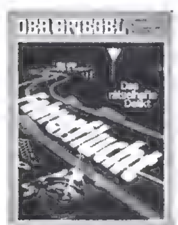




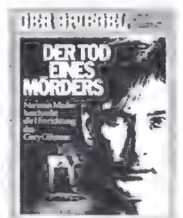
















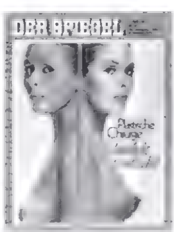














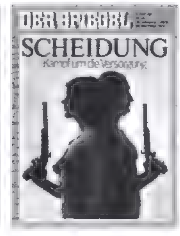






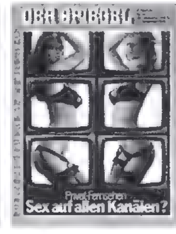


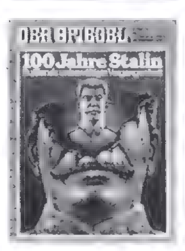
























Deutschlands einziges, Europas größtes Nachrichten-Magazin

DER SPIEGEL

Sollte die Bestellkarte für ein Spiegel-Abonnement in dieser Anzeige fehlen, schreiben Sie bitte direkt an Peter Kühn, Vertriebsabteilung, Spiegel-Verlag, Postfach 110420, D-2000 Hamburg 11.

An der Nadel

War der „Führer" pervitinabhängig? Hitler-Kenner Albert Speer hält das Buch eines US-Psychiaters, der diese These verficht, für „die erste wissenschaftlich-medizinische Untersuchung der Krankengeschichte Hitlers".

Die Prozedur wiederholte sich fast täglich: Wenn Adolf Hitler — wie üblich — spätmorgens erwachte, ließ sich sein Leibarzt Theodor Morell auf der Bettkante nieder und verabfolgte dem Diktator eine intravenöse Injektion.

Die Wirkung der Arznei setzte bereits ein, wenn die Nadel noch im Arm des Patienten steckte. Der eben noch schlaftrunkene Hitler wurde jählings kregel und geschwätzig. Er fühlte sich, wie er selber sagte, „frisch".

Morell behauptete später, er habe Hitler immer eine Ampulle „Vitamultin A" injiziert, ein Präparat, das viele Vitamine enthält und damals in den Morell-eigenen Hamma-Werken hergestellt wurde.

Doch der amerikanische Psychiater Leonard Heston, 48, Professor an der Universität von Minnesota, ist davon überzeugt, daß der Hitler-Arzt geschwindelt hat. Heston argumentiert: So schlaghaft muntermachend seien damals in Deutschland nur zwei Stoffe gewesen — Pervitin und Kokain; bei Hitler habe es sich vermutlich um Pervitin gehandelt.

Heston hat seinen Verdacht, das Vitamultin sei von Morell mit Pervitin angereichert worden, in einem Buch begründet, das Hitler-Kenner Albert Speer für „die erste wissenschaftlich-medizinische Untersuchung der Krankengeschichte Hitlers" hält*. Heston: „Hitler war von Rauschgiften abhängig."

Heston studierte die gesamte Literatur über Hitlers Krankheiten und stieß dabei auch auf die Vermutung, der Diktator habe sich mit Drogen aufgeputscht. Nähere Einzelheiten fand er in unveröffentlichten Materialien, die in amerikanischen Archiven lagern.

Der Wissenschaftler befragte schließlich gezielt viele Leute, die mit Hitler Kontakt gehabt hatten.

Besondere Aufmerksamkeit widmete Heston dabei der Hinterlassenschaft des Dr. Morell. Der Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten war Mitte der dreißiger Jahre mit Hitler bekanntgeworden, 1936 hatte ihn Hitler zu seinem Leibarzt bestellt.

Für sein Alter (47) war Hitler damals ein kerngesunder Mann, und so war der beleibte Berliner Prominenten-Doktor Morell für ihn der richtige

* Leonard L. and Renate Heston: „The Medical Casebook of Adolf Hitler". William Kimber, London; 184 Seiten; 6,95 Pfund.



Hitler, Leibarzt Morell (M.)*: Jeden Morgen eine Spritze

Arzt. Er verstand es nämlich meisterhaft, Patienten zu behandeln, denen im Grunde gar nichts fehlte.

So wie Morell echten Kranken strikt aus dem Wege ging, so vermied er es ängstlich, gefährliche Medikamente zu verordnen. Sogar Schlafmittel verschrieb der Modearzt selten und dann nur in wirkungslosen Dosierungen.

Morells Grundsatz war es, ärgerliche Medizin-Pannen zu vermeiden und sich seine Kundschaft aus betuchten Hypochondern zu erhalten. Das ging so lange gut, bis er an Hitler geriet, der sich wirkungslose Arzneien nicht aufschwatzen ließ.

Morell hatte nun die Wahl zwischen seinen Prinzipien und Hitler. Er entschied gegen seine Prinzipien. Und als Hitler ihm offenbarte, woran er litt, fuhr Morell starkes Geschütz auf.

Gegen Hitlers Bauchkneifen, dem die Ärzte mit Diät und milden Gesundheitstees beizukommen versucht hatten, verordnete Morell Eukodal, das dem Morphium ähnelt. Die Wirkung überzeugte Hitler. Er glaubte, einem Wunderdoktor begegnet zu sein.

Schwieriger war es, Hitlers Blähungen zu lindern. Dagegen hatte der Diktator emsig Dr. Kösters Antigas-Tabletten geschluckt — ohne Erfolg. Morell verordnete zusätzlich Euflat.

Aber auch dieser Arznei mit dem griechisch-lateinischen Namen (eu = gut; flatus = der Furz) widerstanden des Führers Darmwinde. Den Patienten stimmten derlei Beschwerden trübe, und er suchte nach Gegenmitteln.

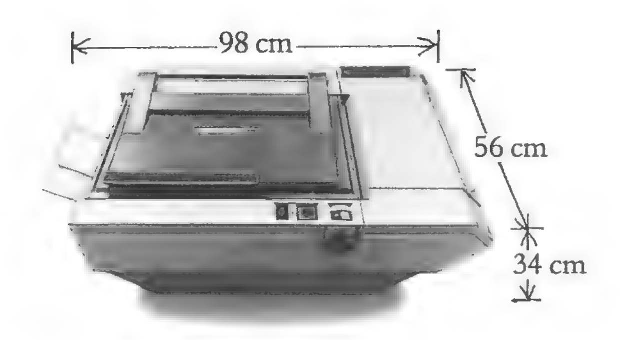
Da traf es sich, daß die medizinischen Fachblätter, die Hitler eifrig las, gerade über ein Wundermittel berichteten, das sowohl Mißstimmungen zu beseitigen wie Leistungsreserven freizusetzen versprach — Pervitin.

Natürlich wünschte Hitler, die fabelhafte Medizin zu probieren, doch Morell sträubte sich anfänglich dagegen. Er kannte die Gefährlichkeit dieses Weckmittels, das er einmal in einem Brief an einen Kollegen als „Peitsche, kein Futter für das Pferd" bezeichnet hatte. Hitler aber war nicht der Patient, der sich medizinische Wunderwaffen ausreden ließ.

Der Diktator probierte eine Pervitin-Tablette und war begeistert. Die schien ihm nützlicher als die schwachen Cola-Tabletten, von denen er eine ganze Röhre nehmen konnte, ohne auch nur

* Mit den SA-Führern Jüttner (l.) und Lutze.

Heye, Needham



Klein, aber Rank Xerox. Der neue Tischkopierer Xerox 2300 ist da.

Der Bedarf an Kopien wird täglich größer. Doch der Platz für Kopierer immer, immer kleiner. Für den Xerox 2300 Tischkopierer ist das kein Problem. Seine wahre Größe liegt in seiner Wirtschaftlichkeit und Handhabung. Direkt am Arbeitsplatz.

Er ist wirklich sparsam. Denn er begnügt sich mit Normalpapier. Und er ist vielseitig. Denn er gibt von DIN A 5 über DIN A 4 bis DIN B 4 alles originalgetreu wieder. Nahezu von jeder Vorlage auf alle möglichen Papiere, also auch auf Briefbogen, Etiketten, auf farbiges Papier und Folien usw. Alles in einer Qualität, die für Rank Xerox einfach typisch ist.

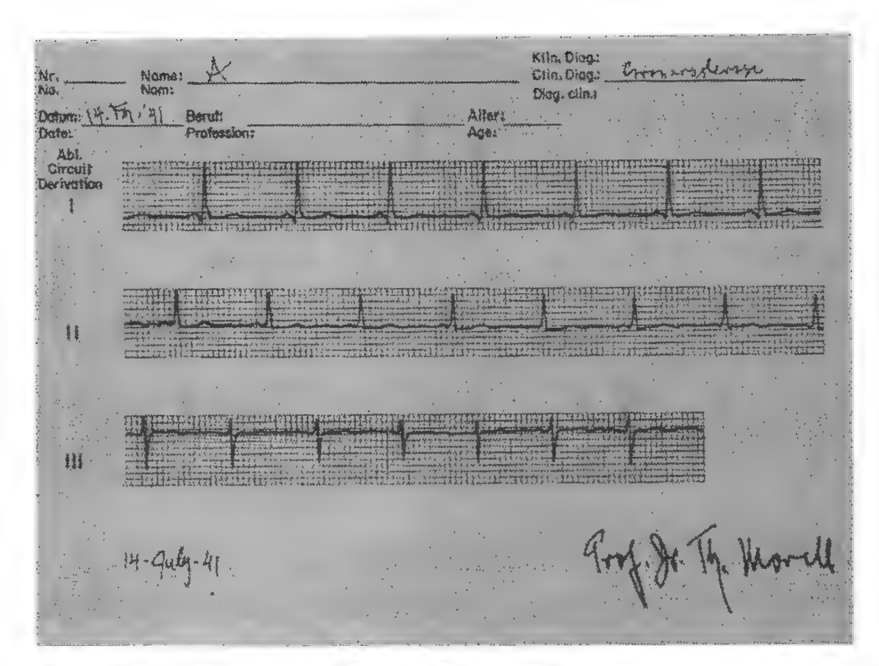
Das Schöne daran ist, daß jedermann den Xerox 2300 sofort bedienen kann. Nur eine Zahl zwischen eins und fünfzehn vorwählen. Den Rest besorgt der kleine Xerox 2300 von selbst. Sogar bei kontrastarmen Vorlagen. Denn dafür gibt es noch eine Kontrasttaste.

Sie sehen, der Xerox 2300 ist zwar klein. Im Kopieren aber ganz groß. Mehr über den Xerox 2300 erfahren Sie von:

Rank Xerox GmbH, Abteilung MKO 1, Postfach 630, 4000 Düsseldorf 11.

MOSKAU 1980
Offizieller Ausstatter

RANK XEROX®



Hitler-Elektrokardiogramm: Befunde geheimgehalten

annähernd so beschwingt zu werden wie von einer Pervitin.

Fortan nahm er das Weckmittel, anfänglich nur in kleinen Dosen und nicht regelmäßig. Aber mit der Zeit wurden die Pervitin-Pausen immer kürzer.

Mittlerweile verflog die allgemeine Begeisterung über das Wundermittel. Unter Pervitin-Einfluß donnerten Luftwaffen-Piloten einen Bomber nach dem anderen auf den Landebahnen zu Schrott. Und so reihte Deutschland als eines der ersten Länder Pervitin unter die Betäubungsmittel ein. Es unterlag nun denselben strengen Verschreibungsbestimmungen wie etwa Morphium.

Aber da hatte sich Hitler längst so an das Weckmittel gewöhnt, daß es ihm — so schätzt Heston — seit spätestens Anfang 1942 schon intravenös gespritzt werden mußte, nahezu jeden Morgen. Nebenher schluckte Hitler täglich noch bis zu zehn Wecktabletten.

Dieser Pervitin-Abusus stellte Morell nicht nur vor medizinische Probleme. Denn: Derartige Mengen waren selbst für Hitler offiziell nicht zu beschaffen, ohne daß es auffiel.

Jede Pervitin-Tablette war dank des deutschen Betäubungsmittelgesetzes registriert, Kontrollbehörden konnten den Verbleib jeder einzelnen Packung zurückverfolgen. So mußte auch der morphiumsüchtige Hermann Göring, zweitmächtigster Mann im Reich, sich seine Opiate aus dem Ausland kommen lassen oder aus Luftwaffen-Apotheken abzweigen.

Hitler und Morell waren sich einig, daß über die Pervitin-Einnahme nichts bekannt werden durfte. Hitlers sorgsam gepflegter Ruf als „Mann der Tat" wäre ruiniert gewesen, wenn das Volk erfahren hätte, daß es von einem Pervitin-Schlucker geführt wurde.

Und Morell fand einen Weg, die Kontrolle zu umgehen: Er bezog das ominöse Vitamultin direkt aus seinen Hamma-Werken. Es wurde in Ampullen zur Injektion, aber auch in Tablettenform geliefert. Die für Hitler bestimmten Vitamultin-Tabletten waren eigens in Goldpapier eingewickelt, und die Männer und Frauen, die zu Hitlers vertrautem Kreis zählten, erinnerten sich später genau, daß der Führer in prekären Situationen fortwährend diese Gold-Tabletten schluckte.

Einem der Lebensmittelüberwacher für Wehrmacht und Waffen-SS, dem Professor Ernst-Günther Schenck, kam Morells belebende Vitamin-Mixtur da-



Luftwaffenchef Göring
Opiate aus dem Ausland

mals verdächtig vor. Er ließ, wie er Heston berichtete, das Präparat in einem Laboratorium analysieren.

Resultat: Es enthielt zwar tatsächlich die angegebenen Vitamine, darüber hinaus aber Pervitin und Koffein — eine Zusammensetzung, die besonders wirkungsvoll ist, da Koffein die Wirkung des Pervitin potenziert.

Professor Heston sieht keinen Grund, an Schencks Bericht zu zweifeln. Denn es sprechen auch andere Beobachtungen dafür, daß Großdeutschlands Führer wie ein Junkie an der Nadel hing:

Heston erkannte, daß die vielen kleinen Symptome, die von mehreren Zeugen an Hitler wahrgenommen wurden, das klassische Bild eines Pervitin-Abhängigen ergeben. So fand der gedopte Hitler nur mit Hilfe starker Barbiturate erst gegen Morgen einen betäubungsähnlichen Schlaf, aus dem er dann nur durch Aufputschmittel wieder hochgebracht werden konnte.

Heston: „Der Gebrauch von ‚Uppers‘ zum Aufwachen und ‚Downers‘ zum Einschlafen ist ein typisches Anzeichen für Drogenmißbrauch, wie wir es häufig in der medizinischen Praxis erleben.“

Andere Anzeichen für Pervitin-Mißbrauch gab es in Fülle: Hitlers krankhaftes Mißtrauen gegen seine Mitarbeiter; seine wechselnden Stimmungen, die zwischen Depression, Wutausbrüchen, latenter Gereiztheit und Euphorie schwankten; sein eingleisiges Denken, seine Starrköpfigkeit, sein Nägelkauen und ein quälender Juckreiz, der ihn veranlaßte, sich zwanghaft zu kratzen. Im Genick, wo er sich zeitweise regelrecht wundkratzte, bildeten sich dann leichte Infektionen.

Auch das Zittern in Hitlers linkem Arm, als dessen Ursache viele Wissenschaftler die Parkinsonsche Krankheit ansehen, hält Heston für eine Folge der chronischen Pervitin-Vergiftung.

Und für alle diese Symptome hatte Morell stets ein Gegenmittel parat, meist in Form von Injektionen, so daß Göring ihn bald „Herr Reichsspritzenmeister“ titulierte. Das durfte Hitler freilich nicht hören, denn ihm imponierten Injektionen, vor allem wenn sie schmerzten.

1943 reichten die morgendlichen Pervitin-Injektionen schon nicht mehr aus, um Hitlers Spannkraft zu erhalten. Der Doktor mußte auch tagsüber öfter zur Spritze greifen.

Doch nun offenbarte das Pervitin seine verheerenden Nebenwirkungen: Hitler büßte die Fähigkeit zum flexiblen Denken vollends ein. Seine strategischen Rezepte erschöpften sich in sturem Festkrallen. Heston führt sogar Hitlers starres Verhalten in der Katastrophe von Stalingrad auf Pervitin-Mißbrauch zurück.

Zur gleichen Zeit klagte Hitler über Herzbeschwerden. Morell, der davon

wenig verstand, ließ von nun an öfter ein EKG anfertigen. Die Kurvenblätter, auf denen vermerkt stand, es handle sich um den „Patienten A.", schickte er dem Herzspezialisten Dr. Karl Weber nach Bad Nauheim. Der Experte stellte anfangs eine beginnende Sklerose der Herzkranzgefäße fest, die sich jedoch schon bald „schnell verschlimmern" sollte.

Hitler und sein Doktor hielten diese beunruhigenden Befunde so geheim, daß nicht einmal Kammerdiener Linge, dem sonst so leicht nichts verborgen blieb, das Herzleiden seines Herrn kannte.

Einige der EKG-Blätter Hitlers sind erhalten geblieben und erlauben eine nachträgliche Diagnose. Sie deuten laut Heston darauf hin, „daß Hitler an einem erheblichen Herzmuskelschaden litt und im späten Frühling oder frühen Sommer des Jahres 1943 einen Infarkt erlitten haben könnte".

Morell jedenfalls hat nichts davon gemerkt, aber immerhin erkannte auch er, daß es mit der Pervitin-Behandlung nicht mehr so weitergehen konnte.

Doch sobald das Aufputschmittel abgesetzt war, litt Hitler unter Entzugserscheinungen. Gleichwohl war er in der Lage, zeitweilig wieder klar und logisch zu denken. So plante er in einer Pervitin-Pause im Herbst 1944 ganz allein die Ardennen-Offensive, deren strategisches Konzept „gesund und vom alten Hitler-Elan geprägt war" (so Heston). Der Pervitin-Stopp führte allerdings zu schweren Depressionen.

Das Bomben-Attentat am 20. Juli 1944 setzte der durch „Uppers" und „Downers" zerrütteten Physis Hitlers mehr zu, als es anfangs den Anschein hatte. Nach der Detonation, die ihm die Hose und die Trommelfelle zerrissen hatte, glaubte Hitler sogar, nun seien „alle meine Leiden kuriert", weil sich das Gliederzittern zurückgebildet hatte. Doch das Zittern stellte sich bald wieder ein, stärker als je zuvor.

Ende September kam noch eine Gelbsucht mit Übelkeit und dem Gefühl allgemeiner Hinfälligkeit hinzu. Der sonst so willensstarke Führer verließ kaum noch das Bett. Er lag lethargisch unter der Decke und hatte das Interesse selbst an seinen Krankheiten verloren.

Bettlägerig war der dauernd kränkelnde Diktator bis dahin noch nie gewesen. Morell, zutiefst erschrocken und ratlos, zog andere Ärzte hinzu. Doch niemand von ihnen kam auf den — laut Heston naheliegenden — Gedanken, Hitlers Galle zu untersuchen. Heston ist überzeugt, daß Gallensteine die Ursache von Hitlers starken Bauchschmerzen waren.



Kranker Hitler 1945: Von Drogen vergiftet

Im Februar 1945 traf Hitler ein leichter Schlaganfall, von dem er sich nicht wieder erholte. Er vergreiste zusehends. Als der sonst so unentbehrliche Morell sich am 22. April verabschiedete, um noch aus dem fast eingeschlossenen Berlin zu entkommen, ließ ihn Hitler ungehindert ziehen. Hitler: Er brauche nun weder Arzt noch Medizin.

Doch Zeugen beobachteten, daß Hitler auch weiterhin die in Goldpapier eingewickelten Tabletten nahm — bis zum 30. April 1945, an dem er sich im Bunker unter der Reichskanzlei erschoß. ◆

Sind Sie der Abiturient, der den Weg nach oben sucht?

Dann sollten Sie diese Lufthansa-Anzeige weiter lesen!



Die Ausbildung zum Flugzeugführer bei der Lufthansa ist für Sie der Start auf dem Weg nach oben.
Für viele Abiturienten eine reizvolle Alternative zum vielleicht geplanten Studium ... zumal Sie schnell mit dieser anspruchsvollen Ausbildung beginnen können.

Die Aufgabe als Flugzeugführer erfordert:
- Zuverlässigkeit
- Verantwortungsbewußtsein
- Fähigkeit zur Teamarbeit
- Wille zur Selbstkritik
- Bereitschaft zur ständigen Weiterbildung

Als Co-Pilot – nach zweieinhalb Jahren Lufthansa-Schulung – Team-Verantwortung im Cockpit zu haben, ist sicher eine Herausforderung für befähigte junge Männer.

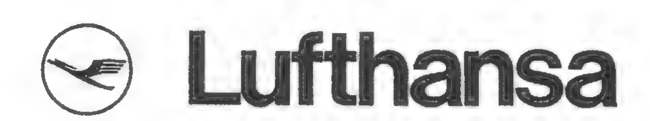
Hier die wichtigsten Voraussetzungen:
Alter 19 bis unter 25 Jahre, Größe ca. 170–190 cm, beste Gesundheit, volles Sehvermögen (keine Brille), gutes Englisch, uneingeschränkter Reisepaß. Der Wehr- oder Zivildienst muß abgeleistet sein oder kurz vor dem Abschluß stehen.

Im Rahmen unserer Eignungsuntersuchung prüfen wir besonders:
- Technisches Verständnis
- Mathematisch-physikalische Grundkenntnisse
- Rechenfertigkeit
- Räumliche Orientierung
- Aufmerksamkeitskapazität
- Mehrfachbelastbarkeit
- Bewegungskoordination

Unsere Leistungen:
- Eine erstklassige Ausbildung
- Ein zukunftsorientierter Arbeitsplatz
- Ein überdurchschnittliches Gehalt
- Fortschrittliche Sozialleistungen

Sie können sich jederzeit bewerben oder zunächst die Berufsinformation der Deutschen Lufthansa für Flugzeugführer anfordern.

Deutsche Lufthansa
Aktiengesellschaft
Abteilung Allgemeiner Personal- und Sozialdienst Hamburg, PH 11/03
Postfach 300, 2000 Hamburg 63
Telefon (040) 5092815



„Wir kämen endlich von der Bettelei weg“

Willy Brandts Nord-Süd-Kommission legt ihren Bericht vor

Statt herkömmlicher Entwicklungshilfe soll eine internationale Steuer den Ländern der Dritten Welt aus ihrer Armut helfen. So will es Willy Brandt, der zwei Jahre lang mit prominenten Politikern an einem Nord-Süd-Report arbeitete. Auf einer Gipfelkonferenz möchte Brandt jetzt die führenden Staatsmänner in die Pflicht nehmen.

Willy Brandt gibt sich einstweilen noch hoffnungsfroh. „Alles, was in unserem Bericht steht“, versichert der Vorsitzende der „Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen“ (ICIDI), „wird wieder aus der Schublade herauskommen, in die man es zunächst einmal legen wird — vorausgesetzt, daß wir um den ganz großen Kladderadatsch herumkommen.“

Wenn der deutsche Ex-Kanzler am Dienstag dieser Woche ein druckfrisches Exemplar seines 360-Seiten-Reports** an Uno-Generalsekretär Kurt Waldheim in New York übergibt, wird niemand an der Dringlichkeit seiner Appelle zweifeln wollen. Doch Zukunftsentwürfe für weltweite Solidarität, Klagen über Hunger und Massensterben in den Armutsregionen Asiens und Afrikas, Warnungen vor einem neuen Wettrüsten — dafür herrscht zu Beginn der achtziger Jahre nicht die rechte Konjunktur.

Die Ost-West-Krise nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan überlagert, wieder einmal, den fälligen Interessenausgleich zwischen Nord und Süd. „Die Entwicklungsländer“, sorgt sich Brandts Bonner Genosse Uwe Holtz, „werden zu Bauern auf dem Ost-West-Schachbrett degradiert.“

Unter solch widrigen Umständen hätte es für den SPD-Chef und seine Nord-Süd-Kommission kaum einen ungünstigeren Zeitpunkt geben können, um sein Plädoyer für die „gemeinsamen Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer“ vorzulegen.

Zu den wichtigsten Forderungen der Brandt-Kommission gehören:

- ▷ eine massive Erhöhung der Entwicklungshilfe bis zu einem Prozent des Bruttosozialprodukts der Industrieländer;
- ▷ ein internationales Abkommen zur Sicherung der Energieversorgung;
- ▷ ein Nahrungsmittelprogramm für die von Hungersnöten bedrohten ärmsten Länder;
- ▷ Reformen im Weltwährungssystem und eine Liberalisierung des internationalen Handels;
- ▷ eine internationale Steuer zugunsten der Dritten Welt.



Entwicklungspolitiker Brandt*: Langer Marsch zu größerer Gerechtigkeit

Solche Forderungen lassen sich wohl kaum durchsetzen, wenn allenthalben mehr Geld für Rüstung und Verteidigung gebraucht wird. Die Militärausgaben nur eines halben Tages, rechnet der Kommissionsvorsitzende im Vorwort nach, reichten aus, um die gesamte Malaria-Bekämpfung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu finanzieren. Schon vor Afghanistan waren die Rüstungsausgaben weltweit auf jährlich 450 Milliarden Dollar geklettert — der Obolus für Entwicklungshilfe macht noch nicht fünf Prozent dieser Summe aus. Und nach Afghanistan?

Hilfe in Zahlen

Öffentliche Entwicklungshilfe
Netto-Auszahlungen in Milliarden Dollar

	1977	1978
Westliche Industrieländer	16,2	19,8
Erdölländer (Opec)	5,7	4,7
Staatshandelsländer	0,8	0,6

DER SPIEGEL

Schuld daran sind nicht nur die Industrieländer. Auch etliche Staaten der Dritten Welt, belegt der Report, vergeuden über 20 Prozent ihres Jahresbudgets für Waffenkäufe. Es sei schon eine „schreckliche Ironie“, schreibt Willy Brandt resignierend, „daß der dynamischste und schnellste Transfer hochentwickelter Technologie von den reichen in die armen Länder in der Maschinerie des Todes besteht“.

Vorsorglich hatte Brandt zu Beginn der Arbeit, im Dezember 1977, vor allzu hohen Erwartungen an sein Nord-Süd-Gremium gewarnt: „Wir können nicht den Stein der Weisen erfinden.“

Der Auftrag von Weltbankpräsident Robert McNamara an Brandt und 17 weitere prominente Politiker und Experten aus vier Kontinenten war ehrgeizig genug: Sie sollten den in endlosen Konferenzen festgefahrenen Nord-Süd-Dialog durch ihre Bestandsaufnahme wieder flottmachen.

Sieben Mitarbeiter holte Brandt sich aus dem Norden, darunter Englands konservativen Ex-Premier Edward Heath, Schwedens früheren sozialdemokratischen Regierungschef Olof Pal-

* Mit dem saudischen Außenminister Saud Al Feisal (r.) beim Besuch der Nord-Süd-Kommission in Saudi-Arabien im Dezember 1979. Im Hintergrund Kommissionsmitglieder Edward Heath und Olof Palme.

** Der Bericht erscheint im März unter dem Titel „Die Zukunft sichern“ im Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln.





Hunger in Afrika: „Alarmierende Aussichten für die Zukunft"

me, die ehemaligen Minister Peter G. Peterson (USA) und Edgard Pisani (Frankreich) sowie, als einzige Frau, Katharine Graham, Herausgeberin der „Washington Post".

Zehn Mitstreiter, „frei von Weisungen und Prestigeerwägungen", gewann Brandt aus dem Süden: Chiles christdemokratischen Ex-Präsidenten Eduardo Frei, Indonesiens Vize-Präsidenten Adam Malik und so erprobte Haudegen aus dem Nord-Süd-Gezänk wie den Algerier Yaka Layachi, den Kuweiti Abd el-Latif J. Al Hamad oder den Guayaner und Generalsekretär des Commonwealth Shridath Ramphal.

Die Runde traf sich in der Schweiz und in Mali, sie diskutierte in Malaysia oder China, konsultierte die Mächtigen der Welt von Jimmy Carter bis Leonid Breschnew, die Neureichen in Saudi-Arabien oder Kuweit, aber auch die Habenichtse in Asien und Afrika.

Die Kommissionäre sprachen bei den multinationalen Konzernen ebenso vor wie bei den Uno-Organisationen, suchten den Rat der Weltbank und tadelten ihre restriktiven Praktiken; sie befragten schließlich eine Schar „ausgewählter Persönlichkeiten", darunter Henry Kissinger und den linken Sozialdemokraten Erhard Eppler.

Was am Ende herauskam, faßt der Kommissionsvorsitzende vorsichtig in dämpfende Worte: „Unsere Vorschläge sind nicht revolutionär; einige sind dem gegenwärtigen Denken vielleicht ein bißchen voraus, andere liegen schon seit Jahren auf dem Tisch."

Patentlösungen bietet die Brandt-Kommission nicht feil, eher stellt sie Forderungen, die schon lange in der Diskussion gewesen sind, zuweilen verlangt sie — aus der Sicht des Nordens — Unrealistisches.

Vertraut muß den Adressaten in den westlichen Industrieländern die Mahnung klingen, längst vergebene Zusagen einzulösen und die Entwicklungshilfe bis spätestens 1985 auf 0,7 Prozent ihres Bruttosozialproduktes (jetzt: 0,35 Prozent) zu steigern. Bis zur Jahrtausendwende soll die Ein-Prozent-Marke erreicht sein. Dies käme einer Verdoppelung der weltweiten Hilfsleistungen von jetzt 20 auf mindestens 40 Milliarden Dollar ab 1985 gleich.

Seit langem auf dem Tisch sind auch die Wünsche der Kommission, den Entwicklungsländern bessere Chancen auf dem Weltmarkt zu öffnen, den Handelsprotektionismus abzubauen und Privatinvestitionen durch gegenseitige Verpflichtungen abzusichern.

Unrealistisch dürfte das in den Kommissionsbericht aufgenommene Verlangen des Südens nach Schlüsselreformen im internationalen Währungssystem und der Finanzierung der Entwicklungshilfe bleiben. Denn Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF), in denen die Industrieländer den Ton angeben, werden wohl auch weiterhin für die Dritte Welt „Klubs des reichen Westens" bleiben — auch wenn der Brandt-Report, vorsichtiger als intern diskutiert, eine „breitere Beteiligung" der unterentwickelten Staaten an der Kreditvergabe des IWF wünscht.

Gegen die Sturheit der Besitzenden können die Entwicklungsländer nichts ausrichten: Zwar dominieren sie mit ihren Mehrheiten die Vereinten Nationen und deren Unterorganisationen für Entwicklungsfragen. Doch das Geld kommt von den reichen Ländern.

Brandts südliche Partner in der Kommission stritten deshalb für einen „Weltentwicklungs-Fonds": eine neue Institution, in der die Entwicklungsländer ohne Gängelung der Weltbank und ihrer Finanziers aus dem Norden ihre eigene Konzeption von „Entwicklung" verwirklichen können.

Ein solcher Fonds sollte, nach den Wünschen der Dritten Welt, paritätisch besetzt sein. Dem halten die Industrie-

länder entgegen, es gebe wohl kaum etwas Verrückteres, als neben den bestehenden Organisationen eine neue, womöglich noch größere Entwicklungsbürokratie zu installieren.

Die Nord-Süd-Kommission einigte sich auch bei diesem Streit auf einen Kompromiß: Zu „überlegen“ sei, heißt es nun unverfänglich, ob eine neue internationale Finanzierungsinstitution geschaffen werden sollte — „als Ergänzung“ bestehender Organisationen.

Dieser weltweite Fonds könnte jene internationale Steuer einsammeln und verteilen, die vielen Staaten der Dritten Welt wie auch der Brandt-Kommission als künftiges Modell der Entwicklungsfinanzierung vorschwebt.

Selbst Helmut Schmidt, den Brandt („Ich will mich doch nicht nach vorne wagen, und nachher holzen die mir alles ab“) ständig über die Kommissionsarbeit auf dem laufenden hielt, scheint, wie Vertraute berichten, einem solchen Modell nicht abgeneigt.

Der Brandt-Report schlägt eine weltweite Abgabe vor, zu der sich, ihrem Pro-Kopf-Einkommen entsprechend, alle Staaten mit Ausnahme der rund 30 ärmsten Länder verpflichten müßten.

Der Vorteil einer solchen, etwa auf den internationalen Handel erhobenen Steuer: Die Entwicklungsländer, die stärker als der industrialisierte Norden dem Auf und Ab der Weltkonjunktur unterworfen sind, würden von der nationalen Haushaltspolitik der Geberländer unabhängiger, die Hilfeleistungen nicht mehr wie Almosen wirken. „Wir kämen“, formuliert ein Brandt-Vertrauter, „endlich von der Bettelei weg zur Rente.“

Durch frühere Erfahrungen gewitzt, ahnten die Autoren, daß ihre Zukunftsmodelle über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte in internationalen Konferenzen diskutiert, aber nicht verwirklicht werden.

Auch der Nord-Süd-Report des ehemaligen kanadischen Premiers Lester Pearson, 1969 erstellt, war zwar jahrelang ein Nachschlagewerk für Entwicklungspolitiker: Etliche seiner Forderungen, etwa „weichere“ Kreditbedingungen für die ärmsten Länder oder der Anstieg multilateraler Entwicklungshilfe, sind inzwischen durchgesetzt.

Doch auf weitreichende Forderungen der Dritten Welt reagierten die Industrieländer hinhaltend.

Da war wohl — wie bei Kanzler Helmut Schmidt — zähneknirschend die Rede von „Opfern“, die gebracht werden müßten; da fehlte es aber auch nicht an Warnungen an die Dritte Welt, die „Industrieländer nicht zu überfordern“. Für den Nord-Süd-Reporter Willy Brandt war's „weithin ein Dialog von Tauben oder von solchen, die aneinander vorbeigeredet haben“.

Deshalb schlägt die Brandt-Kommission ein „Dringlichkeitsprogramm“ vor. Denn: „Die Aussichten für die Zu-

Klara Krüger, 73, fünffache Großmutter



Autos machen doch wirklich keine Freude – höchstens Krach! Bis vor kurzem jedenfalls habe ich noch auf sämtliche Autofahrer dieser Welt geschimpft.

Seit ein paar Wochen finde ich sie aber gar nicht mehr so schlimm. Weil ich jetzt Schallschutzfenster habe. Da bleibt der Lärm hübsch draußen, und man sieht die Autos mehr, als daß man sie hört.

Es ist wirklich ein himmelweiter Unterschied, ob man normale Scheiben drin hat oder ein richtiges Schallschutz-Glas. Das hat übrigens noch den Vorteil, daß es auch mehr vor Kälte schützt und man somit im Winter auch weniger heizen muß.

Wenn Sie mich fragen: Mit den richtigen Fenstern bleibt einem heute vieles erspart.

Bauen mit Glas & Verstand.

Glas schützt vor Kälte, Hitze, Lärm.
Glas schützt Eigentum,
Glas schützt vor unerwünschten Blicken.
Glas bringt Licht ins Leben.

Die Broschüre „Bauen mit Glas & Verstand" erhalten Sie kostenlos bei der Aktionsgemeinschaft Glas im Bau des Fachverbandes Flachglasindustrie e.V., Postfach 25 02 64, 5000 Köln.

kunft“, befindet der Report mit Blick auf die ärmsten Länder, „sind alarmierend.“

Ein Nahrungsmittelprogramm, großzügige Schuldenregelungen, höhere Überweisungen und eine garantierte Energieversorgung — das hält der Brandt-Report in den nächsten fünf Jahren für die dringlichsten Aufgaben auf dem langen Marsch zu einer „größeren internationalen Gerechtigkeit“.

Auch die ölexportierenden Länder sollen ihren Beitrag leisten, um Preise und Versorgung stabil zu halten. „Während sie sich der internationalen Verantwortung bewußt sind, ihre Produktion nicht plötzlich einzuschränken“, lobt Kommissionschef Brandt die Rolle der Ölstaaten, „nimmt bei ihnen der Wunsch zu, das Öl für die lange Übergangsphase zu einer breiter angelegten Wirtschaftsentwicklung zu konservieren.“

Ihre Hoffnung, daß die Opec-Länder zur konstruktiven Mitarbeit bereit sein werden, schöpft die Kommission aus dem Verhalten der drei Opec-Vertreter in der Brandt-Runde: Sie zeigten sich beim Streit um eine „Neue Weltwirtschaftsordnung“ solidarisch mit den armen Entwicklungsländern.

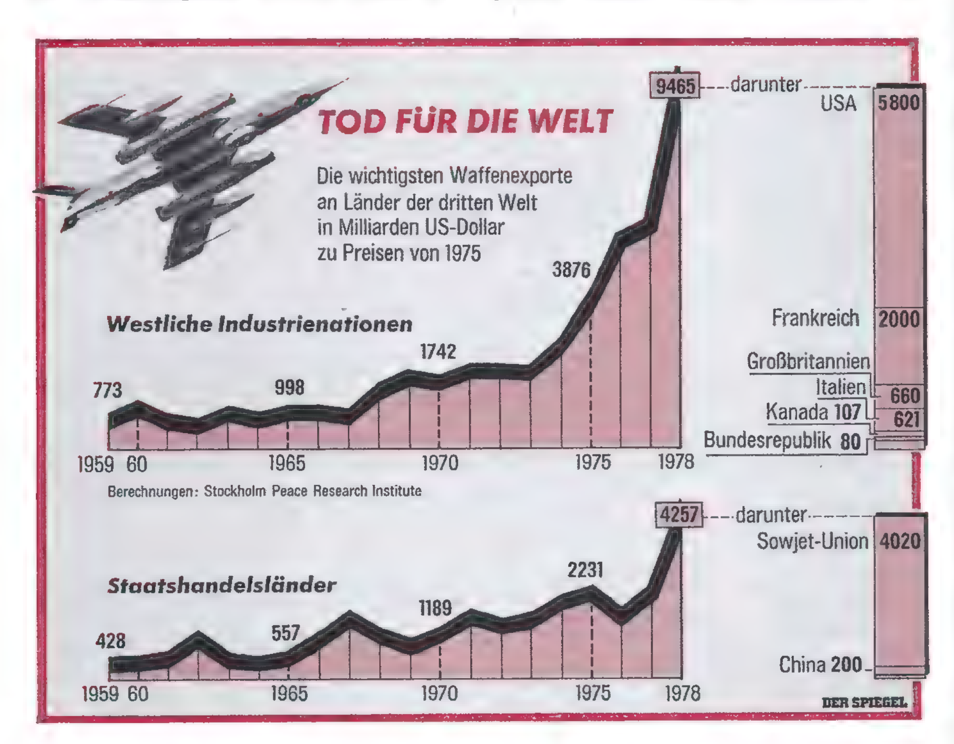
Hingegen kam keine Illusion über die Beteiligung der sozialistischen Industrieländer am Nord-Süd-Ausgleich auf: Aus dem Osten seien, so der Bericht, künftig eher Waffen denn Traktoren für die Dritte Welt zu erwarten. Der Report zitiert die Sowjets mit der Ausflucht, sie könnten „ihrer notwendigen Militärausgaben wegen“ nicht mehr Rubel für Entwicklungshilfe abzweigen.

Anders als die Pearson-Kommission vor zehn Jahren wollte das Brandt-Team, ermuntert durch entsprechende Forderungen des Südens nach einer „aktiveren Rolle“ der Staatshandelsländer, die kommunistischen Länder in den Dialog mit der Dritten Welt einbinden. Aber Brandts Emissäre mußten sich auf ihren Reisen in den Ostblock mit der Entschuldigung abfertigen lassen, man habe im eigenen Machtbereich genug „Entwicklungsarbeit“ zu leisten, auch wenn man sich unter Kommunisten der Probleme „voll bewußt“ sei.

Die westlichen Länder können so auch künftig, und sei es zur Tarnung eigener Versäumnisse, den mangelnden Opferwillen der Ost-Länder anprangern.

Willy Brandt („Schnelle Lösungen sind eine Illusion“) hat derweil bereits prüfen lassen, welche Chancen es gibt, möglichst bald eine Gipfelkonferenz von „etwa 25 führenden Staatsmännern“ zustande zu bringen. Im persönlichen Gespräch, ohne Experten-Delegation, sollen die Gipfel-Teilnehmer aus Nord und Süd den notwendigen politischen Willen für die Lösung der „dringendsten Probleme“ (Brandt) aufbringen. Als Textbuch und Leitlinie bietet sich, meinen seine Autoren, der Brandt-Report geradezu an.

Doch der Kundschafter des Kommissionschefs, Österreichs Kanzler Bruno Kreisky, der den exklusiven Gipfel gern nach Wien holen würde, brachte in der vergangenen Woche schlechte Nachricht von seiner Asien-Reise mit: Die Weltlage, berichtete Kreisky seinem Freund Brandt bei der Tagung der Sozialistischen Internationale in Wien, habe bei seinen Gesprächspartnern die Begeisterung für ein solches Unternehmen in naher Zukunft nicht eben begünstigt. ◆

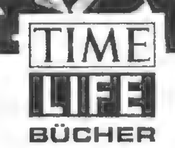




Hitler auf dem Weg zur Macht unter Einsatz aller Mittel und Medien, insbesondere der modernsten technischen Errungenschaften wie Rundfunk und Film.

Der Konflikt war programmiert

DER ZWEITE WELTKRIEG



Seine Ursachen und Hintergründe, seine Ziele und Auswirkungen, seine Niederlagen und Siege, seine Helden und Opfer, seine Schauplätze und Brennpunkte – präsentiert in einer umfassenden Dokumentation über den größten kriegerischen Konflikt seit Menschengedenken.

Am Anfang stand ein »Schandvertrag«

Der Versailler Vertrag sollte der Welt Frieden bringen – aber er legte den Keim zu einem neuen Krieg. Die maßlosen politischen, regionalen und wirtschaftlichen Forderungen der Siegermächte stürzten Deutschland von einer Wirtschaftskrise in die andere, führten schließlich in die politische Ausweglosigkeit, zum Zusammenbruch der jungen Weimarer Republik und schließlich zum Durchbruch des Nationalsozialismus.

Der verhängnisvolle »Retter in der Not«

Massenarbeitslosigkeit, bittere Armut, blutige Straßenkämpfe zwischen rechten und linken Gruppierungen ließen immer mehr Deutsche auf den »starken Mann« hoffen. Als Adolf Hitler schließlich 1933 legal an die Macht kam, machte er seine Versprechungen wahr: Schritt für Schritt kündigte er wesentliche Punkte des Versailler Vertrages, 1936 holte er die Rheinlande zurück, zielstrebig baute er die schlagkräftigste und modernste Armee Europas auf und konnte schon 1938 als gleichberechtigter Partner mit Chamberlain das Münchner Abkommen aushandeln, das das Schicksal der Tschechoslowakei besiegelte. Doch standen bereits zu diesem Zeitpunkt die Zeichen weltweit auf Sturm: der Völkerbund erlebte seinen Niedergang. Italien verfolgte weitreichende Expansionspläne. Und in Südostasien schickte sich Japan an, den Rohstoffmangel seines Volkes ein für allemal zu beheben.

Lesen Sie jetzt die ganze Geschichte dieses Krieges – bis zum bitteren Ende

Nie zuvor wurden alle wesentlichen Aspekte, weltweiten Verwicklungen und schicksalhaften Ereignisse so spannend, umfassend und informativ dargestellt. Basierend auf Dokumentationsmaterial aller kriegführenden Staaten, darunter erst jetzt freigegebene Geheimpapiere.
Unter Verwendung von Zeugenberichten aus vorderster Front sowie aus den politischen und militärischen Kommandozentralen. Sowie unter Berücksichtigung aller maßgeblichen Kommentare zu diesem Krieg – vor, während und danach.

Rommels großer Bluff

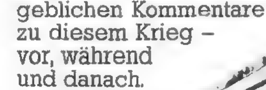
Mit Panzerattrappen aus Holz und Stoff und Kfz-Fahrgestellen, die er an strategisch wichtigen Punkten placierte, täuschte Rommel militärische Stärke vor – doch gegen die erdrückende Übermacht der Alliierten blieb ihm schließlich nur der Rückzug. Mehr darüber im Band DER KRIEG IN DER WÜSTE.

Beginnen Sie mit dem Band DER WEG ZUM KRIEG 10 Tage unverbindlich zur Ansicht

Mehr als 4000 Photos, viele davon bislang unveröffentlicht. Aus dem riesigen Fundus der Magazine TIME und LIFE sowie aus den Archiven der Alliierten und der Achsenmächte wurde ein einzigartiges Photomaterial ausgewählt, das diesen größten Weltkonflikt aller Zeiten so realistisch dokumentiert wie nie zuvor. Dazu kommt eine Fülle weiterer Unterlagen wie strategische Aufmarschpläne, zeitgenössische Veröffentlichungen u. v. m.

Weitere Bände dieser Reihe sind: DER BLITZKRIEG, DIE SCHLACHT IM ATLANTIK, DER KRIEG IN DER WÜSTE, DER ANGRIFF AUF RUSSLAND, DIE LUFTSCHLACHT UM ENGLAND, DER KAMPF IN ITALIEN, DIE AUFGEHENDE SONNE, DER KRIEG IM PAZIFIK… und viele andere.

Jeder Band hat das Großformat 29 x 24 cm · Hartleineneinband – enthält ca. 200 Seiten – mehr als 300 Photos und Dokumente – sowie einen spannenden und informativen Text.





◀ **Mehr über Ihr GESCHENK auf der Bestellkarte**

„Eloquenz ist grundsätzlich verdächtig“

SPIEGEL-Reporter Gerhard Mauz über den Fortgang des Zlof-Prozesses in München

Wer möchte angesichts der Überschaubarkeit und Transparenz unserer Steuergesetze schon Finanzbeamter sein! Aber Finanzbeamter im Freistaat Bayern ...

Da hat ein Zeuge, der für einen renommierten Kraftfahrzeughersteller höchst erfolgreich handelt, auch mal einen Unfallwagen verkauft. Hat er das Geschäft ordentlich in seine Bücher eingetragen?

„Na, oiso an des konn i mi jetzt net erinnan“, weicht er zunächst aus. Doch als das Gericht nicht lockerläßt, verwandelt er sich in das Orakel von Delphi: „Vabucht vielleicht net direkt.“

Nein, Finanzbeamter sollte man in Bayern schon gar nicht sein. Zwar verachtet selbstverständlich jeder Bayer das Steuerhinterziehen. Aber es verachtet auch jedermann in Bayern das Wildern ...

Es soll hier nicht um die Steuermoral gehen, denn die ist, weil man dem Kaiser geben soll, was des Kaisers ist, ein Thema für Theologen. Auch hat Eric Ambler, der britische Simenon, in seinem letzten Roman („Bitte keine Rosen mehr“) eine neue Dimension des Umgangs mit den Finanzämtern sichtbar gemacht, als er seinen Helden von der Kunst der „Steuervermeidung“ sprechen ließ.

Doch im Mittelpunkt des Strafprozesses gegen Dieter Zlof, 37, steht das Finanzamt, ein weißblaues Finanzamt obendrein — und darüber muß endlich gesprochen werden.

Im zweiten Abschnitt der Hauptverhandlung, in der es um die Entführung Richard Oetkers geht, sind in München die Zeugen gehört worden, mit denen die Staatsanwaltschaft Dieter Zlofs unmittelbare Tatbeteiligung beweisen möchte.

Hat Dieter Zlof Schaumgummi gekauft? Schaumgummi soll zum Auskleiden der Kiste verwendet worden sein, in die Richard Oetker gesperrt wurde. War Dieter Zlof der Käufer des Opel-Commodore, in dem man Richard Oetker fand, und der fliederfarbenen Decke, die in diesem Wagen gefunden wurde?

Es ist daran zu erinnern, daß Richard Oetker am 14. Dezember 1976 entführt und Dieter Zlof am 29. Januar 1979 festgenommen wurde. Über die Erinnerung der Zeugen sind Jahre hinweggegangen. Und dann hat sich auch noch die Polizei mit ihnen befaßt — was in allzu vielen Fällen dem Unterpflügen des letzten verbliebenen Grashalms gleichkam.

Da ist einem Zeugen, von dem man sich erhoffte, er werde Dieter Zlof als den Käufer des Opel-Commodore erkennen, der Dieter Zlof zwar in einer Gruppe von Personen vorgeführt worden, doch die Personen waren „lauter Kriminaler“, die der Zeuge schon vorher gesehen und gesprochen hatte. Und von einer korrekten Gegenüberstellung kann auch nicht die Rede sein, wenn Dieter Zlof die Personen, die mit ihm vorgestellt werden, überragt — die Münchner „Abendzeitung“: „... wie das schwarze Schaf unter weißen Lämmern“.

Von einer Aussage, die wörtlich protokolliert wurde, mit Anführungsstrichen vorne und einer Abführung am Ende, erfährt man, daß die Aussage „sinngemäß“ auf einem Zettel notiert und erst später „formuliert“ wurde. Auf den Vorhalt, daß dies nicht korrekt sei, lautet die Antwort: „Wir haben das immer so gemacht.“ Vom „Kudelmuddel“ bei der Polizei, das ihn „ganz irr“ gemacht habe, spricht ein Zeuge.

Zuletzt steht man vor einem Trümmerhaufen, in dem Belastungen und Entlastungen heillos durcheinanderliegen. Nicht hohe Wahrscheinlichkeiten, sondern Möglichkeiten, die sowohl die eine, aber auch eine ganz andere Deutung zulassen, haben die Zeugen produziert.

Was ist von den Sachverständigen zu erwarten, die nun bevorstehen? Werden ihre Gutachten zu dem Schluß zwingen oder ausschließen, daß Dieter Zlof der Verfasser und Schreiber der Erpresserbriefe ist und daß er allein die Telephongespräche mit der Familie Richard Oetkers geführt hat?

Dieter Zlof mag darauf bauen, daß sich über das Zeugendesaster nun auch noch eine Sachverständigenfinsternis breitet. Es wird um Sprachwissenschaft, Mundartforschung und um technisch unvollkommene Tonaufzeichnungen gehen. Das ist ein Feld, auf dem in aller Regel sogar eine schlechte Verteidigung gut aussieht — und Dieter Zlof wird ausgezeichnet verteidigt (mitunter sogar zu intensiv, was allerdings nur der ungewöhnlichen Intensität der Anklage entspricht). Doch nun muß wirklich vom Finanzamt die Rede sein.



Angeklagter Zlof: Er kann einen erschrecken und abstoßen ...

Fünf Jahre lang, bis zum Frühjahr 1977, handelt Dieter Zlof in München mit gebrauchten Kraftfahrzeugen. Er kauft sie auf, richtet sie in seinem „Schuppen“ her und verkauft sie mit Gewinn. Im Frühjahr 1977 muß er dieses Geschäft aufgeben, denn seine Werkstatt ist abzureißen, weil sie ohne Genehmigung errichtet wurde.

Verzweifelt kann er darüber nicht gewesen sein, denn er hatte nicht unerheblich Gewinn gemacht. „Fünf Jahre lang Tag und Nacht gearbeitet“, wie er sagt — da ist schon etwas zusammengekommen. Und es ist sogar sehr viel zusammengekommen, denn das Finanzamt hatte davon nichts erfahren. „Ich hab' praktisch mein ganzes Vermögen zu Hause gehabt“, hat er am zweiten Sitzungstag gesagt. Und um die

Frage, wie groß denn dieses Vermögen war, ist lange gerungen worden.

„I belast mi da jetzt praktisch", hat er abgewehrt. Und er hat gefragt: „I woaß net, ob Sie das von mir verlangen können?" — „Verlangen", hat er abgemildert, „dös hoab i jetzt nit gemeint juristisch." Aber er hat nichts sagen wollen. „Do können's mi packen", hat er gesagt — er hat das Finanzamt mehr gefürchtet als die Anklage der Mittäterschaft an einem Verbrechen des erpresserischen Menschenraubes.

Es habe sich um „lautere Gelder" gehandelt, „wenn man es nicht vom Finanzamt aus sieht", hat er beteuert, also nicht um „kriminelle Gelder". Er räumte 60 000 Mark erst ein, als ihn der Vorsitzende daran erinnerte, daß er wenigstens diesen Betrag schon vor der Polizei genannt habe. Doch er fügte hinzu: „Wenn man mehr gehabt hat, dann ist das ja nicht gelogen."

Dieter Zlof mag der Meinung sein, Steuerhinterziehung sei heute ähnlich populär wie einst das Wildern; es sei sozusagen an die Stelle des Wilderns getreten, und wer sich wegen der Steuer zurückhalte, der werde auf wohlwollendes Verständnis stoßen. Er vergaß und vergißt dabei nur das Gewicht der Anklage, die gegen ihn vorgebracht wird.

Gewiß, Dieter Zlof muß nicht seine Unschuld beweisen. Man muß ihm — so er schuldig ist — seine Schuld nachweisen. Doch diese erhabenen Sätze geraten an eine Grenze, wenn jemand ein großes Übel riskiert, um ein Übel zu vermeiden, das man denn doch für das kleinere zu halten geneigt ist.

Freilich, wenn Dieter Zlof einen Betrag nennt, der größer ist als 60 000 Mark (und schon 60 000 Mark sind kein kleiner Betrag) — dann wird man von ihm auch Einzelheiten über die Kraftfahrzeugverkäufe wissen wollen, die zu diesem fabelhaften Ergebnis führten.

Seine Verteidigung hat das Erinnerungsvermögen der Zeugen getestet. Einer so aktiven Verteidigung müßte es auch gelingen, die Kundschaft vorzuführen, die bei Dieter Zlof gekauft hat (selbst wenn man in Rechnung stellt, daß es dabei um schwarze Geschäfte gegangen ist).

Dieter Zlof hat seinen, dem Finanzamt verborgenen, schwarzen Geldschatz, wie hoch auch immer er war, „langsam einfließen" lassen wollen. Und da traf es sich glücklich, daß er sich schon lange mit dem Glücksspiel befaßte und daß er da auf gewisse erfolgversprechende Gedanken gekommen war. Ein vorgezogener Zeuge hat in der vergangenen Woche ausgesagt, es sei durchaus möglich, daß Dieter Zlof über einen Monat verteilt an die 30 000 Mark gewonnen habe.

Doch was auch immer darüber zu hören sein wird, was in der Spielbank in Bad Wiessee möglich war und was nicht (und was Sachverständige, die es offenbar auch für dieses Thema gibt, darüber bekunden werden, was von Dieter Zlofs System, das kein System war nach seinen Worten, zu halten ist):

Ein Mann, der den Handel mit gebrauchten, aufgearbeiteten Kraftfahrzeugen aufgeben muß und sich dank eines erheblichen Kapitals dazu entschließen kann, es mit dem Spielen zu versuchen — ein solcher Mann sollte wohl unumwunden von dem Kapital reden, das ihm einen Entschluß möglich machte, den man verrückt nennen müßte, wenn er mit einem geringeren Kapital unternommen worden wäre.

... und er kann sympathisch und einleuchtend sein

Die beiden Photos in dieser Geschichte versuchen die Zwiespältigkeit wiederzugeben, die man angesichts von Dieter Zlof empfindet. Er kann sympathisch und einleuchtend sein, und er kann einen erschrecken und abstoßen. Das kann einem mit jedem Menschen passieren, so geht es anderen wohl auch mit einem selbst.

Er weint, wenn in der Verhandlung von seinen Kindern die Rede ist. Er beteuert seine Unschuld, und man fragt sich ja ständig, wie er sich denn überzeugend verhalten soll, wenn er unschuldig ist. Aber warum fürchtet er das Finanzamt so sehr?

Dieter Zlof kann sich darstellen, er redet viel, für München redet er zuviel. Der Kollege Roswin Finkenzeller, ein Bayer, hat in der „Frankfurter Allgemeinen" ein köstliches Porträt des Schach-Großmeisters Wolfgang Unzicker veröffentlicht. Wolfgang Unzicker ist auch Verwaltungsrichter und in dieser Rolle mit Wehrdienstverweigerern befaßt.

Haben vor dem Verwaltungsrichter Unzicker, einem „typischen Verstandesmenschen", die einen Vorteil, „deren geöltes Mundwerk einen juristischen Vorsprung" verschafft? Roswin Finkenzeller: „Wer so argumentiert, kennt die echten Bayern nicht. Die waren von jeher Talleyrands Ansicht, daß die Sprache die Gedanken verbirgt. Warum reden, wenn das Gewissen rein ist? Eloquenz hingegen ist grundsätzlich verdächtig. Wenn einer gar noch anfängt, logische Gedankengänge zu konstruieren, kann man zehn zu eins wetten, daß er es faustdick hinter den Ohren hat."

Dieter Zlof ist eloquent, und er konstruiert zu seiner Verteidigung Gedankengänge, die einen (auch wenn man kein Bayer ist) schwindeln machen. Man muß ihm also wirklich, wo er doch in München vor Gericht steht, viel gutbringen. Doch er muß schon, so er unschuldig ist, ein wenig helfen, der Dieter Zlof. Das Finanzamt ist das Finanzamt, aber was ist denn schon das Finanzamt angesichts einer solchen Anklage?

In der vergangenen Woche ist in München ein österreichischer Zeuge gehört worden. Der will Dieter Zlof als den Mann erkannt haben, der bei ihm in Kufstein sechs Tausendmarkscheine aus dem Oetker-Lösegeld eingewechselt hat. Mich hat dieser Zeuge sehr beeindruckt. Aber man kann diesen Zeugen, man kann die Geschichte seiner Aussagen vor der Polizei und zuletzt vor Gericht auch ganz anders sehen. Es ist zum Verzweifeln.

Bleibt Dieter Zlof aus Angst vor dem Finanzamt bei seiner bisherigen Haltung, dann wird das Gericht am Ende die Splitter aus den Trümmern, die als Beweis für die Schuld angesehen werden können, in ein Bild aufnehmen und einordnen, das von erwiesener Schuld handelt. ◆

Geblähte Segel

Auch die letzten Rettungsversuche für den Norddeutschen Rundfunk schlugen fehl. Nun zieht der Untergang des Dreiländersenders die ARD in seinen Sog.

Letzte Woche gelang Niedersachsens Regierungschef Ernst Albrecht, was ihm nach seinem Eingeständnis „viel Vergnügen macht“: Er ließ den Norddeutschen Rundfunk (NDR) platzen und legte sich statt dessen einen Rundfunk nach eigenem Gusto zu.

Der Christdemokrat war es leid, sich „immer an der SPD zu stoßen“, die in Hamburg regiert. Also bootete er die Hanseaten aus der Dreiländeranstalt NDR aus und unterschrieb mit dem CDU-Partner Gerhard Stoltenberg in Schleswig-Holstein kurzerhand einen Zweier-Staatsvertrag für eine neue „gemeinsame Rundfunkanstalt“.

Sendepause im Streit um Rundfunk und Fernsehen war damit freilich nicht in Sicht. Zwar schien der Fall NDR erledigt, aber ins Gerede kam mit einem Male die ganze ARD.

Kaum hatten die beiden Christdemokraten Hamburg aus dem NDR-Verbund hinausbugsiert, drohte der nordrhein-westfälische Regierungschef Johannes Rau (SPD) mit der Kündigung des Länder-Finanzvertrags für das ARD-Gemeinschaftsprogramm des Deutschen Fernsehens.

Wenn es dazu käme, wäre die ARD am Ende: Das Erste TV-Programm verlöre den gebührenstärksten Produzenten und die ARD ihren eigentlichen Finanzier (siehe Graphik).

Rau reagierte damit auf die Rundfunkpolitik Albrechts, die er für einen „Akt von Systemveränderung“ hält. Und so sieht das Albrecht selber auch: Er wollte von Anfang an „über den NDR das ganze Rundfunkwesen in Deutschland neu gestalten“.

Daß angesichts der „unüberwindbaren medienpolitischen Auffassungsunterschiede“, die Hamburgs Regierungschef Hans-Ulrich Klose (SPD) ausmachte, überhaupt noch einmal Gespräche zwischen Albrecht/Stoltenberg/Klose in Gang kamen, nach den im November bereits gescheiterten Verhandlungen, war schon verwunderlich genug.

Es war Albrecht gewesen, der dem Hamburger bei einer Bonner Bundesratssitzung im Dezember einen Brief mit neuen Vorschlägen für einen Dreier-Staatsvertrag in die Hand drückte — zu Kloses Überraschung. Der Christdemokrat hatte mehrere Gründe, noch einmal zu verhandeln oder zumindest so zu tun, als wolle er.

Dem Niedersachsenchef war allmählich klargeworden, wie kompliziert die sendetechnischen und finanziellen Verwicklungen einer Liquidation des NDR tatsächlich sein würden. Er hatte gemerkt, daß im eigenen Kabinett die Solidarität mit seiner Rundfunkpolitik nicht sonderlich ausgeprägt war. Und daß den Kollegen Stoltenberg in Kiel Albrechts Draufgängerei nicht gerade begeistert hatte, war dem Hannoveraner schließlich auch aufgegangen.

Stoltenberg hatte den geltenden NDR-Staatsvertrag vorletzten Sommer zum Ende dieses Jahres lediglich gekündigt, um endlich die von ihm angezweifelte „Ausgewogenheit des Programms zu gewährleisten“, die „fehlerhafte Finanzwirtschaft“ wieder in Schuß zu bringen und die Regionalsendungen für Schleswig-Holstein zu erweitern. Als aber Albrecht erst mit ihm im gleichen Boot saß, fand sich der Kieler, der „nur mal ein bißchen durchs Wattenmeer schippern“ wollte, wie ein niedersächsischer CDU-Minister spottet, „plötzlich mit geblähten Segeln auf hoher See“ wieder.

Mit Kloses Hilfe suchte Stoltenberg wieder an Land zu kommen. Anfang Januar trafen sich der Kieler Christ- und der Hamburger Sozialdemokrat ganz geheim im holsteinischen Tremsbüttel. Klose hatte bereits den Albrecht-Brief aus Bonn in der Tasche — mit der Andeutung, wie der Bürgermeister rekapituliert, er, Albrecht, „sehe Möglichkeiten, unsere grundsätzlichen Positionen einander anzunähern“. Stoltenberg verstärkte diesen Eindruck.

An Albrechts Staatsvertrags-Entwurf fand man im Hamburger Rathaus allerdings mancherlei auszusetzen. Zu 14 Punkten formulierte der Senat in einem Antwortbrief an Albrecht Änderungswünsche.

Es war wieder Stoltenberg, der nun telephonisch bei Klose auf ein neues Dreiergespräch drängte, weil ihm der schriftliche Meinungsaustausch zu lange dauerte. Klose war von der Aktivität des Kielers recht angetan. Als alles vorbei war, fand er: „Mit Stoltenberg wären wir wohl zu Potte gekommen.“

Mit Albrecht allerdings ging abermals nichts, weder am letzten Januar-Wochenende beim Treffen der drei Regierungschefs — dabei auch der Hamburger SPD-Chef Oswald Paulig — in der Wohnung des Kieler Wirtschaftsministers Jürgen Westphal in Hamburg-Harvestehude noch vorletzte Woche bei einer Neunerrunde mit Staatssekretären und Medienexperten



Rundfunkpolitiker Albrecht, Stoltenberg*: „Jetzt bricht eine neue Zeit an“



* Bei der Unterzeichnung des Staatsvertrags über einen neuen Zweiländersender für Niedersachsen und Schleswig-Holstein, am Donnerstag letzter Woche in Kiel.

in der strohgedeckten Heidevilla der Schwester von Ernst Albrecht in Ramelsloh, südlich der Hansestadt.

Diskutiert wurde beide Male über den Albrecht-Entwurf vom Dezember und die Stellungnahme des Senats. Schon vor dem ersten Treffen hatte Albrecht den Hamburger 14-Punkte-Brief ungnädig mit der Bemerkung bedacht, der habe seine „Skepsis nicht verringern" können. Nun, in Harvestehude und Ramelsloh, zeigte sich, daß „die rigorose Energie" (so der hannoversche „Rundblick"), die ihn getrieben hatte, ungebrochen war.

So bestand Albrecht auf einer Rechtsaufsicht, die es den Landesregierungen möglich machen sollte, auch auf die Programme des Senders einzuwirken. Hartnäckig widersetzte er sich der Hamburger Auffassung, nach der „in Programmangelegenheiten ... Weisungen ausgeschlossen" sein müßten.

Für Klose war und ist die — nun im Zweier-Staatsvertrag der CDU-Regenten enthaltene — Aufsichtsklausel „mit dem Grundgesetz unvereinbar". Denn damit werde ein Unterschied gemacht zwischen Journalisten bei Zeitungen und Zeitschriften, die frei von staatlichen Auflagen arbeiteten, und Journalisten bei Funk und Fernsehen, die durch staatliche Aufsicht gezwungen werden könnten, vom Staat dekretierte und auch noch interpretierte Programmgrundsätze einzuhalten.

Albrecht blieb auch dabei, daß „in kritisch-analytischen Sendungen" nicht nur zugleich der Standpunkt „der von der Kritik Betroffenen darzustellen" sei, sondern daß dies „nach Möglichkeit dadurch geschehen" sollte, „daß der Betroffene selbst zu Wort kommt" (Vertragsentwurf). Für den niedersächsischen SPD-Vorsitzenden Karl Ravens, mit dem Klose ständig parallel beriet, bietet das Gegenrederecht schlicht „eine Plattform für den KBW".

Nicht auszureden war dem niedersächsischen Regierungschef zudem sein Plan, daß nicht weniger als sechs der 14 Mitglieder des Verwaltungsrats, der den Intendanten zu wählen und dessen Geschäftsführung zu überwachen hat, aus Regierungen und Parlamenten entsandt werden sollten — auch dies für Klose „in hohem Maße verfassungsrechtlich bedenklich" und für Klose-Mitarbeiter obendrein ein Indiz dafür, daß Albrecht, der auf dieser Regelung unnachgiebig beharrte, an einem Kompromiß wohl gar nicht interessiert war.




Rundfunkpolitiker Klose
„Eine abenteuerliche Vorstellung"

Ohne Chance blieb denn auch der Versuch, Albrecht davon abzubringen, daß im Rundfunkrat statt einer Zweidrittelmehrheit die einfache Mehrheit hinreichen sollte, den Intendanten zu wählen und Programmweisungen zu erteilen — für Klose ein Mangel an Minderheitenschutz, wie er „für einen auf Konsens angelegten Rundfunk nicht erträglich ist".

Vollends überquer war man schließlich, als Albrecht erneut „die unverändert rigorose Forderung nach Radio Niedersachsen und der gleichzeitigen Abtretung von NDR-Frequenzen an private Veranstalter" (Klose) erhob, also auf das Recht pochte, „eine Hörfunkwelle vom NDR abzurufen, um private Träger an der Rundfunkversorgung teilnehmen zu lassen" (Albrecht).

Auf diesen Ausweg, dem NDR einfach eine Teilenteignung aufzuzwingen, war Albrecht verfallen, nachdem Experten dem Neuling in der Rundfunkpolitik klargemacht hatten, daß es derzeit keine freien Frequenzen für neue Programme gebe. Zudem hatte ihm CDU-Mediensprecher Christian Schwarz-Schilling zugetragen, die ARD habe einen UKW-Frequenzbereich, der demnächst für den Rundfunk neu erschlossen werden soll, bei der Bundespost schon im voraus für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk reklamiert. Albrecht verschaffte sich daraufhin eine Übersicht über alle jetzt schon vom NDR genutzten Frequenzen und suchte sich das Passende für Private heraus.

Um sein Ziel zu erreichen, gab er sich in diesem Punkt schließlich sogar halbwegs kompromißbereit. Erst verlangte er die Abtretung der für das erste Hörfunkprogramm genutzten UKW-Frequenzen in Niedersachsen an Private; sein Argument: Dem NDR verblieben dafür genügend Mittelwellenfrequenzen. Zusätzlich beanspruchte er fürs Privatprogramm sogenannte Krümelfrequenzen wie das hannoversche Messejournal.

Schließlich verzichtete er, so sein halber Kompromiß, „auf irgendwelche Frequenzen" und schlug als „letztes Angebot" vor, doch einfach „gewisse Sendezeiten" auf UKW 2 für Radio Niedersachsen zu reservieren, die private Veranstalter dann mieten könnten.

Klose: „Wir akzeptieren, daß man andere Träger nicht auf Dauer ausschließen kann. Aber hier wird der Einstieg der Privaten in die klassischen Medien verlangt. Angestrebt wird ein anderer Rundfunk. Den wollen wir nicht mitmachen."

Albrecht dagegen: „Was wir in Niedersachsen machen, das geht Hamburg gar nichts an."

Dabei soll es nun auch bleiben. Albrecht hat eingesehen, „daß ich im Dreiländer-Verbund mit Hamburg nichts zuwege bringen kann", jedenfalls solange in Hamburg die Sozialdemokraten regieren.

Donnerstag voriger Woche begründete er, durch gemeinsame Unterschrift mit Stoltenberg, „ein Radio Niedersachsen mit Kiel als Außenstelle", wie Sozialdemokraten in Hannover spotten. Für Ernst Albrecht ist der Fall damit erledigt: „Die Vergangenheit interessiert mich nicht mehr so sehr. Jetzt bricht eine neue Zeit an."

Ob, was die Zukunft des Rundfunks in Norddeutschland angeht, wirklich nur noch „einige Arabesken" im Wege liegen, wie Albrecht meint, ist aller-

dings die Frage. Ungeklärt im Äther schwebt fürs erste,

- ▷ ob der von Albrecht und Stoltenberg verfaßte Staatsvertrag laut NDR-Intendant Martin Neuffer eine „gewaltige Aushöhlung des Selbstverwaltungsrechts“ und in „fast handstreichartigem Verfahren“ zustande gebracht, der rechtlichen Überprüfung standhält, die auf Betreiben der SPD angestellt werden soll;
- ▷ ob die rechtlichen, organisatorischen und technischen Schwierigkeiten einer Entflechtung des alten NDR und andere „natürliche Blokkaden“ (Klose) wie der bis Ende 1982 gültige Gebühren-Staatsvertrag der Bundesländer die Inbetriebnahme der Zweiländer-Anstalt in absehbarer Zeit überhaupt möglich machen;
- ▷ ob die neue Anstalt, von Hannover und Kiel betrieben, ihren Sitz einfach in Hamburg nehmen und sich — Klose: „eine abenteuerliche Vorstellung“ — ohne Zustimmung Hamburgs den Namen des Norddeutschen Rundfunks zulegen kann;
- ▷ ob, „wenn man uns das Leben dort zu schwer macht“, wie Albrecht sagt, die neue Anstalt „aus Hamburg fortgehen“ würde, „was natürlich eine Menge Geld kostet“, so der niedersächsische Regierungschef.

Erst einmal steht den drei gespaltenen NDR-Partnern aber der Spruch des Berliner Bundesverwaltungsgerichts ins Haus, das zu entscheiden hat, ob Stoltenberg mit seiner Staatsvertragskündigung denn überhaupt die Auflösung des NDR oder nur den Austritt Schleswig-Holsteins aus dem NDR bewirkt hat. Ernst Albrecht am Dienstag letzter Woche am Telephon zu Hans-Ulrich Klose: „Na ja, nun warten wir mal ab, was das Urteil bringt.“

Das will auch der Düsseldorfer Kollege Rau tun, bevor er den Westdeutschen Rundfunk aus der ARD herauslöst. Denn: „Es wäre wirklich das allerletzte Mittel. Ob man etwas kündigt, was in dreißig Jahren gewachsen ist, muß man gut überlegen.“

Noch etwas anderes ist der reiflichen Überlegung wert: Platzt die ARD, käme Ernst Albrecht unversehens seinem Ziel näher, das Rundfunkwesen bundesweit umzukrempeln.

Denn die in Nordrhein-Westfalen erwogene Kündigung des Finanzausgleichs, der kleineren ARD-Sendern — wie dem Sender Freies Berlin oder dem Saarländischen Rundfunk — alljährlich Millionen vom WDR beschert, würde dem öffentlich-rechtlichen Einheitsfunk die finanzielle Basis entziehen. Damit wäre geöffnet, was die Düsseldorfer Sozialliberalen gerade verschlossen halten wollen: der Weg zum Privathörfunk und zum Privatfernsehen.

Siemens: Gewinn aus Wertpapieren

Das Elektro-Unternehmen Siemens verdient nur als Anleger gutes Geld. Zum Jahresüberschuß 1978/79 trugen die Wertpapieranlagen netto 16 Millionen Mark Zinsen bei — rund drei Viertel des Gesamtgewinns von 682 Millionen Mark. Das Elektro-Geschäft wirft dagegen bei sinkendem Umsatz nur wenig Geld ab. Der Computer-Bereich „Basisinformation" schrieb sogar rote Zahlen. Kursverluste an der Börse drückten bei einem Wertpapier-Polster von 8,8 Milliarden Mark daher sofort auf den Gewinn: Letztes Jahr mußte Siemens-Chef Bernhard Plettner auf diese Finanzanlagen 280 Millionen Mark abschreiben — der Überschuß sank um 40 Millionen Mark.



Plettner

Mehr Werbung im Radio

Die Werbewirtschaft strahlt ihre Botschaften immer häufiger über das Radio aus. Mit einem Plus von 21,3 Prozent erzielten die Radiostationen im vergangenen Jahr den größten Zuwachs an den gesamten Werbeeinnahmen der Funk- und Fernsehanstalten. Beim Südwestfunk und beim Sender Freies Berlin stiegen die Einnahmen sogar um über 30 Prozent. Das Werbefernsehen konnte dagegen nur gut sechs Prozent zulegen. Inzwischen verdienen die Sender 30 Prozent ihrer Werbeeinnahmen (890 Millionen Mark) im Hörfunk. Der Grund für den Werbeboom: Im Fernsehen sind die von den Sendern festgelegten Minuten ausgebucht.

Kommunisten auf Fiat-Kurs

Italiens Kommunisten, denen der Automobilkonzern Fiat in Turin stets als Symbol des verhaßten Kapitalismus galt, überraschen durch einen Sinneswandel. Eine KPI-Konferenz soll darüber beraten, wie dem Konzern geholfen werden kann: durch Steigerung der Produktivität etwa, weniger Streiks und weniger Krankfeiern. Das Einlenken der Kommunisten ist nicht ganz uneigennützig: Sie wollen ihr stark lädiertes Image aufpolieren, um so die Chancen für eine Regierungskoalition mit den Christdemokraten in Rom zu bessern. Obendrein lebt die Stadt Turin wirtschaftlich weitgehend von Fiat — die aber wird von Kommunisten regiert.



Rüstungsproduktion in Kalifornien

US-Regierung sucht Waffenlieferanten

Als Antwort auf Moskaus Afghanistan-Invasion will die Carter-Regierung in den nächsten fünf Jahren 100 Milliarden Dollar zusätzlich für die Rüstung ausgeben. Doch es könnte dem Pentagon schwerfallen, für die Milliarden auch tatsächlich Kriegsmaterial einzukaufen: Die Lieferanten und Unterlieferanten von Flugzeugen, Raketen oder hochwertiger Elektronik sind allesamt mit zivilen Aufträgen randvoll ausgebucht. Im antisowjetisch aufgeheizten Washington wird gegenwärtig sogar diskutiert, ob die Firmen nicht durch eine Notstandserklärung des Weißen Hauses zum Vorziehen militärischer Orders gezwungen werden sollten. Betroffen wären dann allerdings Exportschlager wie zivile Flugzeuge, die im letzten Jahr die US-Handelsbilanz um knapp zehn Milliarden Dollar aufbesserten.

Metallindustrie: Schnelles Ende der Tarifrunde?

Obwohl sich die Lohnverhandlungen für die vier Millionen Metallarbeiter vergangene Woche festgefahren hatten, rechnen Arbeitgeber und Gewerkschaften mit einem schnellen Ende der Tarifrunde. Schon am letzten Mittwoch — bei dem Poker im Pilot-Bezirk Nordrhein-Westfalen — klaffte zwischen dem Angebot der Arbeitgeber und der Forderung der IG Metall nur noch eine Lücke von etwa 0,3 Prozent. Daß sich die Kontrahenten in diesem Jahr so schnell aufeinander zu bewegt haben, liegt vor allem an dem im Herbst vereinbarten neuen Schlichtungsabkommen. Darin haben die Tarifpartner festgelegt, daß eine Schlichtung nur noch dann stattfinden soll, wenn beide Seiten damit einverstanden sind. Außerdem soll die Friedenspflicht, also das Streikverbot, früher als bisher enden. Konkret bedeutet das: IG Metall und Arbeitgeber müssen jetzt schon während der normalen Tarifverhandlungen bis an die Grenze ihrer Kompromißfähigkeit gehen, weil sonst schnell ein Arbeitskampf ausbrechen könnte. Daran aber sind weder IG Metall noch Arbeitgeberverband interessiert. Die Metallindustriellen haben gut gefüllte Auftragsbücher, und die Gewerkschaften wollen im Wahljahr den sozialen Frieden nicht gefährden.

Eine Maschine, die könnte, was diese Hände können, würde Millionen kosten.



Vor allem aber: die Maschine würde für all die Millionen nur Dutzendware herstellen können. Aber keine deSede-Originale.

Was Hände aber können, zeigt deSede mit seinem Modell DS 47 deutlich. Designer und Sattler bei deSede waren begeistert vom neuen Neck-Leder. Und zwar so, dass sie den Charakter dieser weichen, dicken Bullenhaut mit dem individuellen Narbenbild voll zur Geltung bringen wollten. Sie kamen auf die bestechende Idee, beim DS 47 das Neck-Leder bei allen Teilen von aussen nach innen zu legen. Falte um Falte. Und natürlich von Hand. Das ist wie aus einer Haut. Es gibt auf der ganzen Welt keine Maschine, die Leder so falten kann.

Übrigens: Neck-Leder wird mit den Jahren immer schöner, denn hier gilt: Alter schützt vor Schönheit nicht. Sie werden also jahrelang darauf sitzenbleiben.



Denn nur deSede ist deSede.

Aachen
Yserentant
WK-Einrichtungshaus
Alexianergraben 42
Amberg-Kümmersbruck
einrichtungshaus donhauser
ambergerstr. 15–19
Aschaffenburg
domicil walter diehm
frohsinnstrasse 16
Berlin
deSede Studio
NEUE WOHNKULTUR
Hochhaus am Innsbruckerplatz
Hauptstrasse 92/93
Berlin
ROLAND AM NOLLENDORF
Nollendorfplatz
Berlin
deSede Studio
SVEND THORSEN SCANFORM
Joachimstaler Str. 10/12
Ecke Kurfürstendamm
Bielefeld
deSede Studio Einrichtungshaus
Friedrich A. Eggert KG
Niedernstrasse 17
Bremen
Einrichtungshaus Harry Willems
Martinistrasse 24 u. 33
Darmstadt
deSede Studio Riegel + Reisse
Einrichtungshaus G.m.b.H.
Luisenplatz 4
Dortmund
Max Groth
Designo Einrichtungshaus
Hohestrasse 7
Duisburg
mobilia wohnstudio
Friedrich-Wilhelm-Strasse 86
Düren
Kessler WK-Einrichtungshaus
+ Werkstätten
Kaiserplatz 19
Düsseldorf
ID EINRICHTUNGSHAUS
Berliner Allee 29 + 33
Düsseldorf
deSede Studio
Rincklake van Endert
Schadowplatz 3–5
Essen
WK-Einrichtungshaus Kramm
am neuen Rathaus
Schützenbahn 23
Frankfurt
deSede Studio, Einrichtungsh
J. H. Helberger
Grosse Friedberger Str. 23–
Fulda
Einrichtungshaus KRAMER
Brauhausstrasse 3a
Giessen
WK-Einrichtungshaus RAU
Neuenweg 19
Gladbeck
Die Einrichtung Wegener
Hochstrasse 24
Göppingen
deSede Studio Dannenmann
Geislinger-Strasse 4
Göttingen
deSede Studio
REITEMEIER Einrichtungen
Düstere Strasse «No. 20»

Goslar
Junior Einrichtungshaus GmbH
Im Schleeke 112–116
Hamburg
deSede Studio
Einrichtungshaus Bornhold
Neuer Wall 70–82
Hamburg
ORDNUNG WK-Einrichtungshaus
An der Mundsburg
Hannover
deSede Studio
FUGE WK-Einrichtungshaus
Berliner Allee 19/Königstr.
Heilbronn/Ilsfeld
deSede Studio
Jäger Einrichtungen
An der Autobahn

Hildesheim
WK-Einrichtungshaus Fels
Peiner Strasse 2–10 + 16
Hinter dem Hauptbahnhof
Iserlohn
deSede Studio
Vogel u. Weidekamp
Bleichstrasse 1 u. 9–11
Kaiserslautern
INTERIA
WK-Einrichtungshaus
Eisenbahnstrasse 32
Kiel
deSede Studio
WK-Einrichtungshaus Roos
Sophienblatt 5–7
Kleve
Möbel Rexing
Kavarinerstr. 39–41

Köln
Einrichtungshaus Pesch KG
Kaiser-Wilhelm-Ring 22
Krefeld
deSede Studio
Einrichtungshaus
Franz Knuffmann
«NEUES WOHNEN»
Hansastrasse am Hbf.
Leverkusen-Opladen
arte-Inneneinrichtungen
Hans Küchel
Kölner Strasse 78
Ludwigshafen
WK-Einrichtungshaus
Schmidt + Reuter KG
Ludwigstr. 54D
Mainz
Wohnstudio am Holzturm
Holzstrasse 32

Mannheim
deSede Studio WK-Einrichtungshaus
Schmidt + Reuter KG
P7, 9
Meinerzhagen
deSede Studio
Kessler WK-Einrichtungshaus +
Werkstätten
Oststrasse 11
Moers
deSede Studio
WK-Einrichtungshaus Kocher
Neustrasse 10–14
München
deSede Studio
Bohmler Einrichtungshaus GmbH
Tal 12
Neumarkt
Kapfer Designo Einrichtungen
Türmergasse 11

Nürnberg
deSede Studio
mobilia Wohnbedarf
Kaiserstrasse 11–13
Oldenburg
domicil Wohnbedarf
Herbartgang 24
Osnabrück
DOPJANS-MÖLLMANN
Einrichtungshaus
Krahnstrasse 1/2
Paderborn-
Schloss-Neuhaus
RUHE-WOHNDESIGN
Dubelohstrasse 260
Pforzheim
Dieter Horn
Internationaler Wohnbedarf
Zehnthofstr. 10

Radolfzell
deSede Studio Wohnstudio M.
Allweilerstr. 35/37
Saarbrücken
deSede Studio
River GmbH Wohneinrichtungen
Bahnhofstrasse 54
Schwelm
Hüls, Neues Wohnen
Bahnhofstr. 63–65
Siegen
deSede Studio Kleine Wohnen
Friedrichstrasse 131–133
Tegernsee
«art und design»
Einrichtungshaus Christian Taube
Hauptstrasse 62/64
Tuttlingen
WK-Einrichtungshaus SCHATZ
beim grossen Kreisverkehr

Waldshut-Tiengen
WK-Einrichtungshaus Seipp
und Möbelhaus im Park
mit deSede Studio
Wuppertal
raumkunst becher
herzogstrasse
Wuppertal-Elberfeld
deSede Studio
Einrichtungshaus Pasche
Friedrich-Ebert-Strasse 55/57



Die Dacron-Einlage zwischen Leder und Unterbau macht den Sitzkomfort noch grösser.



Bultex und Super-Bultex für hochwertige Polster.



Trauermarsch in Guatemala*: „Niedergedrückt von einem entwürdigenden Leben"

Mittelamerika: „Zorn, Trauer"

Ein halbes Jahr nach dem Sturz des von den USA ausgehaltenen Nicaragua-Diktators Somoza springt der Funke des Aufruhrs über auf die Nachbarstaaten: In Guatemala und El Salvador besetzten Oppositionelle die Botschaften Spaniens. Bauern in der Militärdiktatur Honduras eigneten sich Privatland an. Der einstige Hinterhof der Vereinigten Staaten wird zum neuen Krisenherd.

Der Tag ist nicht fern, an dem drei Sternenbanner an drei gleich weit voneinander entfernten Punkten die Ausdehnung unseres Territoriums anzeigen werden", träumte im Jahre 1912 der US-Präsident William H. Taft: „Eins am Nordpol, eins am Panamakanal und das dritte am Südpol."

Denn „dank unserer rassischen Überlegenheit", glaubte Taft und mit ihm die Nation, gehöre die ganze Hemisphäre „moralisch" ohnehin längst den USA — besonders das Mittelstück, die sechs kleinen Republiken am Scharnier zwischen Nord und Süd, die sogar der alte Abraham Lincoln schon einmal schlicht annektieren wollte.

Heute stünde der Großmachtstratege Taft vor einem Fiasko: Das Sternenbanner am Panamakanal wurde bereits im vorigen Jahr eingeholt, und nun gerät auch überall sonst im Hinterhof der USA die für Washington ehemals so heile Welt aus den Fugen:

* Särge der beim Polizeieinsatz getöteten Besetzer der spanischen Botschaft.

Seit im vergangenen Juli in Nicaragua der von den USA hochgepäppelte Diktator Somoza verjagt wurde, ist auch in anderen Ländern Zentralamerikas der Boden heiß geworden für die Schoßkinder der Supermacht.

So mußte in den vergangenen Tagen der gestürzte Schah von Persien in seinem luxuriösen Exil in Panama bangen, ob seine Gastgeber, durch Massendemonstrationen unzufriedener Panamaer unter Druck gesetzt, ihn nicht doch an seinen Verfolger Chomeini ausliefern. Auf jeden Fall stellten sie ihn — in Erwartung einer „Anklageschrift" aus Teheran — erst einmal unter Landarrest: Er darf sich im Lande frei bewegen, es aber nicht verlassen.

In El Salvador, wo drei Monate nach Nicaraguas Somoza der Militärdiktator Carlos Humberto Romero weggeputscht wurde, ringen dessen Nachfolger jetzt selbst ums politische Überleben — radikale linke Oppositionsgruppen fordern gewaltsam die Einlösung der Reformversprechungen.



Vorige Woche besetzten bewaffnete Studenten und Schüler die spanische Botschaft und das Erziehungsministerium, nahmen über hundert Geiseln, verlangten die Freilassung von vierzehn inhaftierten Genossen und forderten Spanien auf, die Regierungsjunta durch Abbruch der diplomatischen Beziehungen unter Druck zu setzen.

Nur fünf Tage zuvor war die Madrider Botschaft im Nachbarland Guatemala besetzt worden: 22 Indiobauern, eine Handvoll Studenten und eine Nonne wollten auf diese Art ihren Protest gegen die Unterdrückung der Indianerbevölkerung loswerden.

In „sinnloser Brutalität", so der entsetzte spanische Botschafter Máximo

Cajal, ließ Guatemalas Generalsregime das Gebäude stürmen, in dem gleich darauf ein Feuer ausbrach. 37 Insassen, darunter ein ehemaliger guatemaltekischer Vizepräsident, kamen in Flammen und Gewehrfeuer um, nur der Botschafter und ein Indianerführer überlebten, verletzt, den Polizei-Einsatz.

Den Indio entführten Unbekannte wenig später aus dem Krankenhaus, seine Leiche warfen sie tags darauf aus einem fahrenden Auto auf die Straße. Der Botschafter, nun einzig überlebender unmittelbarer Zeuge des Geschehens, flüchtete aus dem Krankenhaus und suchte Schutz in der Residenz seines amerikanischen Kollegen. Madrid brach die diplomatischen Beziehungen zu Guatemala ab, und Jimmy Carter, von Iran und Afghanistan bereits in Atem gehalten, äußerte „Zorn und Trauer" über das Blutbad und die neue Krise, gleich vor der Haustür.



Verletzter spanischer Botschafter Cajal*: „Sinnlose Brutalität"

Zu Recht. Denn die Vorgänge im volkreichsten Land Zentralamerikas, von dessen rund 6,5 Millionen Einwohnern noch weit mehr als die Hälfte reine Indios sind, machen die fatale Schwäche eines Regimes offenkundig, das seine Macht ausschließlich der Protektion aus Washington verdankt.

Seit dem Ersten Weltkrieg fest im Griff der allmächtigen nordamerikanischen United Fruit Company, hatte das unterentwickelte Bauernland Anfang der 50er Jahre seinen ersten und letzten Versuch unternommen, ein moderner, unabhängiger Staat zu werden: Der sozialreformerische Oberst Jacobo Arbenz erließ ein Gesetz zur Bodenreform, mit dem brachliegende Ländereien über 90 Hektar gegen Entschädigung enteignet werden sollten — ein sinnvoller Vorsatz in einem Land, wo zwei Prozent der Landeigentümer über 70 Prozent des bebaubaren Bodens besaßen.

Hauptziel der Reform war nicht etwa eine Sozialisierung landwirtschaftlicher Produktionsmittel, sondern, so der Gesetzestext, die „Entwicklung der kapitalistischen bäuerlichen Wirtschaft und der Landwirtschaft allgemein".

Doch die United Fruit, die nur acht Prozent ihrer riesigen, von Küste zu Küste reichenden Ländereien kultivierte, sah ihr Monopol in Gefahr, und so ließ, im Jahre 1954, Washingtons Geheimdienst CIA putschen: Während von Nicaragua und Honduras aus amerikanische Piloten in P-47-Maschinen Bombeneinsätze gegen die Hauptstadt Guatemalas und die zwei wichtigsten Häfen flogen, übernahm der rechte Oberst Castillo Armas die Macht im Land. 700 000 Hektar enteigneten Bodens wurden an ihre Eigentümer zurückgegeben.

„Wir mußten uns", rechtfertigte später Ex-Präsident Dwight D. Eisenhower die amerikanische Intervention in Guatemala, „einer kommunistischen Regierung entledigen, welche die Macht ergriffen hatte." Die neuen Machthaber revanchierten sich ein paar Jahre später für den erwiesenen Dienst, indem sie in ihrem Land Exilkubaner zum Kampf gegen Fidel Castros rote Insel ausbilden ließen.

Seither löste in Guatemala eine Rechtsdiktatur die nächste ab. 70 000 Menschen, so schätzt Amnesty International, sind seit 1954 als Folge politischen Terrors umgebracht worden — zumeist Gewerkschafter und Indiobauern.

Die Nachfahren der Mayas, jener glanzvollen Hochkultur, die Spaniens Konquistadoren bei der Eroberung der Halbinsel Yucatán und Guatemalas antrafen, leben heute „niedergedrückt von einem elenden und entwürdigenden Leben", so der uruguayische Schriftsteller Eduardo Galeano. „Sie bilden einen Staat im Staate, fremd und fern dem Staat der Menschen mit weißer Haut." Das Land der Indios, so Galeano, ist „ein geschlagenes, ein zerbrochenes Land".

Nur um ein Prozent ist, einem unveröffentlichten Bericht der Weltbank zufolge, in den vergangenen 18 Jahren das Pro-Kopf-Einkommen der indianischen Landarbeiter — der Mehrheit der guatemaltekischen Bevölkerung — angestiegen. Durchschnittlicher Tagesverdienst: ein Dollar. Ihre Äcker im Hochland des Nordens und Nordwestens sind oft kleiner als 500 Quadratmeter.

Ein Gesetz aus den 40er Jahren verpflichtete zudem alle Indios, die weniger als 4500 Quadratmeter Land besitzen, zu jährlich 100 Tagen Zwangsarbeit auf den feuchtheißen Zucker- und Bananenplantagen an der Küste, und obwohl das Gesetz offiziell nicht mehr gilt, müssen die Bauern sich immer noch auf den Plantagen verdingen. Analphabetenrate und Kindersterblichkeit sind, nach Haiti, die höchsten in Lateinamerika.

Guerillaorganisationen, die seit 1960 nach kubanischem Vorbild das Los der Armen gewaltsam zu bessern versuchten, wurden von den amtierenden Militärregimes mit amerikanischer Unterstützung aufgerieben, Tausende von Indiobauern, der Kollaboration verdächtigt, gleich mit liquidiert — wie 1966/67 in der Provinz Zacapa.

Ultrarechte Todeskommandos von Polizisten und Militärs in Zivil „entführen, foltern und töten mit Hilfe unregistrierter Autos, nächtlicher Hinterhalte und massiven, blinden Terrors", klagte vorigen Monat ein Dokument des Nationalrats der Jesuiten von Guatemala.

Dennoch — oder gerade deswegen — hat die „stillschweigende Rebellion" der guatemaltekischen Indianer, so die Untergrundbewegung „Guerillaheer der Armen" vor einigen Monaten in einer durch Entführung eines Präsidentenneffen erpreßten Zeitungsanzeige, „in einem solchen Maße zugenommen, daß sie nicht mehr ignoriert werden kann".

Besonders erbittert sind die Indiobauern, weil die Regierung in den letzten Jahren riesige Dschungelgebiete im Norden des Landes zur Kolonisierung freigegeben hat — Land, das traditionell, wenn auch ohne Besitztitel, den Maya-Abkömmlingen gehörte.

Nun müssen die Indios das Land, auf dem inzwischen Erdöl und Nickel gefunden wurden, entweder kaufen, wozu sie nicht die Mittel haben, oder den Spekulanten überlassen:

Staatspräsident General Romeo Lucas García soll bereits Parzellen von

---

* Nach der Erstürmung der spanischen Botschaft durch guatemaltekische Polizei.

52 000 Hektar erstanden haben, und auch der Verteidigungsminister sowie mehrere andere Offiziere ließen einen Claim abstecken.

Als im Mai 1978 Indiobauern jenes Gebietes vor das Rathaus der Provinzstadt Panzós zogen, um gegen ihre Vertreibung zu protestieren, erschossen Soldaten 140 Demonstranten — genauso skrupellos wie sie jetzt in die Menge feuerten, als die Indios versuchten, mit Hilfe des Botschafters der einstigen Kolonialmacht Spanien zu ihrem Recht zu kommen.

Dennoch breiten sich die Schockwellen des Widerstands aus:

Im Nachbarstaat Honduras, einer Militärdiktatur wie Guatemala, besetzten vorigen Donnerstag landlose Bauern 300 Hektar Privatland und kündigten weitere Landnahmen an.

Im Norden Guatemalas überfielen Guerrilleros einen Armeetransport und töteten elf Soldaten — wahrscheinlich als Vergeltung für das Massaker in der Hauptstadt.

„Die Tatsachen sprechen für sich", erklärte Ende vergangener Woche der Botschafter der Bundesrepublik in El Salvador, Joachim Neukirch. „Mindestens 20 der 28 hier akkreditierten diplomatischen Vertretungen sind in der einen oder anderen Weise angegriffen worden." Bis auf weiteres machte Bonn seine Botschaft zu.

„Verteidigung des Status quo wird den Wandel nicht verhindern, sondern nur radikalisieren", warnte schon vor Monaten der Unterstaatssekretär im US-State-Department Viron P. Vaky. Wenn die USA die „gerechten Forderungen des Volkes" in Zentralamerika ignorieren, könnten sie bald „auf der falschen Seite der Geschichte" landen.

PAKISTAN

Wale und kleine Fische

Wegen der Krise um Afghanistan ist der Nachbarstaat Pakistan für die USA plötzlich wieder interessant geworden. Die Pakistani wollen daraus Kapital schlagen — ohne aber die Sowjets herauszufordern.

Zbigniew Brzezinski stand, mit pakistanischen Offizieren, am Khaiber-Paß und blickte ins sowjetisch besetzte Afghanistan. „Können Sie die Russen hier aufhalten?" fragte besorgt der Sicherheitsbeauftragte Jimmy Carters.

„Offengestanden, nein", antwortete der pakistanische General Fasl Hak. „Wir würden nur versuchen, ihren Vormarsch zu verlangsamen — und zwar dort hinten." Und der General deutete auf das Terrain unterhalb des Ausgucks.



Gesprächspartner Brzezinski, Sia: „Musik, wie sie die islamische Welt hören will"

Brzezinski, scharf auf ein martialisches Spektakel, ließ einen pakistanischen Wachsoldaten fragen, ob sein Gewehr in Ordnung sei. Der riß eilfertig die Knarre, ein chinesisches Fabrikat, hoch — feuerte eine Salve, das Gewehr rutschte ab: Ein Blutbad unter den amerikanischen Gästen und ihren pakistanischen Begleitern wurde gerade noch vermieden.

Brzezinski hatte genug gesehen, und es war eine Stunde der Wahrheit gewesen: Mit Pakistans Streitkräften, die, abgesehen von französischen Mirage-Flugzeugen, nur über ein Sammelsurium total veralteter chinesischer, britischer, sowjetischer, schwedischer und argentinischer Waffen verfügen, ist kein Staat zu machen.

Wie sollte diese Truppe am Khaiber-Paß, dem klassischen Einfallstor der Invasoren, den Vormarsch der Sowjets stoppen?

Und wenn die Sowjet-Armee erst mal die fruchtbare Ebene des Industals erreicht hat, gibt es kein Halten mehr. Dann kann sie ganz Südasien unterwerfen.

Das meinen jedenfalls die Pakistani. „Für einen Eroberer", schrieb die „Pakistan Times", „ist der indische Subkontinent stets eine geographische Einheit gewesen. Und wer den Khaiber-Paß überquert hat, ist stets auch bis Delhi gekommen."

Bei Brzezinskis Gastgebern in Islamabad herrschte gleichwohl grimmige Genugtuung. Endlich hatten die Amerikaner die geostrategische Bedeutung Pakistans erkannt. Staatspräsident Sia ul Hak, bis vor ein paar Wochen in amerikanischen Augen noch beinahe ein Aussätziger, sonnte sich im Gefühl neuer Wichtigkeit, die afghanische Krise schien ihm so beinahe willkommen.

Als guter Moslem prostete er mit Cola im Weinglas dem Abgesandten des US-Präsidenten beschwörend zu: „Die alten Bande werden wieder angeknüpft." Und die in der Landessprache Urdu erscheinende Zeitung „Dschang" kommentierte: „Die pakistanisch-amerikanische Freundschaft ist wiedergeboren."

Sie war einst zerbrochen, als Pakistan 1971 gegen den Erzfeind Indien ins Feld zog — mit amerikanischen Waffen. Washington stellte daraufhin die Lieferung von Kriegsgerät an beide Kontrahenten ein. Und das traf die Pakistani erheblich härter als die Inder, die mittlerweile 85 Prozent ihrer Waffen selbst herstellen.

Verärgert hatten die Pakistani deshalb vor fast einem Jahr auch offiziell den zentralasiatischen Sicherheitspakt Cento verlassen und so die letzten Militärbindungen zu Amerika gekappt.

Und jetzt kamen die Amerikaner zurück, gleichsam Abbitte leistend und einzig besorgt, daß die Pakistani, wie ein US-Diplomat formulierte, „heute unsere Freundschaftsbeteuerungen nicht etwa für Theater halten".

Die Gefahr bestand durchaus, wenn man den Laien-Schauspieler Brzezinski allzu wörtlich nahm. „Die Vereinigten Staaten teilen mit der muslimischen Welt einen tiefen religiösen Glauben", verkündete Carters kalter Krieger den staunenden Pakistani, „und das kann die Basis für unsere Freundschaft sein."

Brzezinski hatte damit den rechten Ton getroffen. „Das ist genau die Musik", schrieb anderntags die „Pakistan Times", „wie sie die islamische Welt schon seit so langer Zeit vom Westen hören wollte." Und ein Beamter des pakistanischen Verteidigungsministeriums gestand treuherzig: „Unsere Kadetten möchten liebend gern wieder nach Arizona oder West Point gehen."

Doch mit wohlgesetzten Worten allein waren die Pakistani keineswegs

GGK

Keine Stellenanzeige.

Ach, unsere Vorstellungen sind denkbar bescheiden. Ein mathematisches Genie à la Einstein. Ein bißchen beredt wie Demosthenes, Umgangsformen wie der Prince of Wales - Senior! Mehr braucht es nicht, um bei der Bayerischen Rück Karriere zu machen.

Bayerische Rück – nie gehört? Das macht nichts. Wir Rückversicherer tun alles, um die unbekannteste Branche im Land zu bleiben. Um nur ja nicht aufzufallen, geben wir uns mehr oder weniger alle die gleichen Namen. Ein Städtename oder, wie in unserem Fall, ein stolzes Land, ein Rück dahinter und fertig.

„Rück", um das vielleicht noch zu sagen, ist Jargon und meint Versicherungen, die Versicherungen versichern. Wie gesagt, ein weitgehend unbekannter Geschäftsbereich.

Die Bayerische Rück gehört übrigens zu den 15 größten Rückversicherern der Welt. Und ist ein offenes, modernes, kollegial geführtes Unternehmen. Wenn Sie ein junger Mathematiker sind, Wirtschaftswissenschaftler oder Jurist, schreiben Sie uns. Wie gesagt, unsere Ansprüche sind bescheiden. Es genügt durchaus, wenn Sie der Beste Ihres Faches sind.

Bayerische Rückversicherung Aktiengesellschaft, Sederanger 4–6, D-8000 München 22, Tel. 089/38 44-1.

Bayerische Rück

mit einer militärischen Wunschliste heraus, Glanzstück des Katalogs: westdeutsche Leopard-Panzer.

Auf die sind Sias Generäle so scharf wie seine Diplomaten auf Mercedes-Limousinen. Und Brzezinski ermutigte die Generäle offenbar sogar zu ihrer Bestellung. Er könne sich vorstellen, soll Carters Sicherheitschef den Pakistani eröffnet haben, daß Westdeutschland bereit sei, dem Land 300 Leopard-Panzer zu liefern.

Als Sia daraufhin zweifelnd fragte, ob die Bundesrepublik auf ein solches Geschäft überhaupt eingehen werde, lenkte Brzezinski angeblich ein: Er wolle sich in Bonn zumindest für die Lieferung einsetzen.

Bei aller Gier nach Geld und Waffen wollen sich die Pakistani den Amerikanern allerdings keinesfalls vorbehaltlos verschreiben. Denn noch empfindet sich Pakistan als blockfreier Staat und möchte nicht wieder als amerikanischer Vasall gelten.

„Pakistan hat den Weg der Blockfreiheit beschritten", schrieb die Tageszeitung „The Muslim", „und wir haben stets davor gewarnt, uns auf ein Bündnis mit den westlichen Militaristen einzulassen."

Und zumindest im Augenblick will — und kann — Sia auch nicht offen Front gegen die Sowjets machen. Er will auf jeden Fall das Ergebnis eines Vermittlungsversuchs abwarten, den Algerien und Rumänien gestartet haben. Die beiden Staaten wollen versuchen, mit den Russen einen Rückzug aus Afghanistan auszuhandeln, der es den Sowjets erlaubt, ihr Gesicht zu wahren.

Deshalb verweigerte Sia den Kriegern der neugebildeten afghanischen Widerstandsallianz auch jegliche Waffenhilfe. Einen Guerilla-Führer schoben die Pakistani sogar nach Afghanistan ab — in einen Teil des Landes, der von den Sowjets noch nicht besetzt ist.

Sia über sein Lavieren zwischen den Großmächten: „Wer im Meer leben muß, der muß auch lernen, mit den Walen zurechtzukommen."

Einer von Sias Kommandeuren erläuterte, wie die Wirklichkeit aussehen könnte: „Wir können einen Stolperdraht spannen und dann auf die Russen warten, die nicht einmal stolpern werden, und auf die amerikanischen GIs hoffen, die nie ankommen werden."

Offenbar hatten die markigen Worte Brzezinskis doch nicht so ganz verfangen. Brzezinski in einem Flüchtlingslager für Afghanen: „Menschen, die entschlossen sind, um ihre Freiheit zu kämpfen, müssen einfach den Respekt und die Sympathie der gesamten Welt erringen — und noch etwas mehr als das."

Auf dieses „mehr" kommt es den Pakistani entscheidend an.



Pakistanische Soldaten: „Einen Stolperdraht spannen und auf die Russen warten"

zufriedenzustellen. Sie wollen Bares sehen. Denn die Wirtschaft des Landes ist völlig zerrüttet: Im Staatshaushalt klafft ein Riesenloch von 8,2 Milliarden Rupien (850 Millionen Dollar), die Preise steigen mit Rekordtempo.

Zwar wird in Sias islamischem Staat das Verbrechen der Preistreiberei durch öffentliche Auspeitschung geahndet, aber das trifft nur den kleinen Mann. Die Regierung verdoppelte ungestraft die Benzinpreise, und die Busunternehmen setzten ihre Tarife um 50 Prozent herauf.

Wenn Präsident Sia nicht schleunigst Sanierungsmaßnahmen einleitet, muß er fürchten, daß seine durch Kriegsrecht und rücksichtslosen Polizeieinsatz mühsam unter Kontrolle gehaltenen Landeskinder am Ende doch offen rebellieren.

So endeten denn die amerikanisch-pakistanischen Freundschaftsbeteuerungen, sobald von Zahlen die Rede war. Die Tonart für dieses Thema hatte Pakistans Sia schon vor dem Brzezinski-Besuch angegeben. Für Carters Angebot einer ersten Militär- und Wirtschaftshilfe in Höhe von 400 Millionen Dollar hatte er nur ein Wort gefunden: „Peanuts", Trinkgeld.

Tatsächlich kommen die Pakistani mit dem für zwei Jahre vorgesehenen Betrag nicht weit: Fast 150 Millionen Dollar wöchentlich gibt Pakistan allein für Importe aus.

Bei einer Devisenreserve von ebenfalls gerade 150 Millionen Dollar (Herbst 1979) lebt das Land von der Hand in den Mund und hofft auf milde Gaben der Reichen. Als die Opec-Staaten vor wenigen Wochen die Ölpreise kräftig erhöhten, half Saudi-Arabien den Pakistani mit 200 Millionen Dollar aus, und der Internationale Währungsfonds sprang mit weiteren 150 Millionen Dollar ein.

Daß die Pakistani die Gunst der Afghanistan-Stunde zu nutzen suchten, konnte da kaum verwundern. Ihre Forderungen für die nächsten drei Jahre: Wirtschaftshilfe in Milliarden-Dollar-Höhe, großzügige Umschuldung sowie Waffenfabriken für fünf Milliarden Dollar.

Brzezinski und seine Begleiter waren schockiert. Carters 400-Millionen-Angebot, so sein Sicherheitsberater verlegen, sei natürlich nur ein Anfang und könne schon in wenigen Wochen „vielfach aufgestockt" werden.

„Natürlich ist da eine viel größere Marge drin", erläuterte ein Mitglied der Brzezinski-Mannschaft dem SPIEGEL in Rawalpindi. „Ich kann sagen, daß wir ernsthaft dabei sind, den tatsächlichen Bedarf herauszufinden."

Bei soviel gutem Willen verständigte man sich schließlich auf eine gemeinsame Taktik, die ein US-Vertreter so umschrieb: „Wir sind mit den Pakistani der Ansicht, daß es jetzt am besten ist, nur von den 400 Millionen Dollar zu sprechen. Gegenüber Indira Gandhi können wir dann darauf hinweisen, daß das wenig genug ist — verglichen mit den 1,6 Milliarden Dollar, die ihr die Sowjets erst vor einer Woche zugesagt haben."

Wie sie aber der indischen Regierungschefin die pakistanischen Waffenwünsche plausibel machen sollen, vermochten die Amerikaner nicht zu sagen. Denn kurz vor dem Ende der Verhandlungen rückten die Pakistani

„China ist ein treuer Freund"

SPIEGEL-Interview mit Pakistans Verteidigungsminister Mir Ali Ahmed Khan Talpur

SPIEGEL: Mir-Sahib, sind Sie mit dem Ergebnis der Gespräche mit den Amerikanern zufrieden, insbesondere mit den zugesagten militärischen Hilfen?

TALPUR: An militärischen Hilfsleistungen sind wir gar nicht so sonderlich interessiert. Wir sind eher auf Wirtschaftshilfe erpicht, weil wir auf eigenen Füßen stehen und nicht immer betteln wollen.

SPIEGEL: Aber Pakistans Armee ist mit sehr altem Material ausgerüstet. Sie wollen doch sicherlich von den Amerikanern moderne Waffen?

TALPUR: Allen Ländern fehlt es an modernem Gerät, sogar den USA und der UdSSR, natürlich fehlt uns modernes Gerät, aber unsere Lage ist nicht hoffnungslos.

SPIEGEL: Kann Pakistan die Sowjet-Armee aufhalten, wenn sie Ihr Land angreift?

TALPUR: Das ist eine hypothetische Frage. Die Sowjet-Union wird nicht so dumm sein, einen Weltkrieg zu riskieren.

SPIEGEL: In Afghanistan war sie so dumm, einzumarschieren.

TALPUR: Alle Supermächte verlieren schon mal den Verstand. Wir sollten sie nicht dazu ermutigen, loszuschlagen. Aber wenn sie tatsächlich auf ein neues Abenteuer aus sind, dann müssen wir kämpfen.

SPIEGEL: Sind Ihre Truppen dazu in der Lage?

TALPUR: Wenn Vietnam mit einer amerikanischen Invasion fertig werden konnte, haben auch wir Hoffnung. Wir sind eine friedliche Nation und wollen gegen niemanden kämpfen, aber falls uns jemand angreifen sollte, werden wir ihm die Zähne zeigen.

SPIEGEL: Was wird geschehen, wenn die sowjetischen Truppen afghanische Rebellen auf pakistanisches Territorium verfolgen?

TALPUR: Wenn irgendeine ausländische Macht unser Staatsgebiet verletzen sollte, werden wir kämpfen, so gut wir können. Ich hoffe aber, sie werden nicht so dumm sein.

SPIEGEL: Wird Pakistan den afghanischen Freiheitskämpfern Unterstützung gewähren?

TALPUR: Nein. Die afghanischen Freiheitskämpfer haben ihr eigenes Gebiet, ihre eigenen Kampfvorteile und ihre eigene Kampfweise. Sie können hervorragende Waffen herstellen wie „Sten guns", Revolver und Pistolen. Sie sind richtige Experten.

SPIEGEL: Gegen sowjetische Panzer können sie mit Pistolen kaum etwas ausrichten.

TALPUR: Sie operieren in hügeligem Gelände, von wo aus sie ihre Invasoren beschießen, was viel wirkungsvoller ist als der Einsatz komplizierter Waffen. Die Gefahr, die für die Sowjets von den afghanischen Stämmen ausgeht, ist ernst zu nehmen. Für die IRA zum Beispiel, die irischen Guerrilleros, ist der Untergrundkampf noch etwas Neues, und dennoch bringen sie die britische Zentralregierung durch ihre Aktionen in London und anderen Ballungszentren in Schwierigkeiten. Die afghanischen Krieger dagegen kämpfen schon seit mehreren Generationen. Sie kümmern sich um ihre Waffen mehr als um ihr Brot.



Minister Talpur
Deutsche Waffenfabriken willkommen

SPIEGEL: Wie soll dann aber die Unterstützung für die Afghanen aussehen, die von der islamischen Außenministerkonferenz hier in Islamabad gerade beschlossen wurde?

TALPUR: Es handelt sich dabei um moralische Unterstützung, die wichtiger ist als andere Formen der Unterstützung. Als der britische Imperialismus hier herrschte, hatten die Briten alles unter ihrer Kontrolle. Es war wie ein Wunder, daß das Volk trotzdem gegen sie kämpfte.

SPIEGEL: Wird Pakistan einen Teil seiner Truppen von der indischen Grenze abziehen und an die afghanische Grenze verlegen?

TALPUR: Wir haben unsere Vorkehrungen getroffen. Wir sind wachsam, aber nicht bereit, unsere Situation zu verändern.

SPIEGEL: Dann bleibt also Indien nach wie vor Feind Nummer eins?

TALPUR: Das halte ich für einen sehr relativen Begriff. Die Feinde von morgen können die Freunde von heute sein und umgekehrt. Wir hegen Indien gegenüber keine feindseligen Gefühle, weil wir bei einem Kräfteverhältnis von eins zu sieben gegen Indien nicht kämpfen können. Wir sind um ein stabiles Verhältnis mit Indien bemüht.

SPIEGEL: China beliefert Pakistan mit Waffen. Ihre einzige Verbindungsstraße ist der Karakorum Highway. Befürchten Sie nicht, daß die Russen diese Straße im Ernstfall blockieren werden?

TALPUR: Wir haben vorgesorgt. Ich hoffe, wir werden mit potentiellen Angreifern fertig.

SPIEGEL: Was erwarten Sie konkret von China?

TALPUR: China ist ein treuer Freund, unsere Freundschaft ist alt. Von unseren Freunden erwarten wir jede Hilfe, aber ich glaube gleichzeitig auch an unsere eigene Leistungsfähigkeit und Stärke.

SPIEGEL: Fürchten Sie nicht, daß die Russen durch Belutschistan zum Indischen Ozean vorstoßen, um einen eisfreien Hafen zu bekommen?

TALPUR: Ich glaube nicht, daß sie wie Hitler in Danzig vorgehen können, das würde ihnen schwerfallen. Wer auch immer uns angreifen will, wir werden ihn nicht mit Küssen empfangen.

SPIEGEL: Was erhofft sich Ihr Land von der Bundesrepublik?

TALPUR: Wir erwarten und begrüßen jede Form technischer Unterstützung. Wenn die Deutschen Waffenfabriken errichten wollen, laden wir sie herzlich dazu ein.

SPIEGEL: Stimmt es, daß Pakistan von der Bundesrepublik 300 Leopard-Panzer haben möchte?

TALPUR: Über Zahlen weiß ich nichts. Aber jede Regierung, auch die kleinste, braucht Panzer. Wir haben Bedarf an all diesen Dingen.

HIER KÖNNEN SIE ÜBER VERHANDELN.

Wie ist es denn? Sie betreten in Frankfurt die Schalterhallen der Bankhauptquartiere: Räumlichkeiten, die Ihnen erlauben, vor Ort die Frosch-Perspektive und ihre beeindruckende Wirkung zu studieren – schließen Sie dann etwa nicht aus der Größe der Bankhalle auf die Tüchtigkeit der Bank?

Beim Betreten der hier abgebildeten Sparkasse werden Sie auf den ersten Blick

AUCH WENN IHNEN VIELLEICHT IRGENDEINE SPARKASSE KLEIN ERSCHEINT, HABEN SIE IMMER EINEN STARKEN PARTNER VOR SICH.

wohl kaum einen Partner erwarten, mit dem Sie sich beispielsweise über eine 20-Millionen-Investition unterhalten können. Das Gegenteil ist der Fall!

Gewiß, es gibt Großsparkassen, die Ihnen leicht auch ein 50-Millionen-Projekt finanzieren können. Aber auch wenn Ihnen irgendeine Sparkasse klein erscheint, haben Sie immer einen starken Partner vor sich. Das kommt so: Die 73 niedersächsischen Sparkassen mit ihren über 2000 Niederlassungen geben die von Ihnen nicht unmittelbar benötigten Gelder zu uns in einen gemeinsamen Topf. Wir bringen darüber hinaus noch Gelder aus dem Verkauf von Wertpapieren ein, wir sind eines der großen Emissionsinstitute in Deutschland. So wird es ein ziemlich großer Topf, auf den auch die kleinste Sparkasse in ihrem jeweiligen Regionalmarkt zurückgreifen kann.



Weiter: Wir als neuntgrößte Bank in Deutschland haben eingespielte nationale und internationale Verbindungen, die allen Sparkassen in Niedersachsen zur Verfügung stehen. Und damit auch Ihnen.

20 MILLIONEN

Sparkasse in Hann. Münden, Geschäftsstelle Kirchplatz.



Nur drei Beispiele: Eine Akkreditiveröffnung von Hann. Münden im Weserbergland (oder einer anderen niedersächsischen Sparkasse) nach Buenos Aires dauert für Sie – falls Sie es eilig haben – nicht länger als einen Tag. Seit 1972 ist die NORD/LB über eine Tochterbank in Luxemburg unmittelbar am Euromarkt beteiligt. Durch unseren Anschluß an die Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (S.W.I.F.T.) wird die Abwicklung des Auslandszahlungsverkehrs erheblich beschleunigt.

Ist es nicht ein ziemlich praktisches System? Die NORD/LB und die Sparkassen arbeiten auf verschiedenen Gebieten eng zusammen. Die Sparkassen sind überall in Niedersachsen vertreten, so daß sie nah bei Ihnen sind, selbst wenn Ihre Firma etwas abgelegen liegt. Und wir in Hannover helfen mit, daß die Sparkasse in Ihrer Nähe ein starker Partner mit allem Service ist. Vielleicht probieren Sie das mal bei Gelegenheit aus.

NORD/LB
Georgsplatz 1
3000 Hannover 1
Tel. 0511/103-1
Telex 922073

NORD/LB
NORD/LB-Zentrum
3300 Braunschweig
Tel. 0531/487-1
Telex 952540

Norddeutsche Landesbank
International S.A.
29, Avenue Monterey
Luxembourg
Tel. 00352/47 23 911

Zentralbank der niedersächsischen Sparkassen.

NORD/LB
NORDDEUTSCHE LANDESBANK
GIROZENTRALE

USA

Ehrlicher Blick

George Bush, ein Yankee aus Texas, kopierte Jimmy Carter — und gilt plötzlich als einer der aussichtsreichsten Herausforderer des Präsidenten.

Seit Iowa klingt George Bush plötzlich selbstbewußt und sogar ein wenig dynamisch.

„Ich ein farbloser Wahlkämpfer? Ach was!“ ruft George Bush vor 500 republikanischen Dinnergästen in Minnesota, „ich wußte schon immer, daß ich Charisma habe.“

Oder, bei anderer Gelegenheit: „Ich will Präsident werden. Und ich werde der nächste Präsident der Vereinigten Staaten sein. Denn ich habe viel mehr Erfahrung als alle anderen.“

Früher kam es immer wieder vor, daß seine zu kompliziert gebauten Sätze versandeten. Heute, nach seinem Erfolg bei den Caucus-Wahlen in Iowa (SPIEGEL 4/1980), schießt er mit Vorliebe Einzeiler ab, routiniert, unterhaltsam, allerdings meist auch ein bißchen platt.

Da preist er ausführlich die kämpferische, auf Konfrontation mit der Sowjet-Union angelegte Carter-Botschaft zur Lage der Nation und fügt hinzu: „Sie hörte sich streckenweise so an, als habe der Präsident zur Vorbereitung ausführlich *meine* Reden studiert.“

In Wahrheit war es — das wissen seine Zuhörer auch — umgekehrt: George Bush hat ausführlich den Jimmy Carter von 1975/76 studiert und ihn nachgeahmt, mit Erfolg.

Wie Jimmy Carter war George Bush, 55, zu Beginn des langen Marsches in Richtung Präsidentenamt im kleinen erfolgreich gewesen, der Nation aber weithin unbekannt geblieben.

Der Sohn eines republikanischen Senators aus Connecticut besuchte die besten Schulen — Andover, Yale —, und Bush sieht auch noch heute aus wie ein Yankee aus bester Familie: hochgewachsen, mager, gekleidet in die immer etwas unförmigen Anzüge von Brooks Brothers.

Allerdings: Aus dem vorgezeichneten Lebenslauf brach George Bush frühzeitig aus. Statt Partner in einer renommierten Rechtsanwaltsfirma an der Wall Street zu werden, machte er sich gen Westen auf.

Er ging nach Texas, gründete eine Bohrgesellschaft, die er nach dem mexikanischen Revolutionshelden „Zapata“ nannte, und war schon mit 40 Ölmillionär.

So ist er heute beides: Texaner ohne Cowboyhut und zugleich Ostküsten-Aristokrat mit leicht texanisch gefärbter Aussprache.

Zweimal war Bush aus Texas ins Repräsentantenhaus gewählt worden. Zweimal bemühte er sich — erfolglos — um einen Sitz im Senat. Nixon ernannte den mandatlosen Bush erst zum US-Botschafter bei den Vereinten Nationen und lancierte ihn danach an die Spitze der Republikanischen Partei.

Trotz dieser engen Verbindung zu Nixon blieb Bush von Watergate unversehrt, so daß Präsident Ford ihn als US-Beauftragten ans US-Verbindungsbüro in Peking schicken und ihm dann sogar die undankbare Aufgabe übertragen konnte, die skandalgeschwächte CIA zu leiten.

Vergangene Woche allerdings wurde bekannt, daß Bush 1970 aus einem geheimen Nixon-Fonds 106 000 Dollar als Beitrag zu seinem Senatswahlkampf in Texas eingestrichen hatte. Bush zu den Anschuldigungen: „Ich habe eine weiße Weste."

Daß dieser Mann Präsident werden wollte, blieb den meisten Amerikanern lange verborgen. Er war, so George Bush über sich selbst, „das Sternchen in den Meinungsumfragen, unter dem die Ganz-ferner-liefen angeführt wurden".

Mit der gleichen verbissenen Energie wie Jimmy Carter, mit der gleichen Kraft, mit dem gleichen, fast naiven Glauben an sich selbst, mit der gleichen Selbstdisziplin ging George Bush gegen seine Unbekanntheit an.

Wie Jimmy Carter begann er seinen Wahlkampf ungewöhnlich früh. Die Entscheidung, zu kandidieren, fiel 1977. Im folgenden Jahr war Bush für das Ziel, das er ins Auge gefaßt hatte, bereits 96 000 Meilen in den USA unterwegs gewesen. Im vorigen Jahr legte er 246 000 Meilen zurück, an 329 Tagen des Jahres war er auf Wahlreise.

Beide, der Demokrat Jimmy Carter und der Republikaner George Bush, ähneln sich auch, weil ihre politischen Aussagen über die anvisierten Ziele vergleichsweise vage bleiben, es jedem Zuhörer, ob konservativ oder liberal, ermöglichen, sich in dem Kandidaten wiederzuerkennen.


Wahlkämpfer Reagan
In Iowa geschlagen

Was sie als Wahlkämpfer vertreiben, schrieb die „Washington Post", sei „Politik im Einzelhandel", bei der es darauf ankomme, „mit dem trockenen Händedruck und dem ehrlichen Blick" einzelne Wähler von einer „gemeinsamen Schau der Dinge" oder den „von uns allen geteilten höheren Werten" zu überzeugen — ohne jemals recht konkret zu werden.

Und so konnte nach einer Bush-Veranstaltung in Amherst, Massachusetts, die Rentnerin Bertha Crawford, 75, schwärmen: „Der Mann ist ehrlich, intelligent und vor allem — konservativ", während nach einer identischen Rede eine Wählerin aus einem anderen kleinen Ort in Massachusetts Bushs „gemäßigt-liberale Grundhaltung" lobend hervorhob.



Wahlkämpfer Bush: Aus dem Rudel ausgebrochen

In Iowa war er, wie einst Jimmy Carter, lange vor allen Konkurrenten da. Und als die schließlich den Weg in Amerikas Kornkammer fanden, hatte Präsidentschafts-Anwärter Bush bereits die wichtigsten Republikaner des Staates an sich gebunden und eine schlagkräftige Wahlkampf-Organisation aufgebaut. Nach Carters Iowa-Erfolg von 1976 war das zweite „Wunder von Iowa" vorprogrammiert.

Den bis dahin aussichtsreichsten Republikaner, Ronald Reagan, 69, der in der Publikumsgunst meilenweit vor ihm gelegen und einen Erfolg in Iowa für so selbstverständlich gehalten hatte, daß er sich dort kaum sehen ließ, verwies Bush auf den zweiten Platz. Howard Baker, Fraktionsführer der Republikaner im Senat, wurde dritter, der anfangs hoch eingeschätzte Texaner John Connally landete auf einem kläglichen vierten Platz.

George Bush war damit — so „Newsweek" in einer Titelgeschichte über ihn — „aus dem Rudel" ausgebrochen. Die „Washington Post" erhob ihn prompt zum „heißesten Ticket".

Doch noch steht George Bush ganz am Anfang des verwickelten Hindernislaufes, der im Juli auf dem republikanischen Wahlkongreß in Detroit zu seiner Nominierung führen könnte.

Vor allem in den Südstaaten und im Westen muß Bush beweisen, daß er auch dort gegen die heimischen Matadore Howard Baker und Ronald Reagan bestehen kann.

Denn da George Bush zwar einst aus Texas in den Kongreß zog, aber doch aus dem Ostküsten-Establishment stammt, könnte ihm dies im gegnerischen Gelände ebenso helfen wie seine Eigenschaften, die ihn bei allen Parallelen zu Jimmy Carter eben doch sehr wesentlich von ihm unterscheiden:

Im Gegensatz zu Carter im Jahre 1976 kandidiert George Bush nicht als erklärter Außenseiter gegen das korrupte Washington, sondern als Insider, der in Washington „schon alles gemacht" hat.

In einer Zeit akuter außenpolitischer Krisen kann sich Bush auf die Erfahrungen berufen, die er in Peking und als Uno-Botschafter gesammelt hat. Und anders als Jimmy Carter bei seinem Amtsantritt kennt er auch den Kongreß.

Bush hofft nun auf seine alte Heimat, den Nordosten. Bei den nächsten Vorwahlen in New Hampshire am 26. Februar muß sich entscheiden, ob er sich nicht doch verkalkuliert hat. ◆

ENGLAND

Kein Platz für Robbo

Drohender Streik beim Autokonzern British Leyland und der Konflikt in der Stahlindustrie gefährden wichtige Sanierungsprogramme für Britanniens Staatsindustrie.

Schon lange waren sich Londons Zeitungen, gleich welcher Couleur, nicht mehr so einig gewesen.

„Hau ab, Robbo", forderte das Massenblatt „The Sun", „wer streikt schon für Robbo?" fragte der konservative „Daily Telegraph". Die „Daily Mail" befand bündig: „Robbo bleibt gefeuert", und selbst die vornehme „Times" widmete dem Fall einen dreispaltigen Leitartikel unter der ungewohnt klaren Überschrift: „Kein Platz für Mr. Robinson".

Die seltene Eintracht der Journalisten Ende letzter Woche mochte nicht zuletzt an einer Besonderheit Robbos liegen: Der Mann in den Schlagzeilen, Derek „Robbo" Robinson, 52, Vorsitzender der Shop Stewards (Gewerkschaftsobmänner) im Longbridge-Werk von British Leyland, gehört einer kleinen Minderheit von Arbeiterführern an, für die es in britischen Zeitungen wenig Verständnis gibt — er ist Kommunist.

Und nun hatte Fleet Street neue Munition für die alljährliche Treibjagd auf den „Roten Robbo" („Daily Express"): Wiederum drohte seinetwegen ein Streik — obschon, ja gerade weil Robinson seit zweieinhalb Monaten bei vollen Bezügen vom Dienst suspendiert ist.

Die Affäre begann im vergangenen November. Über 100 000 Arbeiter des Automobilkonzerns British Leyland hatten in einer geheimen Abstimmung mit einem Stimmenverhältnis von 7:1 überwältigend für das Sanierungsprogramm des BL-Vorsitzenden Sir Michael Edwardes gestimmt.

Sir Michael will den seit Jahren siechen Automobilriesen mit einer Radikalkur retten: Allein für 1980/81 sind 25 000 Entlassungen und die Schließung von 13 Produktionszentren vorgesehen. Robinson war anderer Meinung: Er verteilte im Werk Longbridge ein Pamphlet, in dem er zu — illegalen — Arbeitsniederlegungen und Boykottmaßnahmen gegen den Edwardes-Plan aufrief.

Die Geschäftsführung fackelte nicht lange: Sie entließ den widerborstigen Einzelkämpfer fristlos. Sir Michael Edwardes triumphierte und schwor öffentlich: „Eher trete ich selbst zurück, als daß Robinson wieder bei uns eingestellt wird."

Der Automobil-Chef neigt zu großen Worten und zeigt bisweilen Anzeichen von Hysterie. So verbietet er neuerdings Angestellten und Gästen, nicht-britische Automobile auf Firmenparkplätzen abzustellen, und wirft Prominenten, die Importautos fahren, „mangelnden Patriotismus" vor. Die Gewerkschaften treibt er mit seinen Sprüchen zu solidarischem Verhalten.

Prompt entschloß sich die Gewerkschaft Amalgamated Union of Engeneering Workers (AUEW), der auch Robinson angehört, erst einmal festzustellen, ob bei der Kündigung auch alles Rechtens zugegangen sei.

Es kam, wie es kommen mußte: Die drei Ausschußmitglieder, die allesamt dem rechten Flügel der Gewerkschaft angehören, machten zwar kaum ein Hehl daraus, daß sie Robinsons politischen Standort und seine Taktik mißbilligten. Dennoch wagten sie nicht, über jenen Graben zu springen, der in England noch immer zwischen „them and us" (denen und uns) liegt und in Krisenzeiten zur Klassensolidarität zwingt: In ihrem Bericht verlangten die Ausschußmitglieder die bedingungslose Wiedereinstellung von Robinson.

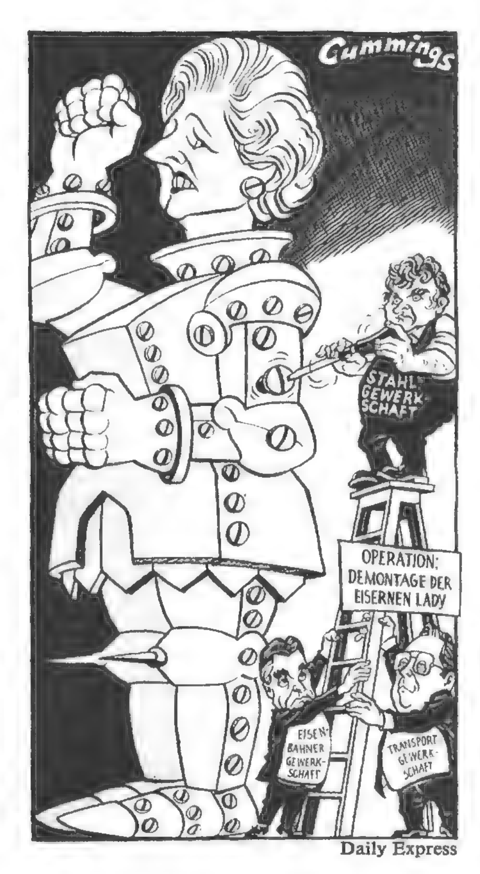


Gewerkschafter Robinson
Ausfall: 800 Millionen Mark

Als BL-Chef Edwardes, wie erwartet, ablehnte, schien der Kriegsfall eingetreten. AUEW-Präsident Terence Duffy befahl den Solidaritätsstreik im Werk Longbridge. Auch machte Duffy klar, daß mögliche Sympathie-Ausstände in anderen British-Leyland-Werken zulässig wären. Das zuständige Bezirkskomitee allerdings zögerte: An der Basis schien die Streiklust gering.

Tatsächlich hätte schon ein Streik in Longbridge allein mit Sicherheit verheerende Folgen: Zwar sind nur 8000 der 20 000 Arbeiter von Longbridge in der AUEW organisiert — doch schon der Ausstand auch nur eines Teils jener 8000 würde das Werk lahmlegen.

Leidtragende wären zudem Tausende von Arbeitern in anderen Fabriken.



Daily Express

„Sofort müßten wir 30 000 weitere Arbeiter in mehreren Werken, die von der Zulieferung in Longbridge abhängen, aussperren", warnte der stellvertretende British-Leyland-Chef Ray Horrocks.

Dem drohenden Streik in Longbridge kommt deshalb grundsätzliche Bedeutung zu: „Die Arbeiter werden sich entscheiden müssen zwischen Mr. Robinson und ihrem Arbeitsplatz", schrieb die „Times".

Vor allem aus einem Grund: Es bestehen kaum Zweifel daran, daß der Sanierungsplan für British Leyland nur funktionieren kann, wenn nicht weitere Streiks dem seit Jahren angeschlagenen Autoriesen den Todesstoß versetzen.

Und gerade hier, so glauben auch viele Arbeiter in Longbridge, liegt die Gefahr einer Wiedereinstellung von Robinson: Während seiner dreijährigen Amtszeit als Vorsitzender der Shop Stewards von Longbridge hat das Werk 87 Prozent mehr Arbeitsstunden durch wilde Streiks verloren als unter seinem Vorgänger oder seinem Nachfolger.

Nur vier Prozent der Arbeitstage in Robinsons Zeit waren frei von Arbeitskonflikten. Nach einer Rechnung, die Robinsons Intimfeind Sir Michael Edwardes öffentlich präsentierte, hat der nimmermüde Streik-Organisator persönlich einen Produktionsausfall seiner Firma in Höhe von 800 Millionen Mark zu verantworten.

Neue Verluste dieser Art aber, daran lassen Regierung und Unternehmensführung des staatlichen Konzerns keinen Zweifel, müßten mit jenem Geld ausgeglichen werden, das jetzt eigentlich für Abfindungen und Übergangshilfen zugunsten der 25 000 Arbeiter in Reserve gehalten wird, die British Leyland verlassen sollen.

Immerhin bot sich ein kurzfristiger Lichtblick für die Regierung Margaret Thatchers, die sich schon vor ihrem Amtsantritt — getreu ihrem Ruf als „eiserne Lady" — mit den Gewerkschaften angelegt hatte: Während neue Streiks British Leyland zu strangulieren drohen, schienen die Gewerkschaften in dem sechs Wochen alten Streik in der Stahlindustrie auf Verständigungskurs gehen zu wollen.

Zum ersten Mal seit dem 2. Januar trafen sich die Unterhändler der beiden größten Stahlarbeitergewerkschaften mit den Managern der British Steel Corporation (BSC) am vergangenen Freitag zu Verhandlungen. Die staatlichen Stahlhersteller hatten angeblich in Vorgesprächen mit Stahlarbeiter-Chef Bill Sirs ihr Angebot von ursprünglich zwei Prozent mehr Lohn letzte Woche auf 13 Prozent plus örtlich auszuhandelnde Produktivitätszulagen erhöht — noch weit entfernt von den geforderten 20 Prozent, aber doch schon verhandlungsfähig.

Doch schon nach eineinhalb Stunden waren die Verhandlungen gescheitert. Ein aufgebrachter Bill Sirs fühlte sich ausgetrickst: „Ich bin von BSC grob hereingelegt worden", schimpfte der Gewerkschaftsführer, als die Stahlmanager mit nur neun Prozent Lohnerhöhung weit unter dem vertraulichen Angebot blieben: „Wir sind jetzt weiter von einer schnellen Regelung entfernt als zuvor."

Die Schwierigkeiten von BSC ähneln denen von BL: Auch hier würde jeder Penny mehr Lohn mit Geld bezahlt werden müssen, das an sich einen Sozialplan finanzieren soll.

Der Konzern British Steel, der seit Jahren gigantische Verluste macht (im vergangenen Geschäftsjahr 1,2 Milliarden Mark), soll nach dem Plan der Regierung schon bis August dieses Jahres ein Drittel seiner Arbeiter und Angestellten „einsparen" — 52 000 Mann.

Einen großen Teil jener 1,8 Milliarden Mark aber, mit der die Regierung den kranken Stahlriesen im neuen Geschäftsjahr stützen will, nämlich genau eine Milliarde Mark, will die Unternehmensführung für Abfindungen und Übergangszahlungen verwenden.

So schienen am vergangenen Wochenende die zwei bedeutendsten Sanierungsprogramme für die beiden wichtigsten und teuersten Staatsunternehmen Großbritanniens aus genau entgegengesetzten Gründen gefährdet: das eine durch einen bevorstehenden Streik, das andere, weil der Streik de facto nur durch Aufgabe des Sanierungsprogramms beendet werden kann. ◆



Sowjetische Führungsspitze (Militärs, Parteifunktionäre) auf der Tribüne des Lenin-Mausoleums bei Entgegennahme von Huldigungen

Wer bestimmt den Kreml-Kurs?

Wer es in der UdSSR geschafft hat, auf die „Nomenklatura" zu gelangen — den Stellenplan für Führungskräfte —, der gehört zur herrschenden Klasse. Er genießt hohe Privilegien und hat teil an einer Machtkonzentration, wie es sie so nirgendwo in Europa gibt. Niemand kontrolliert die Spitze dieser Elite: das Politbüro.

Vierzehn alte Männer, pensionsreif die meisten, Durchschnittsalter 68, halten den Weltfrieden in ihren Händen.

Ob die stärkste Armee der Erde in ein Nachbarland einfällt, ob ihre Panzer eine Transitstraße blockieren oder gegen demonstrierende Arbeiter vorgehen, ob die Rote Flotte Kurs nimmt auf einen fernen Feind, Atomraketen einen fremden Kontinent ansteuern — sie allein entscheiden darüber: die 14 vom Politbüro der KPdSU, der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union.

Ihr Alter, ihre Lebenserfahrung galt bislang als Garantie für ihre Friedensliebe, für Weisheit vielleicht gar; zumindest deutete es eine gewisse Müdigkeit an, die auch das von ihnen vertretene System zu tragen schien.

Seit dem einzigartigen Entschluß der Sowjets jedoch, mit fünf Divisionen in ein neutrales Nachbarland einzumarschieren, hat den Rest der Welt der Verdacht befallen, daß die Alten im Kreml so weise und gefahrenscheu wohl doch nicht sind. Und müde schon gar nicht.

Die 14 Männer, die das größte Land der Erde regieren, mögen weltfremd sein. Außer der Entspannungs-Troika Breschnew, Kossygin und Gromyko haben sie von der Außenwelt wenig gesehen, sprechen kaum eine Fremdsprache, nur ein paar kennen den Westen aus eigener Anschauung. Sie leben seit Jahrzehnten getrennt vom Volk, verschanzen sich zur Arbeit hinter schweren, mit grünem Filz bezogenen Schreibtischen, wohnen, vergleichsweise luxuriös, hinter streng bewachten Bretterzäunen, hören und lesen oft nur das, was die von ihnen beauftragten Nachrichtensammler ihnen ausschnittsweise vorlegen.

Doch niemand kontrolliert sie. Keine Opposition, keine freie Presse, kein unzufriedener Wähler ruft sie zur Ordnung. Ein Mechanismus, der sie zur Korrektur von Fehlentscheidungen zwingen könnte, ist in ihrem System nicht vorgesehen.

Kein Parlament, kein Gericht und auch keine Gewerkschaft überwacht die Tätigkeit des Politbüros, des Generalsekretärs und überhaupt der Macht-Elite in der Sowjet-Union.

Noch nie in der Geschichte der Sowjet-Union hat die höchste sogenannte Volksvertretung der UdSSR, der „Oberste Sowjet", einen Politbüro-Beschluß gerügt. Kein Wunder, denn für den Obersten Sowjet kann nur kandidieren, wer von der Parteileitung selbst dafür ausgewählt wurde. Und das Wahlvolk darf nur zustimmen.

Ebenso folgsam sind die Gewerkschaften, deren offizielle Aufgabe einzig darin besteht, für Produktionssteigerung und die Zuteilung von Leistungsprämien zu sorgen. Ihre Funktionäre werden, ebenso wie die weisungsgebundenen Richter oder die Redakteure (und Zensoren) der verstaatlichten Presse, von der Personalabteilung des zuständigen Parteiorgans berufen — und das folgt allemal den Richtlinien und Einzelentscheidungen des Politischen Büros der Zentrale.



der Bevölkerung während einer Mai-Parade in Moskau: Meinungsverschiedenheiten gelten als höchstes Geheimnis

Die 14 alten Herren treffen sich einmal wöchentlich, am Donnerstag, zur regulären Sitzung im Kreml, natürlich abgeschirmt. Eine Sichtblende verwehrt neugierigen Spaziergängern den Blick auf den Tagungsort, den „Alten Senat", ein gelbes Gebäude, das die Zarin Katharina einst für ein Parlament errichten ließ, das dann niemals tagte. An der Fassade ist seit dem vorigen Jahrhundert das Wort „Sakon" eingemeißelt, „Gesetz".

Die drei auswärtigen Mitglieder des Politbüros nehmen nicht regelmäßig an den Sitzungen teil, meist aber die — nicht stimmberechtigten — acht „Kandidaten" des Politbüros, die Sekretäre des Zentralkomitees (ZK), und mitunter auch Ressort-Fachleute, zumeist Wirtschaftler oder Militärs.

Denn die Spitze der sowjetischen Macht-Elite befindet nicht nur über Krieg und Frieden, sondern auch über Investitionspläne und Produktionsquoten, über den Beginn der Ernte in Kasachstan und den Bann eines Regimekritikers, das Verbot eines Romans und die Genehmigung eines Interviews mit einer ausländischen Zeitschrift.

Die Tagesordnung stellt das ZK-Sekretariat auf, unter Leitung von Generalsekretär Leonid Breschnew, 73. Dessen zehn ZK-Sekretäre mit ihren 22 Abteilungen — die Hälfte davon zuständig für Wirtschaftsbranchen — haben bei Beginn der Sitzung bereits jeden Punkt im Detail bis zur Entscheidungsreife vorbereitet.

Seine Beschlüsse faßt das Politbüro meist durch Diskussion. Und diskutiert wird so lange, bis keiner mehr der vorherrschenden Meinung widerspricht. Dauert das zu lange, wird das Thema vertagt und versucht, Einmütigkeit in Einzelgesprächen zu erreichen.

Mitunter allerdings gelingt auch das nicht: Wiederholt schon verzichtete das Politbüro im Kommuniqué auf die Feststellung, der Beschluß sei „voll einmütig" ergangen — so zum Beispiel bei der Bewertung der Breschnew-Reise nach Bonn im Jahre 1973.

Gegenüber dem Volk jedoch soll Geschlossenheit vorgeführt werden. Und deshalb werden Unstimmigkeiten in der Führung als höchstes Kreml-Geheimnis behandelt. Steigern sie sich zum Machtkampf, erfährt der Sowjetbürger davon allenfalls durch einen Leitartikel in seiner Zeitung, der zu eben dieser Geschlossenheit ruft. Ein solcher Appell erschien im vorigen Dezember, kurz vor Afghanistan, im ZK-Organ „Kommunist".

Von einem früheren Dissens im Politbüro, der Kampfabstimmung vom 16. August 1968 über den Truppeneinsatz in der Tschechoslowakei, empfing der Westen seinerzeit nur undeutliche Signale, die durchaus auch gezielte Desinformation zur Rettung des Friedens-Images einzelner Sowjetpolitiker hätten sein können. Professionelle Kreml-Beobachter — auch der SPIEGEL — konstruierten daraus eine Liste der offenbar in der Minderheit gebliebenen Kreml-Tauben, angeführt von Premier Alexej Kossygin.

Drei Jahre später verlieh die neue Prager Führung allen sowjetischen Politbüro-Mitgliedern, die nicht auf der westlichen Tauben-Liste gestanden hatten, eine Medaille; die als Interventionsgegner eingestuften Genossen gingen leer aus. Die differenzierte Ehrung allein war schon Beweis genug für Kreml-Differenzen.

Unterlegene Politbüro-Mitglieder können sich bei gravierenden Meinungsverschiedenheiten zwar theoretisch an das Zentralkomitee wenden, von dem sie ihre Macht herleiten und das sie formal außerhalb der ZK-Vollversammlungen vertreten, um die laufenden Geschäfte zu besorgen.

Eine Korrektur des Afghanistan-Beschlusses könnte beispielsweise — falls sich das Politbüro nicht selbst eines Besseren besinnt — im 287 Mitglieder starken Plenum des ZK erfolgen. Es tritt regelmäßig zweimal im Jahr zusammen, das nächste Mal wahrscheinlich im April.

Bekanntgeworden ist aber lediglich ein Fall, in dem das ZK gegen das Po-



Seeluft zu gewinnen.

Mit diesem Preisausschreiben möchten wir Ihnen zeigen, wie einfach es ist, mit dem Auto nach England zu fahren. Für einen Urlaub lang, für ein paar Tage oder für einen Einkaufsbummel am Wochenende.

Anreisen können Sie über Holland, Belgien oder Frankreich. Welchen Weg Sie wählen, ist eine Frage, wo Sie in Deutschland wohnen und ob Sie schnell „drüben" sein wollen oder bewußt ein paar Stunden Seefahrt genießen möchten.

Wo die Autostraßen aufhören, fahren Sie ganz einfach in den Bauch eines Sealink-Schiffes – und je nach Route nach 1¾ bis 8¼ Stunden wieder heraus. In der Zwischenzeit können Sie sich vom Fahren erholen, gut essen, vergünstigt einkaufen und jede Menge Seeluft schnuppern. Mit keiner anderen Fähre läßt's sich so gut Reisepläne schmieden. Denn Sealink bietet Ihnen die meisten Routen – insgesamt 10 – und auch

Heßler+Kehrer

Ein Preisausschreiben für Autofahrer.

die meisten Abfahrten – bis zu 100 täglich.

Und das können Sie jetzt auf unsere Kosten erleben. Wir verlosen 10 Überfahrten, für jeweils 2 Personen mit 1 PKW, Route und Termin nach Wahl.

Schicken Sie uns einfach den Coupon und Sie nehmen an der Verlosung teil. In jedem Fall erhalten Sie unseren neuen 40-seitigen Prospekt mit vielen Informationen und Tips. Und dazu eine Prise Seeluft. Solange der Vorrat reicht.

Ich möchte an der Verlosung von 10 Überfahrten nach England teilnehmen.

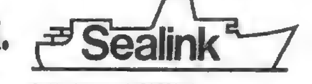
Name: ____________________

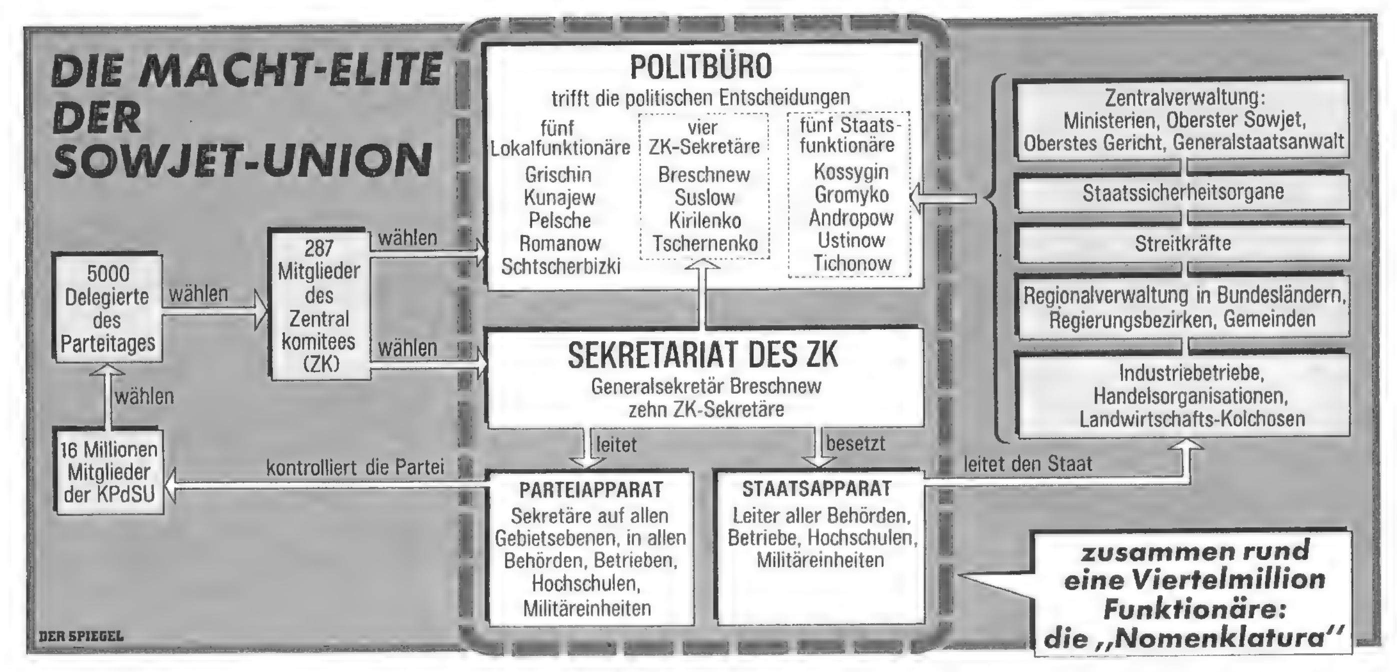
Straße: ____________________

PLZ Wohnort: ____________________

Ausgefüllten Coupon an Sealink, Neue Mainzer Straße 22, 6000 Frankfurt 1, senden.
Einsendeschluß ist der 29.02.1980 (Poststempeldatum).
Wie üblich ist der Rechtsweg ausgeschlossen.

Mit uns haben Sie die besten Verbindungen nach England.





litbüro entschied — aus dem Jahre 1957. Da hatte das „Parteipräsidium", wie sich das Politbüro zu jener Zeit nannte, mehrheitlich den Sturz des damaligen Parteichefs Chruschtschow beschlossen.

Die Militärs aber waren anderer Meinung und holten eilends, mit Hilfe der Luftwaffe, fast alle ZK-Mitglieder nach Moskau: Noch während der Politbüro-Sitzung konnte Chruschtschow mit großer Geste die Türen des Konferenzraums öffnen und auf ein im „Swerdlow-Saal" versammeltes ZK hinweisen — das nun für ihn votierte.

Seit Beschnews Machtantritt 1964 werden die Sitzungsprotokolle des ZK nicht mehr veröffentlicht. Gewiß ist aber, daß Beschlüsse des Politbüros und sogar des Parteitags gelegentlich vom ZK wieder aufgehoben werden, so zum Beispiel die Entscheidung, die sowjetische Konsumgüterproduktion stärker zu fördern als die Schwerindustrie.

Beschlossen hatte das der Parteitag 1971 auf Antrag Breschnews; ein Jahr später hob das ZK diesen Beschluß, gegen Breschnews Willen, auf; und seither produziert die Sowjetindustrie wieder, wie gehabt, mehr Kanonen als Butter.

Für einen Parteitag — er soll alle fünf Jahre zusammentreten und wählt das ZK — bestimmt laut Statut die gesamte Mitgliedschaft der KPdSU rund 5000 Delegierte. In der Praxis sorgt, natürlich, der Parteiapparat der hauptamtlichen Sekretäre aller Gebiets- und Betriebsgruppen mit Breschnews ZK-Sekretariat an der Spitze dafür, daß die richtigen Leute gewählt werden.

Das jeweils höhere Organ spricht „Empfehlungen" aus, denen sich nicht entzieht, wem die Karriere lieb ist. Obendrein bedarf jede Wahl noch der „Bestätigung" von oben. Das Verfahren nennt sich „Demokratischer Zentralismus", wurde vor 59 Jahren von Lenin eingeführt und bewirkt, daß sich die Macht-Elite immer wieder selbst regeneriert — durch Kooperieren.


Privilegien-Begründer Lenin
Sonderverpflegung für Funktionäre

Die wichtigen Führungspositionen auf jeder Ebene, deren Besetzung sich das zuständige Parteiorgan vorbehalten hat, sind in einer Liste verzeichnet. Dieser Stellenplan der rund 250 000 Funktionäre (für jeden Bereich ein Aktenordner aus zusammengehefteten Zetteln) heißt „Nomenklatura", nach dem unter Wissenschaftlern üblichen Begriff für eine allgemein verbindliche Namensgebung zum Beispiel von Säugetieren oder chemischen Verbindungen.

Wer es geschafft hat, in diese Parteiliste aufgenommen zu werden, der gehört zur Oberschicht der UdSSR, die sich selbst stolz „Nomenklatura" nennt.

Und wenn überhaupt auf jemanden, dann nimmt die Führung der 14 bei ihren einsamen Entscheidungen auf die Stimmung dieser Nomenklatura Rücksicht, die sie trägt, deckt — und sie vielleicht auch einmal entmachten könnte.

Nirgendwo in Europa gibt es noch eine derart ausgeprägt hierarchische Gesellschaft, in der die Oberschicht der Mehrheit des Volkes — in der Sowjet-Union: den Arbeitern und Bauern — die Beschäftigung mit den öffentlichen Angelegenheiten abnimmt.

Nirgendwo auch verfügt diese Oberschicht über derart viel Macht: Sie befiehlt gleichermaßen Armee und Polizei, Schriftstellern und Priestern, Betriebsleitern und Handelsvertretern, Gutsverwaltern und Verkaufspersonal.

Sie hat kollektiv alle Produktionsmittel im Besitz und verteilt das gesamte Sozialprodukt. Sie bestimmt jedermanns Einkünfte und fast alle Preise.

Die gesamte Industrie, aller Grund und Boden befinden sich gesetzlich in den Händen des Sowjetstaates. Der aber gehört der einzigen Partei, der KPdSU. Und auch deren knapp 16 Millionen Mitglieder, wenig mehr als sechs Prozent der Bevölkerung, hat die Führung fest im Griff.

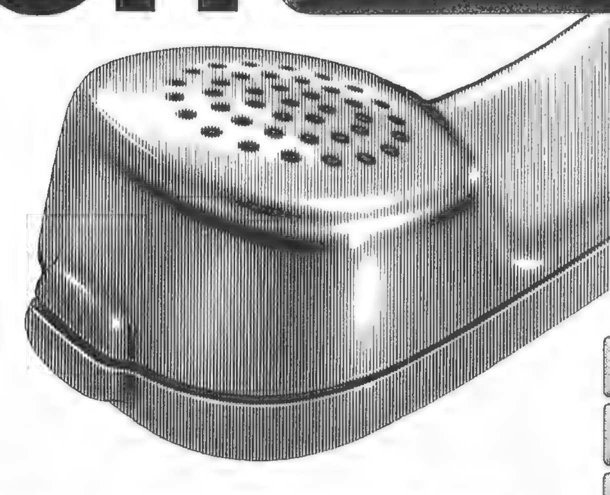
Sogar die Bildung von Gruppierungen („Fraktionen") innerhalb der Partei ohne Genehmigung von oben ist seit 59 Jahren untersagt — obwohl das System selbst zur Bildung von Cliquen und Interessengruppen drängt, die als Seilschaften ihre Freunde auf Gegenseitigkeit nach oben bringen.

Da gibt es landsmannschaftliche Clans, etwa den Dnjepropetrowsker um Breschnew. Manche Cliquen haben ihre Tarnorganisationen, etwa die Konservativen eine Gesellschaft zur Pflege der Altertümer, die Liberalen ihre intellektuellen Berufsverbände bis hin zur Akademie der Wissenschaften; sie haben ihre im Ton ein wenig unterschied-

SIEMENS

Das neue Telefonsystem EMS kann:

automatisch rück-rufen



Mit dem neuen Telefonsystem EMS können Sie noch mehr:

- per Knopfdruck noch mal wählen
- programmiert kurzwählen
- automatisch Anrufe umleiten
- auf Wunsch Anrufe übernehmen
- höflich anklopfen
- Konferenzen schalten

Die neue Siemens-Telefonanlage läßt Sie bei besetzten Anschlüssen nicht im Stich. Wo Sie bisher am »Tüt-tüt-tüt« scheiterten und immer wieder neu wählen mußten, da genügt jetzt ein Tastendruck. Damit ist das System programmiert, automatisch zu verbinden, sobald der gewünschte Anschluß frei ist.

Dann klingelt zunächst der eigene Apparat und wenn Sie abheben, klingelt es bei Ihrem Gesprächspartner. So erreichen Sie Ihren Partner automatisch, ohne sich noch einmal darum kümmern zu müssen. Für weitere Informationen schreiben Sie an Siemens AG, ZVW 104/Sp 1, Postfach 103, 8000 München 1.

Auf neuem Kurs mit EMS von Siemens

lichen Presseorgane — die „Sowjetskaja Rossija" ist noch konservativer als die „Prawda", die „Iswestija" eine Spur und die „Literaturnaja gaseta" deutlich weltoffener.

Und sie haben ihre unterschiedlich gefärbten Sprecher im ZK und im Politbüro. Die haben vor 20 Jahren immerhin durchgesetzt, daß die 300 höchsten Ränge untereinander mit einer separaten, abhörsicheren Telephon-Leitung verbunden sind. Über diesen Draht laufen all jene Verhandlungen, die andernorts in Fraktionssitzungen, in der Parlaments-Lobby oder in Stammlokalen der Vorbereitung politischer Abstimmungen dienen.

Die Herrschaft der oberen Viertelmillion, das System also, in dem etwa jeder tausendste Sowjetbürger über die 999 anderen bestimmt, hatte Staatsgründer Lenin konzipiert: Zur Zarenzeit, so schrieb er 1917, sei Rußland von 130 000 Gutsbesitzern regiert worden. „Und da sollen 240 000 Mitglieder der Partei der Bolschewiki nicht imstande sein, Rußland zu regieren?"

Etwa dieselbe Zahl an „predstawitjeli wlasti", Vertretern der Macht, weist noch heute regelmäßig die Bevölkerungsstatistik der UdSSR aus. Nach Lenins Definition, „nach ihrem Platz in der gesellschaftlichen Produktion ... und folglich nach der Art der Erlangung und Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen", sind sie die herrschende Klasse in Rußland.

Kollektiv verfügen sie über den gesamten gesellschaftlichen Reichtum der Sowjet-Union — ein allumfassender Staatskapitalismus also, dessen Ansätze sich bereits unter den Zaren zeigten, als dem Staat die großen Rüstungsfabriken und Bergwerke gehörten, die riesigen Krongüter, die Eisenbahnen.

Viele, die heute regieren, entstammen sogar jenen Familien, die Rußland auch vor 1917 regierten. „Wir haben den alten Staatsapparat übernommen, und das war unser Unglück", räsonierte Lenin, selbst Sohn eines geadelten Zarenbeamten, über „Hunderttausende alter Beamter, die teils bewußt, teils unbewußt gegen uns arbeiten".

Als es dem jungen Lenin darum gegangen war, die Zulassung zur Universität zu erlangen, hatte er seinen Namen — damals noch Uljanow — auf



Krokodil, Moskau

Sowjetische Privilegien-Karikatur
„Der hochgestellte Sohn persönlich"



Politbüro-Privileg Mittelstreifen: Reserviert für die Führungsspitze

dem Antrag mit der Bezeichnung „Dworjanin“ geschmückt, Edelmann.

Nach fünf Jahren als Premier Rußlands befand er: „Unser Apparat, der absolut nichts taugt, den wir gänzlich aus der früheren Epoche übernommen haben — hier ernstlich etwas umzugestalten, das haben wir nicht fertiggebracht.“

Nachfolger Stalin wollte das gar nicht erst fertigbringen. Er liquidierte die Revolutionäre von 1917 und besetzte die freigewordenen Posten mit jungen Leuten, deren wichtigste Qualifikation Ergebenheit hieß. Sie entstammten sowjetischen Bildungsstätten, in denen (1938) nur ein Drittel der Schüler Arbeiter- und Bauernkinder waren. Ab 1940 kostete der Besuch der Oberstufe Schulgeld.

Stalin („Die Kader entscheiden alles“) führte eine Rangtabelle ein wie zur Bojarenzeit: In der Justiz etwa gibt es bis heute elf Ränge, vom „Wirklichen Staatsrat der Justiz“ über Staats- und Justizräte verschiedener Klassen bis zum „Juristen III. Klasse“ und „Jüngeren Juristen“.

In der Buntmetallindustrie gibt es (wie unter Zar Peter dem Großen) 14 Ränge: vom Berg-Generaldirektor I. Ranges bis zum Bergmeister II. Ranges; Putzmacher sind in fünf Ränge eingeteilt, vom „Koloristen“ zum „Meister der Putzmacherei III. Klasse“.

Dank der Einführung des Leistungsprinzips unter Stalin bedeutet jeder höhere Rang eine Einkommenssteigerung. So kann ein Abteilungsleiter im Ministerium oder ein Fabrikdirektor zehnmal mehr verdienen als ein Arbeiter.

Dank Lenin hat jede Schicht ihre eigenen Privilegien, Einkaufsmöglichkeiten und Gratifikationen.

Als nach der Machtübernahme der Kommunisten 1917 in Petrograd Hungersnot herrschte (Zuteilung pro Kopf und Tag: 125 Gramm Brot und ein Stück Fisch), beschlossen die Parteimitglieder im Stadtbezirk Wyborg, für Kommunisten ein Sonderrestaurant mit Sonderverpflegung einzurichten.

Ein paar Radikale murrten, die Genossen sollten ebenso hungern wie das Volk. Lenin aber entschied: Heroische Selbstaufopferung sei übertrieben, physische Erschöpfung der Partei-Aktivisten mache die Arbeiter führungslos, die Kommunisten brauchten Sonderrationen. Das Restaurant wurde eröffnet.

Seither lebt die herrschende Viertelmillion weithin in abgeschlossenen Siedlungen, durch Palisaden und Wachtposten von der Umwelt abgeschirmt. Sie verfügt über Dienstwagen und Hauspersonal, Spezialläden für Artikel aus dem Westen und einen Reisepaß, der ihnen erlaubt, was den durchschnittlichen Sowjetbürgern versagt bleibt: Reisen ins Ausland.

Untere Nomenklaturisten begnügen sich mit Dienstwohnung, Einkaufs-

schecks für Sondergeschäfte und dem Anspruch auf eine neue Pelzmütze alle zwei Jahre. Top-Leute dagegen verfügen über ein „offenes Konto", das ist eine Art Diners-Clubkarte, bei der die Rechnungen vom Staat bezahlt werden.

Die oberste Spitze aber, das Politbüro der 14, genießt in der Welt einzigartige Vorrechte: Sie dürfen die sonst für Polizei und Feuerwehr reservierte Mittelspur der Moskauer Boulevards benutzen, von anderen Verkehrsteilnehmern durch eine nicht durchbrochene weiße Linie getrennt; per Sprechfunk vorgewarnte Verkehrspolizisten stellen die Ampeln auf Grün und drängen alle anderen Autos an den Bordstein.

Die Führungsspitze hat ihren eigenen Flughafen Moskau-Wnukowo II. Sie kurt auf der Krim; und wie einst der Zar, empfängt Chef Breschnew dort am selben Ort seine Gouverneure, in der Sommerresidenz Liwadija.

Alle anderen Sonderrechte sind innerhalb der Machtpyramide differenziert: Im ZK-Gebäude am Alten Platz gibt es drei verschiedene Kantinen, in denen die Hoheitsträger nach Rang unter sich sind. Ebenso abgestuft ist die Teilnahme am gewichtigsten Privileg, dem Informationsmonopol. Die Auflage der auf verschiedenfarbigem Papier abgezogenen Informationsdienste mit Zitaten aus der Westpresse sinkt, je höher der Nachrichtengehalt ist.

Außer Ministerien und Instituten haben sich nur ein paar Parteisekretäre in Großbetrieben das Recht erstritten, beispielsweise den SPIEGEL direkt zu abonnieren. Allen anderen Interessenten wird Westwissen nur gefiltert vermittelt.

Die vor dem Volk streng verborgen gehaltenen Privilegien sind insgesamt vergleichsweise bescheiden. Sie gewähren selten einen höheren Lebensstandard als den eines fleißigen Facharbeiters im Westen. Nur: Die Einkünfte eines unprivilegierten Sowjetbürgers, mithin der überwiegenden Volksmehrheit, entsprechen ungefähr den Sozialhilfe-Sätzen in der Bundesrepublik.

Selbstverständlich sind die Privilegien der Nomenklatura widerrufbar.

* Im Vordergrund: Lenin-Mausoleum, dahinter der „Alte Senat".



Politbüro-Tagungsort hinter der Kreml-Mauer*: Von der Außenwelt abgeschirmt

Zur Macht-Elite gehört eben nur, wer die Interessen dieser Schicht wahrt. Loyalität ist höchste Tugend.

Doch niemand mehr wird erschossen, es drohen lediglich Herabstufung, Versetzung in die Provinz oder Ruhestand mit Vorzugspension, meist unter Beibehaltung des wichtigsten Statussymbols, der Datscha.

Und die Privilegien sind vererbbar. Seit das in der Revolution abgeschaffte Erbrecht wieder gilt, bleiben (selbstfinanzierte) Datscha, Eigentumswohnung und andere Sachwerte in der Familie. Wer zur Nomenklatura zählt, knüpft auch genügend Beziehungen, um seinen Kindern eine Ausbildung zukommen zu lassen, die später eine hoch dotierte Stellung sichert: auf Schulen mit erweitertem Fremdsprachenunterricht, Mathematik-Gymnasien, dann Nobel-Hochschulen wie dem „Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen" oder dem Maxim-Gorki-Institut für humanistische Studien in Moskau.

Und man heiratet standesgemäß. Daß Abkömmlinge der Nomenklatura ein Arbeiterkind heimführen, kommt kaum vor. Als Stalins Tochter Swetlana einen Inder heiratete, Breschnews Tochter Galina einen Zirkus-Artisten liebte, fielen sie der Ächtung ihrer Klasse anheim.

Die massive Förderung eines hochgestellten Sprößlings durch den Vater, die Hilfe auch für einen entfernteren Verwandten ist so weit verbreitet, daß die Vetternwirtschaft längst zum Thema offizieller Karikaturen im Satire-Blatt „Krokodil" geworden ist.

Höchstes Symbol des gesellschaftlichen Erfolges ist die Ernennung zum Kandidaten und schließlich zum Vollmitglied des Zentralkomitees, das sehr wohl dem „Staatsrat" der Zarenzeit vergleichbar ist, den die neue Klasse keineswegs revolutionär aus der Erinnerung vertrieben hat: Ein ganzer Saal des „Russischen Museums" in Leningrad ist einem Riesengemälde aller Mitglieder des letzten Staatsrats vor 1914 gewidmet — mit einer auf einem Pult ausgelegten Legende, in der die Namen aller dargestellten Zaren-Bürokraten verzeichnet sind.

Der Staatsrat von heute, das ZK, ist die oberste Repräsentation der herrschenden Klasse. Die Vollmitglieder teilen sich in verschiedene Blöcke auf; je 125 Funktionäre des Partei- und des Staatsapparats stehen sich gegenüber:

- für die Partei 120 Sekretäre höherer Ebenen und die Chefredakteure der fünf wichtigsten Medien;
- für den Staat 75 Minister, 28 weitere Funktionäre (so der oberste Gerichtspräsident, der Generalstaatsanwalt), 13 wichtige Botschafter, sechs Wirtschaftsmanager, fünf Wissenschaftler und die beiden staatstreuesten Schriftsteller.

Die Armee stellt noch 20 ZK-Mitglieder, nämlich acht Marschälle und zwölf Generäle. Das gemeine Volk ist durch 13 Mitglieder vertreten: drei Gewerkschafter, zwei Kolchosbauern und acht Arbeiter. Allein der Anteil der Arbeiterschaft an der Gesamtbevölkerung liegt bei 61,8 Prozent. Acht der 287 ZK-Mitglieder sind Frauen.

ZK-Mitgliedschaft ist vor allem eine Ehre, Politbüro-Zugehörigkeit dagegen verleiht Macht. Dort haben (im Verhältnis neun zu fünf) die Abgesandten des Parteiapparats die Mehrheit gegenüber den Vertretern des Staatsapparats.

Hinter Premier Kossygin steht sein Außenminister Gromyko. Drei weitere Regierungsleute gehören zur Seilschaft Breschnews: Staatssicherheitschef Andropow, Militärminister Ustinow und Vizepremier Tichonow, der wohl Kossygin nachfolgen soll.

Generalsekretär Breschnew hat außerdem ziemlich sicher auf seiner Seite die ZK-Sekretäre Suslow (den Chefideologen und Königsmacher der Partei), Kirilenko (Sprecher der Rüstungsindustrie) und Tschernenko, seinen langjährigen Privatsekretär.


Nomenklatura-Chefs Kossygin, Breschnew: Von niemandem kontrolliert

Fünf Politbürokraten vertreten Gebietsorganisationen: der Moskauer Stadt-Parteileiter Grischin, der Leningrader Romanow, der Ukrainer Schtscherbizki — ein Breschnew-Mann —, der Asiate Kunajew und der Lette Pelsche, 61, ältester unter den Alten.

Wie in diesem Gremium eine Entscheidung für das Afghanistan-Abenteuer zustande kommen konnte, läßt sich leicht denken; einige der Herren haben ihre eigenen Interventionserfahrungen: Suslow und Pelsche trugen die örtliche politische Verantwortung für die Annexion der baltischen Staaten 1940/44, Andropow spielte während des Ungarn-Aufstands 1956 die Hauptrolle als Sowjet-Botschafter in Budapest.

Drei der Parteiapparatschiki im Politbüro stimmten schon 1968 für die ČSSR-Intervention; Grischin, der damals noch nicht dazugehörte, wurde 1968 bei einer Inspektion in Prag von tschechischen Arbeitern aus einer Fabrik verjagt.

Wer in der Afghanistan-Frage wie gestimmt hat, weiß außerhalb des geheimen Zirkels niemand genau. Eben das aber, der Mangel an öffentlicher Verantwortlichkeit, macht dieses Herrschaftssystem gefährlich.

Der vermeintliche Vorteil, die Volksstimmung und Kritik nicht ins Kalkül ziehen zu müssen, Wahlkampagnen — am 24. Februar finden in der UdSSR „Landtagswahlen" statt — ignorieren zu können, wird aufgewogen von dem bedrohlichen Nachteil, eine Fehlentscheidung zu spät zu erkennen: Das Feed-back, die Rückkoppelung, fehlt.

Im Atomzeitalter aber gibt es Entscheidungen, die sich nicht korrigieren lassen.

Jochen Mass, Grand-Prix-Fahrer

„Zwischen den Rennen fahre ich mit der American Express Karte am besten."

„Unsereiner, das wissen Sie ja, lebt aus dem Koffer. Ein „Grand Prix" jagt den nächsten, und da geht's kreuz und quer über den Globus: von Argentinien nach Japan, rüber in die Staaten, dann nach Spanien, Monte Carlo ... Dreiviertel des Jahres bin ich bestimmt unterwegs. Wenn ich da für Flugzeug, Essen, Hotels und Einkäufe laufend Geld wechseln und mich nach den Öffnungszeiten der Banken richten müßte, käme ich glatt ins Schleudern."

„Bezahlt" Jochen Mass denn alles per Unterschrift?

„Ja, fast alles. Die Karte wird schließlich auf der ganzen Welt gerne angenommen. Da können Sie hinkommen, wo Sie wollen. Ich zum Beispiel habe die Karte jetzt schon über 4 Jahre. Und seitdem habe ich höchstens noch so 100 Mark Bargeld in der Tasche."

Die Bequemlichkeit spielt also eine große Rolle für ihn?

„Einmal das, aber vor allem auch die Sicherheit. Stellen Sie sich nur vor, Sie verlieren Ihre Brieftasche. Ihr Geld sehen Sie bestimmt nicht wieder. Anders bei der Karte. Die ist zwar auch Geld wert, aber nur für mich. Bei Verlust brauche ich nämlich nur schnell American Express anzurufen und bin dadurch von jeder Haftung befreit."

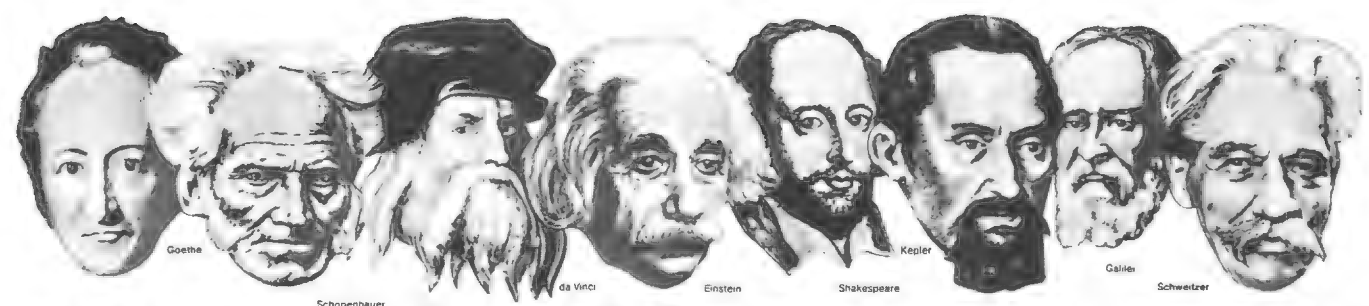
Was findet er noch gut an der Karte?

„Die doppelte Belegkontrolle. Denn einen Beleg erhalte ich sofort, wenn ich per Unterschrift „bezahle". Und dann, Wochen später, kommt noch einmal eine Kopie mit der Abrechnung. So habe ich meine Ausgaben immer unter Kontrolle. Für mich hat die American Express Karte daher längst den „Großen Preis der Zahlungsmittel" verdient."

Die American Express Karte. Weltweit auf Ihrer Seite.



HO&M AE 14/78 CCa



Universal-Genies. Diese Männer besaßen zusammen nicht annähernd soviel Wissen, wie dieses neue Großlexikon Ihnen bietet: »Meyers Enzyklopädisches Lexikon« in 25 Bänden.

Ihr Vorteil:
Zu diesem Werk erscheint ein gebundenes Jahreslexikon. Weitere Informationen erhalten Sie, wenn Sie nebenstehende Karte einsenden.

Das größte und aktuellste deutschsprachige Lexikon des 20. Jahrhunderts, »Meyers Enzyklopädisches Lexikon« liegt jetzt vollständig vor.

Lernen Sie den »Großen Meyer« ohne jede Verpflichtung kennen. Als Geschenk erhalten Sie das 160seitige Jahrbuch »Was war wichtig? 79«.

Nur beim Fackelverlag

Dieses Angebot kann Ihnen nur der Fackelverlag Stuttgart machen: Die Standardausgabe von Meyers Enzyklopädischem Lexikon als auch die neue Ganzlederausgabe, die nur beim Fackelverlag erscheint. Worin unterscheiden sich diese beiden Ausgaben? Die Ganzlederausgabe ist ganz in feingenarbtem, dunkelblauem Rindvolleder gebunden. Die Rükkenprägung sowie der Kopfschnitt sind aus echtem 23karätigem Gold. Vor- und Nachsatz sind aus feinstem Büttenpapier. Band für Band ist handgearbeitet. Die Standardausgabe ist in Inhalt und Umfang identisch mit der Ganzlederausgabe. Die Buchrücken sind aus burgunderrotem Leder mit Goldprägung, die Decken mit farblich abgestimmtem hellgrauem Leinen, Goldschnitt, hochwertiges, mattes, spiegelungsfreies Papier, höchste Bildqualität – das alles macht das Lexikon auch äußerlich so repräsentativ, wie es von einem Werk dieser Größe erwartet wird. Format des Einzelbandes 15,7 x 24,7 cm. Rückenbreite ca. 7 cm. Gesamtbreite des Werkes ca. 170 cm. Damit entspricht die Ausstattung von Meyers Enzyklopädischem Lexikon seinem hohen Rang.

Mit großem Weltatlas

Zum »Großen Meyer« gehört ein 620seitiger Atlas im Großformat 25,7 x 37,5 cm. Zusammen mit den thematischen Karten des Lexikons ist er das größte Kartenwerk in deutscher Sprache.

Ein Lexikon mit Tradition

»Meyers Konversationslexikon« ist erstmals 1839 bis 1855 erschienen. Mit 46 Bänden und 6 Supplementbänden. Heute setzt das Bibliographische Institut, das Joseph Meyer vor nahezu 150 Jahren gründete, die stolze Lexikon-Tradition dieses Hauses fort.

Ein modernes Lexikon

Die Konzeption dieses neuen »Großen Meyer« entspricht dem Informationsbedürfnis der 70er und 80er Jahre unseres Jahrhunderts. Für Meyers Enzyklopädisches Lexikon heißt das: Die Stichwortliste ist in den Bereichen, in denen der rasche und unaufhaltsame Wandel dazu zwingt, durch zahlreiche Wissenschaftler völlig neu erstellt und bearbeitet worden. Eine sorgfältige Auswahl hat auf der anderen Seite alles bewahrt, was bewahrenswert ist.

Ein Enzyklopädisches Lexikon

Rund 1200 Autoren und etwa 50 Redakteure sind für den Inhalt des Werkes verantwortlich. Sie garantieren sachliche Richtigkeit und Objektivität. Zugleich aber – und das ist neu – kommen in etwa 100 signierten Sonderbeiträgen prominente Persönlichkeiten zu Wort, die zu wichtigen Themen und Grundproblemen unserer Zeit Stellung nehmen, um damit das Bild vom Wissen unseres Jahrhunderts enzyklopädisch abzurunden.

Bilder, Karten, Farbe

Meyers Enzyklopädisches Lexikon ist ein Werk mit durchgehender farbiger Bebilderung. Rund 10000 Farbbilder und farbige Kartenseiten stehen in unmittelbarer Nähe des entsprechenden Stichwortes.

Warum sollten Sie gleich jetzt nebenstehende Karte einsenden?

Damit Sie die Ausgabe Ihrer Wahl von Meyers Enzyklopädischem Lexikon kennenlernen können, halten wir einen großen Farbprospekt für die Ganzlederausgabe und eine 40seitige, vierfarbige Informationsbroschüre für die Standardausgabe für Sie bereit. Sie erläutert Ihnen eingehend den Wert und Inhalt dieser 25 Bände. Sie wird Ihnen alles über die »Faszination des Wissens« sagen, in einer Ausführlichkeit, wie wir es an dieser Stelle nicht können. Sie werden erfahren, wie es möglich ist, in immer neue, ungeahnte Weiten des Wissens einzudringen, auf eine Weise, die Sie das Erlebte und Entdeckte auch behalten läßt, so daß Sie die neu gewonnenen Erkenntnisse nutzbringend verwenden können. Diesem Informationsmaterial, das Sie behalten dürfen, können Sie alles entnehmen, was Sie vor einem eventuellen Kauf wissen müssen. Natürlich erhalten Sie auch ein Bezugsangebot mit Zahlungskonditionen, die für Sie außerordentlich vorteilhaft sind.
Das Jahrbuch »Was war wichtig? 79« mit 160 Seiten übersenden wir Ihnen gratis, als Dank für Ihr Interesse.
Ist keine Karte mehr vorhanden, genügt eine einfache Postkarte mit dem Stichwort »Faszination des Wissens und Jahrbuch 79«. Die Postkarte senden Sie bitte an:

Abt. 293/1 · Fackelverlag · Postfach 442 · 7000 Stuttgart 1

Senden Sie die links oben eingeheftete Gutscheinkarte jetzt gleich ab!

Nomenklatura: Moskaus Macht-Elite

Die herrschende Klasse der Sowjet-Union / Von Michael Voslensky

Am Nachmittag des 15. Oktober 1964 kam ich aus dem Zentralkomitee der KPdSU und fuhr durch das Zentrum von Moskau. Die Sitzung des städtischen Parteiaktivs war soeben zu Ende gegangen: Der Apparat des ZK war über den Rücktritt Chruschtschows informiert worden.

Die Menschen auf der Straße ahnten noch nichts von den Ereignissen. Wer gesagt hätte, Chruschtschow sei vor zwei Tagen in Pension gegangen, den hätte man für verrückt gehalten.

Stalin starb von selbst — überlegte ich. Berija wurde von Malenkow liquidiert, Malenkow wurde von Chruschtschow davongejagt. Wer hat Chruschtschow hinausgeworfen? Sicher nicht Breschnew und Kossygin, die als Chruschtschows Kronprinzen die von ihm geräumten Posten übernommen hatten.

Die Mehrheit des ZK-Präsidiums? Das hätte wohl kaum genügt. Im Juni 1957 hatte diese Mehrheit versucht, Chruschtschow zu stürzen. Resultat: Sie wurde selbst auseinandergejagt. Wer war es also?

Am folgenden Morgen fiel mir das Aussehen der Menschen in der Metro auf: Am Tag zuvor waren sie ruhig gewesen, heute machten sie einen verschreckten Eindruck. In allen Gesichtern stand Unsicherheit und Besorgnis wie zur Stalin-Zeit.

Vor wem fürchteten sie sich? Doch nicht vor Breschnew und Kossygin, die wenig bekannt waren. Eines war klar: Die Menschen, die noch gestern kaum Angst gehabt hatten vor dem redseligen Diktator mit seinen Launen und Clownerien, fürchteten heute eine dunkle anonyme Macht, von der sie nichts Gutes erwarteten.

In diesen Tagen begann ich ernsthaft über die Frage nachzudenken: Wer verkörpert jene Macht? Wer sind die „Verwaltenden" in der Sowjet-Union? Die Antwort ist schwierig, denn die Verwaltenden haben sich sorgfältig getarnt.

Das war schon immer so. Es gehört geradezu zum Wesen der Klassengesellschaft, daß die herrschende Klasse sich alle Mühe gibt, die Tatsache ihrer Herrschaft zu verbergen. Die „neue Klasse" in der Sowjet-Union geht in ihrer Tarnung noch weiter: Sie verleugnet ihre eigene Existenz.

Die Klasse der Verwaltenden macht von jeder nur möglichen Mimikry Gebrauch, um sich als Teil eines normalen — im Realsozialismus allerdings pathologisch aufgeblähten — Verwaltungsapparates auszugeben, als ge-

* In New York, 1961.





Regierungschef Chruschtschow*, Pensionär Chruschtschow
„Wer hat Chruschtschow hinausgeworfen?"

wöhnliche Angestellte, wie sie in allen Ländern der Welt vorhanden sind.

Sie erscheinen um 9 Uhr im Büro, sie sitzen hinter ihren Schreibtischen, telephonieren, verbringen Stunden bei Besprechungen, tragen keine Uniformen oder Rangabzeichen — wie soll man sie erkennen?

Andererseits muß sich die „neue Klasse" aus rein praktischen Gründen aus ihrer Umgebung herausheben und von ihr abgrenzen. Die Klasse der Verwaltenden muß selbst genau wissen, wer dazugehört. Darin liegt der objektive Sinn der „Nomenklatura".

Die Nomenklatura ist jener „Trupp der Intelligentsia", der sich — wie es offiziell heißt — „beruflich mit der Führung befaßt" und sich in einer „in gewisser Hinsicht besonderen Position gegenüber denen befindet, die mit der Ausführung der Arbeit betraut sind". Der Nomenklatura gebührt „ein besonderer Platz in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit im Sozialismus".

In die Nomenklatura aufgenommen werden „Personen, die im Namen der Gesellschaft die organisatorischen Funktionen in der Produktion und in allen anderen Sphären des gesellschaftlichen Lebens ausüben".

Die Nomenklatura ist das von Stalin ins Leben gerufene „Fürstengefolge", sein Apparat, der gelernt hat zu herrschen und der Garde Lenins während der Säuberungen die Kehlen durchgebissen hat. Nomenklatura — das ist die herrschende „neue" Klasse der Sowjetgesellschaft.

Sie weiß das und umgibt sich mit dem Schleier des Geheimnisses. Alle Angaben über Nomenklatura-Posten sind streng geheim. Die Verzeichnisse der Nomenklatura zählen zu den Dokumenten hoher Geheimhaltungsstufe. Die Lose-Blatt-Heftchen des „Verzeichnisses der leitenden Mitarbeiter" werden nur einem sehr begrenzten Personenkreis zugeschickt, obwohl man sich fragen könnte, was daran wohl so geheim sein mag.

Im Unterschied zur Bourgeoisie ist das wichtigste Klassenkennzeichen der Nomenklatura nicht der Besitz von Eigentum. Als Fortsetzung der Organisation der Berufsrevolutionäre, die nach dem Sieg zu Berufsherrschern wurden, ist die Nomenklatura die Klasse der Verwaltenden. Ihre Hauptfunktion ist die Machtausübung.

Das Bürgertum übt seine Führung in erster Linie auf wirtschaftlichem Gebiet aus, durch die Produktion materieller Güter. Auf dieser Grundlage beruht auch seine politische Herrschaft. Der historische Weg des Bürgertums verlief vom Handwerk zum Handel, von der Rechtlosigkeit zur Macht.

Anders verläuft der historische Weg der Nomenklatura. Er führt von der Ergreifung der politischen Macht zur Herrschaft auch in der Wirtschaft. Die



Polizeichef Berija
„Von Malenkow liquidiert"

Nomenklatura verkörpert in erster Linie die politische Leitung der Gesellschaft; die Ausübung der Macht auf wirtschaftlichem Gebiet kommt für sie erst an zweiter Stelle. Die wichtigste Aufgabe der Nomenklatura ist die politische Führung.

In der Nomenklatura ist die gesamte Machtfülle eines realsozialistischen Landes konzentriert; sie allein trifft alle politischen Entscheidungen. Deswegen muß die politische und die verwaltungstechnische Arbeit innerhalb der Nomenklatura genau aufgeteilt werden.

Nur außenstehende Beobachter glauben, daß die Macht in der Sowjet-Union allein in den Händen des Politbüros des ZK oder gar des gesamten Zentralkomitees der KPdSU liegt.

In Wirklichkeit kann sich auch das Politbüro (obwohl seine Macht riesengroß ist) nur in einem gewissen funktionellen Rahmen bewegen. Funktionell deshalb, weil diese Begrenzung der Macht des Politbüros überhaupt nichts mit Demokratie zu tun hat und nur auf einer Arbeitsteilung innerhalb der Nomenklatura-Klasse beruht.

In der Nomenklatura atmet man die besondere Luft der Macht.

So kann das Politbüro selbstverständlich einen Kolchosvorsitzenden ernennen oder „empfehlen". Aber das wäre eine offene Verletzung der festgelegten Regeln und würde von der übrigen Nomenklatura mit schweigendem Befremden zur Kenntnis genommen werden. Darum zieht es das „allmächtige" Politbüro vor, auf solche Experimente zu verzichten, und die Kolchosvorsitzenden werden routinemäßig von den Kreiskomitees der Partei „empfohlen".



Sowjet-Minister Malenkow
„Von Chruschtschow davongejagt"

Die deutliche Trennung der politischen und verwaltungstechnischen Kompetenzen innerhalb der Nomenklatura kommt auch in ihrem Jargon zum Ausdruck. In ihrem unbeholfenen, den Sinn aber stets genau wiedergebenden Parteichinesisch lautet die übliche Formulierung: Der in der Nomenklatura Höherstehende soll den Niedrigeren nicht „ersetzen".

Jeder Nomenklaturist hat sein Herrschaftsgebiet. Hier ist eine Ähnlichkeit des Nomenklatura-Regimes mit der Feudalherrschaft zu erkennen. Die gesamte Nomenklatura ist eine besondere Abart des Lehnswesens, bei dem den Nomenklatura-Mitgliedern von den zuständigen Parteikomitees „Lehen" übertragen werden, wie sie seinerzeit die Vasallen vom Lehnsherrn erhielten. Das Lehen der Nomenklatura ist die Macht.

Die Analogie zwischen dem mittelalterlichen Lehnswesen und der Nomenklatura äußert sich sogar in der Sprache: Von einem Fürsten hieß es im feudalen Rußland, daß er „sich selbst auf sein Fürstentum gesetzt", dafür aber


„Ich habe meine Versorgungslücke geschlossen
... durch einen INRENTA-Sparplan."
INRENTA ist ein DWS-Fonds deutscher Rentenwerte mit der ausgewogenen Ertrags- und Risikomischung. Zahlreiche festverzinsliche Wertpapiere verschiedener Art, mit unterschiedlichen Zinssätzen und Laufzeiten, sichern Ihnen längerfristig einen soliden Spargewinn. INRENTA bekommen Sie in über 1.300 Geschäftsstellen unserer Gesellschafterbanken... der ◪ Deutschen Bank und weiterer renommierter deutscher Banken und Bankiers.
DWS
... denn Geldanlage ist Vertrauenssache
DWS Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen, Postfach 2634, 6000 Frankfurt am Main 1



Sitz des Zentralkomitees in Moskau: Alles bürokratisch halbmodern

seine Untertanen in diverse Städte und Gebiete „eingesetzt“ habe. In der Nomenklatura der Sowjet-Union kann man genauso erfahren, daß der Genosse XY in ein Ministerium oder in ein Gebiet „eingesetzt“ wurde.

Das Wichtigste für die Nomenklatura ist nicht der Besitz, sondern die Macht. Die Bourgeoisie ist die Klasse der Besitzenden und aus diesem Grunde Herrschenden. Die Nomenklatura ist die Klasse der Herrschenden und aus diesem Grunde Besitzenden.

Die kapitalistischen Magnaten teilen ihren Reichtum mit niemandem, aber die Ausübung der Macht treten sie gern an Berufspolitiker ab. Die Nomenklatura-Funktionäre fürchten sich, den von ihnen eingesetzten Untergebenen auch nur einen winzigen Bruchteil ihrer Macht abzugeben.

Einen Sektionsleiter des ZK regt es nicht auf, daß ein Akademiemitglied oder ein Schriftsteller mehr Geld und Eigentum besitzt als er. Er wird jedoch niemals zulassen, daß sie seine Weisungen nicht befolgen. In der Nomenklatura atmet man eine besondere Luft — die Luft der Macht.

Sehen wir uns im Gebäude des Zentralkomitees der KPdSU um: Man geht durch den peinlich sauberen Korridor. Neues, helles Parkett, gediegene Läufer, die es nur im ZK und im Kreml gibt. Dünnbeinige Tischchen, darauf Sodawasserflaschen.

An den Türen aus hellem Holz sind unter Glas einheitliche Namensschildchen zu sehen, hergestellt in der Druckerei des ZK. In Großbuchstaben stehen hier Familiennamen und Initialen, weiter nichts. Die Namensschilder der Mitglieder des Politbüros sind die gleichen wie die der jüngsten Referenten: Das ist die „innerparteiliche Demokratie“.

Man betritt ein Büro. Ein Schreibtisch, links ein quadratisches Tischchen für die Telephone; nicht weit davon der Safe; verglaste Bücherregale; eine Couch. Im Büro eines Sektionsleiters steht unmittelbar neben seinem Schreibtisch ein kleiner Tisch mit zwei Besuchersesseln.

„Die Partei säubert ihre Reihen von Karrieristen.“

Beim Stellvertreter eines Sektionsleiters steht neben dem Schreibtisch ein langer Konferenztisch; in einem kleinen Vorzimmer sitzt eine Sekretärin. Ein Sekretär des Zentralkomitees hat ein großes Vorzimmer, in dem ein Nomenklaturist regiert, der den Titel „Sekretär des Sekretärs des ZK der KPdSU“ führt. Daran schließt das Büro des Assistenten des Chefs an.

Hinter dem geräumigen Arbeitszimmer des ZK-Sekretärs befindet sich ein Ruheraum. An den Wänden hängen Porträts von Lenin und Breschnew.

Alle Möbel sind in Standardausführung; sie wurden vor einigen Jahren auf Bestellung hergestellt und gegen die alten, düsteren Möbel aus der Stalinzeit ausgetauscht. Um das Risiko des allzu Modernen zu vermeiden, wurde ein besonderer Stil geschaffen: „bürokratische Halbmoderne“.

Da sitzt er hinter dem Schreibtisch, in einem Anzug, der gut, aber nicht zu modisch ist. Sorgfältig rasiert und gekämmt, aber nicht zu modern. Keine anarchistische Nachlässigkeit, kein bürgerliches Geckentum; alles bürokratisch halbmodern.

Einstmals gab er — oder sein Vorgänger — sich als „Vertreter des Proletariats“, er wirkte demonstrativ ungebildet, grob und voller Schwung. Dann war er schweigsam und streng, ein Klotz des stählernen Willens.

Jetzt ist er umgänglich; er erkundigt sich nach der Gesundheit. Anstatt grob zu brüllen: „Los, mach das!“, oder streng zu befehlen: „Das muß gemacht werden!“, sagt er jetzt freundlich: „Was meinen Sie, Iwan Iwanowitsch, wäre es nicht besser, das so zu machen?“ Der Sinn bleibt doch der gleiche: ein Befehl.

Und genau das ist es, was er genießt. Er gibt Befehle, und alle müssen sie ausführen. Er ist ein Fanatiker der Macht. Das heißt nicht, daß ihm alles andere fremd wäre. Von Natur aus ist er keineswegs ein Asket. Er trinkt gern und viel, vor allem teuren armenischen Kognak; mit Vergnügen ißt er auch gut — Kaviar, Stör, Lachs —, Dinge, die man im Restaurant des Kreml oder am Buffet des ZK bekommt.

Er hat das obligate Hobby, das in seinen Kreisen gerade „in“ ist: Zuerst waren es Fußball und Hockey, dann Angeln, jetzt ist es die Jagd. Er sorgt dafür, daß er für seine neue Wohnung finnische Möbel bekommt, und kauft über die Büchersektion des ZK Bücher, die nicht auf dem Markt sind; selbstverständlich nur linientreue.

Doch nicht darin besteht die Freude seines Lebens. Seine Freude, seine ein-



Chruschtschow-Datscha*: „Jede herrschende Klasse strebt danach ...



... ihre Privilegien weiterzuvererben": **Chruschtschow-Datscha in Pizunda***

zige Leidenschaft ist es, vor einem Tisch mit dem Regierungstelephon zu sitzen, Entwürfe von ZK-Beschlüssen zu beglaubigen, die nach einigen Tagen Gesetze werden; gemächlich fremde Schicksale zu entscheiden.

Oder auf Veranstaltungen zu erscheinen, die von seinen Untergebenen organisiert werden: berühmten Gelehrten, populären Künstlern oder Schriftstellern. Es ist so angenehm, sich bescheiden in eine Ecke zu setzen und mit versteckter Genugtuung zu beobachten, wie die Berühmten und die Populären einem entgegeneilen und um Anweisungen bitten.

Um diese höchste Befriedigung seines Lebens auszukosten, wäre er bereit, sich von allem anderen zu trennen. Nach seinem Sturz sagte Chruschtschow, daß man von allem genug haben könne: vom Essen, von den Frauen, sogar vom Wodka — nur mit der Macht, das sei so eine Sache, je mehr man davon habe, desto mehr wolle man.

Dieser Genuß, der für die Nomenklatura bereits auf der Ebene einer Stadt, eines Gebietes oder eines Kreises beträchtlich ist, steigert sich ins Unermeßliche, wenn er sich in den Dimensionen eines Landes verwirklichen kann, das sich von Schweden bis Japan erstreckt.

Noch prickelnder wird der Genuß, wenn man durch das Telephon seine freundlichen Befehle sogar anderen Staaten erteilen kann, an die man sich von der Schule her als an ferne, fremde Länder erinnert. Warschau, Budapest, Berlin, Sofia, Prag, Kabul, das märchenhaft weite Havanna oder Hanoi.

Während eines Interviews in seinem Arbeitszimmer konnte sich Breschnew nicht zurückhalten und zeigte den Journalisten des „Stern" das Telephon mit den roten Knöpfen, auf die man nur zu drücken braucht, um direkte Verbindungen mit den Ersten Sekretären der Zentralkomitees der Parteien in den sozialistischen Ländern herzustellen.

Man drückt auf den Knopf, erkundigt sich nach dem Befinden, läßt die Familie schön grüßen — und gibt „Ratschläge". Und dann lehnt man sich im Ledersessel zurück und denkt mit wohligem Vergnügen daran, wie sie in der fremden Hauptstadt jetzt gleich beginnen werden, eiligst den „Rat" zu befolgen.

In der Satzung der KPdSU steht der Satz: „Die Partei säubert ihre Reihen von Karrieristen." In Wirklichkeit wissen alle, daß gerade der Karrierismus das hervorstechendste Merkmal aller Nomenklaturisten ist.

Doch auf welche Weise kann ein nach Beförderung Dürstender — nennen wir ihn Iwan Iwanowitsch Iwanow — in die Nomenklatura hineinkommen?

Iwanow weiß, daß eine Heirat mit einer Chef-Tochter oder eine erfolgreiche Romanze mit einer Dame der Nomenklatura Glücksache und folglich kein sicherer Weg in die Nomenklatura sein kann. Er wappnet sich mit Geduld und stürzt sich in die Parteiarbeit.

Unnötig zu sagen, daß Genosse Iwanow der Partei beigetreten ist, sobald sich die erste Möglichkeit dazu ergeben hat. Er beginnt ganz unten. Er betätigt sich zunächst als Agitator in einem Wahlkreis, dann als Brigadier der Agitatoren, nachher als Parteiorganisator einer Gruppe, schließlich wird er Mitglied des Parteikomitees und dann Stellvertreter des Sekretärs des Parteikomitees.

Während dieser Zeit ist Iwanow schlicht und bescheiden, verläßlich und arbeitsam, stets bemüht, bei den Genossen der Parteiorganisation den Ruf eines Menschen zu erringen, der zwar Prinzipien hat, dabei aber gutmütig ist. Seine Liebedienerei vor den Chefs verbirgt er sorgfältig vor seinen Kollegen.

Fortan dürfen zu seinem Freundeskreis nur „aussichtsreiche" und nützliche Leute gehören. Denn Iwanow weiß: Ein Einzelgänger macht keine Parteikarriere, man muß Mitglied einer Clique sein, in der jeder jeden unterstützt, und man muß versuchen, der Führer dieser Clique zu werden.

* Oben: US-Außenminister Rusk, Sowjet-Kollege Gromyko; unten: Chruschtschow, US-Gäste.



Schwimmbad der Breschnew-Datscha in Oreanda: „Je mehr Macht man hat ...

Das beste Sprungbrett ist der Posten des Sekretärs eines Parteikomitees. Er wird durch das Büro des Kreiskomitees der Partei bestätigt, das heißt, daß er bereits zur Nomenklatura des Kreiskomitees gehört — es ist allerdings kein Dauerposten, da jedes Jahr eine Neuwahl des Parteikomitees stattfindet. Es ist eine Art Probejahr für den Kandidaten der Nomenklatura.

Wenn er nur ein Jahr Sekretär ist und nicht wiedergewählt wird, ist er gescheitert. Normalerweise bleibt man zwei Jahre auf dem Posten eines Parteisekretärs, wenn man gut ist — drei Jahre.

Genosse Iwanow wird also das erste Jahr dazu benutzen, seine Wiederwahl für das zweite Jahr zu sichern; im zweiten und dritten Jahr wird er sich bemühen, ein möglichst hohes Amt in der Nomenklatura oder zumindest in der Vor-Nomenklatura zu erhalten.

Iwanows Erfolg hängt von den höheren Vorgesetzten ab und nicht von seinen Arbeitskollegen, daher beginnt er rechtzeitig, die Beziehungen zu seinen Mitarbeitern zu ändern. Er verhält sich ihnen gegenüber immer offizieller und wird immer mehr in die Gruppe der „Chefs“ aufgenommen, die hoch über den gewöhnlichen Sterblichen stehen.

In der Gruppe zeigt sich Iwanow als vertrauenswürdiger Mensch, auf den man sich in jeder Hinsicht verlassen kann, er spielt den „Kerl zum Pferdestehlen“ und ist rührend freundschaftlich gegenüber den Mitgliedern der Gruppe.

Hündische Ergebenheit wird Genosse Iwanow dem Chef der Gruppe entgegenbringen — nennen wir ihn Pjotr Petrowitsch Petrow, einen Nomenklaturisten, der gemäß seiner Stellung das Recht hat, Aufnahmeanträge für No-



... desto mehr will man davon“: **Breschnew in seiner Jagdhütte, Breschnew-Datscha**





Sowjet-Funktionäre: Von Natur aus ...

menklaturisten der unteren Ränge einzureichen.

Dem schon an die Macht gewöhnten und durch sie bereits merklich verdummten Petrow wird Iwanow gefallen, der ihn doch so anhimmelt und bereit ist, auf seinen leisesten Wink hin jede Gemeinheit zu begehen. Das harte Herz unter dem Parteiausweis schmilzt, und wenn sich eine Vakanz ergibt, wird Genosse Petrow dem Vorgesetzten seiner Kaderabteilung befehlen, Iwanows Personalakte für die Empfehlung nach oben vorzubereiten.

Vorher spricht Petrow mit dem im Parteiapparat für die Beförderung zuständigen Mann — nennen wir ihn S. S. Sidorow: „Weißt du, Sidor Sidorowitsch, ich hab hier einen guten Mann für den Posten eines Leiters der Verwaltung. Er ist zwar noch nicht in der Nomenklatura, aber er ist ein Bursche mit Perspektiven. Drei Jahre lang war er bei mir Sekretär des Parteikomitees, ein verläßlicher Kerl, trinkt nicht, keine Weibergeschichten und kennt sich auch als Spezialist aus. Schau ihn dir doch bitte mal an; wenn er dir gefällt, unterstütze ihn!"

Mit undurchdringlichem Ausdruck sagt Sidorow kurz: „Schick die Akte, wir werden sehen."

Daraufhin wird die Akte fertig gemacht und dem Parteiorgan geschickt. Sidorows Untergebener, der die Akte erhält, wird zuerst vorsichtig sondieren, wie sich der Chef zur Ernennung Iwanows verhält. Nachdem er sich überzeugt hat, daß der Chef einverstanden

* Direktor der Ararat-Likörfabrik.



... keineswegs Asketen: **Sowjet-Funktionär***

Die Unvernunft, mit der wir unsere sexuellen Schwierigkeiten heranzüchten, wird höchstens noch von der fehlenden Einsicht übertroffen, mit der wir sie behandeln.

Das Ideal der Männlichkeit

Potent zu sein zur körperlichen Liebe, bleibt heute jedem dritten Mann verwehrt. In einer Zeit, die weithin und ganz offenbar von Sex bestimmt wird, mehren sich die Schwächen der männlichen Potenz.

Die Harmonie von Geist und Körper

notwendig für erfüllte partnerschaftliche Beziehungen, ist in vielen Fällen zeitweilig behindert. Das mag aus der Erziehung resultieren, auf geistiger und körperlicher Überforderung beruhen – die nicht organisch bedingte Impotenz hat viele Gründe, und ebenso komplex ist ihre Behandlung. Die Libido (das sexuelle Verlangen) aber läßt sich unterstützen – man kann die Leistungsfähigkeit des Mannes steigern und erhalten!

puamin®

zielt wirksam auf die Zentren der Manneskraft in Gehirn und Rückenmark, regt die Durchblutung des Beckenraumes an.

puamin®

reguliert die Sexualfunktionen auf biologischem Weg, denn es enthält die dafür notwendigen Wirkstoffe in sinnvoller Kombination:

Nicotinsäure (Nicametat) verbessert die Durchblutung aller Gewebe und aktiviert den Stoffwechsel – wesentlich für den erforderlichen Kreislauf-Effekt ist Puamin wegen der gefäßerweiternden Wirkung auf die Kapillaren (kleinste Haargefäße).
Muira puama stärkt die Sexualzentren in Gehirn und Rückenmark und erhöht die Ansprechbarkeit auf sinnliche Reize, verbessert die Erektionsfähigkeit mit vermehrter Durchblutung des Beckens und der Sexualorgane.
Yohimberinde bewirkt eine gesteigerte Durchblutung der Beckenorgane.
Die ausgewogene Kombination dieser Wirkstoffe hat Puamin auch besonders gut verträglich gemacht.

puamin®

aktiviert den Mann im Mann

puamin® erhalten Sie in allen Apotheken



„David" von Michelangelo

puamin®

Anwendungsgebiete:
Nachlassen der sexuellen Leistungsfähigkeit, Erektionsstörungen, verminderte Libido.
Männliches Klimakterium mit Beschwerden wie Kreislaufstörungen, Müdigkeit, Nervosität.
Vorzeitige Alterserscheinungen wie allgemeine Leistungsschwäche und Zerstreutheit.
Nebenwirkungen, Begleiterscheinungen:
Puamin ist im allgemeinen gut verträglich. Empfindliche Patienten können mit einer vorübergehenden harmlosen Kopfrötung bzw. Wärmegefühl auf die Einnahme von Puamin reagieren. Treten Magenbeschwerden, Schwindelgefühl, nervöse Erregung oder Quaddelbildung auf, so ist die Dosis herabzusetzen bzw. die Medikation zu beenden.
Bei Diabetikern sollte während der Puamin-Behandlung der Kohlenhydratstoffwechsel überwacht werden, da hohe Dosen die Glucosetoleranz (Zuckerverträglichkeit) beeinflussen können.
Unverträglichkeiten und Risiken:
Puamin soll nicht angewandt werden bei Hypotonie (niedriger Blutdruck), schwerer Herzinsuffizienz (Herzschwäche), frischem Myocardinfarkt (Herzmuskelinfarkt), akuten Blutungen, bei eingesetztem Herzschrittmacher.
Puamin beeinflußt die Adrenalinwirkung, daher nicht gleichzeitig mit Adrenalin verabreichen! Puamin kann die blutdrucksenkende Wirkung der Antihypertensiva (Bluthochdrucksenkende Mittel) verstärken.

Schwarzhaupt · Köln



Breschnew-Sohn Jurij
100 Dollar Trinkgeld im „Crazy Horse“

ist, bereitet er die Anfrage an das KGB vor, ob es einen Einspruch gegen die Ernennung des Genossen Iwanow I. I. gibt.

Nach einem bis eineinhalb Monaten kommt die Antwort. Während dieser Zeit stellt der Referent Ermittlungen über den Kandidaten an: Er spricht mit dem Sekretär des Parteikomitees des Ministeriums, mit dem Sekretär des Kreiskomitees und mit dem Leiter der entsprechenden Abteilung im Kreiskomitee.

Diese Gespräche haben vor allem einen Sinn: die Verantwortung zu teilen, falls sich Iwanow nicht bewährt. Dem gleichen Zweck dient auch das schriftliche Material über den Kandidaten. Die ganze sogenannte „Vorbereitung der Kandidatur“ läuft nach dem Prinzip einer Versicherungsgesellschaft ab, bei der die Risiken durch eine Rückversicherung geteilt werden.

Wenn diese Rückversicherungsprozedur beendet ist, bereitet der Referent den Entwurf eines Beschlusses vor, zeichnet ihn ab und schickt ihn auf den Instanzenweg. Zuerst wird der Entwurf dem zuständigen leitenden Funktionär im Apparat zur Unterzeichnung vorgelegt, dann kommt er zur Abstimmung auf der entscheidenden Ebene.

Abgestimmt wird von den Mitgliedern der Parteiorganisation, in deren Nomenklatura Iwanow aufgenommen werden soll. Während auf der niedrigsten Ebene die Beschlüsse über Ernennungen durch Abstimmung in einer Sitzung gefaßt werden, kommen sie bei den höheren Organen gewöhnlich im Umlaufverfahren zustande. Der Entwurf wird den Mitgliedern der Parteiorganisation zur Unterschrift vorgelegt.

Als erster unterschreibt der Sekretär des Komitees, der für die Behörde zuständig ist, in die Genosse Iwanow aufgenommen werden soll. Eine Mehrheit ist bei dieser Abstimmung nicht notwendig: Im Sekretariat des ZK der KPdSU gilt ein Beschluß als angenommen, wenn fünf Sekretäre — von zehn — unterschrieben haben.

Das Dokument wird an die Stelle geschickt, die formell die Ernennung vornimmt. Ein Kurier des KGB mit einer Kunstledertasche überbringt den Bescheid in einem hellgrünen Umschlag.

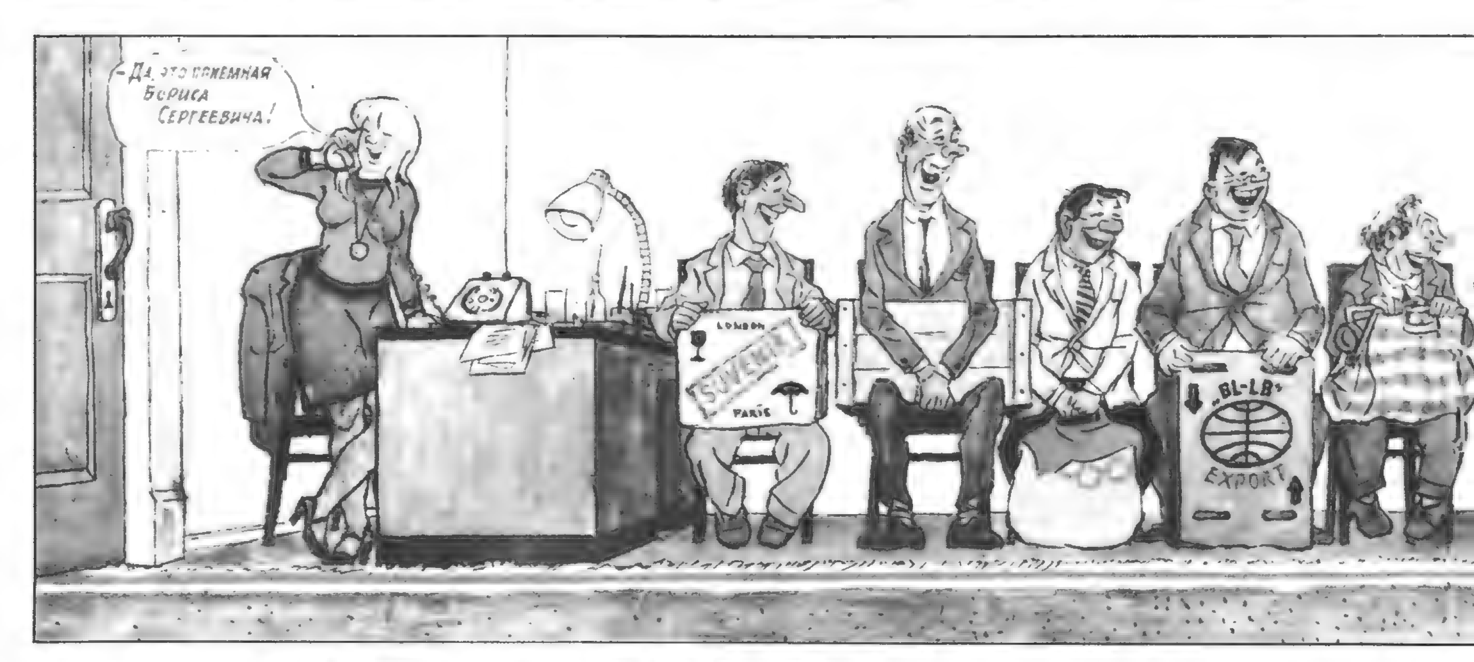


Sowjetische Nomenklatura-Karikatur: „Besuch

Der Brief muß dem Chef persönlich übergeben werden, und der legt ihn zu den Geheimpapieren, wo er in der Mappe „Direktivengebende Organe“ im Safe aufbewahrt wird. Aufgrund dieses Briefs erläßt der Chef nun einen Befehl über die Ernennung des neuen Nomenklaturisten.

Der Beschluß der Parteiorganisation wird in diesem Befehl nicht erwähnt, die Direktive des Orgbüros des ZK aus dem Jahre 1922 lautet: „Es ist ausnahmslos verboten, in staatlichen und Gewerkschaftsakten auf die Parteibeschlüsse schriftlichen Bezug zu nehmen.“

Theoretisch kann man aus der Nomenklatura auch wieder ausgeschlossen werden. In Wirklichkeit jedoch



Sowjetische Nomenklatura-Karikatur: „Ja, hier Vorzimmer Boris Sergejewitsch!“



für Sie – der Herrscher der Nachbarfabrik mit seinem Gefolge zum Erfahrungsaustausch!"

kann ein Genosse, der einmal Zugang zur Nomenklatura gefunden hat, darauf bauen, daß er für immer in ihr bleibt.

Wenn es zu keinen Erschütterungen und Säuberungen kommt, wenn er sich nicht den Zorn eines hohen Vorgesetzten zuzieht, dann müßte er schon in einen gewaltigen Skandal verwickelt sein, um aus der Nomenklatura hinauszufliegen.

Der Nomenklaturist steigt gewöhnlich die Leiter immer weiter empor, darum sind alle Posten, auf die er später versetzt wird, Nomenklatura-Posten. Aber: In der Nomenklatura gibt es kein planmäßiges Vorrücken auf den Stufen einer hierarchischen Leiter.

Natürlich kommt auch folgende Variante einer Nomenklatura-Karriere



vor: Fabrikdirektor — Abteilungsleiter in der Verwaltung — Leiter der Hauptverwaltung — Stellvertretender Minister — Minister.

Daneben gibt es aber zahlreiche weniger erfolgreiche Nomenklaturisten, die sich auf einer kurvenreichen Flugbahn bewegen: Direktor einer Textilfabrik — Direktor eines Gerätebau-Betriebes — Direktor eines Mühlenkombinats, aber auch: Redakteur einer Kreiszeitung — Stellvertretender Minister für Leichtindustrie einer Unionsrepublik — Leiter der landwirtschaftlichen Abteilung eines Gebietskomitees der Partei.

Es wechseln die Fachgebiete, Büroräume, Mitarbeiterstäbe, Dienstautos; unveränderlich bleibt die Zugehörigkeit zur Nomenklatura.

Jeder Nomenklaturist gehört zur Nomenklatura eines bestimmten Parteiorgans; nur dieses Organ, das ihm den Posten gegeben hat, kann ihn auch absetzen. Da aber kein Parteimitglied arbeitslos sein darf, muß das Organ ihn nicht *ab-*, sondern *ver*setzen.

Der neue Posten kann also nur wieder in der Nomenklatura sein. Das garantiert sogar einem offenkundigen Versager unter den Nomenklaturisten einen Platz in der regierenden Klasse: Die erboste leitende Parteiorganisation kann ihn in die Wüste schicken — aber auch in der Wüste immer nur auf ein Nomenklatura-Pöstchen.

Jede herrschende Klasse strebt danach, ihre Privilegien weiterzuvererben und mit allen Mitteln den Zustrom von Zuwanderern zu verhindern. Genau das spielt sich derzeit in der Sowjet-Nomenklatura ab.

Die in ihrer Mehrzahl zur Stalin-Zeit und im Krieg auf ihre Posten berufenen Nomenklaturisten, die heutige Funktionärsgarnitur in der UdSSR, hatte gerade Zeit, ihre Kinder großzuziehen; sie sind heute in dem Alter, in dem sie selbst Nomenklaturisten werden können.

Jetzt füllen die heranwachsenden Kinder in immer größerer Zahl die Nomenklatura-Posten auf. Ein Beispiel von vielen: Der Sohn von Leonid Breschnew wurde trotz seiner Jugend Erster Stellvertretender Außenhandelsminister der UdSSR. Bisher hat auf die Presse allerdings nur eine einzige seiner Außenhandelsoperationen Eindruck gemacht: Hingerissen vom Anblick der reizenden Tänzerinnen des Pariser Stripteaselokals „Crazy Horse", gab er dem Kellner ein Trinkgeld von 100 Dollar, den halben Monatslohn eines sowjetischen Arbeiters.

Daß die Kinder von Gebietsparteisekretären Arbeiter werden, liest man nur in den Romanen des „sozialistischen Realismus"; im realen Sozialismus gehen sie in den Parteiapparat oder in den diplomatischen Dienst.

Gewiß, Nomenklatura - Funktionen sind nicht erblich. Aber die Zugehörigkeit zur Klasse der Nomenklatura ist praktisch erblich geworden.

Die Möglichkeiten, auf dem schmalen Pfad durch die Parteiorganisation in die Nomenklatura einzurücken — wie jener Genosse Iwanow — werden in Zukunft immer mehr beschnitten. Immer häufiger wird man dorthin auf der bequemen Autobahn der Geburt gelangen, als Abkömmling einer wohlgeborenen Nomenklatura-Familie.



Im nächsten Heft

Die neuen Ausbeuter der Sowjet-Union – Das verborgene Leben der Nomenklatura

Beispiele dafür, wie Elektronik die tägliche Schr

Automatische Randüberwachung bedeutet, daß man Flattersatz oder Blocksatz einstellen kann und die Elektronik automatisch die Zeilenlänge steuert.

Ein Langzeitgedächtnis speichert konstante Texte, wie z. B. Anrede, Datum, Grußformel und Name. Sie werden nur einmal getippt und bei Bedarf abgerufen.

10. Januar 1980

Sehr geehrte Damen und Herren,

Olivetti präsentiert das Ergebnis jahrelanger Forschung und intensiver Arbeitsplatzuntersuchungen. Die elektronischen Schreibmaschinen ET 221 und ET 201 von Olivetti werden höchsten Ansprüchen gerecht.

Weil man damit automatisch einfacher und tipp-topp-fehlerfrei schreibt. Und weil sie leise, bedienungsfreundlich und komfortabel sind. Sie befreien die Sekretärin bei der täglichen Schreibarbeit von Streß und Routine. Ein Beitrag von Olivetti für den humanen Arbeitsplatz.

Mit freundlichen Grüßen
DEUTSCHE OLIVETTI GMBH
Verkaufsdirektion Fachhandel

(E. F. Wintermeyer)

Abb. rechts
Mit Hilfe der automatischen Textanordnung werden Texte zentriert, eingerückt oder in verschiedenen Auszeichnungen gedruckt.

Olivetti präsentiert
das Ergebnis jahrelanger Forschung
und intensiver
Arbeitsplatzuntersuchungen.

Die elektronischen Schreibmaschinen ET 221 und ET 201 von Olivetti werden höchsten Ansprüchen gerecht.

Weil man damit automatisch einfacher und tipp-topp-fehlerfrei schreibt. Und weil sie leise, **bedienungsfreundlich** und **komfortabel** sind.

Sie befreien die Sekretärin bei der täglichen Schreibarbeit von Streß und Routine. Ein Beitrag von OLIVETTI für den humanen Arbeitsplatz.

Für das Beschriften von Formularen speichert die Elektronik bestimmte Textausgangspunkte, auf die sich die Maschine dann automatisch einstellt.

Durchschrift für Kontoinhaber
COMMERZBANK
Fritz Müller, Wiesbaden 500532147
301-3456 Wiesbadener Landesbank
Gehalt Dezember 3.500,-
dreitausendfünfhundert
2873465 Deutsche Olivetti GmbH, Frankfurt

Gutschrift
DEUTSCHE BANK
Walter Fischer, Offenbach 500438911
59-99887 Deutsche Bank, Offenbach
Gehalt Dezember 4.200,-
Spesen November 1.430,-
790/3131 Deutsche Olivetti GmbH, Frankfurt-Main, Postfach 3622
51n

Abb. rechts
Beim Schreiben von Tabellen werden automatisch Überschriften zentriert und der Text linksbündig gedruckt, Zahlen dezimalgerecht angeordnet und senkrechte Striche gesetzt.
Auch bei Tabellen innerhalb des Textes werden die Spalten, bezogen auf das jeweilige Schreibformat, automatisch eingerichtet und angeordnet.

Land	1979
Deutschland	121.890,70
Frankreich	55.010,20
Großbritannien	18.109,30
Österreich	17.390,10
Schweiz	13.812,70

Olivetti präsentiert das Ergebnis jahrelanger Forschung und intensiver Arbeitsplatzuntersuchungen.

Berlin	501	600.490,70
Düsseldorf	502	98.970,25
Frankfurt	503	525.230,50
Hamburg	504	78.590,80
München	505	1.002.610,30

Die elektronischen Schreibmaschinen ET 221 und ET 201 von Olivetti werden höchsten Ansprüchen gerecht.

eibmaschinenarbeit vereinfacht.

Diese Beispiele verdeutlichen, daß mit den elektronischen Schreibmaschinen von Olivetti vieles leichter geht und mit Hilfe der Elektronik vieles überhaupt erst möglich ist. Und alles gelingt auf Anhieb und tipp-topp-fehlerfrei. Denn die ET 221 hat ein Korrekturdisplay für elektronische Korrektur und einen Zwei-Zeilen-Speicher für die automatische Korrektur in den beiden zuletzt geschriebenen Zeilen.

Was man nicht sieht ist, daß die elektronische Maschine hörbar leiser schreibt als eine elektrische. Denn sie hat ein schallgedämpftes Typenrad-Schreibwerk statt Kugelkopf und eine elektronische Tastatur.

Lassen Sie sich die neuen elektronischen Schreibmaschinen ET 221 und ET 201 von Ihrem Fachhändler vorführen. Er wird Ihnen auch den Unterschied zwischen beiden Modellen genau erklären.

Schicken Sie uns den Coupon, und Sie erfahren postwendend die Adresse Ihres nächsten Olivetti-Fachhändlers.



SPIEGEL Essay

Stimmt denn diese Sicherheitspolitik?

von Horst Afheldt

Der Autor, 55, ist Jurist, Strategieexperte, Verfasser des Buches „Verteidigung und Frieden" und Mitverfasser der Atomkriegsstudie „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung".

Wenn wir nach 20 Jahren Rüstungskontrollpolitik und mehr als zehn Jahren Entspannungspolitik im Afghanistan-Fall nackt dastehen, sollten wir uns nicht länger verschweigen, daß unsere Politik erfolglos geblieben ist.

Die einfachste Begründung für diesen Fehlschlag lautet: Die Sowjet-Union ist und bleibt eben eine aggressive Macht. Doch wer sich mit dieser Erklärung zufriedengibt, zeigt, daß er Rüstungskontroll- und Entspannungspolitik als Beschwichtigungspolitik behandelt.

Richtige Rüstungskontroll- und Entspannungspolitik ist aber auch für *uns* Machtpolitik, Machtpolitik, die unsere Interessen auch *gegen* sowjetische Macht-Schachzüge sichern soll.

Natürlich kann jede Politik an einem Gegner scheitern. Das gilt für Abschreckungs- und Entspannungspolitik gleichermaßen. Korrigieren können wir aber nur die *eigene* Politik — und erst durch deren Auswirkungen die Politik eines Gegners.

Fragen wir also, welche auch für die Sowjet-Union gravierend zählenden Werte wir denn durch Rüstungskontroll- und Entspannungspolitik aufgebaut haben, mit deren Entzug wir heute drohen könnten.

Der wichtigste Gewinn aus der *Entspannungspolitik* der letzten zehn Jahre für die Sowjet-Union war zweifellos die Anerkennung des Status quo in Europa. Aber diese Anerkennung war gleichzeitig für uns das notwendige Instrument für die weiteren Schritte beim Aufbau unserer Rüstungskontroll- und Entspannungspolitik mit dem Ziel, die Sowjet-Union in das Interessennetz so einzubinden, daß auch unsere Interessen gesichert werden.

Ob man das Schaffen dieser Vorbedingungen nun als „Vorleistung" bezeichnet oder nicht: Fest steht jedenfalls, daß sie irreversibel sind. Denn die Zurücknahme etwa der Anerkennung der DDR oder des Status quo der Ostgebiete als Reaktion auf den Einmarsch in Afghanistan ist unmöglich. Haben diese „westlichen Vorleistungen" jedoch vielleicht Früchte getragen, die wir heute politisch nutzen können?

Entwicklung der eigenen Volkswirtschaft durch wirtschaftliche Kooperation mit dem Westen (Sibirien-Projekte) und Entlastung von den Kosten des Wettrüstens sind handgreifliche Vorteile, die die Sowjet-Union sich aus dem Entspannungsprozeß erhoffte — und die mehrere Regierungen der USA ihr auch versprochen haben. Doch der Prozeß der Realisierung eines solchen Interessennetzes blieb in den Ansätzen stecken — teils durch Eingriffe des US-Kongresses, teils durch die hin- und herschwankende Politik der verschiedenen Präsidenten der USA.

Welche Drohmittel haben wir aber auf dem Feld der *Rüstungskontrollpolitik* zur Hand? Sieben Jahre nach dem Salt-I-Vertrag war Salt II endlich unterschrieben. Doch im US-Senat hatte der Vertrag schon vor Weihnachten 1979 kaum noch eine Chance. Und selbst zu diesem „kaum noch" hatte Präsident Carter ein umfassendes Aufrüstungsprogramm verkünden müssen, ein Programm, das Salt II als Instrument der Rüstungskontrolle praktisch entwertete. Und der Nato-Nachrüstungsbeschluß vom Dezember 1979 bedeutete aus Moskauer Sicht: Wettrüsten auch in Europa.

Hier gab es also für die Sowjet-Union nichts mehr zu verlieren. Betrachten wir daher unser Arsenal an politischen Abschreckungswaffen, so ist die Waffenkammer der Rüstungskontroll- und Rüstungsbegrenzungspolitik leer. Und in der Waffenkammer Entspannungspolitik finden wir nur wenige armselige Flinten. Die russische Invasion Afghanistans deckte noch schonungsloser als die Besetzung der US-Botschaft in Teheran ein weiteres, vielleicht noch gravierenderes Bündnisproblem auf:

Die westeuropäischen Bündnispartner, allen voran die Bundesrepublik und auch Japan, haben sich durch wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik, die außerdem ihre Akzente auf Export, Verkehr und Öl setzte, in eine Situation manipuliert, in der sie in einem vorher nie gekannten Maße von der instabilen Weltregion der nahöstlichen Ölländer abhängig wurden.

Hätten wir die Wachstumskritik ernster genommen, unsere äußere Sicherheit wäre heute weniger gefährdet. So aber wurde der Schutz der Ölzufuhren Voraussetzung für unsere wirtschaftliche Existenz. Doch wie will man auf die Dauer sicherstellen, daß stetig wachsende Rohöl- und Rohstoffmengen an die relativ wenigen Einwohner der westlichen Industrienationen gehen — zumal auch der Ölbedarf der Sowjet-Union wächst?

Soll und kann man diesen Ölnachschub denn militärisch sichern? Wie will man etwa die saudiarabischen Prinzen gegen eine Revolution wie im Iran mit Truppen schützen? Und wenn ja — mit welchen Truppen? Amerikanischen Truppen allein oder amerikanischen und deutschen? Müssen wir denn nicht den Schutz unserer Ölinteressen zumindest unterstützen, wenn das Bündnis die USA nicht überlasten soll?

Doch mit dieser Frage sind wir bei der militärischen Komponente unserer Sicherheitspolitik: Stimmt denn die *Verteidigungspolitik*, die angesichts dieses Fiaskos von Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik jetzt fast allein das ganze Gewicht unserer Sicherheitspolitik tragen muß?

Grundlage der militärischen Komponente unserer Sicherheitspolitik war — und ist formal bis heute — die Strategie der „flexible response". Das Prinzip dieser Strategie ist, den Krieg durch Abschreckung mit der Drohung der Eskalation zum großen Kernwaffenkrieg unmöglich zu machen. Diese Strategie steht und fällt mit dem Willen und der Entschlossenheit der USA, die Selbstvernichtung zu riskieren.

Glaubte man nun in der Nato an die Abschreckungswirkung dieser Drohung — wofür man sich Jahr für Jahr auf Nato-Tagungen versichern ließ, daß die USA zu diesem für sie doch recht irrationalen Verhalten bereit seien —, dann kam es auf sehr genaue Zahlen und Gleichgewichte der konventionellen Streitkräfte gar nicht an.

Es mußte genügen, entschiedenen Widerstand leisten zu können und den „Eskalationsverbund" bis zur strategischen Ebene sicherzustellen.

Dann aber konnte man — worauf Graf Baudissin jahrelang zu Recht hingewiesen hat — Rüstungskontrollabkommen auf dem konventionellen Sektor in Europa aushandeln, die die Sicherheit vor Überraschungsangriffen deutlich erhöhen, ohne sich hoffnungslos in einem Streit über die Frage festzubeißen, ob der Warschauer Pakt heute in Europa 805 000 oder 930 000 Soldaten stationiert habe.

Eben das aber tat das Bündnis unter entscheidender Mitwirkung der Bundesregierung bei den MBFR-Verhandlungen in Wien.

Glaubte man aber nicht an die zuverlässige Wirkung nuklearer Abschreckung — und dazu bestand allerdings Anlaß —, dann mußte man sich überlegen, wie man denn die Bundesrepublik verteidigen wollte.

Das heißt, man mußte den gedanklichen Schritt tun von „Krieg ist durch unsere Abschreckung unmöglich" zu „Krieg kann doch einmal möglich werden". Aber dann konnte man nicht auf die bestehende konventionelle Verteidigung vertrauen, denn die wäre, wie man wußte, in einigen Tagen zusammengebrochen.

Und was stellte man sich eigentlich vor, unter dieser Prämisse (Krieg)

mit Kernwaffen erreichen zu können — außer der Selbstzerstörung unseres Landes?

Dabei ist egal, ob die Kernwaffen nun Neutronenwaffen oder „Pershing-II“-Raketen sind. Denn die ersteren wären auf unserem Territorium eingesetzt worden — und nach ihnen, oder auch schon kurz davor, die russischen nuklearen Gegenmittel.

Und die „Pershing-II“ würde voraussichtlich im europäischen Kampfgebiet unter den heutigen Möglichkeiten der Luftaufklärung gar nicht erst zum Schuß kommen, sondern von Raketen, etwa den sowjetischen SS-20, nuklear vernichtet — und mit ihr große Teile unserer Zivilbevölkerung.

So gibt es bis heute keine durchdachte Theorie für den Gebrauch von Kernwaffen in Europa, falls die Abschreckung versagen sollte — wie Kissinger im September in seiner Brüsseler Rede feststellte.

Aber selbst wenn man sich über dieses Dilemma mit dem Glauben an Abschreckung hinwegtröstet: Wie soll etwas abschrecken, was wir im Kriegsfall doch nicht einsetzen dürften?

Die Erkenntnis, daß die Europäer in einem auf Europa begrenzten Atomkrieg vernichtet würden, ist ebensowenig geheimzuhalten wie die umgekehrte: daß es unzumutbar ist, den USA für den Fall eines Krieges praktisch nichts als den wechselseitigen Selbstmord mit der Sowjet-Union zuzugestehen — möglichst über unsere Köpfe hinweg.

Und mit dem Scheitern der anderen Elemente unserer Sicherheitspolitik, der Rüstungskontroll- und Entspannungspolitik, ist eben das Versagen der militärischen Abschreckung nicht mehr so unwahrscheinlich, daß man weiter wie bisher Zerstörungsmaschine über Zerstörungsmaschine auf beiden Seiten des vielleicht bald wieder Eisernen Vorhangs aufhäufen kann — und sich damit beruhigt, sie hätten ja immerhin einen symbolischen Wert als „Abschreckungsinstrumente“.

Was kann deutsche Politik in dieser Krisensituation tun, um zu verhindern, daß sich ein tödlicher Prozeß der Eskalation zur Gewalt zwischen Ost und West durchsetzt?

Ein Grundsatz deutscher Sicherheitspolitik dürfte den Kollaps einer richtungs- und entschlußlosen Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik überleben: das Bündnis mit den USA. Die Frage ist nur: Was für ein Bündnis, und wie kann es erhalten werden?

Sicherlich nicht durch weitere Solidaritätsakte à la Dezembertagung in Brüssel, bei der letztlich der Entschluß um der Solidarität willen und nicht wegen der Substanz des Beschlusses gefaßt wurde. Denn Bündnisse zwischen Staaten tragen so lange, wie die Bündnissubstanz den Interessen der Staaten dient, und keinen Tag länger.

Suchen wir deshalb für die jetzt vor uns liegenden Krisen eine gemeinsame Strategie, muß dies eine Strategie sein, die in einer Krise von jeder verantwortungsvoll handelnden Regierung auch durchgehalten werden kann. Damit scheiden symbolische „Als ob“-Strategien aus.

Die bekannteste dieser „Als ob“-Strategien ist auf die Annahme gegründet, eine verantwortliche Regierung der USA könne es darauf ankommen lassen, ihre strategischen Arsenale einzusetzen, um einen anderen Konflikt als einen umfassenden Angriff auf die USA zu beantworten.

Kann man sich andererseits irgendeine verantwortliche deutsche Regierung vorstellen, die beim Zusammenbruch der konventionellen Verteidigung in Europa den Krieg auf unserem Territorium atomar fortsetzen würde — sei es mit Neutronenwaffen, sei es mit anderen Kernwaffen?

Kann man sich irgendeine verantwortliche deutsche Regierung vorstellen, die auch nur eine nukleare Demonstration zur Abschreckung zulassen würde, wenn auf unserem Territorium Tausende nuklearer Schlachtfeldwaffen stehen, zu denen bald auch noch Raketen und Cruise Missiles kommen, die die Sowjet-Union erreichen könnten, wenn die Sowjet-Union sie nicht vorher nuklear ausschaltet — wozu sie in der Lage ist?

Kann man sich irgendeine verantwortliche deutsche Regierung vorstellen, die, wissend, wie die Verteidigungslage in Europa aussieht, Truppen in andere Krisengebiete entsendet? Oder die gar als „europäischer Festlandsdegen der USA“ einen Konflikt auf unser Territorium ziehen läßt, um den Westen in einer anderen Weltgegend zu entlasten, in der er militärisch vielleicht nicht präsent ist?

So zu tun, als ob man diese Fragen bejahen könnte, ist Bluff. Bluff, der in jeder Krise aufgedeckt werden kann und der, wenn aufgedeckt, das Bündnis zerstört.

Der Kanzlerkandidat Strauß hat sich also nicht vom Falken zur Taube gewandelt, wenn er — ebenso wie der Bundeskanzler — von solchen Ausweitungen des Nato-Verteidigungsbereiches nichts wissen will. Er betreibt damit vielmehr nur das, was er immer schon betrieben hat: den Versuch, das Bündnis zu stärken, nicht aber es zu zerstören.

Die richtige Frage lautet also: Wie sollen die militärischen Mittel der Nato aussehen, die es einer verantwortlichen deutschen und einer verantwortlichen amerikanischen Regierung erlauben, in Krisen durchzuhalten?

Oberster Grundsatz jeder verantwortbaren Strategie ist, nicht das zu zerstören, was verteidigt werden soll. Die Priorität gebührt daher der erfolgversprechenden konventionellen Abwehr und nicht den taktischen Kernwaffen.

Eine solche neue Strategie müßte allerdings durch eine begrenzte, praktisch unzerstörbare nukleare Kapazität abgesichert werden. Etwa durch Raketen oder Cruise Missiles, die auf U-Booten stationiert sind, statt der „Pershing-II“ und landgestützten Cruise Missiles.

Dabei muß diese nukleare Kapazität so lange notfalls auch zur Drohung mit einem begrenzten nuklearen Ersteinsatz dienen, bis die schwierige und noch ungelöste Aufgabe effizienter konventioneller Verteidigung gelöst ist.

Will man dem Anspruch gerecht werden, Rüstungskontrollpolitik sei ein wesentliches Element unserer Sicherheitspolitik, dann muß eine solche neue Abwehrstrategie gleichzeitig geeignet sein, einen neuen Rüstungskontrollvorstoß für Europa voranzutragen.

Doch kann Rüstungskontrolle keinen relevanten Sicherheitsbeitrag leisten, wenn man sich wieder auf Feilschen um relativ unwichtige Vorteile versteift. Denn letztlich gilt auch für Rüstungskontrollpolitik der militärische Grundsatz: Nicht kleckern, klotzen; wenn man aus dieser verfahrenen Lage herauskommen will.

Erreichte man aber so eine politisch-militärische Stabilisierung des europäischen Raumes, könnten deutsche Regierungen dann auch die US-Aktionen an anderen Punkten der Welt politisch mittragen.

Instabilität in Europa dagegen würde in jeder Krise die Europäer zwingen, dem US-Präsidenten in den Arm zu fallen, bis er, als „Papiertiger“ entlarvt, selbst fällt und wir mit ihm.

Meinen die USA es aber ernst mit der These Präsident Carters, sie müßten „um jeden Preis“ stärkste Macht der Erde bleiben, so Carter in der Botschaft zur Lage der Nation vom 22. Januar 1980, dann allerdings ist Rüstungskontrollpolitik endgültig tot.

Denn Rüstungskontrollpolitik setzt voraus, daß beide Seiten das gemeinsame Prinzip der Gleichrangigkeit akzeptieren. Überlegenheit einer der beiden Seiten kann zwischen Machtpolitik betreibenden Staaten nie gemeinsames Prinzip werden.

Wer Überlegenheitspolitik betreibt, muß mit der Rüstungskontrollpolitik dann auch die Entspannungspolitik begraben. Doch kann die Bundesrepublik diesen Preis wirklich zahlen?

SPIEGEL *Essay*

„Wir haben unsere Karten überreizt"

Der amerikanische Sowjet-Experte George F. Kennan über Amerikas Reaktion auf Afghanistan

George F. Kennan, 75, bei Kriegsende 1945 stellvertretender Missionschef, später Botschafter Washingtons in Moskau, gilt als einer der profiliertesten Sowjet-Experten der USA und als Schöpfer der „Containment"-Strategie, des Konzepts zur Eindämmung der Sowjet-Union, das er zu Beginn des Kalten Krieges 1947 unter dem Pseudonym „Mr. X" in der Zeitschrift „Foreign Affairs" beschrieb.

Zu Weihnachten 1979, nach über einem Jahrhundert regelmäßig wiederkehrender Verstrickung in die inneren Angelegenheiten ihres unruhigen Nachbarn Afghanistan, nach monatelangen vergeblichen Bemühungen, einen fähigen prosowjetischen Führer zu finden, weitete die sowjetische Regierung ihr bereits beträchtliches militärisches Engagement in Afghanistan plötzlich in eine vollständige Besetzung aus. Die Truppen, so versprach sie, würden wieder abziehen, sobald ihr begrenzter Auftrag erfüllt sei.

Dieser Schritt kam nicht nur unerwartet — die Sowjets hatten keinerlei Anstrengungen unternommen, um die Weltöffentlichkeit darauf vorzubereiten —, er wurde auch mit unglaublicher politischer Ungeschicklichkeit unternommen. Der von den Sowjets gelieferte Vorwand war eine Beleidigung für die Intelligenz sogar der gläubigsten Gefolgsleute Moskaus. Der Völkergemeinschaft blieb gar nichts anderes übrig, als die Operation schärfstens zu verurteilen, und das hat sie auch getan.

Die sowjetische Aktion war so bizarr, daß man sich fragen muß: Woher kam im abgeschirmten Entscheidungszentrum der sowjetischen Führung diese Idee, und wer besaß das politische Gewicht, um die Zustimmung dafür zu gewinnen?



Ex-Diplomat Kennan
„Wir wissen nicht ...

Auf jeden Fall liegt der Schritt gewiß nicht auf der Linie Alexej Kossygins oder Leonid Breschnews. (Der eine war krank und außer Gefecht gesetzt. Und daß der Gesundheit und Konzentrationsfähigkeit des anderen Grenzen gesetzt sind, ist ebenfalls bekannt.) Und auch Andrej Gromyko hat dieses Vorhaben wohl kaum gebilligt.

Das bedeutet, daß sich in jüngster Zeit offenbar militantere Kräfte durchgesetzt und beherrschenden Einfluß errungen haben — Männer, die sich sehr viel weniger um die öffentliche Meinung der Welt kümmern, die freilich auch sehr viel unerfahrener sind als die genannten älteren Politiker.

Solch ein Wandel kam für die Aufmerksameren unter den Kreml-Astrologen nicht unerwartet, insbesondere nicht angesichts der jüngsten Verschlechterung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Aber man hatte angenommen, dieser Wandel würde sich erst im Zusammenhang — und gleichzeitig — mit dem Abdanken Breschnews und anderer älterer Politbüro-Mitglieder vollziehen. Daß er mit Breschnew als Galionsfigur möglich war, das hatte niemand vorhergesehen.

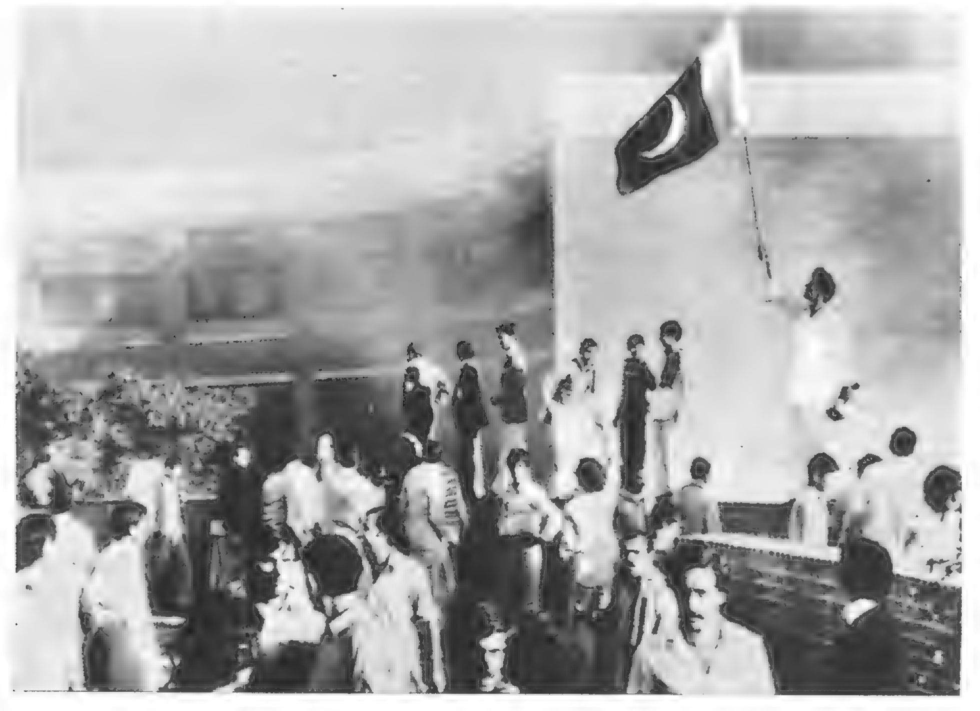
Wie dem auch sei, der unüberlegte Schritt Moskaus war für die Völkergemeinschaft einfach unannehmbar, und die Vereinigten Staaten hatten gar keine andere Wahl, als sich seiner Verurteilung in der Uno anzuschließen.

Darüber hinaus jedoch war die amtliche amerikanische Reaktion durch einen beunruhigenden Mangel an Ausgewogenheit gekennzeichnet, sowohl bei der Analyse des Problems als auch bei der Wahl der Gegenmaßnahmen.

Die offizielle amerikanische Interpretation der Ereignisse in Afghanistan hat offenkundig eine Reihe wesentlicher Faktoren überhaupt nicht ernsthaft berücksichtigt: die geographische Lage etwa, die ethnische Zusammengehörigkeit der Bevölkerung auf beiden Seiten der Grenze sowie die politische Instabilität in einem Gebiet, das nun einmal an die Sowjet-Union grenzt.

Nun müssen keinesfalls nur bestimmte Gründe dieser Art, die sämtlich eher auf defensive als auf offensive Motive hindeuten, die sowjetische Entscheidung herbeigeführt haben. Sie wären auch nicht ausreichend, um die Aktion zu rechtfertigen. Aber sie spielten eine Rolle und hätten bei jeder realistischen Analyse entsprechend berücksichtigt werden müssen.

Statt dessen wird das amerikanische Urteil über die sowjetische Aktion offenbar mehr und mehr von der Annahme geprägt, die Aktion in Afghanistan sei nur das Vorspiel zu aggressiven militärischen Operationen gegen mehrere weiter entfernte Länder und Gebiete. Und natürlich kann niemand garantieren, daß es nicht zu der einen oder anderen Aktion dieser Art kommt.



... mit wem wir es zu tun haben": **Pakistanis beim Sturm auf die US-Botschaft***

* Am 21. November 1979 in Islamabad.

Das hat Kriegsstimmung geschaffen. Die Diskussion in Washington wird beherrscht vom Gerede über militärische Gegenmaßnahmen Amerikas — über den Erwerb von Stützpunkten und Anlagen zum Beispiel, über die Aufstellung einer Eingreiftruppe, über die Pflege militärischer Beziehungen zu anderen Ländern entlang der problematischen russischen Südgrenze.

Tatsache ist jedoch, daß es für die ungewöhnliche Beurteilung der sowjetischen Motive bis zum heutigen Tag nur eine einzige Grundlage gibt: unsere eigenen Vermutungen. In den Reden und auch in den Aktionen der sowjetischen Führer finde ich keinen Beleg dafür. Im Gegenteil, Breschnew hat in der Öffentlichkeit alle derartigen Absichten (wie wir sie unterstellen) nachdrücklich und entschieden bestritten.



Krisenmanager Vance, Carter: „Wir befinden uns in der Gefahrenzone“

Im Sinne unserer Vermutungen haben wir die Russen, zum Teil schon vor der Besetzung Afghanistans, mit massiven öffentlichen Warnungen überschüttet, dort oder anderswo militärisch einzugreifen. Täten sie es dennoch, so versicherten wir ihnen, würden wir mit militärischen Mitteln antworten.

Ist dieses Vorgehen wirklich vernünftig? Warnungen dieser Art bergen auch Verpflichtungen. Die Rede ist hier aber von Gebieten, die an die Sowjet-Union angrenzen, nicht an die Vereinigten Staaten.

Abgesehen einmal davon, ob wir wirklich überhaupt zu unseren Ankündigungen stehen könnten, wenn wir dazu gezwungen würden: Ist es vernünftig, Leute öffentlich zu warnen, etwas zu unterlassen, was zu tun sie keinerlei Absichten bekundet haben?

Unsere schiefe Interpretation der sowjetischen Motive hat unsere Beurteilung anderer Faktoren im Mittleren Osten beeinflußt.

Was sonst, wenn nicht ein ernster Mangel an Ausgewogenheit, ist die Erklärung dafür, daß wir jetzt plötzlich bereit sind, etwa im Falle Pakistans die Labilität der gegenwärtigen Regierung außer acht zu lassen, ihre noch gar nicht so lange zurückliegende skrupellose Gefährdung unseres Botschaftspersonals, ihre mangelnde Aufrichtigkeit in bezug auf ihre Atomprogramme? Setzt sich nicht der Erniedrigung aus, wer dieser Regierung Militärhilfe aufdrängt, die von ihr nur mit Beleidigungen und Schmähungen beantwortet wird?

Was sonst könnte, im Falle des Iran, unsere plötzliche Bereitschaft erklären, nicht nur die Leiden unserer Geiseln zu vergessen — wenn sie nur erst befreit wären —, sondern auch die Verbrennung amerikanischer Flaggen, die drohenden Fäuste, die haßverzerrten Gesichter und die Rufe „Tod für Carter“? Und dann bieten wir denselben Leuten noch an, sie zum Zwecke des gemeinsamen Widerstands gegen die sowjetische Aggression an die Brust zu nehmen.

Von der Kriegsstimmung in Washington war bereits die Rede — niemals seit dem Zweiten Weltkrieg sind die Gedanken und Gespräche in der Hauptstadt so militarisiert gewesen. Ein Besucher von einem anderen Stern, der unerwartet dort hineingeriete, müßte zwangsläufig zu dem Schluß kommen, die letzte Hoffnung auf eine friedliche, nichtmilitärische Lösung sei dahin — von jetzt an zählten nur noch die Waffen, egal wie sie auch eingesetzt würden.

Ich will mich damit nicht gegen eine prompte und wirksame Verstärkung

Eine Schiffsreise um die halbe Welt.

Nach langer Reife in alten ausgesuchten Sherryfässern kommt LINIE-Aquavit aufs Schiff und schaukelt über die Weltmeere bis Australien und wieder zurück nach Oslo. Ohne Ausnahme.
Das gibt ihm die letzte Reife. Das macht ihn zum ungewöhnlichsten Aquavit der Welt.

Mit LINIE-Aquavit beweisen Sie Linie: Skal!





*



*

6 LINIE-Gläser, mundgeblasen. Verrechnungsscheck DM 29,60 frei Haus. Oder Nachnahme DM 32,50. Herm. G. Dethleffsen 2390 Flensburg, Postf. 538/1

LINIE aus Norwegen: Der Aquavit mit der Äquator-Reife.

Prüfen Sie mal auf dem Etikett Ihrer Flasche, wann Ihr LINIE-Aquavit auf Weltreise war.

unseres militärischen Potentials für den Mittleren Osten aussprechen. Ginge es nur darum, mit einem großen Knüppel in der Hand behutsam vorzugehen, und nicht darum, mit einem verhältnismäßig kleinen Knüppel in der Hand rund um die ganze Welt zu tönen — wer sollte etwas dagegen haben?

Aber indem wir von einer unbewiesenen militärischen Bedrohung durch die Sowjets ausgehen, laufen wir da nicht Gefahr, die wirklich großen Bedrohungen unserer Sicherheit in dieser Region zu übersehen? Und die haben sich nicht geändert: unsere selbstverschuldete Abhängigkeit vom arabischen Öl und unsere Verwicklung in eine völlig instabile israelisch-arabische Beziehung.

Am seltsamsten drückt sich der Mangel an Ausgewogenheit vielleicht in jenen zweiseitigen Maßnahmen aus, von denen wir uns weismachen, wir hätten damit die russische Aktion gestraft. Abgesehen davon, daß noch keineswegs entschieden ist, wen wir mit diesen Maßnahmen härter bestraft haben — Rußland oder uns —, haben wir sie als Muster dafür hingestellt, was Moskau zu erwarten hätte, wenn es sich zu der einen oder anderen neuerlichen aggressiven Handlung entschlösse, deren Planung wir dem Kreml unterstellen.

Aber genau das sind diese Maßnahmen nicht. Es sind bereits ausgespielte Karten, die nicht ein zweites Mal gespielt werden können. Es gab niemals Grund zu der Annahme, die sowjetische Regierung könne — nachdem sie ihr Prestige aufs Spiel gesetzt hat — durch offenen Druck dazu gebracht werden, ihre Truppen wieder aus Afghanistan abzuziehen. Das aber bedeutet: Wir haben für ein in Wahrheit hoffnungsloses Unterfangen alle wesentlichen nichtmilitärischen Karten, die wir in der Hand zu halten glaubten, überreizt. Von einem Krieg abgesehen, hat die sowjetische Regierung bereits das Schlimmste dessen, was wir aufzubieten haben, eingesteckt, und mehr hat sie von uns nicht zu fürchten. War dies von uns wirklich reife, staatsmännische Führung?

Wir befinden uns jetzt in der Gefahrenzone. Mir ist aus der modernen Geschichte kein Fall bekannt, wo ein derartiger Zusammenbruch der politischen Kommunikation, wo ein derartiger Triumph zügelloser militärischer Verdächtigungen am Ende nicht zu einem bewaffneten Konflikt geführt hätte. Größer wird die Gefahr dadurch, daß wie im Augenblick nicht wissen, mit wem wir es tatsächlich auf der sowjetischen Seite zu tun haben.

Wenn es für die amerikanische Führung je an der Zeit war, Realismus, Klugheit und Zurückhaltung walten zu lassen, dann jetzt. Welche Leidenschaften den Wahlkampf auch prägen, keine bietet die mindeste Entschuldigung, diese Notwendigkeit zu ignorieren. ◆

Bewerbungsschreiben an Carter

Von Daniel Doppler

Lieber Herr Präßidend Karter,

Hierdurch möchte ich mich als Bohtschafter oder efentuell auch als Sonderbeauftrahgter (mit Flugzeug) bei ihrer Regierung bewerben. Der Ost-Westkonflickt und der Nord-Süddialog hat mich stets interessiert. Anders als ihr Bohtschafter Kneip weiß ich durch jahrelangen Ertkunde-Unterricht, das der Islam eine Sekte im Ohrient (Vielweiberei) und Woytila ein Prophet ißt.

Sie könten mich auch anstatt von Mohamed Alli nach Afrika schikken, da ich dort schon mit Neckermann mehrmals Urlaub gemacht habe und dabei Land und Menschen kennengelernt.



Sonderbotschafter Muhammad Ali
Für Carter in Afrika

Ich darf Ihnen, lieber Herr Karter, zusichern, es handelt sich in der Meerzahl um Schwarze, die man nicht als Neger sondern als Farbige anreden soll. Wenn ich den Busen der Frau vom egyptischen Präsidenten sehe, weis ich schon, das man da nicht einfach hineinlagen darf, auch wenn man einen über den Durst genommen hat und trotzdem man die Dinger mit den Piramiden vergleichen kann.

Einem Diblomaten ist das nicht würdig. Kenntnisse, das mal Krieg zwischen Frankreich und Nordafrika war, bringe ich genügend mit.

Es würde mich nicht umhaun, wenn mir mal jemand sagen wir mal sagt, was Südafrika für eine Staatsform ist und ich das nicht wissen täte. Ich würde stets so tun, als wüßte ich es. Und das Herr Präsidend, genau in Ihrem Sinne.

Ich darf Ihnen daher meine unverzichtbaren Überzeugungen, die mich für diesen Job befähigen, darlegen. Immer wenn ich Ihr Flugzeug im Fernsehen gesehen habe, wollte ich mal mit dieser Maschine fliegen und habe daraus auf die westliche Überheblichkeit gegenüber der Unfreiheit im Ostblock und in Affganistan geschlossen. Mich könnten Sie sogar zum Kaiser von China schikken, weil ich die Freiheit auch gegenüber schlitzäugigen Königen aufrecht erhalte. Für das Öl werde ich auch sorgen, weil ich über Farah Diba und Soraya alles studiert habe, was jahrelang in den Zeitungen stand. Ich weiß, daß der Schah imgrunde ein einsamer Mann war.

Die Moskauer Cremel-Führung hat Unrecht, die persische Geißel der Menschheit einzusperren, bloß weil die nicht an Woytila glauben, wo der doch auch gern herumfährt, alle liebt und die Konflickte hast.

Glauben sie mir, sie und ihre Regirung von New York brauchen meine Hilfe, am besten wärs schon wenn die Olimpiade ins Altertum und nach Rom zurückverlegt würde, im Winter aber immer für Sie am Läk Plazid.

Ich weis und darf es ihnen versichern, wie viel Schaden durch Unwissenheit passiert. Daß zum Beispiel mein Freund Max nach drüben reißt (im sogenannten „Ostblock") und „Na, ihr Iwans!" zu den Russen sagt. Wo die daß nicht gern hören (auch Russkis nicht!). Und etwas Fingerspitzengefühl hat noch gar nie niemand geschadet.

So darf man in der Zone nicht von der Schandmauer sprechen, als Diblomat wenigstens, und muß immer daran denken, wenn man eine Note übergibt. Auch muß man wissen, das sie früher Erdnüsse gebaut haben bevor ihr Forgänger nach Watergate umgezogen ist.

Fremde Sprachen liegen mir eigentlich leider weniger, jedoch wenn man zu den Eingebohrenen sagt: „Macht mal fix, dalli, dalli, ihr Bimbos!" dann kapieren das die schon, die gutartig sind.

Natürlich nicht bei einem König und so. Da sage ich Majestät. Und das in der dritten Anrede. Zu seiner Alten oder seinem Harem sage ich jedoch Frau Königin. Und „Kompliment". Und daß sie nett ausieht oder abgenommen hat und ähnliche Schmeichelein, wie sie Frauen gern hörn, auch Schwarze.

Nehmen sie mich, ich bin für Frieden und Stärke.

RÜSTUNG

Neu überdenken

In Afghanistan haben westliche Militärs einen neuen Gegner ausgemacht: den sowjetischen Kampfhubschrauber Mi-24, den größten der Welt.

Bekannt war das Ungetüm, über 19 Meter lang, fast neun Tonnen Fluggewicht, schon seit Jahren: als größter Kampfhubschrauber der Welt, sowjetische Typenbezeichnung Mi-24, Nato-Codename „Hind" (Hirschkuh).

Und genauso lange mokierte man sich, im Vertrauen auf die eigene technologische Überlegenheit, bei der Nato auch über den „fliegenden Möbelwagen". Die Sowjets, so glaubten viele Experten, hätten nur geklotzt.

Spätestens seit dem Jahreswechsel jedoch, seit dem sowjetischen Überfall auf Afghanistan, ist die Arroganz in Besorgnis umgeschlagen. Denn im massiven Einsatz gegen moslemische Rebellen erwies sich das geschmähte Gerät als „die fortgeschrittenste Entwicklung der Welt auf dem Gebiet der Kampfhubschrauber" („Newsweek").

Tatsächlich übertrifft der „Möbelwagen" in seiner neuesten in Afghanistan eingesetzten Version alles, was im Westen fliegt.

Zusätzlich zu einer im Bug eingebauten, in der Höhe und seitlich schwenkbaren vierläufigen Maschinenkanone vom Kaliber 30 Millimeter, die von einem Bordschützen bedient wird, besitzt die Mi-24 an den seitlichen Stummelflügeln je vier Aufhängepunkte für ungelenkte Luft-Boden-Raketen, Panzerabwehrraketen mit Endphasenlenkung sowie Sprengbomben bis zu 250 Kilogramm. Sie kann eine Waffenlast von fast drei Tonnen befördern — nahezu das *Gesamt*gewicht des in Vietnam erprobten US-Helikopters „Huey Cobra" oder des immer noch von Kinderkrankheiten befallenen Bundeswehr-Modells PAH-1.

Mehr noch: Zusätzlich zur Waffenlast kann die Mi-24 bis zu zwölf voll ausgerüstete Soldaten aufnehmen — was den sowjetischen Generälen die Möglichkeit gibt, Schwerpunkte auf dem Gefechtsfeld schnell zu verändern.



Sowjetische Kampfhubschrauber Mi-24: Den Westen überholt?

Bislang hatte, vor allem seit Vietnam, der Hubschrauberkrieg als Domäne des Westens gegolten. Dort wurden insbesondere die Flugeigenschaften der „bewaffneten fliegenden Festungen" vom Typ „Huey Cobra" von ihren Besatzungen gepriesen.

Auch die Sowjets erkannten die Bedeutung des Hubschraubers für die konventionelle Kriegführung. Und inzwischen haben sie den Westen offenbar eingeholt, wenn nicht gar überholt.

Während die Amerikaner nämlich noch dabei sind, die betagten „Cobras" abzulösen und die ersten Exemplare ihres neuen Kampfhubschraubers vom Typ AH-64 in die Truppe einzuführen, haben die Sowjets nach westlichen Geheimdienst-Schätzungen bereits an die tausend Mi-24 in Dienst gestellt — 300 davon allein in der DDR.

Das sind zwar zumeist noch Maschinen der ursprünglichen, nicht ganz so vielseitigen und schwächer bewaffneten Version. Aber jeden Monat produziert die Sowjet-Union 30 neue, moderne Maschinen.

Auf jeden Fall dürfte sich, so schätzen westliche Offiziere, die sowjetische Landkriegführung durch das neue Waffensystem erheblich verändern — in die dritte Dimension. Denn die Mi-24 eignet sich vor allem zur Unterstützung offensiver Panzer-Angriffe des Warschauer Paktes. Sie

- ▷ kann feindliche Panzer schon aus einer Entfernung von 5000 Meter angreifen — weit außerhalb der Reichweite der meisten westlichen Flugabwehrwaffen;
- ▷ ist für die westliche Luftwaffe wegen ihrer Beweglichkeit nur schwer auszumachen und kaum zu bekämpfen;
- ▷ ist dank ihrer 30-Millimeter-Maschinenkanone besonders geeignet zur Bekämpfung der Panzerabwehr-Hubschrauber der Bundeswehr, die bisher als größte Gefahr für sowjetische Panzervorstöße angesehen wurden;
- ▷ kann mit Hilfe seiner Infrarot-Geräte und Fernsehkameras sogar nachts und bei schlechtem Wetter operieren.

In den westlichen Stäben grübeln Militärs und Techniker nun, was sie dem entgegensetzen sollen. „Wir werden", so ein Hubschrauber-Taktiker der Bundeswehr, „unsere Einsatzgrundsätze neu überdenken müssen."

FINNLAND

Kaltes Geschäft

Vorigen Herbst bestand Moskau darauf, seinen Handel mit Finnland drastisch zu erweitern. Sahen die Sowjets bereits den US-Boykott kommen?

Afghanistan gilt uns", schrieb die Osloer Zeitung „Aftenposten" nach Moskaus Einmarsch in Kabul.

Schon wenige Wochen danach bestätigten die Sowjets Norwegens Befürchtungen. Als die amerikanische Nachrichtenagentur upi — fälschlich — eine Mobilmachung der norwegischen Nato-Truppen an der Grenze zur Sowjet-Union meldete, griff Moskaus Tass die Ente auf und beschuldigte die Osloer Regierung eines „unfreundlichen Aktes" — eine in der abgewogenen Diplomatensprache ernste Warnung.

Wenn die Skandinavier einen Rückfall in den Kalten Krieg befürchten, so

„Und wieviel % gründlicher finden Sie, Herr Lauterbach, den neuen Braun micron plus® am Hals?“

„15% gründlicher am Hals als mein alter Braun.“

Das ist die persönliche Meinung von Herrn Lauterbach, der sich schon seit Jahren mit einem Braun rasiert. (Umfrage: 100 Besitzer von Braun Rasierern halten den Braun micron plus® durchschnittlich für 25 % gründlicher.)

Es gibt jetzt einen weiteren micron von Braun: den neuen Braun micron plus. Der neue Braun micron plus hat als erster Rasierer von Braun ein Einfädelsystem. Speziell für Problemzonen am Hals und für den 2-Tage-Bart.

Die etwas längeren und anliegenden Barthaare werden jetzt präziser gegriffen und über einen Einfädelkamm zu einem speziellen Langloch-Feld im Scherblatt geführt. Das Ergebnis: Der neue Braun micron plus rasiert Sie am Hals gründlicher und schneller als alle anderen Braun Rasierer. Gründlicher sogar als der Braun micron, der von der Stiftung Warentest immerhin die Gesamtnote „sehr gut“, am Hals allerdings „nur“ ein „gut“ (Test Okt. 1977) erhielt.

Überzeugen Sie sich bei Ihrem Fachhändler. Wir sind gespannt, um wieviel Prozent gründlicher der Braun micron plus Sie rasiert.

Neu.
Braun micron plus®

Gründlicher am Hals durch das neue Einfädelsystem.







stets vor allem aus Sorge um ihren östlichen Bruder Finnland. Denn wie Afghanistan ist das Land seit 1948 durch einen Freundschaftsvertrag an die Sowjet-Union gebunden, obschon es seiner Struktur nach zum Westen gehört.

So war es auch wenig erstaunlich, daß die finnische Regierung nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan schwieg. Noch in seiner Neujahrsansprache erwähnte Finnlands Staatspräsident Urho Kekkonen die Invasion mit keinem Wort, kritisierte aber heftig den Nachrüstungsbeschluß der Nato. Bei der Verurteilung des sowjetischen Einmarsches durch die Uno-Vollversammlung enthielten sich die Finnen der Stimme.

Auch die finnische Presse gab sich zurückhaltend. Nur die Rundfunk-Reporterin Eva Nyberg fand eine klare Sprache zu Afghanistan: „Die einzige ausländische Aggression ist von sowjetischen Truppen begangen worden."

Finnlands Vorsicht gegenüber der Sowjet-Union enthüllt den schwierigen außenpolitischen Balanceakt, den das Land dauernd üben muß, in diesem Jahr um so mehr, als Finnland den größten Wirtschaftserfolg seit Kriegsende verzeichnen konnte — nicht zuletzt dank langfristig abgesicherter Handels- und Wirtschaftsverträge mit der Sowjet-Union.

Um siebeneinhalb Prozent steigerte Finnland im vergangenen Jahr sein Bruttosozialprodukt (Bundesrepublik 4,4 Prozent), mehr als jede westliche Industrienation seit der Ölpreiskrise von 1973.


Staatspräsident Kekkonen
Vorsicht gegenüber Moskau

Die Finnen verdanken ihre Erfolge einem Exportboom, den harte Austerity-Maßnahmen, aber kurioserweise auch die gestiegenen Ölpreise der vergangenen Jahre bewirkt haben. Denn die Sowjet-Union hat sich vertraglich verpflichtet, zwei Drittel des finnischen Erdölbedarfs zu decken — zu bezahlen durch Warenlieferungen aus Finnland.

Sowjetische Aufträge retteten ganze Industriezweige, wie die Textil- und Konfektionsindustrie. Mehr als die Hälfte der finnischen Schiffsbaukapazität ist für die nächsten fünf Jahre durch sowjetische Aufträge ausgelastet. „Finnlands Sowjethandel bewahrt die Werften vor der Krise", schrieb die schwedische Wirtschaftszeitschrift „Affärsvärladen".

Wichtiger noch war die Bestellung ganzer Industrieanlagen. Das erste,

* Bau eines Erzanreicherungs-Kombinats in dem Ort Kostomuxa.


Finnische Baustelle in der Sowjet-Union*: „Da ist nicht die Rede von Freundschaft"

1971 vereinbarte Großprojekt, eine Holzveredelungsanlage im polarkreisnahen Ozero, brachte den beteiligten finnischen Unternehmen 75 Millionen Mark ein. Für die Abwicklung des zweiten sowjetischen Großauftrages mußten die sieben größten finnischen Bauunternehmen bereits ein Konsortium bilden.

1977 schließlich verbuchten die Finnen den größten Industrieauftrag ihrer Geschichte. Auf mindestens 1,4 Milliarden Mark belaufen sich die Kosten für den Bau des Erzanreicherungs-Kombinats Kostomuxa (Karelische Autonome Sowjet-Republik) mitsamt einer dazugehörigen Stadt für 9000 Einwohner, das finnische Arbeiter derzeit 40 Kilometer von der Grenze entfernt hochziehen. Fünf Jahre lang werden 5000 Finnen bei den Sowjets arbeiten.

Im Herbst vergangenen Jahres kündigte sich eine seltsame Änderung der sowjetischen Handelspolitik an: Bei den Verhandlungen für ein Rahmenabkommen über den wechselseitigen Handel bis 1985 bestanden die Sowjets darauf, den Umfang auf 14 Milliarden Rubel (etwa 50 Milliarden Mark) auszudehnen, im Vergleich zu neun Milliarden Rubel für die vergangenen fünf Jahre.

Premier Mauno Koivisto zog das Fazit aus einem Moskau-Besuch: „Da ist nicht mehr wie früher die Rede von Freundschaft und so. Die gehen gleich zum kalten Geschäft über.“

Möglicherweise, so mutmaßen Diplomaten in Helsinki, hatten die Sowjets damals schon die Intervention in Afghanistan und zu erwartende Wirtschaftssanktionen des Westens im Sinn. Mindestens ein Teil der boykottierten Waren könnte dann über Finnland ins Sowjet-Reich fließen.

Daß sich Finnland damit in Widerspruch zu seinen skandinavischen Brüdern setzen würde, machten insbesondere die Norweger klar. So erwägt die Osloer Regierung, dem norwegischen Rüstungsfabrikanten Kongsberg Vaapenfabrikk die Lieferung von hochmodernen Steuerungssystemen an die Sowjet-Union zu verbieten. Auch der Export wichtiger norwegischer Geräte für sowjetische Offshore-Bohrungen in arktischen Gewässern könnte untersagt werden.

Demonstrativ lud die Osloer Regierung den stellvertretenden sowjetischen Verteidigungsminister Pawlowski aus, der im Mai einen Besuch abstatten wollte. Pawlowski, Chef der sowjetischen Landstreitkräfte, hatte vorigen Herbst zwei Monate lang in Afghanistan das Invasionsgebiet erkundet. Und Norwegens Marine-Generalinspekteur Konteradmiral Herlofsen sagte eine für März geplante Visite in der Sowjet-Union ab. ◆

Sechs Fragen zum Kundendienst, die Sie vor der Anschaffung eines Computersystems klären sollten.



1 **Bin ich auf bestimmte Wartungszeiten angewiesen, wenn mein Unternehmen im Mehrschicht-Betrieb arbeitet? Muß ich einen 24-Stunden-Service auch dann bezahlen, wenn ich ihn nicht benötige?**

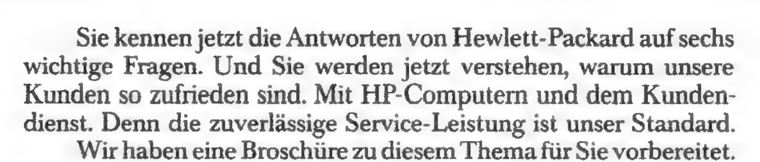
2 **Erhalte ich die Software-Unterstützung, die ich benötige?**

3 **Beschränkt sich die Unterstützung nur darauf, Störfälle zu beheben?**

4 **Sind in meinen Kundendienst- und Softwarepflege-Vereinbarungen alle Leistungen und deren Kosten genau spezifiziert?**

5 **Ist der Kundendienstingenieur bei einem Störfall schnell zur Stelle?**

6 **Arbeiten Ihre Kundendienstingenieure auch über die vereinbarte Wartungszeit hinaus, bis der Störfall behoben ist?**

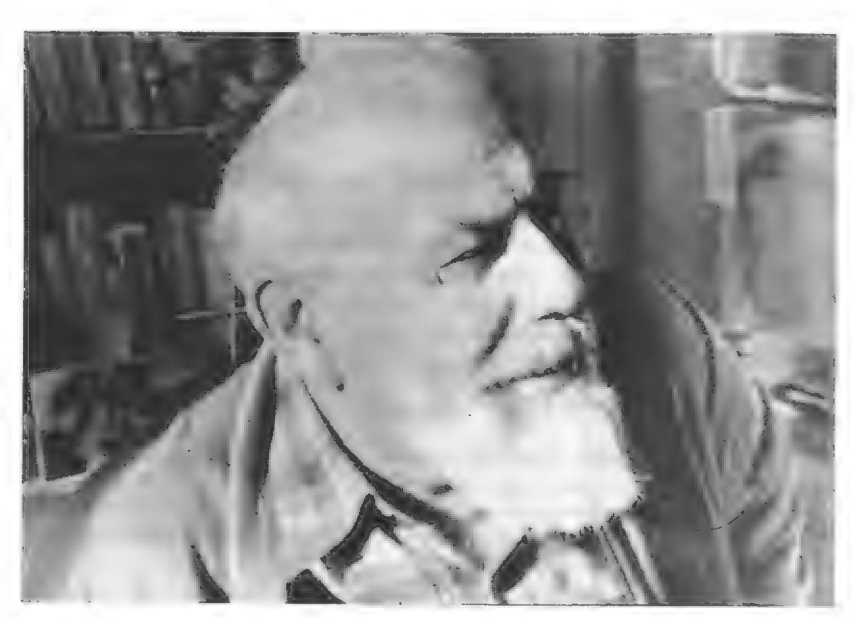


Sie kennen jetzt die Antworten von Hewlett-Packard auf sechs wichtige Fragen. Und Sie werden jetzt verstehen, warum unsere Kunden so zufrieden sind. Mit HP-Computern und dem Kundendienst. Denn die zuverlässige Service-Leistung ist unser Standard.

Wir haben eine Broschüre zu diesem Thema für Sie vorbereitet. Mit dem Coupon können Sie Ihr Exemplar anfordern.

„Das russische Volk ist das Volk Sacharows“

SPIEGEL-Interview mit dem sowjetischen Schriftsteller Lew Sinowjewitsch Kopelew



Verfolgter Autor Kopelew: „Ich glaube noch immer an Rußland“

SPIEGEL: Herr Kopelew, Sie sind laut „Sowjetskaja Rossija“ ein Judas, ein Feind des sowjetischen Staates und des Sozialismus. Ihre Wohnung, in der wir jetzt miteinander reden, ist, so die ZK-Zeitung, ein „Nest ideologischer Diversionen“. Müssen Sie nun, wie Ihr Freund Sacharow, uniformierten Besuch erwarten — haben Sie Ihr Bündel schon geschnürt?

KOPELEW: Alles ist jetzt möglich nach dem, was mit Sacharow passiert ist, niemand ist mehr in diesem Land vor Willkür sicher. Ich bin auf alles gefaßt. Natürlich habe ich kein Interesse daran, den Behörden zu sagen, was sie mit mir tun sollen. Aber ich werde nichts in meinem Leben und meinem Verhalten ändern.

Was mich mehr bewegt als alles andere seit vielen Jahren, ist das Schicksal von Andrej Sacharow. Ich glaube zwar nicht, daß man ihn umbringen wird, wie betrunkene Hooligans dem bestbewachten Mann Rußlands angedroht haben — mit einer Pistole in der Hand —, aber ich sorge mich um seine Gesundheit. Er hat ein schwaches Herz. Er hat zwei Infarkte hinter sich. Das ist es, was mir Sorgen macht. Was mir passiert, darüber werden wir nachdenken, nachdem es passiert ist.

SPIEGEL: Vorwürfe, wie sie jetzt gegen Sie publiziert wurden, brachten Sie zu Stalins Zeiten für zehn Jahre ins Lager. Chruschtschow hat Sie rehabilitiert. Warum geht es jetzt wieder los, warum sind Sie wieder zur Zielscheibe geworden?

KOPELEW: Diese Vorwürfe sind ja noch viel schlimmer als alles, was man mir seinerzeit vor Gericht vorgeworfen hat . . .

SPIEGEL: . . . schlimmer als unter Stalin?

KOPELEW: Ja, schlimmer als damals, als man mich für zehn Jahre ins Lager steckte. Damals hat man mich des bürgerlichen Humanismus und der Verleumdung der eigenen Armee beschuldigt. Aber Verräter, Judas, Faschist hat mich damals keiner genannt, nicht der Ankläger, nicht der Richter, nicht einmal die Denunzianten.

Lew Sinowjewitsch Kopelew

ist Schriftsteller, Literaturkritiker, preisgekrönter Übersetzer unter anderem von Goethe, Brecht und Böll ins Russische. Als hochdekorierter Major der Roten Armee wurde er nach Kriegsende wegen „Mitleids mit dem Feind“ zu zehn Jahren Lager verurteilt. 1956 rehabilitiert, fiel er erneut in Ungnade, als er sich für die angeklagten Autoren Sinjawski und Daniel engagierte. Seine Bücher, vor allem die Autobiographie „Aufbewahren für alle Zeit!“, wurden in der Bundesrepublik veröffentlicht. Kopelew, 67, kennt Brandt und Bahr persönlich, Böll ist sein Freund. Nach der Verbannung Sacharows — gegen die er protestierte — und der Verhaftung fast aller namhaften Dissidenten verurteilte ihn vorletzten Sonntag das ZK-Organ „Sowjetskaja Rossija“: Er habe sich „den Faschisten angeschlossen“.

SPIEGEL: Und warum nun dieser Angriff, diese Beschimpfungen, warum gerade jetzt?

KOPELEW: Ich weiß es nicht. Ich weiß nicht, was in den Gehirnen jener Leute los ist. Nie war ich so ratlos, so irregeführt wie durch die Irrationalität der Ereignisse in den letzten Wochen. Warum hat man einen Menschen wie Sacharow, der soviel für das Volk und den Staat getan hat, der die Ehre und die Würde unseres Volkes personifiziert, den ersten und einzigen Friedensnobelpreisträger dieses Landes, so behandelt? Ich weiß es nicht. Aber wenn das alles wieder losgeht . . .

SPIEGEL: Es ging ja wohl schon länger los gegen die sogenannten Dissidenten. Sie selbst wollten sich nie als Dissident sehen. Wie würden Sie Ihre Rolle in dieser Gesellschaft definieren?

KOPELEW: Ja, das ist richtig, als Dissidenten habe ich mich nie gesehen. Dissident ist bei uns zu einem bestimmten parteilichen Begriff geworden. Ich gehöre keiner Bewegung an, keiner Gruppe, ich habe auch kein Programm, das ich predigen möchte.

SPIEGEL: Aber Sie haben eine Stimme, die Sie immer wieder erheben, wenn Sie meinen, Unrecht zu sehen.

KOPELEW: Sehen Sie, was ich aus meinem langen Leben gelernt habe, was ich auch in meinen Büchern auszudrücken versuche, das ist die feste Überzeugung, daß man nicht schweigen darf, wenn Unrecht geschieht, wen immer es trifft.

Ein Beispiel: Ich habe appelliert, wo immer dies möglich war, wegen Igor Ogurzow, der seit 13 Jahren im Kerker ist. Ein junger Leningrader — das heißt, er war jung, als er eingesperrt wurde, 28 Jahre, ein Historiker, ein Philologe, ein Christ, mehr noch, ein Christlich-Nationaler.

Seine Ansichten sind mir absolut fremd, aber er ist einfach ein ehrlicher, von seinen Ansichten überzeugter Mann, und er hat nichts Schlechtes getan, nur mit Freunden diskutiert. Er ist sehr krank, Herz, Lunge, und es geht ihm immer schlechter, und man läßt ihn verkommen. Dagegen protestiere ich.

Das betrachte ich als meine Pflicht an meinen Kameraden, die im Krieg gefallen sind, meinen vielen, vielen Freunden gegenüber, die für mich eingetreten sind, als ich selbst im Lager war, meine Pflicht als Staatsbürger und Schriftsteller. Das ist, wenn Sie so wollen, mein Programm.

SPIEGEL: Eines Ihrer Bücher trägt den Titel „Verbietet die Verbote“ — wird nicht gerade jetzt mehr verboten als seit vielen Jahren?

KOPELEW: Wissen Sie, das ist seltsam bei uns. Was in einer Stadt verboten ist, wird in der anderen erlaubt. In Georgien etwa werden diese wunderschönen Filme gedreht, die man dann in Moskau nicht zeigt, oder vielleicht in einer einzigen Vorstellung. In Kiew bekommt ein Mensch acht oder zehn Jahre Gefängnis für etwas, was hier mit einer Rüge oder zwei Wochen Polizeihaft abgetan würde.

SPIEGEL: Warum ist das so?

KOPELEW: Ich wage nicht zu erklären, warum es gerade da keinen Zentralismus gibt. Vielleicht hat es mit Machtkämpfen zu tun, die ja schwer durchschaubar sind, aber vielleicht wissen Sie da mehr ...

SPIEGEL: ... wohl kaum ...



Verfolgter Atomphysiker Sacharow*: „Der beste Mensch, den wir haben"

KOPELEW: ... aber sehen Sie, was wir heute brauchen in unserer Welt, das sind vor allem zwei Dinge: Toleranz und Wahrheit. Toleranz, damit meine ich nicht, daß man mit Andersdenkenden übereinstimmen soll. Es bedeutet, daß man sich wehrt, wenn eine Ideologie, und mag es auch die allerbeste sein, monopolistisch wird, alleinseligmachend, daß die aufgezwungen werden soll. Die besten Ideen dürfen nicht mit Gewalt verbreitet, anderen Menschen, anderen Völkern nicht diktiert werden. Das ist, schlicht gesagt, meine Überzeugung, mein Programm.

SPIEGEL: Aus dieser Ihrer Überzeugung haben Sie nie ein Geheimnis gemacht — warum greift man Sie denn gerade jetzt deswegen so an?

KOPELEW: Das kann ich auch noch nicht begreifen. Vielleicht sind es außenpolitische Schwierigkeiten, vielleicht wirtschaftliche Kalamitäten im Inneren.

SPIEGEL: Vielleicht ist es auch die „Säuberung" vor den olympischen Spielen, die unerwünschte Elemente aus den Olympia-Städten entfernen soll — obwohl die Spiele ja nun vielleicht nicht mal mehr stattfinden.

KOPELEW: Solche Erklärungen habe ich natürlich auch schon gehört — man wolle die Städte, in die Olympia-Besucher kommen, säubern. Aber ist das eine Erklärung? Wenn ja, warum läßt man dann nicht einen seit langen Jahren kranken Häftling frei, wem könnte er schaden?

SPIEGEL: Hat man Angst, fürchten Partei und Regierung das freie Wort so sehr?

KOPELEW: Das müßten Sie die Parteiführung, die Regierung fragen. Für mich ist die Logik jener unerklärbar, die eine so starke Armee haben, die stärkste der Welt, eine so starke Polizei, 17 Millionen Parteimitglieder, 37 Millionen beim Jugendverband „Komsomol", die allein über Presse, Rundfunk und Fernsehen verfügen — und Angst haben vor einigen hundert Menschen, die anders denken und frei sprechen. Vielleicht ist es auch keine Angst, sondern einfach ein irrationales Streben nach einer monolithischen Ideologie, obwohl es so etwas ja gar nicht gibt.

SPIEGEL: Herr Kopelew, Ihre jüdischen Großeltern wurden von den Nazis in Babi Jar ermordet. Sie selbst wurden im Kampf gegen die Faschisten ausgezeichnet — und nun wird Ihnen vorgeworfen, Sie machten gemeinsame Sache mit den Faschisten. Schmerzt Sie das, muß das nicht nur Sie, sondern auch Ihre deutschen Freunde treffen, wie den Friedensnobelpreisträger Brandt, den Literaturnobelpreisträger Böll?

KOPELEW: Solche Vorwürfe treffen mich überhaupt nicht, das ist doch mehr blöd als gemein. Getroffen fühle ich mich nicht. Ich empfinde eher ein Gefühl des Ekels. Sicher mögen meine deutschen Freunde betrübt sein — aber wir sind da eben ein Land der unbegrenzten Möglichkeiten, im Guten wie im Bösen.

SPIEGEL: Sie, Herr Kopelew, sind nach Sacharows Verbannung — gegen die Sie protestiert haben — einer der letzten Bürger mit Namen, die ihre Stimme erheben, wenn sie meinen, Unrecht zu sehen. Wer wird, wer kann noch für Lew Kopelew sprechen?

KOPELEW: Nach allem, was ich gesagt habe, trotz allem glaube ich noch immer an Rußland und an den russischen Menschen, an die russische Heimat. Rußland hat schon viel schlimmere Zeiten durchlebt, in früheren Jahrzehnten und früheren Jahrhunderten. Aber immer wieder hat es gute Menschen gegeben, wurden gute Taten vollbracht, gute Bücher geschrieben, gute Bilder gemalt, wurde gute Musik gemacht.

Leider ist das Leben einzelner Menschen meist zu kurz. Jetzt treten für mich wieder Freunde ein, viele**. Ich bin heute recht müde, aber nicht wegen der Angriffe und Beschimpfungen gegen mich, sondern wegen der vielen Menschen, die mich besuchten, mir ihre Freundschaft und Solidarität zeigten.

Was mich ganz besonders bewegt — Andrej Sacharow hat über mich geschrieben, an dem Tag, an dem er von Revolverhelden bedroht wurde, an diesem Tag fand er Zeit für zwei Dinge: Er schrieb einen Brief an Heinrich Böll, von dem er gehört hatte, daß er krank sei, und er gab eine Erklärung für mich ab. Sehen Sie, das ist Sacharow, der beste Mensch, den wir haben.

In einem Land, in dem Sacharow geboren ist, der zu diesem Volk gehört, da wird es immer jemanden geben, der gegen Unrecht seine Stimme erhebt. Das russische Volk ist das Volk Sacharows.

SPIEGEL: Sie sind mehrfach in die Bundesrepublik eingeladen worden. Bisher konnten Sie nicht fahren. Würden Sie gehen, wenn man Sie nun gehen ließe?

KOPELEW: Bisher hat man es mir nicht erlaubt. Diese Einladungen sind ehrenvoll für mich. Sie bringen mir Freude. Ich würde gern eine solche Einladung annehmen, wenn man mich nur fahren — und auch zurückkommen — läßt. ◆

---

* Mit Ehefrau Jelena am Verbannungsort Gorki.

** Die bekannteste sowjetische Dichterin, Bella Achmadulina, über Kopelew: „Ich bekenne mich zu ihm, er hat nie jemandem etwas zu Leide getan. Er ist immer nur für jene eingetreten, denen Unrecht geschah, und er war dafür zehn Jahre im Lager. Ich habe die Ehre und das Glück, mit ihm befreundet zu sein."

Die Einbeckische Art, Bier zu brauen, schmeckt ganz Deutschland. Auch den Münchnern - schon seit 1550.

Die Haltbarkeit und Bekömmlichkeit des Einbeckischen Biers sprach sich schon seit dem 13. Jahrhundert überall bei Fürsten, Bischöfen und Ratsherren herum. Galten doch in Einbeck schon strenge Brauregeln, lange bevor der Bayernherzog Wilhelm 1516 das Reinheitsgebot verkündete.
So bestellten – wie die gesamte feine Welt – auch die Bayernherzöge damals ihr Bier in Einbeck.
Über 70 Jahre lieferten Einbecker Fuhrknechte das edle Einbecker Bier an die Hofhaltungen Landshut und München, bis dann 1614 ein Braumeister aus Einbeck für das neue Hofbräuhaus angeworben wurde. Der braute den Münchnern ein Bier auf Einbeckische Art.
Die Münchner nannten dieses Bier – das ihnen hervorragend schmeckte – auf gut bayrisch „Oanbock", und bald darauf wurde daraus „Bock". So entstand der Name Bockbier. Und so kommt es, daß man auf vielen Bockbierflaschen einen Ziegenbock findet, da die Historie des Namens vergessen wurde. Auf unserer aber nur das Wörtchen „Ur".
Eine einmalige Auszeichnung dafür, daß alle Bockbiere der Welt Namen und Brauart der Bierstadt Einbeck verdanken. Und wie gut Einbecker Ur-Bock ist, können Sie heute noch schmecken.

Bitte haben Sie Verständnis, daß ein Bier wie Einbecker Ur-Bock nicht an jeder Ecke zu haben ist. Rufen Sie uns an (05561/2045). Wir sagen Ihnen, wo Sie es in Ihrer Nähe bekommen.

Ohne Einbeck gäb's kein Bockbier.



Prunkhumpen aus Zinn, fein ziseliert. Geschenk Maria Theresias an Maximilian III. Joseph von Bayern (1727–1777). Damals ließ man sich schon seit über 400 Jahren Einbecker Ur-Bock schmecken.

JWT 9-033

POLEN

Gefährlicher Kurs

Der polnische Parteitag steht im Schatten der Afghanistan-Krise. Ein neuer Kalter Krieg wäre für das am höchsten verschuldete Ostblockland gleichbedeutend mit einer wirtschaftlichen Katastrophe.

In Warschauer Kneipen macht ein politischer Witz die Runde: Parteichef Gierek, in seiner Staatslimousine auf der Fahrt durch die Warschauer Innenstadt, sieht eine lange Menschenschlange vor einem Fleischerladen stehen und läßt anhalten. Gierek bestürzt: „Ich kann dieses Elend nicht mehr mit ansehen und verspreche euch, Genossen, sofort Abhilfe zu schaffen."

Eine halbe Stunde später fährt ein Lastwagen vor. Erwartungsvoll öffnen die frierenden Käufer die Planen: Der Wagen ist vollgepackt bis zum Dach — mit Sitzbänken.

Aus solch bissigen Sprüchen wird nur allzu deutlich, daß die Polen, entgegen der euphorischen Parteipropaganda, von dem an diesem Montag in Warschau beginnenden VIII. Parteitag der polnischen KP keine wirksamen Verbesserungen in ihrer Dauerkrise erwarten: Abhilfen etwa gegen Versorgungsmängel, schleichende Inflation, Energieknappheit und stagnierende Produktionsziffern.

Doch der schwarze Humor ist seit Jahresbeginn ohnehin überholt durch den Ernst der politischen Lage nach dem Sowjet-Einmarsch in Afghanistan. Stärker als die meisten anderen Ostblockländer hat die Volksrepublik Polen von der Ost-West-Entspannung profitiert.

Fast die Hälfte seiner Auslandsgeschäfte wickelt Polen inzwischen mit Ländern im Westen ab, westliche Firmen, darunter über 100 aus der Bundesrepublik, haben Verträge mit polnischen Partnern geschlossen.

Reisen in das kapitalistische Ausland waren für die Polen bislang relativ unproblematisch, eher ein Problem der Devisen als der Ideologie. Unter dem Einfluß der Helsinki-Verträge bildeten sich in Polen mehr als zwei Dutzend oppositioneller Organisationen, die, obwohl von der Polizei schikaniert und verfolgt, sogar über eigene Zeitschriften und Buchreihen verfügen — vor zehn Jahren noch undenkbar.

Das alles wird nun durch einen drohenden neuen Kalten Krieg in Frage gestellt. Und schon einmal, so erinnern sich die Polen, war ein Warschauer Parteitag die Tribüne für die Sowjets, um eine dramatische Wende in der Block-Politik publik zu machen.

Im November 1968, wenige Monate nach der militärischen Intervention des Kreml gegen den Prager Frühling, nutzte der sowjetische Parteichef Leonid Breschnew seine Rolle als Ehrengast, um von Warschau aus das Verdikt der begrenzten Souveränität für die Verbündeten Moskaus zu verkünden — die Breschnew-Doktrin.

Auch diesmal ist das Warschauer Treffen der erste Parteitag einer KP nach dem Marsch der Sowjets in ein Nachbarland. Und sogar ohne neue Breschnew-Doktrin sind die in Millionen-Auflage gedruckten „Richtlinien" für den VIII. Parteitag — eine dicke Broschüre von 8316 Zeilen — nur noch Makulatur.

So hängt eine bessere Fleischversorgung der Bevölkerung von einer erheblich gesteigerten Produktion der polnischen Landwirtschaft ab. Die aber muß über ein Drittel der benötigten Futtermittel aus dem Ausland einführen — zu einem guten Teil aus der UdSSR.

Doch die Sowjet-Union kann nach dem von US-Präsident Carter beschlossenen Getreide-Boykott nicht einmal ihre eigenen Viehherden auf der gewünschten Sollstärke halten. Zudem muß Warschau befürchten, daß der US-Boykott auch auf die Blockstaaten ausgedehnt wird. Allein im laufenden Jahr will Polen sechs Millionen Tonnen Getreide und Futtermittel direkt aus den USA einführen.

Ähnliche Sorgen gelten der Energie-Einfuhr, ohne die eine Industrie-Produktion, selbst auf bisherigem Niveau, nicht denkbar ist. Nach Plan soll Polen in diesem Jahr 13,1 Millionen Tonnen Erdöl, über eine halbe Million Tonnen Benzin, 2,2 Millionen Tonnen Erdölprodukte und 5,3 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus der Sowjet-Union beziehen. Ob die Verträge bei veränderter Weltlage noch gültig sind, weiß in den Ministerien niemand genau.

Aber auch bei fortlaufendem Geschäft käme ein lang andauernder Frost zwischen Sowjets und Amerikanern für Polen einer Katastrophe nahe. Acht Millionen Auslandspolen allein in den USA — viele von ihnen kehren mit ihren Dollars als Rentner in die Heimat zurück — sind nicht nur beredte Anwälte für die Warschauer Öffnung nach Westen, sie haben mit ihren Devisen auch einen Teil der polnischen



Käuferschlange vor einem Warschauer Fleischerladen: Amerikas Getreide-Embargo trifft auch die Polen



GL 003

Wer aus einem albernen Witz angenehme Wirklichkeit macht.
Wer seinem Hobby mit schönen Gefühlen folgt.
Wer nicht nur in seine Sammlung verliebt ist.
Wer das Echte liebt – der raucht Gauloises.
Würzig und unverwechselbar im Tabak.

Gauloises schmeckt mit und ohne Filter.
Die Echten aus Frankreich.

GAULOISES

Gauloises Filter: 0,6 mg Nikotin/10 mg Kondensat; Gauloises o. Filter: 1,2 mg Nikotin/19 mg Kondensat (Durchschnittswerte nach DIN)

Auslandsschulden bezahlt. Denn Polen ist — bedingt durch gewaltige Industrie-Investitionen in den siebziger Jahren — das am höchsten verschuldete Ostblockland: Im vergangenen Jahr kletterten die Auslandsschulden im Westen auf über 18 Milliarden Dollar (etwa 32 Milliarden Mark). Das fast gleich große Rumänien braucht nur einen Schuldenberg von vier Milliarden Dollar abzutragen.

Allein im vorigen Jahr verschlangen die fälligen Rückzahlungen fast zwei Drittel der polnischen Exportgewinne; in diesem Jahr sind für Rückzahlungen 10,4 Milliarden Mark an Devisen aufzubringen — ohne neuerliche Kreditaufnahme fast eine Unmöglichkeit.

Deshalb setzte Gierek schon bald nach dem Afghanistan-Schock seinen Außenminister Emil Wojtaszek nach Moskau in Marsch, um das politische Klima zu erkunden.

Viel ausrichten konnte der polnische Emissär dort freilich nicht. Im Schlußkommuniqué über die Gespräche mit seinem sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko wird eine Verurteilung „der imperialistischen Kräfte der USA“ zwar nur in mildester Form erwähnt und das Schwergewicht auf die gemeinsame Sorge über den Nato-Beschluß zur Raketen-Nachrüstung gelegt — eine eigene Position in der Afghanistan-Frage jedoch konnten die Polen nicht durchsetzen.

Das gelang zehn Tage später auch Gierek nicht, der bei einem Blitzbesuch in Prag den tschechoslowakischen Parteichef Husák von der Notwendigkeit einer moderateren Haltung gegenüber Washington überzeugen wollte.

Der einzige, der sich wie gewohnt nicht an die Moskauer Sprachregelung hielt, war einmal mehr der rumänische Staats- und Parteichef Ceauşescu. Auch ein Besuch Gromykos in Bukarest konnte ihn nicht von seiner Haltung abbringen. Auf einer Rede vor dem Kongreß der Sozialistischen Einheitsfront bezeichnete Ceauşescu die Entwicklung der Weltpolitik als „gefährlichen Kurs“ und forderte, unmißverständlich an die Adresse Moskaus, „der alten, imperialistischen Politik der Gewalt, des Diktats und der Einmischung endlich ein Ende zu setzen“.

So wird der polnischen KP auf ihrem Parteitag nichts anderes übrigbleiben, als die polnische Dauermisere in den Diskussionen einzugestehen — und auf eine Erwärmung der Großwetterlage zu hoffen.

Nur eins scheint sicher: Angesichts der Unsicherheiten wird der Parteitag keine personellen Konsequenzen von spektakulärem Ausmaß ziehen.

Ein Opfer für die Krise ist ohnehin schon gefunden: Der Ende Januar abgesetzte Außenhandelsminister Jerzy Olszewski wurde nicht mehr für würdig befunden, als einer der 1847 Delegierten am Parteitag teilzunehmen.

Volleyball und ein Hauch von Weltreich

SPIEGEL-Korrespondent Paul M. Schumacher über Rhodesien im Wahlkampf

Sie gehen mit vorgehaltener Waffe auf Stimmenfang: die Kämpfer Joshua Nkomos, Robert Mugabes und des Bischofs Muzorewa, der Hauptbewerber um die Führung im künftigen Simbabwe. Die Commonwealth-Soldaten des britischen Gouverneurs sind zu schwach, um die Guerrilleros und die Armee unter Kontrolle zu halten.

Stalin saß noch wie versteinert, während Gaddafi schon hinter den nächsten Baumstamm hechtete. Und da krepierte auch schon die Granate im nahen Busch, und vom Fluß drang schrilles Wehgeschrei von Frauen und Kindern.

Wütend machten sich die beiden Guerrilleros mit den Kriegsnamen Stalin und Gaddafi auf den Weg, um zu erkunden, wie es zu dem Feuerüberfall kam: Zwei ihrer Kameraden hatten geschossen. Sie hatten vor den Bewohnern eines Krals großtun wollen, ihre Granate abgefeuert und sich prompt dabei selbst so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus von Bulawayo geschafft werden mußten.

Zu derlei Zwischenfällen kommt es öfter. Denn die Guerrilleros wissen nichts mit sich anzufangen in den 14 Sammellagern, in denen sie sich gemäß dem Londoner Waffenstillstandsabkommen aufhalten müssen. Rund 22 000 Buschkämpfer des Joshua Nkomo und seines Kollegen Robert Mugabe sind seit vorigem Monat dort eingezogen, untergebracht in Mannschaftszelten, die aus den USA stammen.



Buschkämpfer im Camp: Stalin, Gaddafi und Ajatollah in einem Zelt

„Langeweile ist unser größtes Problem", berichtet Major Bob Hewitt von der Commonwealth-Friedenstruppe, der mit 31 Soldaten und einem Militärarzt 760 Buschkämpfer im Lager „Lima", an der Grenze zu Botswana, betreut.

Manchmal spielen die Männer auf einer holprigen Lichtung Volleyball, die meiste Zeit aber dösen sie vor sich hin. Neuerdings kommen die einstigen Partisanen-Führer sogar zum Kaffeetrinken unter den großen rosaroten Fallschirm, den die Neuseeländer und Briten als Schutz vor der glühenden Sonne aufgehängt haben.

„Wir hatten Glück, daß wir dunkelhäutige Maoris mitbrachten", erzählt Hewitt, „da hatten wir gleich gewonnen." Weiße, zumal westliche Journalisten, haben es da schon schwerer. „DDR oder BRD?" lautet die knappe Eingangsfrage des Nkomo-Kommandeurs, bevor sich die Genossen („Wir benutzen keine Titel untereinander") zum Begrüßungsspalier aufstellen.

Einige Guerrilleros stellen sich mit ihrem Kriegsnamen vor. Außer Stalin und Gaddafi gibt es auch einen Lenin, einen Ajatollah und einen Hitler. Ein General nennt sich schlicht „Lookout".

In den Zelten herrscht peinliche Ordnung. Die dünnen Schaumgummimatratzen auf dem staubigen Boden scheinen mit dem Zollstock verlegt.

Viele der Guerrilleros sind blutjung, entstammen einer der mehr als 1600 (von insgesamt 2200) ländlichen Schulen, die wegen des Krieges schließen mußten. Tausende von Kindern und Jugendlichen schlossen sich den Buschkämpfern an oder wurden deren willige Helfer. Allein Mugabes Truppe habe 40 000 „Mujibas", jugendliche Handlanger, in ihren Diensten gehabt, heißt es.

Die meisten Nkomo-Kämpfer wurden im Ostblock ausgebildet. Stolz tragen sie rote Sterne mit Hammer und Sichel oder dem Bildnis Lenins an ihren Uniformen. „Pivo was very good", erinnert sich ein 19jähriger an Biergelage in Moskau. In einem Zelt stapeln sich graue russische Fellmützen unter einem Plakat des Oberkommandierenden Joshua Nkomo.

Den bekommen seine Krieger nicht oft zu Gesicht, denn Nkomo, der sich neuerdings Dr. Nkomo nennt, muß Wahlkampf machen. Dabei stellt der einst so bärbeißige Rebellenführer sich heute als die Güte selbst dar. Seit seiner Rückkehr nach Salisbury läßt er nur noch Versöhnliches und überhaupt nichts Marxistisches mehr hören.

„Good old Josh" nannten die weißen Siedler den gewichtigen Nationalisten — bis seine „Boys" vor bald eineinhalb Jahren eine Verkehrsmaschine der Air Rhodesia vom Himmel holten und ein grausames Gemetzel unter den Überlebenden anrichteten.

Das will Nkomo vergessen machen. „Weil die Vernunft versagte, mußten wir durch schwere Zeiten gehen", bekennt er am Flughafen von Salisbury.

Zumindest einige Weiße scheinen bereit, die Vergangenheit zu begraben. Allen voran Ian Douglas Smith, der Rebell gegen die britische Krone, auf den die Mehrheit der noch im Land gebliebenen etwa 220 000 Weißen auch heute noch hört. „So schwer verdaulich uns das auch erscheinen mag", sagte er Ende Januar, „wir müssen uns damit abfinden, daß die Feinde von gestern die Verbündeten von morgen sein können."

Der ehemalige Premier will die im britischen Verfassungsentwurf garantierten 20 weißen Parlamentssitze (von insgesamt 100) durch eine Koalition aufwerten. Nkomo erscheint ihm als Partner denkbar. Der wiederum ist auch auf ein Bündnis angewiesen. Denn obwohl er als Begründer der afrikanischen Freiheitsbewegung in Rhodesien überall im Land Ansehen ge-



„Wir sind Herren im Haus"

Interview mit Robert Mugabe, Präsident der Patriotischen Front

SPIEGEL: Präsident Mugabe, zornige Rhodesier wollen Sie umbringen ...

MUGABE: Sicher, aber wir treffen unsere Vorkehrungen. Es gibt immer Leute, die anderer Meinung sind und glauben, die einfachste Methode sei, Personen zu töten, die an Prinzipien glauben, die ihnen mißfallen.

SPIEGEL: Im Krieg haben Sie gemeinsam mit Joshua Nkomo gekämpft, aber in den Wahlen treten Sie getrennt an. Ist die Patriotische Front am Ende?

MUGABE: Es ist nicht wahr, daß wir im Krieg zusammen gekämpft haben. Wir haben nebeneinander gekämpft, und natürlich haben meine Anhänger mehr gekämpft. Schauen Sie sich nur die Zahl unserer Kämpfer in den Sammellagern an. Wir waren niemals eine Einheit in der Patriotischen Front. Wir waren eine Front, bestehend aus Zanu (Zimbabwe African National Union) und Zapu (Zimbabwe African People's Union). So bestreiten wir auch die Wahlen als „Front", aber auch als Zanu und Zapu. Letzten Endes können wir vielleicht unsere Ergebnisse vergleichen, um über eine eventuelle Allianz oder eine Koalition zu reden. Aber zunächst müssen wir die Führungsfrage klären, und die Partei mit den meisten Stimmen hat das Recht, die Regierung zu bilden.

SPIEGEL: Jeder buhlt um die Weißen — Nkomo, Muzorewa, Sie auch?

MUGABE: Wir werden uns um die gesamte Bevölkerung bemühen, damit alle den Wandel verstehen und die Gründung einer demokratischen Gesellschaft akzeptieren. Wir werden um jeden werben, ganz gleich ob er weiß, schwarz, Mischling oder asiatischer Herkunft ist.

SPIEGEL: Viele Anzeichen sprechen dafür, daß keine Partei die absolute Mehrheit erreichen kann und deswegen eine Koalition Simbabwe regieren wird. Würden Sie mit den Weißen zusammengehen?

MUGABE: Ich glaube, wir sind stark genug, um eine Mehrheit zu erreichen. Aber falls sich die Frage stellen sollte, würden wir die Realitäten akzeptieren.

SPIEGEL: Grundsätzlich würden Sie also sogar mit Ihrem Erzfeind Ian Smith paktieren?

MUGABE: Ich weiß nicht (lacht). Wir werden sehen.

SPIEGEL: Was halten Sie vom britischen Gouverneur in Salisbury?

MUGABE: Er ist sehr parteiisch, hinterlistig und unehrlich. Wie behandelt er zum Beispiel unsere Armee: Wir sind versammelt, als ob wir uns ergeben hätten. Die rhodesischen Truppen dagegen und ihre Helfershelfer sind nach wie vor frei. Sie haben sich niemals in ihre Stützpunkte zurückgezogen, wie es der Friedensvertrag vorschreibt. So manipuliert der Gouverneur die politische Lage, das ist Betrug.

SPIEGEL: Welche Änderungen haben Sie vor, wenn Sie Premier werden?

MUGABE: Zu allererst würden wir einen demokratischen Staat errichten, in dem die Menschen frei ihre Meinung äußern können. Wir planen eine nichtrassistische Gesellschaft und müßten selbstverständlich gewisse Korrekturen vornehmen. Im Moment dominiert eine Rassengruppe, das muß sich ändern.

SPIEGEL: Können Sie sich eine friedliche Koexistenz mit Südafrika vorstellen?

MUGABE: Ja, warum nicht. Südafrika ist eine geographische Realität.

SPIEGEL: Aber man mag Sie dort nicht besonders ...

MUGABE: Die mögen uns nicht, und uns gefällt ihr System nicht. Südafrika muß akzeptieren, daß wir Nachbarn sind, und wir werden das gleiche tun, wir sind Herren in unserem Haus, und sie können in ihrem Haus machen, was sie wollen. Obwohl wir die Apartheid verurteilen und glauben, daß die Mehrheit der Bevölkerung dort benachteiligt ist, heißt das nicht, daß wir gegen Südafrika mit Waffen kämpfen werden. Das Volk dort muß seinen eigenen Kampf austragen, genauso wie wir auch gekämpft haben.

SPIEGEL: Nach Jahren der Haft und des Exils kehren Sie mit Rachegelüsten zurück?

MUGABE: Nein, überhaupt nicht. Ich habe schon oft gesagt, daß ich gegen ein System gekämpft habe und nicht gegen einzelne Personen. Menschen ändern sich ...

SPIEGEL: Und wenn sie sich nicht ändern?

MUGABE: Dann ist für sie kein Platz in unserer Gesellschaft. Das System wird sich in Simbabwe ändern, und die Leute, die nicht mit der Zeit gehen, sind fehl am Platz.

nießt, liegt seine eigentliche Machtbasis beim Matabele-Stamm im Süden, der nur 20 Prozent der Bevölkerung ausmacht.

Mehr Rückhalt in der Bevölkerung hat Robert Mugabe, Nkomos Partner aus Kriegstagen, dem er in der Patriotischen Front in einer Zweckehe verbunden war. Mugabe wird nun zum Angstgegner Nkomos für die Wahlen Ende dieses Monats. Viele jugendliche Schwarze mögen den Intellektuellen mit der sanften, melodischen Stimme, der zum Mehrheitsvolk der Schona gehört. Im Mushambira-Panive-Hotel im Afrikaner-Vorort Highfield singt die Band auf Schona zu heißem Rock Lobeshymnen auf Mugabe und den Befreiungskrieg.

Bei den Weißen ist Mugabe als Marxist verschrien. Ein Grund mehr für



Wahlkämpfer Mugabe
„Hinterlist der Briten"

Smith, ein Bündnis mit Nkomo anzusteuern. So forderte Smith jetzt beispielsweise seine Farmerfreunde auf, ihre Arbeiter über Mugabe zu informieren: „Sagt ihnen, daß dieser Marxist ihnen Rinder, Schafe, Hühner und sogar ihre Kinder abnehmen wird."

Doch solche Wahlkampfhilfe des weißen Führers könnte für Nkomo auch gefährlich werden. Schon einmal hatte Smith einen Nationalisten unterstützt und ihn damit bei den Afrikanern unglaubwürdig gemacht: Bischof Abel Muzorewa, der erste schwarze Premier des Landes, der im März 1978 die interne schwarz-weiße Lösung unterschrieb, läuft im gegenwärtigen Wahlkampf nur noch als weit abgeschlagener Dritter.

Landauf, landab bezichtigen ihn Schwarze des Schwindels. Er habe Frieden versprochen, doch der Krieg



sei grausamer geworden. Er habe mehr Geld und mehr Arbeitsplätze garantiert, doch in Wahrheit hätten die Weißen ihn und seine Minister nach ihrer Pfeife tanzen lassen.

Nicht einmal die weißen Bündnispartner von einst mögen heute noch zu Muzorewa halten. Vor deutschen Geschäftsleuten wütete der ehemalige Minister Pieter van der Byl: „Wir haben auf das falsche Pferd gesetzt."

Entschieden wird die Wahl auf dem Land, wo mehr als sechzig Prozent aller wahlberechtigten Rhodesier wohnen — in Reservaten, von den Weißen „tribal trust lands" genannt. Und eben dort lassen sich die in London vereinbarten „freien und fairen Wahlen" besonders schwer überwachen.

Die 1200 Commonwealth-Soldaten, erkenntlich durch große weiße Kreuze auf ihren Fahrzeugen, verlieren sich in dem riesigen Land. Etwa 15 000 Polizisten, die für die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung sorgen sollen, waren schon nach wenigen Tagen überfordert. In der ersten Woche dieses Jahres wurden 4000 Rinder gestohlen.

Da traf der Gouverneur Ihrer Majestät in Salisbury, Lord Christopher Soames, eine Entscheidung, die ihm die erbitterte Kritik der meisten Afrika-Staaten eintrug und dem Verlierer der Wahl die Möglichkeit bieten wird, die Rechtmäßigkeit des Wahlausgangs anzuzweifeln: Die Armee, die bereits Smith loyal gedient hatte, darf seit Januar auch Ordnungsaufgaben wahrnehmen.

„Welch kaltschnäuzige Hochnäsigkeit", zürnte die sambische „Daily Mail", und Mugabe schimpfte: „Eine solche Hinterlist hätte ich den Briten niemals zugetraut."

Tatsächlich gebietet der Londoner Vertrag, daß nicht nur die Guerrilleros in ihre Sammellager einrücken, sondern daß sich auch die Regierungssoldaten in der unmittelbaren Nähe ihrer insgesamt 40 Basen aufhalten.

Die Briten verteidigen sich mit dem Hinweis, daß einige tausend Buschkämpfer, überwiegend Mugabe-Männer, seitdem ungehindert ihre Camps verließen, um mit ihren Gewehren für die rechte Wahlkampf-Stimmung zu sorgen.

Doch ergreifen auch Militärs und Polizei ganz offen Partei gegen Mugabe und Nkomo. Außerdem wurden jüngst 20 000 Hilfswillige, Bischof Muzorewa treu ergeben, der Armee angegliedert. Sie nennen sich „Speer des Volkes", die Bevölkerung begegnet ihnen mit ebensoviel Furcht wie den bewaffneten Guerrilleros oder den Soldaten.

Muzorewas Streitern lastet Mugabe auch zwei Attentate an, die vergangene Woche auf ihn und einen seiner Adjutanten verübt wurden. Während Mugabe unverletzt blieb, mußte sein Unterführer schwerverletzt ins Krankenhaus.

Vorwürfen Mugabes, die Briten seien parteiisch, begegneten Londons Friedensstifter gelassen. „Unsere Lösung basiert auf dem Vertrauensprinzip", erläuterte ein Sprecher des Gouverneurs treuherzig, „wir gehen davon aus, daß alle Beteiligten wirklich eine friedliche Lösung wollen."

Seit der Lord das Regiment in Salisbury ergriff, weht wieder ein Hauch von britischem Weltreich durch die abtrünnige Kolonie. Der Lord schaltet und waltet, wie er es für recht hält — unvoreingenommen ist er nicht, dafür um so selbstbewußter.

So verlängerte er beispielsweise das Notstandsrecht für weitere sechs Monate bis zum 26. Juli — einen Zeitpunkt mehr als vier Monate nach der Unabhängigkeit. Etwa 10 000 politische Häftlinge, viele davon nach Willkürverordnungen verurteilt, müssen deshalb in rhodesischen Gefängnissen bleiben. Dem Internationalen Roten Kreuz in Salisbury verweigerte Soames bislang die Besuchserlaubnis.

Kritikern an seiner Amtsführung ließ er durch einen Sprecher ausrichten: „Lord Soames hat breite Schultern."

Das ist die Sprache, die viele Weiße als Ausdruck von Stärke werten, als Signum weißer Lebensart, wie sie sich nun wieder häufiger in Salisbury zeigt.

Etwa vor kurzem, als einige hundert Commonwealth-Bürger den Australia Day begingen. Es war im üppigen Sommergarten einer Villa in Salisburys feinem Vorort Avondale. Unter einem Zelt und im Schatten mächtiger Jakaranda-Bäume standen Soldaten von den Fidschi-Inseln in lustigen Röcken, steife Briten, trinkfeste Australier und Neuseeländer.

Tödliche Langeweile im Gemüt, in ihren Gläsern aber echten Scotch, der für Durchschnitts-Rhodesier längst unerschwinglich geworden ist, oder „pink gin", der die Farbe von Azaleen-Blüten hatte, wie es sich gehört.

Da ging ein Raunen durch die Gäste. Ein britischer Offizier klemmte sein Monokel vors linke Auge und näselte: „The Governor, I presume."

Würdevoll entstiegen Lord und Lady Soames der altmodischen, mit weißen Spitzenkissen ausgestatteten Daimler-Limousine. Statt eines Nummernschildes ziert die britische Krone den Kühlergrill. Es war an der Zeit, die Königin in der fernen Heimat hochleben zu lassen. „Ich erlaube mir", sprach der Lord mit brüchiger Stimme, „einen Toast auf die Königin." „A toast to the Queen", murmelten die Gäste andächtig.

„Fuck the Brits", fluchte am selben Abend ein weißer Soldat in der rauchigen Kellerkneipe des Meikles Hotel und griff nach seinem Gewehr, mit dem er am nächsten Tag wieder auf „gooks", auf Buschkämpfer, schießen würde — Rhodesien wie gehabt. ◆

Gouverneur Lord Soames, Ehefrau, in Salisbury: „Welche Hochnäsigkeit"

KILTS, WHISKY, BAGPIPES, CLANS, HIGHLANDS: NORTH SEA FERRIES.



Wenn Sie in diesem Jahr auch in Richtung Schottland auf Urlaub gehen, dürfen Sie eine Sache nicht vergessen. Unseren Prospekt verlangen.

Sie wollen doch schliesslich wissen, wie Sie einfach, ruhig und angenehm nach Schottland kommen. In unserem Prospekt entdecken Sie, dass North Sea Ferries die einzige Linie ist, die so hoch (von Rotterdam/Europoort oder von Zeebrugge) nach England fährt.

Dass Sie um 18.00 abends in See stechen und morgens um 9.00 Uhr wieder an Land gehen. Ausgeruht mit allem Komfort.

Sie haben gut gegessen und geschlafen (im Preis inbegriffen), tax-free eingekauft, gemütlich etwas getrunken und vielleicht auch noch, wer weiss, ein Glücksspiel gewagt. Etwas getanzt.

Das finden Sie alles in unserem Prospekt. Sie wissen doch, dass Sie den unbedingt anfordern sollten, nicht wahr? P.S. Kilts, Clans. Lochs, Highlands, Bagpipes, Whisky. North Sea Ferries macht all das leicht erreichbar. Ihr Auto kann mit. Auch für Ihre Verpflegung können wir sorgen. Auch Angelreisen.

COUPON

TÄGLICH ROTTERDAM/EUROPOORT-HULL UND ZEEBRUGGE-HULL, HIN UND ZURÜCK.

Bitte senden Sie mir ☐ allgemeine Broschüre ☐ Prospekt versorgte Autoreisen nach Schottland, Nordengland und Irland ☐ Information über Buchungen nach Irland, Orkney und die Shetlands mit P & O Ferries und B + I-Lines ☐ Angelreisen.

SP

Name ____

Strasse und Hausnummer ____

Ort ____

Senden Sie diesen Coupon an North Sea Ferries, Postfach 1123, 3180 AC ROZENBURG (ZH), Holland.

NORTH SEA FERRIES

Ferry Good!

Ohr der Welt

Mit dem neuen Schlechtwetter zwischen Washington und Moskau kommen auch die subversiven Aktionen wieder zu Ehren. Amerikas CIA wird wieder gebraucht — und rehabilitiert.

Verdeckte Aktionen", eine Guerilla von Stammeskriegern in Laos gegen die roten Invasoren aus Nordvietnam, organisierte einst der CIA-Agent Hugh Tovar. Abgemustert resignierte er: Solche Aktionen trügen die „Kennzeichen einer aussterbenden Spezies".

Sie lebt wieder auf, Männer wie Tovar werden reaktiviert: Der neue Konflikt in der Zone zwischen Koexistenz und offenem Waffengang entfacht die subversiven Aktionen an der unsichtbaren Front.

Die „Central Intelligence Agency", Amerikas gründlich desavouierter Geheimdienst CIA, feiert ihre triumphale Wiedergeburt, Amerikas Präsident Carter hat umgelernt: Als Wahlkämpfer 1976 sprach er der CIA nur außenpolitische Entscheidungshilfe zu, nicht aber den schmutzigen Job, „Regierungen zu stürzen".

Beim Niedergang des Schah-Regimes zwei Jahre später, den die erlahmte CIA einfach übersehen hatte, äußerte Carter erstmals Unzufriedenheit „mit der Qualität der politischen Spionage". Nach Afghanistan aber, im Januar 1980, forderte Carter in seiner Botschaft über die Lage der Nation frei heraus, „ungerechtfertigte Zurückhaltung aufzugeben". Denn: „Eine effektive Geheimdiensttätigkeit ist lebenswichtig für die Sicherheit der Nation."

Das New Yorker Boulevard-Blatt „Daily News" ruft nun nach mehr Macht für die CIA: „Laßt uns ernst machen." Und der erzkonservative Kolumnist James Kilpatrick sieht keinen Sinn darin, „Feuer mit Wasserpistolen zu bekämpfen". „Neue Sympathie für die CIA auf dem Capitol Hill" entdeckte das liberale Magazin „The New Republik".

In dem „beträchtlich veränderten Klima" (Senator Walter D. Huddleton) plant das zuständige Senatskomitee die Revision eines Gesetzes, das den Bürgern nahezu ungehemmten Zugang zu den Akten der CIA eröffnet hatte. Und nicht nur ihnen. Unter Berufung auf den „Freedom of Information Act" konnten sogar ausländische Diplomaten in den USA, auch solche aus dem Ostblock, offiziell Einsicht in CIA-Akten fordern.

Der Außenpolitische Ausschuß des Repräsentantenhauses wiederum will einen Gesetzeszusatz wieder aufheben, wonach über bestimmte CIA-Aktionen erst einmal bis zu acht Parlamentsausschüsse informiert werden müssen.



CIA-Hauptquartier Langley: „Was ist denn unmoralisch ...

Der Geheimdienst, laut „U.S. News & World Report" Washingtons „Augen und Ohren rund um die Welt", war nach Vietnam und Watergate, in Amerikas Zeit der Einkehr und Selbstzweifel, an die Kette gelegt worden. Es ließ sich nicht mehr verborgen halten, daß die 1947 von Präsident Truman gegründete und mit einem Jahresbudget von gegenwärtig etwa fünf Milliarden Dollar ausgestattete Organisation auch Verbrechen begangen hatte.

Das Ohr der Welt sammelte und analysierte nicht nur Nachrichten, sondern nahm auch aktiv auf das politische Geschehen in anderen Ländern Einfluß — durch die „verdeckten Aktionen". Sie begannen zumeist mit Spenden für amerikafreundliche Parteien und gingen oft bis zu Einsätzen der „Abteilung für schmutzige Tricks".

Diese dubiose CIA-Abteilung heckte Pläne aus, den Kongo-Politiker Lumumba mit Hilfe vergifteter Zahnpasta und Kubas Castro mit vergifteten Zigarren umzubringen. Sie arbeitete mit Mafia-Prominenten zusammen, unterstützte die Mörder des chilenischen Regierungschefs Allende und veranstaltete tödliche Drogen-Experimente mit ahnungslosen US-Mitbürgern.

In der „Operation Chaos" legte die CIA 10 000 Dossiers von Amerikanern an, die für Bürgerrechte und gegen den Vietnamkrieg agitierten. Im CIA-Computer wurden private Details über Robert Kennedy und Hubert Humphrey gespeichert, über Martin Luther King und die Sängerin Eartha Kitt.

All das wurde in den 70er Jahren in einem grandiosen Selbstreinigungsprozeß Amerikas von Kongreßabgeordneten aufgedeckt — ein „Hexenjagd-Syndrom", wie jetzt das „Wall Street Journal" klagt, das hoffentlich „nun endlich vorbei" sei. Im Zuge der Enthüllungen der 70er Jahre hatten Agenten außer Dienst wie der jetzt in Hamburg lebende Philip Agee — dem das State Department erst vor ein paar Wochen vergebens den Paß zu entziehen suchte — sogar begonnen, die Namen von CIA-Agenten in aller Welt zu veröffentlichen.



CIA-Chef Turner
... an verdeckten Aktionen?"

Die aufgescheuchten Regierungen beriefen zwischen 1973 und 1977 vier CIA-Direktoren — James Schlesinger, William Colby, George Bush und Stansfield Turner, der den Posten bis heute hält. Der Kongreß untersuchte die CIA-Praktiken und brachte Gesetzesänderungen ein — Genehmigung

der verdeckten Aktionen durch den Präsidenten, Unterrichtung der zuständigen Kongreßausschüsse (mit etwa 60 Senatoren und 130 Abgeordneten) und die Akteneinsicht für jedermann.

Das waren „strafende Restriktionen“, so befand Ray Cline, einst CIA-Vizedirektor und selbst erfolgreicher Agent (er lotste 1968 den Polit-General Šejna aus der Tschechoslowakei). Cline-Kollege Kirkpatrick über die Stimmung des Landes und des Präsidenten vor zwei Jahren: Es „herrschte das Gefühl vor, Geheimdienste seien etwas, dem man nicht trauen könne“.

Jimmy Carter sah seine Skepsis bald bestätigt. Die CIA meldete ihm, Saudi-Arabien werde den Separatfrieden zwischen Ägypten und Israel stillschweigend billigen. Doch die Saudis rückten statt dessen näher an die Seite der Gegner dieses Friedensschlusses.

Im unruhigen Iran konnte die CIA auch fünf Monate vor dem Sturz des Schah noch „keine revolutionäre, nicht einmal eine vorrevolutionäre Lage“ ausmachen.

Offensichtlich brauchte Amerika wieder einen funktionierenden Geheimdienst: Die eingeschüchterten CIA-Leute berichteten oft nur noch, was die Regierung hören wollte. Hatten sich 1974 nur 43 Prozent aller US-Bürger dafür ausgesprochen, daß die CIA freundliche Regierungen stärke und feindliche schwäche, so waren Ende 1978 schon wieder 59 Prozent für solche Aktionen.

Nach der Mini-Krise um die Sowjet-Brigade auf Kuba fragten Leserbriefschreiber: „Wo bleibt die CIA?“ Das „Wall Street Journal“ schlug in einem Leitartikel am 3. Oktober vor, die CIA solle „Waffen nach Afghanistan und in andere Problemgebiete der UdSSR“ schicken.

Sogar der Vorschlag, in Afrika „westliche Stellvertreter und verdeckte Aktionen zu benutzen“, stand wieder in einer vom Verteidigungsministerium finanzierten Studie des vom früheren CIA-Vize Ray Cline geleiteten „Zentrums für Strategische und Internationale Studien“ (CSIS) an Washingtons Georgetown-Universität.

Dimitri K. Simes, CSIS-Direktor für Sowjet-Studien, plädierte gleich auch noch dafür, die marxistische Regierung im Südjemen „in Schwierigkeiten zu stürzen“. Fragte Simes, der einst an einem Moskauer Regierungsinstitut gearbeitet hatte: „Was ist denn unmoralisch daran, im Südjemen verdeckte Aktionen durchzuführen?“ Der Südjemen sei in Wahrheit ein Marine-Stützpunkt der Russen und stifte nur „rund um Saudi-Arabien Unruhe“.

Kontakt zum CIA-Milieu gilt kaum noch als anrüchig, eher wieder als patriotisches Verdienst. George Bush zum Beispiel, aussichtsreicher republikanischer Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur, verschwieg vor gut einem Jahr noch in seinen Werbebroschüren, daß er einmal CIA-Direktor war. Neuerdings stellt er die Geheimdienstzeit groß heraus — als einen Dienst am Vaterland, der ihn für den Präsidentenposten geradezu prädestiniere. Denn neuerdings wollen 72 Prozent der Amerikaner die CIA wieder stärken, „damit wir“, so der „Christian Science Monitor“, „erfahren können, was die Russen vorhaben“.

Den auch heute noch seinem einstigen Arbeitgeber CIA eng verbundenen Ray Cline fragte der SPIEGEL, ob zur Unterstützung US-freundlicher Regime auch die „schmutzigen Tricks“ wieder angewandt werden sollten.

Cline: „Ganz gewiß müssen sie das.“ Männer wie Cline werden wieder gebraucht.

The Providence Journal Bulletin

JÜDISCHES THEATER

Helf uns Gott

Erstmals seit Stalins Zeiten ist in Moskau jüdisches Theater erlaubt und gefragt.

In Moskauer Theatern geht es neuerdings zu wie auf einem Parteitag der sowjetischen Kommunisten: Kaum ist der Vorhang gefallen, steht das Publikum wie ein monolithischer Block auf und klatscht minutenlang Beifall, als hätte Breschnew gesprochen.

Doch die Ovationen gelten weder dem Staats- und Parteichef noch dem Sozialismus, sondern jüdischen Künstlern: dem Moskauer „Jüdischen Dramatischen Ensemble“ und dem „Musikalischen Jiddischen Kammertheater“ aus Birobidschan.

Beinahe dreißig Jahre lang durfte in der Sowjet-Hauptstadt kein jüdisches Theater gespielt werden. Nun sind gleich zwei erlaubt: Wann immer die beiden Truppen in Moskau auftreten, setzt ein Run auf die Theaterkassen ein.

Obschon die Vorstellungen jedesmal ausverkauft sind, stehen die Moskauer auch bei Frost Schlange, um doch noch eine Karte zu ergattern. Auf dem Schwarzmarkt kostet sie bis zu 50 Rubel (138 Mark), mehr als der Wochenlohn eines Arbeiters. So begehrt war jüdisches Theater zuletzt in der frühen Stalin-Zeit gewesen.

Damals brachten es jüdische Schauspieler, Regisseure und Bühnen zu Weltruhm: Nach dem Sieg der Oktoberrevolution, als die Juden glaubten, endlich frei zu sein von Pogromen, Diskriminierung und Verbannung, gründete der georgische Regisseur Jewgenij Wachtangow in Petrograd die „Habima“ (Bühne), ein hebräisches Studio, bald darauf der Reinhardt-Schüler Alexander Granowski in Moskau das jüdische Kammertheater, das 1925 sogar Staatstheater wurde.

Doch der Antisemitismus lebte wieder auf, die „Habima“ emigrierte 1926 nach Palästina — sie bildete den Kern des israelischen Nationaltheaters.

Das Moskauer Jüdische Theater spielte unterdessen weiter. Marc Chagall entwarf Bühnenbilder, Joseph Roth notierte begeistert: „Dieses Theater ist nicht mehr gesteigerte Welt, es ist eine andere Welt. Diese Schauspieler sind nicht mehr Träger von Rollen, sondern verwunschene Träger eines Fluches. Sie sprechen mit Stimmen, wie



MONZA. EXKLUSIVER FAHRKOMFORT. SPORTLICHE DYNAMIK INKLUSIVE.

Wenn Sie viele gute Gründe haben, eine große Limousine zu fahren, aber ebenso viele schöne Gründe für ein rassiges Sportcoupé sprechen – entscheiden Sie sich für den Monza. Er verbindet das sportliche Styling und die Dynamik eines Coupés mit dem Raumangebot und dem Komfort einer Reiselimousine.

Der Monza – souveräne Leistung bei vorbildlicher Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit. 6-Zylinder-Reihentriebwerk: 2,8 l S- bzw. als Sonderausstattung 3,0 l S-Vergasermotor oder als 3,0 l E-Motor mit L-Jetronic. 5-Gang-Getriebe.* Der zusätz-





liche 5. Gang ist als Schongang ausgelegt, er senkt bei gleichbleibender Fahrgeschwindigkeit die Motordrehzahl, spart damit Kraftstoff und mindert den Verschleiß.

Der Monza – sein Fahrwerk mit Federbein-Vorderradaufhängung nach dem McPherson-Prinzip und Einzelradaufhängung hinten zählt zu den besten der internationalen Spitzenklasse. Es vereint hervorragende Dynamik und Stabilität mit einem Höchstmaß an Komfort und Sicherheit.

Monza und Monza C.
Der eigenständige Typ eines Automobils neuer Art.

MONZA

ADAM OPEL Aktiengesellschaft

Abb.: Monza C mit S-Ausstattung. *Sonderausstattung. In Verbindung mit [illegible] Motor Übersetzung [illegible] in Verbindung mit [illegible] und [illegible] Motor Übersetzung [illegible] Kraftstoffverbrauch nach DIN 70030 für [illegible] Motor mit Schaltgetriebe (Superkraftstoff): bei 90 km/h [illegible], bei 120 km/h [illegible], Stadtzyklus [illegible]



Jüdisches Theater in Birobidschan*: „Verwunschene Träger eines Fluches"

ich sie noch in keinem Theater der Welt gehört habe."

Diesen Genuß mochte sich schließlich auch Stalin nicht entgehen lassen. Mehrmals bestellte er den künstlerischen Leiter des Theaters, Solomon Michoels, zu Privatvorführungen in den Kreml.

Aber wie alle Tyrannen, hatte auch Stalin ein widersprüchlich-launisches Verhältnis zu Künstlern, zumal Juden: Erst belohnte er Michoels mit einem Lenin-Orden, 1946 sogar mit einem Stalin-Preis. Doch schon zwei Jahre später wurde Michoels auf Stalins Geheiß durch einen fingierten Autounfall in Minsk ermordet.

Es war der Auftakt zum schlimmsten Pogrom seit der Zarenzeit. Zeitungen beschimpften Michoels als Agenten und „jüdischen bürgerlichen Nationalisten", das Jüdische Staatstheater wurde 1949 geschlossen. Zehntausende jüdischer Sowjet-Bürger kamen in Lager.

Erst nach 13 Jahren konnte Wenjamin Schwarzer, ein Freund von Michoels, einen bescheidenen Neuanfang wagen. Doch sein 1962 gegründetes „Jüdisches Moskauer Ensemble" mit 16 Amateur-Schauspielern durfte lange Zeit nur außerhalb der Hauptstadt spielen. Die sowjetische Kulturministerin Jekaterina Furzewa verkündete noch 1972, daß es keinen Bedarf für ein jüdisches Staatstheater gebe.

Fünf Jahre später erlaubte die Sowjet-Macht dem 33jährigen Jurij Scherling, ehemals Tänzer und Choreograph des weltberühmten Bolschoi-Balletts, die Gründung des „Musikalischen Jiddischen Kammertheaters" in Birobidschan, jenem „Autonomen Gebiet" im sowjetischen Fernen Osten, das den Sowjet-Juden als „nationale Heimat" bestimmt wurde, um sie vom Zionismus abzubringen. Der Staat gab das Startkapital, bezahlte die 40 Schauspieler und ließ sogar den nonkonformen Maler Ilja Glasunow Bühnenbilder für Scherlings Truppe entwerfen.



Jüdisches Theater in Moskau*: Stets ausverkauft

Nach Premieren im Fernen Osten durfte das Theater im Frühjahr 1978 in Moskau auftreten. Gleichzeitig stellten die Kulturfunktionäre dem Moskauer Jüdischen Dramatischen Ensemble die Bühne in dem für Staatsgäste reservierten Hotel „Sowjetskaja" zur Verfügung, die dem Zigeuner-Theater gehört.

Das Publikum feierte den Anatevka-Stoff „Tevje, der Milchmann" sowie Schwänke und Fabeln von Scholom-Alejchem. Jurij Scherlings Truppe aus Birobidschan brachte die Musik-Revue „Wir wollen alle zusammen" und das Stück „Schwarzes Zaumzeug für weiße Stute", eine „mysteriöse Oper", auf die Bühnen der Hauptstadt.

Für alle, die kein Jiddisch verstehen, erklärt ein Darsteller vor Beginn jeden Aktes die Handlung: In einem jüdischen Dorf taucht ein junger Mephisto auf und verspricht den Bewohnern Glück im Tausch für ihre Seelen.

In einer Traumszene läßt Jurij Scherling, Komponist, Choreograph und Regisseur der „mysteriösen Oper", die Juden offenbaren, was sie unter Glück verstehen: Geld, Liebe und Freizügigkeit, denn einem russischen Juden war schon zur Zarenzeit verboten, bestimmte Gegenden zu betreten.

Der positive Held der Geschichte warnt die Juden vor der „Verbrennung ihrer Seelen" und setzt sich schließlich in einer dramatischen Kraftprobe zwischen Gut und Böse gegen Mephisto durch. Das Ensemble singt und tanzt zum glücklichen Ende die Arie „Helf uns Gott, helf uns Gott".

Trotz regimekritischer Anspielungen und religiöser Töne hat die staatliche Zensur an der „mysteriösen Oper" nichts geändert — ungewöhnlich großzügig für ein Land, in dem jüdische Bürgerrechtler eingesperrt und Juden allenthalben diskriminiert werden. Mit der vorsichtigen Wiedergeburt des jüdischen Theaters will der Kreml offenbar nur sein judenfeindliches Image im Westen aufpolieren. So haben die Behörden Gastspiele in anderen großen Städten bisher noch nicht genehmigt.

Viele Juden stehen dem jüdischen Theater von Moskaus Gnaden denn auch skeptisch gegenüber, und selbst Jurij Scherling gibt sich trotz der Erfolge pessimistisch: „Ich kann nicht sagen, was morgen sein wird. Ich weiß ja nicht, wer morgen noch in mein Theater geht."

Scherlings Sorgen sind berechtigt: Jeder zehnte Sowjet-Jude ist bereits ausgewandert. ◆

* Aufführungen des „Musikalischen Jiddischen Kammertheaters", oben: Scholom-Alejchems Schwank „Großer Preis", unten: Jurij Scherlings „Schwarzes Zaumzeug für weiße Stute".


...so will ich Dir
ein männlich
Beispiel geben.
Schiller.
Im Eichenfaß gereift -
mit edler Kräuternote.
„Mann, tut der gut."
BOMMERLUNDER
MELBOURNE 1888 • ALTONA 1869 •
Preisgekrönt
BOMMERLUNDER
HERM. G. DETHLEFFSEN, FLENSBURG
Gegründet im Jahre 1760
SCHUTZ-MARKE
Eiskalt servieren!
Bommerlunder überall in der
BOMMERLUNDER: Der große Klare aus dem Norden.
Sechs Original-Gläser mit Tiefkühl-
tablett. Bei Einsendung eines
Verrechnungsschecks DM 16,10
rei Haus Oder per Nachnahme
DM 19,–
Herm. G. Dethleffsen,
Postfach 365/56,
390 Flensburg

Kraft und Freude

Ein kommerzieller Pop-Sender, von Italien aus für die Schweiz betrieben, verärgerte die Berner Regierung und bringt die italienische Justiz in Schwierigkeiten.

Auf dem schweizerisch-italienischen Grenzberg Pizzo Groppera machten sich in 2950 Meter Höhe zwei vermummte Gestalten an einem Schaltkasten zu schaffen, um wieder in Gang zu setzen, was kurz zuvor von italienischen Posttechnikern abgeschaltet worden war: den privaten Pop-Sender „Radio 24".



„Radio 24"-Besitzer Schawinski, Sendeantenne: Reggae vom Alpengipfel

Doch die Expedition der beiden jungen Radiofans aus der Schweiz scheiterte: Ihr Lieblingssender blieb stumm.

Der Aufstieg vom vorletzten Wochenende war nicht die erste Aktion, die darauf zielt, die private Rundfunkstation gegen den Willen der Behörden in Gang zu halten. Denn der Sender, obwohl erst drei Monate alt, hat bereits eine bewegte Geschichte.

Ersonnen hatte ihn der Journalist Roger Schawinski, 34, früher Chefredakteur der Zürcher Boulevardzeitung „Tat". Schawinskis vermeintlich einträgliche Idee: Von Italien, wo regionale Privatsender anders als in der Schweiz nicht verboten sind, sollte ein starker UKW-Sender über die Bündner Alpen hinweg direkt in die etwa 170 Kilometer entfernte Zürcher Region strahlen und die Eidgenossen rund um die Uhr mit Popmusik, Informationen und — im Schweizer Radio ebenfalls untersagten — Werbespots berieseln.

Der am Genfer See residierende deutsche Futtermittelunternehmer und Pop-Fan Bernd Grohe lieh rund eine Million, und im Herbst vorigen Jahres ließ Schawinski für knapp 1,5 Millionen Franken 28 Tonnen Eisen und 100 Kubikmeter Baumaterial auf den Alpengipfel sechs Kilometer hinter der Schweizer Grenze schaffen.

Eine 400 Quadratmeter große Gitter-Antenne und zwei 25-Kilowatt-Sender machten die Anlage zu Europas stärkstem UKW-Richtstrahlensender. Ab Ende November kamen auf der Frequenz 103,5 Megahertz Tag und Nacht Werbung und flotte Klänge in Zürich an.

Daß mit grenzüberschreitenden Radiowellen Geschäfte zu machen sind, hatten andere schon früher entdeckt. So gibt es in der italienischen Enklave Campione im Schweizer Tessin drei kommerzielle Radiosender, die kaufkräftige Schweizer erreichen.

Aus dem italienischen Aostatal sollen bald zwei kommerzielle Sender in Richtung Frankreich und Schweiz strahlen. Und auch der öffentlich-rechtliche Südwestfunk in Baden-Baden verkauft Werbeminuten an Firmen, die auf „Schwyzerdütsch" für Kunden jenseits der Grenze Reklame machen.

Im Unterschied zu diesen Sendern jedoch wurde Schawinskis Programm ausschließlich für ein ausländisches Publikum fabriziert: Das „Radio 24"-Studio in Como moderierte nur im Raum Zürich eingekaufte deutschsprachige Werbesendungen — und dies wertete die Berner Regierung als Äther-Piraterie und bösen Verstoß gegen das internationale Fernmeldeabkommen.

Doch als die Berner eine Delegation nach Rom schickten, um die Italiener zur Einhaltung der internationalen Verträge zu ermahnen, ließ Schawinski, um sein „Radio 24" gegenüber den italienischen Behörden als Inlandsender ausgeben zu können, die Plattentitel auch auf italienisch ansagen.

Am 21. Dezember gab Italiens Postminister Vittorino Colombo gleichwohl dem Druck der Berner nach und unterschrieb die Schließungsverfügung für „Radio 24".

Da aber brach unter Zürichs Jugend „Hysterie" aus (Schawinski). Sogleich organisierten die Radiomacher mit Hilfe der Freizeit- und Unterhaltungsbranche eine Bürgerinitiative „für ein freies Radio in der Schweiz". In fünf Tagen kamen 212 000 Unterschriften für eine Petition zusammen.

Am 29. Dezember fielen, per Sonderzug und PKW-Konvoi, 4000 Demonstranten in Bern ein und zogen, von heißen Disko-Rhythmen und Jubelreden über die Kraft und Freude der Hörergemeinde in Stimmung gebracht, vors Bundeshaus.

Auf Italiens Regierung im fernen Rom machte die Massendemonstration keinen Eindruck. Ihr lag mehr daran, vor den Berner Bundesräten als zuverlässig zu erscheinen: Am 4. Januar wurden Carabinieri zum „Radio 24"-Studio nach Como geschickt, um den Betrieb zu schließen.

Doch der Versuch mißlang. Die Radioleute hatten die Türen verrammelt, und die Polizisten hatten keinen Hausdurchsuchungsbefehl bei sich. Knapp drei Wochen später schalteten Techniker der italienischen Post ohne richterliche Segen eigenmächtig die Stromzufuhr für den Sender ab, „Radio 24" verstummte — für drei Tage.

Dann dröhnten die Reggae-Rhythmen wieder aus den Radios der Zürcher Region: Die Rundfunker hatten die Stromleitung der nahe gelegenen Groppera-Seilbahn angezapft.

Ende vorletzter Woche konterten die italienischen Rundfunk-Polizisten: Diesmal bauten sie mehrere für den Betrieb notwendige Geräte aus.

Schawinski hält das für gesetzeswidrig und hofft auf die italienische Justiz: Die Gerichte sollen der italienischen Post die Stillegung verbieten.

Um bei den Italienern Zweifel an seiner gesetzestreuen Gesinnung zu zerstreuen, verurteilte Schawinski auch gleich noch den Versuch der beiden jungen Schweizer Fans, den Sender eigenmächtig wieder in Betrieb zu setzen.

Der Radio-Chef: „Eigentlich müßten sie wegen Hausfriedensbruchs angeklagt werden." ◆


Keine schmeckt besser.
CAMEL
FILTERS
TURKISH & AMERICAN
BLEND
CAMEL
CAMEL
FILTERS
Nikotin 0,9 mg. Kondensat 13 mg. (Durchschnittswerte nach DIN)

Gefahr im Zick-Zack

Ein neuer, schnellerer Bob sollte den Bundesdeutschen Olympiagold sichern. Stürze und zu kurze Gewöhnungszeit vereitelten alle Hoffnungen.

Es war Nacht. Der Schweizer Weltmeister Erich Schärer pirschte sich an die Kunsteispiste in Königssee heran. Da stoppte ihn jäh die Polizei. Sie führte ihn aus der bewachten Anlage ab, bevor er ausspähen konnte, was er gesucht hatte.

Schärer hoffte das Geheimnis der neuen Bundesbobs zu lüften. Ausgewählte Mannschaften testeten sie insgeheim wie ein neues Automobil nachts und unter Flutlicht. Tatsächlich rumpelten die neuen Opel-Bobs deutlich schneller als alle anderen durch die Eisrinne.

Fans im Opel-Automobilwerk hatten den Bobsport in der Bundesrepublik seit Jahren mit angeschoben: Sie transportierten Bobs zu Rennen, Mitarbeiter der Design-Abteilung lackierten sie und spickten die Fahrer mit Verbesserungs-Tips. Die Bundesschlitten fuhren gut dabei. Meist holten sie Edelmetall heraus. Dabei sollte es bleiben.

„Wir wollen einen neuen Schlitten", forderte der Deutsche Bob- und Schlittensportverband (DBSV) deshalb. Der neue Bob für die Olympischen Winterspiele in Lake Placid sollte sicherer zu lenken und eine halbe Sekunde schneller sein als der Olympia-Bob von 1976.



Außenseiter Mangold, neuer Opel-Bob: „Allen anderen um die Nase gefahren"



Fahrer Gaisreiter (vorn), Gaisreiter-Bob*
Rücktritt im Krankenhaus

Bis dahin hatten Handwerker in kleinen Werkstätten Bobs gebastelt. Nun übernahmen erstmals Ingenieure eines großen Konzerns die Konstruktion. Opel-Techniker entwickelten den zukünftigen Bob professionell wie ein neues Automodell. Das Bonner Innenministerium steuerte Unterstützungsgelder bei, das Werk schoß ebenfalls zu: Insider schätzen die Gesamtkosten auf etwa 750 000 Mark.

Dafür erhielt der DBSV zu Beginn der Olympia-Saison je drei aerodynamisch hochgezüchtete Zweier- und Viererbobs. Nach bewährter Segler-Erfahrung — „Länge läuft" — mißt die Neukonstruktion einen halben Meter mehr, die Kufen sind einzeln aufgehängt und gefedert; sie lassen sich auf das Fahrverhalten bestimmter Piloten abstimmen.

Im Zweierbob füllt der Bremser nach dem Aufsitzen durch Knopfdruck einen Luftsack mit Preßluft. Er stabilisiert wie ein Spoiler bei Rennwagen die Bodenhaftung. Der Überrollbügel erhöht bei Stürzen die Sicherheit.

„Die neuen Bobs sind gewöhnungsbedürftig wie ein neuer Wagen", erklärte Opels Bobexperte Helmut Vethake. Möglichst viele Testfahrten zur Gewöhnung und Abstimmung wären nötig gewesen, um die Vorteile der Neukonstruktion in einen Wettbewerbsvorsprung umzusetzen. Bei der Abnahme fuhren die neuen Gefährte den alten bis zu 1,35 Sekunden davon.

Aber das Winter-Olympia stand in zehn Wochen bevor. So gerieten Testfahrten zu Qualifikationsrennen unter Konkurrenzbedingungen — auf den gefährlichsten Bobbahnen der Welt in Lake Placid und St. Moritz. Schon der erste Bob, der beim Olympia 1932 in Lake Placid zur Probe gestartet war, schoß aus der Zielkurve und landete auf einem WC-Häuschen. 1964 stürzte der italienische Weltmeister Sergio Zardini zu Tode.

Für die Spiele 1980 bestückten die Planer die Natureispiste mit Kühlschlangen. Auf der zur Kunsteisrinne umgerüsteten Bahn in Lake Placid erreichen Bobs 150 km/h. Besonders im „Zick-Zack", schüttelte sich der bundesdeutsche Bobfahrer Hans Morant, „hebst du ab und fühlst dich als Flugzeug". In acht Wochen kam es in Lake Placid zu 67 Bobstürzen.

Den bundesdeutschen Weltmeister und Olympia-Favoriten Stefan Gaisreiter riß es Anfang Januar während einer Trainingsfahrt in St. Moritz auf dem ungewohnten Opel-Bob in der Zielkurve um. Dort waren auf der holperigen Natureispiste schon zwei Bobfahrer umgekommen. Seit Saisonbeginn Mitte Dezember 1979 kippten 40 Bobs.

„Mit diesem Flitzer fahre ich nie mehr", klagte Gaisreiter und stieg zurück auf seinen vertrauten Bob. Er trug keine ernsthafen Verletzungen davon. Verunsichert suchten auch andere Olympia-Kandidaten ihre Chancen in den alten, gewohnten Bobs. In den neuen Opel-Bobs starteten nun Fahrer, die für Olympia schon abgeschrieben waren.

Toni Mangold, der es auf mehr als 200 Fahrten im neuen Bob gebracht hatte, fuhr bei der Deutschen Viererbob-Meisterschaft im Januar in Winterberg „allen anderen um die Nase"

* Mit Bremser Gebhard in St. Moritz.


Erlauer Stierblut ist einer der ältesten Rotweine der Welt. Viel ist über diesen Rotwein mit der sanften, dunklen Stimme geschrieben worden. In dem Buch „Die Spitzenweine Europas" wird er gepriesen und Lajos Ruff, berühmter Weinexperte, vergleicht ihn „mit bestem französischem Burgunder". Doch Erlauer Stierblut erzählt es Ihnen am besten selbst bei einem Glas – mit seiner sanften, dunklen Stimme.
1976er
Erlauer
Stierblut
Egri Bikavér
1976er Erlauer Stierblut – die sanfte, dunkle Stimme

(Vethake). Zum Olympia darf er dennoch nicht.

Drei Wochen nach dem ersten Sturz kippten Olympia-Favorit Gaisreiter und Bremser Dieter Gebhard im ersten Durchgang zur Zweierbob-Europameisterschaft abermals in der St. Moritzer Zielkurve. In seinem alten, anscheinend wenig sicheren Bob zog er sich so schwere Verletzungen zu, daß er noch im Krankenhaus seinen Rücktritt verkündete. Die Bundesdeutschen nahmen zwar Opel-Bobs mit nach Lake Placid, aber Medaillen-Chancen räumen ihnen die Fachleute kaum noch ein. Opel-Vethake über die Entwicklung: „Es hat bei uns Tränchen gegeben."

Vielleicht ernten andere: Nach Testfahrten in Lake Placid waren die neuen Bobs zusammen mit den DDR-Schlitten nach Amsterdam verladen worden. Dann verschwanden sie für drei Tage. Funktionäre argwöhnen: zusammen mit dem DDR-Gerät und der DDR-Interflug nach Ost-Berlin.

Der Schweizer Weltmeister Schärer jedenfalls vertraut den neuen Bundesbobs blind und will einen von ihnen um jeden Preis kaufen. „Ich klau' auch einen", drohte er an.

EISHOCKEY

Lieder und Schläge

Jahrzehntelang dienten bundesdeutsche Eishockey-Nationalmannschaften den Russen und Tschechoslowaken als Zielscheiben. Meist kassierten sie pro Spiel zehn Tore und mehr.

Den da kenn' ich noch aus Landshut", sagte ČSSR-Trainer Karel Gut und zeigte auf den deutschen Stürmer Gerd Truntschka. Im Spiel lernte der frühere Landshuter Trainer Gut den jungen Bayern richtig kennen. Beim 4:4 gegen den vierfachen Weltmeister ČSSR schoß Truntschka das schönste Tor des Abends.

„Durak" — Trottel —, schimpfte der sowjetische Torhüter Wladislaw Tretjak, als der Füssener Uli Egen das dritte Tor gegen ihn erzielt hatte. Die Russen siegten in Garmisch-Partenkirchen nur 7:4. Vor acht Jahren hatten sie an gleicher Stelle noch 17:0 gewonnen.

Zwei Wochen vor dem Olympiaturnier in Lake Placid schafften die Sowjets im zweiten Spiel gegen die Deutschen lediglich ein 4:2. Fünf der sechs Treffer in beiden Spielen erzielte die jüngste der vier deutschen Sturmreihen: Gerd Truntschka, 21, Holger Meitinger, 22, und Uli Egen, 23.

„Hinter dem Sturm der Youngster", schrieb der „Sport-Informations-Dienst", „klaffte eine bedenkliche Kluft." Die Münchner „Sport-Illustrierte" weiß auch warum: „Im Eishockey steht der Beste abseits." Gemeint war der Landshuter Erich Kühnhackl, dessen Tore 1976 in Innsbruck den Bundesdeutschen sensationell zur Bronzemedaille verholfen hatten.

Diesmal ließ der Deutsche Eishockey-Bund (DEB) den sogar von amerikanischen Profi-Klubs umworbenen Torjäger daheim. „Aus disziplinarischen Gründen", erklärte DEB-Funktionär Heinz Henschel.

Kühnhackl hatte sich 1978 vor der Weltmeisterschaft in Moskau nach Streitigkeiten mit den DEB-Bossen krank gemeldet. Für 650 000 Mark Ablöse war der Torschützenkönig der Bundesliga vom EV Landshut zum Kölner EK gegangen und strich ein Jahresgehalt von mehr als 200 000 Mark ein.

Die Kaufsumme von 650 000 Mark brachte ein Kölner in einem Aktenkoffer nach Landshut. Verabredungsgemäß fragte er auf einer Kirmes nach dem Präsidenten der Landshuter, um „endlich cash zu machen".

Nur noch schwer vermochten danach DEB-Funktionäre den Olympiaausrichtern klarzumachen, daß es sich keineswegs um einen Verstoß gegen das Amateurstatut handele.

Wie auch immer, Bundestrainer Hans Rampf verzichtete wie schon bei der WM in Moskau „mit größtem Bedauern" auf Kühnhackl. „Mit ihm hätten wir noch eine zweite Sturmreihe gehabt, die Weltniveau besitzt." Nun muß sich Friseurmeister Rampf vorwiegend auf den Junioren-Sturm verlassen.

Gerd Truntschka wechselte inzwischen für 40 000 Mark netto jährlich nach Köln, während Kühnhackl zum EV Landshut zurückkehrte.

„Vor lauter Geld und Statut vergessen Klubs und Spieler die Nationalmannschaft", murrt Rampf. Am besten vermag er noch die jungen Spieler für Olympia zu begeistern.

Außer dem Junioren-Sturm verfügt Rampf über zwei junge Torhüter, Sigmund Suttner und Bernd Englbrecht, die bereits zur internationalen Klasse zählen.

Rampfs junge Spieler führten in der Umkleidekabine wieder etwas ein, was seit 20 Jahren unterblieben ist: gemeinschaftlichen Gesang.

„Die Zeit unserer zweistelligen Siege gegen die Deutschen ist vorbei", vermutet ČSSR-Trainer Gut. Und der sowjetische Trainer Wiktor Tichonow, sonst meist mürrisch in sein Notizbuch vertieft, in das er alle wichtigen Szenen eines Spiels einträgt, schwärmte: „Die Deutschen waren im Angriff sehr stark, besonders die jungen Leute."



Nationalstürmer Meitinger (r.) nach seinem Tor gegen die ČSSR: „Sehr kämpferisch"

Doch der deutsche Mannschaftskapitän Rainer Philipp mißtraut den Russen und sagt: „Ich weiß nicht, ob sie die beiden Spiele gegen uns ernst genommen haben." Tatsächlich erhöhten die Russen im ersten Spiel, als die Deutschen nach einem 0:3-Rückstand auf 3:3 aufgeholt hatten, im letzten Drittel auf 7:3, bevor Egen zum 4:7 verkürzte.

„Die BRD-Spieler kann man als sehr kämpferisch bezeichnen", urteilte der frühere ČSSR-Trainer Dr. Jano Starši, der jetzt den Bundesligaklub SC Rießersee drillt. „Sie neigen aber zu Fouls und Schlägereien." Deswegen bestehe die Gefahr, daß zu häufig Deutsche auf der Strafbank sitzen.

„Das ist mein alter Kummer", bestätigte Bundestrainer Rampf. „Wer es zu toll treibt, fliegt in Lake Placid aus der Mannschaft." ◆



Urlaub im Club Méditerranée ist Gott sei Dank nur für einige Leute das Schönste

Friedrich der Große sagte einmal: „In meinem Reich kann jeder nach seiner Façon selig werden." Wir als Franzosen finden dieses große Wort des frankophilen preußischen Königs wie extra für uns gemacht. Da wir wenig von Reglement, von Konventionen und Normen halten, können wir kein Club für jedermann sein. Unsere Idee vom anderen Urlaub kann nur für Leute attraktiv werden, die auch sonst gern etwas abseits vom Üblichen ihr Glück und ihren Spaß suchen.

Wer sich für uns interessiert, sollte wie der große Preußenkönig eine Schwäche für das Savoir vivre, für Cuisine française, für Conversation mitbringen. Dann ist es nicht schwer, bei uns nach eigener Façon selig zu werden. Wer mehr von üblichen Vertragshotels mit Massenstränden, von Etikette, Tischordnung und trinkgeldbeflissenen Oberkellnern hält, der sollte lieber von einem Club-Urlaub Abstand nehmen. Der Club kann und will nur für einige das Schönste sein.

Club Méditerranée – kein Club wie jeder andere

Vive la difference. Wer zu uns kommt, merkt das schon beim Urlaubsstart. Es beginnt mit einem Linienflug oder mit speziellem Club-Charter. Wenn Sie am Ziel sind, erkennen Sie, daß Ihr gewähltes Dorf wirklich so aussieht, wie es im Katalog abgebildet war und sich – wie alle unsere Anlagen – in die Landschaft harmonisch einfügt.

Sie stellen fest, daß weder Autoströme vor Ihrem Balkon vorbeirauschen, noch Riesenbagger die Baugrube für das nächste Urlaubersilo ausheben. Es wird Ihnen auch gefallen, daß der Weg zum Strand nicht über die Autostrada oder durch Eisenbahntunnels führt. Ob Sie im Bungalow, in einer polynesischen Hütte oder im Club-Hotel wohnen – nur ein paar Schritte, schon umspülen die Wellen Ihre Füße. Unsere Strände sind übrigens länger und weiter als die von 10 großen Pauschalhotels zusammen, denn wir tun alles, um die schönsten und unberührtesten Plätze der Erde für unsere Clubdörfer zu finden.

Wie gewonnen, so zerronnen. Der Club und Herr Joule

Beim fröhlichen Empfang begrüßt Sie gleich der Chef de village und seine Hostessen und Moniteure. Da bekommen Sie alle Informationen, die Sie brauchen. Anschließend lernen Sie den Club von seiner geschmackvollsten Seite kennen – beim Essen. Ob reichhaltiges Frühstücksbüffet, riesige Mittagstafeln oder mehrgängiges Dinner – es wird Ihnen schmekken. Wobei schon der Augenschmaus verlockend ist. Der Tischwein gehört dazu. Sie können von allem nehmen, so viel Sie wollen, was Sie wollen. So oft Sie wollen. Gut, daß es so viel Sport im Club gibt.

Sport spielte von Anfang an eine Hauptrolle im Clubleben. In den 84 Clubdörfern, die es heute rund um den Globus gibt, können Sie unter vielen Sportarten wählen, von A wie Angeln bis Z wie Zugucken – denn „Sport" steht nicht als Pflichtfach auf dem Stundenplan. Wer allerdings will, der kann surfen, segeln, schwimmen, angeln, Tennis spielen, fechten, joggen, trimmen, Ski fahren, Bogenschießen, tauchen, schnorcheln, aquascopen und mehr. Sie haben die Freiheit der Wahl. Wir stellen Trainer, Surfbrett, Sauerstoff-Flaschen, Segelboot, Wasserski, Motorboot, Flutlichtanlage, Bogen und Pfeil.

Da diese Aktivitäten zum Inklusiv-Preis gehören, werden Sie uns sicher zustimmen, wenn wir sagen, daß der Unterschied zwischen irgendeinem Clubūrlaub und dem Urlaub im Club Méditerranée größer ist als die Zahl der Sportarten, die geboten werden. Das sind immerhin 36.

Der Club und sein Inklusiv-Preis

Im Club wissen Sie vorher, was der Urlaub kostet. Denn Sie zahlen nur einmal, vor Reiseantritt. Dann ist praktisch alles inklusive, vom Ski- oder Tennislehrer bis zum Tischwein. Doch wir wollen auch die Ausnahmen nicht unter den Tisch fallen lassen: Golf, Reitpferd, Leihgebühren für Ski oder Stiefel, Bar-Drinks. Das ist alles? Das ist alles.

Mit uns kann man deutsch reden

Obwohl man bei uns auch ohne Sprachdiplom flirten und Conversation treiben kann, haben manche, die mit unserer Idee vom anderen Urlaub liebäugeln, Hemmungen. Wegen der Sprache. Dabei sind wir ein internationaler Club, in dem es keineswegs nur französisch klingt. Und da die Deutschen mehr Fremdsprachen beherrschen als andere, gibt es eigentlich kein Problem.

Weil wir aber ähnliche Erfahrungen schon einmal mit unseren amerikanischen Freunden in der Karibik sammelten, haben wir beschlossen, das zweisprachige „Karibik-Modell" zu europäisieren. Wir möchten unseren deutschen Anhängern entgegenkommen und führen daher auch hier eine zweite Dorfsprache ein – Deutsch. Den Anfang macht Gregolimano, unser griechisches Clubdorf in der Ägäis. Erst 3 Jahre jung, gehört dieses Dorf auf der grünen Halbinsel Euböa schon von Anfang an zu den begehrtesten Reisezielen. Vielleicht liegt der Reiz in der Kombination von Clubhotel, Bungalows und griechischem Dorf. Doch Gregolimano ist nicht das einzige Dorf, wo das Savoir vivre jetzt zweisprachig ist. Besonders aufgeschlossen für deutsche Freunde ist auch unser Clubdorf Malabata in Marokko.

Auch für die Kleinen das Größte

Unsere jüngsten „gentils membres" sind 4 Monate alt. Sie findet man allerdings – verständlicherweise – nicht an der Bar oder beim Surfen, sondern bei der Säuglingsschwester im Baby-Club. Wenn Ihr Sprößling älter als 4 Jahre ist, dann steht ihm der Mini-Club offen. Da kann man schon einiges mehr unternehmen als nuckeln, rasseln, den Wunsch nach frischen Windeln kundtun oder Sandburgen bauen. Und dann gibt es auch noch den Junior-Club. Für Junioren. Hier können die über 12jährigen fast schon alles mitmachen, vorausgesetzt, der Betreuer macht mit. Denn speziell ausgebildete Moniteure – so heißen sie bei uns offiziell – achten darauf, daß aus dem Spaß nicht plötzlich Ernst wird. Der Vorteil für die Eltern: Im Club brauchen sie nicht zu tun, was die Kinder wollen. Und umgekehrt. Es gibt insgesamt über 50 Clubs im Club für den Nachwuchs. Planschbecken haben wir natürlich auch.

Der Weg zum „gentil membre" führt direkt übers Reisebüro

Dort bekommen Sie unseren Trident, den Katalog, und suchen sich Ihr Ziel aus. Dann erhalten Sie Ihre Clubkarte (sieht aus wie eine internationale Scheckkarte) und die Reiseunterlagen und sind für ein ganzes Jahr ein „G. M.", ein engagiertes Mitglied der weltweiten Idee vom Club Méditerranée. Vorausgesetzt, Sie haben Sympathie für unsere Idee vom anderen Urlaub entwickelt. Anderenfalls hätten Sie wahrscheinlich nicht bis hierher gelesen. Wir bedanken uns für Ihr Interesse und möchten uns für heute mit einem à bientôt, auf bald, verabschieden. Gute Reise.

Sp 8

Unseren Katalog gibt's im Reisebüro oder gegen Einsendung dieses Coupons (bitte DM 2,– in Briefmarken beifügen).

Club Méditerranée
Königsallee 98a
4000 Düsseldorf 1



Schweiz: Gerbergasse 6
CH- 8001 Zürich

Österreich: c/o Ö.A.M.T.C.
Schubertring 1-3, Wien 1010

Hanna Schygulla: Wie einst Lili Marleen

Ab Sommer 1980 wird Rainer Werner Fassbinder in München „Lili Marleen" drehen, mit Hanna Schygulla in der Hauptrolle: „Cabaret", „Das Schlangenei", „Die Ehe der Maria Braun" machten's möglich. Straps, Songs und Tingeltangel vor der Kulisse des Zweiten Weltkriegs — das internationale Geschäft dafür scheint sicher. Das Lied ist weltbekannt, Fassbinder inzwischen auch, und Hanna Schygulla hat berechtigte Aussicht, für den Oscar nominiert zu werden. „Lili Marleen" wird in Anlehnung an Lale Andersens Buch „Der Himmel hat viele Farben" die Geschichte des berühmten Soldatenliedes erzählen. Produzent Luggi Waldleitner will den Film „hoch besetzen".







Hanna Schygulla, Fassbinder

Mystisches von Malicorne

Malicorne, Frankreichs bekannteste Folk-Rock-Gruppe, hat eine neue LP veröffentlicht: Das Album „Le Bestiaire", eine schillernde Mischung französischer Volksmusik, beeinflußt vom Spätbarock wie von Pink Floyd. Die gelungene Collage erzählt von Mystischem: Metamorphosen von Menschen zu Tieren, von bösen Geistern und Vampiren. Die Folk-Rock-Gruppe, die seit 1974 beharrlich musikalisches Neuland erobert, erregte schon mit ihrer fünften LP Aufsehen, als sie Reisebilder aus dem französischen Volksgut im „Asterix"-Stil zu einer musikalischen „Tour de France" verarbeitete. Sie nutzt mittelalterliche Instrumente ebenso wie Synthesizer und Elektro-Baß, verarbeitet gregorianische Choräle neben Swing-Elementen. Trotzdem: Die Folklore-Tradition wird nicht begraben. Sie wird belebt.



Folk-Gruppe Malicorne

Kunstpreis, mal nicht für Arrivierte

Gut dotierte Kunstpreise sind gewöhnlich für Prominente, nicht für Bedürftige: Wer hat, dem wird gegeben, die Verleihung ehrt vor allem den Spender, und für den Nachwuchs bleiben Almosen. Als rühmliche Ausnahme sind jetzt in Frankfurt erstmals zwei Förderungsprämien zu 20 000 Mark vergeben worden. Die „Jürgen Ponto-Stiftung", nach dem Terroristen-Mord an dem „Dresdner"-Bankier gegründet, unterstützt damit Wolfgang Laib, 29, und Thomas Schütte, 25 — zwei Künstler, die sich mit minimalen bildnerischen Gesten (Blütenstaub auf Glasplatten, objekthaften Farbtafeln) profilieren, ohne schon durchgesetzt zu sein. Auch das Auswahlverfahren sollte Schule machen: Acht Fachleute stellten je einen jungen Künstler vor, eine unabhängige Jury bestimmte dann die beiden Geldempfänger. Werke von allen acht werden (bis 17. Februar) im Frankfurter Karmeliter-Kloster gezeigt.

Ost-West-Kulturflaute

Während um die Opportunität eines Olympia-Boykotts in der westlichen Welt noch delikate Debatten geführt werden, macht die Einfrierung ost-westlicher Kulturkontakte schon zügigen Fortschritt. Das Kulturabkommen zwischen den USA und der UdSSR ist Ende 1979 abgelaufen; für eine Erneuerung hatten die Russen schon im Herbst die unakzeptable Bedingung gestellt, Amerika müsse asylsuchende Gast-Künstler abweisen und ihre Heimkehr ins Vaterland garantieren.

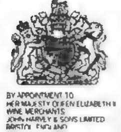
Seit Januar hagelt es nun Absagen, die den amerikanischen Musik-Betrieb um geschätzte Sowjet-Stars bringen: Die Sängerin Jelena Obraszowa, die Pianisten Emil Gilels, Lasar Berman, Michail Pletnjow, Andrej Gawrilow, Grigorij Skokolow, die Dirigenten Jurij Temirchanow, Gennadij Roschdestwenski, Jewgenij Swetlanow, die Geiger Igor Oistrach, Wladimir Spiwakow und Wiktor Tretjakow kommen nicht zu längst terminierten Auftritten in die USA. Als Reaktion auf dieses Musik-Embargo wurde von amerikanischer Seite nun auch abgelehnt, was man wohl dennoch bekommen hätte: Die monumentale Kunst-Schau mit 400 Stücken aus der Leningrader Eremitage, die ab Mai durch fünf amerikanische Großstädte reisen sollte, findet nicht statt.

In der Bundesrepublik ist die Situation noch unübersichtlich: Der Pianist Ljubimow hat abgesagt, Gawrilow aber ist da, und auch die Januar-Tournee der Moskauer Rundfunk-Symphoniker fand plangemäß statt. Wenigstens der Freistaat Bayern hat aus der Weltlage schon Kultur-Konsequenzen gezogen: 40 kostbare Stücke aus den Staatsgemäldesammlungen, die in Moskau und Leningrad gezeigt werden sollten, bleiben daheim in der Pinakothek.

EBD/6.80

HARVEYS

FULL PALE
SHERRY
BRISTOL CREAM



Harveys Bristol Cream.
Die feine englische Art, Sherry zu trinken.

„Erstürmt die Höhen der Kultur!"

SPIEGEL-Redakteur Wolf Donner über „Die wunderbaren Jahre" von Reiner Kunze

Die DDR-Behörden nannten es ein „verleumderisches Buch" und erklärten den Autor zum „Staatsfeind". Die westdeutsche Kritik schwärmte, und „Die wunderbaren Jahre" wurden ein Bestseller. Das war 1976. Ein paar Monate später siedelte Reiner Kunze in die Bundesrepublik über.

Die kunstvoll verdichteten Prosa-Miniaturen des Buches beruhen auf eigenem Erleben und auf Erfahrungen und Erzählungen junger Leute, vor allem seiner Tochter: der Parteiaustritt des Übersetzers tschechischer Gedichte (der, wie Kunze, mit einer tschechischen Ärztin verheiratet ist) nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die ČSSR, die Relegierung der Tochter von der Schule, der Selbstmord eines ihrer Freunde, Einschüchterungen und kleine Schikanen im DDR-Alltag eines thüringischen Städtchens.

Reiner Kunze wurde zum gefeierten Widerstandskämpfer: ein sanfter Rebell, schlicht und redlich, ein Mahnmal unerbittlicher Menschlichkeit, gottesfürchtiger Trutz und Treu'.

Zwar überwog die Anerkennung für die leise, eindringliche Trauer und die leise Kraft dieser Anklage. Aber manche störte die allzu biedere Frömmelei in einigen Passagen des Buches, der Hang zur Gebärde edler Einfalt, die Beschwörung ewiger Werte der Kultur und der Moral.

Manche irritierte auch der kontinuierliche Strom pietistischer Erbaulichkeiten und mahnender Kunze-Worte vor und nach der Übersiedelung. Ob ihm nun „Heilung" und „eine Art menschlicher Auferstehung" in der ČSSR widerfuhr oder er westliche „Lebensqualitäten" und „geistige Möglichkeiten" pries, ob er das schnöde Gewinnstreben beklagte, „koste es im Menschen, was es wolle" (Aber keine Bange: „Das heißt nicht, daß ich gegen die freie Marktwirtschaft bin. Ganz im Gegenteil."), oder ob er uns beschwor, „aufzunehmen von den Wundern dieser Welt" („Wir sind ja so reich an diesen Wundern, die uns schon die Menschen, die vor uns gelebt haben, hinterlassen haben"): Das klang oft bieder und manchmal bigott, und das Gesicht des Propheten verzog sich dabei auf dem Bildschirm in befremdlichem Fanatismus.

Ganz selbstverständlich wird diesem Titan des Ewig-Menschelnden die Abkehr von der Partei, deren williger Diener er jahrelang war, zum faustischen Seelenbeben: „Für meinen Intellekt hatte es offenbar einer Krisis solchen Ausmaßes bedurft, um diesen Abwehrstoff (Skepsis) zu produzieren."

Und ganz naiv kann sich dieser keusche Joseph aus Thüringen darüber empören, daß eine DDR-Studienordnung den Marxismus-Leninismus als „höchstes geistiges Erbe" propagiert: „Man bedenke: ‚als höchstes geistiges Erbe' — was ist dann die h-Moll-Messe von Bach?"

Bach und die Bibel sind dem Autor auch in der Verfilmung seines Buches lieb und teuer. Kunze hat das Prosa-Mosaik zu einer fortlaufenden Geschichte arrangiert. Eine Schülerin mit sehr verständnisvollen Eltern (er übersetzt tschechische Gedichte, sie ist Ärztin) liebt einen jungen Orgelspieler. Als der von der Schule ausgeschlossen und seine Musikerlaufbahn zerstört wird, bringt er sich um; im letzten Augenblick können die Eltern das Mädchen von dem gleichen Schritt abhalten.



Kunze-Film „Die wunderbaren Jahre": Junge positive Helden im Heer der Mitläufer



In diese Handlung spielen Episoden des deprimierenden DDR-Alltags aus Kunzes Sicht hinein: Reglementierungen, Drohungen, Psycho-Terror, die Arbeit kleinkarierter Parteidogmatiker an der „inneren Mauer".

Wegen Differenzen mit dem Autor über Besetzungsfragen und einige (in der Tat völlig überflüssige) Nacktszenen schied der Regisseur Rudolf Noelte nach zehn Drehtagen aus dem 2,7-Millionen-Mark-Projekt aus. Kunze wollte statt „noch so genialer Regieeinfälle" lieber „Authentizität" und drehte mit Coburger Schülern den Film in eigener Regie zu Ende. Für sein Drehbuch bekam er den mit 50 000 Mark dotierten Bayerischen Filmpreis.

Vorschuß-Lorbeeren von rechts auch für den fertigen Film: „Die Welt" bescheinigte dem Werk „eine große Menschlichkeit" und kürte es zum „Kunstwerk".

Hand in Hand geht das junge Paar in diesem filmischen Kunstwerk nach einem Treffen beim Pfarrer nach Haus. Vor einem Kirchenfenster bleibt sie stehen. „Glaubst du an Gott?" Er antwortet, leicht abweichend vom „Faust": „Nee, aber an den Pfarrer."

Der Übersetzer, Kunzes alter ego, warnt seine Tochter vor Provokationen in der Schule: „Lernt!" Was man davon schon habe, mault sie. Da fegt er triumphierend Bücher vor sie hin („Kafka! Camus! Hölderlin!"), legt Mozarts Missa brevis C-Dur KV 257 auf und bramarbasiert feierlich: „Das, daß das in uns ist." Und etwas später, über eine „Sichtung" der Philosophiegeschichte: „Zweieinhalb Jahrtausend Philosophie — das ist schon was."

Der junge Orgelspieler, weil er ja gebildet ist, erklärt bereitwillig seinem FDJ-Brigadier, was Kunst ist. Der antwortet: „Hm ... Naja. Aber ich hab' daheim ein Bild. Ölbild. Ein Hirsch, der röhrt. So im Nebel, verstehst du?" Ob das Kunst sei ...

Daß die Schauspieler zum Teil artig wie im Kindertheater deklamieren (kein Wunder bei ihren betulichen Dialogen), daß der Film wortlastig und die Regie steif und unbeholfen bleibt („Na ja", sagt einer, „das müßte ich der Reihe nach erzählen", bevor die Rückblende einsetzt), daß der Stil vom tremolierenden Pathos bis zu quälenden Symbolen, Klischees und Schwarzweiß-Malereien keine Peinlichkeit ausläßt, all das mag man dem Kino-Debütanten Kunze zugute halten.

Doch daß man den beklemmenden Eindruck hat, nicht einen Film über die DDR zu sehen, sondern einen DDR-Film, und zwar einen aus den fünfziger Jahren, daß Kunze ständig in Bild und Ton unfreiwillig die Atmosphäre jenes Spießer-Muffs erzeugt, den er anprangern will, dekuvriert ihn selbst als das



Die deutschen Weinlande
Ahr
Mittelrhein
Mosel-
Saar-
Ruwer
Rheingau
Franken
Rhein-
hessen
Nahe
Hessische
Bergstraße
Rheinpfalz
Württemberg
Baden

Deutscher Qualitätswein. Warum unsere Weine so typisch wie unsere Landschaften sind.

Die Weine unserer 11 Anbaugebiete haben eines gemeinsam: sie sind frisch, leicht und elegant. Denn alle sind vom gleichen Klima geprägt. Sommer, die nie zu trocken sind. Lange, warme Herbsttage und milde Winter.

Ihren unverwechselbaren Charakter gewinnen unsere Weine durch die Landschaften. Durch die besonderen kleinklimatischen Bedingungen, die von Ort zu Ort, von Lage zu Lage wechseln können. Einmal ist es die Nähe eines wärmeregulierenden Flusses. Das andere Mal ist es ein Höhenzug, der vor dem Wind schützt. Auch die Neigung der Weinberge läßt reizvolle Unterschiede entstehen, die man schmecken kann.

Mit dem Klima prägen Bodenarten und Rebsorten die Vielfalt unserer Weine. Ein Riesling aus dem Rheintal ist beispielsweise kernig-würzig; das machen die kalkhaltigen Böden, auf denen er wächst. Im Gegensatz dazu ist ein Riesling aus dem Moseltal eher feinfruchtig und spritzig. Denn hier holt er Geschmack und Eigenart aus dem Schiefergestein.

So vielfältig wie die Landschaften unserer 11 Weinbaugebiete, so vielfältig sind ihre Weine. Das hat sie berühmt gemacht. Probieren Sie selbst. Daheim- oder an Ort und Stelle unter den Menschen, die unsere Weine mit Sorgfalt und Geduld hegen und pflegen.

JWT 0-056



Deutscher Wein



Autor/Regisseur Kunze
„Heilung und Auferstehung“ in der ČSSR

verklemmte Produkt jenes stickigen Milieus.

Seine positiven Helden im Heer der gleichgeschalteten Mitläufer erkennt man auf einen Blick. Sie tragen Bärte und Beatles-Mähnen, T-shirts, Jeans und Parka. Sie engagieren sich für ein Orgelkonzert, als seien es die Stones, reden über Bach, Gott und den Wert des Lebens, sind hübsch und finden, daß „der Sex das Eigentliche“ nicht sei.

Kunze will eine verführte, um ihre „wunderbaren Jahre“ betrogene Jugend porträtieren. Aber statt eine dumpfe Heimatabend-, Topfkuchen- und paramilitärische Klassenkampf-Kultur als politische Bedingung stumpfsinnigen Autoritätsdenkens zu analysieren, reproduziert Kunze diesen penetranten Kulturbegriff in der ihm eigenen Mischung aus beschaulicher Arroganz und dramatischem Kitsch.

Statt nüchterner Informationen, statt Nuancen, Zwischentönen, unterschiedlicher Entwicklungen: ein starres Feindbild und Herzensergießungen aus dem VEB Kulturkombinat Kunze. „Erstürmt die Höhen der Kultur!“ steht auf einem Transparent im FDJ-Heim. Es ist die Tonart, in der Kunze eigene Ambitionen annoncieren könnte.

Die westdeutsche Kritik hat den „wunderbaren Jahren“ in seltener Einmütigkeit bescheinigt, „die Wirklichkeit der DDR aus der Sicht eines sehr sensiblen Schriftstellers“ zu zeigen, „so genau wie möglich, so einfach und so authentisch wie möglich“: der Aufschrei einer gequälten Seele, Mitteilungen aus der Unterdrückung, aus einem Land, von dem man nichts weiß.

Diese Ansicht wäre kaum entstanden oder wäre längst revidiert, wenn nicht, einerseits, die im Westen lebenden DDR-Schriftsteller trotz mancher Zerstrittenheit die Haltung der Solidarität, des Gewährenlassens und der Nichteinmischung gegeneinander bewahren würden und wenn andererseits westdeutsche Kritiker nicht aus Schuldkomplexen jedes Dichterwort von oppositionellen DDR-Autoren ergriffen wie unantastbare Weisheiten und Wahrheiten zur Kenntnis nähmen.

Denn Kunzes Buch, das war schon bei seinem Erscheinen 1976 die Meinung seiner DDR-Kollegen, war eindeutig für den Export konzipiert, für Außenstehende geschrieben, war eine Verzerrung durch Reduzierung, durch Einseitigkeit, durch negativ verkürzte Informationen. Man kann auch mit der Authentizität lügen und mit der Wahrheit die Dinge entstellen.

Gäbe es Günter Wallraff nicht, man müßte ihn erfinden: als ständig aufstörendes, mahnendes Korrektiv westdeutscher Selbstdarstellung. Wir hätten aber Grund, uns zu wehren, wenn eines seiner Bücher als authentisches Bild der Bundesrepublik bezeichnet würde.

Konvertiten sind die schlimmsten Überzeugungstäter, sagt man. Kunze, vier Jahre lang ein rigoroser Funktionär im „roten Kloster“, der Fakultät für Journalistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig, hat sein Buch (anders als etwa Ulrich Plenzdorf seine „Neuen Leiden des jungen W.“) nie einem DDR-Verlag angeboten.

Berühmt wurde der Satz, mit dem der linientreue Dozent Kunze Ende der fünfziger Jahre, im Zuge einer großen Säuberungsaktion, die Journalistik-Studenten ermahnte: „Ein unglücklicher Journalist hemmt den sozialistischen Aufbau. Ein unglücklicher Mensch in unserem Beruf ist ein Klotz am Bein des Sozialismus.“

Heute, auf der anderen Seite, im anderen Extrem, befürchtet dieser Autor mit Blick auf die achtziger Jahre bereits, „daß sich die westlichen parlamentarischen Demokratien weiter aushöhlen und aushöhlen lassen“. Strauß und Frau Thatcher oder den neuen harten Kurs der Amerikaner meint er wohl kaum damit.

Kunze verficht immer nur die eine Wahrheit und macht es sich, verbohrt und erstaunlich selbstgerecht und oberflächlich, in der heilen Welt seiner gefühligen Einseitigkeit, in der stickigen Requisitenkammer seiner kleinbürgerlichen Kulturideologie bequem.

Und er weiß natürlich, daß ein Film zwangsläufig noch einmal vergröbert, mit stärkeren Effekten und Affekten arbeitet und die komplexe Realität gegenüber der literarischen Vorlage ein weiteres Mal zur Schablone reduziert.

Der Film „Die wunderbaren Jahre“ liefert Emotionen statt Argumente, er denunziert und agitiert und paßt somit fatal zur neuesten Stimmung im Westen. Fanal zu einem neuen deutsch-deutschen Kalten Krieg?

FERNSEHEN

Ein grantiger Freund

„Der Komantsche“. Spielfilm von Herbert Achternbusch. ZDF, 14. 2., 22.05 Uhr.

Der Vorstoß in Gebiete nördlich der Mainlinie scheint dem Filmemacher Herbert Achternbusch fast nur im Fernsehen zu gelingen. In den Gefilden, die aus bayrischer Sicht allesamt zu „Preußen“ gehören, rechnen sich die Kinobesitzer wohl kein Publikum für Achternbuschs — inzwischen sechs — Filme aus.

Der „g'spinnerte Uhu“, wie er sich selbst einmal nannte, erscheint als weiß-blauer Kauz, in Sprache wie in Bildern schroff, ruppig, ein in Norddeutschland maliziös belächeltes bayrisches Lokalereignis. Dabei sind Achternbuschs Filme so sehr oder so wenig spezifisch bayrisch wie Karl Valentins Szenen und Prosa, wie die Stücke von Marieluise Fleißer oder Franz Xaver Kroetz.

Die grantige Sturheit, in der Achternbusch mit seiner Laiendarsteller-Crew aus Gauting und Umgebung und als sein eigener Drehbuchautor, Produzent, Regisseur und Hauptdarsteller seine Umwelt und seine Phantasien ins Bild setzt, mag bayrisch sein, aber die Umwelt, an der die Hauptfigur sich jeweils wundstößt, ist nur zufällig bayrisch, und ihre Sehnsüchte sind die jedes Menschen; in den unerfüllten Träumen stecken die allgemeinsten Utopien.

„Als ich noch träumte, hatte ich eine Idee, wie ich mit Menschen leben könnte. Aber jetzt, da ich wach bin und



Autor/Regisseur Achternbusch
Verstörte und zerstörte Seelen

HO&M LH 14/80

**Unsere Wartungsliste hat 70 Positionen.
Vor jedem Flug.**



Fragen Sie Ihr Reise- oder Frachtbüro mit Lufthansa-Agentur.

die Menschen sehe, habe ich keine Idee mehr."

Der Komantsche, Titelfigur von Achternbuschs letztem Film, sagt das im Münchner Olympia-Stadion unter dem begeisterten Gebrüll der Zuschauermassen über ein Tor; aber seit wann vergehen einem Hoffnungen auf die Menschheit nur in Fußballstadien südlich der Main-Linie?

Es sind fast immer verstörte und zerstörte Seelen, die in Achternbuschs Filmen an ihren Hoffnungen und an der Welt, wie sie ist, zugrunde gehen, indem eine unbarmherzige Realität sie einholt: Ein Dorfschullehrer schwärmt bis zur Untauglichkeit in der Realität für eine Filmschauspielerin und wird von der eifersüchtigen Ehefrau umgebracht („Das Andechser Gefühl"); einer schwimmt in den Atlantik hinaus unter der Devise „Du hast keine Chance, aber nutze sie!" („Die Atlantikschwimmer"); ein Nichtsnutz, der sich eine Polizistenrolle anmaßt, erschießt sich am Ende („Bierkampf"); ein Dichter geht saufend und frierend in Grönland verschütt („Servus Bayern").

Immer spricht durch diese Masken hindurch Achternbusch selbst, immer sind es Gleichnisse vom Ungenügen an der Welt, die die Träumer von einem erfüllteren Leben verzweifeln oder erfrieren lassen. Achternbusch setzt in seinen Filmen Realität, Traum, Gedankenspiel nebeneinander, ohne den Zuschauer kommentierend am Händchen zu nehmen. Die abstrusesten Szenen sind als Metaphern zu sehen; in „Servus Bayern" etwa steht Grönland für die originär deutsche Kälte in unseren Jahren.

Achternbusch-Filme lassen sich wie Allegorien lesen, sind zugleich Privatmythologie und Denkbilder von allgemeiner Bedeutung. Der Komantsche: ein Inbegriff des Außenseiters, der von der Menschheit so viel erhofft, daß er die Menschen um sich gar nicht wahrnehmen will; einer, den das Leben angeschossen hat, weigert sich, infantil und zugleich mit gutem Grund Unrat witternd, zur Realität zu erwachen. Seine Träume zapft man ihm elektronisch aus dem Hirn und vermarktet sie zu Fernsehfilmen — ein Gleichnis für das Weltverhältnis des Dichters.

Was den Komantschen veranlassen könnte, sein selbstgewähltes Koma zu verlassen und die Augen zu öffnen, wäre Sex, vornehmer: Liebe, allgemeiner: die Erwartung, menschlich mit Menschen leben zu können.

„Ein Mensch, der nicht trinkt, wird wahnsinnig", das ist das Resümee einer Sterbeszene am Anfang des Films — Saufen als der falsche, aber notgedrungene Ausweg aus der Hölle.

„Ein Mensch, der nicht liebt, wird wahnsinnig", das ist die edlere Einsicht des Komantschen kurz vor seinem Entschluß, aufzuwachen, vorgebracht so klarsichtig und schwerzüngig, wie man nach der fünften Maß Bier spricht. Aber wer an solchen Träumen von einer liebend verbundenen Menschheit festhält, heißt wie der Komantsche im Film mit Recht „Coyotendreck".

Seid umschlungen, Millionen. Bei solchen Maximen kann man nur im gröhlenden Fußballstadion aufwachen, wo einem solche Ideen vergehen. Unserer Beschädigung, unseren Sehnsüchten, unseren Sprüngen zwischen Wirklichkeit und Träumen Ausdruck gebend, können Achternbuschs Filme nur in Bildern und in Sprache närrisch, sprunghaft und verquer sein, grotesk und ungeglättet.

Jörg Drews

INTENDANTEN

Ende der Stange

Für den expansiven Münchner Staatsopern-Intendanten August Everding wurde eine neue Super-Position geschaffen: 1982 wird er Generalintendant der Bayerischen Staatstheater.

Von was reden Sie da, was fragen Sie da?" So ungehalten reagierte August Everding vor bald drei Jahren, wenn er auf ein Gerücht angesprochen wurde, das schon damals, lang vor seinem Amtsantritt, in München umging: Daß nämlich für ihn mit dem flinken Wechsel von der Hamburgischen zur Bayerischen Staatsopern-Intendanz nicht das Ende der Kletterstange erreicht sein könne, daß vielmehr als Traumziel dahinter ein vorbildloser Super-Job winke, die Generalintendanz aller Bayerischen Staatstheater.

Wirklich empört war Everding freilich kaum darüber, daß man ihm den Appetit und den großen Magen für einen solchen Kultur-Brocken zutraute: „Als reine Strukturform bejahe ich das." Er blockte die Spekulationen nur mit dem Hinweis ab: „Was sollen denn meine Kollegen sagen, wenn ich so hinterrücks meinte, die müssen weg, und ich übernehme das Ganze."

Nun ist der oft dementierte Hattrick, Everdings Super-Ding, doch noch gelungen: Ab 1982 wird er, dann 54, als „Chef des größten Bühnen-Imperiums, das es auf deutschem Boden gibt" („FAZ") in München über Staatsoper (Nationaltheater), Staatsschauspiel (Residenztheater) und Staats-Volksoper (Gärtnerplatztheater) herrschen, dazu über das Cuvilliés-Theater, die Experimentierbühne im Marstall und das dann vielleicht renovierte Prinzregententheater. Für das geistige Wohl von täglich gut 4000, wenn nicht 5000 Besuchern wird Everding dann zuständig sein, auf Staatstheaterboden allgegenwärtig wie Feinstköstler Käfer, dessen Pausenbuffets für das leibliche sorgen.

Wie eifrig Everding, der auf einem mittelalterlichen Jagdschloß bei München residiert, diese Allmacht je angestrebt hat, bleibt ungewiß. Beschert hat ihm den Über-Job jedenfalls weniger eigenes Ackern als die Hartnäckigkeit seines innigsten Gegenspielers in der Staatsoper selbst, des Generalmusikdirektors Wolfgang Sawallisch.

Intendant und Chefdirigent haben sich in den nun zweieinhalb Jahren ihres Zusammenwirkens so gründlich zerstritten, daß zuletzt nur noch „gegenseitiges Anschweigen" („Süddeutsche Zeitung") als Umgangston blieb. Abwechselnd drohten beide mit Abgang, und zuletzt schien jeder nur noch darauf zu lauern, ob nicht doch der andere vor ihm das Handtuch werfe.

Kultusminister Hans Maier jedoch, ständig als Parlamentär im Stellungs-

* Vor seinem Wohnsitz Burg Grünwald.



Künftiger Generalintendant Everding*: „Ich übernehme das Ganze"


Bundespreis „Gute Form 1979" für das Zeyko Modell „Swing-line". Der Mut zu neuen Fertigungstechniken ermöglicht ein exclusives Design.
Wer nicht mit dem uniform Gewöhnlichen zufrieden ist, und wer das Kopieren anderer unter seiner Würde empfindet, der muß in der Gestaltung eigene Wege gehen.
Gute Design-Ideen brauchen für ihre Realisierung immer den Tüftler, einen Schuß Erfinder-Mentalität. Und gerade dort fühlt sich der Schwarzwälder in seinem Element.
Unser Modell „Swing-line", das den Bundespreis „Gute Form 1979" bekam, ist dafür beispielhaft. Das Design, das sachlich, funktional gestaltet war, ohne schmückende Attribute, mußte durch eine spezielle Verformung des Kunststoffes belebt werden. Damit war unseren Technikern eine völlig neuartige Aufgabe gestellt.
Von der Technologie bis hin zum eigenen Bau der Spezialmaschinen wurden die Möglichkeiten für die Fertigung eines solch exclusiven Designs selbst geschaffen.
Schwarzwälder Wertarbeit ist Fortschritt und handwerkliche Sorgfalt zugleich, das unverwechselbar Eigenständige.
Zeyko.
7262 Althengstett/
Schwarzwald
zeyko
Küchen-Perfektion in
Schwarzwälder Wertarbeit.
mann Design

krieg zwischen Orchestergraben und Intendantenloge strapaziert, konnte sich nicht leisten, einen der hochdotierten Streithammel zu opfern — dazu ist beider Hausmacht zu groß.

Der starrköpfige und eher glanzlose CSU-Bayer Sawallisch schien unabdingbar, eben weil er ein CSU-Bayer ist, und der motorische Westfale Everding schien ebenso unentbehrlich, weil er als virtuoser Star-Einkäufer immer mal wieder Hochglanz-Produktionen zustande bringt, an denen sich die CSU-Prominenz gerne weidet.

So wurde die Heureka-Lösung gefunden, die Sawallisch zum Operndirektor mit umfassender Kompetenz macht und ihm Everding als Generalintendanten mit noch umfassenderer Kompetenz vor die Nase setzt.

Diese Berufung ereilt den emsigen Everding, dem sein Münchner Vertrag nur noch zwei Auswärts-Inszenierungen pro Jahr erlaubt, in einem unübersehbaren Karrieretief: Nicht nur seine Berliner „Lustige Witwe" fand böse Kritik, auch in seinem Münchner Laden hängt der Haussegen schief.

Zu Beginn ist es ihm wohl gelungen, die bloße Vorführung der Bühnenmaschinerie zum begeisternden Matinee-Ereignis zu machen. Doch ein Jubel-Treffer, wie er ihm in seiner kurzen Hamburger Intendanz mit dem Engagement des Ballettchefs John Neumeier geglückt war, hat sich in München nicht einstellen wollen.

Im Gegenteil: Das Ballett krebst dahin, und von der Verpflichtung eines Oberspielleiters, die Everding einst für ganz wichtig hielt, ist schon lang keine Rede mehr. Zur Zeit läßt er zum dritten Mal hintereinander einen Bühnenbildner als Regisseur werkeln — mag sein, daß dadurch immerhin Geld für die Gesangstars gespart wird, die üppig gebucht sind, besonders für Everdings eigene Inszenierungen: etwa wenn er im April mit Karl Böhm (nicht mit Sawallisch) die „Entführung aus dem Serail" herausbringt.

Dennoch: Bis 1982 dürfen sich Opernintendant und Orchesterchef weiter unter einer Decke streiten, denn erst dann werden der Residenztheater- und der Gärtnerplatztheater-Intendant pensionsreif.

Wer aber ab 1982 Staatsschauspiel und Volksoper unter Everdings Oberaufsicht führen soll und wie autonom, ist so ungewiß wie fast alles, was die Praxis der General-Lösung angeht: ob Everding als Platzhirsch die Münchner Theaterszenerie je so unverwechselbar prägen wird wie der Feinköstler Käfer, bleibt abzuwarten.

Als „einfach und großzügig" preist der Kultusminister seine salomonische Tat. „Einfach" daran mag sein, daß so alle Konflikte weit über den Strauß-Wahlkampf hinaus vertagt sind; und „großzügig" heißt jedenfalls, daß die beiden Beförderten für ihre neuen Titel nicht draufzahlen müssen.

ARCHÄOLOGIE

Gesicht nach Osten

Französische Archäologen erkunden die Geschichte eines weltberühmten Hügels — des Montmartre in Paris.

Während der Christenverfolgungen nahmen die Römer im Jahr 250 auch Denis gefangen, den Apostel der gallischen Provinzmetropole Paris. Zusammen mit seinen Begleitern Rusticus und Eluthere wurde er vor den Mauern der Stadt enthauptet.

Denis aber erhob sich noch einmal. Er nahm seinen Kopf und wandelte über einen Hügel, bis er einer frommen Witwe vor die Füße fiel; die begrub den Heiligen.

Ein Team unter Patrick Périn, Konservator am Musée Carnavalet, schürft seit 1975 im sogenannten Passionsgarten an der Südflanke des Montmartre. Obwohl die Archäologen in dem eng bebauten Viertel nur ein schmales Areal zwischen der romanischen Pfarrkirche Saint-Pierre und einem neuzeitlichen Wasserspeicher ausheben konnten, fanden sie einander durchdringende Spuren aus zwei Jahrtausenden.

Die Reste des Merkur-Tempels vermuten sie allerdings weiter westlich, wo später die Moulin de la Galette stand, wo dann Renoir sein berühmtes Gartenlokal-Bild malte und wo unlängst Apartment-Komplexe gebaut wurden. Wohl aber entdeckten sie zuunterst zwischen Ziegelbruch und Terrakottascherben aus der Epoche kurz nach der Zeitenwende Grundmauern, mutmaßlich die Fundamente eines Mars-Tempels.



Grabung auf dem Montmartre: Nonnengräber über Römermauern

Auf diese wundersame Weise, so triumphierte der Abt Hilduin in der Legende aus dem neunten Jahrhundert, wurde der „Mons Mercore" — der dem Römergott Merkur geweihte Berg — zum „Mont des Martyrs", Berg der Märtyrer.

Ob der Montmartre zu seinem Namen aus verballhorntem Spätlatein oder aus dem Französischen kam, ist unter den Gelehrten gleichwohl umstritten. Für die Merkur-Version spräche der heute dort florierende Handel mit neuem Kitsch und altväterlichen Pornos; für die Herkunft des Namens aus der Märtyrerlegende spricht kirchliche Tradition.

Wie sich auf der höchsten Erhebung von Paris tatsächlich Heidnisches und Christliches mischten, belegen nun Forscher mit Grabungen vor Ort und in Archiven.

Daß die Römer den Montmartre besiedelt hatten, erkannten Antiken-Fans bereits im 18. Jahrhundert, als Europa vom Pompeji-Fieber gepackt war. Sie stießen auf Ruinen einer 600 Quadratmeter großen Villa mit Wasserleitung und Warmluftheizung.

Die nächste Siedlungsphase markieren Gräber, trapezförmige merowingische Sarkophage aus gegossenem Gips. Die Toten sind darin mit dem Gesicht nach Osten bestattet, von wo sie nach ihrem Glauben die Wiederkunft Christi zu erwarten hatten.

Spätestens im vierten oder fünften Jahrhundert hatte die Denis-Legende das römische Erbe offenbar verdrängt. Damals schon muß eine Kapelle auf dem Montmartre errichtet worden sein. Säulen im typischen Stil dieser Zeit sind


»Ich trinke Jägermeister, weil mein Mann plötzlich ein wilderer geworden ist.«
Jägermeister
DEUTSCHES ERZEUGNIS
Jägermeister. Einer für alle.

in den mittelalterlichen Bau von Saint-Pierre mit vermauert worden. Und jetzt fanden die Archäologen einen merowingischen Dachtraufenabschluß („Antefix“) mit maskenhaftem Gesicht und Kreuz.

Die bedeutendste Gründung auf dem Hügel ist bereits historisch bezeugt: Ostern 1147 weihte Papst Eugen III. im Beisein des Königspaares und des Kreuzzug-Predigers Bernhard von Clairvaux den Hochaltar in der Abtei eines Benediktinerinnen-Klosters. Diese „Dames de Montmartre“ wichen erst der Französischen Revolution.

Leicht hatten sie es nicht. Im 15. Jahrhundert war die Abtei derart verfallen, daß die Nonnen wegen der Schlamperei mit Exkommunikation bedroht wurden; reuevoll ließen sie schließlich ein spätgotisches Dachgewölbe bauen.

Auf einen verheerenden Brand 1559 folgten die Wirren der Religionskriege. 1590 besetzte die protestantische Armee Heinrichs IV. die Abtei.

Nur die älteren Nonnen, heißt es, gingen noch die Kühe melken. Der Prinz selbst soll die erst 17jährige Äbtissin Claude de Beauvilliers zur Geliebten genommen haben (er wurde dann — „Paris ist eine Messe wert“ — katholisch und König).

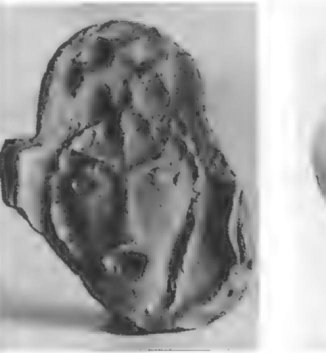
Die Gräber der Nonnen sind, wie sich jetzt zeigte, kunstlos aus Findlingen, Gipsbrocken und sogar alten Knochen gefügt. Viele Grüfte wurden mehrfach belegt, die Gebeine unachtsam durcheinandergeworfen.

In manchen Gräbern des 13. und 14. Jahrhunderts fanden die Archäologen irdene, mutwillig durchlöcherte Krüge mit einem charakteristischen Dekor flammenartiger Streifen. Diese Krüge wurden, wie die Forscher anhand eines zeitgenössischen Reliefs klären konnten, während der Beerdigung als Weihrauchgefäße benutzt.

Nur ein Grab barg persönliche Habe: schlichte Anhänger mit christlichen Motiven aus dem 17. Jahrhundert. Der Gravur nach gehörten sie einer Schwester Marie-Madeleine, die sie offenbar von Wallfahrten mitgebracht hatte.



Saint-Pierre mit Telegraphenturm im 19. Jahrhundert: In der Kirche ...





Merowingische Maske, Weihrauch-Krug



Anhänger der Marie-Madeleine

... ein russischer Backofen: **Grabungsfunde**

Ein Glücksfall für die Benediktinerinnen war, daß sie in dem von Steinbruch-Stollen durchsiebten Montmartre 1611 eine alte Krypta mit Altar entdeckten. Alsbald kamen Pilgerscharen, die hier eine Gebetsstätte der ersten Christen wähnten, und machten die Abtei so reich, daß ein neues Kloster gebaut werden konnte.

Den alten Bau nutzten die Nonnen nur mehr, um Regenwasser zu sammeln. Teile der Zisterne kamen jetzt zutage.

Als die Nationalversammlung 1790 alle Orden verbot, verfielen die Anlagen. Die Revolutionäre änderten sogar den Namen des Hügels, als ihr Anführer Jean Marat von der Royalistin Charlotte Corday erstochen worden war, in Montmarat.

Nur die Bausubstanz der Kirche Saint-Pierre blieb erhalten, hauptsächlich wohl, weil über ihrer Apsis ein Turm mit einem optischen Telegraphen errichtet wurde. Den russischen Truppen, die 1814 Paris besetzten, kam das Gemäuer so profan vor, daß sie darin einen Ofen zum Brotbacken bauten.

Erst im Laufe des vorigen Jahrhunderts wurde der Montmartre, bis dahin von Feldern voller Windmühlen umgeben, zu einem Wahrzeichen der französischen Hauptstadt. Den größten archäologischen Schaden richtete wohl seine Krönung an — als nach dem 70/71er Krieg, mehr dem Erbfeind Deutschland zum Trotz als zum Lobe Gottes, die gewaltige Basilika Sacré Cœur errichtet wurde.

Reiner Gödtel über Maria Erlenberger: „Das Erlernen der Totgeburt“


Gödtel

Das ewige Schlachtfeld Frau

„Das Erlernen der Totgeburt“ ist nach „Der Hunger nach Wahnsinn“ (1977) das zweite Buch von Maria Erlenberger; beides sind Niederschriften, die Erfahrungen an den Grenzen der Schizophrenie festhalten und mitteilen wollen. – Reiner Gödtel, Chefarzt der Frauenklinik in Kusel, hat sich in mehreren wissenschaftlichen Publikationen zu Grenzproblemen zwischen Psychiatrie und Gynäkologie geäußert („Seelischen Störungen im Wochenbett“) und hat als Schriftsteller in seinem Buch „Das linke Auge von Horus dem Mond“ versucht, eine poetische Sprache zur Darstellung der Innenwelt einer Schizophrenen zu finden.

Zutiefst verletzt durch ihre eigene Schulzeit („saure Milch wurde da aufgekocht in den Tintenfässern ... es roch nach Gas, ich kann mir nicht helfen, Graphitgas, Schulgiftgas strömte aus und in mich hinein, und ich war betäubt für mein Leben ...“), beschließt eine junge Mutter, ihr Kind nicht in die „Beschneidungsanstalt“ Schule zu schicken, denn „in der Schule aber, da wird dann das Leben ausgelöst aus den Knochen ...“

Sie will nicht, daß der Sohn in der Frühe aufstehen und zu einer bestimmten Zeit in der Schule sein muß, „und ist er das nicht, dann ist das nicht recht, und es wird dann so vieles nicht recht sein, was in unserem Leben gar keine Bedeutung von Recht oder Unrecht hat“.

In den Bericht über die ersten Versuche bei Schulbehörden und Ministerien wird der Beginn einer traumatischen Schwangerschaft eingeblendet: „Herrgott, ich glaube, ich muß es doch sagen: Ich wollte dieses Fleischstück absolut nicht in meinem Bauch haben. Es war mir störend bis unheimlich, vielleicht war ich auch wütend über dieses Menschenleiden, dieses ewig selbe Leiden, seit es Leben gibt.“

Sie fühlt sich „hineingelegt ... verfrachtet mit allen Menschenhäftlingen“. Das Wesen in ihrem Bauch hätte auch ein Skorpion oder ein Mondmännchen sein können, das als Auswuchs aller Menschentiere erst mal herauskommen, sie auffressen und übertölpeln würde. „Mich will ich erhalten und nicht dich machen ...“

Sie sammelt Totems — Kinderspielsachen —, um das gefürchtete Tabu — die Geburt — zu überstehen, „niemand möchte die Kinder wirklich ausstoßen. Niemand will wirklich gebären“.

An Kafka wird man erinnert durch Sätze wie: „Ich erfülle meine Umwege und könnte doch gleich den allgemeinen Weg gehen.“ Aber kein Weg wird eingehalten: „Mir bleibt manchmal die Sprache weg angehörs der vielen Worte, die so wahnsinnig normal aus den Löchern der Menschen sprudeln.“

Wer ist diese sich selbst entblößende, unter Pseudonym schreibende Autorin Maria Erlenberger, zu der man nur sehr schwer und nur über einen Anwalt Kontakt aufnehmen kann? 1977 veröffentlichte sie den Bericht „Der Hunger nach Wahnsinn“, ein aufsehenerregender Protestschrei der unmittelbar Betroffenen aus einer psychiatrischen Anstalt, für den sie den Bremer Förderpreis für Literatur 1978 erhielt. Gedichte von ihr wurden im „Literaturmagazin 10“ abgedruckt; im März erscheint bei Rowohlt der Band „Ich will schuld sein“.

Maria Erlenberger: „Das Erlernen der Totgeburt“
Roman
Rowohlt Taschenbuch Verlag
Reinbek
480 Seiten
18 Mark

Mit der Diagnose Schizophrenie wurde die heute etwa 35jährige, von ihrem Mann getrennt lebende Maria Erlenberger 1975 aus einer Nervenklinik entlassen. Wortneuschöpfungen wie Bescheidenheitslichter, Gefühlshirnwooge, Warzenkrötenschleicher, Giervertröpfler sowie psychotische Wahrnehmungen wie „Hoffentlich sitzt die Kröte nicht in meiner Achselhöhle“ oder „Ich öffne die Tür, und der Erzengel Gabriel steht mitten im Eingang“, eine ausgeprägte Gedankenflüchtigkeit (die sie sich selbst bescheinigt) und vieles andere lassen vermuten, daß die Ärzte recht hatten. Zwischen Gier und Askese, zwischen Spannung und Entspannung, zwischen Unglück und Glück geht sie ihren Weg „bis zur Sucht nach dem Wahnsinn“.

Die drei beherrschenden Traumen unseres Lebens — Geburt, Tod (den der langsam sterbenden Großmutter) und Kampf mit den staatlichen Instanzen — versucht die Autorin in einem großen Wurf einzufangen. Es ist unendlich viel, was sie darüber zu sagen hat. Nur ein Roman ist das nicht. Es ist wie ihr erstes Buch ein Bericht. Ein den Seelengrund ausleuchtender Tatsachenbericht allerdings. „Es wurde darin überhaupt nichts erfunden“, versichert sie mir. Und das muß man dieser Frau glauben.

„Mir wächst das Leben über den Kopf“, stellt sie resignierend fest. „Auf dieser Welt darf niemand sein, der Freude haben kann, der ohne Sorgen in den Tag hinein leben kann, das ist verboten, das muß weg. Das Glück muß weg, damit es niemand finden kann.“

Die phantastischsten Gedankenblüten stehen neben banalsten Aufzählungen belanglosen alltäglichen Durchschnittlebens. Immer wieder sehen wir diese Frau Luft holen, sich aufbäumen und Anlauf nehmen gegen die Windmühlen der Gesellschaft. Nach jedem Aufprall ein kurzes Schütteln, und wieder probt sie in verschlungenen Sprachgebilden eine neue Möglichkeit des Überlebens.

Oft wird der Text unterbrochen mit einer Anrede an den Leser: „Willst du wissen, wie es ist, schwanger zu sein, dann lese mit mir ein Buch, dieses Buch außer allen anderen und schreibe mit mir. Du tust es jetzt, denn ich würde mich nicht erklären wollen, wüßte ich nicht, daß du es lesen wirst.“ Oder: „Mich kriegst du nicht! Auch nicht, wenn ich mein Buch verkaufen will? Lasse ich mich dann fangen? Werde ich dann freundlicher? Neige ich mich vor meinem Verleger? Krieche ich dann auf dem Boden? Lecke ich ihm die Schuhe? Krieche ich nicht dauernd meinem Leser in die Seele und bitte ihn auf den Knien: Erkenne mich an und empfiehl mich weiter!“

An Weihnachten sucht sie im Fernseher nach den Ostereiern vom vorigen Jahr und läßt sich glauben machen,

daß der Kardinal einen Büstenhalter und rosaroten Strumpfbandgürtel trägt. Mit der Kirche steht sie auf Kriegsfuß. „Das Gehör des Kardinals muß irgendwie gestört sein für die Lebenslaute dieses Daseins. Es ist sicher wegen der Scham in der Gehörschnecke. Ich habe meine Scham zwischen den Beinen. Und dieser Mann sollte sie im Ohr haben?“

Dem Vatikan empfiehlt sie einen „neuen Werbechef, einen, der wieder einmal sein ganzes Leben für nichts hinhält, denn sie können ihn bei ihrem derzeitigen spirituellen Defizit nicht mehr bezahlen. Wer läßt sich schon aufnageln, wenn der Lohn erst nächste Ostern ausbezahlt werden kann. Sie brauchen unbedingt einen neuen, moderneren, und wie sollten sie dazu kommen, wenn es jeder kleinen Menschensau erlaubt sein darf, ihren Wurf abzutreiben, so einfach, wie sie es bestimmt“.

Und der Staat? „Der Staat braucht Lebende, um sie zu begraben, aber keine durchsichtigen Lebensverächter.“

Raffinierte, oft schwülstige Formeln, bombastische Flüge ins „innere All“, eingeschobene Sprüche wie „Freiheit ist nichts — frei werden ist alles“ oder „Liebe kann man nur machen, sie nicht ausdenken“ können darüber hinwegtäuschen, daß sie spürt, wie sie sich an ihrem Kind schuldig macht, wenn sie es die „alten Zeichen“ lehrt. „Ich lasse ihm wenig Chancen, für sich selbst Neues zu finden.“

Die penetrant ausführliche Beschreibung des Inhalts unübersehbarer Schubladen, in denen die langsam verendende Oma Krimskrams in ihrem Vorsorgewahn gestapelt hat: so ausführlich kleinlich, daß es schon fast weh tut, nicht nur langweilt. Das Blut in der Unterhose, die kalten Todesnächte erspart sie uns nicht.

Sie lehrt uns das Grausen, wollüstig, zungenhaft, „so eine Ausgeburt der Hölle, so ein listiges Ahnen, daß ich als Mensch den Teufel verführen könnte mit einer blutigen Scheide, daß die Vernunftsgöttin wedelnd mit Eitertropfen aus dem gedunsenen Mund ihre Krinolinen lüftet und einen rotglühenden Pavianhintern zeigt, den sie in einem Topf von bereits faulenden Nachgeburten und Fehlgeburten reibt, und vor Lust baumelt ihr eine lange Klitoris zwischen den fetten Schenkeln“.

Die pingelige Genauigkeit im Beschreibungsstil trägt allerdings reiche Früchte, wenn sie die „merkwürdige Verschiebung in der Wichtigkeit von Ereignissen“ im Leben der Oma beschreibt. Vielleicht hat ihre Großmutter sie nicht mehr geliebt als andere Enkelkinder, aber sie ist erschütterbar bis in die letzten Kammern ihres Gehirns. Ich habe nie eindringlichere Schilderungen vom Aufgebrauchtwerden des alternden Lebens durch den stetig tropfenden Tod gelesen.

Bestseller

BELLETRISTIK

1	**Kishon: Paradies neu zu vermieten** Langen-Müller; 24,80 Mark	(1)
2	**Forsyth: Des Teufels Alternative** Piper; 34 Mark	(2)
3	**Tolkien: Der Herr der Ringe** Klett-Cotta; 39,80 Mark	(3)
4	**Bredow: Kartoffeln mit Stippe** Scherz; 26 Mark	(5)
5	**Hailey: Hochspannung** Ullstein; 36 Mark	(6)
6	**Konsalik: Sie waren Zehn** C. Bertelsmann; 34 Mark	(7)
7	**Paretti: Maria Canossa** Droemer; 29,80 Mark	(8)
8	**Bombeck: Wenn meine Welt voll Kirschen ist** Lübbe; 26,80 Mark	
9	**Böll: Fürsorgliche Belagerung** Kiepenheuer & Witsch; 34 Mark	(9)
10	**Kaye: Palast der Winde** Krüger; 38 Mark	

SACHBÜCHER

1	**Christiane F.: Wir Kinder vom Bahnhof Zoo** Stern-Buch; 18 Mark	(1)
2	**Wallraff: Zeugen der Anklage** Kiepenheuer & Witsch; 16,80 Mark	(3)
3	**Schmid: Erinnerungen** Scherz; 45 Mark	(2)
4	**Haffner: Anmerkungen zu Hitler** Kindler; 16,80 Mark	(5)
5	**Kissinger: Memoiren** C. Bertelsmann; 56 Mark	(4)
6	**Scholl-Latour: Der Tod im Reisfeld** DVA; 32 Mark	
7	**Fischer-Fabian: Preußens Gloria** Droemer; 34 Mark	(6)
8	**Engelmann: Wie wir wurden, was wir sind** C. Bertelsmann; 36 Mark	(8)
9	**Ehlebracht: Haltet die Pyramiden fest!** Econ; 34 Mark	
10	**Messner: Alleingang** BLV; 32 Mark	(9)

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt v

Taschenbuch-Bestseller

ERSTAUSGABEN

1	**Fischer-Weltalmanach '80** Fischer; 9,80 Mark	(1)
2	**Papa, Charly hat gesagt . . . (Band 3)** Rowohlt; 3,80 Mark	(3)
3	**Brede: Lohnsteuerberater 1980** Heyne; 4,80 Mark	(2)
4	**Lassig: So spart man Lohnsteuer / 1980** Goldmann; 4,80 Mark	(7)
5	**Konsalik: Liebe läßt alle Blumen blühen** Bastei; 5,80 Mark	(8)
6	**Brede: Einkommensteuerberater 1980** Heyne; 4,80 Mark	(6)
7	**Knaurs Weltspiegel '80** Knaur; 9,80 Mark	(5)
8	**Konsalik: Niemand lebt von seinen Träumen** Heyne; 4,80 Mark	
9	**Konsalik: Der Fluch der grünen Steine** Goldmann; 5,80 Mark	
10	**dtv-Atlas zur Biologie (Band 2)** dtv; 11,80 Mark	

LIZENZAUSGABEN

1	**Fynn: Hallo Mister Gott, hier spricht Anna** Fischer; 3,80 Mark	(1)
2	**Fromm: Kunst des Liebens** Ullstein; 3,80 Mark	(2)
3	**Kempowski: Tadellöser & Wolff** dtv/Goldmann; je 9,80 Mark	
4	**Fromm: Haben oder Sein** dtv; 6,80 Mark	(4)
5	**Tolkien: Der kleine Hobbit** dtv; 6,80 Mark	(5)
6	**Orwell: 1984** Ullstein; 7,80 Mark	
7	**Konsalik: Das Doppelspiel** Heyne; 6,80 Mark	(10)
8	**Frank: Das Tagebuch der Anne Frank** Fischer; 4,80 Mark	
9	**Kempowski: Ein Kapitel für sich** dtv; 7,80 Mark	(9)
10	**Bettelheim: Kinder brauchen Märchen** dtv; 9,80 Mark	(10)

achmagazin „Buchreport".

Sie werde ihre Gefühle einmal überreiten, diese verdammten Hindernisse des Gewissens hinter sich lassen, sagt sie zwar, tut es aber Gott sei Dank nicht.

Provozierende Sätze wie „Jede Mutter will mit ihrem Kind ficken" stehen sicher nicht billiger Effekte wegen da, sondern sind Stationen auf dem das ganze Buch durchziehenden Reflexionsprozeß: Wozu leben, wozu sterben, wozu schreiben? „Würde ich immer tun, was ich mir erträumte, so würde ich kein Lappen sein, der lustige Geschichten zu erzählen hätte."

Schreiben als Therapie?

Sie vermarktet ihre Innerlichkeit, vor der ihr graut und die sie entfremdet. „Ich entferne sie von mir, die Warzen der Wahrhaftigkeit." „Das Schlachtfeld Frau — eine einzige Wunde für immer?" Ein Schlachtfeld das ganze Buch.

SCHRIFTSTELLER

Narren aus der Zelle

Peter-Paul Zahl – seit über sieben Jahren in Haft – erhielt den Bremer Förderpreis für Literatur. Zur Verleihung bekam er Ausgang.

Bremens allzeit bereiter CDU-Vorsitzender Bernd Neumann, der schon Erich-Fried-Gedichte „lieber verbrannt sehen" wollte, erblickte einen „Skandal höchsten Ausmaßes": Den Bremer Förderpreis für Literatur erhalte in diesem Jahr ein „geistiger Wegbereiter des Terrorismus" und das noch für ein Buch, das „Anleitungen zu kriminellen Handlungen" enthalte. Die Bürgerschaft, forderte er, habe sich von der Preisvergabe zu distanzieren.

Unglaubliches war geschehen: Die unabhängige Jury der Rudolf-Alexander-Schröder-Stiftung (Mitglieder unter anderen: Walter Kempowski, Heinar Kipphardt, Alexander Kluge, Uwe Timm) hatte beschlossen, Peter-Paul Zahl für seinen Schelmenroman „Die Glücklichen"* zu ehren — mit 5000 Mark aus der Stadtkasse.

Und der zu allem Überdruß der Tageszeitung „Die Welt" noch „gutgenährte Knastologe" durfte zur Preisverleihung gar seine Zelle verlassen und in Bremen persönlich erscheinen.

Der kulturpolitische Eklat — wer ehrt schon einen „Verbrecher" — reichte zum Rufmord. Zahl gehöre „zum Kern der Anarcho-Szene", wetterte CDU-Neumann, selbst der neue Roman lasse Buße und Besserung nicht erkennen.

Die Literatur-Stiftung hatte zweifellos einem delikaten Epos hanseatischen Segen gegeben: Zahl, durch eine Schießerei mit Polizisten und die folgenden

* Peter-Paul Zahl: „Die Glücklichen". Rotbuch Verlag, Berlin 1979; 528 Seiten, 28 Mark.

Urteile berühmt geworden (siehe Seite 80), beschreibt in „Die Glücklichen" ein liebenswürdiges Berliner Ganoven-Quintett. Seine Figuren aus dem Kreuzberger Milieu knacken Autos, klauen Geld, brechen bei hohen Herren ein und schrecken selbst vor einem Brandanschlag nicht zurück. Doch des Knastschreibers Sympathie gilt eindeutig nicht den Geschädigten, sondern den Akteuren, 500 Seiten lang, ohne Kompromiß.

Zahl hat sich im Laufe von nun über sieben Jahren Haft nicht beugen lassen. Er ist Linker geblieben, Kritiker. Daß er nicht zum Renegaten wurde, hat ihm aber nicht nur ständigen Argwohn der Düsseldorfer Justiz eingetragen, sondern in der liberalen Presse auch einen guten Ruf als politischer Essayist und Lyriker. Mit „Die Glücklichen" avancierte er nun sogar zum Chronisten der Gegenkultur. Er hatte damit mehr Glück als mit dem Roh-Text „Isolation", den das Gericht 1974 ohne einsehbaren Grund als gefährlich für „Sicherheit und Ordnung der Anstalt" einstufte und lange unter Verschluß hielt.

„Die Glücklichen" — Ergebnis sechsjähriger Straf-Arbeit — durften ungehindert erscheinen. Es geht um die Einbrecher-Familie Hemmers — Mutter und drei Söhne —, die die Fabrikarbeit, den Fließbandstreß, das Märkische Viertel für mörderisch hält. Um der seelenvernichtenden Eintönigkeit zu entgehen, gaunert sie sich ihren Lebensunterhalt zusammen.

Jörg Hemmers, der Jüngste der Familie und Hauptfigur des Romans, ist zudem ein politisch wacher Kopf: Die Einsicht in den Klassencharakter der Gesellschaft verscheucht ihm jedweden Gewissensbiß. Seine Freundin Ilona macht er im Lauf des Buches von einer heroinsüchtigen Hure zur aufgeklärten Kriminellen — ihren Werdegang beschreibt Zahl als beispielhafte Karriere:

> Kurz und gut, Ilona B. beschloß, den ehrenwerten Beruf einer Einsteigdiebin, der Schränkerin, wie sie auch sagten, von der Pike auf zu lernen, und diese Ausbildung mit der in gesellschaftsbezogener Theorie zu verknüpfen.

Der Roman spielt Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre, die Berliner politische Szene ist in Aufruhr. Zahl selber taucht namentlich im Buch auf — als linker Drucker, der er damals war. Wegen einer Aktion der „Glücklichen" gerät er in unglückseligen Kontakt mit der Polizei.

1971 tauchte er ab in die „Grauzone" des politischen Lebens. Und so sind „Die Glücklichen" wohl auch literarische Idealtypen jener politischen Halbwelt, in der Zahl bis zu seiner Verhaftung 1972 lebte.

Er schildert diese Zeit fast ohne Bitterkeit: „Es gibt den Suff, und die Welt riecht nach Äpfeln." Seine kriminellen Akteure sind verblüffend zärtlich zueinander. Sie haben Familiensinn wie die besten Familien nicht, ihr subkulturelles Milieu ist ein Idyll mit unverkennbar bürgerlichen Zügen: Jörg gilt als guter Koch und hat Bildung, sie leben gern in Häusern mit Stuck, schwärmen vom Urlaub oder gar vom Leben in Spanien. Sie haben Sinn für Philosophie und Handwerk. Fast brave Kinder also.

Zahl wollte aus der Zelle heraus Narren beschreiben. Sinnbilder vom anderen Leben, vom anderen Menschen zu entwerfen gilt ihm als vornehmste Aufgabe des Knastschreibers. Über Hölderlin schrieb er einmal:

> Der „Irre" in seinem Turm, in seiner Isolation hat mir etwas zu sagen. Er zeigt mir, wie Leben und Kommunikation aussehen könnte. Ein „Irrer" wie Ezra Pound, die Schizos und die Erschlagenen, die Verfolgten und die Rebellen, sie zeigten — wie Lerchen über einem Weizenfeld im Spätsommer — was möglich ist: das Unmögliche.

Zahl wollte in der „deutschen Knastliteratur die subversive und subjektive Seite" herausstellen und den „Knacki" nicht als „Getriebenen" darstellen, „der durch die ungeheuren Räderwerke der Justiz durchgemangelt wird".

Aber sein oppositionelles Helden-Epos geriet ihm eher zur idealisierenden, ausweglosen Burleske. Seine Schelmen gondeln am Schluß in einem Ballon durch die Luft, gen Süden. Das ist schön und farbenprächtig vorstellbar, aber als politische Utopie kaum brauchbar.

Zahl packte so ungefähr alles in diesen Monumental-Roman, was er früher schon in Gedichten und Aufsätzen angeschnitten hatte. Man muß sich in diesem Buch durchkämpfen. Es wirkt wie ein Gestrüpp, kaum durchschaubar für einen, der Zahls Biographie nicht genau kennt.

Hermann Peter Piwitt, der in Bremen die Laudatio auf den Knastschreiber hielt, schrieb in der „Frankfurter Rundschau": „Ab Seite hundert gab ich es auf, in Peter-Paul Zahls 500 Seiten starkem Roman den berühmten roten Faden im Auge zu behalten." Und Fritz J. Raddatz meinte in der „Zeit", das Buch sei „an den Haft-Schäden zerbrochen".

Aber nicht ein möglicherweise mißlungener Roman ist Grund für die Schelte um den Bremer Förderpreis, sondern eine mißliebige „Unperson" (Zahl über Zahl). Unbeirrt vom stichhaltigen Wiederaufnahme-Antrag der Rechtsanwälte, der ebenfalls in Bremen zur Sprache kam, dreschen Rechtspresse und CDU weiter auf Zahl ein.

Der „Weiße Ring", Fernseh-Fahnder Eduard Zimmermanns „Verein zur Unterstützung von Kriminalitätsopfern", monierte Zahls „terroristische und verfassungsfeindliche Ziele" und beschwerte sich in einem offenen Brief bei Bremens Bürgermeister Koschnick. Im nordrhein-westfälischen Landtag zerpflückte die CDU-Opposition „Die Glücklichen".

Auch Schriftstellerkollege und Dorfschullehrer Walter Kempowski distanzierte sich vom Förderpreis — zwölf Tage nach der Verleihung, acht Wochen nach der Nominierung. Bei den Feierlichkeiten in Bremen sah er noch keinen Anlaß, seine Abwesenheit beim einstimmigen Jurybeschluß zu reklamieren. Kniefall vor Springers Feuilletons? ◆



Preisgekrönter Schriftsteller Zahl in Bremen: „Terroristische Ziele"?

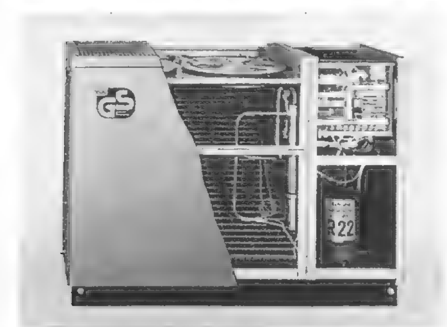
3° Celsius. Und daraus machen wir noch Wärme.

Die bivalente HAPPEL-Wärmepumpe. Damit Sie über 70% Heizöl sparen.

Draußen ist es kühl. 3° Celsius. Sie stellen Ihre Ölheizung hoch und denken an die Kosten.

Sind wir denn so abhängig vom Heizöl? Wir sagen nein, denn mit einer HAPPEL-Wärmepumpe können Sie über 70 % Heizöl sparen. Sie holt die Wärme aus der Luft, die das ganze Jahr von der Sonne aufgeheizt wird. Und das macht Sie unabhängig von den Heizölpreisen.

Happel ist in Europa der größte Hersteller von Wärmepumpen, und hat sich auf praktische Kompaktanlagen für Wohnhäuser spezialisiert.



Mit einer HAPPEL-Wärmepumpe sparen Sie bei einem Heizölpreis von 0,50 DM bis zu 1.245,– DM im Jahr. Bei 0,60 DM bis zu 1.654,– DM.

Sie sind von jedem guten Installateur in wenigen Stunden montiert, unkompliziert in der Bedienung, und ihre Betriebssicherheit wurde ausgezeichnet.

Für eine HAPPEL-Wärmepumpe ist überall Platz. Im Keller, auf dem Dachboden, oder draußen im Garten. Ist sie an den Wasserkreislauf Ihrer Heizungsanlage angeschlossen, sorgt sie sparsam und vollautomatisch für behagliche Wohnwärme.

Sie macht dabei aus einem Kilowatt benötigten Strom wenigstens drei Kilowatt Heizenergie. Die Ersparnis können Sie sich ausrechnen. Bei den heutigen Heizölpreisen haben Sie die Anschaffung in wenigen Jahren wieder raus.

Eine HAPPEL-Wärmepumpe gibt es schon ab 9.000,– DM. Die „Kleine" für Brauchwasser bereits ab 3.700,– DM.

Übrigens: Elektrisch angetriebene bivalente Wärmepumpenanlagen nutzen vorhandene Kraftwerkskapazität.

Schreiben Sie uns, denn auch unser HAPPEL-Service stimmt. Wir nennen Ihnen gerne einen unserer qualifizierten Partner – ganz in Ihrer Nähe.

Schicken Sie mir genaue Informationen.

Name ____________________

Straße ____________________

PLZ/Ort ____________________

Telefon ____________________

Hauseigentümer ☐ Bauherr ☐ Architekt ☐
Heizungsfirma ☐ Ingenieurbüro ☐ (Bitte ankreuzen)

HAPPEL
GEA
ENERGIESPARTECHNIK

Happel GmbH & Co.,
Postfach 2880, D-4690 Herne 2
Telefon 0 23 25/4 81 · Telex 08-20312

GEA Wärmetauscher Happel KG,
A-4673 Gaspoltshofen OÖ Tel. 0 77 35/2 86

LIFE/Sp. I/80

Wir machen mehr aus Energie.





Brasch-Stück „Lieber Georg" in Bochum: Ein expressionistisc





yriker auf der Schlittschuhbahn

Heym ins Eis

Den expressionistischen Dichter Georg Heym, der 1912 beim Eislaufen auf der Havel vierundzwanzigjährig ertrank, behandelt Thomas Brasch in seiner collagenhaften Szenenfolge „Lieber Georg" — der Text des in West-Berlin lebenden DDR-Schriftstellers wurde jetzt in Bochum uraufgeführt. Die DDR-Regisseure Manfred Karge und Matthias Langhoff haben das Stück, das ein wenig Selbstporträt und ein wenig Symbolbild eines in der Vorkriegskälte ertrinkenden Genies ist, als Schlittschuhlauf auf eine Kunsteisbahn aus Plastik verlegt. In einem gammeligen Glaspalast, den Traum- und Wunsch- und Angstvisionen des vater- und sprechgeschädigten Lyrikers bevölkern, spielt Karge selbst den Dichter Heym — eine eckig gelenkige Provinzgestalt, deren schwerer Körper nicht nur beim Eislaufen ins lyrische Schweben gerät. Das poesiealbenhaft blaß-zarte Stück wird von den Regiekünsten zu wirksam eindringlichen Szenen aufpoliert: Auf der Kunsteisfläche tummeln sich durchsichtig gewandete Krankenschwestern, zu Chinesen maskierte Schüler und trainierende Boxer am Punching-Ball — das ganze Phantasiespektakel wird von einer Bergmannskapelle umrahmt und von dem Dauerklavierspieler Erwin Bootz („Comedian Harmonists") nostalgisch-ironisch klimpernd begleitet. Das Wilhelminische Deutschland, der Erziehungsdrill, die Furcht vor der Sexualität werden stärker durch die Atmosphäre der Inszenierung als durch den Text beschworen.

TRANSSEXUELLE

Leidvoller Zwang

Transsexuelle sollen in Zukunft auch in ihren Personalpapieren das verhaßte Geschlecht abstreifen können. Über ein entsprechendes Gesetz berät der Bonner Innenausschuß in dieser Woche.

Es ist nur eine kleine, in ihrem Fühlen radikale Minderheit, um deren Schicksal sich der Innenausschuß des Bonner Bundestages in dieser Woche kümmert. Betroffen sind zwischen 3000 und 5000 Menschen in der Bundesrepublik.

Das Gesetz, das die Ausschußabgeordneten besprechen wollen und das noch in dieser Legislaturperiode über die Bonner Bühne soll, zielt auf eine Änderung des Personenstandsrechts: Transsexuelle — Männer und Frauen, die sich durch eine Übellaune der Natur im Körper des falschen Geschlechts gefangen fühlen — sollen die Möglichkeit erhalten, auf Antrag ihre Papiere ändern zu lassen, vom Geburtenbuch über Schulzeugnisse, Personalausweis und Führerschein. Niemand würde hinterher erfahren, daß Christian vorher einmal Christiane, oder daß Renate früher ein Richard war.

„Freunde, wir sollten diesen Menschen helfen!“ Mit diesem dramatischen Ausruf hatte der Hamburger SPD-Abgeordnete Rolf Meinecke seinen Appell beendet, als das neue Gesetz Ende Juni letzten Jahres in erster Lesung im Bundestag behandelt wurde.





Transsexuelle Jan Morris vor, nach Umwandlung: Durch eine üble Laune der Natur ...



... im falschen Körper gefangen: **Transsexuelle Christine Jörgensen**

Die CDU/CSU-Opposition hat keine prinzipiellen Einwände gegen das Vorhaben. Aber umstritten sind noch gesetzestechnische Details, so die Frage, ob mit der rechtlichen Änderung des Geschlechts eine bis dahin bestehende Ehe gleichfalls automatisch aufgelöst wird oder nicht.

Unionspolitiker haben auch noch Bedenken gegen die im Gesetz als Wahlmöglichkeit vorgesehene „kleine Lösung“: Ein Transsexueller, so der Regierungsentwurf, sollte die Möglichkeit haben, im anderen Geschlecht zu leben, auch ohne daß der Wechsel durch chirurgischen Eingriff schon unwiderruflich besiegelt wäre. Kommt die „kleine Lösung“ durch, könnte sich Christiane, wenn sie etwa in der neuen Rolle noch schlechter zurechtkäme als in der alten, wieder in Christian zurückverwandeln.

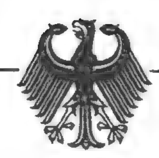
Das Bonner Transsexuellengesetz würde Rechtsgrundlagen schaffen, wo bisher allenfalls der einzelne Transsexuelle sich auf dem Klageweg und unter Berufung auf positive Gerichtsentscheidungen durchsetzen konnte. In anderen Ländern sind die Betroffenen noch schlechter dran: In Großbritannien beispielsweise ist die Personenstandsänderung nicht statthaft, in Frankreich noch nicht einmal die Operation selbst; in den USA gibt es unterschiedliche Handhabung in den verschiedenen Bundesstaaten, in Argentinien wurden sogar zwei Ärzte, die Geschlechtsumwandlungen ausgeführt hatten, wegen schwerer Körperverletzung verurteilt.

Schon 1974 war die „Deutsche Gesellschaft für Sexualforschung“ für eine gesetzliche Regelung eingetreten: Den Sexualmedizinern in den Instituten offenbaren sich die Betroffenen mit ihren Leiden und Nöten am drängendsten. Mit der Zahl der Berichte über Geschlechtsumwandlungen wuchs auch die Zahl der Patienten, die sich als Transsexuelle erkannten und ärztliche Hilfe suchten.

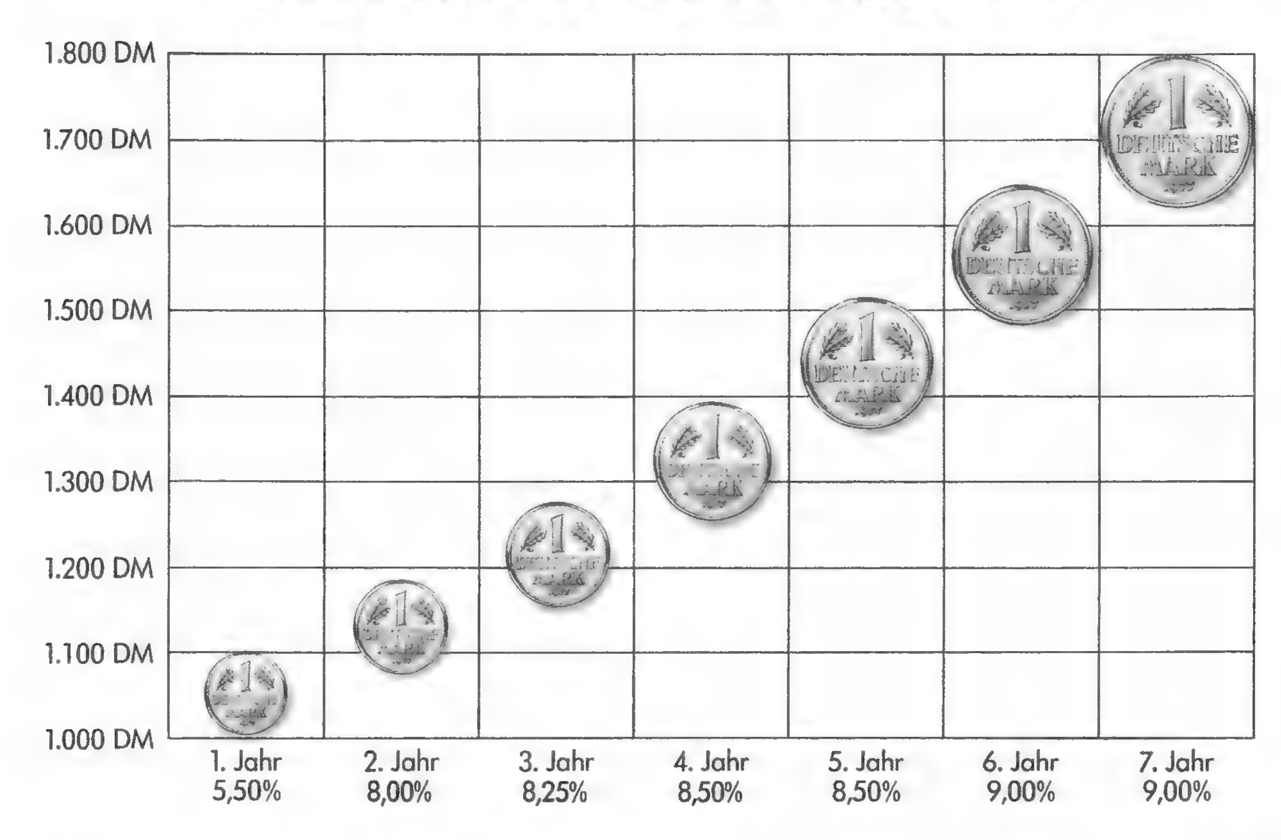
Der erste Fall, der weltweit Schlagzeilen machte, war „die Wandlung eines Ex-Soldaten zur schicken Blondine“, wie 1952 die „New York Daily News“ ihren Bericht über Christine Jörgensen überschrieb. Die Operation war in Kopenhagen ausgeführt worden.

Später wurde die Klinik des französischen Gynäkologen Georges Burou in Casablanca für solche Eingriffe bekannt. Mehr als 1000 Transsexuelle, darunter auch der englische Journalist James — heute Jan — Morris (SPIEGEL 21/1974), wurden dort operiert.

Doch mittlerweile wird die Operation an vielen Uni-Kliniken unternommen. In Amerika, wo auch Privatkliniken an dem Geschäft beteiligt sind, ist



Bundesschatzbriefe. So steigt Ihr Zinsertrag planmäßig von 5,50% auf 9,00%.



Bei Bundesschatzbriefen steigt der Zinsertrag planmäßig Jahr für Jahr von 5,50% auf 9,00%.

So werden bei Bundesschatzbriefen Typ B durch Zinsansammlung aus 1.000 DM in 7 Jahren 1.725 DM. Das ergibt – berechnet auf die gesamte Laufzeit – eine jährliche Rendite von 8,10%. Der Typ A wirft nach einer Laufzeit von 6 Jahren bei jährlicher Zinsauszahlung eine Rendite von 7,83% pro Jahr ab.

Und wenn Sie vorzeitig Bargeld brauchen sollten, können Sie Ihre Bundesschatzbriefe bereits ab dem 2. Februar 1981 ohne jedes Kursrisiko täglich wieder zurückgeben; bis zu 10.000 DM innerhalb von 30 Zinstagen; zu 100% plus Zinsen.

Bundesschatzbriefe gibt es spesenfrei ab 50 DM bei allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken (Haupt- und Zweigstellen der Deutschen Bundesbank).

Über weitere Einzelheiten informieren Sie die Kreditinstitute aufgrund der ausführlichen Emissionsbedingungen oder der Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 2328, 6000 Frankfurt 1, Telefon (0611) 285474.

**Bundesschatzbriefe.
Besitz, der sicher wächst.
Bargeld, wenn man's braucht.**

Das Videoband vom Erfinder des VHS-Systems, das Ihre Video-Programme zum Erlebnis macht.

JVC bietet handliche, kompakte VHS-Video-Kassetten mitoptimalen Bandlängen für 1/2, 1, 2 und 3 Stunden Spieldauer. Die für jeden VHS-Videorekorder mit gleicher Fernsehnorm, hervorragend geeigneten Kassetten unterliegen ebenso wie alle anderen JVC-VHS-Videoprodukte einer äußerst strengen Qualitätskontrolle.



JVC

DAS OFFIZIELLE
HEIM-VIDEOSYSTEM
DER OLYMPISCHEN
WINTERSPIELE 1980

JVC Deutschland GmbH, Frankfurter Straße 13-15, Postfach 5404, 6236 Eschborn/Ts., Telefon 06196/44097-98

das Ganze, wie kürzlich das Magazin „Psychology Today“ schrieb, schon „zu einer Zehn-Millionen-Dollar-Wachstumsindustrie“ geworden.

In Deutschland müssen Transsexuelle, die auf die erlösende Operation hoffen, zuvor über hohe Hürden: Ärzte und Psychologen geben die Empfehlung zu einem chirurgischen Eingriff nur zögernd und nach langer psychologischer und medikamentöser Vorbereitung. Zwei bis drei Jahre lang wird beobachtet, mit Hormonen behandelt und der Versuch einer psychotherapeutischen Lösung des Problems unternommen — all das, um zu vermeiden, daß die irreversible Operation am Ende doch das Falsche hervorbringt.

Indikationen für eine Geschlechtsumwandlung stellen Sexualmediziner in München, Gießen, Frankfurt, Freiburg, Hannover, Hamburg und Kiel, 170 Fälle von Transsexualismus betreuen allein die Hamburger in ihrem Institut. Meist sind es Menschen im dritten oder vierten Lebensjahrzehnt, die sich melden; aber auch eine 14jährige und eine Patientin Mitte 60 waren dabei. In 30 Fällen, so die Hamburger Statistik, wurden Männer operativ zu Frauen, in 20 Fällen Frauen zu Männern umgewandelt. Eine Patientin wird seit mehr als 20 Jahren „nachbeobachtet“; sie ist Vater von vier Söhnen, suchte mit 60 um den Eingriff nach, und nun ist die alte Dame schon über 80.

„Exotisch, eine Herausforderung (für die ärztliche Kunst) und, verglichen mit üblichem chirurgischem Tun, noch weit blutiger“, so umschrieb es „Psychology Today“, seien die Techniken der Operateure bei einer Geschlechtsumwandlung. Was den Effekt anlangt, wurden sie seit 1952 beträchtlich verbessert, vor allem die Umwandlung vom Mann zur Frau.

Falls die hormonelle Vorbehandlung nicht genügend gebracht hat, formen die Chirurgen durch Silikon-Implantate weibliche Brüste. Penis und Hoden werden entfernt; die empfindsamen Hautlappen von dort werden benutzt, um ein weibliches Sexual-Organ nachzubilden, einschließlich einer „Pseudo-Klitoris“ anstelle des Penis. Auch die Harnröhrenöffnung wird, entsprechend dem natürlichen Vorbild, nach innen verlegt. Die Ergebnisse, so der amerikanische Wissenschaftsautor Dodi Schultz, „sind äußerlich annehmbar und oft auch sexuell funktionstüchtig“: etwa 95 Prozent der zu Frauen Umgewandelten seien orgasmusfähig.

Bei der Umwandlung von der Frau zum Mann hingegen, so der Münchner Chirurg Edgar Biemer vor dem letztjährigen Chirurgen-Kongreß, sei die operative Behandlung „wesentlich komplizierter ... und in weiten Teilen noch nicht gelöst“. Insbesondere seien die Versuche, aus körpereigenem Gewebe einen Phallus nachzubilden, „noch weit davon entfernt, befriedigende Resultate zu liefern“.

Eine Pionierrolle bei der Behandlung und Operation von Transsexuellen spielte in den Vereinigten Staaten das Johns Hopkins Hospital in Baltimore (US-Staat Maryland). Es war die erste angesehene US-Klinik, die sich — 1966 — der komplizierten Operation, bis dahin eine Domäne von mehr oder minder exotischen Privatkliniken, annahm.



Transsexueller Richards vor Umwandlung
Aus dem Tennisgegner ...

Um so mehr Aufsehen erregte es, als im Sommer letzten Jahres das Johns Hopkins Hospital bekanntgab, operative Geschlechtsumwandlungen bei Transsexuellen würden vorerst an dieser Klinik nicht mehr vorgenommen.

Die Klinik-Leitung stützte sich bei diesem Votum vor allem auf eine Untersuchung des Psychiaters Jon K. Meyer, der von Anfang an am Transsexuellen-Programm der Klinik beteiligt gewesen war.

Meyer hatte insgesamt 50 Transsexuelle danach beurteilt, ob eine durch operativen Eingriff besiegelte Geschlechtsumwandlung die soziale Eingliederung der Patienten gefördert hatte oder nicht. Als Maßstab dafür dienten ihm unter anderem Erhebungen über die Lebensbereiche „Konflikt mit dem Gesetz“, „berufliche Eingliederung“, „sexuelle Befriedigung“ und „psychiatrische Behandlungsbedürftigkeit“.

15 der drei Jahre lang nachbeobachteten Patienten waren in der Hopkins-Klinik operiert worden, 14 hatten sich (nachdem Hopkins ihnen den Eingriff verweigert hatte) anderwärts operieren lassen. 21 waren ohne Operation geblieben, also nur psychotherapeutisch und allenfalls mit Hormonpräparaten behandelt worden.

Das Ergebnis der — inzwischen heftig umstrittenen — Studie: Alle drei Gruppen hatten von der Behandlung profitiert, die auswärts Operierten freilich am wenigsten. Vor allem aber: Zwischen den in der Klinik Operierten und den Nicht-Operierten zeigten sich keine nennenswerten Unterschiede. Meyers Fazit: Die schwerwiegende Operation sei mithin nur „eine kosmetische Prozedur. Sie hilft nicht gegen eine im Grunde psychiatrische Störung. Es läßt sich nicht feststellen, daß sie dem Patienten bei der sozialen Eingliederung nützt“.

Mit dem Vorwurf, die Studie sei nicht ausreichend fundiert, distanzierten sich zahlreiche Chirurgen, Psychiater und Sexualforscher von dem Warnruf der Johns-Hopkins-Ärzte. An amerikanischen wie deutschen Kliniken wird vorerst weiter operiert. Im Mai dieses Jahres soll ein Sonderkomitee der Amerikanischen Psychiatrischen Gesellschaft nun erneut Vorzüge und Nachteile der chirurgischen und psychotherapeutischen Behandlung Transsexueller abwägen.

Das wird nicht einfach sein. Zumeist ist die Aussage des Transsexuellen, er



Renee Richards nach Umwandlung
... wurde eine Gegnerin

fühle sich nach der Operation „glücklich“, das einzige Kriterium, um den Nutzen des chirurgischen Eingriffs zu beurteilen. Und häufig sind es die operierenden Ärzte selber, die hernach über Erfolg oder Mißerfolg befinden.

So erklärte beispielsweise Norman Fisk, Psychiater an der Stanford University in Kalifornien, allen von ihm betreuten 170 Transsexuellen ginge es „sechs bis acht Jahre nach der Operation in gefühlsmäßiger und psychosozialer Hinsicht besser als dem Durchschnitt der Bevölkerung“; sämtliche Patienten seien auch nach der Operation orgasmusfähig — Angaben, die eher zweifelhaft erscheinen.

Transsexualität sei „differential-diagnostisch eindeutig zu bestimmen“, erklärten die deutschen Sexualforscher Volkmar Sigusch und Helmut Kentler im Blick auf die Bonner Gesetzesinitiative. Freilich: Meßbare Indizien, etwa aufgrund hormoneller oder genetischer Untersuchungen, gibt es nicht.

In der Definition lassen sich Transsexuelle eindeutig abgrenzen etwa gegen Transvestiten oder auch Homosexuelle. Der Transvestit akzeptiert sein angeborenes Geschlecht und empfindet sexuelle Lust, wenn er (etwa durch Verkleidung) in die Rolle des anderen Geschlechts schlüpft; auch der durch Hormonspritzen oder chirurgisch hergestellte Busen gehört dann zur Verkleidung.

Beim Transsexuellen hingegen ist das (oft schon im dritten Lebensjahr erwachende) Bewußtsein, im Körper des falschen Geschlechts zu stecken, so übermäßig, daß der Wunsch nach einer Geschlechtsumwandlung oft zur zwanghaften Idee wird.

Häufig ist *eine* Operation noch nicht genug. Der Patient legt sich wieder und wieder unter das Skalpell, um auch die letzten Reste des verhaßten Fehl-Geschlechts noch loszuwerden. Sechsmal, so der amerikanische Psychiater Vamik D. Volkan, habe sich einer seiner Patienten (Umwandlung zur Frau) operieren lassen, einschließlich Verkleinerung des Adamsapfels und Verschönerung des Wadenschwunges.

Ob die Operation die Probleme des Transsexuellen lösen kann, bleibt vorerst zweifelhaft (siehe den nachfolgenden Beitrag). In nicht wenigen Fällen, so Psychiater Volkan, bewirke sie wohl nicht mehr als das Aspirin gegen schwere Kopfschmerzen: „Die Kopfschmerzen werden wiederkehren, denn nur das Symptom und nicht die Ursache ist ‚behandelt‘ worden.“

Solche Zweifel spielten mit, als westdeutsche Sexualforscher den Politikern in Bonn die Aufnahme der „kleinen Lösung“ in das geplante Transsexuellen-Gesetz empfahlen.

Die „große Lösung“ — über die es kaum noch Differenzen gibt — sieht vor, daß der/die Antragsteller(in)

▷ seit mindestens drei Jahren unter dem Zwang stehen muß, in der seinem körperlichen Geschlecht entgegengesetzten sozialen Rolle zu leben, und

▷ sich einem operativen Eingriff unterzogen haben muß, „durch den eine deutliche Annäherung an das Erscheinungsbild des anderen Geschlechts erreicht worden ist“.

Unter diesen Voraussetzungen, und nach Vorlage von zwei fachlichen Gutachten, kann das zuständige Amtsgericht die Personenstandsänderung vornehmen.

Nur den Vornamen zu ändern — also gleichzeitig ein Leben auf Probe im ersehnten Geschlecht —, würde jener Teil des Gesetzes erlauben, der als „kleine Lösung“ bezeichnet wird.

Die Vornamensänderung soll auch möglich sein, wenn die Altersgrenze von 25 Jahren — Voraussetzung bei der „großen Lösung“ — noch nicht erreicht ist.

Eine solche „leichtgemachte“, aber eben auch rückgängig zu machende Änderung der Geschlechterrolle könnte nach Meinung der CDU „transsexuelle Neigungen fördern ..., den Umstieg zum Gegengeschlecht erleichtern“ und „zu einer Gefährdung einer großen Zahl anderer Personen führen“ — so der Wiesbadener CDU-Abgeordnete Hans-Joachim Jentsch vor dem Bundestag.

Diese Äußerung zeugt von grundlegendem Mißverständnis über die Situation der Betroffenen. Wären Transsexuelle unentschiedene Grenzgänger, die sich durch namensrechtliche Erleichterung ermuntern ließen, so wäre in Japan ihre Zahl wohl Legion. Dort nämlich sind männliche und weibliche Vornamen rechtlich nicht voneinander geschieden.

Skalpell oder Couch?

Probleme der Transsexualität / Von Dr. Friedemann Pfäfflin

Der Autor ist Arzt und wissenschaftlicher Assistent in der Abteilung für Sexualforschung der Psychiatrischen Uni-Klinik in Hamburg-Eppendorf. Als „einer, der die Betroffenen täglich zu behandeln hat“, erwartet er die Bonner Regelungen „mit Ungeduld“.

Ein Mann ist ein Mann. Eine Frau ist eine Frau. Auf dieser fundamentalen Dichotomie basiert unsere gesamte Anthropologie, Rechts- und Gesellschaftsordnung. Ohne Zögern und vor jedem Nachdenken hat man einen Gesprächspartner als Mann oder Frau taxiert. Zweifel gibt es in der Regel nicht; ein Blick, ein Laut, eine Bewegung genügen. Es bedarf keiner Beweise.

Beim Neugeborenen orientiert man sich schnell durch einen Blick zwischen die Beine. Auch in der Behauptung, daß der Unterschied nicht von Gewicht sei, ist die unterschiedliche Bewertung zugegen: ein Junge — ein Mädchen.

Dem Kind mag man allenfalls durchgehen lassen, sich als Neutrum zu bewegen. Die Sprache läßt ihm dazu



Chirurg Burou (mit Ehefrau): Operation, wenn die Kasse stimmt

Spielraum. Zur Entscheidung hat es gewöhnlich jedoch nicht viel Zeit. Die Richtung ist ohnehin vorgeschrieben. Der Körper diktiert.

Mißlaunen und Fehlgriffe der Natur — Zwitter, Intersexe, Hermaphroditen — bringen diese stabile Ordnung ins Wanken. Meist schafft man mit dem Skalpell schnell klare Verhältnisse. In manchen Fällen geht das nicht. Zu gut hat sich die Natur maskiert: Eine körperlich männliche Anlage zum Beispiel (gemessen an Chromosomen und Keimdrüsen) bleibt unentdeckt, weil der Körper auf die von den Keimdrüsen ausgeschütteten männlichen Hormone nicht anspricht. Ein Mädchen wächst heran, doch die Regelblutung bleibt aus. Die medizinische Untersuchung fördert männliche Erbanlagen zutage. Aber das Mädchen hat keinen Zweifel an seiner weiblichen Identität.

Mißgriffe der Medizin sollen auch nicht verschwiegen werden: Bei der Beschneidung mit dem elektrischen Messer wird zu herzhaft vorgegangen. Das Knäblein wird nie mehr ein richtiger Mann werden können. Man beseitigt die restlichen Überhänge und erzieht das Kind als Mädchen. Mit hormoneller Nachhilfe in der Zeit der Pubertät wird es eine stattliche Frau, mit der Einschränkung, daß sie keine Kinder gebären kann.

Was das Geschlecht ausmacht und Geschlechtsunterschiede, hängt nicht nur ab von ein paar Zentimetern mehr oder weniger zwischen den Beinen; einem Zipfel mehr oder weniger an einem Chromosom; einer höheren oder niedrigeren Dosis von männlichen und weiblichen Hormonen im Mutterleib oder im späteren Leben. Gewiß spielen diese körperlichen Faktoren eine Rolle. Doch sie erklären nicht alles.

Die psychische Geburt des Menschen und seine Entwicklung als männliches oder weibliches Wesen ist ein langwieriger Prozeß, der eigentlich erst dann beginnt, wenn die Nabelschnur abgeschnitten ist.

Von Einfluß mag sein, ob die Eltern das Geschlecht des Neugeborenen akzeptieren. Vielleicht haben sie sich statt des Jungen ein Mädchen gewünscht, oder umgekehrt. Von Einfluß ist sicher, ob die Mutter mütterlich ist, der Vater väterlich. Das Kind muß sich identifizieren können und selbstverständlich auch abgrenzen. Es erfährt Gutes und Böses, und es ist kompliziert zu verstehen und zu ertragen, daß beides von einer Person ausgehen kann. Auch in sich selbst muß es beide Pole vereinen lernen.

Eine Frau, ein Mann — das sind Endprodukte einer störanfälligen Entwicklung, bei der körperliche und psychische Faktoren so eng verschachtelt sind, daß man sie kaum voneinander trennen kann. Sicher lassen sich einige wichtige Faktoren isolieren und benennen. So gewiß wir jedoch in der Regel

sagen können: Das ist ein Mann, das ist eine Frau, so bruchstückhaft ist unser Wissen über das, was eigentlich eine Frau und einen Mann ausmacht. Und ohne Zweifel werden jede Zeit und jede Gesellschaft diese Frage jeweils anders beantworten. Bedenkt man die Risiken auf dem Weg, dann kann man sich nur wundern, daß fast jeder Mensch die Zuordnung für sich und meist auch für andere so selbstverständlich treffen kann, gewöhnlich in Übereinstimmung mit den äußeren Geschlechtsorganen.

Transsexuelle können das nicht. Für sie ist klar: Die Natur hat sich geirrt, falsch ist der Körper. Sie sind felsenfest davon überzeugt, dem ihrem Körper entgegengesetzten Geschlecht anzugehören. Für den Außenstehenden jedoch, wenn er es mit Transsexuellen zu tun hat, ist oft die Nicht-Identität deutlicher wahrnehmbar als die Identität.

Anders gesagt: Wenn ein Transsexueller mit Pathos behauptet: „Ich bin eine Frau", dann wird man leicht merken, das ist kein Mann. Das Frau-Sein mag dagegen nicht so überzeugend sein. Diese Beobachtung dem Transsexuellen mitzuteilen, kommt allerdings einem Stich ins Wespennest gleich. Man hat getroffen, die Gegenwehr ist unvermeidlich. Zweifel von anderen sind schwer zu ertragen, wenn man selbst an der Diskrepanz von Körper und Empfinden so schrecklich leidet.

Das Leiden ist nicht wegzudiskutieren. Selbstverstümmelungen kommen vor, Suizidversuche sind häufig, manchmal leider auch erfolgreich. Obwohl sich Transsexuelle nicht als krank verstehen, ist das Verlangen nach Behandlung fast unersättlich. Dem Arzt wird es in Form einer Nötigung entgegengebracht. Da kann man sich schlecht entziehen.

Verlangt werden ausschließlich körperliche Maßnahmen: Entfernung des verhaßten männlichen Geschlechtsteils, manchmal Entfernung des Bartwuchses, der tiefen Stimme, der breiten Schultern. Verlangt wird eine plastisch-chirurgische Scheidenkonstruktion als wichtigstes Glied in der Kette der Maßnahmen. Und Hormonbehandlung sowieso, damit Brüste wachsen. Oder eine Prothesenoperation, die das gleiche Ziel anstrebt.

Die anderen Transsexuellen, die sich als Männer fühlen, lassen sich die Brüste abschneiden, Gebärmutter und Eierstöcke herausnehmen und verlangen die plastisch-chirurgische Konstruktion eines männlichen Geschlechtsteiles. Die Möglichkeiten für den letzten Schritt sind bislang allerdings noch so unbefriedigend, daß man nur abraten kann.

Nicht selten knüpft sich an die Eingriffe die unrealistische Hoffnung, im neuen Geschlecht Gebär- oder Zeugungsfähigkeit zu erlangen.

Die Medizin hat sich entschlossen, diese Eingriffe, soweit möglich, durch-



SPD-Abgeordneter Meinecke
„Freunde, helft!"

zuführen. Ohnehin vorwiegend an einem somatischen Krankheitsbegriff orientiert, hat sie es übernommen, Transsexualität zu definieren: Der Körper ist krank (oder falsch angelegt).

Die allenthalben in der Presse mitgeteilten Fallbeispiele sind unter diesem Gesichtspunkt stromlinienförmig stilisiert. Daran ausgerichtet ist auch meist, was man in der Sprechstunde als Lebensgeschichte zu hören bekommt: Wäre mein Körper nicht, wie er ist, dann wäre die Welt in Ordnung. Individuell biographischer Konfliktstoff kommt nicht zur Sprache — als gemeinsamer Nenner bleiben der körperche Defekt und eine bornierte Umwelt, die nicht anerkennen will, was dem Betroffenen Gewißheit ist.

Als Last und pure Schikane wird empfunden, was in seriöseren Behandlungszentren zur Auflage gemacht wird. Zum Beispiel Anhörung von Eltern oder Angehörigen, Einbeziehung von Lebenspartnern, Psychotherapieversuche mit dem Ziel, Psyche und Körper zu versöhnen. Und die wichtigste Auflage: Der/die Betroffene muß, bevor körperliche Maßnahmen eingeleitet werden, mindestens ein Jahr lang sozial voll integriert in der ersehnten Geschlechterrolle leben und dabei besser zurechtkommen als vorher.

Auch dann wird nicht gleich operiert, sondern erst hormonell behandelt. Die Effekte sind, zumindest anfangs, reversibel. Die Operation tritt, gegenüber der sozialen Integration, in den Hintergrund. Ihre Bedeutung wird relativiert. Sie ist nur der letzte Schritt.

Verständnis für diese Maßnahmen zu wecken ist schwer, oft unmöglich. Leichter ist der Weg nach Casablanca. Sofern man das Geld aufbringen kann. Ohne viel Federlesens wird dort operiert, wenn nur die Kasse stimmt. Und Hormone bekommt man sowieso

leicht, auch hierzulande. Rezeptierung durch Ärzte läßt sich bekanntlich umgehen.

Der Hinweis, daß sich soziale Probleme durch körperliche Eingriffe nicht erledigen, wird vom Tisch gewischt. Oft lassen die Betroffenen als einziges soziales Problem gelten, daß die Operation nicht sofort zu haben ist. Das Problem, so scheint ihnen, ist der Arzt, ist die Medizin. Die Auflagen gelten als Erpressung.

Das Gefühl, erpreßt zu werden, findet sich auf beiden Seiten. Hormonbehandlung auf eigene Faust und Selbstverstümmelung schaffen Fakten. Die lassen sich so wenig bagatellisieren wie



CDU-Abgeordneter Jentsch
Umstieg zu leicht gemacht?

Suiziddrohungen und Suizidversuche. Nach der Operation sind sie überflüssig. Vorgekommen sind sie trotzdem, insbesondere nach der ersten Welle von Operationen in den USA. Die Frage der sozialen Integration vor der Operation wurde damals nicht so streng geprüft. Man hat aber daraus gelernt. Die Auflagen sind schon sinnvoll, nicht einfach Schikane.

Obwohl — das muß eingeräumt werden — manche ihren Weg auch ganz allein finden. Ihnen ist mit der Operation geholfen. Sie brauchen sonst keine Medizin. Ebenso gilt: Trotz aller Diagnostik sind Irrtümer nicht ausgeschlossen. Jedoch sind sogenannte Rückumwandlungsbegehren nach erfolgter Operation extrem selten. Zum Glück. Denn da ist wirklich nichts mehr zu machen. Da hilft auch das Skalpell nicht mehr.

Aber: Hilft es überhaupt? Zweifel sind berechtigt. Es wurde schon gesagt: Psychische Konflikte werden von den Betroffenen verleugnet. Für den Betrachter sind sie in vielen Fällen offenkundig. Nach der Operation erledigen sich manche, bei weitem nicht alle. Zumindest nicht aus der Perspektive des Betrachters.

Schlagzeilen machte kürzlich die Mitteilung, daß am Johns Hopkins Hospital in Baltimore (US-Staat Maryland) keine Operationen in Sachen Transsexualität mehr durchgeführt werden. Das ließ aufhorchen. Schließlich hat diese Klinik als erste Universitätsklinik den Eingriff durchgeführt und ihm das Odium des Unanständigen genommen. Was steckt dahinter?

Die hausinternen Intrigen wurden in den Pressemitteilungen verschwiegen; für die Entscheidung waren sie aber von Gewicht. Offiziell wurde statt dessen auf die Untersuchung des Psychoanalytikers Jon K. Meyer verwiesen (siehe Seite 202).

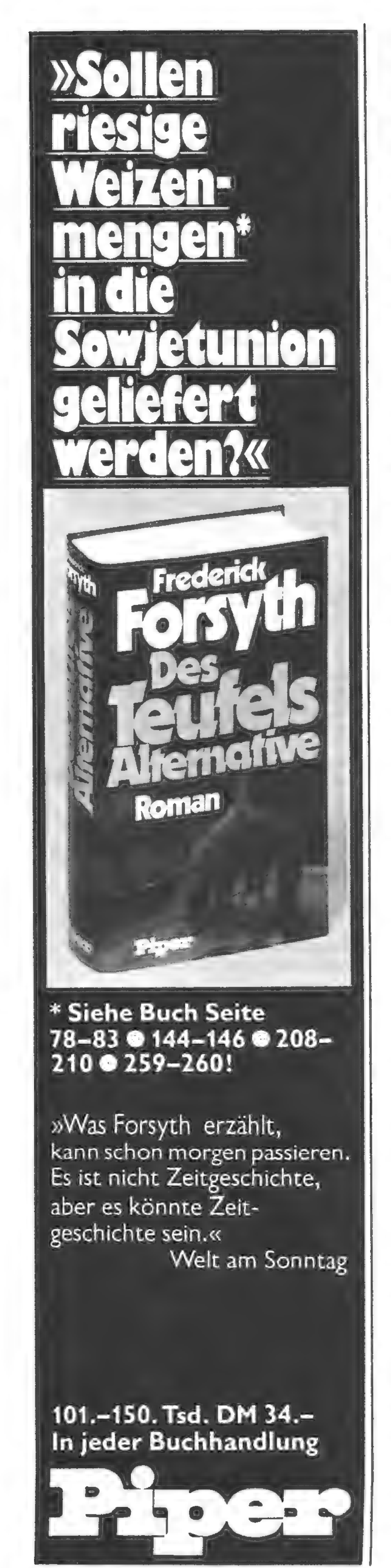
Die Schlußfolgerung, daß der operative Eingriff überflüssig sei, wurde in dieser Arbeit nicht gezogen. Sie läßt sich aus Meyers Untersuchung auch nicht ziehen. Dafür ist die Untersuchung viel zu oberflächlich, viel zu sehr an äußeren Fakten orientiert und obendrein schlampig. Völlig abwegig sind Mitteilungen in der Presse, Meyer habe behauptet oder gar bewiesen, Psychotherapie sei ebenso effektiv oder gar effektiver als der bisher übliche Behandlungsablauf, der chirurgische Maßnahmen zulasse.

Psychotherapeuten haben vor dem Problem Transsexualität bisher kapituliert. Ernstzunehmende Berichte über erfolgreiche psychotherapeutische Behandlungen kann man an einer Hand abzählen. Tatsächlich kenne ich nur drei. In einem der drei Fälle handelte es sich um ein exorzistisches Ritual, das den transsexuellen Teufel austrieb. Das kann man kaum Psychotherapie nennen.

Mehrere tausend operierte Transsexuelle scheinen subjektiv sehr viel zufriedener als vor der Operation. Sogar bei miserablem Operationsergebnis wird versichert: Der Prozedur würde ich mich jederzeit wieder unterziehen.

Trotzdem spüre ich in mir einen Widerstand, wann immer ich einen Patienten zur Operation überweise. Er/sie will keine Psychotherapie, hat oder sieht außer dem Operationswunsch keine Probleme. Ich sehe viele. Eine Goldmine für psychoanalytische Betrachtungen. Ich mache mir Sorgen: Wie wird er/sie nachher leben können im Niemandsland zwischen männlich und weiblich? Und wie werden die Partner/innen damit fertig? Und wie die Kinder? Die haben jetzt zwei Mütter oder zwei Väter.

Die Ausgänge sind sehr verschieden. Der eine sagt: „Meine männliche Vergangenheit werde ich nie abstreifen. Ich bin und bleibe transsexuell. Aber jetzt lebe ich als Frau.“ Und man kann ihr glauben. Die andere sträubt sich gegen das Etikett: „Transsexuell war ich noch nie, nur eine Frau mit männlichen Geschlechtsteilen. Jetzt bin ich eine Frau. Nicht mehr und nicht weniger.“ Die dritte schließlich geht auch nach der Operation noch auf dem Bau arbei-



ten, und alle sehen in ihr einen Kerl. Sie aber weiß: „Ich bin eine Frau." Ich nehme ihr das ab.

Mein Widerstand bleibt. Was sträubt sich in mir? Manchmal liegen die sozialen oder biographischen Gründe auf der Hand, warum jemand die Geschlechtsrolle fliehen will, die der Körper diktiert. Dann frage ich mich: Müßte denn nicht wenigstens hier eine Versöhnung möglich sein zwischen Körper und Empfinden? Verstehen als Weg zum Verändern, immerhin eine ehrenwerte Maxime der Psychotherapiegeschichte.

Aber selbst dort, wo man die Hintergründe nicht versteht, die Mechanismen nicht kennt, könnte Psychotherapie effektiv sein. Sollte sich die Psyche nicht über das Diktat des Körpers hinwegsetzen können?

Bei einem Beinbruch mag das nicht gehen. Der Knochen ist kaputt und muß genagelt werden. Bei Transsexualität ist das diffiziler. Hinweise auf körperliche Faktoren als Ursachen sind spärlich. Mag sein, daß man noch mehr finden wird. Hinweise auf psychische Ursachen oder wenigstens Auslöser sind zahlreich, aber schlecht systematisierbar.

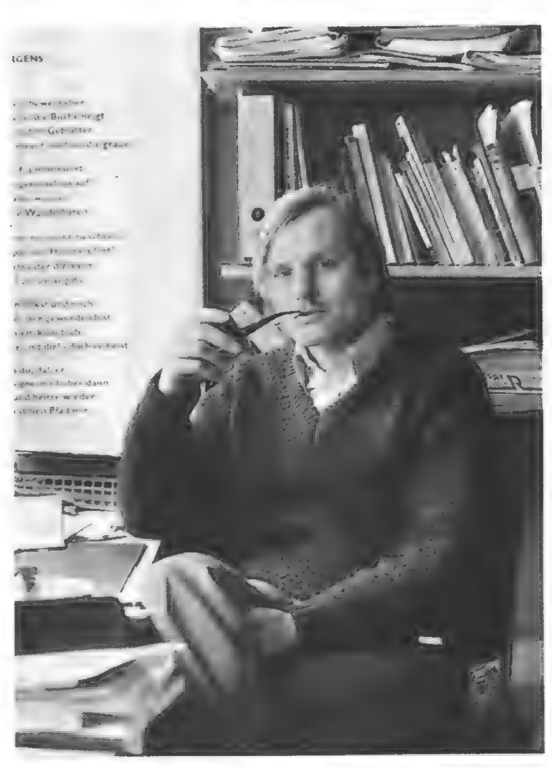
Eindeutigkeit wäre leichter zu ertragen. Eindeutig ist aber bisher nur das Verlangen nach der Operation und die Erfahrung, daß sie vielen Menschen hilft — subjektiv betrachtet. Man kann die Operation hinauszögern. Man kann die Zeit nutzen und die Integration in die neue Rolle verbessern und unterstützen. In den meisten Fällen kommt man an der Operation schließlich doch nicht vorbei.

Die Eindeutigkeit dieses Weges ist beängstigend. Ein körperlich gesunder Mensch läßt sich mit dem Messer zurichten. Ich befürworte das und begebe mich in die Nähe der Psychochirurgie. In die Nähe? Mitten hinein. Da wird mir extrem unbehaglich.

Zur Blutspur dieser Wissenschaft hat auch mein eigenes Fachgebiet, die Sexualwissenschaft, beigetragen. Sie hat die Argumente zusammengetragen, die notwendig waren, im Jahr 1969 das Gesetz zur freiwilligen Kastration durch den Bundestag zu pauken, ein Gesetz, dem wir heute sehr skeptisch gegenüberstehen. Soweit bei Sexualwissenschaftlern schon damals Einwände bestanden, wurden sie nicht mit hinreichendem Nachdruck vorgebracht. Daß die Opfer jenes Gesetzes gelegentlich seinen Segen rühmten und subjektiv zufrieden waren, ändert nichts an seiner Fragwürdigkeit.

Psychochirurgie ist mir zuwider. Sie traut ihren Opfern so wenig zu. Aber das Unbehagen geht noch weiter. Die Transsexualität überschreitet eine Grenze. Wird hier nicht die natürliche Zweiteilung der Welt in männlich und weiblich in Frage gestellt, vielleicht sogar aufgelöst? Oder hat das alles mit Natur gar nichts zu tun, sondern ist Geschichte, gesellschaftliche Produktion von Männern und Frauen, eine Produktion, an der Menschen zerbrechen können oder gegen die sie sich wehren müssen, indem sie transsexuell werden?

Solche Fragen sind noch kaum geklärt. Nur soviel ist sicher: Transsexualität ist nicht nur ein medizinisches und auch nicht nur ein juristisches Problem.


Sexualforscher Pfäfflin: „Was sträubt sich in mir?"

Auf dem Spiel steht die Identität als Frau und Mann. Und die Identität einer Gesellschaft, in der die Unterscheidung in männlich und weiblich von so zentraler Bedeutung ist.

Die medizinischen Erklärungsversuche sind bislang ungenügend und die medizinischen Lösungsversuche wohl auch. Zwar läßt sich aus klinischer Sicht Transsexualität als Krankheitssyndrom abgrenzen. Insofern kann man auch von Patienten sprechen, die behandelt werden müssen.

Praktikable Alternativen zum praktizierten Behandlungsablauf stehen nicht zur Verfügung. Solange sich daran nichts ändert, werden sich Menschen operieren lassen, werden damit leben und möglicherweise nur damit überleben. Gegen alle Widerstände werden sie diesen Weg gehen.

Man mag dies begrüßen, bedauern oder man mag offen lassen, wie man dazu stehen will. Und man muß ihnen endlich den Weg ebnen, damit sie nach erfolgter Behandlung nicht ins alte Dilemma zurückfallen: Körper und Psyche stimmen jetzt überein, nur in rechtlicher Hinsicht ist die Identität verquer. Wie soll man da Arbeit finden, eine Wohnung und was sonst zum Leben gehört?

Zwei Bedenken gegen den jetzt in Bonn diskutierten Gesetzentwurf sind sehr ernst zu nehmen.

▷ Erstens: Das Gesetz mache die Sache zu leicht, es ebne den Weg, beseitige zu viele Hindernisse. Es werde einen großen Zulauf geben. Man werde sich vor Transsexuellen nicht mehr retten können.

Ich glaube das nicht. Der Weg eines Transsexuellen ist dornig genug. Ein Transsexuellenleben ist kein Zuckerlecken. Trotzdem kann ich die Befürchtungen nicht stichhaltig widerlegen.

▷ Zweitens: Nach Verabschiedung des Gesetzes werde es noch schwieriger werden, alternative Behandlungsmethoden zu entwickeln und durchzusetzen. Psychotherapie werde gegenüber Psychochirurgie einen noch schwereren Stand haben.

Diese Bedenken teile ich. Sie wiegen schwer. Wenn das Schule macht, auch auf anderen Gebieten ... diese Perspektive ist trostlos: der Mensch als Maschine, anfällig und ausbesserungsbedürftig.

Dagegen ist aber zu bedenken, daß der Gesetzesentwurf den bisherigen diagnostischen Entscheidungsprozeß wesentlich entlastet. Die sogenannte „kleine Lösung“ erlaubt die Führung eines „gegengeschlechtlichen“ Vornamens unabhängig von körperlichen Eingriffen wie Hormonbehandlung und Operation.

Mit Muße kann erprobt werden, wie man in der neuen Rolle zurechtkommt. Man kann sich als Frau oder als Mann bewegen. Was sich unter dem Rock oder in der Hose verbirgt, geht niemanden etwas an. Die Papiere werden nicht zu Verrätern.

Zeit zum Nachdenken. Vielleicht auch Zeit für Alternativen: Skalpell oder Couch? Ohne die „kleine Lösung“ bliebe das Gesetz ein Torso, ein Ungeheuer, vor dem man nur warnen könnte.

Skalpell oder Couch: Die Transsexuellen werden zum Paradigma zentraler methodischer Probleme in der Medizin. Die gesetzliche Lösung bietet — anders als das Gesetz über die freiwillige Kastration — lediglich Hilfestellung in Fällen, in denen die Behandlung angestrebt oder vollzogen ist. Die Verantwortung bleibt bei den Beteiligten. Mann oder Frau bleibt eine offene Frage, die juristisch nie vollständig in den Griff zu bekommen sein wird. ◆

Neuer Odem

Schriftsteller, Künstler, Intellektuelle machen mobil: Mit Initiativen wie „Freiheit statt Strauß“ wollen sie im Bundeswahl-Jahr ihr „Scherflein“ dazu beitragen, den Kanzlerkandidaten zu bremsen.

Im tiefen „Ratsweinkeller“ des Hamburger Rathauses entfuhr es dem Gastronomen: „Das ist ja eine politische Veranstaltung“; er beschied: „Die findet hier nicht statt.“

An den Parkas zweier jugendlicher Gäste hatte der Wirt die Gefahr entdeckt — „Stoppt Strauß“- und Anti-Atom-Plaketten. Flugs pusteten Kellner an der reservierten Fest-Tafel die Kerzen aus.

In einem düstren Nebensaal durften sie dann doch noch zusammensitzen: rund 40 Anhänger der „Aktion für mehr Demokratie“, Kulturschaffende, Gewerkschafter, Journalisten, die im Bundeswahljahr den alten Löwen aus Bayern bremsen wollen. Ihr Feldruf: „Freiheit statt Strauß“.

Die Hamburger Gruppe, letzte Woche etabliert, ist die jüngste Gründung der „Freiheit statt Strauß“-Aktion. Rund 120 „Regionalbüros“, von Husum bis Rosenheim, sind bereits am guten Werk, diese Woche soll es mit einem kräftigen Rock richtig losgehen: Zu einer „Großveranstaltung“ mit Diskussion in der Hamburger „Fabrik“ spielt Udo Lindenberg mit seinem Panikorchester auf.



Anti-Strauß-Künstler Lindenberg
„Für wie bescheuert halten die uns?“





Staeck-Postkarte für Anti-Strauß-Aktion
„Kraft und Phantasie einsetzen“

Udo Lindenberg ist einer der über 5000, die bislang mit Rang und Namen für die Aktion gezeichnet haben. „Strauß verhindern steht ganz oben auf dem Zettel“, sagt Lindenberg, und er fragt sich: „Für wie bescheuert müssen die einen großen Teil der Bevölkerung halten, daß sie allen Ernstes uns einen solchen Mann als Kanzler empfehlen?“

Bochums neuer Theaterdirektor Claus Peymann, auch ein Unterzeichner, beurteilt den Kanzlerkandidaten in seinem Rollen-Wert. „Man braucht immer einen Glöckner“, sagt Peymann, „man hat so eine Charge gern im Ensemble, aber ich würde ihn nie auf die Mitte der Bühne lassen.“ In diesem „entscheidenden Augenblick“ will er auch ein „Scherflein“ beitragen: „Wir werden uns theatralisch äußern.“

Obwohl er sich „jedesmal von neuem fragt, was man bewirken kann“ — „winzige Anstöße, die ein bißchen zünden“ —, hat sich der Schriftsteller Peter Härtling eingereiht, mit ihm die Kollegen Peter Rühmkorf, Ludwig Fels, Uwe Johnson, Peter Schneider, Luise Rinser, Bernt Engelmann, Günter Wallraff. Ex-Intendant Ivan Nagel ist mit von der Partie, Essens Generalintendant Ulrich Brecht, der Leiter des Berliner „Grips“-Theaters Volker Ludwig, der Musiker Albert Mangelsdorff, der Maler Konrad Klapheck, der Hamburger Kunstverein-Direktor Uwe M. Schneede, die Schauspielerin Johanna Liebeneiner; aus der Welt des Films kamen Margarete von Trotta, Volker Schlöndorff und Wolfgang Staudte. Der sagt: „Der politische Ehrgeiz des Herrn Dr. Strauß hat ihn seine Selbsteinschätzung verlorengehen lassen. Wir wollen suchen helfen.“

Journalisten und Publizisten, Axel Eggebrecht wie Freimut Duve, signierten Schulter an Schulter mit Gewerkschaftern und Pastoren und Werktätigen aller Art — vom Lokführer über den Bäckergesellen zum Molkereimeister. Auch ein Kriminalpolizist rät: „Freiheit statt Strauß“.

Gründervater der Bürgerwehr ist der Heidelberger Rechtsanwalt und Polit-Graphiker Klaus Staeck, 41, — dem „Bayernkurier“ ein „Altvertrauter“ für seinen „linksradikalen Verleumdungsjargon gegen Strauß“. Seit zehn Jahren müht sich Staeck, bester und bekanntester Photomonteur der Republik, den Alpenkönig zur Kenntlichkeit zu verändern.

„Mit der Kandidatur von Franz Josef Strauß“, sagt Staeck, „sind alle Demokraten herausgefordert, ihre ganze Kraft und Phantasie einzusetzen, um diesen Kandidaten zu verhindern.“ Staeck, selbst ein Mann von Kraft und Phantasie, plant seinen Feldzug wie Gneisenau:

In einer 190-Seiten-Broschüre versammelte er „Einschlägige Worte des Kandidaten Strauß“ (Auflage bislang: 150 000); in einem „Serviceheft“ gibt er hilfreiche Winke für die Kampagne (Musterreferat, Aktionsbeispiele, Ausstellungen, Checkliste für Veranstaltungen); für eine „Mail Art“-Postkartenausstellung „Freiheit statt Strauß“ ruft er unbekannte Künstler.

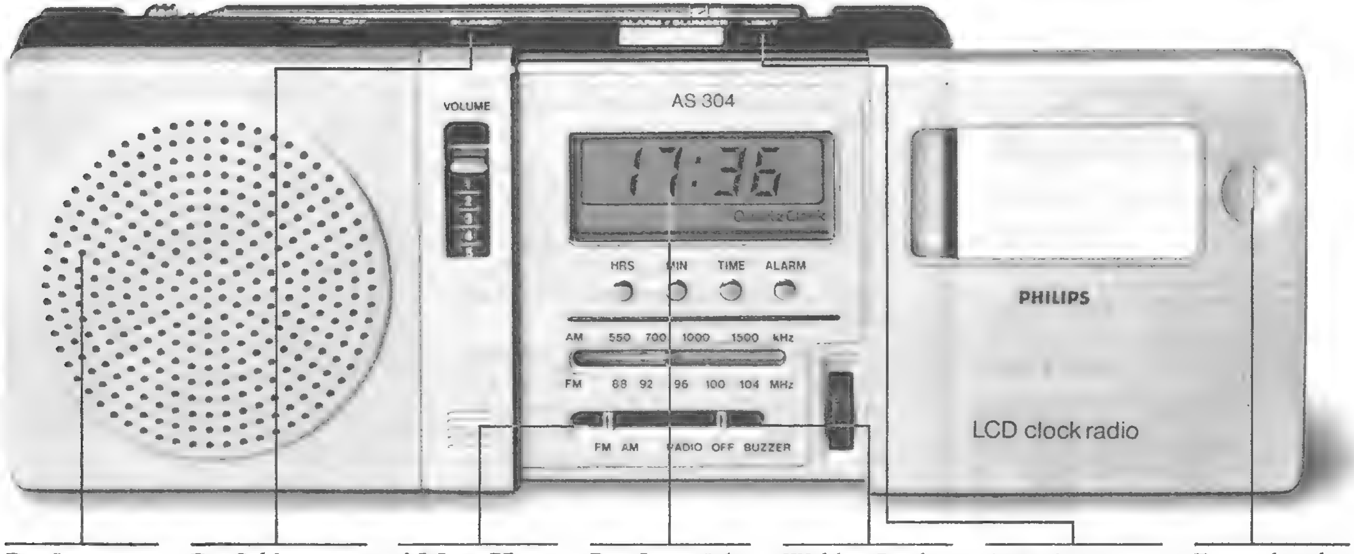
Ihre Unabhängigkeit will sich die Aktion über ein Spendenkonto bewahren — ein Mäzen beispielsweise zahlt bis zur Wahl monatlich 300 Mark per Dauerauftrag. Unabhängig will die Aktion auch von der Partei sein, für die sie letztlich wirbt. Staeck: „Wir sind kein Jubelverein für die Regierung, aber unsere Hoffnungen liegen trotz mancher Enttäuschungen bei der SPD.“

Damit unterscheidet sich die „Freiheit statt Strauß“-Initiative deutlich von den gleichfalls regen „Stoppt Strauß“-Bewegungen: „antifaschistische“ Gruppierungen aus DKP, K-Gruppen, Grünen und verirrten Jusos. In einem „Aktionshilfe 1“-Papier hat der Juso-Bundesvorstand „im Klartext“ vor „nicht tragbaren Partnern“ gewarnt.

Tatsächlich ist das Anti-Strauß-Movimento in seiner Vielfalt kaum noch

PHILIPS RADIO-CHRONOMETER

TASCHENUHR MIT HERTZ*



Der Lautsprecher überrascht mit einer erstaunlichen Klangqualität.

Die Schlummer-Funktion schaltet Ihre Gutenachtmusik selbsttätig aus. Sie ist von 0–69 Minuten einstellbar.

***Mega-Hertz (UKW/FM) oder Kilo-Hertz (MW/AM) stellen Sie mit dem Wellenschalter ein.**

Die Quarz-Uhr zeigt die Zeit chronometergenau.

Wählen Sie die Weckart: elektronischer Summton oder Musik. Das Wecken wiederholt sich nach 24 Stunden automatisch ohne Nachstellen.

Die LCD-Anzeige für Chronometer-, Weck-, und Schlummerzeit können Sie per Tastendruck beleuchten.

Die praktische „Schiebetür" deckt den Bedienungsteil ab. So kann nichts aus Versehen verstellt werden.

Dieser neue Radio-Chronometer von Philips macht Freude. Nicht nur als Geschenk.

Er ist ausgesprochen elegant und handlich. Bei geschlossenem Bedienungsteil mißt er nur 18 x 8 x 3 cm, paßt noch in die Tasche und ist ideal für unterwegs.

Sowohl der umfassende Anwendungsnutzen als auch die hochwertige technische Ausführung machen es Ihnen leicht, sich für diesen Philips zu entscheiden.

Bitte informieren Sie mich unverbindlich über Stereo-Radio-Recorder, Radio-Chronometer, Musiclocks, Kofferradios und Plattenspieler mit Verstärker.

Name ______________________

Adresse ______________________

An: Philips GmbH – Audio – Postfach 10 14 20,
2000 Hamburg 1

SLR 80

PHILIPS



zu überblicken, jeder will dabeisein. So hat sich, zum Exempel, eine Wählerinitiative „Postler gegen Strauß" aufgetan, die mit Aufklebern in Briefmarkenform vor dem Bayern warnen will; eine „Rosa Front gegen Strauß" ruft auch „alle nicht Homosexuellen" zur Solidarität auf — Initiator ist der Hamburger Schriftsteller Hans-Peter Reichelt (alias „Ledermann" Hans Eppendorfer), ein Mitglied der filmende Schwulen-Vorkämpfer Rosa von Praunheim.

Der Schock der Strauß-Kandidatur hat auch der alten „Sozialdemokratischen Wählerinitiative" (SWI), Urwerk von Günter Graß, neuen Odem eingeblasen. Walter Jens, H. E. Richter, Thaddäus Troll, Kabarettisten wie Dieter Hildebrandt und Lore Lorenz wollen der „guten alten Tante" (Troll) unter die Arme greifen, mit einem „trotzigen Dennoch" (Lore Lorenz). Und in einem Brief an den Kanzler avisierte Graß wieder Beistand.

Bringt der „Übervater der Linken" (Staeck über Strauß) Kampfesmut in die abgeschlaffte Literaten-, Künstler-, Intellektuellen-Szene? Fast scheint es so. „Diese Wahl", sagt Günter Wallraff, „wird mindestens bis zum Jahr 2000 unser Klima bestimmen."

„Flagge zeigen" will der „Verband Deutscher Schriftsteller" (VS) bei seinem fünften Kongreß Ende dieses Monats — in München. Ein Wort des großen Vorsitzenden hat den VS-Vorsitzenden Bernt Engelmann zur Wahl des Ortes „provoziert". Strauß im Jahre 1978 über den „Presseausschuß Demokratische Initiative": „Mit Ratten und Schmeißfliegen führt man keine Prozesse."

Bei öffentlichen Veranstaltungen im Hofbräuhaus, mit der Crème deutscher Schreiber will Engelmann „mal zeigen, was wir sind, unsere Spielregeln, unser Niveau". Für die Bundestagswahl bereitet Engelmann überdies ein neues „Schwarzbuch" vor, über den Schwarzalb aus Bayern.

Ende Februar legt auch Heinar Kipphardt, als Herausgeber, ein Strauß-Buch vor: „Aus Liebe zu Deutschland — Satiren zu Franz Josef Strauß" (Autoren Edition). Drei Dutzend Beiträger, darunter Biermann, Dutschke (aus dem Nachlaß), Heißenbüttel, Hochhuth, Kluge, Rühmkorf, Venske, Zahl, Zwerenz, erproben darin die Satire als „geeignete Darstellungsform für Strauß".

Kipphardt will mit dem Buch „keine bestimmte Wahlempfehlung geben". Ihn, den gelernten Psychiater, interessiert: „Was ist das Anziehende an dem Mann?" Er sieht in ihm das Syndrom des „verfolgten Verfolgers", der mit seinem „ungeklärten, faschistoiden Denken" zur Identifikationsfigur für den „zu kurz gekommenen Teil der Bevölkerung" wird.

„Die Zurichtung des Kandidaten für die Abrichtung der Medien": So sieht rororo-aktuell-Herausgeber (und SPD-Bundestagskandidat) Freimut Duve die Scharade vom Wolf, der Kreide gefressen hat. „Strauß ohne Kreide" heißt deshalb ein Band dieser Reihe (Ende Februar), den Ingeborg Drewitz betreut und der wahre Geschichten vom Kandidaten erzählt.

„Der Kandidat", schließlich, soll auch ein Film heißen, den vier Regisseure, Alexander Kluge, Volker Schlöndorff, Stefan Aust und Alexander von Eschwege, zusammen drehen wollen. Der Hauptdarsteller hat bislang jedwede Mitarbeit verweigert.

Künstler machen mobil — wen wollen sie mobilisieren, motivieren?



„Freiheit statt Strauß"-Gründer Staeck
„Kampf im Dschungel"

Udo Lindenberg, sagt Staeck, „ist attraktiver als die meisten von uns". Über Identifikationsfiguren wie Udo und andere Populäre will die Aktion „Freiheit statt Strauß" vor allem Jungwähler angehen, „die dabei sind, grün zu wählen" oder „alternative Listen" oder „aus Protest" überhaupt nicht stimmen.

Es sei ein „Kampf im Vorfeld", sagt Staeck, in einem „Dschungel, in dem alles in wilder Bewegung ist". Bedrükkende Kunde brachten ihm überdies Gewerkschafter: Vielen Arbeitern imponiere Strauß gewaltig.

So plagt denn auch Freimut Duve die „Furcht", die Aktionen könnten dem „Märtyrer Vorschub leisten" — aus „dem Franz Josef einen heiligen Sebastian machen, dem Peter Boenisch und Rudolf Mühlfenzl dann die tropfenden Pfeile herausziehen und der Bevölkerung zeigen".

Legitimer Erbe

Mit einem neuen Kleinwagen will Italiens gebeutelter Auto-Riese Fiat auf dem deutschen Markt vergraulte Kunden zurückgewinnen.

Mit markigen Tönen verkündeten Manager des Turiner Autokonzerns Fiat jüngst in Rom ihre „Entschlossenheit, die Initiative im Automobilbau wieder zu ergreifen". Zugleich präsentierten sie, als Beweis, einen merkwürdigen Neubau, den sie „Anti-Krisen-Wagen" nannten — er solle nicht nur „sparsam und preiswert", sondern auch „sympathisch und liebenswert" sein.

Die große Verantwortung hat Fiat einem ganz Kleinen aufgebürdet. Nur 3,38 Meter mißt der auf den Namen „Panda" getaufte Blech-Gnom, der aussieht, als sei er bis über die Räder in ein Schlammbad geraten und dann verkrustet — seine untere Hälfte ist plastikbewehrt.

Der Winzling, nach einem asiatischen Bären benannt, hat laut Fiat Bärenkräfte. Mit seinem 45 PS starken Vierzylindermotor (900 ccm) befördere er bis zu fünf Personen und gewaltige Lasten. Er ermöglicht ein Höchsttempo von 140 km/h, braucht im Stadtverkehr durchschnittlich 8,4 Liter Superbenzin und soll — der Preis stand Ende letzter Woche noch nicht fest — etwa 9300 Mark kosten.

Größere Mengen des neuen Gefährts (Panda-Tagesausstoß: 1600 Stück) will der Auto-Cäsar aus der Po-Ebene sogleich über den Limes senden. Auf dem bedeutendsten Auslandsmarkt der Turiner soll das Bärchen mit dem Plastikbauch die erkaltete Liebe der Germanen zu Fiat-Autos wieder entfachen.

Die Deutschen haben von jeher den kühnen stilistischen Schwung der Maestros aus Turin und Mailand, das sonore Blubbern ihrer Motoren geliebt. Noch im Jahre 1971 kauften Bundesbürger 158 690 Autos aus Italien, darunter 139 000 Fiat. Doch vergangenes Jahr ließen sich nur noch 110 000 italienische Fabrikate, davon 79 000 Fiat, im Bundesgebiet absetzen. Gleichzeitig überzeugten die emsigen Japaner 148 000 deutsche Käufer und ließen Italien, hinter den traditionell führenden Franzosen, auf Rang drei der ausländischen Anbieter absacken.

Schlimm für Fiat: Der deutsche Marktanteil der Turiner schrumpfte von rund sieben Prozent (1972) auf magere 4,2 Prozent. Die fernöstlichen Konkurrenten haben ihre Zuwachsraten seither mehr als verdoppelt, im wesentlichen zu Lasten von Fiat.

Fiats Elend ist das Elend seiner Kunden. Während der Konzern werbewirk-





Neuer Fiat Panda, Panda-Sitze: Schön wie ein Schuhkarton

same Rallye-Siege häufte und Auszeichnungen erlangte, erlebten seine Käufer an ihrem eigenen „Auto des Jahres“ im Alltagsgebrauch vieltausendfach Rekorde im Schnellrosten, mußten sie sich über Gebühr grämen über Defekte und unglaublichen Pfusch beim Service.

Die Fiat-Autos erwarben den Ruch, unzuverlässig und leidensträchtig zu sein. Das Übel ging einher mit immer biederer wirkenden Karosserieformen. Eine ebenso verspätete wie verquollene Golf-Kopie namens Ritmo, ein 1978 herausgebrachter einfallsloser Neuling, konnte den Eindruck kaum mildern.

Über den neuen Panda, der nun die große Wende bringen soll, ereiferten sich seine Erbauer voll Eigenlob, als hätten sie soeben einen zweiten VW erfunden. Stylist Giorgio Giugiaro: „Für mich war dies die reizvollste Arbeit meines Lebens.“ Chefkonstrukteur Felice Cornacchia: „Am meisten bin ich stolz auf die Architektur des Wagens.“ Mit einem „Schuhkarton“ verglich „Bild“-Autotester Peter Glodschey den neuen Panda. Aber Schuhkartons sind schöner.

Sparbewußt haben die Panda-Erbauer ihrem Gefährt alles verweigert, was ihnen entbehrlich zu sein schien. Panda muß mit nur einem Scheibenwischer für die Frontscheibe und mit einem schiefen Gesicht in den Konkurrenzkampf rollen — ein rechtes Nasenloch blieb werksseitig verschlossen.

Der laut Fiat „legitime Erbe“ so berühmter Turiner Zwerge wie des Topolino oder des Fiat 500 hat zudem kein dickes Fell. Sein Blechkleid mutet zart an wie ein japanischer Lampion. Das fanden die Fiat-Techniker offenbar auch, denn sie installierten aus Festigkeitsgründen mitten unter dem Dach einen Stahlrohrbügel, ungepolstert und genau über den Köpfen des Fahrers und Beifahrers. Beim harten Durchfedern droht beiden, wie sich bei ersten Testfahrten erwies, eine Delle in der Fontanelle.

Von der Federung darf freilich kein weiches Wiegen erwartet werden. Das jüngste Auto der Welt, Jahrgang 1980, rollt auf Blattfedern einher, einem Prinzip aus der Pionierzeit des Autos.

Im Vergleich zu seinen knappen Maßen bietet das Auto indes erstaunlich viel Nutzraum. Mit Hilfe eines klapperträchtigen Gestänges läßt sich das Interieur auf siebenerlei Weise wandeln, von der Doppel-Schlafpritsche bis zur Hängematte fürs Kind. Wer genau hinsieht, entdeckt jedoch rasch, daß sich der große Innenraum im wesentlichen durch das Weglassen von Verkleidungen und Polstern erschloß.

Sitze und Lehnen des Panda sind fast so dünn wie der Fladen einer Pizza.

Gefräßigkeit durch Hormone?

Dicke, die ihren Appetit nicht zügeln können, sind durch neue Ergebnisse der Hormonforschung möglicherweise entlastet: Zu niedrige beziehungsweise zu hohe Spiegel gewisser, vor allem für Magen- und Darmfunktionen zuständiger Hormone im Blut stören offenbar die Regulation von Appetit und Energieverwertung, so setzen die Eßlustigen wider Willen immer mehr Speck an. Der Spiegel des appetithemmenden Hormons Cholecystokinin beispielsweise, so berichtet die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“, ist bei fetten Mäusen wesentlich niedriger als bei ihren schlanken Geschwistern. Die enorme Eßlust der Tiere könne daher auf diesen Hormonmangel zurückgehen. Wesentlich höher als normal, das zeigten andere Tierversuche, ist hingegen der Anteil körpereigener Opiate (Endorphine) im Blut der Dicken. Dieser Überschuß, so die Wissenschaftler, verkehrt möglicherweise Sättigung in Hunger.

Verschwiegene Lecks

Kritik an der Verwaltung seiner größten Atommüll-Deponie in Hanford (Washington) hat das US-Energieministerium geübt: Lecks in einigen der 156 stählernen Riesentanks mit hochradioaktivem Müll seien der Öffentlichkeit „weitgehend verschwiegen worden“. Untersuchungen über das Management der Deponie waren 1979 aufgenommen worden, nachdem ein Physiker des Atommüll-Lagers auf Lecks aufmerksam gemacht hatte. Die Vorfälle seien verheimlicht worden, so teilte der Physiker mit, weil nach den Befürchtungen der Behörde eine Veröffentlichung „der Atomindustrie geschadet“ hätte.

Atommüll-Lagerung Hanford



„Kontinentaldrift“ in Neuauflage

„Die Entstehung der Kontinente und Ozeane“ hieß das Werk, mit dem der Meteorologe und Ballonfahrer Alfred Wegener berühmt wurde. 1912, in „Petermanns Geographischen Mitteilungen“, hatte er zum erstenmal die Drift der kontinentalen Landmassen beschrieben: Die Erdkruste sei ein sich noch immer bewegendes Gebilde. Daß Afrika und Südamerika wie Teile eines Puzzles zusammenpassen, war schon anderen Forschern vor ihm aufgefallen. Wie Wegeners revolutionierende Vorstellung von der Erdgeschichte grandios bestätigt wurde, dokumentiert jetzt der Berliner Geophysiker Professor Andreas Vogel im Nachwort zu einem Nachdruck des Wegenerschen Hauptwerks: Zu seinem 100. Geburtstag und 50. Todestag — Wegener starb 1930 während einer Expedition auf dem grönländischen Inlandeis — gibt die Wiesbadener Vieweg-Verlagsgesellschaft das Buch neu heraus (392 Seiten, 58 Mark).



Polarforscher Wegener

Tranquilizer als Ruhestörer

Wer Beruhigungsmittel zum Schlaf einnimmt, bringt sich womöglich erst recht um seine Nachtruhe. Bestimmte Tranquilizer der Benzodiazepin-Gruppe, so wiesen amerikanische Forscher im Schlaflabor nach, bewirken Schlafstörungen, sobald man die Mittel absetzt. Die negativen Resultate wurden im Labor mit den Präparaten Mogandan und Rohypnol erzielt. Wurden die Mittel abgesetzt, fühlten sich Versuchspersonen am Morgen unausgeruht und tagsüber nervös. Bei einem anderen Typ von Benzodiazepinen, beispielsweise bei Valium, traten die beschriebenen Störungen nicht auf.

Mini-Ballon stoppt Blutung

Um starke Blutungen bei Unfall-Patienten oder Operierten besser stillen zu können, haben Mediziner der Johns Hopkins University in Baltimore einen Miniatur-Ballon entwickelt, der die geöffnete Ader blokkiert. Bereits bei 60 Patienten sind in Baltimore mit solchen aufblasbaren Silikon-Ballons Blutgefäße verschlossen worden: Die Patienten litten an Blutungen durch Verletzungen oder Krebsgeschwülste, hatten angeborene Gefäßmißbildungen oder standen vor schweren Operationen. Die Ballons mit einem Durchmesser von maximal neun Millimetern werden zusammengefaltet mit Hilfe eines Katheterröhrchens in das Gefäß geschoben und dann aufgepumpt. Nach zehn bis 20 Tagen, so berichteten jetzt die Ärzte, haben sich um den Ballon ausreichend Blutgerinnsel gebildet, um das Gefäß notfalls auch ohne Ballon dauerhaft zu verstopfen.

Zusammengeklebte Düsen-Riesen?

Superfester Klebstoff, von Modellbauern schon längst genutzt, soll künftig auch die Flugzeuge der amerikanischen Luftwaffe zusammenhalten. „Erfolgreicher als erwartet“, so teilten Ende Januar Air-Force-Ingenieure mit, seien jetzt zweijährige Klebeversuche mit einem 13 Meter langen Flugzeugrumpf-Teil in Ohio abgeschlossen worden. Voraussetzung für die Tests war die Entwicklung spezieller, poröser Aluminium-Oberflächen, an denen sowohl die korrosionsbeständige Grundierung als auch der Klebstoff haften. Der von McDonnell gebaute Rumpf wurde dann zusammengeklebt und eine Stunde lang bei 121 Grad Celsius gepreßt. Das so gefertigte Flugzeugteil überstand im Simulatortest 120 000 Flugstunden — die vierfache Lebensdauer eines normalen Flugzeugs. Nach den Berechnungen der Ingenieure würden geklebte Flugzeuge 15 Prozent weniger wiegen und in Herstellung und Wartung um 20 Prozent billiger sein als herkömmliche Nieten-Jets.

PERSONALIEN

Otto Graf Lambsdorff, 53, Bundeswirtschaftsminister, der Ende Januar mit seiner Äußerung, die Löhne würden 1980 um sieben Prozent steigen, erheblichen Wirbel ausgelöst hat, wurde von seinen Mitarbeitern verulkt. Seit Tagen kursiert im Wirtschaftsministerium eine getürkte „Hausverfügung", unterschrieben „Gez. Graf Lambsdorff", in der „die Mitarbeiter darauf aufmerksam" gemacht werden, „daß im Bundesministerium für Wirtschaft ab sofort folgende neue Sprachregelung gilt: 1. Alle Damen und Herren, die des Zählens mächtig sind (gilt also bis Besoldungsgruppe B 3) zählen ab sofort wie folgt: 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 — 6a — 8 usw. 2. Das Wort „sieben" ist nur noch als Verb zu benutzen. 3. Ein bekannter Feiertag („Siebenschläfer") wird in ‚Sechs- bis Achtschläfer' umbenannt ..."

Roman Herzog, 45, Kultusminister von Baden-Württemberg, promovierter Jurist und Professor für Staatsrecht und Politik, zog noch einmal ins Abitur. Um „am eigenen Leib zu erfahren", was die Abiturienten Baden-Württembergs in diesem Jahr leisten müssen, setzte sich der Minister am vergangenen Dienstag zu den elf Latein-Abiturienten des Stuttgarter humanistischen Karlsgymnasiums (Photo) und übersetzte einen Text des Philosophen Seneca: „Quid est praecipuum in rebus humanis?" („Was ist das Wichtige im menschlichen Leben?") Herzog hatte die Aufgabe, für die zwei Stunden zur Verfügung standen, in 35 Minuten bewältigt. Die Arbeit wird, genau wie die Übersetzungen der echten Abiturienten, anonym behandelt und von zwei Prüfern zensiert. Davor ist dem Minister nicht bange: „Ich rechne mit einem Zweier." Seine Voraussetzungen sind auch ausgesprochen günstig: In der Schule lernte er acht Jahre lang Latein, schloß das Fach im Abitur mit „sehr gut" ab und hält sich heute durch Mithilfe bei den Latein-Hausaufgaben des Sohnes in Übung.

Helmut Schmidt, 61, Bundeskanzler, konnte sich während des Gipfeltreffens in Paris auch in einer Kunst-Pause nicht von der Politik lösen. Zwischen zwei Terminen hatte sich der Kanzler eine halbe Stunde Zeit genommen, um im Centre Pompidou, dem neuen Pariser Kulturpalast, die Ausstellung des spanischen Surrealisten Salvatore Dalí zu besichtigen. An den meisten Bildern hastete Kunstfreund Schmidt im Eilschritt vorbei, vor dem „Porträt von (Dalís Frau) Gala mit rhinozerosartigen Symptomen" (Abb.*) aber blieb er stehen, betrachtete das Werk eingehender und verriet dann seinen persönlichen Eindruck: „Sieht aus wie Margaret Thatcher."



Billy Carter, 42, jüngerer Bruder des US-Präsidenten, dem er durch unorthodoxes Verhalten nicht immer eine Hilfe ist, will im Wahljahr Gutes tun: Billy erklärt sich bereit, für den großen Bruder in den Wahlkampf zu ziehen. Durch die Veranstaltung von Country-and-Western-Shows will er Geld für Carters Wahlkampfkasse aufbringen. Trotz seiner guten Vorsätze bleibt Billy als Wahlhelfer unkalkulierbar. „Ich stimme mit Jimmy nicht in allen Punkten überein", ließ er jetzt wissen und brüskierte die seinem Bruder ohnehin nicht gerade gut gesonnenen Frauenverbände mit der lapidaren Äußerung: „Ich finde, eine Frau gehört ins Haus, zu den Kindern und in die Küche."

Richard Nixon, 66, Ex-US-Präsident, der 1974 unfreiwillig das Weiße Haus räumen mußte und seitdem im kalifornischen San Clemente residierte, hat nun in New York Quartier bezogen. Am Wochenende übersiedelte Nixon in ein vierstöckiges Stadthaus in Manhattan. Mit dem Ankauf des Hauses (Preis: 750 000 Dollar) endeten monatelange Versuche von Maklern, den Ex-Präsidenten in einem der feinen Apartment-Häuser New Yorks unterzubringen — stets hatten sich die Eigentümer der anderen Wohnungen geweigert, Nixon in ihre Gemeinschaft aufzunehmen. Weniger Scheu vor dem Watergate-belasteten Ruf des Umsiedlers haben zwei kalifornische Geschäftsleute. Sie kauften den Nixon-Besitz in San Clemente und wollen die mehr als 80 000 Quadratmeter Land in 16 Baugrundstücke parzellieren.

Johannes Rau, 49, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, offenbart sich im Wahljahr seinen Landeskindern. In einer 26 Seiten starken Broschur (Herausgeber: SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen) ließ der Regierungschef sein Leben darstellen: Als „Der Ministerpräsident" (Textauszug: „Er hat keinen ganz leichten Start gehabt, der Nachfolger von Heinz Kühn ..."), als „Der Lehrling" („...der damals 18jährige Johannes hat von der Pike auf gelernt, hat Rechnungen geschrieben, die Portokasse geführt und im Winter frühmorgens den Kohleofen angemacht ..."), als „Der 15-Stunden-Arbeiter" („Rau malocht. Mindestens 15 Stunden am Tag. Für die Menschen an Rhein und Ruhr ..."). Auch Privates erfährt man aus der Werbeschrift. So den Jugendtraum des Schülers Johannes (Photo): „Dichter wäre er gern geworden ... aber Rau war realistisch, was seine Zukunft anging ..."



* © Prestel-Verlag, aus dem deutschen Katalog der Dalí-Retrospektive.

A.B.S.

Toyota HiAce. Der Transporter, der mehr als eine große Klappe hat.

Hinter seiner großen Klappe steckt auch einiges. Denn er hat ein gewichtiges Wort mitzureden, wenn es um die tägliche Arbeit, den Fahrkomfort, die Wirtschaftlichkeit und die Anwendungsvielfalt im Transportwesen geht.

So hat er beispielsweise eine zweite Schiebetür als serienmäßiges Extra. Damit können Sie sich die Herumrennerei von der einen zur anderen Seite sparen. Vorteilhaft auch, daß er nicht nur so wendig, sondern auch so leicht und bequem wie ein PKW zu fahren ist. Wenn Sie aus Ihrer Limousine aussteigen, merken Sie kaum, daß Sie in einen Transporter umsteigen. Denn er hat bequeme und komfortable Limousinen-Sitze. Alle Armaturen sind funktionell und übersichtlich angeordnet. Die großzügigen Fensterflächen sorgen für eine optimale Rundumsicht.

Ein gewichtiges Wort hat er auch mitzureden, wenn es um die Wirtschaftlichkeit geht. Sein robuster 1,6-Liter-Motor begnügt sich mit Normalbenzin. Und wirtschaftlich ist er nicht nur in der Unterhaltung, sondern auch in der Anschaffung.

Sie bekommen den Toyota HiAce auch als Kasten, oder als Führerhaus mit Fahrgestell und individuellem Aufbau. Ganz nach Wunsch und ganz nach Bedarf. Darüber sollten Sie mit Ihrem Toyota-Händler ein paar Worte verlieren.



Toyota HiAce
1,6 Liter, 49 kW (66 PS)
Wendekreis 10,6 m
Anhängelast 1.400 kg
Ladefläche:
Länge 2.680 mm
Breite 1.520 mm
Ladehöhe 1.245 mm
Ab 15.500,– DM
unverb. Preisempfehlung + Überführung

TOYOTA Vertrauen Sie Ihrem Verstand

REGISTER

GESTORBEN

Edith Baroneß Summerskill, 78. Das Elend, das sie als Ärztin in den Londoner Slums der zwanziger Jahre sah, wollte sie als Politikerin lindern helfen. Für die Labour Party zog sie 1938 ins Unterhaus ein und war, zunächst als



Staatssekretärin im Ernährungsministerium, später als Ministerin für Sozialversicherung, an wichtigen sozialpolitischen Reformen ihrer Partei maßgeblich beteiligt. Nach dem Regierungswechsel 1951 gehörte Edith Summerskill jahrelang dem Labour-Schattenkabinett an. Dort machte sie, die von 1954 bis 1955 auch den Vorsitz ihrer Partei führte, durch ihr vehementes Eintreten für die Gleichberechtigung der Frau ebenso von sich reden wie durch ihren — vergeblichen — Kampf gegen den „unzivilisierten Boxsport". 1961 wurde die couragierte Ärztin in den Adelsstand erhoben. Am vergangenen Montag starb die Baroneß in London an Herzversagen.

GERICHTSBESCHLUSS

Günther Wallraff, 37, Kölner Journalist und Buchautor („Der Aufmacher"), darf von der niedersächsischen CDU nicht ein „Gegner der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" genannt werden. Als solchen hatte ihn der Landesgeschäftsführer der CDU Niedersachsen, Hans-Dierk Bobzien, im Januar bezeichnet, als dem Schriftsteller der von der Stadt Hannover gestiftete Gerrit-Engelke-Literaturpreis verliehen wurde, was Bobzien darüber hinaus als „skandalösen Mißgriff" und „Gipfel an Geschmacklosigkeit" wertete. Gegen die Äußerung des Landesgeschäftsführers hatte Wallraffs Anwalt eine einstweilige Verfügung beantragt, die jetzt vom Landgericht Hannover bestätigt wurde.

BERUFLICHES

Rudi Arndt, 52, ehemaliger Frankfurter Oberbürgermeister (1971 bis 1977), Vorsitzender der SPD in Südhessen und Vizepräsident der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, wurde in den Vorstand des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft gewählt. In seiner neuen Funktion soll Arndt als Vermittler zwischen der Sozialistischen Fraktion und den dem Bund angehörenden 13 sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien tätig werden.

Walter Scheel, 60, Alt-Bundespräsident, strebt wieder ein Präsidentenamt an. Scheel erklärte sich vorletzte Woche bereit, für das Amt des Vorsitzenden der Europa-Union Deutschland zu kandidieren. Die Union, 1947 gegründet, setzt sich für die Einigung Europas bei gleichzeitiger Wahrung der föderalistischen Eigenständigkeit der europäischen Länder ein. Bisheriger Präsident der Europa-Union Deutschland, die rund 22 000 Mitglieder zählt, ist der Fernseh-Chefredakteur des WDR, Theo M. Loch, der nicht wieder kandidieren will. Die Neuwahlen werden voraussichtlich im November oder Dezember dieses Jahres stattfinden.

Franca Magnani, 54, seit 17 Jahren Korrespondentin der ARD in Rom, will sich von ihren Arbeitgebern nicht widerstandslos in Pension schicken lassen. Der für das ARD-Büro in Rom zuständige Bayerische Rundfunk hatte der Italienerin eine Verlängerung ihres Arbeitsvertrages verweigert, weil sie noch in diesem Jahr das nach italienischem



Recht für Frauen als Pensionsgrenze geltende 55. Lebensjahr erreicht. Inzwischen aber können auch in Italien Frauen bis zu ihrem 60. Geburtstag erwerbstätig bleiben. Jetzt will die Korrespondentin vor Gericht um ihre Weiterbeschäftigung kämpfen. Die erste Verhandlung findet am 21. Februar vor einem römischen Amtsgericht statt.

"Dolmetschen ist absolute Konzentration, jede Sekunde. Ob politische Konferenz oder Wirtschaftsverhandlungen, ich weiß nicht, was gelegentlich mehr Kopfschmerzen macht."

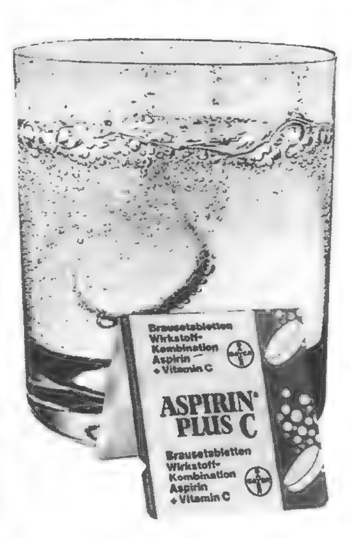
Der tägliche Streß macht heute die häufigsten Kopfschmerzen.

ASPIRIN plus C sorgt dafür, daß man kürzer darunter leidet: Es löst sich sofort sprudelnd und vollständig im Wasser auf, läßt so die Wirkstoffe schneller in die Blutbahn gelangen und schneller helfen.

Das bewährte Aspirin befreit zuverlässig vom Schmerz. Und viel Vitamin C macht wieder frisch. ASPIRIN plus C: Nicht umsonst das meistgenommene sprudelnde Schmerzmittel in Deutschland.

BAYER

ASPIRIN® PLUS C

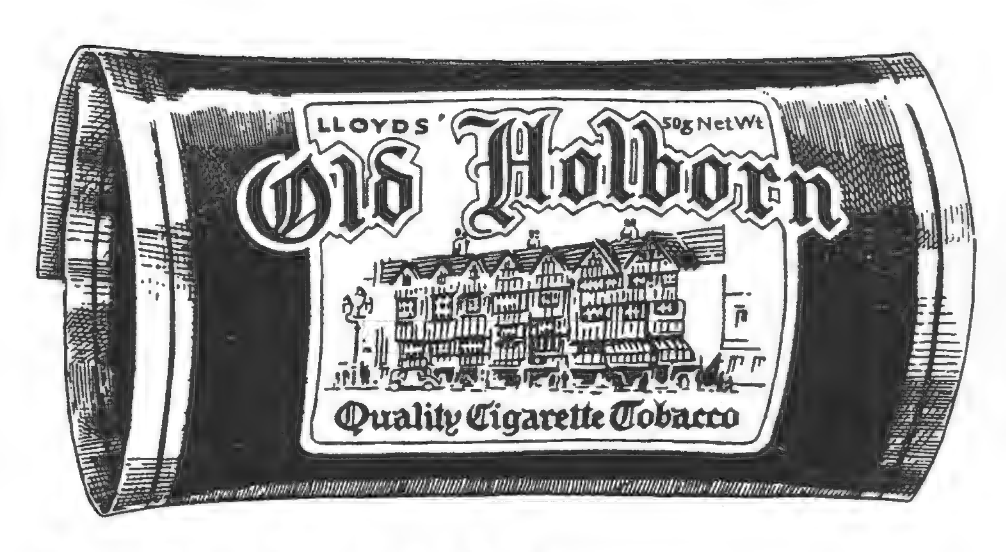


Sprudelndes ASPIRIN® plus C wirkt schneller gegen Kopfschmerz.

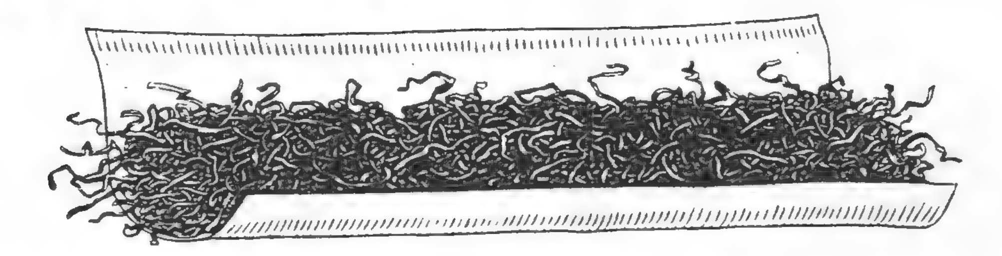
Aspirin plus C: Gegen Kopfschmerzen nach Überforderung, Überarbeitung und bei Abgespanntsein, nach zuviel Alkohol, Nikotin und bei Wetterfühligkeit. Schmerzen und Fieber bei Erkältungskrankheiten und Grippe.

Nicht einnehmen bei Überempfindlichkeit (Asthma) gegenüber Salicylaten oder anderen Prostaglandinsynthesehemmern, bei erhöhter Blutungsneigung, bei Magen- und Darmgeschwüren, vorgeschädigter Niere und in den letzten vier Wochen der Schwangerschaft. Fragen Sie Ihren Arzt bei Anwendung über längere Zeit und in höherer Dosierung. Bei hochdosierter Daueranwendung ist eine geringfügige Erhöhung der normalen Blutabgabe aus Magen und Darm zu berücksichtigen; selten sind Überempfindlichkeitsreaktionen, gelegentlich Magenbeschwerden.
Bayer Leverkusen.

Leo Burnett D/80



Schon wieder ein Engländer, der in Deutschland Karriere macht.



Old Holborn.

Englands Cigaretten-Tabak Nr. 1.

Jetzt ebenfalls für Deutschland.

DIESE WOCHE IM FERNSEHEN

Montag, 11. 2.

20.15 Uhr. Nord III. Autor-Scooter
Live-Fragestunde mit Axel Eggebrecht.

20.15 Uhr. West III. Deutsche Denkmäler
WDR-Mitarbeiter Adalbert Wiemers illustriert die Geschichte der Krupp-Dynastie.

20.15 Uhr. ZDF. Stichproben
Trotz dramatischer Appelle verhält sich die Mehrheit der deutschen Autofahrer durchaus nicht energiebewußt. Hans-Ulrich Spree empfiehlt in seinem Report übers Benzinsparen („Ach, meine paar Liter...") private Fahrgemeinschaften, Umsteigen auf Diesel und gemächlicheres Fahren auf der Autobahn.

21.15 Uhr. ARD. Gott ist Brasilianer
Mit forcierter Wachstumspolitik und „überhastetem Entwicklungstempo" versucht Brasilien in die Spitzengruppe der Industrienationen vorzustoßen. Die Folge: horrende Fehlinvestitionen und hohe Inflationsraten. Leo Rast beschreibt die wirtschaftliche Situation des Landes.

21.20 Uhr. ZDF. Aus heiterem Himmel
Ein Bank-Manager feiert den beruflichen Aufstieg mit einem Familienfest, doch das Party-Weekend wird zum Horrortrip: Der Sohn entpuppt sich als Rauschgiftkonsument, ein Dealer taucht auf, die Villen-Idylle zerbricht. Herbert Knopp schrieb das TV-Enthüllungsstück nach einem Roman des Amerikaners Sol Stein.

22.10 Uhr. Nord III. Feuer und Farbe
Dokumentation über Hitlers seit 1942 an den Fronten eingesetzte „Staffel der bildenden Künstler", die den Krieg in Gemälden und Zeichnungen zu verherrlichen hatte. Rund 6400 solcher Bilder, 1945 konfisziert, werden in den USA verwahrt; nun steht ihre Rückgabe zur Diskussion.

22.45 Uhr. West III. Die Bewußtseins GmbH.
Den Film über „indische Meditation als Exportartikel", über Gurus und ihre europäischen Jünger hat Werbe-Photograph Charles Wilp gedreht.

23.00 Uhr. ARD. Zeit der Einsamkeit
Der Ungar Zsold Kézdi Kovács beschreibt in seinem Film-Psychogramm (1975) die Nöte einer vereinsamten, jungverheirateten Seemannsfrau (Photo o.), die zunächst bei ihrer unwirschen Schwiegermutter, dann bei einem Liebhaber Geborgenheit sucht. Kommentar



der ARD-Filmredaktion: „Ein bewegendes Plädoyer für die Notwendigkeit menschlicher Kontakte." Deutsche Erstaufführung.

Dienstag, 12. 2.

21.00 Uhr. ARD. Panorama
Die Nord-Süd-Kommission hat einen „Bericht zum Überleben" ausgearbeitet, den Willy Brandt der Uno überreicht (Seite 93). Dazu Beiträge über „Wettrüsten und Dritte Welt", über „Visionen und Illusionen von Leben und Freiheit am Beispiel Iran" und ein Interview mit Entwicklungshilfe-Minister Offergeld. Außerdem: ein Resozialisierungsexperiment in Kassel.

21.20 Uhr. ZDF. XIII. Olympische Winterspiele
Olympia total im deutschen Fernsehen: 120 Sendestunden, die über drei Satellitenkanäle überspielt werden, haben ARD und ZDF für Live-Übertragungen, Interviews und Berichte reserviert. Zwölf Reporter kommentieren für die ARD, Mainz hat 16 Redakteure nach Lake Placid geschickt. Die ZDF-Auftaktsendung dauert bis 22.30 Uhr, anschließend, live, Eishockey Deutschland — Rumänien.

22.30 Uhr. Nord III. Braucht das deutsche Kino Stars?
„Zeit"-Kritiker Hans C. Blumenberg diskutiert mit Dieter Borsche, Regisseur Klaus Lemke („Arabische Nächte") und Lemke-Star Cleo Kretschmer.

23.00 Uhr. ARD. Zwei himmlische Töchter
Letzte Folge: „Eine Show durch Europa".

Mittwoch, 13. 2.

16.15 Uhr. ARD. Bitte umblättern
Das ARD-Unterhaltungsmagazin, ausnahmsweise nachmittags, mit Beiträgen über Julia Migenes, den Popsänger Leo Sayer und Senioren auf dem winterlichen Mallorca.

20.15 Uhr. ARD. XIII. Olympische Winterspiele
Eröffnungsfeier und Trainingsberichte.

20.15 Uhr. ZDF Magazin
Moderator: Fritz Schenk.

21.55 Uhr. Hessen III. Clown Power
Clownerien mit Jango Edwards und seiner „Friends Road Show".

22.00 Uhr. ARD. Bilder aus der Wissenschaft
Geplant ist ein Gespräch mit Professor Johann Baptist Metz zur „Rolle der Theologie heute". Außerdem: Berichte über die genetische Forschung und über die „innere Uhr des Menschen".

22.05 Uhr. West III. Boulevard der Dämmerung (sw)



Billy-Wilder-Melodram (1950) mit Gloria Swanson, William Holden (Photo) und Erich von Stroheim.

22.10 Uhr. ZDF. Treffpunkt Ü-Wagen 4
Reportage aus einer psychiatrischen Klinik in Reutlingen.

Donnerstag, 14. 2.

15.30 Uhr. ARD. Lake Placid heute
Bis 18.30 Uhr Live-Übertragungen vom 30-Kilometer-Langlauf, vom 1500-Meter-Eisschnellauf der Damen und vom Abfahrtslauf der Herren.

20.15 Uhr. ARD. Schock am Golf
Kurt Stenzel, ARD-Korrespondent in Kairo, sondiert die innenpolitische Situation in den Öl-Ländern.

20.15 Uhr. Hessen III. Außer Rand und Band
Rock'n'Roll-Film (1956) mit Bill Haley and his Comets.

20.20 Uhr. Nord III. Doktor Popaul
Claude Chabrols böse Mediziner-Farce (1972) mit Jean-Paul Belmondo und Mia Farrow.

21.20 Uhr. ZDF. Athen – der Tod einer Stadt
Helmut Lange porträtiert die 3,5-Millionen-Stadt, die durch „ungebändigte Profitgier und Ohnmacht der lokalen Behörden" zu einer „häßlichen, wild wuchernden Steinwüste entartet ist".

21.25 Uhr. ARD-Olympia-Studio
Berichte vom Tage, Rennrodeln und Eishockey Deutschland — Norwegen.

22.05 Uhr. ZDF. Der Komantsche
Herbert Achternbuschs bayrische Film-Groteske (siehe Seite 188).

23.00 Uhr. ARD. Aufforderung zum Tanz (Wh.)
Theo, genannt „Kamikaze" und „Kinderschänder von Herne", steht im gewalttätigen Zocker- und Ganovenmilieu seinen Mann: Kohlenpott-Autor Matthias Seelig nennt sein erstes TV-Spiel eine „fiktive Geschichte, die sehr viel mit der Realität zu tun hat". Peter F. Bringmann inszenierte den Film mit Marius Müller-Westernhagen in der Hauptrolle.

Freitag, 15. 2.

14.50 Uhr. ZDF-Olympia-Reportage
5-Kilometer-Langlauf der Damen, erster und zweiter Lauf der Zweierbobs und 500-Meter-Eisschnellauf.

20.15 Uhr. ZDF. Ohne Huhn und ohne Ei
TV-Autor Joachim Roering verspottet in seiner zweiteiligen Satire Übermut und Gigantomanie kommunaler Bürokraten: Eine kleine Gemeinde übernimmt sich beim Bau eines monströsen Verwaltungsgebäudes. Roering: „Jede Ähnlichkeit mit anderen Bauskandalen der öffentlichen Hand ist zufällig." Die Fortsetzung wird am 16. 2., um 19.30 Uhr, unter dem Titel „Alles nur Musik" gesendet.

21.20 Uhr. ZDF-Olympia-Studio
Berichte vom Rodeln, Interviews.

22.30 Uhr. ZDF. Aspekte
Rolf Hochhuths „Juristen" werden in Hamburg, Göttingen und Heidelberg uraufgeführt; in Berlin wird am 16. Februar die legendäre Tutenchamun-Ausstellung eröffnet.


Peckinpah-Western „Abgerechnet wird zum Schluß" (Freitag, 23 Uhr, ZDF)

23.00 Uhr. ZDF. Abgerechnet wird zum Schluß
Die ironische Spät-Western-Ballade (1969) — eine Liebesgeschichte zwischen einem Goldgräber und einer Hure — ist Sam Peckinpahs „einziger Film meiner eigenen Wahl".

Samstag, 16. 2.

14.55 Uhr. ARD. XIII. Olympische Winterspiele
Live: 20-Kilometer-Biathlon, dritter und vierter Lauf der Zweierbobs, 5000-Meter-Eisschnellauf der Herren. Ab 23.05 bis 4.30 Uhr: Berichte vom Tage, Rennrodeln und Eishockey Schweden — Deutschland, Kanada — Finnland.

19.50 Uhr. Südwest III. Chotard & Co. (sw)
Jean Renoirs Kleinbürger-Komödie (1933) über einen geschäftstüchtigen Krämer, der seinen schriftstellernden Schwiegersohn zum Bestseller-Autor aufbauen möchte.

20.15 Uhr. ZDF. Liebling der Götter (sw)
Gottfried Reinhardts Kino-Biographie (1960) des Ufa-Stars Renate Müller. Ruth Leuwerik in der Hauptrolle galt Kritikern seinerzeit als „Fehlbesetzung des Jahres".

22.00 Uhr. ZDF. Paul Anka in Concert (Wh.)
Show mit dem amerikanischen Popsänger im ICC Berlin.

22.20 Uhr. ARD. Heute abend... Herman van Veen
NDR-Mitschnitt eines Konzerts, das der holländische Entertainer im November '79 in Hamburg gegeben hat.

23.30 Uhr. ARD. Die Stunde der Komödianten
Peter Glenville inszenierte den Kinofilm (Thema: Geheimdienst-Terror im Haiti des Diktators „Papa Doc") 1967 nach dem gleichnamigen Roman von Graham Greene. Filmkritik der „Neuen Zürcher Zeitung": „Tiefsinnigkeit anvisierender Klamauk." Die Hauptrollen spielen Elizabeth Taylor, Richard Burton, Peter Ustinov.

Sonntag, 17. 2.

14.50 Uhr. ZDF-Olympia-Reportage
Live: 15-Kilometer-Langlauf der Herren, 1000-Meter-Eisschnellauf der Damen, Abfahrtslauf der Damen.

18.30 Uhr. ZDF. „Über Tage, unter Tage" – Das Ruhrgebiet
Der Schriftsteller Max von der Grün („Irrlicht und Feuer"), seit 30 Jahren im Kohlenpott ansässig, will in seinem Film „Gesichter der Region vorstellen" und Pütt-Klischees ausräumen.

19.10 Uhr. ZDF. XIII. Olympische Winterspiele in Lake Placid
Bis früh um vier Sport und Flachsinn im Mainzer Kanal: Zunächst eine Übertragung vom Spezialspringen auf der 70-Meter-Schanze. Ab 21.20 Uhr — im „Olympia-Studio" — Berichte und Interviews; um 22.30 Uhr „tanzen wir in den Rosenmontag" („Heute hau'n wir auf die Pauke"), und ab 1.30 Uhr läuft die Kür der Paare im Eiskunstlauf. Freunde alternativer Zerstreuung erheitert die ARD mit einer „großen Prunksitzung": „Karneval in Köln" (20.15 Uhr).

23.05 Uhr. ARD. Lebensläufe
Hermann Schreiber befragt einen „rührigen Gottesgelehrten" (Südwestfunk), den Tübinger Theologen Hans Küng.

HOHLSPIEGEL

Aus der Einladung der Ärztevereine Bad Oeynhausen, Herford, Lübbecke und Minden zum Ärzteball: „Es spielt die bekannte Eddy-Band. Unter anderem findet eine kleine Tombola statt ... Auf Wunsch wird die Teilnahme im Fortbildungsheft attestiert. Dies sollte zu zahlreichem Erscheinen Anlaß geben."

△

Nachdem die Stadt München trotz heftiger Proteste in der Öffentlichkeit das Kunst-Environment „Zeige deine Wunde" von Joseph Beuys angekauft hat, das unter anderem aus zwei fahrbaren Leichenbahren besteht, erschien in der Münchner „Abendzeitung" in der vergangenen Woche folgende Anzeige:

Altes Closett

naturbelassen mit einem Pack Zeitungen

Im Stil der neuen Kunstrichtung

vorzugsweise an staatliche oder städtische Institutionen, aber auch an Kunstkenner auf Grund einer privaten Stiftung zum halben Preis von DM 85000,– zu verkaufen.

Wilhelm Erl
Grundstücksverwertung und -verwaltung
Max-Joseph-Straße 7, 8000 München 2,

– Keine Vermittlungsprovision –

△

Der Reisedienst Deutscher Studentenschaften (RDS) wirbt bei Kieler Studenten mit einem „einmalig günstigen Angebot": „Mit der Stena-Linie nach Göteborg! Schon auf der Schiffsreise könnt Ihr den Uni-Streß beim Disco-Tanz in der Bar abschütteln oder mit einem preiswerten Drink runterspülen. Oder beim Roulette das Bafög-Geld aufbessern."

△

Gutgehende Ehevermittlung wegen Verheiratung zu verkaufen.

Kaufpreis DM 18 000,–

Seit 25 Jahren bestehend.

Zuschr. KO 77 669
Südkurier Konstanz

Aus dem Konstanzer „Südkurier".

Das Restaurant der Woche

Hoch über Bonn

Ein großes Hotel nimmt bei der Gestaltung der Speisekarte auf in- wie ausländische Gäste etwa gleichermaßen Rücksicht. Die Kreuzung bürgerliche und große Küche ergibt die sogenannte internationale Küche: ein bisserl Steak, ein bisserl Räucherlachs und ein bißchen Lady Curzon. Das „Ambassador" im 18. Stock des Bonner Hotels Steigenberger hat diesen kulinarischen Sündenfall gewissermaßen hinter sich. Direktor Wolfgang D. Wehr und Küchenchef Herbert Veerkamp haben in den letzten Jahren die Küche auf eine klarere Linie umgestellt, was heißt, daß frische – in der Regel aus Frankreich importierte – Produkte nach den Prinzipien der „Nouvelle Cuisine" zubereitet werden.

Hier ein kleiner Auszug aus der wöchentlich wechselnden Karte: Lauwarmer Hummersalat mit Artischockenböden; Bouillabaisse in Gelee; Terrine von Kalbsbries mit Gänseleber; Steinbutt mit Gurkenstreifen; Kalbsnieren mit Wacholderbeeren; Wachtel mit Gänseleberfüllung; Lammkarree; Feigenkompott.

Es sitzt sich behaglich in diesem Restaurant. Man hat den schönsten Blick auf Bonn, tags wie nachts. Es ist nicht ohne Reiz, zu beobachten, wie die Bundeshauptstadt nach und nach schlafen geht, während hoch über ihr ein internationales Publikum – meist diplomatischer Provenienz – mit seinen Bonner Gastgebern vergnüglich ißt und trinkt; vergnüglich auch den extra herben Sekt Adam genießt.

Ambassador im Hotel Steigenberger; Am Bundeskanzlerplatz; 53 Bonn 1; ☎ 02221/20191; Samstag mittags geschl.

(77) A. F. Winkler

RÜCKSPIEGEL

Zitate

Die Bonner „Welt" über das SPIEGEL-Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Schmidt (Nr. 6/1980):

Nach dem Einmarsch der Sowjets spielte der Kanzler zunächst „toter Mann". Abgesehen von seiner etwas „unglücklichen Regierungserklärung" („Times") verkniff er sich wochenlang jede Stellungnahme in Presse, Funk und Fernsehen. Am Montag erschien der SPIEGEL mit einem zehnseitigen (!) Schmidt-Interview ... Aber viel schlauer ist die Öffentlichkeit nicht geworden. Teils, weil er nichts sagen wollte, teils, weil er so geschraubt sprach, wie es Politiker tun, die reden, aber nichts sagen wollen ... So ist es verständlich, daß SPIEGEL-Herausgeber Rudolf Augstein, der nicht nur das Interview mit Schmidt selbst führte, sondern es auch anschließend persönlich redigierte, in einem Vorwort schrieb, neu sei gewesen, „daß Fragen aus dem einen einzigen Grund nicht gestellt und auch nicht beantwortet werden dürfen, weil die Weltlage eine klare Auskunft des deutschen Bundeskanzlers nicht erlaubt, etwa über Olympia in Moskau, etwa über Honekker". Nicht einmal über die Höhe der künftigen Entwicklungshilfe wollte Schmidt etwas mitteilen. Als ihn einer der Augstein begleitenden SPIEGEL-Korrespondenten fragte, ob die Bundesrepublik nun wenigstens aus diesem schlimmen Anlaß ihr international festgelegtes Soll von 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes aus öffentlichen Mitteln für Entwicklungshilfe erfüllte, zog sich der Kanzler ins Schneckenhaus zurück: „Ich möchte die Frage nicht beantworten." Warum ließ sich Schmidt denn überhaupt interviewen? So komisch es klingt: Weil das Interview im Nachrichtenmagazin bereits im Herbst für Ende Januar versprochen war! Damals hatten beide Seiten geglaubt, dieser Termin würde unmittelbar in die Zeit vor Schmidts Reise zu Honecker fallen. Daraus ist nun nichts geworden, aber versprochen war versprochen.

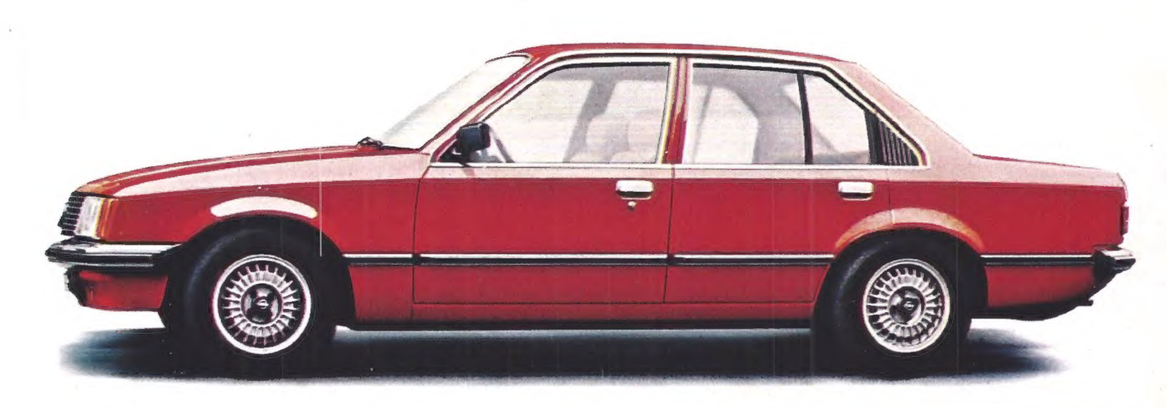
△

Die Münchner „Süddeutsche Zeitung":

Der Presserat hat den Bonner Journalisten Peter Jansen für ein Jahr zu seinem Sprecher gewählt. Das Gremium, das paritätisch mit Verlegern und Journalisten besetzt ist, einigte sich damit zum ersten Mal auf einen Vorsitzenden, der Mitglied der Deutschen Journalistenunion (DJU) in der IG Druck und Papier ist. Jansen wurde Nachfolger des Verlegers Otto Bechtle. Sein Stellvertreter wurde Hans Detlev Bekker, Verlagsdirektor des Hamburger Nachrichtenmagazins SPIEGEL.

Heidi Schellscheidt aus der Avis-Station Düsseldorf Airport.

Lächelnd sind wir einer der größten Autovermieter geworden.



Sie finden dieses Lächeln in vielen Variationen hinter jedem Avis-Schalter. Dort können Sie den abgebildeten Opel Rekord oder ein anderes gepflegtes Auto mieten. Und natürlich auch leasen.

OPEL GM Avis bevorzugt Opel.



Nur wenige sind berufen, so gut auszuwählen.



Astor Mild und Astor Filter auch in der King Size-Box.

Astor Mild Nikotin 0,7 mg/Kondensat 10 mg · Astor Filter Nikotin 0,8 mg/Kondensat 14 mg
Astor ohne Filter Nikotin 1,2 mg/Kondensat 22 mg (Durchschnittswerte nach DIN)

Die leichte Astor Mild. Die aromatische Astor Filter. Die würzige Astor ohne Filter. Ein exquisites Angebot für eine exclusive Minderheit.

Es lebe der feine Unterschied.

Die neuen Astors. Das 3-Sterne Sortiment.

★ ★ ★

Benton & Bowles, Hamburg